Hein
Zwischen liberaler Milieupartei
und nationaler Sammlungsbewegung

Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien · Band 76

Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Droste Verlag Düsseldorf

Dieter Hein

Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung

Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949

Droste Verlag Düsseldorf

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Hein, Dieter:
Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung: Gründung, Entwicklung u. Struktur d. Freien Demokrat. Partei 1945–1949 / Dieter Hein. – Düsseldorf: Droste, 1985.
(Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 76)
ISBN 3-7700-5127-0
NE: GT

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V., Bonn, wird institutionell gefördert durch den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen.

© 1985
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e.V., Bonn

Verlag:
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1985

Satz, Druck und Einband: Verlagsdruckerei Schmidt GmbH, Neustadt/Aisch
ISBN 3-7700-5127-0

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung wurde im Wintersemester 1983/84 vom Fachbereich Geschichtswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main als Dissertation angenommen.

Mein Dank gilt an erster Stelle meinem akademischen Lehrer, Herrn Prof. Dr. Lothar Gall, dessen vielfältigen Anregungen und dessen steter Förderung ich besonders verpflichtet bin. Zu danken habe ich auch dem Korreferenten, Herrn Prof. Dr. Hans Günter Hockerts, für seine freundliche Unterstützung und manchen kritischen Hinweis, der in die Druckfassung eingegangen ist.

Gerade zeitgeschichtliche Forschungen, die, jedenfalls im Hinblick auf ihre Quellen, oft Neuland oder doch wenig erschlossenes Terrain betreten, sind in besonderem Maße auf die Hilfestellung und die weiterführenden Hinweise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in staatlichen und privaten Archiven angewiesen. Stellvertretend für sie alle sei an dieser Stelle dem ehemaligen Leiter des Politischen Archivs der Friedrich-Naumann-Stiftung in Bonn (jetzt: Archiv des deutschen Liberalismus in Gummersbach), Herrn Dr. Friedrich Henning, seiner Nachfolgerin, Frau Dr. Monika Faßbender-Ilge, sowie ihrem Mitarbeiter, Herrn Raymond Pradier, für die großzügigen Arbeitsmöglichkeiten und die vielen Hilfen und Ratschläge gedankt, mit denen sie mir die Materialsuche in ihrem für meine Arbeit so zentralen Archiv erleichtert haben. Für eine ganze Reihe nur mit Einschränkungen benutzbarer Archivbestände und Nachlässe waren besondere Genehmigungen erforderlich; für das freundliche Entgegenkommen, mit dem diese in allen Fällen erteilt wurden, sei hier ausdrücklich gedankt. Zu Dank verpflichtet bin ich auch Herrn Prof. Dr. Jürgen C. Heß, Amsterdam, für seine Hinweise auf einige kleinere Quellenbestände, die noch während der Drucklegung eingearbeitet werden konnten.

Entscheidende Unterstützung hat diese Studie durch die Friedrich-Naumann-Stiftung erfahren, die ihre Erarbeitung durch ein zweieinhalbjähriges Promotionsstipendium gefördert hat. Der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien danke ich für die Aufnahme des Manuskriptes in ihre Schriftenreihe. Der Generalsekretär der Kommission, Herr Dr. Martin Schumacher, hat die Drucklegung mit großer Umsicht betreut.

Nicht zuletzt aber habe ich meiner Frau, Barbara Blessing-Hein, zu danken – für ihre Ermutigung und konstruktive Kritik, für ihre Geduld und für die Bereitwilligkeit, mit der sie während der langen Entstehungszeit dieser Arbeit manchen Verzicht geleistet hat.

Frankfurt am Main, im April 1984 Dieter Hein

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 6
Verzeichnis der Abkürzungen 9

Einleitung 11

Erstes Kapitel
Die parteipolitischen Traditionen 18

Zweites Kapitel
Gründung und Entwicklung der liberalen Landesparteien 1945–1949 27

1. Die sowjetische Besatzungszone 27

2. Die amerikanische Besatzungszone 35
   a) Württemberg-Baden 38
   b) Hessen 55
   c) Bayern 66
   d) Bremen 75

3. Die britische Besatzungszone 84
   a) Hamburg 86
   b) Schleswig-Holstein 98
   c) Niedersachsen 103
   d) Nordrhein-Westfalen 133

4. Die französische Besatzungszone 157
   a) Baden 158
   b) Württemberg-Hohenzollern 166
   c) Rheinland-Pfalz 171

Drittes Kapitel

Der liberale Neuanfang: Gründerkreise, Konzeptionen, Entwicklungsphasen 184

1. Bürgerlich-liberale Politik in der Zeit des „Interregnums" 184
2. Die Gründerkreise: Entstehung und Zusammensetzung 192
3. Die Alternative: Konfessionsübergreifende bürgerliche Sammlung? 197
4. Die liberale Partei: Nationale Sammlungsbewegung oder liberale Milieupartei? 202
5. Der Konstituierungsprozeß: Vom lokalen Gründerkreis zur liberalen Landespartei 206
6. Die Liberalen und die Krise des Lizenzparteiensystems 210

Viertes Kapitel

Die Struktur der liberalen Landesparteien 216

1. Die Mitglieder- und Wählerentwicklung 216
2. Die Finanzierung 227

Fünftes Kapitel

Zwischen Zone, Reich und Bundesrepublik: Die überregionale Kooperation der liberalen Landesparteien ... 252

1. Die „Freie Demokratische Partei in der britisch besetzten Zone Deutschlands" 253
2. Die „Demokratische Volkspartei in der amerikanisch besetzten Zone" 264
3. Die „Arbeitsgemeinschaft der Demokratischen Parteien in der französischen Zone" 275
4. Die „Demokratische Partei Deutschlands" – der gescheiterte Versuch einer Reichsparteigründung 278
5. Die „Freie Demokratische Partei" – die Liberalen auf dem Weg in die Bundesrepublik Deutschland 316

Schlußbetrachtung 349

Quellen- und Literaturverzeichnis 354
Verzeichnis der Tabellen 397
Personenregister 398

Verzeichnis der Abkürzungen

BA	–	Bundesarchiv, Koblenz
BCSV	–	Badische Christlich-Soziale Volkspartei
BDVP	–	Bremer Demokratische Volkspartei
BFH	–	Bund Freies Hamburg
BHE	–	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BP	–	Bayernpartei
CDP	–	Christlich-Demokratische Partei
CDU	–	Christlich-Demokratische Union
CSP	–	Christlich-Soziale Partei
CSU	–	Christlich-Soziale Union
CSVD	–	Christlich-Sozialer Volksdienst
CSVP	–	Christlich-Soziale Volkspartei
DAP	–	Deutsche Aufbau-Partei
DDB	–	Deutsche Demokratische Bewegung
DDP	–	Deutsche Demokratische Partei
DHP	–	Deutsch-Hannoversche Partei
DKP	–	Deutsche Konservative Partei
DNVP	–	Deutschnationale Volkspartei
DP	–	Demokratische Partei, Deutsche Partei
DPD	–	Demokratische Partei Deutschlands
DRP	–	Deutsche Rechts-Partei
DStP	–	Deutsche Staatspartei
DU	–	Demokratische Union
DVP	–	Demokratische Volkspartei, Deutsche Volkspartei
FDP	–	Freie Demokratische Partei
FHMG	–	Functional History of Military Government
FNS	–	Friedrich-Naumann-Stiftung, Archiv des deutschen Liberalismus, Gummersbach
FRUS	–	Foreign Relations of the United States
Fs.	–	Faszikel
FVP	–	Freie Volkspartei
GG	–	Geschichte und Gesellschaft
GWU	–	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HStA	–	Hauptstaatsarchiv
HZ	–	Historische Zeitschrift
JCS	–	Joint Chiefs of Staff
IHK	–	Industrie- und Handelskammer

KPD	–	Kommunistische Partei Deutschlands
LDP	–	Liberal-Demokratische Partei
LP	–	Liberale Partei
LV	–	Landesverband
MdB	–	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdR	–	Mitglied des Deutschen Reichstages
NDB	–	Neue Deutsche Biographie
NDP	–	Nationaldemokratische Partei (Hessen)
NL	–	Nachlaß
NLP	–	Niedersächsische Landespartei
NRW	–	Nordrhein-Westfalen
NSDAP	–	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NWB	–	Neue Wissenschaftliche Bibliothek
OMGUS	–	Office of Military Government for Germany, United States
PFD	–	Partei Freier Demokraten
RhVjbll.	–	Rheinische Vierteljahrsblätter
SBZ	–	Sowjetische Besatzungszone
SED	–	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SLP	–	Sozialliberale Partei
SMAD	–	Sowjetische Militär-Administration in Deutschland
SPD	–	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRP	–	Sozialistische Reichspartei
StA	–	Staatsarchiv
SV	–	Sozialer Volksbund
VBH	–	Vaterstädtischer Bund Hamburg
VfZG	–	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VSWG	–	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
WAV	–	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
WDS	–	Archiv der Wolfgang-Döring-Stiftung, Düsseldorf
Wp.	–	Wahlperiode
WSV	–	Wirtschafts- und Sozialpolitische Vereinigung
Z	–	Zentrum
ZBLG	–	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte
ZfG	–	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZSHG	–	Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte

Einleitung

Seit dem Wiederbeginn demokratischer Politik 1945, über einen Zeitraum von nun fast vierzig Jahren, ist die Freie Demokratische Partei ein konstitutiver Faktor des Parteiensystems in der Bundesrepublik Deutschland gewesen. Entgegen mancher anderslautenden Prophezeiung und trotz einer ganzen Reihe von schweren Krisen, die die Partei in diesen Jahren durchlaufen hat und die in der Tat mehrfach an ihre Existenzgrundlagen rührten, hat sich die FDP als einzige parteipolitische Formation auf längere Sicht neben der Union und der Sozialdemokratie zu behaupten, der Sogwirkung dieser beiden „Volksparteien" zu entziehen vermocht. Ja, die Liberalen haben es darüber hinaus verstanden, sich im Bund und in vielen Ländern diesen mächtigen Konkurrenten als Koalitionspartner nahezu unentbehrlich zu machen. Und schließlich hat diese politische Schlüsselstellung ihnen in vielen zentralen Fragen einen Einfluß auf die Entscheidungen gegeben, der weit über ihre zahlenmäßige Stärke hinausging.

Wie die Westintegration, die soziale Marktwirtschaft, der Sozialstaat oder die Kanzlerdemokratie wird daher zu den Strukturelementen, die die zweite deutsche Demokratie charakterisieren und ihre Entwicklung entscheidend bestimmt haben, zumeist auch das Dreiparteiensystem gezählt – mit der FDP in der Mitte des politischen Spektrums als desjenigen Faktors, dem sowohl die Aufgabe zufällt, den Wechsel in der Regierungsverantwortung zwischen den beiden großen Lagern von CDU/CSU und SPD herbeizuführen, als auch, die Bundesrepublik durch ihre ausgleichende und mehrheitsbegrenzende Funktion vor einschneidenden Brüchen in ihrer politischen Entwicklung zu bewahren.

So relativ leicht sich – bei allen Differenzen in der Bewertung – über diese Zustandsbeschreibung Einvernehmen erzielen läßt, so wenig ist bisher von der modernen Parteienforschung geklärt worden, auf welchen Grundlagen die Rolle der FDP im Parteiensystem, ja, ihre politische Existenz überhaupt beruht. Ist die FDP primär eine Organisation bürgerlicher Interessenvertretung und ihre Politik Ausfluß einer spezifisch bürgerlichen Mischung von ökonomischem Konservatismus auf der einen sowie staats- und kulturpolitischer Modernisierungsbereitschaft auf der anderen Seite? Oder vertritt die Partei weit über ein bürgerliches Spektrum im eigentlichen Sinne hinaus vor allem die sozial und politisch besonders mobilen Eliten der bundesrepublikanischen Gesellschaft? Sind die Freien Demokraten, wie nicht zuletzt in der Selbstdarstellung der

Partei seit den ausgehenden sechziger Jahren verstärkt beansprucht wird, die Repräsentanten des politischen Liberalismus in der Bundesrepublik?[1] Oder gründet ihre Existenz gerade nicht auf einem Liberalismus, der seine organisatorische wie ideologische Identität längst verloren hat[2], sondern ist in Anhängerschaft wie konkreter Politik ganz überwiegend Resultante ihrer Funktion im Parteiensystem der zweiten deutschen Republik?[3]

Diese hier nur an einzelnen zentralen Aspekten verdeutlichten Unsicherheiten, ja, offenkundigen Widersprüche bei der wissenschaftlichen Analyse und Kategorisierung der FDP sind sicherlich auch ein Spiegelbild der Vielgestaltigkeit des Phänomens selber. In erster Linie aber sind sie das Ergebnis eines empirischen Defizits, wie es in vergleichbarem Ausmaß weder für CDU, CSU oder SPD noch auch für einige kleinere und kurzlebigere Parteien (Bayernpartei, Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung) besteht. Der Versuch, hier die Lücken zu schließen und über die rein tagespolitisch motivierten Urteile und die gerade in der Parteienforschung oft durch die Nähe zum untersuchten Gegenstand beeinflußten Ergebnisse hinaus zu gesicherten Erkenntnissen zu gelangen, bedarf nicht zuletzt einer entschiedenen Historisierung der Betrachtung.[4] Hat doch gerade die FDP in ihrer nun fast vier Jahrzehnte währenden Geschichte eine Reihe von einschneidenden Umbrüchen erfahren, deren markantester in den Jahren um die Bildung der Sozialliberalen Koalition 1969 zudem mit einer tiefgreifenden Umstrukturierung der Parteimitgliedschaft und des Wählerpotentials verbunden war.[5]

Hier setzt diese Arbeit an. Sie konzentriert sich auf die Vorgeschichte und frühe Entwicklung der Freien Demokratischen Partei von ihren regionalen Anfängen 1945/46 über die Bundesparteigründung im Dezember 1948 bis zum Eintritt der Liberalen in die Politik der neugegründeten Bundesrepublik im Spätsommer 1949. Ihr liegt zum einen wie allgemein der seit etwa einem Jahrzehnt mehr und mehr anschwellenden Forschung über diese Jahre die Auffassung zugrunde, daß – wie es Hans-Peter Schwarz bewußt zugespitzt formuliert hat[6] – „die Geschichte der Bundesrepublik zu einem Gutteil vorentschieden wurde, bevor diese überhaupt ans Licht der Welt trat". Zum anderen besteht bislang hinsichtlich der Gründungsphase in besonderem Maße die Neigung, den

1 Vgl. neben dem parteioffiziösen Abriß von Dorn/Hofmann (Hrsg.), Geschichte, etwa Albertin, Politischer Liberalismus, S. 7ff.
2 So jüngst Döhn, Liberalismus, S. 267ff.
3 In diese Richtung argumentiert bes. Kaack, Die Liberalen, S. 408ff.
4 Ein nachdrückliches Plädoyer in diesem Sinne hält Schiller, F.D.P., bes. S. 126ff., dessen eigener Periodisierungsvorschlag: 1948–1956/57 Bürgerblockperiode, 1956/57–1968/71 Modernisierungsperiode, 1968/71–1976 Periode der funktionellen Reform, allerdings nicht nur die eigentliche Gründungsphase ausklammert, sondern vor allem auch das durchaus nicht einheitliche Bild der Partei in den frühen fünfziger Jahren verzeichnet.
5 So bes. Kaack, Die Liberalen, S. 423f. u. 428ff.; doch sind auch gegen diese These von Allerbeck, Alte und neue FDP, S. 151–168, auf der Basis ihrerseits methodisch nicht unproblematischer Analysen Bedenken erhoben worden, die unter dem Eindruck der jüngsten politischen Ereignisse weiteren Auftrieb erhalten könnten.
6 Außenpolitische Grundlagen, S. 27. Vgl. auch Westdeutschlands Weg, S. 8f.

vielfach noch ganz unzulänglichen Forschungsergebnissen[7] mit einer Art von systematischer Extrapolation zu begegnen: Vor allem jüngere politikwissenschaftliche Studien tendieren dahin, ihren Blick primär auf die angeblichen übergreifenden Entwicklungen des Parteiensystems und die 1945 gegebenen Rahmenbedingungen zu richten und die FDP von daher als eine geradezu selbstverständliche Fortsetzung der beiden liberalen Parteien der Weimarer Zeit zu sehen. Als zentrales Element der Gründung wird folgerichtig die Schaffung einer einheitlichen liberalen Partei herausgestellt, und die innerparteilichen Auseinandersetzungen werden mindestens bis weit in die fünfziger Jahre hinein in erster Linie auf den traditionellen Gegensatz zwischen National- und Linksliberalismus zurückgeführt.[8] Eine solche Sicht steht jedoch in der Gefahr, das Eigentliche zu verdecken, indem sie die Spannungen zwischen den beiden liberalen Strömungen losgelöst von der konkreten historischen Situation, in der sie entstanden, als ideologische Konstanten begreift und nicht nach den dahinterstehenden, sie verursachenden politisch-sozialen Konflikten fragt. Demgegenüber wieder – durchaus geleitet von den angesprochenen übergreifenden Fragestellungen – den Blick auf die tatsächlichen Gründungsvorgänge auf lokaler wie regionaler Ebene, auf die politische Herkunft der Parteigründer und auf deren Parteikonzeption zu lenken, betrachtet daher diese Arbeit als ihr erstes Anliegen.

Zugleich versteht sie sich, wie damit auch bereits angedeutet ist, als ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Liberalismus. Die in ihr verwendeten Bezeichnungen „liberal", „Liberale" und „liberale Partei" werden zwar primär als Arbeitsbegriffe verstanden, die sich am Merkmal der Parteimitgliedschaft in der DDP/DStP oder DVP für die Zeit vor 1933 und in der FDP bzw. ihren regionalen und zonalen Vorläuferorganisationen nach 1945 orientieren. Aber dieser Begriffswahl liegt doch auch die Auffassung zugrunde, daß sich die Entwicklung der FDP, die von ihr vertretene Parteikonzeption und die innerparteilichen Konflikte um deren Festlegung erst vor dem Hintergrund der Geschichte des Liberalismus voll

7 Die Grundlage für Informationen über die Gründungsentwicklung der FDP bilden überwiegend noch die durchweg älteren Überblicksdarstellungen von Lange, FDP, S. 282–310; Cromwell, Free Democratic Party, S. 43–168; Bertsch, FDP, S. 165–213; Gutscher, FDP, S. 11–41. Bedingt durch die fragmentarische Quellenlage, auf der sie aufbauen, stehen in ihnen jedoch teilweise durchaus treffende Interpretationen neben einfachsten Datierungs- und Darstellungsfehlern. Ein weitgehend quellenmäßig abgesichertes und differenziertes Bild bieten dagegen die Regionalstudien für Bayern und Nordrhein-Westfalen von Mauch, Bayerische FDP; Henning, 25 Jahre FDP, S. 113–119; Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 119–137. Wichtige Hinweise für einzelne Länder auch schon bei Wieck, Entstehung der CDU, u. ders., Christliche und Freie Demokraten. Für weitere Regionaluntersuchungen vgl. im einzelnen unten bei den entsprechenden Abschnitten.

8 Vgl. v. a. Kaack, F.D.P., S. 8f. u. 11ff., der davon ausgeht, „daß nach 1945 von vornherein nur die Gründung einer einzigen liberalen Partei zur Debatte stand"; diese einheitliche Partei sei von den „Alliierten in ihrem Grundmuster des Parteiensystems" vorgegeben worden, aber auch für die liberalen Politiker in Deutschland selbst sei „das Streben nach einer einheitlichen liberalen Partei offensichtlich selbstverständlich" gewesen. Ähnlich ders., Die Liberalen, S. 410f., u. Mintzel, Besatzungspolitik, S. 77ff. Den im Unterschied zur Entwicklung von 1918/19 geglückten parteiorganisatorischen Einigungsversuch des Liberalismus und den „historisch authentischen Gründungscharakter der einheitlichen Partei", den die FDP seitdem habe behaupten können, hebt auch Albertin, Politischer Liberalismus, S. 10, besonders hervor.

erschließen. Damit ist nur in zweiter Linie eine Kontinuität der vertretenen Grundpositionen gemeint – führt doch die so häufig anzutreffende zwar historisch abgeleitete, aber nichtsdestoweniger immer stark postulatorische Definition dessen, was die zentralen Zielsetzungen liberaler Politik seien[9], gerade für die Zeit nach 1945 entweder zu einem so diffusen Begriff, daß sich alle relevanten, das politische und gesellschaftliche System der Bundesrepublik tragenden Kräfte zu ihm bekennen können, oder zu einem ganz unfruchtbaren Rechten darüber, ob die von diesem oder jenem FDP-Politiker vertretenen Auffassungen noch als liberal eingeordnet werden können. Demgegenüber wird hier besonders die Kontinuität einer politisch-sozialen Bewegung betont[10] – ein Ansatz, der auf den ersten Blick als noch unbestimmter erscheinen mag, der sich aber im Zuge der Untersuchung realitätsnäher in Kommunikations-, Organisations- und Aktionszusammenhängen und zum Teil auch in einem gemeinsamen Selbstverständnis der die liberale Bewegung tragenden Kräfte konkretisiert.

Jede historische Analyse des parteipolitischen Liberalismus steht nahezu unausweichlich im Zeichen der tiefgreifenden Krise, in die diese Bewegung seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts geraten ist, und versucht nicht zuletzt über die Erforschung der Ursachen dieser Krise und des von ihr ausgelösten Niedergangs den Charakter des Gesamtphänomens näher zu bestimmen. Für die Zeit nach 1945 gilt hier zum einen, daß der Liberalismus als parteipolitische Bewegung sicher nicht im gleichen Maße eine Renaissance erfahren hat wie viele seiner zentralen Prinzipien, die nach den Erfahrungen mit dem Faschismus und in Konfrontation mit den kommunistischen Regimen in Osteuropa zum Allgemeingut aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik und der übrigen westlichen Welt wurden.[11] Zum anderen ist jedoch unübersehbar, daß die liberalen Parteien sich nach der bis zum absoluten Höhepunkt gesteigerten Krise im Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung nun von neuem etablieren und auf einem wenngleich niedrigen Niveau stabilisieren konnten. Gerade wenn man mit Karl Rohe den Liberalismus als ein „Überhangphänomen in der modernen Gesellschaft" ansieht, dessen Existenz das Noch-Vorhandensein älterer Formen politischer Vergesellschaftung voraussetzt[12], sind deshalb von einer Untersuchung der Bedingungen und Strukturen, die nach zwölfjähriger Unterdrückung die Wiedergründung einer liberalen Partei ermöglichten, Erkenntnisse zu erwarten, die über den konkreten Gegenstand und die zeitgeschichtliche Perspektive hinaus für die Liberalismusforschung von Bedeutung sind.

---

9 Beispielhaft hierfür Mommsen, Liberalismus und liberale Idee, S. 11ff.; vgl. auch ders., Liberale Idee, S. 3ff.

10 Vgl. die im Ansatz ähnliche Definition von Gall, Bürgerliche Gesellschaft, S. 325.

11 Gall, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Liberalismus, S. 14f.

12 Rohe, Politischer Liberalismus, S. 288ff. Rohes Überlegungen treffen sich in vielem mit den Thesen, die Lothar Gall 1974 auf dem Braunschweiger Historikertag vorgetragen hat; dazu auch unten S. 18f.

Für die Jahre 1945 bis 1949 kommt dabei als Schwierigkeit wie aber zugleich als besondere Chance der historischen Analyse hinzu, daß sich die Parteigründungen weitgehend in zum Teil lokal, vor allem jedoch regional getrennten und unabhängigen Vorgängen vollzogen. Auch danach blieb die Parteipolitik – jedenfalls im bürgerlich-liberalen Spektrum – trotz aller schon 1945 wieder einsetzenden nationalen Einflüsse, trotz aller zunehmenden überregionalen Zusammenarbeit, schließlich auch trotz der Anforderungen, die durch den Frankfurter Wirtschaftsrat und dann durch den Bonner Parlamentarischen Rat an ein gleichgerichtetes politisches Handeln gestellt wurden, bis zum Spätsommer 1949 ganz überwiegend Landespolitik. Eine in Ausmaß und Dauer vergleichbare Gewichtsverschiebung zwischen nationaler und regionaler Prägung der Parteipolitik zugunsten letzterer hatte es seit der Reichsgründung von 1866/71 nicht mehr gegeben[13]: In der Revolution 1918/19 etwa, in der vorübergehend eine ähnliche Regionalisierung in einigen Ländern zu erfolgreichen Bemühungen um die Bildung einer vereinigten liberalen Partei geführt hatte, setzte sich bereits nach wenigen Wochen das in Berlin geformte, national ausgerichtete Grundmuster durch.[14] Der hier untersuchte Zeitraum eignet sich insofern in besonderer Weise, die Position der Liberalen in verschiedenen regional differenzierten politisch-sozialen Milieus zu ermitteln, deren Gewicht als Bestimmungsfaktoren liberaler Politik zu erfassen und damit auch die rein national orientierte Dichotomie „nationalliberal-linksliberal" als Erklärungsansatz für innerliberale, oft den Rahmen einer Partei sprengende Konflikte zu modifizieren.[15]

Im Mittelpunkt der Arbeit steht daher nach einem kurzen Blick auf die regional übergreifenden parteipolitischen Traditionen, die die Ausgangssituation für eine liberale Parteigründung 1945 mit konstituierten, die nach Ländern differenzierte Untersuchung der Gründungsvorgänge und der Parteientwicklung bis 1949. Das Interesse an einer nicht nur auf Fallstudien beschränkten, sondern alle westdeutschen Länder[16] umfassenden Analyse erforderte zwangsläufig eine Konzentration – hier auf die Organisationsgeschichte, das politisch-soziale Umfeld und die jeweiligen grundsätzlichen Standortbestimmungen der liberalen Landesparteien; ihre Haltung zu einzelnen zentralen Fragen der Nachkriegspolitik wird nur dort ergänzend einbezogen, wo sie für die Differenzierung poli-

13 Vgl. zuletzt als Untersuchung des umgekehrten Prozesses der „Nationalisierung der Region" und zum allgemeinen Hintergrund Steinbach, Politisierung, S. 321–348.

14 Dazu unten S. 22.

15 Als besten Überblick über die jüngere, mit dem Milieuansatz arbeitende Parteien- bzw. historische Wahlforschung vgl. Rohe, Wahlanalyse.

16 Ausgeklammert bleiben lediglich wegen jeweils erheblich abweichender Rahmenbedingungen für die Parteientwicklung – der massiven Eingriffe der Franzosen in dem einen, der teilweisen Einbeziehung in das politische System der SBZ in dem anderen Falle – das Saarland und Berlin. Die Berliner und die sowjetzonale Entwicklung werden allerdings insoweit angesprochen, als sie auf die Westzonen ausstrahlten. Über sie liegen zudem die immer noch grundlegenden Arbeiten von Krippendorff, Gründung, u. ders., LDP, vor. Wichtige Ergänzungen bei Agsten/Bogisch, Bürgertum, u. dies., LDPD, sowie Behrendt, Külz.

tischer Gesamtkonzeptionen und die Erklärung innerparteilicher Auseinandersetzungen unerläßlich ist. Bewußt erst in einem zweiten Schritt – eben um regionale Zusammenhänge nicht vorschnell zu zerreißen und den von ihnen ausgehenden Einfluß nicht zu verdecken – wird dann versucht, eine typologisch angelegte Bilanz des liberalen Neuanfangs nach dem Zweiten Weltkrieg zu ziehen.

Der Hauptteil zur Gründungsgeschichte im engeren Sinne wird ergänzt durch vergleichende Strukturanalysen – der Mitglieder- und Wählerentwicklung der Landesparteien sowie ihrer Finanzierung. Beide Abschnitte gehen vor allem jenen Veränderungen in der liberalen Mitglieder- und Wählerschaft einerseits sowie in der Finanzierungs- und Organisationsstruktur andererseits nach, die den 1947/48 zu verzeichnenden Wandel in der politischen Ausrichtung der Landesparteien teils mit verursachten, teils begleiteten und verschärften; auch sie wirkten sich zwar regional nicht in gleichem Maße aus, dennoch sind sie eher als übergreifende Tendenzen zu betrachten – von zudem so grundlegender Bedeutung, daß die Unterscheidung von zwei Entwicklungsphasen nicht nur der liberalen Partei, sondern des Parteiensystems überhaupt gerechtfertigt erscheint.

Eine mit diesen Phasen korrespondierende zeitliche Differenzierung kennzeichnet auch die überregionale politische Zusammenarbeit der liberalen Landesparteien, der das abschließende Kapitel gewidmet ist. Bis zur Jahreswende 1947/48 waren nämlich die Kooperationsbemühungen sowohl auf der zonalen wie auf der gesamtdeutschen Ebene in erster Linie zunächst durch Auseinandersetzungen um den innerparteilichen Führungsanspruch der Berliner „Reichsparteileitung" und dann durch aktuelle deutschlandpolitische Kontroversen geprägt. Erst nach dem Abbruch der Beziehungen zwischen ost- und westdeutschen Liberalen, im Zuge des nun allmählich intensiver werdenden Konstituierungsprozesses einer liberalen Bundespartei schob sich der tiefergehende Konflikt zwischen den beiden Parteiflügeln – den Vertretern eines gemäßigten, auf die Mitte hin orientierten Liberalismus und den Protagonisten einer betont nationalistischen und antisozialistischen, auf das rechte Spektrum des Parteiensystems zielenden Sammlungsbewegung – in den Vordergrund; er sollte die Entwicklung der Freien Demokratischen Partei noch bis weit in die fünfziger Jahre hinein bestimmen und belasten.

Die Quellenbasis, auf der die vorliegende Untersuchung aufbaut, ist durch eine für die zeitgeschichtliche Forschung nicht untypische Diskrepanz charakterisiert: Einer Überfülle von Akten aus dem administrativen Bereich sowie von öffentlichen Stellungnahmen in Presse und Parlamenten steht ein erheblicher Mangel an Material über interne Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse gegenüber. Dieses Problem stellt sich natürlich in besonderem Maße für eine Zeit, in der die politischen Akteure angesichts der sich erst allmählich wieder ordnenden Verhältnisse und der vielfältigen Mangelerscheinungen – darunter nicht zuletzt die Papierknappheit – eine ohnehin geringere Bereitschaft zur umfassenden Dokumentation ihrer politischen Betätigung und Überlegungen

zeigten – zumal diese zeitbedingten Schwierigkeiten zusammentrafen mit dem traditionellen Hang der Liberalen zur organisatorischen Improvisation.

Von der Freien Demokratischen Partei und ihren Vorläuferorganisationen auf der Landes- und Zonenebene sind für die Jahre bis 1949 kaum geschlossene Bestände an Parteiakten überliefert. Am ehesten trifft eine solche Bezeichnung für die allerdings auch nur relativ vollständigen Akten der Landesverbände Hamburg und Nordrhein-Westfalen zu. Dagegen sind die umfangreichen Bestände des von der Friedrich-Naumann-Stiftung verwalteten Archivs des deutschen Liberalismus erst im Laufe der Zeit aus einer Fülle von Quellen um den Kern des seinerzeit von Franz Blücher besonders für die britische Zone gesammelten Materials und des Nachlasses von Thomas Dehler zusammengetragen worden; so unentbehrlich sie für jede Beschäftigung mit dem Nachkriegsliberalismus sind, sie weisen erhebliche Lücken auf und sind stark ergänzungsbedürftig. Die Auswertung einer ganzen Reihe von Nachlässen liberaler Politiker und eine vollständige Sichtung der liberalen Parteipresse dienten daher – über die Möglichkeiten hinaus, die beide Quellengattungen im übrigen bieten – auch dem Versuch einer wenigstens partiellen Rekonstruktion der fehlenden Parteiakten. Hinsichtlich der überregionalen Entscheidungsprozesse gelang dies fast vollständig, für die wichtigsten Landesverbände in ausreichendem Maße; für einzelne Regionen, namentlich Braunschweig, Oldenburg, Schleswig-Holstein und Württemberg-Hohenzollern, steht allerdings nach wie vor nur fragmentarisches Material zur Verfügung.

In besonderer Weise stellte sich das Quellenproblem schließlich für die eigentlichen Gründungsvorgänge vornehmlich auf der lokalen Ebene im Sommer und Herbst 1945. Zwar sind auch hier die zentralen Initiativen, Hamburg und Stuttgart etwa oder Opladen und Frankfurt, insbesondere durch Material aus den Nachlässen weitgehend dokumentiert; doch bleiben erhebliche Lücken. Sie zu schließen wäre nur durch eine Einbeziehung von Stadtarchiven und durch intensive persönliche Kontakte auf der lokalen und regionalen Ebene möglich gewesen – ein Weg, der bei einer regional begrenzten Untersuchung gangbar sein mag, der jedoch den Rahmen der vorliegenden Arbeit vollends gesprengt hätte. Stattdessen wurde zum einen in breitem Umfang auf die in den letzten Jahren mehr und mehr anschwellende Literatur über den lokalen politischen Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgegriffen. Und zum anderen wurden ergänzend so weit als möglich die überlieferten prosopographischen Angaben systematisch erfaßt und analysiert – ein methodisches Vorgehen, das zudem, indem es personelle Kontinuitäten und Diskontinuitäten über den bislang immer zitierten kleinen Kreis liberaler Spitzenpolitiker hinaus sichtbar macht, weiterreichende Perspektiven eröffnet.

Erstes Kapitel

Die parteipolitischen Traditionen

Für das Selbstverständnis des frühen deutschen Liberalismus war die Überzeugung konstitutiv, die „Bewegungspartei", die Vertretung der Volksinteressen und des Fortschritts schlechthin zu sein, neben der und gegen die es nur noch die „Widerstands- oder Stillstandspartei" gebe und geben könne.[1] In der Tat konnte die frühliberale Bewegung auf eine sozial breit gestreute Anhängerschaft verweisen; zwar lag der Schwerpunkt – vor allem auf der Führungsebene – bei den Bildungs- und Besitzeliten, aber der Einzugsbereich ging weit darüber hinaus: Er umfaßte das ganze „Spektrum der deutschen Gesellschaft zwischen Landadel und besitzlosen Massen".[2]

Die zunächst erfolgversprechende Vertretung ihres Führungsanspruchs und die Fähigkeit, solch heterogene soziale Gruppen an sich zu binden, verdankten die Liberalen nicht zuletzt der von ihnen entworfenen Zukunftsperspektive „einer klassenlosen Bürgergesellschaft ‚mittlerer' Existenzen". Unverkennbar war diese Konzeption in ihrem Kern geprägt „durch die unmittelbare lebensweltliche Erfahrung einer vorindustriellen und vor allem auch in gesellschaftlicher Hinsicht vorrevolutionären Umwelt". Die wirtschaftlichen und sozialen Erwartungen, auf denen dieses gesamtgesellschaftliche Entwicklungsmodell beruhte, erwiesen sich jedoch in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts, mit dem endgültigen Durchbruch der industriellen Revolution in Deutschland und mit den tiefgreifenden sozialen Strukturwandlungen, die von ihr ausgelöst wurden, zunehmend als illusionär. Mehr und mehr wurde unübersehbar, „daß die Entwicklung in eine ganz andere Richtung lief und nicht die klassenlose Bürgergesellschaft, sondern, zunächst jedenfalls, immer ausgeprägter eine bürgerliche Klassengesellschaft freisetzte". Der Liberalismus verlor daher – in ersten Ansätzen schon seit der Jahrhundertmitte – seine Integrationskraft und Dynamik, das soziale

1 Karl von Rotteck, Bewegungs-Partei und Widerstands- oder Stillstands-Partei, in: Rotteck-Welcker, Staatslexikon, Bd. 2, 1835, S. 558–565. Vgl. zum Parteibegriff der vormärzlichen Liberalen v. a. Schieder, Theorie der Partei, bes. S. 114, Gall, Opposition, S. 192–207, u. ders., Regierende Partei, S. 36ff.

2 Sheehan, Liberalismus und Gesellschaft, bes. S. 213, u. ders., Deutscher Liberalismus, bes. S. 31f. Zum vormärzlichen Liberalismus jetzt auch die Tagungsbeiträge des Trierer Symposions von 1982: Schieder (Hrsg.), Liberalismus.

Spektrum seiner Anhängerschaft verengte sich immer deutlicher, er wurde zur bürgerlichen Klassenpartei.[3]

In aller Schärfe zeigte sich jedoch die Unfähigkeit der Liberalen, den Aufgaben und Problemen einer modernen Industriegesellschaft gerecht zu werden, die „Krise des bürgerlichen Liberalismus", erst seit der „Großen Depression" der Jahre nach 1873. Denn während in der vorhergehenden Umbruchsphase der enorme wirtschaftliche Aufschwung noch den liberalen Fortschrittsglauben zu rechtfertigen schien und die Masse der Bevölkerung noch nicht zu eigenen Formen der politischen Vertretung gefunden hatte, führten nun das bis in die Grundfesten erschütterte Selbstvertrauen der bürgerlichen Wähler, der Aufstieg der organisierten Arbeiterbewegung und das erfolgreiche Werben der Konservativen um die ländliche Bevölkerung zu einem beständigen Substanzverlust der liberalen Parteien.[4] Ihr Stimmenanteil ging von 46,5% bei der Reichstagswahl des Jahres 1871 auf 26,0% in der Wahl von 1912 zurück.[5]

Es hat auf liberaler Seite nicht an Versuchen zur Bewältigung dieser krisenhaften Entwicklung gefehlt, sei es mit Bemühungen um die Gewinnung der Arbeiterschaft z. B. durch Schulze-Delitzsch, liberale Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik und den Nationalsozialen Verein[6], sei es mit einer grundlegenden Neubestimmung des liberalen Standorts, wie sie etwa von Friedrich Naumann mit der Forderung propagiert wurde, die Fiktion der liberalen „Volkspartei" aufzugeben zugunsten einer offenen Anerkennung des „Klassencharakters" des Liberalismus und auf diese Weise die Voraussetzung für ein Bündnis zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft zu schaffen.[7] Erfolge waren solchen Überlegungen jedoch im Kaiserreich nicht beschieden, allzusehr blieben sie isolierte Einzelinitiativen.

Erst die in der Revolution 1918/19 gegründete Deutsche Demokratische Partei zeigte – zunächst jedenfalls – aussichtsreiche Ansätze in die wesentlich von Naumann vorgezeichnete Richtung. Die Partei sah ihre Chance in einem eindeutigen Bekenntnis zur neuen republikanischen

3 Gall, Bürgerliche Gesellschaft, S. 324ff.; ders., Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Liberalismus, S. 12f. Vgl. zu der Kontroverse, die durch Galls neue Interpretation seit dem Historikertag von 1974 in Gang gekommen ist, v. a. Faber, Strukturprobleme, S. 201ff., Mommsen, Klassenlose Bürgergesellschaft, S. 77ff., Gall, Revolution und Reichsgründung, S. 98ff., u. Koch, Industriesystem, S. 605ff.

4 Gall, Bürgerliche Gesellschaft, S. 175f.; Schieder, Krise des Liberalismus, passim.

5 Kaack, Geschichte und Struktur, S. 69.

6 Schieder, Krise des Liberalismus, S. 200f.; vgl. auch Werner Conze, Möglichkeiten und Grenzen der liberalen Arbeiterbewegung in Deutschland. Das Beispiel Schulze-Delitzschs, Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Phil.-hist. Klasse. Jg. 1965 Abh. 2, Heidelberg 1965, Dieter Lindenlaub, Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik. Wissenschaft und Sozialpolitik im Kaiserreich vornehmlich vom Beginn des „Neuen Kurses" bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1890–1914), 2 Bde., VSWG Beihefte 52/53, Wiesbaden 1967, u. Dieter Düding, Der Nationalsoziale Verein 1896–1903. Der gescheiterte Versuch einer parteipolitischen Synthese von Nationalismus, Sozialismus und Liberalismus, Studien zur Geschichte des 19. Jahrhunderts Bd. 6, München/Wien 1972.

7 Schieder, Krise des Liberalismus, S. 200; Thomas Nipperdey, Einleitung zu Friedrich Naumanns Schriften zum Parteiwesen, in: Friedrich Naumann, Werke, hrsg. v. Theodor Schieder, Bd. 4, Köln/Opladen 1964, S. XXIII ff.

Ordnung, in einer Verbreiterung ihrer sozialen Basis – Rückgewinnung des alten Mittelstandes und Ausgreifen in die politisch noch wenig organisierte Angestellten- und Beamtenschaft – und in der Wahrnehmung einer „Brückenfunktion"[8] zur Sozialdemokratie.[9] Mit diesem Konzept gelang der DDP bei den Januarwahlen 1919 ein beachtlicher Erfolg – 18,6% der Stimmen gegenüber 4,4% für die Deutsche Volkspartei[10]; allerdings mußte schon der neuerliche Rückgang des liberalen Gesamtstimmenanteils vor allzu übertriebenen Hoffnungen warnen.[11] Sehr bald verschoben sich bei den Linksliberalen die Gewichte durch das Beharrungsvermögen des alten Parteiapparats und die finanzielle Abhängigkeit von der Wirtschaft wieder zuungunsten der reformerischen Kräfte. Der tiefe innerparteiliche Spalt zwischen einer sozialliberalen und einer prononciert mittelständischen Richtung führte zu einer solchen Widersprüchlichkeit in Programmen und Aktionen, daß die DDP im Juni 1920 über die Hälfte ihrer Wähler an die kompromißlos für den Bürgerblock agitierende DVP verlor.[12] Dieses Wahlergebnis signalisierte aber nicht nur eine beträchtliche Verschiebung innerhalb des liberalen Lagers und das Scheitern der in der DDP angestrebten zeitgemäßen Erneuerung der liberalen Bewegung, sondern markierte zugleich den Beginn des kontinuierlichen Rechtstrends der bürgerlichen Wähler in der Weimarer Republik. In den folgenden Jahren – mithin in hohem Maße schon vor dem Aufstieg des Nationalsozialismus[13] – büßten beide liberalen Parteien „im alten Mittelstand Positionen ein, ohne daß es ihnen gelang, im neuen festen Fuß zu fassen"[14]. Die Krise des deutschen Liberalismus setzte sich nun, nicht zuletzt unter dem Druck der schwierigen ökonomischen Lage weiter Teile des Bürgertums, in ständig sich verschärfender Form fort; DDP wie DVP sanken zu bloßen Splitterparteien mit einem Stimmenanteil von zuletzt 2,0% herab.[15]

Hinsichtlich der Reaktionen auf die verheerenden Verluste kann zwar keineswegs von einem völligen Fehlen eines Krisenbewußtseins gesprochen werden. Für die Haltung einer breiten Mehrheit in beiden liberalen Parteien war jedoch charakteristisch, daß – so Theodor Heuss – von einer „schweren Durchgangszeit einer freiheitlichen bürgerlichen Auffassung" gesprochen und mit einem scheinbar unerschütterlichen Optimismus an der Überzeugung festgehalten wurde, schon bald würden „die Massen von den Nationalsozialisten zurückströmen" – so Wilhelm

8 Neumann, Parteien, S. 52.
9 Albertin, Liberalismus und Demokratie, bes. S. 54ff., 106ff. u. 410f.; vgl. auch Stephan, Aufstieg und Verfall, S. 13ff. u. 22ff.
10 Kaack, Geschichte und Struktur, S. 86.
11 Kritisch zu Albertins positiver Einschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten der DDP Heß, Alternative, S. 640ff. Die Situationsbedingtheit des DDP-Erfolges von 1919 betont auch Ritter, Kontinuität und Umformung, S. 262f.
12 Albertin, Liberalismus und Demokratie, S. 411ff. u. passim.
13 Vgl. die Analyse der Reichstagswahl v. 4. 5. 1924 bei Winkler, Mittelstand, S. 135ff. u. 180.
14 Albertin, Liberalismus und Demokratie, S. 416; vgl. auch Jones, Dying Middle, S. 23ff., u. ders., Dissolution, bes. S. 275ff.
15 Kaack, Geschichte und Struktur, S. 121.

Külz.[16] Ein Verständnis der Krise des Weimarer Staates und der liberalen Bewegung als einer vorübergehenden Erscheinung aber konnte kaum eine geeignete Grundlage für ein kritisches Überdenken der Strukturprobleme des Liberalismus sein; eine der Entwicklung im Kaiserreich vergleichbare Erneuerungsströmung zeigte sich deshalb in der Endphase von Weimar nicht.[17] Vielmehr überlagerte und lähmte dieser resignative Optimismus 1932/33 auch noch die Versuche, wenigstens ein wesentliches Teilproblem der Krise anzugehen, nämlich die seit Ende der zwanziger Jahre sich häufenden Initiativen zur Überwindung der parteipolitischen Zersplitterung des deutschen Liberalismus.

Seit 1866 war die liberale Bewegung in Deutschland in eine nationalliberale und eine linksliberale Richtung gespalten. Zwar hatte schon in der Revolution von 1848/49 die im Vormärz ausgebildete oppositionelle Einheitsfront des Bürgertums gegen den monarchischen Obrigkeitsstaat vor allem wegen der Sprengkraft der sozialen Frage nicht aufrechterhalten werden können, doch die dauerhafte Scheidung der in der Reaktionszeit zunächst wieder vereinigten liberalen Bewegung vollzog sich erst im Gefolge der nationalen Einigung unter preußischer Führung.[18] Während die in der Deutschen Fortschrittspartei zurückbleibende Minderheit des Bürgertums einen Nationalstaat ohne gleichzeitige Erfüllung der weitergehenden liberalen Forderungen ablehnte und auf der prinzipiellen Negation der Bismarckschen Politik beharrte, organisierte sich die Mehrheit in der neuen Nationalliberalen Partei unter der Parole „Durch Einheit zur Freiheit", unterstützte also Bismarck in der Erwartung, daß im Nationalstaat die Entfaltungsmöglichkeiten und Einflußchancen für die Liberalen wesentlich günstiger sein würden.[19] Die Divergenzen in der nationalen Frage korrespondierten jedoch mit der sozialen Differenzierung im liberalen Lager: Die starke Betonung des Einheitsgedankens auf der Rechten war nicht zuletzt durch die Interessenlage des hier dominierenden Besitz- und Bildungsbürgertums motiviert, dagegen war mit den kleinbürgerlichen Interessen, als deren Vertretung sich die Linke begriff, ein zeitweiser Verzicht auf den Nationalstaat eher zu vereinbaren.[20]

Die Zweiteilung des deutschen Liberalismus, die auf der Linken noch durch eine weiterreichende Zersplitterung und durch die Kurzlebigkeit aller Fusionsversuche verstärkt wurde, führte zu verhängnisvollen Allianzen, die eine Verwirklichung der einstigen Reformziele kaum mehr zuließen: „Prinzipienloser Bejahung" auf der einen Seite stand eine „prinzipienstarre Negation" auf der anderen Seite gegenüber. Die Spaltung und „innerbürgerliche Polarisation" lähmten das liberale Bürgertum

16 Vgl. Eksteins, Heuss, S. 101, 107 u. 111, sowie Heß, Heuss, S. 192f. u. 200; die Zitate ebd., S. 192f.; für ähnliche Äußerungen des DVP-Vorsitzenden Dingeldey vgl. Booms, Deutsche Volkspartei, S. 535f.

17 Wegner, Linksliberalismus, S. 136.

18 Vgl. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, bes. S. 444ff.

19 Ebd., S. 452f., u. Winkler, Preußischer Liberalismus, S. 97ff. u. 121f.

20 Ebd., S. 93ff., u. Faber, Strukturprobleme, S. 225; ähnlich, aber stärker das Eigengewicht der nationalen Frage betonend Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 376f. u. 443.

und machten es weitgehend handlungsunfähig, sie wurden so zu einem wesentlichen Faktor für seine politische Schwäche in der Zeit des Kaiserreiches.[21]

Eine reelle Chance zur Sammlung der liberalen Kräfte bot dann die Neuformierung der Parteien im November/Dezember 1918. „Die Überzeugung, man könne sich ‚den Luxus zweier liberaler Parteien' nicht mehr leisten, fand in den Revolutionstagen immer weitere Verbreitung."[22] Im Zuge der Verhandlungen vor und nach der Gründung der DDP konnte ein großer Teil der ehemaligen Nationalliberalen für die neue Partei gewonnen werden, in einigen Städten und Ländern gelang sogar schon zuvor die vollständige Fusion der beiden Richtungen.[23] Im Endergebnis wurde allerdings nur eine Neugruppierung der liberalen Spaltung erreicht, auch weil Gustav Stresemann mit außerordentlicher Hartnäckigkeit die Neuorganisierung der verbliebenen Reste der Nationalliberalen Partei unter dem Namen Deutsche Volkspartei betrieb. „Diese Partei war Stresemanns ureigene Schöpfung."[24]

Gerade weil beide Parteien um das gleiche Wählerpotential warben und ihre Differenzen in der sachlichen Zielsetzung gering waren, befehdeten sie sich in der Agitation auf das Äußerste[25] und setzten damit das bekannte Erscheinungsbild der liberalen Bewegung fort, gegenüber dem sich nur allmählich wieder die Einsicht verstärkte, daß die sich verschärfenden Interessengegensätze im bürgerlichen Spektrum und der wachsende politische Druck auf die Mitte eine Zusammenfassung ihrer Parteien dringend erforderten. Nennenswerte Initiativen wurden aber erst nach den deutlichen Verlusten in der Reichstagswahl vom Mai 1928 ergriffen – zu erwähnen sind die, allerdings durch den Tod Stresemanns obsolet gewordenen, Verhandlungen zwischen den Vorsitzenden von DDP und DVP über die Schaffung eines „Blocks der Nationalbewußten"[26] und der mit der bloßen Umbenennung der DDP in Deutsche Staatspartei endende Versuch, nicht nur die beiden liberalen Parteien zusammenzufügen, sondern auch in den Sektor der neu entstandenen Jugendbünde auszugreifen.[27]

Je verheerender in den letzten drei Jahren der Republik die Verluste von DStP und DVP wurden, desto hektischer bemühten sich liberale Politiker um die Bildung einer neuen Mittelpartei zwischen Zentrum und

21 Ebd., S. 454f.
22 Portner, Verfassungspolitik, S. 23; ähnlich Albertin, Liberalismus und Demokratie, S. 45ff.
23 Ebd., S. 48ff. u. 59ff.; Portner, Verfassungspolitik, S. 26ff.; Hartenstein, Anfänge der DVP, S. 14ff. u. 25ff.
24 Portner, Verfassungspolitik, S. 31. Die Rolle Stresemanns hat als erster überzeugend Hartenstein, Anfänge der DVP, S. 38ff., herausgearbeitet; diese These auch bei Albertin, Liberalismus und Demokratie, S. 64ff., u. Jones, Stresemann, S. 147f. Dagegen meint Stephan, Aufstieg und Verfall, S. 31, die Parteienfusion wäre ohne den Einfluß der DDP-Gründer Theodor Wolff und Alfred Weber, die die Aufnahme des „Annexionisten" Stresemann scharf ablehnten, vermutlich gelungen; in diese Richtung auch Heß, Alternative, S. 641.
25 Albertin, Liberalismus und Demokratie, S. 411f. u. 415.
26 Matthias/Morsey, Deutsche Staatspartei, S. 32, Schneider, DDP, S. 253f., u. Jones, Sammlung, S. 268. Vgl. auch ders., Stresemann, S. 153ff. u. 161f.
27 Matthias/Morsey, Deutsche Staatspartei, S. 32ff.; Stephan, Aufstieg und Verfall, S. 439ff.; Jones, Sammlung, S. 268f.

DNVP, wobei ihre Pläne entsprechend der inzwischen eingetretenen parteipolitischen Zersplitterung der Mitte über die traditionellen Versuche zur Einigung des Liberalismus hinausgriffen und -greifen mußten.[28] Alle Initiativen dieser Art hinkten jedoch hinter der tatsächlichen Entwicklung her; der Konzentrationspunkt für eine bürgerliche Sammlung verlagerte sich in einem solchen Maße nach rechts, daß die Bestrebungen für eine Neuformierung der Mitte von einer zweiten, antiparlamentarisch und autoritär eingestellten Sammlungsbewegung der Rechten überlagert und letztlich ausgeschaltet wurden, wobei die Trennungslinie zwischen beiden Bewegungen mitten durch die Reihen der DVP lief.[29] Dokumentierte sich auch in den Sammlungsplänen eine erweiterte Bereitschaft im liberalen Lager, traditionelle Frontenbildungen zu überwinden, so blieb doch noch bis 1933 der Widerstand gegen einen Zusammenschluß von DStP und DVP – nicht nur auf dem linken oder rechten Flügel – beträchtlich.[30] Außerdem war für die Reformversuche dieser Jahre charakteristisch, daß sie keinerlei Ansätze – jedenfalls soweit sie von liberaler Seite ausgingen – zur Überwindung anderer überkommener Grundmuster des deutschen Parteiensystems, nämlich vor allem der konfessionellen Spaltung[31], und damit auch zum radikalen Bruch mit liberalen Parteitraditionen beinhalteten.

Ein zweites Phänomen, das zugleich in besonderer Weise Ausdruck der Krise des Liberalismus wie auch ein wesentlicher sie begünstigender Faktor gewesen ist, war die organisatorische Rückständigkeit und Schwäche der liberalen Parteien.[32] Obwohl oder – besser – gerade weil diese die älteste Form politischer Parteien im modernen Sinne darstellten, waren sie in ihren Organisationsstrukturen bis ins 20. Jahrhundert hinein von Bedingungen geprägt, die in keiner Weise mehr denen einer industrialisierten und demokratisierten Massengesellschaft entsprachen.

In ihrer Frühzeit bestand die liberale Bewegung lediglich als lockere Gesinnungsgemeinschaft; allein das Bekenntnis zu ihr, nicht aber eine formelle Mitgliedschaft verband ihre Anhänger. Feste Fraktions- und Parteibindungen wurden als Aufsplitterung der oppositionellen Einheitsfront gegen den monarchischen Obrigkeitsstaat und als Verletzung des Prinzips der freien Repräsentation bewußt abgelehnt. Der organisatorische Unterbau der parlamentarischen Gesinnungsgemeinschaft beschränkte sich auf lokale Honoratiorenkomitees, die ebenfalls noch keine festen Formen angenommen hatten und deren Hauptfunktion die Kandidatenbenennung war.[33] Ein entscheidender, allerdings in der Reaktionszeit zunächst revidierter Schritt auf dem Wege der Parteibildung wurde dann in der Revolution von 1848/49 gegangen: Einerseits for-

28 Dazu ausführlich ebd., S. 269ff.; vgl. auch Matthias/Morsey, Deutsche Staatspartei, S. 52 u. 59ff., u. Booms, Deutsche Volkspartei, S. 530ff.
29 Jones, Sammlung, S. 302f.
30 Vgl. etwa für die ablehnende Haltung von Theodor Heuss Eksteins, Heuss, S. 87 u. 103ff.
31 Vgl. dagegen die Überlegungen des Zentrumspolitikers Adam Stegerwald in dessen „Essener Programm" von 1920; dazu neuerdings Jones, Stegerwald.
32 Allgemein hierzu Schieder, Krise des Liberalismus, S. 202f.
33 Gall, Regierende Partei, S. 32ff. u. 37ff., u. ders., Opposition, S. 195f. u. 198ff.

mierten sich in der Frankfurter Nationalversammlung überraschend schnell klar abgegrenzte und einen dominierenden Einfluß in den Entscheidungsprozessen ausübende Fraktionen, andererseits entstanden erstmals einige außerparlamentarische, mit den Fraktionen kooperierende Organisationen.[34]

Diese Formen der Honoratiorenpolitik bestimmten auch noch bis weit in die Bismarck-Zeit hinein die Struktur der sich seit den 1860er Jahren bildenden Parteien. Kandidatenaufstellung und Wahlkampfdurchführung lagen in den Händen lokaler Komitees und Vereine, die erst allmählich auch zwischen den Wahlen kontinuierliche Aktivitäten entfalteten. Ebenso zögernd wandelte sich die zentrale Wahlkampfleitung zu einer Art Parteiführung; ihr Einfluß auf die Fraktionsentscheidungen blieb jedoch gering, zumal sich erst um 1880 im Zuge der verschärften Auseinandersetzung zwischen den liberalen Parteien die eindeutige Zuordnung von Partei und Fraktion endgültig durchsetzte.[35] Langfristig aber verlagerte sich das politische Gewicht durch das allgemeine Wahlrecht und die sozioökonomischen Veränderungen auf die Masse der abhängig Beschäftigten; der Parteitypus, der diesen neuen Bedingungen entsprach, die „Integrationspartei"[36], wurde zuerst von den Sozialdemokraten aufgebaut. Seine Kennzeichen waren die straffe, dauerhafte Organisation, die ständige Aktivierung der Mitglieder – nicht zuletzt auch in finanzieller Hinsicht – und die enge Bindung der Fraktion an die Vorgaben der Partei. Während Zentrum und Konservative auf andere Weise, mit außerparteilichen Hilfsorganisationen, ihre Massenbasis sicherten, wurden die liberalen Parteien trotz mancher Bemühungen (Ausbau der Vereine, der Parteitage, der Agitation und des Parteiapparats) den veränderten Bedingungen bis 1918 am unvollkommensten gerecht.[37]

Mit der Einführung des parlamentarischen Regierungssystems, des Verhältniswahlrechts und des Frauenstimmrechts zu Beginn der Weimarer Republik verstärkte sich für die Liberalen der Zwang zu einer einschneidenden Organisationsreform. Doch nur für kurze Zeit vermittelten die emporschnellenden Mitgliederzahlen, die erfolgreiche Intensivierung der Wahlwerbung und die anfänglich günstige Finanzlage den Eindruck, als ob es der DDP gelingen könne, sich zu einer demokratischen Massenpartei zu entwickeln.[38] Bereits im Sommer 1919 vollzog sich bei den Linksliberalen die Tendenzwende, und auch in der DVP erstickten die vorhandenen Ansätze im folgenden Jahr.[39] Die Reformversuche scheiterten zum einen am traditionellen Individualismus in Mitgliedschaft und Führung sowie am weit verbreiteten Desinteresse organisatorischen

34 Langewiesche, Anfänge, S. 324–361; Manfred Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848–1850, Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus, Düsseldorf 1977, S. 338ff. u. 415ff.
35 Nipperdey, Organisation, bes. S. 24ff., 42ff. u. 119ff.; vgl. auch Eisfeld, Entstehung, S. 100ff. u. 191ff.
36 Neumann, Parteien, S. 105ff.
37 Nipperdey, Organisation, bes. S. 174f., 191f. u. 239f.
38 Portner, Massenpartei.
39 Albertin, Liberalismus und Demokratie, S. 104.

Fragen gegenüber, zum anderen gerieten sie – zunächst vor allem bei der DDP – bald unter den Druck des allgemeinen Abwärtstrends der liberalen Parteien. So blieb das organisatorische Netz zu weitmaschig, um der Mitglieder- und Wählerbetreuung die notwendige Konstanz zu geben. Die aktive Mitarbeit der Mitgliedschaft und die innerparteiliche Meinungsbildung waren zu gering ausgebildet, als daß sie den Ausgleich der divergierenden Interessen und die Vermittlung der Fraktions- und Regierungspolitik an die Basis hätten leisten können. Und nicht zuletzt gelang es nie, der permanenten Finanznot sowie Abhängigkeit von industriellen Geldgebern mit einer langfristigen Haushaltsplanung und einer partiellen Finanzierung aus eigenen Kräften zu begegnen.[40] Die Liberalen gingen schließlich mit einem so schwachen Organisationsstand in die Endphase der Weimarer Republik, daß ihre Parteien in weiten Teilen des Reiches schon lange vor ihrem offiziellen Ende am 29. Juni bzw. 4. Juli 1933 in Auflösung begriffen waren.[41]

In den folgenden zwölf Jahren der Illegalität wies deshalb der Liberalismus von allen namhaften politischen Richtungen zweifellos die geringste organisatorische Kontinuität auf. Soweit seine Anhänger überhaupt im Widerstand oder in der Emigration politisch tätig wurden, geschah dies, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in individueller Form, nicht aber in geschlossenen Gruppen.[42] Zwar war allgemein für den antifaschistischen Widerstand charakteristisch, daß sich die Zusammensetzung der ihn tragenden Kreise zumeist nicht an den überlieferten Parteigrenzen orientierte[43], doch daneben galt, daß SPD und KPD durch ihre straffe Organisation und die enge Bindung ihrer Mitglieder an die Partei die völlige Zerstörung der Kontakte und Kommunikationswege innerhalb ihrer Mitgliedschaft während der nationalsozialistischen Verfolgung durchaus verhindern und so nach 1945 auf ein breit gestreutes Anhängerpotential zurückgreifen konnten.[44] Ähnliches gelang dem Zentrum mit Hilfe der nahezu unberührt gebliebenen Organisation der katholischen Kirche.[45] Dagegen wurden Verbindungen zwischen den Mitgliedern von DDP und DVP allenfalls in einigen kleinen Zirkeln oder im Rahmen freundschaftlicher Beziehungen aufrechterhalten, wobei auch diese Kontakte in den Wirren der letzten Kriegsmonate vielfach noch zerbrachen.[46]

---

40 Ebd., S. 90ff. u. 167ff.; Stephan, Aufstieg und Verfall, S. 220ff., 249f. u. 306ff.; Schneider, DDP, S. 67ff. u. 222ff.

41 Stephan, Aufstieg und Verfall, S. 487 u. 505; Matthias/Morsey, Deutsche Staatspartei, S. 71f.; Booms, Deutsche Volkspartei, S. 536f.

42 Dazu jetzt Sassin, Widerstand.

43 Vgl. u. a. Hans Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien, hrsg. v. Walter Schmitthenner u. Hans Buchheim, Köln/Berlin 1966, S. 73f., u. Hans Rothfels, Deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, neue, erw. Ausg., hrsg. v. Hermann Graml, Frankfurt am Main 1977, S. 104ff.

44 Schütz, Sozialdemokratie, S. 158; Brandt, Antifaschismus, S. 31ff. u. 179ff.

45 Vgl. u. a. Wieck, Entstehung der CDU, S. 15 u. 226ff.

46 Charakteristisch etwa die Schilderung von Lemmer, Erinnerungen, S. 213ff.; vgl. auch Werner Stephan, 100 Jahre liberale Parteien, in: Dorn/Hofmann (Hrsg.), Geschichte, S. 126f., u. Bertsch, FDP, S. 167.

Historisch war für die Liberalen die Ausgangssituation nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes also dadurch gekennzeichnet, daß weit mehr als bei den anderen Parteien die unmittelbare Anknüpfung an die politischen Verhältnisse der Zeit vor 1933 zweifelhaft, wenn nicht gar ausgeschlossen erscheinen mußte: Die organisatorischen Zusammenhänge waren völlig zerrissen; die Aufspaltung des Liberalismus in zwei sich heftigst befehdende Richtungen war vollends suspekt geworden; nicht zuletzt mußte die bis zum Absinken in die Bedeutungslosigkeit gesteigerte Krise der Bewegung Überlegungen auslösen, ob denn die liberale Idee allein überhaupt noch parteibildende Kraft entfalten könne.

Wenn insofern 1945 die Formen, in denen sich ein Neubeginn liberaler Politik vollziehen konnte, mehr denn je zur Disposition standen, so dürfen doch auf der anderen Seite zwei gegenläufige Faktoren nicht übersehen werden. Die während der Weimarer Republik gewonnenen Eindrücke wurden überlagert durch das Erlebnis eines Systems, dessen totalitäre Züge und historisch singuläre Unmenschlichkeit als nachträgliche Beweise für die Unverzichtbarkeit einer auf liberalen Prinzipien aufbauenden Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung interpretiert werden und damit Hoffnungen auf eine auch parteipolitische Renaissance des Liberalismus nähren konnten. Außerdem darf keineswegs die ideologische, aber auch personelle Kraft einer Bewegung unterschätzt werden, die eine so lange und geschichtlich bedeutende Tradition aufzuweisen hatte wie die Liberalen. Dieses Kontinuitätselement mußte um so stärkere Wirkungen zeigen, je mehr die vor allem von den Besatzungsmächten gesetzten Rahmenbedingungen des politischen Wiederaufbaus die Orientierung an den überlieferten Strukturen förderten.

Unter Berücksichtigung dieser beiden in ihren Wirkungen gegenläufigen Aspekte war ein gleichförmiges Verhalten der Liberalen bei den Parteigründungen nicht zu erwarten, zumal – wie bereits angedeutet – keine Instanz existierte und sich wegen der durch die schwierigen Kommunikationsverhältnisse und die Besatzungspolitik erzwungenen Regionalisierung auch nicht entwickeln konnte, die in der Lage gewesen wäre, mit einem Mindestmaß an Autorität den Weg des parteipolitischen Neubeginns vorzuzeichnen. Vielmehr mußten die in den folgenden Monaten von liberaler Seite entwickelten Parteikonzeptionen entscheidend geprägt sein von den spezifischen Verhältnissen und Anknüpfungsmöglichkeiten, die sich in den jeweiligen Kommunen, Bezirken, Provinzen, Ländern und Zonen anboten.

Zweites Kapitel

Gründung und Entwicklung der liberalen Landesparteien 1945–1949

1. Die sowjetische Besatzungszone

Erst ein Monat war seit der deutschen Kapitulation vergangen, und das Besatzungsregime der Siegermächte war weder in der sowjetischen noch in den drei westlichen Zonen auch nur annähernd konsolidiert, als die Sowjetische Militär-Administration am 10. Juni 1945 in ihrem Besatzungsbereich bereits wieder eine deutsche politische Betätigung zuließ: Der SMAD-Befehl Nr. 2 gestattete „die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien", die sich bei den lokalen Militärkommandanten registrieren ließen und der Kontrolle der Besatzungsbehörden unterwarfen.[1] Die Hintergründe dieses überraschend schnellen und mit den westlichen Alliierten nicht abgestimmten Vorgehens sind – wie die sowjetische Deutschlandpolitik überhaupt – noch nicht abschließend und in allen Facetten geklärt.[2] Im Zentrum der sowjetischen Überlegungen stand aber wohl das Bestreben, in Anbetracht des bevorstehenden Einrückens westlicher Truppen in Berlin die Initiative in der Hand zu behalten und mit Parteigründungen in der alten Reichshauptstadt unter alleiniger sowjetischer Kontrolle die politische Entwicklung in ganz Deutschland nachhaltig zu präfigurieren.[3] Daneben bestand die Absicht, die deutsche politische Betätigung in den leichter zu überwachenden Parteien zu kanalisieren – und zwar in Parteien, die sich durch den Zwang zur sofortigen Konstituierung eng an die historisch gewachsenen Strukturen des deutschen Parteiensystems anlehnten und damit relativ genau zu verorten waren. Dieses zweite Motiv war nicht zuletzt ein Ergebnis der mit Mißtrauen beobachteten, weit verbreiteten Ten-

1 Abgedruckt in: Flechtheim (Hrsg.), Dokumente, Bd. 1, S. 108f.

2 Die nach wie vor beste Analyse der zunächst durchaus für verschiedene Alternativen offenen und z. T. widersprüchlichen sowjetischen Politik findet sich bei Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 203ff., hier bes. S. 241ff. Von einem ähnlichen Ansatz geht von Buttlar, Ziele und Zielkonflikte, aus. Vgl. ferner Meissner, Sowjetische Deutschlandpolitik, bes. S. 451f.

3 Krippendorff, LDP, S. 22f.; vgl. auch Mattedi, Gründung, S. 18f., u. zuletzt Hermann Weber, Einleitung: Zum Transformationsprozeß des Parteiensystems in der SBZ/DDR, in: ders. (Hrsg.), Parteiensystem, S. 21ff.

denzen zur Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei, betraf aber natürlich auch den bürgerlichen Sektor.[4] Aus beidem ergibt sich ferner, daß die SMAD an einem langsamen Wachstum der Parteien von unten nach oben nicht interessiert sein konnte, sondern nach einer Übergangsphase, die bis etwa Ende Juli 1945 dauerte und während der in der SBZ auch von Berlin unabhängige und von der Berliner Konstellation abweichende Parteigründungen möglich waren, darauf drängte, daß sich auch diese lokalen Gruppen dem zentralen Parteienmuster anpaßten und den Zonenparteiführungen unterordneten.[5]

Die Ausgangssituation für eine liberale Parteigründung war aber ebenso durch die spezifischen historischen Strukturen des Parteiensystems in der SBZ geprägt. Entsprechend den konfessionellen Verhältnissen – der Protestantenanteil lag in fast allen Provinzen und Ländern um oder sogar über 90% – hatte das Zentrum hier vor 1933 keine nennenswerte Rolle gespielt; die bürgerlichen Stimmen waren bis weit in die zwanziger Jahre hinein auf die beiden liberalen Parteien und die DNVP verteilt gewesen. In der innerliberalen Auseinandersetzung hatte sich die DDP in Berlin und Umgebung jeweils besser behaupten und in Relation zu ihren Stimmenanteilen im Reich überdurchschnittlich abschneiden können, während in allen anderen Gebieten der späteren SBZ die DVP mit überdurchschnittlichen Ergebnissen die Führungsposition einnahm und die Linksliberalen nur in Leipzig und Dresden auch noch relativ hohe Stimmenanteile aufweisen konnten.[6] Allerdings wurde die Bedeutung dieser regionalen politisch-sozialen Traditionen – im Gegensatz zu den westlichen Zonen – gemindert durch die besondere Stellung Berlins. Denn allein schon durch den Hauptstadtanspruch, aber auch durch die Beteiligung führender Reichspolitiker der Weimarer Zeit wurde der Blick der Parteigründer von vornherein auf die Lage in ganz Deutschland ausgeweitet.

Die neue liberale Partei wurde bereits sechs Tage nach dem Erlaß des Befehls Nr. 2 – inzwischen waren KPD und SPD am 11. bzw. 15. Juni an die Öffentlichkeit getreten – von einem sechsköpfigen Kreis konstituiert. Drei seiner Mitglieder – darunter die früheren Reichsminister Eugen Schiffer und Wilhelm Külz – hatten vor 1933 der DDP angehört, doch war der Kreis nicht zuletzt auf Grund persönlicher Bekanntschaft mit Schiffer und dessen Schwiegersohn Waldemar Koch zusammengekommen; er handelte zunächst isoliert von anderen Initiativen und war insofern nicht repräsentativ für die in Berlin ansässigen Liberalen.[7] Als Parteibezeichnung wählten die Gründer „Deutsche Demokratische Partei", sie knüpften also anfangs ohne intensivere Überlegungen über die Chancen und den Standort im neuen Parteiensystem an die für sie naheliegendste Traditionslinie an. Erst in den folgenden Wochen stellten die DDP-Gründer Kontakte zu anderen Zirkeln her, die sich um eine bürgerliche

4 Fijalkowski, Berlin, S. 5f.
5 Krippendorff, Gründung, S. 295 u. 298f.
6 Milatz, Wähler und Wahlen, S. 71ff., 93, 97 u. 100.
7 Krippendorff, Gründung, S. 290f.; vgl. auch Behrendt, Külz, S. 142 u. 285f.

Parteibildung bemühten, und erst im Verlaufe dieses Prozesses konkretisierte sich ihre Parteikonzeption.

Am 19. und 22. Juni erfuhren Külz und Koch erstmals von dem Engagement ehemaliger Zentrums- (Hermes, Kaiser) und DDP-Politiker (Schreiber, Lemmer) für einen überkonfessionellen Zusammenschluß der bürgerlichen Kräfte; die unmittelbare Wirkung dieser Nachricht läßt sich in einem Gespräch nachweisen, das Koch an diesem 22. Juni auf der Wilmersdorfer Kommandantur führte: Er sprach nun davon, „daß es sich [bei der neuen DDP, D.H.] um einen Zusammenschluß der verschiedenen bürgerlichen Parteien handelt, nicht etwa nur um einen solchen der früheren demokratischen Partei".[8] Am folgenden Tag traf Koch dann mit dem früheren DVP-Generalsekretär Trucksaess und dem früheren Berliner Fraktionsvorsitzenden der DVP, Schwarz, zusammen; beide plädierten für die Bildung einer gemeinsamen Partei, lehnten aber den Namen DDP ab, da er die neue Partei allzusehr als bloße Fortsetzung der Weimarer Linksliberalen erscheinen lasse. Ihr Alternativvorschlag „Liberal-Demokratische Partei" erhielt jedoch nicht die Zustimmung des Koch/Külz-Kreises, nach dessen Ansicht das Etikett liberal die Katholiken verprellen mußte, so daß es zunächst nicht zu einer Fusion der beiden Gruppen kam.[9] Die DDP/DVP-Verhandlungen sind zu bruchstückhaft überliefert, als daß sich die Dissenspunkte genau erfassen ließen; es wird allerdings deutlich, daß die DDP-Gründer die Gespräche mit einem beträchtlichen Selbstbewußtsein führten und nicht bereit waren, ihre Parteibasis um den Preis einer entscheidenden Verwässerung ihrer Konzeption zu verbreitern.

Die gleiche Haltung demonstrierten sie, als Koch endlich am 29. Juni direkten Kontakt zu Walther Schreiber von der CDU aufnahm. Ihm gegenüber kritisierte Koch insbesondere die Betonung christlicher politischer Grundsätze im Parteinamen, während auf der anderen Seite die CDU-Gründer gerade in dieser Frage und zu diesem späten Zeitpunkt – der Gründungsaufruf war bereits drei Tage zuvor unterzeichnet worden und erschien am 29. Juni in der Presse – keinen Kompromiß akzeptierten. Aus ihrer Sicht kam nur noch der für die Koch/Külz-Gruppe untragbare Anschluß an ihre Partei in Frage.[10] Mit diesem Gespräch war die Entscheidung für die Existenz von zwei konkurrierenden bürgerlichen Parteien gefallen.

Die DDP-Gründer aber entschlossen sich daraufhin, ihre Parteikonzeption erneut zu modifizieren und schärfer zu fassen. Sie änderten nämlich ihren Parteinamen in die zunächst zurückgewiesene Bezeichnung „Liberal-Demokratische Partei", die sie als bewußte Abgrenzung gegenüber

8 Krippendorff, Gründung, S. 292. In der aus dieser Phase stammenden ersten Fassung des Gründungsaufrufs (abgedruckt bei dems., LDP, S. 161) hieß es konkreter: „Die heutige ‚Deutsche Demokratische Partei' will [...] alle diejenigen Deutschen zusammenschließen, die früher der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Partei, der Wirtschaftspartei, dem Zentrum oder der Demokratischen Partei angehörten." Ebd., S. 159, gibt Krippendorff als terminus ante quem für den undatierten Aufruf lediglich den 4. Juli an, während Behrendt, Külz, S. 147 u. 288f., diese Grenze zu Recht auf den 28. Juni vorrückt.

9 Krippendorff, Gründung, S. 292. Die Gruppe um Schwarz und Trucksaess trat allerdings später der LDP bei.

10 Krippendorff, Gründung, S. 293.

der CDU verstanden. In einer allzu optimistischen Einschätzung der neuen Verhältnisse sahen Koch und Külz in der CDU-Gründung lediglich eine Wiederholung der Vorgänge von 1918, als sich das Zentrum vorübergehend „Christlich-Soziale Volkspartei" nannte, und deklarierten die Union als „getarntes Zentrum mit demokratischem Anhängsel".[11] Aus dieser Sicht kam es im wesentlichen nicht mehr darauf an, sich auch um ehemalige Zentrumsanhänger zu bemühen, sondern in klarer Frontstellung gegen Zentrum und CDU die Wähler der beiden liberalen Parteien und bedingt auch der DNVP möglichst geschlossen zu sammeln[12], also das Ausgreifen der Union in diese Bereiche zu unterbinden. Zugleich hatte die LDP damit einen Namen gewählt, der am deutlichsten von allen 1945/46 diskutierten Bezeichnungen die Vereinigung der beiden Strömungen des deutschen Liberalismus zum Ausdruck brachte.

Die Konzeption der in Berlin neu gegründeten liberalen Partei wurde mithin in drei Schritten entwickelt. Ausgangspunkt war die personelle und ideologische Anknüpfung an die DDP-Tradition; erst durch die Nachrichten von konkurrierenden und über die überkommenen Parteigrenzen hinausgreifenden Initiativen sah sich der Kreis um Koch und Külz veranlaßt, nun seinerseits die Sammlung aller bürgerlichen Kräfte anzustreben. Allerdings bestanden zwischen dem Sammlungsverständnis der CDU- und der LDP-Gründer insofern wesentliche Differenzen, als bei ersteren der dominierende Gesichtspunkt die Überwindung der konfessionellen Spaltung des bürgerlichen Lagers war, während letztere weiterhin einen liberalen Akzent setzten und einen religiösen Einfluß auf die neue Partei ablehnten. Beide Gruppen waren eher bereit, Abstriche an der Breite der Sammlung als an diesen Leitgedanken hinzunehmen; sie waren mithin – jedenfalls unter dem Zeitdruck, unter dem die Parteigründungen in der SBZ standen[13] – nicht kompromißfähig. Nach dem Scheitern der CDU/LDP-Gespräche war es für die liberalen Parteigründer nur konsequent, in einem dritten Schritt den Sammlungsgedanken durch stärkere Betonung des liberalen und laizistischen Akzents zu modifizieren, wobei aber anders als in den westlichen Besatzungszonen ihr Standort im neuen Parteiensystem offenblieb. Denn die

11 Schr. v. Wilhelm Külz an Johannes Dieckmann v. 25. 7. 1945, zit. ebd., S. 293f.

12 Protokoll über d. Besprechung bei d. SMAD am 1. 7. 1945, abgedruckt ebd., S. 300: „Ich [Koch, D.H.] führte aus, daß wir keineswegs nur die zu vertreten beabsichtigten, die auf dem Boden der alten Demokratischen Partei gestanden hätten. Vielmehr wollten wir die bürgerlichen Parteien, die rechts von den marxistischen Parteien gestanden hätten, bei uns ansammeln mit Ausnahme des Zentrums. Allerdings würden deutsch-nationale Kreise bei uns ohne besonderen Einfluß auf die Parteipolitik sein. Mit Rücksicht auf den weiteren Kreis, den wir zögen, beabsichtigten wir auch, uns nicht – wie zuerst angegeben – Deutsche Demokratische Partei zu nennen, sondern Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Es wurde weiter gefragt, warum wir das Zentrum ausschlössen. Dazu habe ich erklärt, daß wir der Ansicht sind, daß das Zentrum jedenfalls in dem Gebiete, in dem es die Majorität hat, sich ohnehin selbständig konstituieren würde. Wir hielten einen unmittelbaren Zusammenschluß der Katholiken und der demokratischen Kräfte für eine unnatürliche und nicht dauerhafte Ehe [...]. Wir seien der Ansicht, daß man die Politik nicht mit der Religion verquicken solle, und daß man daher keine Partei auf der Grundlage eines religiösen Bekenntnisses zusammenschließen solle."

13 Vgl. hierzu Krippendorff, LDP, S. 33–36.

spezifischen Bedingungen des Wirkens der Parteien in der SBZ – die Zusammenarbeit in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront und der allgemein eingeschränkte politische Spielraum – verhinderten, daß sich LDP-Politiker klar darüber äußerten, ob ihre Partei sich – in der DDP-Tradition stehend – als Vermittlerin zwischen sozialistischer Linken und bürgerlicher Rechten begriff oder ihren Wirkungskreis mit antisozialistischer Zielsetzung auf der Rechten des Parteienfeldes sah.[14] Die LDP spielte insofern eine Zwitterrolle.

Wie bereits angedeutet, vollzogen sich die Parteigründungen in der SBZ keineswegs nur zentral in Berlin. Vielmehr war es gerade für die Liberaldemokraten charakteristisch, daß sich bis weit in den Juli 1945 hinein in vielen Städten vor allem Sachsens und Thüringens von Berlin unabhängige liberale Parteien bildeten.[15] Ihre Gründer waren fast alle schon vor 1933 bei den Linksliberalen organisiert gewesen, lediglich in Dresden und Leipzig wirkten daneben zwei ehemalige DVP- bzw. – im letzteren Falle – einige Zentrumsmitglieder maßgeblich mit. Dementsprechend waren bei allen diesen Parteigründungen in Namen und Konzeption die Verbindungslinien zur DDP nicht zu übersehen. Zwar wurde nur in wenigen Städten eine nahtlose Anknüpfung an diese Tradition vollzogen – so etwa in Weimar, wo nicht nur der Name der DDP wiederaufgenommen, sondern ausdrücklich von einer „Neugeburt der Demokratischen Partei" gesprochen wurde[16] –, aber auch in den anderen Fällen bildete der Linksliberalismus die Basis, auf der man sich zusammenfand und von der ausgehend man in vorsichtiger Absetzung eine neue Parteikonzeption zu entwickeln suchte. So wurde einerseits die alte linksliberale Parteibezeichnung in vielfältigen Formen variiert – „Deutsche Demokratische Einheitspartei", „Demokratische Volkspartei" oder „Radikal-Demokratische Partei" – und andererseits betont, die neue Partei sei keine „Fortsetzung der nicht gerade rühmlich geendeten Deutschen Demokratischen Partei"[17], ja überhaupt „kein Versuch der Wiederbelebung einer früheren Partei, sondern als Parteibildung etwas grundsätzlich Neues"[18]. Unverkennbar war dabei das Bestreben, das auch in Formulierungen wie „Zusammenfassung aller Stände und Berufe"[19] plakatiert wurde, über die zuletzt verschwindend geringe liberale Anhän-

14 Der Druck, der gerade in diesem Punkt auf die LDP ausgeübt wurde, zeigt sich u.a. darin, daß in der ersten Vorbesprechung zur Bildung der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront am 4. 7. 1945 – eine Aktennotiz von Arthur Lieutenant über diese Besprechung ist abgedruckt bei Krippendorff, LDP, S. 161f. – die KPD- und SPD-Vertreter heftige Kritik an der ersten Fassung der LDP(DDP)-Gründungsaufrufs – abgedruckt ebd., S. 159ff. – übten, weil in diesem auch ehemalige Mitglieder von DVP und DNVP zur Mitarbeit aufgefordert wurden; die LDP mußte den entsprechenden Passus in der zweiten Fassung vom 5. 7. 1945 – abgedruckt bei Flechtheim (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, S. 269ff. – weglassen. Vgl. auch Krippendorff, LDP, S. 86f., u. Behrendt, Külz, S. 147f.

15 Vgl. zum folgenden die Übersichten bei Krippendorff, Gründung, S. 295–299 u. 305–309, u. Agsten/Bogisch, Bürgertum, S. 23–34, sowie die bei dens., Dokumente, S. 1274–1288, abgedruckten Gründungsaufrufe.

16 Zit. bei dens., Bürgertum, S. 29.

17 Zit. bei Krippendorff, Gründung, S. 297.

18 Zit. bei Agsten/Bogisch, Bürgertum, S. 28.

19 Zit. bei Krippendorff, Gründung, S. 295f.

gerschaft hinauszugreifen, wobei sich jedoch offensichtlich auch die Parteigründer letztlich nicht oder noch nicht darüber im klaren waren, welche präzis umrissenen sozialen Gruppen denn primär angesprochen werden sollten und mit welchen programmatischen Leitsätzen deren Bindung an die neue Partei erreicht werden sollte. Eine partielle Ausnahme bildete insofern die Leipziger „Demokratische Partei Deutschlands", als hier unter Mitarbeit von Zentrumspolitikern die Gründung einer, wenn auch nur für kurze Zeit bestehenden, überkonfessionellen bürgerlichen Sammlungspartei gelang; sie spaltete sich jedoch in dem Moment in einen liberalen Mehrheits- und einen christlich-katholischen Minderheitsflügel auf, in dem detaillierte Programmformulierungen zu verabschieden waren und in dem unter dem Druck der lokalen Kommandantur über den Anschluß an eine der in Berlin arbeitenden Parteien zu entscheiden war.[20]

Insgesamt aber – so wird in diesem kurzen Überblick deutlich – zeigte sich bei allen liberalen Parteigründungen in der SBZ trotz mancher geringfügiger lokaler Differenzierungen eine mit den Vorgängen bei der Konstituierung der LDP in Berlin parallellaufende Entwicklung. Von daher kann nicht überraschen, daß die Bildung eines durchorganisierten liberal-demokratischen Zonenverbandes – ein Prozeß, der sich nicht zuletzt wegen der schwierigen Kommunikationsverhältnisse in der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in den Februar 1946 hinzog – ohne nennenswerte Spannungen verlief; die in Berlin formulierte Parteikonzeption und der Primat der Berliner Parteiführung wurden niemals in Frage gestellt. Unzweifelhaft wurde diese Entwicklung begünstigt durch die klaren Vorgaben der Besatzungsmacht, die keinen Spielraum für mittel- oder gar langfristige Abweichungen von dem zentral gebildeten und sanktionierten Parteiensystem ließen.

In welche Richtung und in welchem Ausmaß aber beeinflußten die sowjetischen Besatzungsbehörden überhaupt die Gründung einer liberalen Partei in ihrer Zone? Bereits 1945 wurde – vor allem in Kreisen der amerikanischen Militärregierung – die Ansicht vertreten, die Gründung der LDP sei in Berlin auf Befehl der Besatzungsmacht erfolgt, es hätten sich zudem nur schwer bürgerliche Politiker finden lassen, die bereit gewesen seien, an diesem Projekt mitzuarbeiten.[21] Demgegenüber hat

20 Ebd., S. 298f.; vgl. auch Karl Buchheim, Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, München 1953, S. 422f.

21 Beobachtungen zur politischen Szene in Berlin (19. 10. 1945), abgedruckt in: Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), Befreiung und Besatzung, S. 203f., von den Herausgebern, S. 195f., kritiklos übernommen. Vgl. auch Vera Franke Eliasberg, Political Party Development, in: Almond (Hrsg.), Struggle for Democracy, S. 227: „As for the Liberal Democratic Party, there is a persistent rumor that it was formed by order of Marshal Zhukov who declared that there must be four parties." Unterstützt wurde diese Ansicht auch durch die Darstellung von Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, 16. Aufl., Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1978, S. 331f., die KPD habe sich in den Gründungsprozeß der bürgerlichen Parteien eingeschaltet und versucht, sich mit liberalen Kräften in Verbindung zu setzen, um die Entwicklung zu beschleunigen und die Bildung einer einheitlichen bürgerlichen Partei zu verhindern, und durch die Schilderung von Lemmer, Erinnerungen, S. 256f. Von einer Forcierung der LDP-Gründung durch die Besatzungsmacht spricht auch Weber, Einleitung (wie Anm. 3), S. 29; ähnlich von Buttlar, Ziele und Zielkonflikte, S. 110f.

schon Krippendorff zu Recht betont, daß die liberalen Parteigründer in Berlin wie auch in anderen Städten der SBZ ganz aus eigener Initiative handelten und daß ebenso die endgültige Trennung des bürgerlichen Lagers in einen liberalen und einen christlichen Flügel „völlig selbständig und ohne Eingriffe seitens der Besatzungsmacht" vollzogen wurde. Allerdings kam diese Entwicklung ohne Zweifel den sowjetischen Vorstellungen über das künftige deutsche Parteiensystem entgegen; wie wenig eine einheitliche bürgerliche Partei in das sowjetische Konzept einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung paßte, belegen die Aktivitäten der KPD-Führung und die Bemühungen der SMAD um den LDP-Gründerkreis, die in dem Augenblick einsetzten, in dem von seiten der CDU-Führung der Eindruck erweckt wurde, ihre Partei werde im bürgerlichen Lager ohne Konkurrenz bleiben.[22] Mit der Formel vom Korrespondieren der Konzeptionen allein kann jedoch das Verhältnis deutscher und sowjetischer Politik bei der Entstehung der Parteien nicht hinreichend umschrieben werden; vielmehr prägte der von der Besatzungsmacht vorgegebene Rahmen – auch wenn direkte Eingriffe von dieser Seite weitgehend ausblieben – in ganz zentralen Aspekten die Parteigründungen: Er förderte – wie bereits angedeutet – die trotz manch neuer Züge nicht zu übersehende Orientierung an den historischen Strukturen der deutschen Parteienlandschaft, indem er die sofortige Klärung der Parteifronten erzwang und die Chance zur Bildung neuer Gruppierungen unterband, die in einer längeren, noch nicht durch Parteien vorgeformten Zusammenarbeit deutscher Politiker bei der Lösung konkreter Probleme hätte liegen können. Er befreite insbesondere die LDP-Gründer von dem Druck einer weiter rechts stehenden Konkurrenz, zeigen doch die Einwände, die gegen einige Formulierungen des ersten LDP(DDP)-Gründungsaufrufs erhoben wurden, daß für die SMAD die Zulassung einer in der Tradition der DNVP oder auch nur der DVP stehenden Partei nicht in Frage kam.[23] Und schließlich verschaffte das zügige, zentralisierte und restriktiv gehandhabte Lizenzierungsverfahren dem Koch/Külz-Kreis, für dessen Zulassung sich die Besatzungsmacht wohl nicht zuletzt wegen der Mitwirkung von zwei ehemaligen Reichsministern entschied[24], eine dominante Stellung nicht allein nach außen, sondern vor allem auch innerhalb der eigenen Partei; es begünstigte zugleich die schnelle organisatorische Konsolidierung der LDP in der ganzen SBZ und untermauerte damit den über diese Zone hinausgehenden, ganz im Sinne der sowjetischen Politik liegenden Führungsanspruch der Berliner Parteigründer.

Dieser auf ganz Deutschland bezogene Führungsanspruch war von dem Kreis um Koch und Külz allerdings nicht erst auf entsprechende drängende Fragen von sowjetischen Besatzungsoffizieren in den Bespre-

22 Krippendorff, Gründung, S. 294.
23 Vgl. hierzu ders., LDP, S. 33ff.
24 Ders., Gründung, S. 294f.

chungen vom 1. und 10. Juli 1945 formuliert worden[25]; vielmehr enthielt bereits der von Koch in der konstituierenden Sitzung am 16. Juni vorgelegte Entwurf einer Parteisatzung Wendungen, die die gesamtdeutsche Zielsetzung der Parteigründer belegen.[26] Sie wurde auch in der Folgezeit von der Berliner LDP immer wieder mit Bezeichnungen wie „Reichsparteileitung", „Reichsgeschäftsstelle" und „Reichsvorsitzender" dokumentiert und konsequent verfochten.

Während die LDP zu Anfang ihre beanspruchte herausgehobene Stellung lediglich auf den frühen Zeitpunkt ihrer Gründung und den Hauptstadtbonus Berlins stützen konnte, zeigten sich in der weiteren Entwicklung der Partei – vor allem auf organisatorischem Gebiet – bald Erfolge, die ihrer Führungsrolle eine steigende Berechtigung zu geben schienen: Die Bildung eines durchorganisierten Zonenverbandes und eines schlagkräftigen Parteiapparates schritten zügig voran; die Mitgliederzahlen erreichten in kurzer Zeit ein für die Verhältnisse einer liberalen Partei ungewöhnlich hohes Niveau; die Partei verfügte durch die von der Besatzungsmacht großzügig gehandhabte Vergabe von Zeitungslizenzen über ein eigenes Pressesystem, und sie konnte nicht zuletzt als Folge davon eine solide finanzielle Basis vorweisen.[27]

Letztlich aber waren Anspruch und Wirklichkeit in der Führungsfrage nur zur Deckung zu bringen, wenn es der LDP bald gelang, Beziehungen auch zu liberalen Gruppen in den westlichen Besatzungszonen aufzunehmen, ja, wenn irgend möglich, schon bei den dortigen Parteigründungen präsent zu sein und so mit der Übernahme der in Berlin formulierten Parteikonzeption auch die Unterordnung unter die „Reichsparteileitung" durchzusetzen. Eine solche zentralistische Form der liberalen Parteigründung wurde jedoch nicht nur dadurch behindert, daß in den entscheidenden Monaten die Kommunikationsstränge zwischen Ost und West noch nicht wieder in genügendem Maße geknüpft waren, sie stand auch in offenem Widerspruch zu den Lizenzierungsrichtlinien und der Zulassungspraxis der westlichen Besatzungsmächte.

---

25 Vgl. die bei Krippendorff, Gründung, S. 299ff. u. 301ff., abgedruckten Protokolle über die beiden Besprechungen bei der SMAD. Koch bestätigte auf die Fragen hin jeweils, daß die LDP ganz Deutschland als ihr Arbeitsgebiet betrachte.

26 Z.B. § 5: Der Hauptausschuß „soll ein Spiegelbild der verschiedenen deutschen Landesteile, Wirtschaftsgebiete und Strömungen innerhalb der Partei sein". Hdschr. Entwurf einer Satzung der Deutschen Demokratischen Partei v. 16. 6. 1945 (BA Kl.Erw. 479/5).

27 Vgl. Krippendorff, LDP, S. 36ff., 55ff. u. 65ff.

2. Die amerikanische Besatzungszone

Die amerikanische Haltung gegenüber Parteien und parteiähnlichen Organisationen orientierte sich zunächst an der Bestimmung der Direktive JCS 1067 vom April 1945, ohne Genehmigung des Militärgouverneurs dürfe keine Art politischer Aktivität von deutscher Seite unterstützt oder gebilligt werden.[1] Sie wurde von der amerikanischen Militärregierung im Sinne eines völligen Verbots jeder Form von politischer Betätigung interpretiert und auch gegenüber den neuen antifaschistischen Organisationen, die sich in vielen Städten kurz vor oder nach dem Einmarsch der alliierten Truppen gebildet hatten, durchgesetzt.[2]

Doch wurde schon nach kurzer Zeit – in ersten Ansätzen bereits vor der sowjetischen Initiative zur Zulassung von Parteien am 10. Juni 1945 – Kritik an dieser restriktiven Haltung laut. Zum einen glaubten amerikanische Beobachter einen beträchtlichen Erfolg der insbesondere über den Berliner Rundfunk verbreiteten russischen Propaganda und „a dangerous surge toward communism in the Russian sense" feststellen zu können, deren Ursachen sie in der akuten wirtschaftlichen Notlage wie auch in „our negative, hesitating policy toward Germany" sahen.[3] Zum anderen zeigte die Entwicklung in der amerikanischen Zone sehr rasch, daß die Auflösung der Antifa-Bewegung keineswegs Untergrundaktivitäten – besonders von kommunistischer Seite – zuverlässig verhinderte.[4]

Der stellvertretende Militärgouverneur, Lucius D. Clay, und der Vertreter des State Department in Deutschland, Robert Murphy, kamen deshalb mehr und mehr zu der Überzeugung, eine allzu lange Fortsetzung des bestehenden Verbots werde gerade die demokratischen Elemente entmutigen und ein Milieu schaffen, das die Ausbreitung totalitärer, mit der Untergrundarbeit vertrauter Gruppen der Rechten wie der Linken begünstige.[5] Ein zusätzliches Argument lieferte dann noch die mit dem Befehl Nr. 2 der SMAD in der SBZ eingeleitete Entwicklung; die kommunistischen Aktivitäten, so befürchtete Murphy, „will tend to overflow into our Zone, and when we finally raise the present ban on political activity,

---

1 Abgedruckt in: Germany 1947–1949, S. 25. Vgl. zum Folgenden auch Niethammer, Entnazifizierung, S. 199ff., u. Grabbe, Unionsparteien, S. 78ff.

2 Telegramm d. Botschafters in Frankreich, Caffery, an d. Außenminister v. 3. 6. 1945, in: FRUS 1945/III, S. 941f.; Moskowitz, Political Reeducation, S. 536. Vgl. auch Arbeiterinitiative 1945, S. 637ff. u. passim.

3 Schr. d. Politischen Beraters f. Deutschland, Murphy, an d. Außenminister v. 12. 6. 1945, in: FRUS 1945/III, S. 944, u. Memorandum v. Brewster Morris (aus d. Stab Murphys) v. 16. 7. 1945, in: ebd., S. 951f.; vgl. auch d. Memorandum v. Harold Zink (ebenfalls aus d. Stab Murphys) v. 10. 6. 1945, in: ebd., S. 948f.

4 Telegramm v. Clay an d. Kriegsministerium v. 5. 7. 1945, in: FRUS Potsdam/I, S. 489. Clay fuhr fort: „While there is no evidence of mass Communist movement, Communist groups are widely scattered, active, and well organized. There are some indications of outside guidance."

5 Schr. v. Murphy an d. Direktor d. Europa-Abteilung im Außenministerium, Matthews, v. 28. 6. 1945, in: ebd., S. 472. Vgl. auch Moskowitz, Political Reeducation, S. 540f. Paradoxerweise wurde die Freigabe politischer Betätigung ausgerechnet von den Kommunisten vehement verlangt; vgl. d. Memorandum v. Brewster Morris v. 16. 7. 1945, in: FRUS 1945/III, S. 951.

Communists may profit from a considerable head start as the only political group in Germany organized and active on a national basis".[6]

Clay und Murphy initiierten deshalb als ersten Schritt in Richtung auf eine Liberalisierung des politischen Lebens eine am 7. Juli 1945 erlassene Direktive, die den örtlichen Besatzungsstellen die Verwendung deutscher Beiräte bei der Lösung konkreter Probleme, z.B. in Ernährungs- oder Entnazifizierungsfragen, gestattete; sie erhofften sich von ihr eine Ermutigung und allmähliche Formierung der demokratischen Kräfte.[7] Als dann schließlich im Vorfeld der Potsdamer Konferenz auch die Briten zu erkennen gaben, daß sie die baldige Zulassung von Parteien befürworteten[8], traten die USA „die Flucht nach vorn" an[9]. Auf ihren Vorschlag[10] wurde in die politischen Grundsätze des Potsdamer Abkommens der Passus aufgenommen: „In ganz Deutschland sind alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen".[11] Daneben enthielt das Abkommen jedoch auch – und hier schien bereits die von dem sowjetzonalen Modell abweichende amerikanische Konzeption durch – die Forderung nach Dezentralisierung der politischen Struktur, nach Stärkung der lokalen Selbstverwaltung und nach zügiger Durchführung von Wahlen.

Bereits am 7. August 1945 erging dann eine Anweisung von Militärgouverneur Eisenhower, Parteien auf Kreisebene zuzulassen.[12] Allerdings verzögerte sich der Beginn der Lizenzierungsverfahren noch einen weiteren Monat; denn die deutsche Öffentlichkeit wurde zwar Mitte August über die Absicht der Militärregierung zur Genehmigung von Parteien informiert[13], doch erst am 27. August erhielten die Besatzungsbehörden eine Direktive mit detaillierten Anweisungen[14], die wiederum erst Anfang September bekannt gemacht wurden[15]. Und am 20. September folgte schließlich eine für das Verständnis der amerikanischen Konzeption konstitutive Ergänzung, nämlich eine Verordnung, in der Gemeindewahlen schon für Januar, Wahlen in den Kreisen und Städten für März bzw. Mai 1946 in Aussicht genommen wurden.[16] Unverkennbar war dabei das Bestreben, die neuen Parteien sollten sich allmählich aus kom-

6 Schr. v. Murphy an Matthews v. 28. 6. 1945, in: FRUS Potsdam/I, S. 473.
7 Ebd. u. Telegramm v. Clay an d. Kriegsministerium v. 5. 7. 1945, in: ebd., S. 490.
8 Memorandum d. Staatssekretärs im Außenministerium, James C. Dunn, (über ein Gespräch mit d. Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Sir Alexander Cadogan) v. 14. 7. 1945, in: ebd., S. 506.
9 Niethammer, Entnazifizierung, S. 200.
10 Vorlage d. US-Delegation f. die erste Plenarsitzung v. 17. 7. 1945, in: FRUS Potsdam/II, S. 776f.
11 Abgedruckt in: Flechtheim (Hrsg.), Dokumente, Bd. 1, S. 107.
12 Telegramm v. Eisenhower an d. Kriegsministerium v. 7. 8. 1945, in: FRUS 1945/III, S. 954f.
13 Vgl. z.B. Frankfurter Rundschau Nr. 7 v. 22. 8. 1945 u. Vietzen, Chronik, S. 116.
14 Schr. v. Murphy an d. Außenminister v. 31. 8. 1945, in: FRUS 1945/III, S. 958ff.; vgl. auch Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 107.
15 Vgl. z. B. Keesing's Archiv d. Gegenwart 15, 1945, S. 405 E (30. 8.), Frankfurter Rundschau Nr. 11 v. 5. 9. 1945 u. Vietzen, Chronik, S. 116.
16 Telegramm v. Murphy an d. Außenminister v. 12. 9. 1945, in: FRUS 1945/III, S. 961f.; die Direktive ist abgedruckt in: Germany under Occupation, S. 118f.

munalpolitischem Engagement bilden und sie sollten von vornherein in die Konkurrenzsituation des Wahlkampfs gestellt sein. Beide Momente dieses Ansatzes orientierten sich ebenso an Grundgegebenheiten des amerikanischen politischen Systems wie sie zugleich der taktischen Überlegung entsprangen, daß auf diese Weise die Kommunisten ohne erkennbare direkte Eingriffe der Besatzungsmacht isoliert und geschwächt werden könnten.[17]

Angesichts der ganz anders gearteten politischen Traditionen in Deutschland und angesichts der auch von Clay und Murphy vor und nach Beginn der Parteilizenzierung immer wieder konstatierten politischen Apathie der Bevölkerung war der „grass roots approach" jedoch von Anfang an zum Scheitern verurteilt.[18] Die Parteigründungen konzentrierten sich fast ausschließlich auf die mittleren und großen Städte[19]; noch Anfang Dezember 1945 hatten sich in etwa der Hälfte der Kreise keine Parteien konstituiert[20]. Die Parteien wurden jeweils primär von kleinen regionalen Gründungszirkeln ins Leben gerufen, die – ganz entgegen den amerikanischen Intentionen – zum größten Teil aus schon in der Weimarer Republik aktiven Politikern bestanden.[21] Als die Militärregierung am 23. November die Lizenzierung von Landesparteien gestattete[22], zog sie damit nur die Konsequenzen aus dem Scheitern ihres ersten Ansatzes[23] und sanktionierte die zuvor schon ausgebildete Praxis[24]. Letzteres galt in ähnlicher Weise auch für die zonalen Parteiorganisationen, die seit 28. Februar 1946 genehmigt wurden.[25] Allerdings dürfen bei aller Betonung des Scheiterns des dezentralisierten Parteigründungsverfahrens die Unterschiede zur Entwicklung in der SBZ nicht verwischt werden. Die für die dortige LDP so günstige zentralistische Form des Parteiaufbaus war eben im amerikanischen Bereich nicht möglich. Vielmehr kam die hier anzutreffende Mischung aus lokaler und regionaler Parteigründung Organisationen mit einer breit gestreuten Anhängerschaft – also den großen Parteien – entgegen. Außerdem blieb auch noch nach der Zulassung von zonalen Organisationen die Länderebene von der ganzen Anlage des politischen Systems in der amerikanischen Zone her der entscheidende Bezugspunkt für die Parteien. Die amerikanische Politik verstärkte mithin – und dies war ja durchaus intendiert[26] –

17 Vgl. Niethammer, Entnazifizierung, S. 200f., u. Arbeiterinitiative 1945, S. 640.
18 Niethammer, Entnazifizierung, S. 202f.; die Belege f. d. Apathie d. Bevölkerung ebd., S. 198f.; vgl. auch Moskowitz, Political Reeducation, S. 538f.
19 Telegramm v. Clay an d. Kriegsministerium v. 13. 10. 1945, in: FRUS 1945/III, S. 980ff.
20 Telegramm v. Murphy an d. Außenminister v. 12. 12. 1945, in: ebd., S. 1014f.
21 Niethammer, Entnazifizierung, S. 203f.; vgl. dazu d. Telegramm v. Clay an d. Kriegsministerium v. 13. 10. 1945, in: FRUS 1945/III, S. 982.
22 Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 107.
23 Memorandum v. Murphy v. 30. 11. 1945, in: FRUS 1945/III, S. 1008: „While I was fully in accord with the extension of political party activity on the state basis, because obviously the Kreis limitation was unsatisfactory, [...]".
24 Vgl. Zink, United States, S. 337: „[...] the extensions mentioned above which took place in the fall of 1945 and the early part of 1946 actually recognized what had already transpired."
25 Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 108.
26 Memorandum v. Murphy v. 30. 11. 1945, in: FRUS 1945/III, S. 1008f.: „I do not wish to recommend at this time the organization of political parties on a zonal basis and I also do not wish to recommend action now looking to authorization of political parties on a national

die vor allem im bürgerlichen Spektrum ohnehin vorhandenen föderalistischen Tendenzen, begrenzte damit zugleich die Einflußmöglichkeiten der „Reichsparteiführungen" und förderte in den Landesparteien eine in weiten Bereichen eigenständige Politik.

a) Württemberg-Baden

In keinem anderen Land der westlichen Besatzungszonen haben sich diese Tendenzen so nachhaltig manifestiert wie in Württemberg-Baden, konnte doch eine liberale Parteigründung hier auf einer Tradition aufbauen, in der sich eine föderalistische und gemäßigt antipreußische Grundhaltung, eine bis 1933 nie ganz aufgegebene Eigenständigkeit der liberalen Landesverbände und eine relativ erfolgreiche Behauptung liberaler Positionen miteinander verknüpften.

Mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung und Transformationsprozeß im Laufe des 19. Jahrhunderts hatte Württemberg zunächst nicht Schritt halten können; die volle Industrialisierung des Landes vollzog sich im wesentlichen erst nach der Jahrhundertwende, bis Mitte der zwanziger Jahre war der zeitweilige Rückstand weitgehend aufgeholt.[1] Baden mit seiner erheblich früher einsetzenden und kontinuierlicher verlaufenden Industrialisierung war dagegen zu Beginn des 20. Jahrhunderts relativ zurückgeblieben.[2] Trotz dieser Phasenverschiebung verband beide Länder – jedenfalls im Vergleich zu anderen Regionen – eine große Ähnlichkeit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Struktur: Der Anteil der in Industrie und Handwerk Beschäftigten erreichte 1925 mit 38,9% in Baden und 39,1% in Württemberg fast den Reichsdurchschnitt (41,4%); nach wie vor arbeitete eine überdurchschnittliche Zahl von Erwerbstätigen – 36,9% in Baden, 41,7% in Württemberg gegenüber 30,5% im Reich – in der Landwirtschaft, während der tertiäre Sektor besonders in Württemberg (10,5% im Vergleich zu 16,5% im Reich) wenig entwickelt war.[3] Bedingt nicht zuletzt durch das Übergewicht kleiner und mittlerer Betriebe sowohl im Agrarsektor[4] als auch im

basis [...]. Our policy continues to be decentralization [...]. We want to eliminate the zones politically [...]. What I want to see first established is a strong and healthy Land organization which would give an opportunity for the units in our area to express their local characteristics. Once that has been successfully accomplished, we can then consider taking another step forward."

1 Einen Überblick über die Wirtschaftsentwicklung und -struktur Württembergs gibt Schnabel, Schwaben, S. 186-192. Zum spezifischen Verlauf der Industrialisierung in dieser Region jetzt ausführlich Klaus Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands. Ein Beitrag zur regionalen Differenzierung in der Industrialisierung, Geschichte und Theorie der Politik Unterrh.A. Bd. 7, Stuttgart 1982, bes. S. 107–150.

2 Hierzu Hugo Ott, Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, in: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, hrsg. v. d. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, S. 103–142.

3 Die Zahlen nach Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 46, 1927, S. 24.

4 89,1% der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Baden und 82,5% in Württemberg gegenüber nur 53,4% im Reich wurden 1925 von Betrieben mit einer Größe unter 20 ha bearbeitet. Ebd., S. 49.

gewerblichen Bereich wiesen beide Länder einen außergewöhnlich hohen Anteil von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen auf: 44,1% der Erwerbstätigen in Baden und sogar 48,8% in Württemberg fielen in diese Kategorien, im Reich dagegen nur 34,3%; entsprechend jeweils knapp 10% unter dem Reichsdurchschnitt lag der Arbeiteranteil.[5] Gerade auch mit Blick auf die weitere Entwicklung betrachtet, bestimmten nicht in erster Linie eine noch bestehende Dominanz des Agrarsektors, ein Rückstand in der Industrialisierungsentwicklung das Gesicht des deutschen Südwestens, sondern die vielfältige Vermischung der Wirtschaftsbereiche und ein durchgängiger Zug zur Dezentralisierung. In Baden und Württemberg war und blieb die gesellschaftliche Struktur stark mittelständisch akzentuiert, mit einer weniger scharfen Ausprägung sozialer Gegensätze und einer vielfach fortdauernden Aufrechterhaltung vorindustrieller Bindungen. Konfessionell gesehen war für beide Länder primär das Nebeneinander der beiden großen christlichen Glaubensrichtungen charakteristisch, wenngleich in Württemberg die Protestanten im Verhältnis 68,0% zu 30,9%, in Baden die Katholiken (58,4% zu 39,4%) deutlich überwogen.[6]

Wirtschaftliche und soziale Faktoren, die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung, aber auch Besonderheiten der politischen Entwicklung wie etwa die ausgeprägte landständische Tradition in Württemberg schufen ein politisches und soziales Klima, das beide südwestdeutschen Länder im 19. Jahrhundert schon früh zu Hochburgen des Liberalismus werden ließ. Seit der parteipolitischen Formierung und Differenzierung in den sechziger Jahren waren dabei in Baden die Nationalliberalen die dominierende Kraft[7], während Württemberg, wenngleich nach der Reichsgründung für mehr als ein Jahrzehnt die nationalliberal orientierte Deutsche Partei die Führungsstellung errang, stärker demokratisch im linksliberalen Sinne ausgerichtet war[8]. Bis gegen Ende des Kaiserreiches hatten sich allerdings in beiden Ländern die Differenzen zwischen den liberalen Parteien so weit abgeschliffen, daß in der Revolution 1918/19 zunächst für mehrere Monate der Zusammenschluß der beiden Richtungen unter dem Dach der DDP gelang.[9] Von dieser ungünstigen Ausgangssituation haben sich die Rechtsliberalen in Württemberg, auch nachdem sie unter dem Eindruck der anders verlaufenden Entwicklung im Reich wieder einen eigenen Landesverband begründet hatten, nicht mehr erholt: Selbst als sie im Dezember 1924 im Reich mit 10,1% der Stimmen ihr zweitbestes Ergebnis erzielten, kamen sie hier über einen Stimmenanteil von 5,8% nicht hinaus. Und auch in Baden hat die DVP, obwohl sie in den Wahlen der Jahre 1924 bis 1929 ihre linksliberale Konkurrentin wieder überflügeln konnte, den personellen Aderlaß der Anfangszeit gerade aus den

5 Ebd., S. 24.
6 Ebd., S. 9.
7 Hierzu v.a. Gall, Regierende Partei.
8 Vgl. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, Simon, Württembergische Demokraten, sowie Hunt, People's Party.
9 Albertin, Liberalismus und Demokratie, S. 50ff., für Württemberg auch die ausführliche Darstellung von Simon, Württembergische Demokraten, S. 197ff.

Reihen der Parteiführung nie mehr ganz überwunden.[10] Die politisch profiliertere Kraft war jedenfalls in beiden südwestdeutschen Ländern seit 1918/19 die Deutsche Demokratische Partei, zumal wenn man das Gewicht der regionalen Organisationen im Rahmen der jeweiligen Gesamtpartei betrachtet.

Dem allgemeinen Abwärtstrend des Liberalismus schon seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert und dann vor allem während der Weimarer Republik haben sich seine Parteien auch im deutschen Südwesten letztlich nicht zu entziehen vermocht: In dieser Hinsicht war das Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933, 2,5% Stimmenanteil für die Liberalen in Baden, 2,9% in Württemberg, unzweideutig. Dennoch war eine Ausnahmestellung beider Länder nach wie vor gegeben. Sie schien partiell auch noch in den überdurchschnittlichen Wahlresultaten durch, die DDP und DVP hier erzielen konnten.[11] Deutlicher aber zeigte sie sich in dem herausragenden Einfluß, den vor allem die württembergischen Linksliberalen bis zuletzt in den Interessenvertretungen etwa des Handwerks und der Unternehmerschaft behaupteten[12], und in der starken Position, die die Liberalen noch Anfang der dreißiger Jahre mit Stimmenanteilen um 20% in den meisten größeren Städten innehatten[13]. Hier zeichneten sich in der Tat politische und soziale Bindungen ab, die auch durch den Aufstieg und die Herrschaft des Nationalsozialismus nicht völlig zu erschüttern waren und an die ein Wiederbeginn liberaler Parteipolitik anknüpfen konnte.

Gegenüber diesen für Baden und Württemberg insgesamt geschilderten Ausgangsbedingungen für eine liberale Parteigründung sind durch die neuen Grenzen, die die Besatzungsmächte 1945 zogen, geringere Veränderungen eingetreten, als sie die Konzentration der industriellen Kapazitäten und der protestantischen Hochburgen in den nördlichen Landesteilen, im neuen Land Württemberg-Baden, auf den ersten Blick vermuten ließ.[14] In den nordwürttembergischen Kreisen waren beide liberale Parteien nur wenig stärker vertreten gewesen als im Landesdurchschnitt; in Nordbaden hatten dagegen eher die Hochburgen der DVP gelegen, während im südlichen Landesteil die Linksliberalen größere Erfolge hatten erzielen können.[15]

Die zentrale Figur dieses parteipolitischen Neubeginns der württembergischen Liberalen war der aus einer Familie mit langer und bedeutender linksliberaler Tradition stammende Rechtsanwalt Wolfgang Hauß-

10 Zu den Wahlergebnissen im deutschen Südwesten während der Weimarer Republik jetzt der Überblick von Schanbacher, Wählervotum, bes. S. 310ff., für Baden ferner Schumacher, Stabilität, S. 401ff., für Württemberg die detaillierten Aufstellungen und Analysen von Griesmeier, Reichswahlen, bes. S. 101, 113f. u. 122f.

11 Vgl. Milatz, Wähler und Wahlen, S. 93 u. 97.

12 Thomas Schnabel, Die NSDAP in Württemberg 1928–1933. Die Schwäche einer regionalen Parteiorganisation, in: ders. (Hrsg.), Machtergreifung, S. 70.

13 Vgl. die Übersicht bei Griesmeier, Reichswahlen, S. 155ff.

14 In Württemberg-Baden standen 1946 58,5% Protestanten 37,7% Katholiken gegenüber; vgl. Jostock, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur, S. 198, der auch einen detaillierten Vergleich der wirtschaftlichen und sozialen Kerndaten in den vier Landesteilen durchführt.

15 Vgl. die genauen Aufstellungen unten S. 159 u. 167.

mann[16], der auch selber in den letzten Jahren der Weimarer Republik bereits Mitglied des württembergischen DDP-Landesvorstands gewesen war[17]. Um ihn sammelte sich im Laufe des Sommers 1945 in Stuttgart ein politischer Zirkel, dem mit Ausnahme eines früheren DVP-Mitgliedes, des Journalisten und langjährigen Privatsekretärs Stresemanns Henry Bernhard, und eines ehemaligen Zentrums-Mitgliedes, des Oberstudiendirektors Orgeldinger, vornehmlich frühere Parteifreunde Haußmanns angehörten[18] – darunter so prominente Lokalpolitiker wie Karl Lautenschlager, der von 1911 bis 1933 amtierende Stuttgarter Oberbürgermeister[19], und das frühere DDP-Gemeinderatsmitglied Karl Schwarz, als Bäckermeister einer jener für den württembergischen Linksliberalismus und das ihn tragende soziale Beziehungsgeflecht so typischen Handwerksrepräsentanten[20].

Haußmanns Beziehungen beschränkten sich allerdings keineswegs auf den Stuttgarter Raum; er stand darüber hinaus in Kontakt zu den ihm auch freundschaftlich verbundenen Reinhold Maier in Gmünd und Theodor Heuss in Heidelberg[21], den beiden letzten Reichstagsabgeordneten der württembergischen DDP. Zusammen mit den teils gleichzeitig, teils erst in den Herbstmonaten wieder geknüpften Verbindungen zu Parteigruppen und Politikern in fast allen Teilen des Landes erhellt daraus, daß der parteipolitische Neubeginn in Württemberg nicht nur von vornherein ganz von der linksliberalen Seite dominiert wurde, sondern mehr noch daß Haußmann und sein Kreis den Anspruch erheben konnten und auch bewußt darauf hinarbeiteten, im wesentlichen die verbliebene Führungsspitze der alten DDP-Landesorganisation zu repräsentieren und in deren Kontinuität zu treten. In die gleiche Richtung deutet auch die Art und Weise, in der sich Haußmann mit Erfolg um die Unterstützung herausragender Traditionsfiguren des südwestdeutschen Linksliberalismus wie den inzwischen 83jährigen früheren württembergischen Staatspräsidenten Johannes Hieber[22] oder um den letzten Reichsvorsitzenden der DDP/DStP Hermann Dietrich[23] bemühte.

Konkrete auf eine Parteigründung zielende Schritte unternahm der geschilderte Stuttgarter Kreis erst, als sich im August 1945 die Zulassung von Parteien durch die Militärregierung abzeichnete, doch reichten die politischen Aktivitäten von einigen seiner Mitglieder bis in die letzten Kriegsmonate zurück. Haußmann selber hatte sich an führender Stelle in

16 Sein Vater Conrad Haußmann (1857–1922) hatte zu den führenden württembergischen Linksliberalen gehört und u.a. den Verfassungsausschuß der Weimarer Nationalversammlung geleitet, sein Großvater Julius Haußmann (1816–1889) war nicht zuletzt einer der Mitbegründer der Volkspartei in den Jahren 1864/66 gewesen. Vgl. Lothar Albertin, in: NDB 8, 1969, S. 130f.

17 Vgl. Adam, Politischer Liberalismus, S. 246.

18 Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 147.

19 Vgl. Kohlhaas, Chronik, S. 41, 102 u. 110f.

20 Vgl. ebd., S. 42, 44 u. 89.

21 Vgl. bes. d. Schrr. v. Haußmann an Heuss v. 29. 8. 1945 (BA NL Heuss Bd. 56) u. an Maier v. 18. 9. 1945 (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 199).

22 Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 156. Zu Hiebers Biographie Gerok, Hieber.

23 Schr. v. Wolfgang Haußmann an Hermann Dietrich v. 8. 12. 1945 (BA NL Dietrich Bd. 534 Bl. 70). Vgl. auch d. Schr. v. Heuss an Dietrich v. 26. 9. 1945 (ebd. Bl. 38). Zu Dietrichs Person und seiner politischen Tätigkeit nach 1945 vgl. auch unten S. 161.

der „Rettet Stuttgart"-Bewegung engagiert, die sich Anfang April 1945 mit dem Ziel gebildet hatte, die militärisch sinnlose Verteidigung Stuttgarts und die Ausführung der nationalsozialistischen „Verbrannte Erde"-Befehle zu verhindern.[24] Im Ergebnis war aus dieser spezifischen Form bürgerlichen politischen Engagements die neue, von den Besatzungsbehörden eingesetzte Verwaltungsspitze Stuttgarts hervorgegangen, mit dem parteilosen Rechtsanwalt Arnulf Klett als Oberbürgermeister und Haußmann als seinem Stellvertreter.[25] Ebenso waren die Liberalen mit sechs von insgesamt 33 Vertretern bei der Berufung des vorläufigen Gemeindebeirates berücksichtigt worden.[26] Was hier wie auch andernorts zunächst für die kommunale Ebene galt, gelang bemerkenswerterweise in gleichem Maße – und das hob Württemberg-Baden von der Mehrzahl der anderen Länder ab – auch bei der Neubildung einer Landesregierung, waren doch die Liberalen in dem Anfang September berufenen Kabinett mit Reinhold Maier als Ministerpräsidenten und Theodor Heuss als „Kultminister" hervorragend vertreten.[27] Und schließlich vermochten sie sich einen weitreichenden Einfluß ebenfalls in dem für die parteipolitische Entwicklung so wichtigen Bereich der Presse zu sichern: Heuss hatte am 5. September 1945 als einer von drei Lizenzträgern in Heidelberg die Genehmigung zur Veröffentlichung der *Rhein-Neckar-Zeitung* erhalten, Henry Bernhard aus dem Haußmann-Kreis erlangte die gleiche Position am 17. September bei der *Stuttgarter Zeitung*.[28] Alles in allem zeigte sich also in Württemberg-Baden ein kontinuierliches, teilweise in verschiedenen Formen bis in die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft zurückreichendes politisches Engagement von liberaler Seite. Ihre Sprecher waren zudem nicht nur in beachtlichem Maße in den Prozeß des Wiederaufbaus deutscher politischer Instanzen eingeschaltet, sie waren auch ein, in Anknüpfung an die Weimarer Tradition, mit großer Selbstverständlichkeit akzeptierter Partner bei der Schaffung einer neuen demokratischen Ordnung. Für den parteipolitischen Bereich hatten sich die Liberalen damit in vielfacher Hinsicht eine günstige Ausgangsposition gesichert; jedenfalls mußten sie auch hier – entgegen den Entwicklungstendenzen der Zeit vor 1933 – von vornherein wieder als ein gleichberechtigter Faktor erscheinen.

Die Besprechungen über eine liberale Parteigründung sind wohl im Laufe des August 1945 allmählich in Gang gekommen; sie fanden jeweils in Haußmanns Wohnung statt.[29] Spätestens ab 25. August nahmen an

24 Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), Befreiung und Besatzung, S. 158, Vietzen, Chronik, S. 19 u. 25, Arbeiterinitiative 1945, S. 508ff.; zum Hintergrund auch wichtig Niethammer, Aktivität und Grenzen, S. 303ff.

25 Vietzen, Chronik, S. 30f. u. 66f. Haußmann war allerdings nach der Besetzung Stuttgarts zunächst für längere Zeit durch eine Beinverletzung in seiner politischen Betätigung erheblich eingeschränkt. Seine Ernennung zum stellvertretenden Oberbürgermeister datiert auch erst vom 20. August 1945.

26 Ebd., S. 152f.

27 Zur Stuttgarter Regierungsbildung vgl. bes. die Aufzeichnungen von Reinhold Maier, Ende und Wende, S. 322ff., u. ders., Grundstein, S. 114ff. Im übrigen hierzu Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 94f., u. Sauer, Demokratischer Neubeginn, S. 46ff.

28 Ebd., S. 418ff.

29 Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 147.

ihnen auch einige Nicht-Stuttgarter teil.[30] Bereits am 18. September vollzogen dann die Liberalen der Landeshauptstadt – wiederum in Haußmanns Wohnung – die offizielle Konstituierung der Partei unter dem Namen „Demokratische Volkspartei", nachdem ein von Haußmann am Tag zuvor gestellter entsprechender Antrag von der Militärregierung umgehend genehmigt worden war.[31] Stuttgart war damit eine der wenigen Städte, in denen sich die liberalen Kräfte noch vor den Christlichen Demokraten zu formieren vermochten. Am 31. Oktober trat die DVP mit einem programmatischen Artikel von Haußmann in der *Stuttgarter Zeitung* erstmals an die Öffentlichkeit.[32] Nicht nur ihr Gründerkreis, sondern auch der zunächst ansprechbare Mitgliederstamm waren offensichtlich zahlenmäßig eng begrenzt.[33] Auf der anderen Seite zog ihre erste Kundgebung am 3. November mit Reden von Haußmann, Bernhard, Lautenschlager und Heuss immerhin bereits 1 500 Zuhörer an.[34]

Es war ein sehr geradliniger Weg zur Gründung einer selbständigen liberalen Partei, den der Kreis um Haußmann beschritt. Zwar hatte dieser im August 1945 auch an einer „Zusammenkunft, die der Vorbereitung der Gründung der christlich-demokratischen Union diente", teilgenommen[35], doch hatte er die Gespräche unverzüglich abgebrochen, als sich abzeichnete, daß die Vertreter des Zentrums und vor allem jene des Christlich-Sozialen Volksdienstes auf einer christlichen Akzentsetzung in Namen und Programm der neuen Partei beharren würden.[36] Sein Verhalten und die dann noch vor der CDP-Gründung vollzogene Konstituierung der DVP lassen erkennen, daß die württembergischen Liberalen von vornherein mit einer relativ fest umrissenen Konzeption angetreten waren. Die Gespräche mit Zentrums- und CSVD-Politikern dienten primär dazu, das Umfeld einer liberalen Parteigründung zu sondieren, und weniger der Klärung der eigenen Vorstellungen.

Die Grundzüge dieser Parteikonzeption klingen nicht zuletzt bereits in dem gewählten Namen an: „Demokratische Volkspartei" – das war eine bewußte Wiederaufnahme jener Bezeichnung, unter der sich seit 1864/66 das linksliberale, antipreußisch eingestellte württembergische Bürgertum organisiert hatte.[37] Haußmann und seine Parteifreunde unterstrichen diese Kontinuitätslinie noch durch die Wahl des 6. Januar 1946 als Termin für die Bildung des Landesverbandes, also des Tages, an dem sich zum achtzigsten Mal das erste Dreikönigstreffen der Linksliberalen des Landes jährte[38]. Beiden Entscheidungen lag im Kern die Überzeugung

30 Schr. v. Willy Dürr an Theodor Heuss v. 4. 9. 1945 (BA NL Heuss Bd. 55).
31 Schr. v. Haußmann an Reinhold Maier v. 18. 9. 1945 (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 199); vgl. auch Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 149.
32 Wolfgang Haußmann, Volkspartei im demokratischen Staat, in: Stuttgarter Zeitung Nr. 13 v. 31. 10. 1945.
33 Nach amerikanischen Berichten soll die Partei zu diesem Zeitpunkt erst 79 Mitglieder gezählt haben. Vgl. Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), Befreiung und Besatzung, S. 270.
34 Ebd., S. 270. Die Reden sind veröffentlicht in: Wege zur Demokratie.
35 Schr. v. Haußmann an Heuss v. 29. 8. 1945 (BA NL Heuss Bd. 56).
36 Vgl. Schmitt, CDU in Nordwürttemberg, S. 144.
37 Hierzu Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 317ff.
38 Vgl. auch Haußmann, Liberale Erneuerung, S. 38.

zugrunde, in der spezifischen württembergischen Form der Demokratie auf eine Tradition zurückblicken zu können, auf der – auch und gerade nach den Erfahrungen unter dem NS-Regime – der erneute Versuch, in Deutschland ein demokratisches System zu etablieren, aufbauen könne und müsse.

„Württemberg ist", so formulierte es Haußmann in dem schon genannten programmatischen Artikel, „seit fast 100 Jahren als Hochburg der Demokratie bekannt und geachtet. Die schwäbische Tradition im Kampf gegen Fürstenwillkür und Absolutismus, für Freiheit und Fortschritt, für Toleranz und Menschenrechte" lasse sich von 1848 bis in die Weimarer Republik verfolgen, während der sie „auf Grund ihrer Verwurzelung im ganzen Volk und Land die stärkste Stütze der demokratischen Idee in Deutschland" gewesen sei und deren „Richtigkeit" durch die Entwicklung der zurückliegenden zwölf Jahre noch einmal weitgehend bestätigt worden sei. „Es liegt nahe und ist beinahe zwingende Notwendigkeit", so seine Schlußfolgerung, „daß gerade in der württembergischen Landeshauptstadt an die alten Traditionen der Demokratie als Ausgangspunkt und Richtschnur einer politischen Partei angeknüpft wird."[39]

Die DVP begriff sich mithin als Fortsetzung der Weimarer Linksliberalen, jedoch mit der Einschränkung einer charakteristischen Betonung der regionalen Kontinuität. Dagegen wollte sie – und dies sprach ihr Vorsitzender Haußmann auf der Kundgebung am 3. November auch ausdrücklich an – gerade „keine Fusion der alten Demokraten und der alten Deutschen Volkspartei" sein.[40] Andererseits waren sich die DVP-Gründer völlig darüber im klaren, daß die Wählerbasis der DDP in den letzten Jahren vor 1933 allein zu schmal für einen erfolgreichen Wiederbeginn liberaler Parteipolitik war. Sie versäumten deshalb nicht, bei aller Hervorhebung der Traditionslinien zugleich zu betonen, daß die neue Partei „die Arme weit aufmacht für alle, die auf dem Boden der Demokratie ehrlich in der Zukunft mitarbeiten wollen".[41] Es hieße jedoch, die taktische Bedingtheit solcher Äußerungen zu übersehen und gerade die charakteristischen Merkmale dieser Konzeption zu verwischen, wollte man dem Kreis um Haußmann unterstellen, er habe der dann letztlich illusionären Auffassung angehangen, „unter dem liberalen Mantel weite Bevölkerungskreise aufnehmen zu können"; insofern habe sich seine Konzeption auch „nur graduell" von den Überlegungen derjenigen Liberalen unterschieden, die sich für eine konfessionsübergreifende bürgerliche Sammlungspartei einsetzten.[42]

Haußmann und sein Mitstreiter hofften zwar in der Tat – und hinsichtlich der Entwicklung im deutschen Südwesten ja zu Recht –, daß auch eine liberale Partei wieder eine nicht unbedeutende zahlenmäßige Stärke erreichen könne. Sie waren sich aber zugleich bewußt, daß der Preis für die eindeutig liberale Signierung der Partei die Annahme einer Minder-

39 Stuttgarter Zeitung Nr. 13 v. 31. 10. 1945.
40 Abgedruckt in: Wege zur Demokratie, S. 6.
41 So Haußmann ebenfalls in seiner Rede am 3. 11. 1945, ebd., S. 5f.
42 So Adam, Politischer Liberalismus, S. 223.

heitsrolle sei. Nicht primär aus ihrer zahlenmäßigen Stärke, sondern aus ihrer Schlüsselfunktion im Parteiensystem, als Mittlerin zwischen der Rechten und Linken sollte die DVP ihren politischen Einfluß schöpfen. Der Generalsekretär der Partei, Ernst Mayer[43], formulierte diese Auffassung wenige Monate später folgendermaßen: „Im übrigen sieht sie [die DVP, D.H.] den grundsätzlichen Unterschied zwischen den beiden Flügelparteien SPD und CDU für so groß an, daß bei einem abwechselnden Regieren beider zu große Erschütterungen unseres staatlichen Lebens eintreten müßten, um eine ausgleichende Mittelpartei nicht als notwendig erscheinen zu lassen. Eine solche wird, immer nach beiden Seiten kämpfend, selten die Chance haben, eine große Massenpartei zu werden, aber sie wird auch als kleinere Partei die Möglichkeit haben, einen Ausgleich auf mittlerer Linie herbeizuführen[...]".[44] Daß diese klare Positionsbestimmung und nüchterne Einschätzung der eigenen Entwicklungsmöglichkeiten nicht erst aus dem Abschneiden bei den Gemeindewahlen am 27. Januar 1946 resultierte, zeigt das Verhalten der DVP-Gründer gegenüber jenen württemberg-badischen Liberalen, die andersgeartete Vorstellungen verfochten.

Solche abweichenden Parteikonzeptionen wurden im Spätsommer und Herbst 1945 gleich von zwei Seiten formuliert. Am 20. August wandte sich der Stuttgarter Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Alfred Krämer – 1922–1933 für die Deutsche Volkspartei Mitglied des Stuttgarter Gemeinderates[45] – brieflich an den ihm persönlich gut bekannten Reinhold Maier mit der Bitte, eine Aussprache der württembergischen Liberalen über die Fragen einer Parteigründung zu leiten. Er stehe mit „einem großen Kreis früherer politischer Freunde von der Deutschen Volkspartei [...] in Verbindung" und sehe jetzt den Zeitpunkt gekommen, die von ihm schon in der Weimarer Zeit befürwortete Vereinigung der beiden liberalen Richtungen zu verwirklichen. Es müsse „auf liberaler und demokratischer Grundlage unter einer entsprechenden Bezeichnung, die beide Gedankengänge zum Ausdruck bringt, eine Einheit" geschaffen werden. Die neue Partei solle „ein gewisses Gegengewicht gegenüber der Christlich-Sozialen Partei" bilden, ja, sie werde „zweifellos" die Mehrheit im bürgerlichen Lager besitzen. Zugleich deutete Krämer an, wie er dieses hochgesteckte Ziel zu verwirklichen hoffte: Zum einen sah er – wie viele

43 Mayer, der bereits vor 1933 in der württembergischen DDP tätig gewesen war, war während der NS-Zeit wegen seiner journalistischen Arbeit aus Württemberg ausgewiesen und in der Folge nach Mitteldeutschland verschlagen worden. 1945 hatte er in Sachsen an der Gründung der dortigen LDP-Landesorganisation mitgewirkt und schließlich den Posten eines Generalsekretärs der sächsischen Liberalen eingenommen, vgl. Der Morgen Nr. 79 v. 2. 11. 1945 u. Krippendorff, LDP, S. 141. Mit zwei Schreiben v. 3. 12. 1945 (BA NL Heuss Bd. 59 u. 407) forderte Haußmann ihn auf, nach Württemberg zurückzukehren und die Geschäftsführung des DVP-Landesverbandes zu übernehmen. Mayer siedelte dann Weihnachten 1945 nach Stuttgart über und wurde in der Folgezeit einer der energischsten und zugleich intransigentesten Verfechter des hier eingeschlagenen Kurses. Vgl. auch unten bes. S. 266f. u. 301. Zu seiner Person vgl. im übrigen den Lebenslauf in: Der Demokrat Nr. 12 v. 20. 7. 1949 u. den Nachruf von Theodor Heuss, in: ders., Würdigungen, S. 264–268.

44 Bericht der DVP an die amerikanische Militärregierung v. 6. 2. 1946, zit. nach Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 153.

45 Kohlhaas, Chronik, S. 44 u. 89.

seiner Zeitgenossen – in der Christlich-Sozialen Partei eine bloße Fortsetzung des Zentrums unter neuem Etikett, zum anderen plädierte er dafür, auch „den unbelasteten Volksgenossen" der DNVP in der neuen Partei die Möglichkeit politischer Betätigung zu geben.[46] Damit wird die Parteikonzeption des rechtsliberalen Kreises um Krämer vollends deutlich. Das Hauptanliegen war sicherlich der Zusammenschluß der beiden liberalen Strömungen, doch über dieses Wählerreservoir hinaus sollte die neue Partei weit in das rechte Spektrum ausgreifen, also nahezu alle bürgerlichen Wähler mit Ausnahme des katholischen Teils ansprechen. Hier wurde mithin die liberale Vereinigung nicht im Sinne einer auch zur Sozialdemokratie hin offenen Mittelpartei, sondern im Sinne des Bürgerblocks, für den die Deutsche Volkspartei schon in der Weimarer Republik eingetreten war, propagiert.

Maier scheint auf Krämers Vorschläge trotz mehrfacher Nachfragen nicht geantwortet zu haben.[47] Krämer sah sein Vorhaben aber auch nach der Gründung der Demokratischen Volkspartei noch nicht als gescheitert an; er erklärte vielmehr seinen Beitritt zur DVP unter der Voraussetzung, „daß meine Freunde bei Ihnen um Aufnahme nicht nachzusuchen haben, sondern als gleichberechtigt paritätisch eingeschaltet werden".[48] Der Stuttgarter DVP-Vorstand lehnte jedoch seinen Aufnahmeantrag ab; obwohl die DVP bestrebt sei, „weiteste Kreise in ihren Reihen zu erfassen", könne sie einen an Bedingungen geknüpften Beitritt nicht akzeptieren. Krämer beantragte daraufhin erneut – diesmal bedingungslos – die Aufnahme in die Partei; er bat lediglich, auch seinen ehemaligen Parteifreunden die Mitgliedschaft nicht zu verweigern.[50] Krämers zweiter Vorstoß wurde positiv beschieden, er vertrat die DVP später im Stuttgarter Gemeinderat und sogar im bizonalen Wirtschaftsrat.[51] Über die Gründe, die ihn und seinen Kreis veranlaßten, die ursprünglichen eigenen Intentionen aufzugeben und sich dem DVP-Konzept anzupassen, können keine zuverlässigen Aussagen getroffen werden. Vielleicht haben sich die Rechtsliberalen für eine eigene Parteigründung zu schwach gefühlt, möglicherweise ist ihnen auch von der Militärregierung signalisiert worden, daß eine weitere bürgerliche Partei nicht zugelassen werde; ihnen war aber wohl auch die Überwindung der parteipolitischen Zersplitterung im liberalen Lager wichtiger als die Durchsetzung der Bürgerblockkonzeption – jedenfalls angesichts der ungewissen Zukunftsaussichten einer selbständigen Partei.[52] Hinsichtlich des Verhaltens von

46 Schr. v. Alfred Krämer an Reinhold Maier v. 20. 8. 1945 (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 328).
47 Schr. v. Krämer an Maier v. 18. 9. 1945 (ebd.).
48 Schr. v. Krämer an Haußmann v. 24. 11. 1945 (ebd.).
49 Schr. d. DVP Stuttgart an Krämer v. 30. 11. 1945 (ebd.).
50 Schr. v. Krämer an Haußmann v. 7. 12. 1945 (ebd.).
51 Vietzen, Chronik, S. 152f., 161 u. 226.
52 In diese Richtung zielt die Bemerkung von Krämer in seinem Schr. an Maier v. 18. 9. 1945 (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 328): „Ich habe bezüglich der Deutschen Volkspartei keine Schritte unternommen, da ich nur das Eine für möglich halte, zusammen mit der Demokratischen Partei zu gehen und hierbei den Liberalismus, den ich mit meinen Freunden vertrete, zum Ausdruck zu bringen."

Haußmann und der DVP-Spitze gegenüber dem Krämer-Kreis bleibt vor allem die außerordentliche Hartnäckigkeit und Standfestigkeit bemerkenswert, mit der sie ihre Linie einer liberalen Mittelpartei verteidigten; sie ließen keinen Zweifel daran, daß sie eher eine Abwanderung der Rechtsliberalen zu anderen Parteien in Kauf nehmen würden als die Verwässerung ihrer Konzeption zugunsten einer breiteren Mitglieder- und Wählerbasis.

Gewichtiger aber waren sicherlich die Einwände der zweiten Richtung, nämlich derjenigen Liberalen, die sich teils unabhängig von den DVP-Gründern in der Landeshauptstadt, teils in bewußtem Gegensatz zu ihnen für den Gedanken der konfessionsübergreifenden bürgerlichen Sammlung engagierten. Der prominenteste Vertreter dieser Auffassung war Theodor Heuss[53], der bereits im Mai 1945 den Bruch mit den überkommenen parteipolitischen Strukturen forderte: „Sicher wäre es verhängnisvoll, würde sich ein neues politisches Leben an die Begriffswelt und an die Traditionen des alten deutschen Parteiwesens anhängen, das durch seine Vielgestaltigkeit und die Durchsetzung mit wirtschaftlichen Interessen in einer vereinfachenden Führungsaufgabe unzweifelhaft versagt hat."[54] Und im August 1945 ergänzte er: Der gemeinsame Widerstand gegen das NS-Regime habe „die überkommenen Parteigegensätze an vielen Stellen völlig" ausgewischt, das „weitere Zusammenwirken der antinazistischen Gruppen" sei indessen nur schwer zu prognostizieren. Wünschenswert sei zunächst, den parteipolitischen Neuanfang zugunsten der Lösung der konkreten sozialen und administrativen Probleme zurückzustellen, langfristig jedoch bedürften die Verwaltungen der parteipolitischen „Fundamentierung". „Die Gesinnung des Antinazismus" werde allmählich „an bindender Kraft [...] verlieren" und somit als parteibildender Faktor ausscheiden, „es werden wieder soziale und politische Ideologien (hoffentlich keine konfessionellen) zu ihrer Formung in der politischen Willensbildung sich melden und melden müssen".[55] Heuss' Suche nach neuen Parteiformen richtete sich – so kann seinen Ausführungen entnommen werden – gegen vier Elemente des Weimarer Parteiensystems: gegen die scharfen parteipolitischen Frontbildungen und gegen die Parteienzersplitterung im allgemeinen sowie gegen wirtschaftliche Interessenparteien und die konfessionelle Spaltung des bürgerlichen Lagers im besonderen. Aus seiner Kritik wird zwar keine klare Konzeption für eine Parteigründung, wohl aber das Bemühen erkennbar, auf eine selbständige liberale Partei zugunsten einer breiteren Zusammenfassung der politischen Kräfte, insbesondere über die Konfessionsgrenzen hinweg, zu verzichten.

---

53 Die Rolle von Heuss ist halbwegs zutreffend dargestellt bei Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 147ff., u. in Anlehnung an ihn bei Lange, FDP, S. 286, Gutscher, FDP, S. 13, u. Adam, Politischer Liberalismus, S. 222f. Übergangen wird der Konflikt Heuss/Haußmann dagegen von Werner Stephan in: Dorn/Hofmann (Hrsg.), Geschichte, S. 130f.

54 Betrachtungen zur innenpolitischen Lage (30. Mai 1945), in: Heuss, Aufzeichnungen, S. 80.

55 Lebenslauf (August 1945), in: ebd., S. 105f. Diese Wendungen kehren in seinen Reden bis zum Jahresende 1945 vielfach wieder; vgl. u.a. seine Rede am 7. 12. 1945 in Göppingen, S. 1f. (BA NL Heuss Bd. 1), u. „Aufgabe und Pflicht der Parteien". Rundfunkansprache am 12. 12. 1945, in: Schicksal und Aufgaben, S. 22.

Heuss hatte deshalb im August 1945 „selber [...] in Heidelberg mit jüngeren Zentrumskreisen Fühlung genommen, um eine überkonfessionelle Verbindung herzustellen", und sogar bereits mit Vertretern der Militärregierung über die Zulassung einer solchen Partei verhandelt.[56] Er brach seine Bemühungen – sehr zur Verärgerung der übrigen Heidelberger Liberalen, die sich von ihm im Stich gelassen fühlten[57] – allerdings ab, als ihn die Berufung in die Landesregierung im September 1945 zur Übersiedlung nach Stuttgart zwang; als Begründung führte er an, „die Anordnung der Amerikaner habe nur auf lokale Parteibildung abgezielt".[58] In der Landeshauptstadt schien er dann zunächst den Standpunkt von Haußmann zu akzeptieren; jedenfalls entwarf er „expost einige knappe Leitsätze" für die DVP.[59] Heuss kam jedoch noch einmal auf seine ursprünglichen Pläne zurück, als die Liberalen in seiner Heimatstadt Heilbronn in deren Sinne die Initiative ergriffen.

Der Heilbronner Kreis um den früheren DDP-Vorsitzenden der Stadt, den mit Heuss seit langem befreundeten Willy Dürr[60], zählte zu jenen württembergischen Liberalen, die bereits vor der DVP-Gründung, am 25. August 1945, zu einer Besprechung mit Haußmann und Maier zusammengetroffen und über deren Konzeption „orientiert" worden waren. Sie vertraten auch anfänglich die Auffassung, „ohne Stuttgart [...] hier nichts machen" zu können.[61] Dennoch kam in Heilbronn bald darauf eine den Parteigründungen in der Landeshauptstadt zuwiderlaufende Entwicklung in Gang.[62] Noch im August 1945 regte der von den Amerikanern wieder in sein Amt eingesetzte frühere Oberbürgermeister Beutinger in Kontakt mit ehemaligen Mitgliedern von SPD, Zentrum und DDP die Bildung einer die alten Parteigrenzen übergreifenden „Aufbaupartei" an. Seine Initiative scheiterte am Widerstand der Sozialdemokraten, die sich Anfang September wieder als Partei konstituierten.[63] Daraufhin entschlossen sich die verbliebenen Vertreter von Zentrum und DDP unter Führung von Dürr zur Gründung einer gemeinsamen „Volkspartei" und reichten der Militärregierung am 15. Oktober ein entsprechendes Zulassungsgesuch ein.[64] Darin bezeichneten sie als „Grundstock" der Partei „die als Nazigegner bewährten Anhänger der früheren Deutschen demokratischen Partei und des Zentrums" und nannten als Leitbilder die Namen von Naumann, Heuss, des württembergischen DDP-Vorsitzenden vor 1933, Peter Bruckmann, sowie des württembergischen Zentrum-

56 Schr. v. Heuss an Hermann Dietrich v. 26. 9. 1945 (BA NL Dietrich Bd. 534 Bl. 38). Vgl. auch Hepp, CDU in Nordbaden, S. 117f.
57 So Heuss selber in seinem Schr. an Dietrich v. 26. 9. 1945 (a.a.O.). Über die weitere Entwicklung in Heidelberg s. auch unten S. 52.
58 Schr. an Dietrich v. 26. 9. 1945 (a.a.O.).
59 Ebd.
60 Vgl. Willy Dürr, Demokratische Erinnerungen aus dem Unterland, in: 100 Jahre Volkspartei, S. 76.
61 Schr. v. Willy Dürr an Theodor Heuss v. 4. 9. 1945 (BA NL Heuss Bd. 55).
62 Vgl. hierzu Schnabel, Kommunalpolitik, bes. S. 44ff., u. d. bei Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 150, zitierten Erinnerungen von Dürr.
63 Vgl. Albert Großhaus, 100 Jahre SPD Heilbronn 1874–1974, Heilbronn 1974, S. 72ff.
64 Schr. v. Willy Dürr u.a. an d. Militärregierung Heilbronn v. 15. 10. 1945 (BA NL Heuss Bd. 407).

Gründers Adolf Gröber. Die neue Partei wolle „keine Klassenpartei sein, sondern Vertreterin der gesamten Bürgerschaft, ohne Rücksicht auf Rasse, Stand und Konfession"; sie vertrete die „Grundsätze demokratisch, liberal, sozial und tolerant, dies insbesondere in religiösen Fragen". So sehr hier der konfessionsübergreifenden bürgerlichen Sammlung das Wort geredet wurde, so deutlich war jedoch andererseits das liberale Übergewicht in der „Volkspartei". Die Zusammenfassung von DDP- und Zentrumsmitgliedern war in Heilbronn offenkundig nur möglich, weil sich letztere auf Grund ihrer schwachen lokalen Position zum Verzicht auf jene Betonung christlicher Grundsätze in Parteinamen und -programm bereitfanden, die sonst das Auftreten katholischer Politiker bei den Parteigründungen der Jahre 1945/46 charakterisierten.

Mit den Überlegungen und Bemühungen von Heuss stand die Gründung der Heilbronner „Volkspartei" insofern in engstem Zusammenhang, als dieser von Dürr stets über die Entwicklung informiert wurde und schließlich sogar in der konstituierenden Versammlung der „Volkspartei", die Ende Oktober oder Anfang November 1945 stattfand, die „Taufrede" hielt.[65] Heuss unterstützte mithin eine bewußt gegen die DVP-Konzeption gerichtete Parteigründung. Gegenüber dem Berliner Journalisten Karl Brammer bekannte er sogar, er „würde in Berlin an der Christlich-Demokratischen Union teilgenommen haben" und sei „etwas unglücklich darüber, wie nun im ganzen Reich die Chance, eine konfessionell umgrenzte Partei aus der deutschen Zukunft ausgeschaltet zu haben, verdorben" sei, nicht ohne allerdings auch seine erheblichen Bedenken gegen eine christliche Signierung des Ganzen deutlich zu machen.[66] Offensichtlich war für Heuss das letzte Wort über die künftige

65 Vgl. Schnabel, Kommunalpolitik, S. 44, u. Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 150.

66 Schr. an Brammer v. 24. 11. 1945 (BA Kl.Erw. 583/1 Bl. 1f.); vgl. auch seine weiteren Schr. v. 14. u. 24. 1. 1945 (ebd. Bl. 3ff.). Brammer, der selber aus der DDP stammte, hatte sich in Berlin der CDU angeschlossen und war stellvertretender Chefredakteur ihres Parteiorgans „Neue Zeit" geworden; zu seiner Person vgl. Stephan, Aufstieg und Verfall, S. 312 u. 453. Seine kritische Distanz zur DVP-Konzeption ließ Heuss in allerdings vorsichtiger Form auch in seinen öffentlichen Reden für die Partei anklingen, so während der Kundgebung am 3. 11. 1945, abgedruckt in: Wege zur Demokratie, S. 16: Wohl in Anspielung auf die Heilbronner Vorgänge bemerkte er, die jetzt von Gemeinde zu Gemeinde differierende Ausrichtung der Parteien sei für diese „nicht ganz bequem". „Doch", so fuhr er fort, „hat es manches für sich, daß jetzt eine Vielfältigkeit auch in unser württembergisches gemeindliches Leben und seine Parteiausrichtung hereinkommt, weil wir Achtung geben müssen, nicht zu früh zu erstarren, weil wir nicht mit festen, sicheren Programmen heute glauben können, die Dinge zu meistern. Sie sind noch viel zu sehr im Fluß. Wir haben anzuknüpfen an den Dingen, die vor 1933 waren, aber wir werden uns sehr hüten müssen, nun einfach dort weiterzubuchstabieren, wo man damals im Alphabet gerade stehen geblieben war. Wir müssen sehr darauf achten, herauszukommen aus jener Zerrissenheit, da das parteipolitische Leben sich hier klassenmäßig, dort nach Ständen, hier nach Interessen, dort nach Konfessionen aufspaltete und wir damit aus dem echten, großen Atem politischer Entscheidung herausgekommen waren." Und ähnlich in Göppingen am 7. 12. 1945, S. 4 (BA NL Heuss Bd. 1): „Wir leben hier auf einem Boden, der an politischer Tradition, von der demokratischen Seite her, reich ist an Leistung, auf die er stolz sein kann. Aber wir sind uns auch darüber klar, daß vom Traditionsgefühl der Vergangenheit her allein ein politisches Leben nach diesen Erfahrungen nicht wird leben können. Wir werden dankbar derer gedenken, auf deren geistiges Erbe unser eigenes Leben sich aufgebaut hat. Aber neben diese Dankbarkeit setzen wir auch den suchenden Willen, neue Formen und neue Gedanken zu finden und zu prägen für das, was kommendes deutsches Schicksal sein wird."

Struktur des Parteiensystems noch nicht gesprochen. Zugleich engagierte er sich jedoch weiterhin für die DVP und vermied jeden Schritt zu einem offenen Bruch mit Haußmann und Maier.

Heilbronn blieb keineswegs das einzige Hindernis, das einer zügigen Durchsetzung der Stuttgarter Parteikonzeption in ganz Württemberg-Baden im Wege stand; „Volksparteien" hatten sich in Nordwürttemberg auch in den Städten Eßlingen, Heidenheim und Leonberg gebildet.[67] Besonders hemmend aber wirkten sich die Sammlungsbestrebungen und gerade auch das Eingreifen von Theodor Heuss im badischen Landesteil aus. Nicht, daß es hier zu einer geschlossenen, auf gleichen Zielsetzungen beruhenden Front gegen die DVP-Führung und die von ihr gefällten Entscheidungen gekommen wäre. Doch war es neben überkommenen landsmannschaftlichen Spannungen, neben den immer noch bestehenden Unklarheiten über das künftige Verhältnis von Nordwürttemberg und Nordbaden, neben auch mancher persönlichen Animosität eben vor allem die je unterschiedliche Beurteilung einer bürgerlichen Sammlungspartei, die hier einen liberalen Neuanfang gleicher Intensität und Ausrichtung wie in Stuttgart erschwerte, wenn nicht gar verhinderte.

In Mannheim war während der ersten Monate nach der Besetzung noch keine nennenswerte politische Aktivität von liberaler Seite zu verzeichnen gewesen.[68] Als dann im September die Parteigründungen in ihre entscheidende Phase traten, konnten sich die Linksliberalen um das frühere DDP-Stadtratsmitglied Karl Barber nicht unmittelbar zu einer Wiedergründung ihrer Partei entschließen. Barber fragte vielmehr Ende September zunächst im benachbarten Heidelberg bei Theodor Heuss und bei dem früheren DDP-Fraktionsvorsitzenden im badischen Landtag, Oskar Hofheinz[69], an, „ob wir selbst ebenfalls einen Antrag auf Zulassung unter dem Namen Demokratische Volkspartei oder wie in Berlin Liberal-Demokratische Partei einreichen sollen. Oder wollen wir uns der christlich-demokratischen Partei anschließen?"[70] Während Hofheinz umgehend von einer Zusammenarbeit mit den Christdemokraten entschieden abriet, da auf diese Weise nur „das alte Zentrum" unter einer „neuen Tarnkappe" wieder eine Führungsrolle erobern werde[71], antwortete Heuss erst unter dem Datum vom 10. Oktober aus Stuttgart. Wenngleich in den Briefzeilen seine Präferenz für eine, wie auch immer geartete, Kooperation mit dem Zentrum und seine Abneigung gegen eine bloße Wiederaufnahme der DDP-Tradition durchaus zum Ausdruck kam, blieb Heuss – ein isoliertes Überwechseln einzelner Ortsgruppen in das christdemokratische Lager und damit eine dauerhafte Schwächung der liberalen Reihen konnte ja auch gar nicht in seinem Sinne liegen – eine

67 Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 151.
68 Hierzu jetzt die ausführliche Monographie und Edition von Irek, Mannheim.
69 Vgl. d. Nachruf in: Das neue Vaterland Nr. 5 v. 8. 3. 1947.
70 Schr. v. Barber an Heuss v. 26. 9. 1945, zit. nach Irek, Mannheim, S. 120.
71 Schr. v. Hofheinz an Barber v. 29. 9. 1945, abgedruckt bei Irek, Mannheim, Dok. Nr. 79, S. 117ff.

eindeutige Empfehlung für die Mannheimer Situation schuldig.[72] Schon deshalb kann keine Rede davon sein, daß Barber sich „auf Anraten" von Heuss den Christdemokraten angeschlossen habe.[73] Barber und sein Kreis hatten zudem bereits am 8. Oktober um Aufnahme in die neue Partei nachgesucht und auch am folgenden Tag an deren offizieller Konstituierung teilgenommen.[74] Wie auch immer man den Einfluß von Heuss auf die Entwicklung in Mannheim einschätzen mag, die Ausgangssituation für eine liberale Parteigründung hatte sich jedenfalls durch die Abwanderung wichtiger DDP-Repräsentanten zur christdemokratischen Konkurrenz – ihnen folgte Anfang 1946 mit dem früheren DVP-Landtagsabgeordneten Florian Waldeck auch noch ein prominenter Rechtsliberaler[75] – ganz entscheidend verschlechtert. Erst gegen Jahresende gelang es den verbliebenen Mannheimer Liberalen, eine eigene Partei unter der Bezeichnung „Demokratische Partei/Europäische Union" zu konstituieren, die am 2. Januar 1946 von der örtlichen Militärregierung lizenziert wurde.[76] Die Schwierigkeiten der Entstehungsphase wirkten noch lange Zeit später in Form personeller Probleme nach und schlugen sich nicht zuletzt in Wahlergebnissen nieder, die weit hinter den in anderen Städten erzielten liberalen Stimmenanteilen zurückblieben.[77] Auf der anderen Seite ergab sich aus der Gründungskonstellation von vornherein volles Einvernehmen zwischen der Mannheimer Partei und der Stuttgarter DVP-Spitze: Bereits am 6. Januar 1946 waren Mannheimer Delegierte bei der Konstituierung des DVP-Landesverbandes für Württemberg-Baden vertreten, dessen Bezeichnung sie dann auch unverzüglich übernahmen.[78] Und die Stuttgarter bemühten sich nach Kräften,

---

72 Das Schr. v. Heuss ist im Faksimile wiedergegeben bei Schadt (Hrsg.), Alles für das Volk, nach S. 248, sowie abgedruckt bei Irek, Mannheim, Dok. Nr. 65, S. 98f. Ireks Wiedergabe ist allerdings an mehreren maßgeblichen Stellen nicht korrekt. Die entscheidende Passage lautet: „[...] leider mußte ich mich aus den Heidelberger Besprechungen zurückziehen, weil man da an Ort und Stelle bleiben muß. Ich legte [nicht: lege] Wert darauf, soweit es geht, mit dem Zentrum Fühlung zu haben und wie es geht, nicht nur aus Tradition der alten Gruppe zu starten. Denn ich sah [statt: sehe] nicht recht, wen wir an jungen Leuten haben, die für Nachwuchs sorgen können. Hier [gemeint ist Stuttgart, nicht, wie Irek, S. 121, fälschlich ergänzt, Heidelberg] ist man in ähnlicher Verlegenheit, das Zentrum weiß auch nicht recht, was es will, d.h. ist gespalten. Ich empfehle, die Abreden, die jetzt erfolgen, als provisorisch für die Gemeindewahlen zu behandeln." Heuss gibt also einen Situationsbericht, zunächst über seine Aktivitäten in Heidelberg, dann über die Lage in Stuttgart. Seinen Ausführungen kommt, anders als es das Präsens nahegelegt hätte, kein unmittelbarer Empfehlungscharakter zu. Er schreibt vielmehr ausdrücklich nur von provisorischen Abreden für die Gemeindewahlen, also wohl Listenverbindungen o.ä., nicht aber von definitiven Entscheidungen über die Struktur des Parteiensystems, die auch nach Auffassung von Heuss nur auf der regionalen Ebene gefällt werden konnten.

73 So Irek, Mannheim, S. 148. Noch stärker in diese Richtung geht die Behauptung von Hepp, CDU in Nordbaden, S. 117, Heuss habe Barber „von der Wiederbegründung einer wie auch immer benannten liberalen Partei" abgeraten und „den Anschluß an die Christdemokraten" empfohlen.

74 Irek, Mannheim, S. 119ff. u. Dok. Nr. 65, S. 98f.

75 Ebd., S. 121, Hepp, CDU in Nordbaden, S. 130, u. Koehler, Waldeck, S. 15.

76 Irek, Mannheim, S. 148f. Vgl. auch den ebd., Dok. Nr. 80, S. 119ff., abgedruckten ersten programmatischen Aufruf der Partei.

77 Hierzu ausführlich ebd., S. 151-157.

78 Vgl. d. bei Schadt (Hrsg.), Alles für das Volk, S. 253f., abgedruckten Bericht über die DVP Stadtverband Mannheim im Jahre 1946.

ihrer Mannheimer Kreisorganisation mit der Entsendung prominenter Redner über die schweren Geburtswehen hinwegzuhelfen.[79]

Im benachbarten Heidelberg waren dagegen die Gespräche über eine konfessionsübergreifende Sammlung schon bald nach dem Weggang von Theodor Heuss, nach seiner Berufung an die Spitze des Stuttgarter Kultministeriums, gescheitert. Die aus einer übergreifenden, nationalen Perspektive heraus formulierten Überlegungen von Heuss standen offenkundig im Widerspruch zu der stärkeren Traditionsgebundenheit der lokalen und regionalen Parteieliten. Sowohl die früheren linksliberalen Landtagsabgeordneten Hofheinz und Wolfhard als auch der ehemalige Heidelberger DDP-Vorsitzende Schenk und der neue führende Kopf, Karl Grathwohl, ebenfalls ein früheres DDP-Mitglied, setzten nun entschieden auf die Wiedergründung ihrer alten Partei.[80] Sie erfolgte am 6. November 1945 unter der überkommenen Bezeichnung „Demokratische Partei"[81], sogar noch zwei Tage vor der Konstituierung der christlich-demokratischen Richtung.[82] Obwohl diese Entwicklung ja ganz im Sinne der Stuttgarter Parteiführung um Haußmann liegen mußte[83], blieben die Beziehungen zwischen Heidelberg und Stuttgart gespannt. Grathwohl und sein Kreis argwöhnten nämlich noch lange, die DVP-Führung wolle sich unter dem Einfluß von Heuss doch noch mit den Christdemokraten zusammenschließen. Die Heidelberger weigerten sich deshalb, den Namen der Landesorganisation zu übernehmen, und konnten von Ernst Mayer erst im Februar 1946 mit der Drohung, ihre Partei, „als nur örtlich zugelassen, von amerikanischer Militärregierung verbieten zu lassen und neue Ortsgruppe zu gründen", zum Einlenken bewegt werden. In den übrigen nordbadischen Städten wurde teils dieser, teils jener der beiden skizzierten Entwicklungswege beschritten. Während sich etwa in Karlsruhe neben der CDP, zu der erst später einzelne Linksliberale abwanderten, unter Führung des letzten DDP-Ortsvereinsvorsitzenden, Albert Keßler[84], und des früheren Zentrum-Politikers Hermann Keßler[85] auch wieder eine liberale Partei formierte[86], bestand in Pforzheim mehrere Monate lang eine bürgerliche Sammlungspartei unter starkem christlich-demokratischen Einfluß[87].

79 Insbesondere sprachen bereits am 17. 2. 1946 auf einer Großkundgebung der DVP Ministerpräsident Maier und Kultminister Heuss, vgl. d. Bericht in: Rhein-Neckar-Zeitung Nr. 15 v. 20. 2. 1946.

80 Vgl. v. a. das oben S. 50 Anm. 71 zitierte Schr. v. Hofheinz an Barber v. 29. 9. 1945. Dagegen bemerkte Heuss in seinem Brief an Hermann Dietrich v. 26. 9. 1945 (BA NL Dietrich Bd. 534 Bl. 38), er habe seine Bemühungen „sehr zum Schmerz von Hofheinz und Wohlfard [sic!]" wieder aufgeben müssen.

81 Vgl. d. ausführlichen Bericht in: Rhein-Neckar-Zeitung Nr. 19 v. 7. 11. 1945.

82 Dies ist gegen Hepp, CDU in Nordbaden, S. 118, der die Reihenfolge umkehrt, festzuhalten.

83 Aktennotiz v. Ernst Mayer v. 16. 2. 1946 über eine Fahrt nach Baden am 13./14. 2. 1946 (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 199).

84 Zu seiner Person vgl. Der Demokrat Nr. 12 v. 20. 7. 1949.

85 Keßlers Verbindungen zum Linksliberalismus datierten allerdings bereits aus der Weimarer Zeit, als er Sozius in der Anwaltskanzlei des DDP-Reichstagsabgeordneten Ludwig Haas gewesen war. Der Demokrat Nr. 14 v. 3. 8. 1949 u. Luckemeyer, Haas, S. 160f.

86 Vgl. auch Hepp, CDU in Nordbaden, S. 114f.

87 Hierzu d. Bericht über d. Sitzung d. DVP-Landesausschusses am 30. 3. 1946 in Eßlingen, Rundschr. Inf. 5 d. DVP-Generalsekretariats v. 15. 4. 1946, S. 1 (BA NL Heuss Bd. 407).

In der Landeshauptstadt hatte sich inzwischen unter dem Druck dieser relativ breiten gegenläufigen Bewegung der Führungszirkel um Haußmann und Maier bereitfinden müssen, für mehrere Monate eine zweigleisige Entwicklung der DVP zu akzeptieren: Einerseits kamen Gespräche mit der Christlich-Sozialen Partei über eine Zusammenarbeit in Gang, andererseits wurde die weitere Konsolidierung der Partei vorangetrieben. Am 11. Dezember 1945 reichte die DVP der amerikanischen Militärregierung einen Antrag auf landesweite Zulassung ein, der bereits drei Tage später genehmigt wurde.[88] So konnten die Liberalen Württemberg-Badens für den traditionsreichen Dreikönigstag zur konstituierenden Landesversammlung eingeladen werden.[89] Zum ersten Landesvorsitzenden der Partei wurde Wolfgang Haußmann, zu seinem Stellvertreter der Karlsruher Hermann Keßler gewählt. In den geschäftsführenden Landesvorstand wurden ferner mit Generalsekretär Mayer, Schatzmeister Bacher und Beisitzer Orgeldinger drei weitere Stuttgarter sowie der Heidelberger Parteivorsitzende Grathwohl berufen.[90] Damit war zugleich ein eindeutiges Übergewicht für die Befürworter des von Haußmann eingeschlagenen Kurses sichergestellt.

Die erneuten Kooperationsgespräche zwischen liberalen und christlich-demokratischen Kräften hatten in der zweiten Dezemberhälfte 1945 vor allem auf Initiative der Heilbronner „Volkspartei" eingesetzt.[91] Nach einer ersten Unterredung der Heilbronner Vertreter Bauer und Meyle mit Heuss und Wirtschaftsminister Andre von der CSVP am 21. Dezember war die Frage eines Parteizusammenschlusses sechs Tage später noch einmal in einem erweiterten Kreis erörtert worden.[92] Die hierbei ebenfalls anwesenden Haußmann und Maier hatten zwar jede offene Stellungnahme gegen eine Fusion vermieden, konkrete Vereinbarungen jedoch zu verhindern gewußt. Zur entscheidenden, den ganzen Vorgang dann abschließenden Besprechung kam es einige Tage nach der Konstituierung der DVP-Landesorganisation am 12. Januar 1946 in Stuttgart. Die liberale Seite wurde bei ihr durch Haußmann, Heuss, Orgeldinger und Mayer vertreten, für die CSVP war neben Andre der Mitbegründer der Berliner CDU und zeitweilige CDU-Vorsitzende in der SBZ, Andreas Hermes, erschienen. Zu Beginn legte Heuss eine Entschließung des DVP-Gründungsparteitags vor, die sich in allerdings ganz unverbindlichen Formulierungen dafür aussprach, „die demokratischen Kräfte zu einen", die Heuss jedoch hier als Votum für eine Listenverbindung bei den bevorstehenden Gemeindewahlen interpretierte; Andre konnte von einer gleichgerichteten Entscheidung seiner Parteifreunde berichten. Offen-

88 Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 155f.

89 Einladung d. DVP Stuttgart zur Dreikönigstagung v. Dezember 1945 (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 190); vgl. auch d. persönliche Einladungsschr. v. Haußmann an Hermann Dietrich v. 8. 12. 1945 (BA NL Dietrich Bd. 534 Bl. 70).

90 Rdschr. Org. 1 d. DVP-Generalsekretariats v. 14. 1. 1946, S. 1 (BA NL Heuss Bd. 407); die bei Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 156, angegebene Vorstandszusammensetzung trifft nicht zu.

91 Schr. v. Walter Bauer an Reinhold Maier v. 14. 12. 1945 (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 325).

92 Hierzu ausführlich Schnabel, Kommunalpolitik, S. 45f., der sich auf Niederschriften aus dem Besitz von Paul Meyle stützt. Vgl. auch Schmitt, CDU in Nordwürttemberg, S. 145.

kundig war Heuss bestrebt, das Gespräch gar nicht erst in eine kontroverse Diskussion von Grundsatzfragen abgleiten zu lassen, sondern die Fusionsfrage zunächst offenzuhalten und sie über eine allmählich sich intensivierende Zusammenarbeit beider Parteien – mit einer Listenverbindung als erstem konkreten Schritt – zu einer positiven Beantwortung zu führen. Die Aussprache entwickelte sich jedoch sehr rasch in eine andere Richtung, ja, leicht zugespitzt kann gesagt werden, daß ihr von Hermes auf der einen sowie Haußmann und Mayer auf der anderen Seite bewußt diese Wendung gegeben wurde. Nachdem sich die Gesprächspartner noch einmal der prinzipiellen Bereitschaft „zur Bildung einer demokratischen Einheitspartei" versichert hatten, wurde nämlich nicht mehr über konkrete, für die Erzielung von Kompromissen geeignete Fragen – wie etwa die Angleichung programmatischer Grundsätze –, sondern nur noch über den Weg debattiert, auf dem eine Parteienfusion vollzogen werden könne. Damit hatte man sich aber auf ein Feld begeben, auf dem angesichts der fortgeschrittenen Konsolidierung der Parteien in Württemberg-Baden wie auch überregionaler Ebene ein Scheitern der Verhandlungen geradezu vorprogrammiert war. Hermes erklärte, ganz von dem Führungsanspruch der Berliner „Reichsparteileitung" ausgehend, sofort, er könne sich einen Zusammenschluß von DVP und CSVP nur in dem Sinne vorstellen, daß sich beide der „Reichs"-CDU anschlössen. Zudem machte er wenig später deutlich, daß es ihm primär auf die Einbindung der CSVP in die überregionale Unionsorganisation ankam, daß er also an der Bildung einer bürgerlichen Sammlungspartei in Württemberg-Baden nur mehr sekundär interessiert war. Dagegen erklärten Haußmann und Mayer, der Vorschlag von Hermes setze die Einigung in allen Teilen des Reiches voraus, die aber doch zumindest in der SBZ schon endgültig gescheitert sei. Sie sähen deshalb den einzig gangbaren Weg in weiteren regionalen Verhandlungen zwischen Liberalen und Christlich-Sozialen. Damit stellten sie die CSVP praktisch vor die Alternative, sich entweder für den letztlich höchst unsicheren Weg einer Offenhaltung der Fusionsfrage oder aber für die Zusammenarbeit mit den anderen Unionsparteien und für die zügige Konsolidierung der eigenen Partei zu entscheiden – eine Entscheidung, deren Ergebnis in Anbetracht der auch bei den Christlich-Sozialen vorhandenen massiven Widerstände gegen ein Zusammengehen mit der DVP abzusehen war. Andre bekundete zwar noch seine Sympathie für den württemberg-badischen Sonderweg, aber Hermes widersprach ihm so scharf, daß in den Augen der DVP-Vertreter „die Verhandlungen praktisch und zwar im negativen Sinn abgeschlossen waren".[93]

Mit diesem von Haußmann und Mayer ja durchaus intendierten Ergebnis konnte der DVP-Vorstand nun endgültig daran gehen, die Übernahme der in Stuttgart formulierten Parteikonzeption in allen Teilen des Landes durchzusetzen. Dabei entschied sich die Mehrzahl der christ-

93 Aktennotiz v. Ernst Mayer v. 17. 1. 1946 (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 199); der Text der Resolution des DVP-Gründungsparteitages in: BA NL Heuss Bd. 407.

lich-liberalen „Volksparteien" entsprechend der jeweiligen Gewichtsverteilung zwischen ehemaligen Zentrums- und DDP-Mitgliedern für den Anschluß an die christlich-soziale Konkurrenz.[94] Lediglich die Heilbronner traten – allerdings erst Ende März 1946 – nahezu geschlossen der DVP bei.[95] Mit dem Abschluß dieses Prozesses in der ersten Jahreshälfte 1946 war das Selbstverständnis der Partei so eindeutig festgeschrieben, daß es darüber in Württemberg-Baden bis 1949 zu keiner nennenswerten Auseinandersetzung gekommen ist.[96]

b) Hessen

Für einen in den wesentlichen Zügen mit den Vorgängen in Württemberg-Baden vergleichbaren Neubeginn liberaler Parteipolitik fehlten in der früheren preußischen Provinz Hessen-Nassau und dem ehemaligen Freistaat Hessen, jenen Gebieten, die dann – mit Ausnahme einiger im Westen gelegener, zur französischen Zone geschlagener Kreise – am 19. September 1945 zum neuen Land Groß-Hessen zusammengeschlossen wurden[1], großenteils die Voraussetzungen. Nicht, daß es sich hier um Regionen gehandelt hätte, deren Wählerschaft sich den liberalen Kräften gegenüber von vornherein als nur schwer zugänglich erwiesen hätte: In Korrespondenz zum protestantischen Übergewicht, vor wie nach dem Kriege waren jeweils rund zwei Drittel der Bevölkerung evangelisch[2], hatten vielmehr die liberalen Parteien zusammen noch bis etwa 1930 Stimmenanteile vorweisen können, die mit den in Württemberg oder Baden erzielten durchaus zu konkurrieren vermochten, ja, sie partiell sogar übertrafen.[3] Doch hatte der Liberalismus im hessischen Raum nie jene relativ weitreichende Geschlossenheit als politisch-soziales Phänomen erreicht, die sich im deutschen Südwesten beobachten läßt. In Struktur und Ausrichtung war die liberale Bewegung einer alten Reichsstadt und Handelsmetropole wie Frankfurt am Main[4] nur zu deutlich geschieden von jener der jeweils in hohem Maße durch den öffentlichen

94 Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 151f., u. Schmitt, CDU in Nordwürttemberg, S. 145.

95 Bericht über d. Sitzung d. DVP-Landesausschusses am 30. 3. 1946 in Eßlingen, Rdschr. Inf. 5 d. DVP-Generalsekretariats v. 15. 4. 1946, S. 2 (BA NL Heuss Bd. 407). Noch im Februar 1946 hatte Dürr grundsätzlich die Bildung einer überkonfessionellen Sammlungspartei befürwortet und war nur zögernd bereit gewesen, erste Schritte zum Anschluß an die DVP einzuleiten, vgl. sein Schr. an Heuss v. 6. 2. 1946 (ebd. Bd. 55) u. d. Aktennotiz v. Ernst Mayer v. 16. 2. 1946 über eine Fahrt nach Baden am 13./14. 2. 1946 (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 199). Zum Ganzen auch Schnabel, Kommunalpolitik, S. 46f.

96 Vgl. Wolfgang Haußmann, Rechtspartei oder Partei der Mitte?, in: Der Demokrat Nr. 26 v. Dezember 1948.

1 Vgl. Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 98f., u. Kropat, Kapitulation, S. 156.

2 Der protestantische Bevölkerungsanteil sank zwischen 1925 und 1950 lediglich von 68,1% in der preußischen Provinz und 66,2% im Freistaat auf 64,3% im neuen Land; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 46, 1927, S. 24, u. Statistik für die Bundesrepublik Deutschland 35, 1952, H. 2, S. 8ff.

3 Vgl. Milatz, Wähler und Wahlen, S. 36, 93 u. 100.

4 Hierzu, wenngleich zeitlich eng begrenzt, die beiden einander ergänzenden Aufsätze von Günter Hollenberg, Bürgertum und Revolution u. Bürgerliche Sammlung.

Dienst geprägten, untereinander allerdings auch keineswegs einheitlichen Städte Darmstadt, Wiesbaden und Marburg[5], und beide Formen trennte wiederum eine tiefe Kluft von den politischen Kräften Mittel- und Nordhessens, die im parteipolitischen Rahmen der liberalen Bewegung ein vielfach eher agrarisch-konservatives Milieu vertraten. Gestützt gerade auch auf diese politisch-soziale Basis hatte in Hessen zudem – mit Ausnahme des Sonderfalls 1919 – stets die nationalliberale Richtung eindeutig die Oberhand über ihre linksliberale Konkurrenz behalten. Selbst in der Endphase der Weimarer Republik vermochte sich die DVP, wenn auch auf denkbar niedrigem Niveau, vergleichsweise besser zu behaupten als die DDP. Der dominierende Entwicklungstrend war aber zweifellos die Abwanderung nicht zuletzt der bäuerlichen Wähler in das Lager der NSDAP; sie bescherte den Nationalsozialisten in beiden hessischen Wahlkreisen weit über dem Reichsdurchschnitt liegende Stimmenanteile[6], und sie hinterließ für die Wiedergründung einer liberalen Partei nur mehr eine unvergleichlich schmalere Grundlage als in Württemberg-Baden. Schließlich fehlte in Hessen sowohl wegen der stärkeren Differenziertheit der liberalen Bewegung als auch wegen der ursprünglichen Ausrichtung des politischen Lebens auf verschiedene Zentren ein Vorort wie das allerdings im badischen Landesteil auch nicht unbestrittene Stuttgart. Die Parteigründer in Frankfurt am Main gewannen zwar zunächst einen prägenden Einfluß auf die Entwicklung der Landesorganisation; doch war die Mainmetropole nicht der Ort, an dem sich ein mit den DVP-Gründern in der württembergischen Landeshauptstadt vergleichbarer hochkarätiger Kreis liberaler Politiker dieser oder jener Couleur hätte zusammenfinden können.

Der Kern jenes Zirkels, der sich in Frankfurt am Main in den Sommermonaten 1945 um den Fabrikanten Georg Ludwig Fertsch bildete, bestand aus den lokalen Führungsspitzen beider liberaler Parteien der Zeit vor 1933.[7] Neben Fertsch selber, der früher in der DVP kommunalpolitisch aktiv gewesen war, gehörten ihm der ehemalige DDP-Fraktionsvorsitzende in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung und Parteivorsitzende in Hessen-Nassau, Max Korff, und der langjährige Stadtschulrat und DVP-Abgeordnete im preußischen Landtag, Wilhelm Schwarzhaupt, an.[8] Ein Teil seiner weiteren Mitglieder rekrutierte sich aus den bürgerlichen Vertretern im Frankfurter Bürgerrat, der sich Anfang September konstituierte.[9] Anfang November stieß schließlich

5 Hierzu auch Seier, Marburg, bes. S. 565.
6 Vgl. v.a. Schön, Nationalsozialismus, S. 178ff. u. 205f.
7 Eine Fülle primär biographischen Materials zur liberalen Parteientwicklung in Hessen ist zusammengestellt bei Luckemeyer, Mischnick, ders., Kasseler Liberale, sowie jetzt v.a. ders., Liberale in Hessen. Einen im wesentlichen zuverlässigen Überblick über die hessischen Parteigründungen gibt neuerdings Mühlhausen, Parteien im Wiederaufbau.
8 Beide Namen sind in einem Bericht über die erste öffentliche Versammlung der Partei erwähnt, Frankfurter Rundschau Nr. 20 v. 6. 10. 1945.
9 Vgl. d. Mitgliederliste d. Bürgerrates ebd. Nr. 12 v. 8. 9. 1945.

noch Ernst Landgrebe hinzu, in der Weimarer Zeit Vorsitzender der DVP-Stadtverordnetenfraktion und der DVP in Hessen-Nassau.[10]

Die neue liberale Partei ging also in Frankfurt von vornherein aus einer Zusammenfassung beider traditioneller Richtungen hervor, wobei zudem die nationalliberale Seite leicht überwog. Zu den zeitlich weitgehend parallel agierenden Gründern einer christlich-demokratischen Partei, zu denen auch einzelne Linksliberale zählten, scheinen dagegen keine nennenswerten Kontakte geknüpft worden zu sein.[11] Von liberaler Seite wurde später die Unmöglichkeit einer derartigen Sammlungspolitik auf die positive Einstellung der Frankfurter CDU zu Sozialisierungsmaßnahmen zurückgeführt.[12] Jedenfalls wurde noch im September 1945, und damit nur kurze Zeit nach KPD, SPD und CDU[13], unter Führung von Fertsch die „Liberal-Demokratische Partei" konstituiert; am 28. September wurde ihr die Zulassung durch die Militärregierung erteilt.[14]

Von den Vorstellungen des Stuttgarter Kreises war die Parteikonzeption, die der Formierung der LDP zugrunde lag, gleich in mehreren Aspekten unterschieden. Ihr Ausgangspunkt – gerade dies wurde ja im Parteinamen prononciert zum Ausdruck gebracht – war die Vereinigung von Liberalismus und Demokratie im Sinne der beiden überkommenen liberalen Parteirichtungen. Über deren frühere Anhängerschaft hinaus wollte die LDP jedoch „das Bürgertum im weitesten Sinn des Wortes vertreten"[15]. Von daher schied zugleich eine ausschließliche Anknüpfung an liberale parteipolitische Traditionen aus: Die LDP sah sich ausdrücklich als „völlige Neugründung".[16] Die Akzentuierung des Sammlungsgedankens und der vor allem in Konkurrenz zur CDU vertretene Anspruch, die einzige nichtsozialistische Partei zu sein, fixierten notwendigerweise auch einen anderen Standort im neuen Parteiensystem, als ihn die Stuttgarter im Auge hatten; wenngleich sich die LDP gegen das Etikett „rechtsgerichtet" zunächst wehrte[17], konnte ihr unter den neu zugelassenen Parteien nur die rechte Seite verbleiben. Nicht zuletzt aber fehlte der Frankfurter Parteikonzeption das in Württemberg-Baden so stark unterstrichene föderalistische Element: Die Wahl der Bezeichnung LDP wurde – jedenfalls von Fertsch – als bewußte Anlehnung an die Berliner

10 Ebd. Nr. 36 v. 30. 11. 1945.
11 Vgl. dazu jetzt Rüschenschmidt, Gründung der CDU, bes. S. 59.
12 Frankfurter Rundschau Nr. 31 v. 13. 11. 1945.
13 Vgl. d. Meldungen über d. Zulassungsgesuche bzw. Gründungsversammlungen dieser Parteien in: Frankfurter Rundschau Nr. 13 v. 12. 9., Nr. 14 v. 15. 9. u. Nr. 16 v. 22. 9. 1945.
14 Ebd. Nr. 22 v. 13. 10. 1945.
15 Aufruf der LDP zu den Gemeindewahlen am 20./27. 1. 1946, in: ebd. Nr. 5 v. 18. 1. 1946, auch auszugsweise abgedruckt bei Kropat, Hessen in der Stunde Null, S. 100f. Ähnliche Formulierungen verwendeten Fertsch und Korff auch in der zweiten Mitgliederversammlung am 11. 11. 1945, vgl. d. Bericht in: Frankfurter Rundschau Nr. 31 v. 13. 11. 1945.
16 In dem genannten Wahlaufruf, ebd. Nr. 5 v. 18. 1. 1946, hieß es im übrigen: „Es ist ganz unmöglich, an Vergangenes anzuknüpfen oder es gar erhalten zu wollen. Sentimentalitäten sind im politischen Leben fehl am Ort [...] Die Liberaldemokraten richten [..] ihren Blick nicht rückwärts; die Partei ist eine völlige Neugründung."
17 Vgl. u.a. ebd. Nr. 5 v. 18. 1. 1946.

Parteigründung und Unterordnung unter die „Reichsparteileitung" verstanden.[18]

Im Spektrum der liberalen Gründungsinitiativen auf der lokalen Ebene in Hessen nahm der Frankfurter Kreis eher eine mittlere Position ein. Im württemberg-badischen Sinne eines ganz überwiegend auf der linksliberalen Parteitradition fußenden Neubeginns wich von ihr vor allem die Entwicklung in der Universitätsstadt Marburg ab. Obwohl sich in dem von den bürgerlichen Parteien dominierten politischen Gefüge der Stadt schon vergleichsweise früh eine starke Rechtsverschiebung gezeigt hatte und obwohl auch hier von den liberalen Parteien seit 1920 stets die DVP den weit größeren Stimmenanteil hatte gewinnen können[19], trugen nun, im Frühjahr und Sommer 1945, vorwiegend ehemalige DDP-Mitglieder das von bürgerlicher Seite ausgehende politische Engagement. Der Druckereibesitzer und Verleger Hermann Bauer und der Schulrat Ludwig Mütze, früher Mitglied des DDP-Kreisvorstandes[20], waren, nachdem es ihnen zunächst gelungen war, einen rechtsbürgerlich geführten „Ordnungsausschuß" vom Oberbürgermeister auflösen zu lassen, die maßgeblichen Initiatoren des „Staatspolitischen Ausschusses", in dem sie zusammen mit ihrem Parteifreund, Studiendirektor Robert Treut, drei der sechs Mitglieder stellten.[21] Der am 22. Mai 1945 konstituierte Ausschuß fungierte bis zu seiner Umbildung im Dezember 1945 als provisorischer Stadtrat mit zum Teil erheblichem Einfluß auf viele Bereiche der städtischen Verwaltung. In enger Verbindung mit der Tätigkeit im Ausschuß vollzogen sich im Laufe des Sommers 1945 auch die Vorbereitungen für den parteipolitischen Wiederbeginn. Von liberaler Seite wurden sie allerdings trotz mehrfacher Besprechungen erst konkretisiert und formalisiert, nachdem von der Militärregierung grünes Licht gegeben worden war und SPD und KPD bereits ihre Lizenzen beantragt hatten.[22] Anfang Oktober entschied man sich in einem erweiterten Kreis für die „Gründung einer demokratischen Partei"; neben den drei schon genannten Linksliberalen gehörten zu den maßgeblichen Befürwortern dieses Beschlusses der nach Marburg zurückgekehrte DDP-Politiker und spätere Oberbürgermeister der Stadt, Karl-Theodor Bleek, als DDP-Sprecher aus dem Landkreis der Lehrer Jakob Römer sowie als einziger namhafter DVP-Vertreter deren früherer Marburger Vorsitzender, der Kaufmann Otto Dula.[23] Die offizielle Konstituierung der neuen Partei erfolgte dann

18 Ob Fertsch bereits in der Gründungsphase mit Berlin in Verbindung stand, ist nicht bekannt; zumindest seit Anfang 1946 aber unterhielt er persönliche und schriftliche Kontakte zur „Reichsparteileitung". Vgl. seine Briefwechsel mit Külz und Lieutenant (NL Fertsch Akte LDP-Korrespondenz) sowie ausführlich unten S. 265 u. 278ff.

19 Vgl. d. Ergebnisse bei Seier, Marburg, S. 561.

20 Zu ihrer Person Gimbel, Deutsche Stadt, S. 102 u. 106, u. Luckemeyer, Mischnick, S. 21.

21 Vgl. die detaillierte Schilderung dieser Vorgänge bei Gimbel, Deutsche Stadt, bes. S. 117ff., u. ders., Marburg, S. 658ff., sowie die von Kraschewski/Rothe/Seier, Quellen, bes. S. 681ff., veröffentlichten Dokumente.

22 Gimbel, Deutsche Stadt, S. 212f.

23 Vgl. d. Bericht d. Staatspolitischen Ausschusses zur politischen Lage in Marburg v. 11. 10. 1945, abgedruckt bei Kraschewski/Rothe/Seier, Quellen, S. 693f. Zu den genannten Personen vgl. auch Luckemeyer, Mischnick, S. 20, u. Seier, Marburg, S. 568; zu Bleek unten Anm. 27.

am 27. Oktober 1945 unter der Bezeichnung „Demokratische Volkspartei".[24]

Diese auf den ersten Blick mehr als überraschende Anlehnung an die Namenswahl der Stuttgarter Liberalen – die Übereinstimmung wurde von neuem in dem am 7. Dezember veröffentlichten Gründungsaufruf der Marburger DVP bestätigt[25], der in weiten Passagen wörtlich auf Haußmanns programmatischen Artikel in der *Stuttgarter Zeitung*[26] zurückging – muß nach allem, was wir wissen, auf die persönliche Verbindung zu Theodor Heuss zurückgeführt werden: Zum einen kannten sich wohl Bleek und Heuss aus der gemeinsamen Zeit in Berlin[27], zum anderen hielt sich Heuss gerade in der entscheidenden Zeit, am 20./21. Oktober 1945, aus Anlaß einer Tagung von Herausgebern und Verlegern der in der amerikanischen Zone neu lizenzierten deutschen Zeitungen in Marburg auf[28]; daß er bei dieser Gelegenheit nicht nur mit Hermann Bauer, dem Lizenzträger der *Marburger Presse*, zusammengetroffen ist, sondern auch mit Bleek und anderen Linksliberalen, darf jedenfalls als sicher angenommen werden.

Aus einer ähnlich starken oder doch zumindest überwiegenden Anknüpfung an die linksliberale Parteitradition, wenn auch ohne jede Verbindung zur Demokratischen Volkspartei in Stuttgart, gingen im übrigen Hessen nur wenige weitere lokale Gründungen hervor. Neben der am 3. November 1945 konstituierten „Demokratischen Partei" in Gießen[29] sind in diesem Zusammenhang eine Partei gleichen Namens, die der frühere DDP-Landtagsabgeordnete Pfarrer Ernst Weidner ebenfalls im November im Kreis Friedberg initiierte[30], und eine „Deutsche Demokratische Partei" zu nennen, die sich im folgenden Monat in mehreren Orten des Kreises Waldeck bildete[31].

Politisch gewichtiger, vor allem längerfristig gesehen, waren jene Kreise besonders in Nordhessen, in denen die nationalliberalen Kräfte von vornherein die Oberhand hatten oder jedenfalls noch in der Gründungsphase gewannen. In diese Kategorie fiel besonders deutlich der LDP-Verband, den der Rechtsanwalt und langjährige DVP-Provinziallandtagsabgeordnete Max Becker zusammen mit dem parteilosen Juri-

24 Neusüss-Hunkel, Parteien, S. 58.
25 Der seinerzeit in der Marburger Presse erschienene Aufruf ist abgedruckt bei Luckemeyer, Mischnick, S. 49.
26 Stuttgarter Zeitung Nr. 13 v. 31. 10. 1945; vgl. auch oben S. 43f.
27 Bleek war nach juristischem Studium und Referendariat in Marburg seit 1925 in Berlin und Umgebung in verschiedenen Stellungen als preußischer Kommunalbeamter tätig gewesen; nach seiner zeitweiligen Amtsenthebung 1933 hatte er u.a. seit 1939 das Stadtkämmereramt in Breslau bekleidet, bis er bei Kriegsende von dort in seine Heimatstadt Marburg zurückkehrte. Seine Verbindung zu Heuss führte ihn schließlich später als dessen Staatssekretär in das Bundespräsidialamt. Zu Bleek vgl. v.a. Luckemeyer, Liberale in Hessen, S. 151f.
28 Vgl. d. Bericht „Die Marburger Journalistentagung. Auftakt zur Schaffung einer freien deutschen Presse im Dienste der Wahrheit", in: Rhein-Neckar-Zeitung Nr. 15 v. 24. 10. 1945.
29 Knauß, Politische Kräfte, S. 80f., u. Luckemeyer, Liberale in Hessen, S. 122f.
30 Frankfurter Rundschau Nr. 34 v. 23. 11. 1945. Zu Weidner vgl. auch Ruppel/Gross (Bearb.), Hessische Abgeordnete, S. 265.
31 Haseloff, Parteien, S. 221f., u. Luckemeyer, Liberale in Hessen, S. 119f.

sten August Martin Euler in der Stadt Bad Hersfeld ins Leben rief, führte er doch auf Beckers Betreiben den Zusatz „Stresemann-Partei" im Namen.[32] Und hierzu zählte nicht zuletzt die mit Bad Hersfeld auch durch persönliche Kontakte verbundene Kasseler Partei. Schon bei dem ersten Auftreten bürgerlicher Politiker nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes hatten sich hier unabhängig voneinander Vertreter beider früherer liberaler Parteien zu Wort gemeldet; auch waren DDP wie DVP im Juli 1945 getrennt bei der Bildung eines „Überparteilichen Ausschusses" als vorläufiger Bürgervertretung berücksichtigt worden.[33] Im Oktober war dann zunächst die linksliberale Seite vorgeprescht und hatte unter Führung des früheren DDP-Provinzialvorstandsmitglieds Erich Rocholl eine „Demokratische Partei" gegründet; man sah sich „als Fortsetzung der alten deutsch-demokratischen Partei Walter Schückingscher und Max Weberscher Provenienz" und setzte sich deshalb auch in der Namenswahl bewußt von der Frankfurter LDP ab.[34] Kurze Zeit später versuchte auch die nationalliberale Richtung um den Architekten und langjährigen DVP-Fraktionsvorsitzenden im Kasseler Stadtparlament, Fritz Catta, eine eigene Partei zu konstituieren. Sie scheiterte jedoch am Einspruch der Militärregierung, die ihr die erforderliche Lizenz verweigerte.[35] Erst unter diesem äußeren Druck kam es zur Vereinigung beider liberaler Initiativen in einer gemeinsamen „Liberal-Demokratischen Partei" unter dem Vorsitz des 82jährigen früheren DDP-Reichstagsabgeordneten Wilhelm Kniest, wobei der linksliberale Kreis um Rocholl schon bald ganz an den Rand gedrängt wurde.[36]

Überhaupt lag – wie sich schon bald erweisen sollte – der politische Querschnitt der hessischen Liberalen deutlich weiter auf der Rechten, als es mit Blick auf die bis Ende 1945 gegründeten Kreisverbände scheinen mochte. Zunächst einmal waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal alle größeren Städte repräsentiert – Darmstadt[37], der alte Regierungssitz des Freistaates, fehlte beispielsweise ebenso noch wie die neue Landeshauptstadt Wiesbaden[38]. Vor allem aber setzten die Gründungsaktivitäten in den ländlichen Gebieten in der Regel erst nach der Jahreswende 1945/46 ein. Aus ihnen wurden erst der LDP in größerem Maße jene der DVP sowie nicht zuletzt auch der DNVP entstammenden, vielfach agrarisch-konservativen Kräfte zugeführt[39], die in den folgenden Jahren die politische Ausrichtung und den sozialen Charakter der hessischen Liberalen bestimmen sollten.

32 Ebd., S. 120f.
33 Hierzu d. Darstellung von Frenz, Politische Entwicklung, bes. S. 24f.
34 Schr. v. Erich Rocholl an Ministerpräsident Karl Geiler v. 24. 10. 1945 (HStA Wiesbaden NL Geiler Fs. 8 Bl. 92); dort auch ein weiteres Schr. Rocholls an Geiler v. 4. 11. 1945 u. d. Grundsatzprogramm d. DP Kurhessen.
35 So jedenfalls, gestützt auf Berichte in der Kasseler Presse, Mühlhausen, Parteien im Wiederaufbau, S. 316.
36 Ebd., S. 316, u. Luckemeyer, Liberale in Hessen, S. 118.
37 Vgl. Deppert, Wiederaufbau, S. 500 u. 502.
38 Vgl. Müller-Werth, Kommunalpolitik, S. 209f.
39 Über entsprechende Beispiele aus dem Landkreis Gießen berichtet Knauß, Politische Kräfte, S. 80f., für Waldeck vgl. Haseloff, Parteien, S. 222.

Die Gründung der LDP-Landesorganisation jedoch, zu der der Frankfurter Parteigründer Fertsch für den 29. Dezember 1945 in die Mainmetropole einlud, wurde noch auf der Grundlage jener wenigen städtischen Stützpunkte vollzogen. Ohne daß es zu einer grundsätzlicheren Diskussion über den Kurs der neuen Landespartei kam, setzte sich hier die Frankfurter Linie durch. Ganz in deren Sinne waren „sich die Delegierten darüber einig, daß es sich bei der Liberal-Demokratischen Partei nicht um die Fortsetzung alter bürgerlicher Parteien handelt, sondern um den Zusammenschluß aller aufbauwilligen Kreise mit neuen und zeitgemäßen Zielen". Ebenso billigte die Versammlung die enge Anlehnung an die Berliner „Reichsparteileitung", indem sie deren Satzung weitgehend unverändert übernahm. Auch personell bestanden von vornherein keine Zweifel an der Frankfurter Führungsstellung und damit an der Wahl von Fertsch zum ersten Landesvorsitzenden; im übrigen bot der Landesvorstand ein durchaus repräsentatives Bild der zu diesem Zeitpunkt bestehenden lokalen Gliederungen.[40] Ihre landesweite Zulassung durch die amerikanische Militärregierung konnte die LDP zwei Wochen später, am 11. Januar 1946, in Empfang nehmen; sie war damit nicht nur die letzte der vier großen Parteien[41], ihr blieb auch nur noch wenig Vorbereitungszeit bis zu den für den 20. bzw. 27. Januar angesetzten Kommunalwahlen.

Ihren in Frankfurt beschlossenen Kurs einer gemäßigten Sammlungspolitik und dezidiert Berlin-freundlichen Einstellung steuerte die hessische Landespartei unter Fertschs Vorsitz bis zum Juni 1946, als es dem rechten Parteiflügel unter August Martin Euler gelang, sich an die Spitze der Landesorganisation zu setzen. Die günstige Gelegenheit für einen Machtwechsel ergab sich auf dem Landesparteitag am 1. Juni 1946 in Gießen. Im Mai hatten nämlich Frankfurter Stellen der Militärregierung gegen den von Fertsch im Februar 1946 eingestellten Geschäftsführer des Landesverbandes, Ernst Luge[42], ein Militärgerichtsverfahren wegen abfälliger Äußerungen über die Besatzungsmacht eingeleitet, von dem auch Fertsch indirekt betroffen wurde.[43] Daraufhin faßte der Landesparteitag in Abwesenheit von Fertsch einstimmig den Beschluß, dem bisherigen

40 Frankfurter Rundschau Nr. 1 v. 4. 1. 1946; vgl. auch d. Tagesordnung und weitere Unterlagen für die Konferenz vom 29. 12. 1945 (NL Fertsch Akte LDP-Korrespondenz) sowie das Schr. v. Fertsch an Ministerpräsident Geiler v. 5. 2. 1946 (HStA Wiesbaden NL Geiler Bd. 8 Bl. 173, jetzt auch abgedruckt bei Kropat, Hessen in der Stunde Null, S. 94f.).

41 Die KPD war am 13. 12., SPD und CDU waren am 26. 12. 1945 lizenziert worden, vgl. Mühlhausen, Parteien im Wiederaufbau, S. 299 u. 331. Daß die Verspätung der LDP allein auf deren organisatorische Probleme zurückging, wird aus den Schr. v. Fertsch an Geiler v. 5. 2. 1946 deutlich.

42 Schr. v. Fertsch an Luge v. 19. 2. 1946 (NL Fertsch Akte LDP-Korrespondenz).

43 Vgl. d. Schilderungen der Vorgänge durch Landgrebe und Euler, in: Bericht über d. LDP-Landesparteitag in Gießen am 1. 6. 1946, S. 1f. (ebd.), Wahrhaftig, In jenen Tagen, S. 868f., u. Mühlhausen, Parteien im Wiederaufbau, S. 320. Fertsch wurde vom Militärgericht als Zeuge vorgeladen, und ihm wurde von der Militärregierung nahegelegt, sich in den folgenden Monaten in der Öffentlichkeit zurückzuhalten; er sei jedoch nicht mitbelastet und seiner weiteren politischen Tätigkeit stünde nichts im Wege, vgl. d. Schr. v. Fertsch an d. LDP-Vorstand v. 21. 6. 1946 (NL Fertsch Akte LDP-Korrespondenz). Wahrhaftig, In jenen Tagen, S. 868, behauptet allerdings, daß über Fertsch zeitweise sogar Hausarrest verhängt worden sei.

stellvertretenden Landesvorsitzenden[44] Euler „die geschäftliche und repräsentative Vertretung der LDP für Groß-Hessen hauptamtlich" zu übertragen.[45] Fertsch blieb damit zwar formell erster Vorsitzender der Partei, trat aber am 21. Juni 1946 verärgert von diesem Amt zurück.[46] Euler führte die Geschäfte des Landesverbandes zunächst ein Jahr lang von seiner vorläufig errungenen Machtposition aus; erst auf dem Marburger Parteitag am 20./21. Juni 1947 wurde er offiziell zum Landesvorsitzenden gewählt.[47]

Die politischen Hintergründe dieses Führungswechsels, die in der Diskussion auf dem Gießener Parteitag auch nicht mit einem Wort angesprochen wurden und deren sich einige Delegierte – wie die Einstimmigkeit bei dem entsprechenden Beschluß zeigt – offenkundig nicht bewußt waren, traten erst in der Folgezeit in ganzer Schärfe hervor. Der erste Bereich, in dem unter Eulers Führung eine Kursänderung vollzogen wurde, war das Verhältnis der hessischen LDP zur Berliner „Reichsparteileitung": Während Fertsch deren treuester Gefolgsmann in den westlichen Besatzungszonen gewesen war, schwenkte Euler auf die Anti-Berliner-Linie der DVP Württemberg-Baden ein, ja, er entwickelte sich zum schärfsten westdeutschen Kritiker der LDP-Politik in der SBZ.[48] Zugleich rückte der mit der DVP sympathisierende Marburger Bleek in die zweite Position nach Euler auf und behauptete sie auch in den folgenden Jahren. Die Vermutung liegt nahe, daß es beim Sturz von Fertsch nicht zuletzt über die Frage des Verhältnisses zu den Berlinern zu einer Koalition zwischen den linksliberalen, den Württembergern nahestehenden Kreisen und der rechtsorientierten Euler-Gruppe und damit zu einem so einhelligen Votum für den Führungswechsel gekommen ist.

Während in der Haltung gegenüber der Berliner LDP eine völlige Kehrtwendung vollzogen wurde, vertrat die neue Parteiführung hinsichtlich der grundsätzlichen Standortbestimmung der hessischen Liberalen im wesentlichen jene Positionen, die partiell bereits in den Vorstellungen des Frankfurter Gründerkreises und dann später in der Landesverbandspolitik angelegt gewesen waren. Daß auch hier die Unterschiede nicht allein graduell waren, sondern im Juni 1946 ein einschneidender Wandel einsetzte, wurde daher zunächst weniger in den politischen Stellungnahmen der Parteiführung als vielmehr im personellen Bereich deutlich. Von Ausnahmen wie Bleek abgesehen wurden in Partei und Fraktion Anhänger von Fertsch und ehemalige Linksliberale zunehmend durch

44 Jedenfalls trat Euler an Stelle des seinerzeit auf dem Frankfurter Gründungsparteitag in dieses Amt gewählten Friedrich Schönwandt aus Kassel in dieser Funktion in Gießen auf, obwohl in den Berichten über die beiden zwischenzeitlich abgehaltenen Parteikonferenzen am 16. 2. 1946 in Gießen und am 23. 3. 1946 in Frankfurt eine Neuwahl des zweiten Vorsitzenden nicht erwähnt wird, vgl. Frankfurter Rundschau Nr. 15 v. 22. 2. 1946 u. Nr. 25 v. 29. 3. 1946.

45 Bericht über d. LDP-Landesparteitag in Gießen am 1. 6. 1946, S. 2 (NL Fertsch Akte LDP-Korrespondenz). Vgl. auch Luckemeyer, Liberale in Hessen, S. 132f.

46 Schr. v. Fertsch an d. LDP-Vorstand v. 21. 6. 1946 (NL Fertsch Akte LDP-Korrespondenz).

47 Vgl. d. Schr. v. Fritz Reiffenstein an Fertsch v. 18. 5. 1947 nebst Anlagen (ebd.) u. d. Bericht über d. Marburger Parteitag in: LDP-Kurier Nr. 46/47 v. 30. 6. 1947.

48 Dazu ausführlich unten S. 269ff. u. 287ff.

neue, dem Euler-Kurs verbundene Kräfte ersetzt.[49] Gemeint sind damit nicht in erster Linie jene früheren DVP-Mitglieder wie Max Becker oder Fritz Catta, die bei aller engen Zusammenarbeit mit Euler doch nie einen Zweifel an ihrer dezidiert liberalen Grundeinstellung aufkommen ließen, sondern Politiker wie der ebenfalls aus der DVP stammende frühere Präsident des Reichslandbundes Karl Hepp[50] oder der als Futtermittelhändler der Landwirtschaft ebenso eng verbundene ehemalige Deutschnationale Heinrich Faßbender[51]. Gerade sie waren nicht nur die entscheidenden Stützen von Eulers Rechtskurs, sie prägten zugleich den sozialen Charakter des hessischen Landesverbandes immer stärker in Richtung auf eine agrarische Interessenpartei.[52]

Sein Verständnis der Rolle einer liberalen Partei im Nachkriegsdeutschland legte Euler, der intern gegenüber geeigneten Gesprächspartnern schon früher kaum Zweifel an seiner Zielsetzung gelassen hatte[53], in aller Klarheit erstmals anläßlich der Kommunalwahlen im April 1948 unter der bezeichnenden Überschrift „Die Rechtspartei" im Parteiorgan *LDP-Kurier* dar.[54] Den Ausgangspunkt seiner Ausführungen bildete die These, daß vor 1933 im Kampf gegen den antidemokratischen „Kollektivismus" der Kommunisten und der Nationalsozialisten ausnahmslos alle demokratischen Parteien versagt hätten, Sozialdemokraten und Deutschnationale durch dessen „ideologische Begünstigung", die Mittelparteien durch ihre „laue Unentschlossenheit" und „Zersplitterung". Die LDP habe daraus „im Gegensatz zur SPD [...] den Schluß gezogen, daß völlig neu angefangen werden müßte und daß es eine Identifizierung mit irgendwelchen Parteien und ihren Überlieferungen aus der Zeit vor 1933 nicht geben dürfe. Die LDP wird deshalb mit immer neuer Entschiedenheit verkünden, daß sie eine völlig neue Partei ist, daß die Vergangenheit nur den Anschauungsunterricht darüber gibt, wie man es nicht machen dürfe und welche Fehler zu vermeiden sind."

Zudem habe sich, so fuhr Euler fort, die Ausgangssituation für eine liberale, nämlich antikollektivistische Partei mit der „größten Katastrophe Deutschlands" insofern grundlegend geändert, als die nationalsozialistische Form des Kollektivismus „darin ihr Ende gefunden" habe. Dagegen bestehe „die andere Form des Kollektivismus, die marxistisch-sozialistische", fort und bilde „eine umso größere Gefahr für die Wiederbegrün-

49 Vgl. zu diesem personellen Austausch auch d. Schrr. v. Fritz Reiffenstein u. Kurt Weidner an Fertsch v. 18. 5. bzw. 15. 7. 1947 (NL Fertsch Akte LDP-Korrespondenz). Vereinzelt kam es auch zu demonstrativen Parteiaustritten, z.B. des Frankfurter Mitgliedes des LDP-Verfassungsausschusses, Weinhausen, der die Partei mit der Begründung verließ, sie werde „von reaktionären Kräften beherrscht" und habe „das Erbe der früheren Rechtsparteien" angetreten, Frankfurter Rundschau Nr. 99 v. 19. 11. 1946.

50 Handbuch des Deutschen Bundestages, 2. Wp., S. 364.

51 Ebd., S. 330. Faßbender war später, von 1966–1969, Fraktionsvorsitzender der NPD im hessischen Landtag.

52 Hierzu auch instruktive Einzelheiten über die spätere intensive Kooperation von LDP und hessischem Bauernverband bei Luckemeyer, Liberale in Hessen, S. 166ff.

53 Vgl. sein Schr. an Wilhelm Heile v. 8. 5. 1947 (BA NL Heile Bd. 119): „Der Gedanke der Freiheit wird sich in Deutschland nur durchsetzen, wenn eine liberale Partei erwächst, die das Sammelbecken aller nicht sozialistischen Kräfte wird."

54 LDP-Kurier Nr. 13 v. 29. 3. 1948.

dung von Recht und Freiheit in Deutschland", nicht zuletzt weil sie auch noch von den „christlichen Sozialisten" oder – wie der LDP-Vorsitzende an anderer Stelle formulierte[55] – „einer halb oder dreiviertel sozialistischen CDU" unterstützt werde. „‚Rechts' und ‚links' im neuen Sinne", in Absetzung von den Positionsbestimmungen der Vergangenheit zu definieren, sei deshalb notwendig.

In diesem Sinne sei die LDP, so Eulers Schlußfolgerung, als „entschiedene Gegnerin jeder Art von Kollektivismus und Sozialismus [...] seit zwei Jahren im neuen Parteisystem die Rechtspartei. Wenn von manchen Seiten heute eine Rechtspartei gefordert wird, so läßt sich dem gegenüber nur sagen: Öffnen Sie die verschlafenen Augen, die Rechtspartei ist schon lange da." Wer heute die Gründung einer neuen Rechtspartei betreibe, zersplittere nur die Kräfte, „die ihre Hauptaufgabe darin sehen sollten, der heute von links ausgehenden Gefahr des Kollektivismus und des Zuchthausstaates zu begegnen". Er stelle entweder den persönlichen Ehrgeiz über alles, oder aber er erstrebe, so formulierte Euler abschließend als Abgrenzung von rechtsradikalen Tendenzen, „die Wiedererrichtung einer Partei des nationalistischen Kollektivismus", die es „in Deutschland nicht wieder geben" dürfe.

Bei der Interpretation dieser Ausführungen wird man zunächst zweierlei bedenken müssen: Zum einen mag manche übergroße Schärfe der Formulierung wie auch die ganz einseitige Betonung des Kampfes gegen Sozialismus und Kollektivismus ihre Erklärung in der Wahlkampfsituation finden; zum anderen war Eulers dezidierte Einordnung der LDP auf der rechten Seite des Parteienspektrums teilweise auch eine Antwort auf den von der Nationaldemokratischen Partei[56] im Februar 1948 erhobenen Vorwurf, auch und gerade die hessischen Liberalen würden letztlich mit den sozialistischen Kräften zusammenarbeiten, nicht sie, sondern die NDP sei daher in Wahrheit die einzige Rechtspartei.[57]

Daneben enthielt Eulers Artikel eine Reihe von Elementen, die bereits in den Vorstellungen der Frankfurter Parteigründer zu finden gewesen waren. Trotz allem ist nicht zu übersehen, daß diese Elemente in dem Zusammenhang, in den sie von Euler gestellt wurden, eine ganz neue

55 Ebd. Nr. 17 v. 22. 4. 1948.

56 Die NDP war im September 1945 im Kreis Friedberg von dem ehemaligen Abgeordneten des Hessischen Landbundes im Landtag des Freistaates, Heinrich Leuchtgens, gegründet worden; sie verstand sich als Sammelbecken der Rechten mit einem betont antisozialistischen und föderalistischen Programm, vgl. Frankfurter Rundschau Nr. 17 v. 26. 9. 1945. Die Parteigründung blieb jedoch zunächst ohne nennenswerte Resonanz. Es gelang der NDP weder, eine landesweite Lizenz von der Militärregierung zu erhalten, noch, bei den Wahlen des Jahres 1946 irgendeinen Erfolg zu erzielen. Erst im Vorfeld der Kommunalwahlen vom 25. 4. 1948 erlebte sie mit einer hemmungslosen Propaganda gegen die Entnazifizierung und unter Verwendung nationalistischer Parolen einen beträchtlichen Aufschwung, wobei auch eine ganze Reihe ehemaliger Nationalsozialisten in die Partei eintrat und teilweise führende Positionen erhielt. Bei den Wahlen konnte die NDP dann – insofern bestätigten sich die Befürchtungen, die Eulers Artikel zugrundelagen – 71 000 Stimmen gewinnen; in Wiesbaden wurde sie mit einem Stimmenanteil von 24,4% sogar drittstärkste Partei. Vgl. zur NDP Schön, Nationalsozialismus, S. 207f., u. bes. Tauber, Eagle and Swastika, Bd. 1, S. 71ff.

57 Ebd., S. 73.

Qualität erhielten. Bei aller Hervorhebung des Neuen, das mit der Bildung der LDP geschaffen worden sei, und bei aller Betonung des bürgerlichen Sammlungsgedankens war in den frühen Frankfurter Stellungnahmen doch immer noch deutlich geworden, daß die Grundlage der LDP-Politik die Ideen des deutschen Liberalismus in seinen beiden Spielarten waren und daß der Kern der Partei aus Mitgliedern und Anhängern der beiden früheren liberalen Parteien bestand. Anders formuliert: Indem die LDP von liberalen Grundpositionen ausging, blieb ihr angesichts der Mehrheit von Kommunisten und Sozialdemokraten sowie der Haltung der partiell mit ihnen kooperierenden CDU kaum ein anderer Weg, als die antisozialistische Stoßrichtung ihrer Politik herauszustellen und sich auf der rechten Seite des Parteienfeldes einzuordnen. Dagegen drohte diese Ziel-Mittel-Relation bei Euler zu verschwimmen, wenn nicht gar umgekehrt zu werden.

Seine Konzeption wurde immer ausschließlicher von dem Willen geprägt, die LDP durch den bedingungslosen Kampf gegen Sozialismus und Kollektivismus und einen Kurs der totalen Opposition zur stärksten bürgerlichen Kraft aufsteigen zu lassen. Euler verteidigte seinen Standpunkt damit, „daß er nur so in der Lage wäre, bei der in den bäuerlichen Kreisen Hessens herrschenden Mentalität den Abmarsch in die national-demokratischen oder Rechtsparteien aufzuhalten. So sei es ihm gelungen, nicht nur die entsprechenden Wahlergebnisse zu erzielen, sondern auch die Leute mehr und mehr an ein liberales und demokratisches Denken zu gewöhnen. Dieser Prozeß werde bewußt von ihm fortgesetzt."[58] Doch wurde dabei die antisozialistische Komponente in einem solchen Maße überbetont, ja verabsolutiert, daß die LDP unter Eulers Führung in der Gefahr stand, den Gesamtzusammenhang liberaler Politik aus den Augen zu verlieren. Diese Tendenz spiegelte sich unter anderem in Eulers radikaler Ablehnung jeder Orientierung aktueller Politik an organisatorischen Formen und politischen Ideen der Vergangenheit, die eben auch jede Anknüpfung an Traditionen des Liberalismus ausschloß. Nicht zuletzt aber gab es für ihn, indem die antisozialistische Zielsetzung sich aus dem Geflecht liberaler Grundvorstellungen zu lösen begann, keine klare Grenze mehr zu Kräften, die nur in diesem Punkt mit der LDP-Politik übereinstimmten, im übrigen jedoch eine ganz und gar andere, in vielen Fällen antidemokratische Linie verfolgten.

Daß Euler in der Tat – zumindest zeitweise – bereit war, jene Grenze zu überschreiten, zeigte sich im Juli 1949. Für die erste Bundestagswahl schlossen die hessischen Liberalen ein Wahlabkommen mit der Nationaldemokratischen Partei. Acht NDP-Politiker erhielten Plätze auf der FDP-Landesliste, darunter deren Vorsitzender Leuchtgens den sicheren vierten Listenplatz.[59] Daß diese Kräfte nichts weniger im Sinn hatten als die

58 Schr. v. Hermann Schäfer an Hans Albert Kluthe v. 19. 2. 1949 (BA NL Kluthe Bd. 40 Bl. 233). Schäfer kommentierte diese Äußerungen, die Euler ihm gegenüber am Rande einer FDP-Bundesvorstandssitzung gemacht hatte, mit den Worten: „Er ist für meine Begriffe etwas schillernd."

59 Deutscher Kurier Nr. 28 v. 16. 7. 1949; Tauber, Eagle and Swastika, Bd. 1, S. 98ff.

Schaffung eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates – Leuchtgens brach bezeichnenderweise sofort nach seinem Einzug in den Bundestag alle Verbindungen zur FDP ab und schloß sich der „Nationalen Rechten" an[60] –, schien den nicht zu stören, der wie Euler liberale Politik auf die Formel „Kampf dem Marxismus" reduzierte und für den es bei der ersten Bundestagswahl „keine andere Entscheidung als die gegen oder für den marxistischen Sozialismus" gab.[61]

c) Bayern

Das Land der amerikanischen Zone, wenn nicht gar der westlichen Besatzungszonen überhaupt, mit der schwierigsten Ausgangssituation für eine liberale Parteigründung war zweifellos Bayern. Bereits seit sich nach der Reichsgründung im Zuge des Kulturkampfes ein katholisch-konservatives, im wesentlichen vorindustriell geprägtes Sozialmilieu ausgebildet und auch zu eigenständiger politischer Vertretung gefunden hatte, sah sich der 1871 eben erst zur stärksten parteipolitischen Kraft aufgestiegene Liberalismus gerade hier, in diesem in weiten Teilen katholisch und zugleich agrarisch dominierten Land in einer massiven und unaufhaltbaren Abwärtsentwicklung begriffen.[1]

Die sozialen und wirtschaftlichen Strukturbedingungen, die diese zunehmende Randexistenz der Liberalen in der politischen Szene Bayerns gefördert hatten, waren auch nach 1945 in vielen Regionen des Landes in ihrem Kern noch erhalten. Nach wie vor war Bayern das deutsche Land mit dem höchsten katholischen Bevölkerungsanteil; auch die hier besonders zahlreich zugewanderten Vertriebenen[2] vermochten dieses Übergewicht nur geringfügig von 74,0% im Jahre 1925[3] auf 71,8% 1950[4] zu vermindern, wenngleich in einzelnen Regierungsbezirken durchaus konfessionelle Verschiebungen eintraten, die besonders zusammen mit der Konzentration der Vertriebenen auf dem flachen Land[5] erhebliche soziale Spannungen und entsprechende Auswirkungen auch auf den parteipolitischen Bereich erwarten ließen. Zugleich zählte Bayern immer noch zu

60 Ebd., S. 100.
61 Deutscher Kurier Nr. 28 v. 16. 7. 1949.

1 Vgl. bes. Thränhardt, Wahlen, S. 48ff. Zu den sozialen und politischen Hintergründen des Kulturkampfes in Bayern jetzt auch Christa Stache, Bürgerlicher Liberalismus und katholischer Konservativismus in Bayern 1867–1871. Kulturkämpferische Auseinandersetzungen vor dem Hintergrund von nationaler Einigung und wirtschaftlich-sozialem Wandel, Frankfurt am Main/Bern 1981.
2 1950 lag Bayern mit einem Vertriebenenanteil von 21,1% nach Schleswig-Holstein und Niedersachsen an dritter Stelle der westdeutschen Länder; vor allem durch die katholischen Sudetendeutschen bestand jedoch in der Konfessionsverteilung ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den Vertriebenen und der einheimischen Bevölkerung. Vgl. Bauer, Flüchtlinge, S. 26f.
3 Milatz, Wähler und Wahlen, S. 79.
4 Statistik der Bundesrepublik Deutschland 35, 1952, H. 2, S. 10ff.
5 So fiel in Niederbayern der katholische Anteil von 98% 1939 auf 88% 1950; 74% der Flüchtlinge gegenüber nur 55% der einheimischen Bevölkerung lebten 1946 in Gemeinden unter 4000 Einwohner. Bauer, Flüchtlinge, S. 27f.

jener Gruppe von Ländern, in denen der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Erwerbspersonen (37,2% im Jahre 1946) den der in der Industrie Beschäftigten (33,6%) überstieg.[6] Industrielle Ballungsräume bestanden lediglich in den Regionen Augsburg, München und Nürnberg sowie im äußersten Norden des Landes; der entscheidende Strukturwandel Bayerns zur ausgeprägten Industriegesellschaft war erst ein Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg.[7]

In dem eng begrenzten, durch die politisch dominierenden Kräfte der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes einerseits und die Sozialdemokratie andererseits gesetzten Rahmen haben die Nationalliberalen, die Deutsche Volkspartei, nach der Revolution 1918/19 kaum mehr Fuß fassen können – selbst als die Partei 1920 im Reich mit einem Stimmenanteil von 13,9% ihr bestes Ergebnis erzielte, kam sie in Bayern nur auf 4,4%. Günstiger waren die Wahlresultate bis gegen Ende der zwanziger Jahre – wenngleich oft bis zu 50% unter dem Reichsdurchschnitt der Partei liegend – für die Linksliberalen.[8] Zudem konnte speziell die DDP in den beiden Regierungsbezirken mit einer evangelischen Mehrheit, in Mittel- und Oberfranken, auch einige signifikante Hochburgen vorweisen; die Wähler, die die Linksliberalen in einzelnen rein evangelischen Kreisen 1919 sogar zur stärksten Partei gemacht hatten, waren allerdings schon seit 1920 in bemerkenswertem Umfang zu den Deutschnationalen und später zu den Nationalsozialisten abgewandert.[9]

Der Prozeß einer liberalen Parteigründung kam daher 1945 in Bayern nur sehr schwerfällig und mit regional erheblich differierender Intensität in Gang. Das Zentrum lag zunächst in Mittelfranken, wo als erste liberale Kreispartei die „Deutsche Demokratische Partei" in Nürnberg am 3. November 1945 gleichzeitig mit SPD, KPD und CSU ihre Zulassung erhielt. Wie schon im Namen anklingt, hatte sich hier um den aus einer alten linksliberalen Familie stammenden Zahnarzt Fritz Linnert[10] ein etwa 20köpfiger Gründerkreis zusammengefunden, dessen Mitglieder vor 1933 fast ausnahmslos der DDP angehört hatten, in deren Tradition sie sich nun wieder bewußt stellten. Von vornherein war dieser DDP-Kreis auch in den lokalen politischen Wiederaufbau einbezogen und dann im Januar 1946 bei der Bildung eines städtischen Beirats mit drei Vertretern berücksichtigt worden.[11] Teils von Nürnberg aus inspiriert, teils aus eigener Initiative formierten sich ebenfalls noch vor Jahresende gleichartig zusammengesetzte und ausgerichtete Gruppen in mehreren

6 Die Daten nach Kock, Bayerns Weg, S. 110f.
7 Vgl. die treffende Skizze der politisch-sozialen Grundzüge Bayerns bei Mintzel, CSU, S. 47ff.
8 Thränhardt, Wahlen, S. 133f.
9 Ebd., S. 152ff. u. 164ff., sowie Milatz, Wähler und Wahlen, S. 79f. u. 93. Zur liberalen Parteientwicklung in Bayern vgl. im übrigen Reimann, Liberalismus, S. 165–194.
10 Zu seiner Person vgl. Mauch, Bayerische FDP, S. 15 u. 136.
11 Ebd., S. 15.

Städten und Kreisen der Umgebung[12], so daß weite Teile Mittelfrankens schon Anfang 1946 wieder mit einem ersten Netz liberaler Parteistützpunkte überzogen waren.

Zeitlich, in der Struktur der Gründerkreise und in der Anknüpfung an die Weimarer DDP vergleichbar verlief die Entwicklung im übrigen nur noch in einigen Städten Oberfrankens. An der Spitze, sowohl vom Zeitpunkt her als auch von der Zahl der später gewonnenen Wählerstimmen, stand die „Demokratische Partei" Coburg, die diese Position auch der Unterstützung aus der parteipolitisch bereits weiter fortgeschrittenen SBZ verdankte.[13] Hinzu kamen bis zum Jahresende noch liberale Gruppen in Bayreuth, Hof und Kulmbach sowie schließlich in dem für eine liberale Partei nicht eben günstigen, katholisch-konservativ geprägten Bamberg, wo die relativ frühe Parteigründung nicht zuletzt der persönlichen Initiative des späteren Landesvorsitzenden Thomas Dehler zu verdanken war.[14] Dehler[15], schon seit der Revolution 1918/19 Mitglied der DDP und höchst aktiver Jungdemokrat, hatte 1930 in Bamberg den örtlichen Vorsitz der Linksliberalen übernommen; nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes wirkte Dehler, der in den Jahren der Unterdrückung zwar keinen direkten Verfolgungen ausgesetzt gewesen war, aber Kontakte zu Widerstandskreisen in Berlin und Hamburg unterhalten hatte[16], sogleich wieder am politischen Wiederaufbau mit – zunächst einige Monate lang als Landrat in Bamberg, dann seit Ende 1945 als Generalstaatsanwalt für Oberfranken. Für den parteipolitischen Neubeginn soll er anfangs an eine bürgerliche Sammlungspartei gedacht haben – angesichts des in Bamberg dominierenden politisch-sozialen Milieus eine nüchtern zu erwägende Alternative; erst als ihn Nachrichten über die Bildung liberaler Gruppierungen im traditionellen Sinne in anderen fränkischen Städten erreichten, soll er auf diese, ihm sicher von seiner eigenen politischen Herkunft und Grundhaltung näherstehende Linie eingeschwenkt sein.[17] Als einer ihrer engagiertesten Fürsprecher hat er sich dann bald auf der Landesebene und darüber hinaus profiliert.

Völlig unübersichtlich waren dagegen lange Zeit die Verhältnisse in der bayerischen Landeshauptstadt; mehrere verschiedene Kreise liberaler Provenienz sollen hier eine Parteigründung betrieben haben.[18] Obwohl auch in den meisten von ihnen ehemalige DDP-Mitglieder maßgeblich vertreten waren[19], blieb in München ein geschlossenes und die

12 Ebd., S. 15f. Vgl. auch d. Schr. d. Vorsitzenden d. DP Schwabach, Herbert J. Schmauser, an Richard Pflaum v. 27. 11. 1945 (FNS NL Dehler Fs. 1).
13 Mauch, Bayerische FDP, S. 17. Die Lokalstudie von Beyersdorf, Militärregierung, stützt sich hinsichtlich dieses Vorgangs ganz auf Mauch.
14 Mauch, Bayerische FDP, S. 17f.
15 Zu seiner Biographie jetzt v.a. Henning, Dehler, S. 239–257, sowie einzelne Beiträge der von Wolfram Dorn und Friedrich Henning hrsg. Gedenkschrift: Thomas Dehler.
16 Vgl. Benz, Widerstandsgruppe, bes. S. 440f.
17 So Mauch, Bayerische FDP, S. 17.
18 Mauch spricht, ebd., S. 19, von sechs differierenden Gruppierungen, in einem amerikanischen Bericht, abgedruckt bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), Befreiung und Besatzung, S. 230, ist sogar von vierzehn Zirkeln die Rede.
19 Mauch, Bayerische FDP, S. 19.

Parteibildung dominierendes Vorgehen von ihrer Seite aus. Vielmehr entschied sich ein Teil der Linksliberalen wegen der geringen Wählerbasis ihrer alten Partei, „die demokratischen Ideale und Kräfte in eine neu zu bildende große Sammelpartei einzubringen"[20] und den Anschluß an die in Gründung befindliche CSU zu suchen.[21] Und als schließlich die Liberalen Ende November 1945[22] ihre Münchener Kreispartei konstituierten, war an ihr auch eine Gruppe „junger, nationalistisch ausgerichteter Männer" um Karl Meißner und Julius Höllerer beteiligt, die im Frühjahr 1946 nach einem gescheiterten Versuch, die Führung an sich zu reißen, die Partei verließ und zur Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung überwechselte.[23] Es war deshalb nur folgerichtig, daß die Münchener Partei auch mit ihrem Namen nicht an die DDP-Tradition anknüpfte, sondern sich – wahrscheinlich in Anlehnung an die Schwesterorganisation in der SBZ – als „Liberal-Demokratische Partei" bezeichnete; ferner fehlte in ihren Aufrufen zunächst teilweise ein eindeutiges Bekenntnis zur marktwirtschaftlichen Ordnung und die Forderung nach der christlichen Gemeinschaftsschule[24], jene beiden Programmpunkte also, die nach 1945 in aller Regel die zuverlässigsten distinktiven Merkmale zwischen einer liberalen Partei und ihrer politischen Konkurrenz bildeten.

Neben den bereits genannten lokalen Gründungen konnten die Liberalen bis zur Jahresmitte 1946 vor allem in den nichtfränkischen Landesteilen kaum auf weitere Stützpunkte zurückgreifen: in Unterfranken, Niederbayern und Schwaben nur auf jeweils eine Kreispartei, in der Oberpfalz und in Oberbayern außer München auf je zwei lokale Initiativen.[25] Diese desolate Lage führte nicht nur zu einem bemerkenswert schlechten Abschneiden bei den ersten Kommunalwahlen im Januar, April und Mai 1946, in denen die Liberalen über einen Stimmenanteil von 1,5% nicht hinausgelangten[26], sondern hatte ebenso eine monatelange Verzögerung der Lizenzerteilung auf der Landesebene zur Folge. SPD und CSU erhielten ihre Zulassungen als Landesparteien am 8. Januar 1946, neun Tage später wurde auch die KPD lizenziert[27], wobei die amerikanische Militärregierung wie schon zuvor auf der unteren Ebene die Genehmigungen für die Sozialdemokraten und Kommunisten so lange

20 Edgar Hanfstängl, in: Süddeutsche Zeitung v. 25. 12. 1945, zit. nach Thränhardt, Wahlen, S. 217; vgl. auch Chronik der Stadt München, S. 103.
21 Schr. v. Richard Pflaum an Herbert J. Schmauser v. 3. 12. 1945 (FNS NL Dehler Fs. 1).
22 Mauch, Bayerische FDP, S. 22, nennt als Datum der Gründungsversammlung den 30. 11. 1945, Thränhardt, Wahlen, S. 215, als Lizenzierungstag den 27. 11. 1945, die Chronik der Stadt München, S. 110, schließlich als Tag der Zulassung den 4. 12. 1945, was sich aber wohl lediglich auf die Pressemeldung bezieht, die von diesem Tag datiert.
23 Mauch, Bayerische FDP, S. 19ff.; vgl. auch Winge, Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung, bes. S.19, sowie zuletzt Woller, Loritz-Partei, hier S. 34f.
24 Einladungsflugblatt d. LDP München f. d. erste öffentliche Kundgebung am 13. 1. 1946 (FNS NL Dehler Fs. 1).
25 Mauch, Bayerische FDP, S. 22f. Vgl. auch den d. Lizenzierungsschr. d. amerikanischen Militärregierung v. 15. 5. 1946 anhängenden Verteiler d. Münchener Geschäftsstelle (FNS NL Dehler Fs. 1). Speziell zu dem für die Liberalen weitgehend unzugänglichen unterfränkischen Raum jetzt Spitznagel, Wähler und Wahlen.
26 Thränhardt, Wahlen, S. 353.
27 Ebd., S. 218.

verzögert hatte, bis auch die CSU-Gründung weit genug vorangeschritten war.[28]

Zu diesem Zeitpunkt waren allerdings von den bayerischen Liberalen noch keine Vorbereitungen für den Antrag auf landesweite Lizenzierung getroffen worden. Obwohl über die lokale Ebene hinausgehende Kontakte vereinzelt bereits seit dem Frühjahr 1945 bestanden und aufrechterhalten worden waren, begannen nämlich die Koordinierungsbemühungen erst am 3. Februar 1946 mit einer Tagung fränkischer und Münchener Liberaler in Nürnberg, auf der u.a. ein vorläufiger Landesvorstand mit Thomas Dehler an der Spitze gewählt wurde.[29] Als nächster Schritt schlossen sich am 10. März in Bamberg die Kreisparteien im liberalen Kerngebiet zu einem „Bezirksverband von Mittel- und Oberfranken" zusammen. Bei dieser Gelegenheit wurde erneut die Dringlichkeit der Konstituierung als Landespartei betont und die Anmeldung bei der Militärregierung für die zweite Märzhälfte in Aussicht genommen.[30] Es vergingen jedoch nochmals zwei Monate, bis die bayerischen Liberalen am 15. Mai 1946 die Genehmigung für ihre Betätigung auf Landesebene in Empfang nehmen konnten.[31] Mit der ersten ordentlichen Landesversammlung in Nürnberg am 30. Mai 1946, auf der Dehler endgültig zum Vorsitzenden gewählt wurde, konnte schließlich der Konstituierungsprozeß der Partei abgeschlossen werden[32], wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß auch zu diesem Zeitpunkt die organisatorische Durchdringung des Landes noch in den Anfängen steckte.

Die mehrmonatige Verspätung der liberalen Landesorganisation wurde, nachdem zunächst bis in den März hinein die Partei selber nicht in der Lage gewesen war, die für eine landesweite Zulassung notwendigen Schritte zu gehen, zuletzt durch die zögernde Haltung der Militärregierung verursacht. Von einer planmäßigen Benachteiligung einer liberalen Parteigründung durch die Besatzungsmacht – sei es aus Sympathie mit den früher lizenzierten Parteien, sei es aus der Absicht, ein Zwei- oder Dreiparteiensystem zu fördern – kann jedoch auch in diesem Fall nicht gesprochen werden. Entscheidend war vielmehr, daß die Liberalen durch die unübersichtliche Situation in der Münchener LDP und ihre allgemeine organisatorische Schwäche das Bild einer bloßen Splitterpartei boten, somit also aus der Sicht der Militärregierung lange Zeit die Voraussetzungen für eine Zulassung auf Landesebene fehlten.[33]

Die schwache Position der liberalen Kräfte in Bayern blieb schließlich auch nicht ohne Auswirkungen auf ihre Namenswahl und die von ihnen

28 Niethammer, Amerikanische Besatzungsmacht, S. 192; ders., Entnazifizierung, S. 227.
29 Mauch, Bayerische FDP, S. 23.
30 Bericht über die Bezirkstagung von Mittel-und Oberfranken in Bamberg am 10. 3. 1946, S. 1 u. 3 (FNS NL Dehler Fs. 1); vgl. auch Mauch, Bayerische FDP, S. 24.
31 Ebd., S. 24; vgl. auch d. Lizenzierungsschr. d. amerikanischen Militärregierung v. 15. 5. 1946 (FNS NL Dehler Fs. 1); d. engl. Fassung abgedruckt bei Mauch, Bayerische FDP, S. 118ff.
32 Ebd., S. 24.
33 Ebd., S. 24, nennt Mauch zwar auch die hier betonten Ursachen, geht aber insgesamt von einem stärker parteispezifischen Mißtrauen der Militärregierungsinstanzen aus.

vertretene Parteikonzeption. Noch im März 1946 sprachen sich nur einzelne Ortsgruppen für die Namen „Demokratische Volkspartei" oder „Freie Demokratische Partei" aus, während eine deutliche Mehrheit entsprechend der zumeist linksliberalen Vergangenheit der bayerischen Parteigründer für die traditionelle Bezeichnung DDP plädierte.[34] Der Lizenzantrag wurde wenige Wochen später jedoch unter dem Namen FDP eingereicht. Offenkundig sahen die Bayern keine Chance, einen von den in den anderen Ländern und Zonen eingeführten Bezeichnungen abweichenden Namen offensiv vertreten und langfristig durchsetzen zu können, sondern suchten in Erwartung einer Unterstützung ihrer eigenen Parteientwicklung den Anschluß an stärkere Bataillone.

Für den Namen der Schwesterpartei in der SBZ war keine breite Mehrheit zu finden, da bei vielen bayerischen Liberalen gegen eine Anlehnung an die LDP Bedenken aus Sorge vor einem Berliner Zentralismus bestanden und deren Name zudem durch die Münchener Vorgänge diskreditiert erschien. Ebenso schieden sich die Geister an der extrem föderalistischen Politik der DVP Württemberg-Baden, wobei noch hinzutrat, daß diese aus einer Art selbstgewählten Isolation heraus auch selber die Gelegenheit versäumte, Einfluß auf die Partei des Nachbarlandes zu gewinnen.[35] So stimmten die Bayern schließlich für die Übernahme der in Norddeutschland gewählten Bezeichnung und für den allerdings nur verbalen „organisatorischen Zusammenschluß" mit der FDP der britischen Zone; entscheidend war dabei, daß deren Generalsekretär Wilhelm Hermes in der ersten Aprilhälfte zu Sondierungen über einen reichsweiten Zusammenschluß der Liberalen durch Süddeutschland reiste und im persönlichen Gespräch die bayerische Namenswahl beeinflussen konnte. Seine zugkräftigsten Argumente scheinen der vermeintlich hohe Entwicklungsstand der britischen Zonenpartei und die Zukunftsperspektive einer nicht allein von Berlin dominierten Reichspartei gewesen zu sein.[36]

Ein ganz ähnliches Verhalten zeigten die bayerischen Liberalen auch in der Frage der Parteikonzeption. An sich tendierte der Parteivorsitzende Dehler und mit ihm die Mehrheit des Landesverbandes dahin, ihren politischen Standort wie die Württemberger als den einer Mittelpartei zu definieren. Die FDP war jedoch mit ihren vier Mandaten in der Verfassunggebenden Landesversammlung und später ihren neun Sitzen im Landtag bei jeweils insgesamt 180 Abgeordneten angesichts einer absoluten Mehrheit der CSU ein – jedenfalls quantitativ – irrelevanter Faktor in der bayerischen Politik. Zugleich erwiesen sich SPD und CSU bis zum

34 Bericht über d. Bezirkstagung von Mittel- und Oberfranken in Bamberg am 10. 3. 1946, S. 3 (FNS NL Dehler Fs. 1).

35 Zu den bayerischen innerparteilichen Diskussionen über die Zusammenarbeit mit anderen liberalen Landes- und Zonenverbänden sowie zur DVP-Haltung in dieser Frage vgl. auch unten S. 264ff.

36 Bericht über d. Reise d. Zentralvorstandsmitgliedes Hermes in d. amerikanische u. französische Zone, Informationsrdschr. Nr. 122 d. Generalsekretariats d. FDP d. brit. Zone v. 19. 4. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 4); Protokoll über d. Ergebnisse d. Sitzung d. Zentralvorstands d. FDP d. brit. Zone am 23. 4. 1946 in Syke, S. 3 (ebd.). Vgl. auch unten S. 282.

Herbst 1947 in den zentralen politischen Streitfragen als kompromißfähig, während die Liberalen die von dieser Koalition ausgearbeiteten Lösungen teils von „rechts", hinsichtlich der Wirtschaftsordnung, teils von „links", in der Föderalismusproblematik und Kulturpolitik, kritisierten und damit in die Opposition gezwungen waren.[37] Die FDP war also weder von ihrem zahlenmäßigen Gewicht noch von den Inhalten ihrer Politik her in der Lage, eine mit der DVP Württemberg-Baden vergleichbare Vermittlungsfunktion wahrzunehmen und damit ihr politisches Selbstverständnis aus einer solchen Schlüsselrolle zu ziehen. Ihre Sprecher haben sich daher lange Zeit mit grundsätzlichen, von den konkreten Streitfragen abstrahierenden Bestimmungen ihres politischen Standorts zurückgehalten.

Erstmals auf dem Nürnberger Landesparteitag im Oktober 1948 trat der FDP-Vorsitzende Dehler hierzu mit Äußerungen an die Öffentlichkeit, die sich in einer ganz eigentümlichen Weise zwischen den zuvor behandelten, in Württemberg-Baden und Hessen vertretenen Positionen bewegten. Wie für die DVP-Führung war auch für Dehler in seiner Parteitagsrede der Ausgangspunkt, den Liberalismus als die Partei der Mitte zu umschreiben, die sich in einer gleichzeitigen Frontstellung gegenüber dem Sozialismus und dem „politischen Konfessionalismus" befinde. Doch in Abwendung von den in Württemberg daraus gezogenen Schlußfolgerungen erklärte er: „Es geht uns nicht um einen Brückenschlag zwischen den Massenansammlungen des Sozialismus und des konfessionellen Konservatismus, die sich erstarrt gegenüberliegen, sich gegenseitig aufheben und dadurch die Demokratie zu lähmen drohen". Dehler verknüpfte vielmehr das Wort von der Mittelpartei mit der in Hessen propagierten Sammlungsidee: „Wir wollen einen neuen Kraftstrom erschließen, der stark genug ist, diesen Bann dogmatischer Ideologien zu durchstoßen und einen Weg in das Freie echter politischer Gestaltung zu eröffnen. Wir können nicht glauben, daß auf Dauer unser Volk von der Dogmatik der großen Parteien angezogen wird [...]. Die Zeit ist reif für eine starke Bewegung der Mitte. Wir müssen die Menschen sammeln. Es gibt viel mehr Liberale als sich bei uns zusammengefunden haben. Zu viele haben vorzeitig und resigniert den Anschluß nach rechts und links gesucht. Wir müssen sie zurückholen, wir müssen die tragende Phalanx der Freiheit schaffen [...]. ‚Politik der Mitte' heißt nicht Schwäche, sondern heißt Stärkung der Demokratie durch Zusammenfassung der Kräfte und heißt Revolutionierung und Aktivierung der Mitte."[38]

Dehlers Ausführungen müssen zunächst vor dem Hintergrund der Veränderungen gesehen werden, die seit dem Spätsommer 1947 in der politi-

37 Deuerlein/Gruner, Politische Entwicklung, S. 568ff., 573–576 u. 583ff.

38 Thomas Dehler, Die politische Aufgabe der FDP, in: Was will die FDP? Reden von dems. u. Fritzheinrich Curschmann auf d. Landesparteitag 1948 in Nürnberg, o. O. u. J. (München 1948), S. 8f.; vgl. auch Hermann Brandt, Manifestation des Liberalismus, u. Thomas Dehler, Liberalismus – Hoffnung und Aufgabe unserer Zeit, in: Informationsdienst d. FDP-LV Bayern Nr. 51 v. 23./24. 10. 1948, S. 1f. u. 5ff., sowie ders., Liberalismus heute, in: Rheinisch-Pfälzische Rundschau Nr. 98 v. 4. 11. 1948. Zur innerparteilichen Diskussion vgl. d. Protokolle über d. FDP-Landesparteitag am 23./24. 10. 1948 in Nürnberg, S. 1ff. (FNS NL Dehler Fs. 18).

schen Landschaft Bayerns eingetreten waren. Am 15. September hatten die sozialdemokratischen Mitglieder der Staatsregierung ihren Rücktritt erklärt; fünf Tage später war ein neues, allein von der CSU gestelltes Kabinett gebildet worden. Die Auflösung der CSU/SPD-Koalition ging zum einen darauf zurück, daß im Zuge der intensivierten Beziehungen zur SPD-Führung in Hannover der föderalistische Flügel der bayerischen Sozialdemokraten um Wilhelm Hoegner in die Minderheit geraten war, und zum anderen darauf, daß in der CSU im Zusammenhang mit der Politik der „bürgerlichen" Parteien im Frankfurter Wirtschaftsrat die Bereitschaft zu Kompromissen mit den Sozialdemokraten in der Wirtschaftspolitik einer antisozialistischen Linie gewichen war.[39] Aus der Sicht der Liberalen aber wurde mit dem Aufbrechen der Gegensätze zwischen CSU und SPD überhaupt erst der Platz in der Mitte des Parteiensystems freigegeben.

Die zweite gewichtige Veränderung trat im Frühjahr 1948 ein. Am 29. März – wenige Wochen vor den Kommunalwahlen – erhielt die Bayernpartei von der Militärregierung die ihr in den vorangegangenen Jahren stets verweigerte Zulassung auf Landesebene.[40] Die Frist bis zum Urnengang war zu kurz, als daß die noch im Aufbau befindliche BP bereits herausragende Erfolge hätte erzielen können, doch sie deutete immerhin mit ihrem Ergebnis – 2,1% in den Gemeinde- und 8,7% in den Land- und Stadtkreiswahlen – an, daß sie sich zu einer ernsthaften Konkurrentin der bisherigen Mehrheitspartei entwickeln könne. Die Vormachtstellung der CSU wurde ferner durch die Kandidatur von Flüchtlingsgruppen erschüttert, die auf Anhieb 11,8 bzw. 12,6% der Stimmen gewannen, während die Christlich-Sozialen etwa ein Drittel ihrer Stimmen abgeben mußten.[41]

Als dann noch im Gefolge der Währungsreform die Parteiorganisation der CSU weitgehend zusammenbrach und sich mit der „Rebellion" Fritz Schäffers auch innerparteilich das Scheitern des Unionsgedankens, also der überkonfessionellen Sammlung, abzuzeichnen schien[42], wurde allgemein zum Sturm auf die CSU-Bastionen geblasen. Dehlers vehementer Aufruf an die Mitglieder seiner Partei zur politischen Offensive, zur Sammlung der liberalen Mitte war somit in erster Linie ein Versuch, auch die FDP, die sich in den Kommunalwahlen des Frühjahrs nicht hatte verbessern können, von der vermeintlichen Konkursmasse CSU profitieren zu lassen und diejenigen von deren Mitgliedern zu gewinnen, die nicht bereit waren, ein Einschwenken ihrer Partei auf die Schäffer-Linie mitzutragen. Um sie konnte jedoch nur von einer Position der Mitte aus geworben werden, für eine Sammlung der nicht-katholischen Rechten im hessischen Sinne boten die bayerischen Verhältnisse keinen Raum. Erfolg war der liberalen „Offensive" allerdings lediglich in sehr begrenztem

39 Deuerlein/Gruner, Politische Entwicklung, S. 600f.; zu den Auseinandersetzungen in der bayerischen SPD vgl. Behr, Sozialdemokratie, S. 61ff.

40 Zur Bayernpartei jetzt Unger, Bayernpartei, bes. S. 31ff. u. 93ff., sowie Wolf, CSU und Bayernpartei, bes. S. 41ff.

41 Thränhardt, Wahlen, S. 353ff.

42 Mintzel, CSU, S. 222ff. u. 225ff.

Maße beschieden. Selbst Dehler bekannte im April 1949 offen, es sei „nicht zu leugnen: unsere großen Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, der Durchbruch zu einer starken Partei ist uns bisher nicht gelungen."[43] Denn die FDP hatte zwar ihren Stimmenanteil bei der Bundestagswahl im August 1949 für ihre Verhältnisse beträchtlich aufbessern können, doch der ja erheblich weiterreichende Anspruch, den Dehler erhoben hatte, war unerfüllt geblieben. Lediglich in einigen wenigen mittelfränkischen Wahlkreisen gelang es den Liberalen bis zur Mitte der fünfziger Jahre, die CSU zu überflügeln und damit in dieser Region eine ähnliche Rolle zu spielen wie die Bayernpartei in den altbayerischen Gebieten.[44]

Dehlers Rede reflektierte aber nicht nur die 1947/48 in der bayerischen Politik eingetretenen einschneidenden Wandlungen. Sie war ebenso das Resultat der vielversprechenden Möglichkeiten, die sich den Liberalen im Frankfurter Wirtschaftsrat und im Bonner Parlamentarischen Rat als von CDU/CSU und SPD gleichermaßen begehrter Partner eröffneten. Und sie gehörte schließlich in den Kontext der breiten Grundsatzdiskussion, die die westdeutschen Liberalen seit März 1948, seit Eulers Artikel über die „Rechtspartei" über ihren politischen Standort und ihre politische Strategie führten. Dehlers Formel von der Sammlung der liberalen Mitte erscheint hier auf den ersten Blick als der Versuch eines Vertreters der württembergischen Linie, mit rein verbalen Zugeständnissen die gravierenden Gegensätze zuzudecken, die ihn von den Anhängern des Sammlungsgedankens trennen. Zweifellos standen – wie bereits angedeutet – Dehler und die Mehrheit seines Landesverbandes in ihren Grundanschauungen den Württembergern näher; in vielen Fragen, etwa hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Parteien der extremen Rechten, war für sie der hessische oder der nordrhein-westfälische Standpunkt ganz und gar unakzeptabel. Doch auf der anderen Seite befanden sich die bayerischen Liberalen in mancher Beziehung durchaus in einer ähnlichen Situation wie jene Landesverbände, die den Sammlungskurs propagierten. Auch sie waren bestrebt und sahen die Chance, sich endlich zu einer relevanten Kraft in der politischen Szene ihres Landes zu entwikkeln. Auch sie waren auf der Suche nach zündenden Parolen, die die eigenständige, unverwechselbare Position des Liberalismus unterstreichen konnten. Von daher ergab sich in einer Reihe konkreter Fragen, nicht zuletzt der Verfassungspolitik, die zwischen den beiden liberalen Parteiflügeln umstritten waren, eine Übereinstimmung zwischen Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Dehler und sein Landesverband konnten auf diese Weise in einem begrenzten Zeitraum – insbesondere während der Beratungen des Parlamentarischen Rates – eine wichtige Vermittlungsfunktion zwischen den miteinander ringenden Richtungen der westdeutschen Liberalen wahrnehmen.[45]

43 Thomas Dehler: Aufruf an die Verständigen, in: Der Roland Nr. 8 v. April 1949, auch in: Der Freie Demokrat (Kiel) Nr. 14 v. Juni 1949.
44 Vgl. Thränhardt, Wahlen, S. 320f.
45 Hierzu ausführlich unten S. 331 u. 343ff.

d) Bremen

Das Land Bremen ist in mehrfacher Hinsicht nur noch bedingt der amerikanischen Zone zuzurechnen, denn besatzungsrechtlich war es eineinhalb Jahre lang eine „britisch-amerikanische Zwitterkonstruktion"[1], und auch in seiner politisch-sozialen Struktur entsprach es mehr dem umliegenden britischen Besatzungsgebiet. Jedoch wies die starke liberale Tradition der Hansestadt zugleich Parallelen zu den südwestdeutschen Ländern auf.

Zur Sicherung amerikanischer Nachschubverbindungen durch einen eigenen Hafen sollte nach Vereinbarungen vom November 1944 und Februar 1945 das frühere Land Bremen zusammen mit einigen Kreisen der preußischen Provinz Hannover und des Landes Oldenburg eine amerikanische Enklave inmitten der britischen Zone bilden. Der schwerwiegenden administrativen Probleme, die sich sehr bald u.a. aus der gleichzeitigen Zuständigkeit der amerikanischen und britischen Militärregierung ergaben, versuchten die beiden Besatzungsmächte zunächst dadurch Herr zu werden, daß mit einer Übereinkunft vom 10. Dezember 1945 die Landkreise de facto wieder in die britische Zone eingegliedert wurden, während in den Städten Bremen und Wesermünde/Bremerhaven weiterhin amerikanische Detachments – allerdings nach britischem Besatzungsrecht – arbeiten sollten. Erst mit Wirkung vom 1. Januar 1947 wurde eine endgültige Lösung für den Status der Hansestadt gefunden: Bremen und Wesermünde/Bremerhaven wurden als viertes Land zur amerikanischen Zone geschlagen und damit der alleinigen Verantwortung der US-Militärregierung unterstellt.[2] Für die Gründung der Parteien ergab sich aus der komplizierten juristischen Entwicklung der Enklave zum einen, daß ihre Lizenzen teils nach amerikanischem, teils nach britischem Recht erteilt wurden. Zum anderen aber – und diese Auswirkungen waren weit gravierender – entstanden neben den in der Stadt Bremen arbeitenden Parteien in den übrigen Enklavekreisen politische Organisationen, deren Ausrichtung sich an den Verhältnissen der benachbarten Länder orientierte; ihre Existenz wirkte wiederum auf das Parteiensystem Bremens in der Weise zurück, daß sich das bürgerliche Spektrum in einem in anderen Ländern unbekannten Maß aufsplitterte.

Wie auch im übrigen Norddeutschland war in Bremen die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung (84,9%) protestantisch, während lediglich 8,9% sich zur römisch-katholischen Kirche bekannten.[3] Vor 1933 hatte daher auch das Zentrum mit einem Stimmenanteil von 2–3% keine nennenswerte Rolle in der bremischen Politik gespielt.[4] Die Kräfteverhältnisse zwischen den anderen bürgerlichen Parteien wurden entscheidend durch die spezifische wirtschaftliche und soziale Struktur der

1 Dorn, Inspektionsreisen, S. 40.
2 Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 101f. u. 104f., u. Brandt, Antifaschismus, S. 68ff.
3 Statistik der Bundesrepublik Deutschland 35, 1952, H.2, S. 10f.
4 Die Wahlergebnisse nach: 90 Jahre Reichstags- und Bundestagswahlen, S. 38f., u. 110 Jahre Bürgerschaftswahlen, S. 142f.

Hansestadt geprägt: 1925 arbeiteten immerhin 34,2% der erwerbstätigen Bevölkerung im Sektor Handel und Verkehr, der damit eine ähnliche Größe wie der sekundäre Sektor (36,5%) erreichte und doppelt so stark wie im Reichsdurchschnitt (16,9%) ausgebildet war.[5] Gestützt auf das hanseatische Handelsbürgertum hatten die Liberalen bei den Reichstagswahlen bis zu Beginn der dreißiger Jahre jeweils die Mehrheit der bürgerlichen Stimmen auf sich vereinigen können, wobei der Stimmenanteil der beiden liberalen Parteien zumeist das Doppelte des Reichsdurchschnitts betrug. Die traditionell stärkere Kraft war in Bremen mit Ausnahme des Jahres 1919 die nationalliberale Richtung; sie konnte sich hier auch in der Endphase der Weimarer Republik weit besser behaupten als in ihren übrigen Hochburgen, noch bis 1932 gelang es der DVP, ihre Führungsposition im bürgerlichen Lager zu halten.[6] Als Besonderheiten der politischen Verhältnisse in der Weserstadt sind schließlich die relativ geringen Spannungen zwischen DDP und DVP sowie der seit 1928 amtierende Koalitionssenat aus Sozialdemokraten und Liberalen hervorzuheben.[7]

Die verglichen mit anderen deutschen Ländern ungewöhnlich starke Stellung des hansestädtischen Liberalismus wirkte auch über die Gleichschaltung Bremens im März 1933 nach. Auch unter den Bedingungen der Diktatur wurde vielfach die Kommunikation zwischen den liberalen Politikern in Form von Stammtischrunden und anderen Gesprächskreisen aufrechterhalten.[8] Vor allem aber zeigte sich nach der Beseitigung des NS-Regimes eine beachtliche Kontinuität des politischen Engagements im allgemeinen wie auch der Besetzung einflußreicher Positionen in der Exekutive im besonderen.

Die beiden prominentesten noch lebenden liberalen Regierungsmitglieder der Weimarer Zeit, der 1945 72 Jahre alte DDP-Politiker Theodor Spitta, 1911–1933 Senator u.a. für Verfassungsangelegenheiten und lange Jahre ferner Bürgermeister, und der 68jährige Hermann Apelt (DVP), der seit 1917 bis zur Machtergreifung das Ressort Häfen, Schiffahrt und Verkehr verwaltet hatte[9], empfanden es geradezu als selbstverständlich, sich bereits wenige Tage nach der Besetzung Bremens durch alliierte Truppen in die Gespräche über die Regierungsneubildung einzuschalten. Nicht zuletzt durch ihr frühzeitiges Engagement stellten die Liberalen im Nachkriegssenat, der sich am 6. Juni 1945 konstituierte, sechs der zwölf Mitglieder: Neben Spitta und Apelt, die wieder ihre angestammten Ressorts übernahmen, sowie Hermann Wenhold, der 1919–1932 Vorsitzender der DDP-Bürgerschaftsfraktion gewesen war, traten nämlich auch drei der vier parteilosen Senatoren, Andree Bölken,

5 Milatz, Wähler und Wahlen, S. 80f. u. 84, u. Brandt, Antifaschismus, S. 15f.
6 Vgl. auch ebd., S. 24 u. 298. Zur Geschichte des Liberalismus in Bremen vgl. Kastendiek, Liberalismus.
7 Brandt, Antifaschismus, S. 17 u. 20. Zur Endphase der Weimarer Republik in Bremen vgl. Schwarzwälder, Machtergreifung, bes. S. 24ff. u. 49f., sowie Hasenkamp, Bremen und das Reich, S. 29ff., 174ff. u. passim.
8 Vgl. Adamietz, Erstes Kapitel, S. 18f.
9 Peters, Herkunft der Senatoren, S. 189ff.

Gustav Wilhelm Harmssen und Wilhelm Nolting-Hauff, später der liberalen Partei bei.[10]

Die Aktivitäten von Spitta, Apelt und Wenhold beschränkten sich allerdings nicht allein auf die Arbeit im Senat. Bereits im Mai 1945 beteiligten sie sich auch an Besprechungen führender Mitglieder der Handelskammer über die Fragen einer Parteibildung. Während die Mehrheit hierbei zur Formierung einer bürgerlichen Sammlungspartei tendierte, dachten Spitta und Apelt zunächst an eine Überwindung des Gegensatzes bürgerlich-sozialistisch, an eine Partei unter Einbeziehung der Sozialdemokraten und damit an ein Gegengewicht gegen die Kommunisten und die in Bremen besonders aktive Antifa-Bewegung, die „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus". Nach wie vor bestand daneben eine starke Neigung zur Wiedergründung einer linksliberalen Partei nach überkommenem Muster. Diese Überlegungen, die gerade hinsichtlich des erwogenen Zusammengehens mit der SPD stark von der politischen Situation in den ersten Wochen nach der Besetzung geprägt waren, mündeten jedoch wegen des Verbots einer parteipolitischen Betätigung vorläufig nicht in konkrete Vorbereitungen für eine Parteigründung.[11]

Erst nachdem am 19. September 1945 dem Senat die Richtlinien für die Zulassung politischer Parteien übermittelt worden waren und die Lizenzanträge von SPD und KPD schon gestellt waren[12], wurden auch von bürgerlicher Seite entsprechende Schritte unternommen. Nach Vorgesprächen am 1. Oktober – hier hatte Theodor Tantzen jr. über die Bildung der Demokratischen Union im benachbarten Oldenburg referiert[13] – und am 17. Oktober im Hause von Wilhelm Böhmert, der von 1918 bis 1930 DDP-Vorsitzender und kurze Zeit auch Senator gewesen war[14], wurde am 28. Oktober 1945 die „Bremer Demokratische Volkspartei" konstituiert; sie erhielt am 7. Dezember von der Besatzungsmacht ihre Zulassung.[15]

Die BDVP war als bürgerliche Einheitspartei konzipiert: In dem programmatischen Artikel, mit dem die „Volkspartei" am 15. Dezember 1945 im *Weser-Kurier* erstmals an die Öffentlichkeit trat, hieß es dazu, sie sei eine politische Organisation, „die sich nicht auf die Tradition einer einzelnen früheren Partei stützt, sondern als Sammelpartei eine ihrer wesentlichen Aufgaben darin sieht, die Bildung von Splitterparteien zu verhindern und alles zu umfassen, was sich in Bremen zu christlichen,

10 Brandt, Antifaschismus, S. 129ff. Zur personellen Seite der liberalen Parteigründung in Bremen, insbesondere zum Kontinuitätsaspekt, vgl. - auch für das Folgende - Bremische Biographie, Adamietz, Erstes Kapitel, u. ders., Fünfziger Jahre.

11 Tagebuch Theodor Spitta, Eintragungen v. 14. 5., 17. 5., 22. 5., 28. 5., 31. 5. u. 8. 6. 1945 (Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg; die Tagebuchauszüge wurden mir freundlicherweise von Frau Dr. Ursula Büttner zugänglich gemacht). Hierzu auch Brandt, Antifaschismus, S. 224, u. Schulze, Industrie- und Handelskammern, S. 247ff.

12 Schr. d. Militärregierung an d. Präsidenten d. Bremer Senats, Wilhelm Kaisen, v. 19. 9. 1945 (StA Bremen 3-V. 2. Nr. 2750 (1)); vgl. auch Brandt, Antifaschismus, S. 179ff. u. 186f.

13 Tagebuch Theodor Spitta, Eintragung v. 1. 10. 1945 (a.a.O.).

14 Vgl. den Artikel v. Hermann Wenhold, in: Bremische Biographie, S. 58ff.

15 Peters, Zwölf Jahre Bremen, S. 42; FHMG 1. 10.–10. 12. 1945, T.1, S. 23ff. (StA Bremen 16, 1/2, B2); Adamietz, Erstes Kapitel, S. 73f.

sozialen und demokratischen Gedanken bekennt".[16] Doch deutet allein schon die Namenswahl an, daß die neue Partei entsprechend den traditionellen Kräfteverhältnissen in der Hansestadt primär aus einer Vereinigung der beiden liberalen Strömungen hervorging, wobei in bewußter Absetzung von der Berliner Bezeichnung zudem noch die regionale Eigenständigkeit betont wurde.[17]

Der gleiche Befund ergibt sich aus der Zusammensetzung des Gründerkreises, in dem nahezu die gesamten Führungsspitzen der früheren Bremer Landesorganisationen von DDP und DVP vertreten waren: neben den bereits erwähnten Apelt, Böhmert, Spitta und Wenhold der langjährige Bausenator Thalenhorst (DDP), der Generalsekretär der Linksliberalen, Werner Ehrich[18], und ein großer Teil der früheren Bürgerschaftsabgeordneten[19]; hinzu kamen noch der frühere Kieler Oberbürgermeister Emil Lueken (DVP)[20] und, nach seiner Rückkehr in die Hansestadt 1946, der Nachfolger Böhmerts im DDP-Vorsitz, Kurt Dronke[21]. Anders als es von den bisher aufgeführten Namen den Anschein haben mag, überwogen im Vorstand und in den späteren Fraktionen der BDVP – getreu den Kräfterelationen der Weimarer Zeit – ehemalige Mitglieder der DVP.[22]

Dieser von der überwältigenden Mehrheit der Bremer Liberalen getroffenen Entscheidung für die Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Partei widersetzte sich nur ein prominenter Politiker der Weimarer Zeit: Carl Detmar Stahlknecht, 1919–1933 mit Ausnahme einer dreijährigen Unterbrechung während seiner Zugehörigkeit zum Senat Vorsitzender der DVP und 1932/33 Reichstagsabgeordneter. Stahlknecht, der zum rechten Flügel der DVP gezählt hatte und ein erbitterter Gegner der 1928–1933 bestehenden Koalition mit den Sozialdemokraten gewesen war[23], bemühte sich gegen Ende des Jahres 1945 gemeinsam mit einem kleinen Kreis ehemaliger Parteifreunde um die Wiederbegründung der Deutschen Volkspartei. Doch noch bevor die Militärregierung über eine Lizenzvergabe entschieden hatte, starb der 75jährige am 12. Januar 1946;

16 Bremer Demokratische Volkspartei. Die dritte Partei Bremens gegründet, in: Weser-Kurier v. 15. 12. 1945. Vgl. auch d. Gründungsprogramm, o.D. (vermutlich Oktober 1945) (BA NL Heile Bd. 93).

17 Hierzu formulierte der zitierte Weser-Kurier-Artikel: Es sei „der Wille der BDV., an die vor 12 Jahren unterbrochene Tradition anzuknüpfen, sich der Vorfahren würdig zu zeigen und die Geschicke Bremens neu aufbauend mit den gleichen Grundgedanken wie früher zu lenken und die alte Geltung dieser Stadt und ihres Namens neu zu begünden".

18 Vgl. Adamietz, Fünfziger Jahre, S. 456f.

19 Von der DVP Heino Hohnholz, Carsten Karkmeyer, Elisabeth Lürssen und Bernhard Noltenius, von der DDP neben Böhmert, Dronke und Wenhold Minna Bahnson sowie Agnes Heineken.

20 Vgl. den Artikel v. Georg Borttscheller, in: Bremische Biographie, S. 327.

21 Vgl. den Artikel v. Hermann Wenhold, in: ebd., S. 119f.

22 Im BDVP-Vorstand entstammten Ende 1946 sechs der elf Mitglieder der DVP, jedoch kein Vorstandsmitglied der DDP; in der Bürgerschaftsfraktion betrug die Relation nach der Wahl v. 13. 10. 1946 sechs DVP- gegenüber zwei DDP-Abgeordneten, nach der Wahl v. 12. 10. 1947 sogar sieben zu zwei. Vgl. Bremer Roland Nr. 1 v. Januar 1947, Stefanowsky, Bremische Bürgerschaft, S. 28, Handbuch der Bremischen Bürgerschaft, S. 125ff., u. d. obengenannten biographischen Hilfsmittel.

23 Schwarzwälder, Machtergreifung, S. 49f.

seine Gefolgsleute führten daraufhin das Projekt nicht weiter, sondern traten zum Teil der BDVP bei.[24]

Neben den die Partei dominierenden liberalen Kräften schlossen sich der BDVP aber auch Vertreter politischer Richtungen an, die wegen ihrer schwachen Basis in Bremen zunächst von der Bildung einer selbständigen Organisation Abstand genommen hatten; zu diesen zählte insbesondere ein Kreis früherer Zentrumsmitglieder um Joseph Bossong, Philipp Jahn und Richard Pürschel, der seinen Beitritt ausdrücklich als vorläufig begriff und seine Sonderstellung in der Partei als sogenannte „Christliche Gruppe" unterstrich.[25]

Daß dennoch lange Zeit der Sammlungsanspruch der BDVP erfolgreich aufrechterhalten werden konnte, kann wohl nicht zuletzt auf das im bürgerlichen Lager nur sehr langsame Ansteigen der parteipolitischen Aktivität zurückgeführt werden. Nach ihrem ersten Schritt in die Öffentlichkeit – dem bereits zitierten Artikel im *Weser-Kurier* – trat die „Volkspartei" nämlich im folgenden halben Jahr kaum in Erscheinung. Aus Sorge vor kommunistischen Störversuchen wurde nur Parteimitgliedern der Zutritt zur ersten Versammlung am 17. Februar 1946 gestattet.[26] Zudem wurde die Parteientwicklung noch dadurch gehemmt, daß zwei ihrer führenden Repräsentanten von der Militärregierung wegen ihrer politischen Vergangenheit aus ihren Ämtern entfernt wurden.[27] Auf einem entsprechend niedrigen Niveau bewegte sich auch die Mitgliederzahl der Partei.[28]

Die in der BDVP erreichte Einheit des bürgerlichen Lagers begann jedoch in dem Maße brüchiger zu werden, in dem – z. B. mit der Ernennung einer Bürgerschaft im April 1946 – die Anforderungen an die politische Arbeit der Parteien wuchsen und in dem die Strukturen des Parteiensystems anderer Länder und Zonen auf Bremen zurückwirkten. Gerade diese Einflüsse kamen in der Hansestadt besonders unmittelbar zur Geltung, da sich in Wesermünde/Bremerhaven und in den Landkreisen der Enklave Parteien gebildet hatten, die von dem Schema in der Stadt Bremen abwichen.

Bereits vor der Gründung der BDVP war in Wesermünde/Bremerhaven nach Vorgesprächen im September am 21. Oktober 1945 unter Führung des Rechtsanwalts Walter Neumann und – wie es scheint – primär von ehemaligen Linksliberalen getragen die „Demokratische Partei" konsti-

24 Vgl. den Artikel v. Otto Knechtel, in: Bremische Biographie, S. 495f., u. FHMG 27. 4. 1945–30. 6. 1946, T.1, S. 39 (StA Bremen 16, 1/2, A1), sowie Adamietz, Erstes Kapitel, S. 86.

25 FHMG 1. 2.–31. 3. 1946, T. 1, S. 21 (StA Bremen 16, 1/2, B4); vgl. auch Wieck, Entstehung der CDU, S. 205, u. Brandt, Antifaschismus, S. 225f.

26 FHMG 1. 2.–31. 3. 1946, T. 1, S. 20f. (StA Bremen 16, 1/2, B4).

27 Senator Wenhold als „Wehrwirtschaftsführer" und der Geschäftsführer der BDVP, Rudolf Rübberdt, wegen seiner Verbindungen zur SA; vgl. ebd., S. 21, u. Adamietz, Fünfziger Jahre, S. 350. Brandt, Antifaschismus, S. 225, bezeichnet Wenhold irrtümlich als Vorsitzenden der Partei; dieses Amt bekleidete jedoch bis März 1946 Fritz Entholt, vgl. d. Rdschr. d. BDVP v. Januar 1946 (BA NL Heile Bd. 93), das von Enholt als „Vorsitzender des vorläufigen Vorstandes" unterzeichnet ist, u. Bremer Roland Nr. 12 v. Oktober 1947.

28 Die Mitgliederzahl betrug am 31. 1. 1946 ca. 350, FHMG 10. 12. 1945–31. 1. 1946, T. 1, S. 43 (StA Bremen 16, 1/2, B3), am 31. 3. 1946 361, FHMG 1. 2.–31. 3. 1946, T. 1, S. 22 (ebd., B 4), und am 30. 6. 1946 599, FHMG 27. 4. 1945–30. 6. 1946, T. 1, S. 47 (ebd., A1).

tuiert worden, die am 15. November ihre Lizenz in Empfang nehmen konnte und die sich Anfang 1946 – nach der Schaffung einer liberalen Parteiorganisation für die britische Zone – in FDP umbenannte. Wenige Tage später folgte die CDU und schließlich im Mai 1946 noch die Niedersächsische Landespartei.[29]

Die größte Gefahr für den Bestand der BDVP als bürgerlicher Einheitspartei ging zunächst von der „Christlichen Gruppe"[30] aus, die im Januar 1946 Kontakt zur CDU in Hannover aufnahm und auch bei der Gründung der christlich-demokratischen Organisation für die britische Zone in Herford am 21./22. Januar vertreten war.[31] In einer Mitgliederversammlung am 17. Februar 1946 versuchten ihre Vertreter, den Anschluß der BDVP an die CDU der britischen Zone durchzusetzen; sie konnten zwar eine ganze Reihe von früher zumeist parteipolitisch nicht gebundenen Mitgliedern und damit etwa die Hälfte der Stimmen für ihr Vorhaben gewinnen, erreichten aber nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.[32] Zur Gründung einer christlich-demokratischen Konkurrenzorganisation kam es jedoch erst, als es der „Christlichen Gruppe" Ende April/Anfang Mai 1946 durch Vermittlung der hannoverschen CDU gelang, Kontakte zu einem Kreis ehemaliger Mitglieder des CSVD um Johann Kaum, Emil Rex und Heinrich de Tschaschell zu knüpfen, der der BDVP von vornherein kritisch gegenübergestanden und in ihr bewußt nicht mitgearbeitet hatte.[33] Am 10. Mai wurde der Militärregierung ein CDU-Lizenzantrag eingereicht, und am 16. Juni – man hatte sich noch ein letztes Mal vergeblich um die Aufrechterhaltung der in der BDVP erzielten Einheit bemüht[34] – wurde dann die neue Partei auch offiziell konstituiert.[35] Ihr politischer Einzugsbereich umfaßte – so können wir noch einmal festhalten – vor allem drei Gruppen: das Zentrum, den CSVD und parteipolitisch bisher nicht gebundene Kräfte; dagegen traten nur wenige Mitglieder der liberalen Parteien zu ihr über[36], insbesondere die gesamte Bremer DDP- und DVP-Prominenz verblieb in der „Volkspartei".

Dennoch entwickelte sich die CDU sehr rasch zu einer gleichwertigen Konkurrenz für die Liberalen. Zu diesem Erfolg mag nicht zuletzt beige-

29 Ebd., S. 49, u. Scheper, Bremerhaven, S. 359f.; ähnliche Verhältnisse bestanden in den Landkreisen, wo sich die Liberalen allerdings – wie auch im übrigen Niedersachsen - zunächst „Demokratische Union" nannten, vgl. FHMG 1. 10.–10. 12. 1945, T. 1, S. 25 (StA Bremen 16, 1/2, B2).

30 Hierzu auch Arnold Kunst, Chronik der Christlich-Demokratischen Union Landesverband Bremen von der Gründung bis zur Gegenwart, o. O. u. J. [unveröffentlichtes Manuskript Bremen ca. 1975/76].

31 Wieck, Entstehung der CDU, S. 205, u. Adamietz, Erstes Kapitel, S. 95ff.

32 Ebd., S. 89f.

33 Ebd., S. 91ff. u. 98ff., sowie Wieck, Entstehung der CDU, S. 205.

34 Die CDU-Anhänger boten an, ihre Parteigründung auszusetzen, wenn die BDVP für die Zeit nach den Bürgerschaftswahlen den Anschluß an die christdemokratische Zonenorganisation verbindlich zusage; vgl. Adamietz, Erstes Kapitel, S. 100f.

35 Ebd., S. 101f., u. Peters, Zwölf Jahre Bremen, S. 54. Die Lizenz wurde zehn Tage später erteilt, vgl. d. Schr. d. Militärregierung an Johann Kaum v. 26. 6. 1946 (StA Bremen 3-V.2. Nr. 2750 (5)).

36 Zu diesen zählten der BDVP-Geschäftsführer Rudolf Rübberdt, ein früheres DVP-Mitglied, vgl. Adamietz, Erstes Kapitel, S. 82f. u. 94f., und der Präses der Handelskammer, Martin Heinrich Wilkens (früher DDP), vgl. Schulze, Industrie- und Handelskammern, S. 108.

tragen haben, daß „das Image der CDU [...] von Anfang an volkstümlicher und weniger vom Honoratiorentum bestimmt" war als das der BDVP.[37] Der Union schlossen sich nämlich zunächst nur sehr wenige Vertreter der wirtschaftlichen Führungsschicht der Hansestadt an, ihre Mitgliedschaft bestand in erster Linie aus mittelständischen Kaufleuten sowie kaufmännischen Angestellten und reichte durch den katholischen Arbeitnehmerflügel im Unterschied zur BDVP auch über das bürgerliche Spektrum hinaus.[38]

Mit der Bildung der CDU und der unabhängig von der BDVP entstandenen, mittelfristig noch weit erfolgreicheren NLP bzw. DP[39] hatte sich das Grundmuster des Bremer Parteiensystems dem der übrigen norddeutschen Länder angeglichen. Zu einer abermaligen Sonderentwicklung kam es jedoch, als sich kurze Zeit später von der „Volkspartei" auch noch eine liberale Konkurrenzorganisation, die FDP, abspaltete.

Deren Gründung ging primär auf die persönliche Initiative des Weingroßhändlers Heinrich Hollmann zurück.[40] Die programmatischen Differenzen zwischen FDP und BDVP waren und blieben gering[41], und die Trennlinie zwischen beiden verlief auch keineswegs entlang der Parteifronten der Weimarer Zeit. Die Existenz der FDP als selbständige Partei begann offiziell mit der Lizenzerteilung am 10. Juli 1946[42], doch gehörten zunächst viele FDP-Mitglieder zugleich der „Volkspartei" an, und noch bei der Bürgerschaftswahl am 13. Oktober 1946 kandidierten einige FDP-Vertreter auf der BDVP-Liste.[43] Erst mit dem Austritt der FDP-Abgeordneten aus der gemeinsamen Fraktion[44] und dem Verbot der Doppelmitgliedschaft durch die BDVP im Dezember 1946[45] wurde endgültig die Abgrenzung zwischen den beiden liberalen Parteien vollzogen, die dann bis zur Fusion im Juli 1951 miteinander konkurrierten.[46]

37 Brandt, Antifaschismus, S. 225.

38 FHMG 1. 7. 1946–30. 6. 1947, T. 1, S. 11f. (StA Bremen 16, 1/2, A2).

39 FHMG 27. 4. 1945–30. 6. 1946, T. 1, S. 40f. u. 46f. (ebd., A1); Peters, Zwölf Jahre Bremen, S. 57; Brandt, Antifaschismus, S. 226.

40 Ebd., S. 226; FHMG 1. 7. 1946–30. 6. 1947, T. 1, S. 13 (StA Bremen 16, 1/2, A2).

41 Brandt, Antifaschismus, S. 226f., ordnet die FDP mit Blick vor allem auf Äußerungen Hollmanns „auf dem linken Flügel des bürgerlichen Parteienfeldes" ein. Zu den Parteigründern gehörten jedoch auch ehemalige DVP-Mitglieder wie Gustav Grabau, vgl. zu ihm Adamietz, Erstes Kapitel, S. 111ff., und Carl Burgdorff, vgl. dessen Schr. an Theodor Heuss v. 21. 12. 1948 (BA NL Heuss Bd. 54), die die BDVP wegen ihrer zu engen Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten kritisierten. Bezeichnenderweise wurde Hollmann später als „Linksabweichler" aus der FDP ausgeschlossen; vgl. d. Schr. d. „FDP im Lande Bremen" an Mitglieder d. FDP-Bundesvorstands v. 12. 5. 1949 (BA NL Dietrich Bd. 458 u. FNS NL Dehler Fs. 42). Die FDP muß deshalb eher als eine höchst heterogene Mischung von Kräften bezeichnet werden, die aus den verschiedensten Motiven mit der BDVP-Politik unzufrieden waren. Soweit zwischen beiden Parteien in zentralen politischen Fragen Gegensätze bestanden, wie z.B. hinsichtlich der Verfassung, die mit den Stimmen von SPD und FDP gegen das Votum der BDVP, CDU und KPD angenommen wurde, ergaben sie sich in erster Linie aus dem Bestreben der Freien Demokraten, sich gegenüber der „Volkspartei" zu profilieren, weniger aus einer abweichenden politischen Konzeption.

42 Peters, Zwölf Jahre Bremen, S. 59; vgl. zur Gründungsgeschichte auch d. Schr. v. Heinrich Hollmann an Wilhelm Heile v. 8. 7. 1946 (BA NL Heile Bd. 67).

43 Brandt, Antifaschismus, S. 227.

44 Bericht über d. FDP-Mitgliederversammlung v. 8. 2. 1947, in: Mitteilungsblatt d. FDP-Landesverbandes Bremen Nr. 6 v. 15. 2. 1947.

45 Bericht über d. BDVP-Mitgliederversammlung v. 8. 12. 1946, in: Bremer Roland Nr. 1 v. Januar 1947.

46 Peters, Zwölf Jahre Bremen, S. 234. Allerdings war die FDP in der bremischen Politik

Daß die Freien Demokraten Bremens überhaupt für eine gewisse Zeit eine nennenswerte Rolle spielen konnten, verdankten sie ihren Verbindungen zur FDP in Wesermünde/Bremerhaven[47], wo die BDVP praktisch nicht vertreten war, und zur gleichnamigen Partei der britischen Zone, die sie sogleich nach ihrer Gründung aufnahm und u.a. durch die Entsendung prominenter Redner wie Wilhelm Heile und Franz Blücher massiv unterstützte.[48] Ohne diese nur aus der besatzungsrechtlichen Zwitterkonstruktion der Enklave Bremen zu erklärenden Verbindungen hätte die Partei wohl kaum mit dem Erhalt einer Lizenz rechnen können. Das Nebeneinander von BDVP und FDP in Bremen macht damit deutlich, wie leicht politische Konflikte und persönliche Gegensätze auch nach 1945 zur parteipolitischen Aufsplitterung des bürgerlichen Spektrums führen konnten, wenn dem nicht die Vorschriften des Besatzungsrechts entgegenstanden bzw. wenn diese gar noch – wie im Falle der Hansestadt – eine solche Zersplitterung förderten.

Die Mitte 1946 abgeschlossene weitgehende Angleichung der Strukturen des Bremer Parteiensystems an die der übrigen Länder und Zonen hatte auch für die BDVP den Weg freigemacht für die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnerparteien. In Reaktion auf die Beziehungen zwischen der freidemokratischen Konkurrenz und der liberalen Partei der britischen Zone und als Konsequenz aus der angekündigten Angliederung der Hansestadt an das amerikanische Besatzungsgebiet lag es für die Führung der „Volkspartei" nahe, sich um Kontakte zu der im September 1946 gegründeten Demokratischen Volkspartei dieser Zone zu bemühen.[49] Eine am 12. Dezember 1946 gewählte Delegation führte im Januar 1947 entsprechende Verhandlungen in Stuttgart, und einen Monat später beschloß die BDVP-Mitgliederversammlung einstimmig den Beitritt zur süddeutschen Zonenorganisation.[50] Zugleich entsprach

bereits seit ihrem Scheitern an der Fünf-Prozent-Klausel in der Bürgerschaftswahl vom 12. 10. 1947 ein unbedeutender Faktor; die beiden nach wie vor in der Bürgerschaft vertretenen FDP-Abgeordneten waren in Bremerhaven gewählt worden und standen in deutlicher Distanz zur Bremer FDP-Führung. Danach war die FDP eigentlich nur noch als Störfaktor für die Entwicklung der liberalen Bundesorganisation relevant, da sie den auch von der BDVP zu übernehmenden Namen der Bundespartei okkupierte. Für die zahlreichen Versuche, dieses Problem zu lösen, vgl. u.a. d. Schr. v. Theodor Heuss an d. amerikanische Militärregierung in Berlin v. 10. 1. 1949 (BA NL Heuss Bd. 54), in dem Heuss forderte, der Bremer FDP das Recht zur Führung dieser Bezeichnung abzuerkennen. Zum „liberalen Bruderzwist" in Bremen auch der Bericht in: Der Spiegel Nr. 25 v. 19. 6. 1948, S. 6.

47 Mitteilungsblatt d. FDP-Landesverbandes Bremen Nr. 19 v. 27. 5. 1947; FHMG 1. 7. 1946–30. 6. 1947, T. 1, S. 13 (StA Bremen 16, 1/2, A2).

48 Niederschrift über d. Sitzung d. Vorstandes u. d. Zentralausschusses d. FDP d. brit. Zone am 16. 10. 1946 in Bremen, S. 1 (BA NL Blücher Bd. 230); Peters, Zwölf Jahre Bremen, S. 61 u. 97, wo neben diesen beiden auch der Berliner LDP-Vorsitzende Wilhelm Külz als Redner genannt wird. Die Beziehungen zwischen der FDP der britischen Zone und der Bremer Landespartei endeten erst am 24. 5. 1948 mit deren Austritt (ebd., S. 116), nachdem die Zonenorganisation vergeblich versucht hatte, den Anschluß der FDP an die BDVP zu erzwingen, vgl. auch d. Appell d. Zonenvorsitzenden Blücher an die FDP-Mitglieder, zur BDVP überzutreten, in: Bremer Roland Nr. 12 v. Juli 1948. Die veränderte Einstellung des Zonenvorstands ging auf entsprechende Forderungen der DVP der amerikanischen Zone zurück, der die BDVP seit März 1947 angehörte, Schr. v. Theodor Heuss an Franz Blücher v. 15. 11. 1947 (BA NL Heuss Bd. 54).

49 Vgl. dazu unten S. 271ff.

50 Politische Zusammenarbeit mit den süddeutschen Demokraten, in: Bremer Roland Nr. 1 v. Januar 1947; Konzentration der Kräfte, in: ebd., Nr. 2 v. Februar 1947; Bericht über d. BDVP-Mitgliederversammlung v. 25. 2. 1947, in: ebd., Nr. 3 v. März 1947.

diese Partnerwahl einer weitreichenden Übereinstimmung in den politischen Konzeptionen der BDVP und der führenden liberalen Partei der amerikanischen Zone, der DVP Württemberg-Baden.

Diese Feststellung mag auf den ersten Blick überraschen, war doch die Bremer Partei keineswegs wie die DVP in alleiniger Anknüpfung an die linksliberale Parteitradition gegründet worden, sondern aus einer Vereinigung der beiden Strömungen des deutschen Liberalismus hervorgegangen, ja sogar zunächst mit dem Ziel geschaffen worden, über das liberale Wählerpotential im engeren Sinne hinaus das gesamte bürgerliche Spektrum mit antisozialistischer Stoßrichtung zu sammeln. Es gibt schließlich – auch aus späterer Zeit – keine Stellungnahmen der BDVP, in denen sie sich in ähnlicher Weise wie die Württemberg-Badener als Partei der Mitte definiert hätte. Dennoch würde eine solche Sicht wesentliche Gemeinsamkeiten verdecken.

Gemeinsam war beiden Parteien, daß sie in ihren Ländern auf einer kraftvollen und im großen und ganzen ungebrochenen liberalen Tradition aufbauen konnten. Daher war die BDVP auch in ihrer Anfangsphase, als sie noch unter dem Banner der bürgerlichen Sammlung auftrat, eine Partei, deren Kurs in allen entscheidenden Punkten von ihrem liberalen Kern bestimmt wurde. Gemeinsam war ihnen, daß sie auf Grund dieser günstigen Ausgangsposition schon von früh an den Wiederaufbau ihres Landes in maßgeblicher Weise mitgestalten konnten. Gerade für die Bremer Liberalen gab es dabei in Anbetracht der politischen Konstellationen in der Hansestadt, wenn sie sich dieses Einflusses nicht begeben wollten, keine Alternative zur Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung. Übereinstimmend lehnten daher BDVP und DVP jede einseitige Bindung der Partei nach rechts, jedes Bürgerblockdenken entschieden ab. Und schließlich sollte nicht unerwähnt bleiben, daß sie sich ebenso gemeinsam – trotz mancher Unterschiede im Detail – zu einer ausgeprägten Eigenstaatlichkeit ihres Gemeinwesens bekannten.

So finden wir dann trotz der bedeutenden Rolle, die ehemalige Nationalliberale in der Bremer Landesorganisation spielten, die „Volkspartei" in den Auseinandersetzungen und Flügelkämpfen, die sich seit Anfang 1948 mit den Bemühungen um die Schaffung einer liberalen Bundespartei auch auf der überregionalen Ebene in zunehmender Schärfe ergaben, stets auf der Seite der Württemberg-Badener. Das Bremer Beispiel legt deshalb – dies sei schon hier angedeutet – nahe, bei der Erklärung der auch im Nachkriegsliberalismus erkennbaren Flügelbildung nicht so sehr von einem überregional konstituierten und sich dann durch alle Landesverbände hindurchziehenden Gegensatz zwischen Rechts- und Linksliberalismus auszugehen, sondern diese als das Ergebnis regional differierender sozialer und politischer Strukturen und Traditionen zu sehen.

3. Die britische Besatzungszone

Die britische Politik gegenüber der Gründung und Zulassung deutscher Parteien entsprach in der Abfolge der einzelnen Phasen und der in ihnen vertretenen Grundsätze im wesentlichen der Entwicklung in der amerikanischen Zone: Nach dem Verbot jeder parteipolitischen Betätigung in den ersten beiden Monaten der Besatzungsherrschaft setzte sich seit Ende Juni 1945 auch bei den Briten immer mehr die Einsicht durch, daß die bestehende Praxis gerade extremistische Bewegungen begünstige und somit Essentials der besatzungspolitischen Konzeption zuwiderlaufe.[1] Dieser allmähliche Sinneswandel fand seinen Niederschlag zunächst in der zunehmenden Bereitschaft, zum Teil auch nach parteipolitischen Gesichtspunkten zusammengesetzte kommunale Beiräte bilden zu lassen[2], und mündete schließlich in die britische Zustimmung zu den einschlägigen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens.[3] Anfang August wurde dann die Bevölkerung der britischen Zone durch Militärgouverneur Montgomery darüber informiert, daß nun die Gründung politischer Parteien gestattet sei[4], doch dauerte es auch hier noch mehr als einen Monat, bis die detaillierten Richtlinien der Militärregierung für die Parteilizenzierung ausgearbeitet waren und veröffentlicht wurden.[5]

Trotz dieser Parallelität, die den anglo-amerikanischen Besatzungsbereich deutlich von der sowjetischen und der französischen Zone abhob, bestanden auch zwischen den britischen und amerikanischen Vorschriften und deren Handhabung in einer Reihe von wichtigen Einzelheiten Differenzen, die zu signifikanten Abweichungen in der Entwicklung der Parteiensysteme beider Zonen führten. So waren in einigen Ruhrgebietsstädten bereits seit Ende April 1945 mit Billigung der Besatzungsbehörden parlamentsähnliche Vertretungsgremien geschaffen worden.[6] Und auch das parteipolitische Betätigungsverbot wurde von lokalen und regionalen Stellen der Militärregierung von Anfang an erheblich uneinheitlicher und im ganzen weniger restriktiv gehandhabt als in der amerikanischen Zone; in aller Regel wurde nach dem Grundsatz verfahren, daß lediglich öffentliche Versammlungen und Demonstrationen

1 Vgl. Schneider, Deutschland- und Besatzungspolitik, S. 81f., u. ders., Britische Besatzungspolitik, S. 72ff.; die von Schneider (ebd., S. 80f.) vertretene These, die „Politik des Abwartens" auch gegenüber den Parteien und Gewerkschaften sei erst im Herbst und Winter 1945 revidiert worden, geht allerdings an der Realität dessen, was seit Juni/Juli 1945 mit Wissen der Militärbehörden an deutscher politischer Betätigung in Gang kam, völlig vorbei.

2 Vgl. Rudzio, Kommunalwesen, S. 40f.

3 Aus dem bereits oben S. 42 zitierten Memorandum d. Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, James C. Dunn, über ein Gespräch mit d. Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Alexander Cadogan, v. 14. 7. 1945 (FRUS Potsdam/I, S. 506) geht klar hervor, daß die USA mit ihrer Vorlage für die Potsdamer Konferenz lediglich einer gleichgerichteten britischen Initiative zuvorkamen.

4 Hamburger Nachrichten-Blatt der Alliierten Militärregierung Nr. 63 v. 7. 8. 1945 u. Neue Rheinische Zeitung Nr. 5 v. 8. 8. 1945.

5 Verordnung Nr. 12 v. 15. 9. 1945, abgedruckt in: Flechtheim (Hrsg.), Dokumente, Bd. 1, S. 109ff.

6 Vgl. d. ausgezeichnete Regionalstudie von Pietsch, Militärregierung, S. 62ff.

untersagt seien, daß jedoch Vorgespräche in kleinerem Kreis zur Gründung von Parteien stattfinden und zum Teil sogar konkrete Vorbereitungen getroffen werden könnten.[7] Anders als im amerikanischen Einflußbereich begannen daher die entsprechenden Aktivitäten auch der bürgerlichen Politiker oft bereits im Mai oder Juni 1945.

Ähnliche Tendenzen zeigten sich bei der Anwendung des Prinzips, daß die Parteien dezentral aufgebaut werden müßten und zunächst ausschließlich auf Kreisebene zugelassen werden könnten. Schon in der Übergangszeit zwischen dem Ende der Potsdamer Konferenz und der Veröffentlichung der Verordnung Nr. 12 wurden von der Militärregierung im Rheinland jedoch auch Provinzialverbände von CDU und SPD genehmigt.[8] Diese im Vergleich zum amerikanischen Besatzungsgebiet flexiblere Praxis fand ihre Bestätigung in der Verordnung Nr. 12, die zwar die Gründung von Parteien auf der Kreisebene als Regelfall nannte, zugleich aber die Möglichkeit eines Zusammenschlusses auf breiterer Grundlage eröffnete. Die Bildung von Provinz-, Landes- und Zonenparteien schritt deshalb in Norddeutschland sehr viel zügiger voran und beeinflußte auch nachhaltig die innerparteilichen Willensbildungsstrukturen im Sinne eines verminderten Gewichts der Landesorganisationen[9] – eine Tendenz, die zudem noch durch den stärkeren Ausbau zentraler Institutionen wie etwa des Zonenbeirats unterstützt wurde.[10]

Eine dritte bedeutsame, aber in ihren Auswirkungen auf die Parteien nur schwer abzuschätzende Abweichung vom Vorgehen der Amerikaner war schließlich die zögernde Einstellung der Briten gegenüber der Abhaltung von Wahlen.[11] Erst ein Jahr nach dem Beginn der Parteilizenzierung wurden die Wähler in den Kommunen an die Urnen gerufen, auf Landesebene – mit Ausnahme des Stadtstaates Hamburg – sogar erst am 20. April 1947. Die Wirkung dieser späten Terminierung und der damit einhergehenden verzögerten Übertragung von Entscheidungsbefugnissen auf deutsche parlamentarische Gremien mag am ehesten darin bestanden haben, die Parteien zur Überbetonung einer Prinzipienpolitik gegenüber der Durchsetzung konkreter politischer Ziele zu verleiten und insofern zu einer Verschärfung der parteipolitischen Gegensätze zu führen.

---

7 Telegramm d. amerikanischen Botschafters in Frankreich, Caffery, an seinen Außenminister v. 3. 6. 1945, in: FRUS 1945/III, S. 942. Wieck, Entstehung der CDU, S. 35f. Vgl. als Beispiel Pietsch, Militärregierung, S. 171.

8 Wieck, Entstehung der CDU, S. 36f; Pietsch, Militärregierung, S. 40.

9 Dazu ausführlicher unten S. 259ff.

10 Vgl. Girndt, Zentralismus, bes. S. 32ff.

11 Hierzu knappe Bemerkungen bei Lange, Wahlrecht und Innenpolitik, S. 82f., u. Ebsworth, Restoring Democracy, S. 50.

a) Hamburg

„Die Freie Stadt" – so nannten die Hamburger Linksliberalen in der Weimarer Republik und dann seit 1947 erneut die Freien Demokraten der Hansestadt ihr Parteiorgan. War dieser Titel auch in erster Linie Anspruch und Programm, so spiegelte er doch zugleich zu großen Teilen eine politische Realität wider: nämlich Hamburg als eine „Insel der Besonderheit"[1], als eines der wenigen deutschen Länder, in denen eine liberale und weitgehend auch demokratische Ordnung nicht nur eine lange Tradition aufweisen konnte, sondern die die Stabilität dieses Systems auch in den krisenreichen Jahren vor 1933 in beträchtlichem Maß bewahren konnten. Mit der besonderen Entwicklung Hamburgs in Ursache und Wirkung unauflöslich verbunden war die seiner beiden liberalen Parteien.

Begünstigt wurden die Liberalen – ähnlich wie in Bremen – zum einen durch die konfessionellen Verhältnisse mit einer verschwindend geringen katholischen Minderheit von 5,2% im Jahre 1925[2] und einer entsprechend bedeutungslosen Zentrumspartei sowie zum anderen durch eine wirtschaftliche Struktur mit extrem hohem Anteil des Handels- und Verkehrssektors.[3] Deshalb konnten sich DDP und DVP – trotz eines auch hier unverkennbaren langfristigen Abwärtstrends – vergleichsweise gut behaupten; noch bis 1930 gelang es ihnen, etwa die Hälfte der auf bürgerliche Parteien entfallenden Stimmen zu gewinnen.[4]

Die in der Anfangs- und Endphase der Weimarer Republik stärkere Kraft waren die Linksliberalen; lediglich in den Reichstagswahlen vom Dezember 1924, Mai 1928 und September 1930 wurden sie geringfügig von der DVP überflügelt. Ihre Bedeutung in der Hamburger Landespolitik ging sogar noch über diese rein zahlenmäßige Stärke hinaus: Von 1919 bis 1933 war die DDP ununterbrochen an der Regierung der Hansestadt beteiligt, zunächst gemeinsam mit den Sozialdemokraten, dann ab 1925 in einer Koalition mit SPD und DVP; seit 1924 stellte sie zudem mit Carl Petersen den Ersten Bürgermeister.[5] Petersen war zuvor als Nachfolger Friedrich Naumanns fünf Jahre lang Reichsvorsitzender der DDP gewesen. Das ganze nur mit den Landesverbänden Württemberg und Baden vergleichbare Gewicht der Hamburger zeigte sich schließlich auch darin, daß sie in allen Reichstagswahlen mit einem jeweils etwa doppelt so hohen Stimmenanteil wie im Reichsdurchschnitt der Partei am erfolgreichsten abschnitten. Diese Sonderstellung verstärkte sich noch in der Endphase der Weimarer Republik. Während die DStP im Reich 1932 nur mehr ein Prozent der Stimmen gewinnen konnte, lag der Stimmenanteil

1 So der Hamburger DDP-Vorsitzende Peter Stubmann 1926, zit. nach: Büttner, Vereinigte Liberale, S. 1.
2 Milatz, Wähler und Wahlen, S. 73; bis 1946 hatte sich dieser Anteil nur geringfügig auf 6,5% erhöht, Wieck, Entstehung der CDU, S. 154.
3 Ausführlich zur Wirtschafts- und Sozialstruktur Hamburgs Büttner, Hamburg, S. 83ff. u. 90ff.
4 Die Ergebnisse der Reichstags- und Bürgerschaftswahlen ebd., S. 665ff.
5 Büttner, Vereinigte Liberale, S. 1. Vgl. auch Lüth/Loose, Bürgermeister Petersen.

des Hamburger Landesverbandes noch bei 5–6%, in der Bürgerschaftswahl vom April dieses Jahres sogar bei 11,3%. Neben dieser relativen Stabilität war für die Entwicklung nach 1945 von entscheidender Bedeutung, daß die Hamburger DDP/DStP im innerparteilichen Spektrum – wenngleich sich hier des öfteren Differenzen zwischen den Parteigremien auf der einen sowie den gemäßigteren Vertretern in Senat, Reichstag und zum Teil auch Bürgerschaft auf der anderen Seite zeigten – auf dem linken Flügel stand.[6] Trotz der Zusammenarbeit im Senat war daher in Hamburg die Kluft zwischen den beiden liberalen Parteien sehr viel größer als in Bremen und die Bereitschaft zu einer Fusion erheblich weniger ausgebildet.

Im Gegensatz zu den Linksliberalen mußte die DVP der Hansestadt, deren Stellung in der Gesamtpartei trotz überdurchschnittlicher Wahlergebnisse ohnehin nicht mit der der DDP zu vergleichen gewesen war, zwischen 1931 und 1933 eklatante Verluste an Wählerstimmen hinnehmen. Wie auch in anderen Ländern wirkte sich hier nicht zuletzt die widersprüchliche Haltung der DVP aus; mitten durch sie verlief die Grenzlinie zwischen den republiktragenden und den antidemokratischen Kräften.[7] Lediglich ein Teil der Partei, zu dem der Senator Paul de Chapeaurouge und Kurt Sieveking zählten, war bereit, dezidiert gegen den Nationalsozialismus Stellung zu beziehen.[8] Die Mehrheit aber offenbarte immer deutlicher ihre Bereitschaft, mit der NSDAP zusammenzuarbeiten[9], bis sich die DVP schließlich am 10. April 1933 – also fast drei Monate vor dem entsprechenden Schritt der Reichsparteiführung – freiwillig auflöste und ihre letzten drei Abgeordneten zur NSDAP übertraten.[10]

Nach der Beseitigung des nationalsozialistischen Regimes begann in Hamburg die organisierte politische Betätigung der Liberalen bereits wieder im Mai 1945, als unter Führung des Rechtsanwaltes und früheren DDP-Mitglieds Friedrich Ablaß[11] und des parteilosen Kaufmanns Eduard Wilkening der „Bund Freies Hamburg" gegründet wurde.[12] Der Bund

6 Büttner, Vereinigte Liberale, S. 28ff. u. 32ff.; dies., Hamburg, S. 31ff.

7 Vgl. v. a. ebd., S. 52ff.

8 Renatus Weber, Deutsche Volkspartei und Dezember-Gemeinschaft, in: Bürgermeister a.D. Dr. Kurt Sieveking zum 70. Geburtstag am 21. Februar 1967, hrsg. v. Renatus Weber, Carl-Gisbert Schultze-Schlutius u. Wilhelm Güssefeld, Neumünster 1967, S. 9ff.; Henning Timpke (Hrsg.), Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933, Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg Bd. 4, Frankfurt am Main 1964, S. 17f.

9 Seit Ende April 1932 trat die DVP für die Bildung eines „Rechtssenats" unter Einbeziehung der NSDAP ein; die Verhandlungen scheiterten jedoch mehrfach – bis in den Februar 1933 – am Widerstand der DStP, obwohl sich auch diese letztlich den Anpassungstendenzen nicht völlig zu entziehen vermochte: Der DStP-Politiker Walter Matthaei behielt sein Senatorenamt nämlich auch in der seit dem 8. März von der NSDAP geführten Landesregierung bei, während andererseits Carl Petersen wenige Tage zuvor demonstrativ zurückgetreten war. Ebd., S. 24f., 29ff., 38 u. 42, u. Büttner, Hamburg, S. 493ff.

10 Timpke, Dokumente zur Gleichschaltung, S. 79, 90 u. 310. Der Führer des zur Kooperation mit der NSDAP bereiten Flügels der DVP, Wilhelm Burchard-Motz, gehörte dem Senat bis 1934 an, war Mitglied des Ende 1933 gebildeten Staatsrats und trat auch der NSDAP bei.

11 Vgl. v. a. den Nachruf v. Karl Sievers in: Die Freie Stadt Nr. 11 v. November 1949.

12 Als terminus ante quem kann der 12. 5. 1945 gelten; von diesem Tage datiert eine vom Bund ausgestellte Mitgliedsbescheinigung (StA Hamburg FDP I A 1). Vgl. Sussmann, Libe-

stand in der unmittelbaren Nachfolge eines Widerstandskreises, den Ablaß bereits 1933 initiiert hatte und dessen Mitglieder zuvor verschiedenen Parteien, in erster Linie jedoch der DDP angehört hatten.[13] Über eine weitere Gruppe um den Hamburger DDP-Politiker Hans Robinsohn hatte der Ablaß-Kreis auch Verbindungen nach Berlin und Süddeutschland unterhalten[14]; seine Widerstandstätigkeit scheint jedoch nicht bis zu direkten Aktionen fortgeschritten zu sein, sondern sich auf politische Diskussionen beschränkt zu haben.

Der nun konstituierte Bund verstand sich – natürlich auch wegen der alliierten Vorschriften – nicht als politische Partei, sondern bezeichnete sich als „überparteilicher Zusammenschluß freiheitlichgesinnter Hamburger".[15] Nach wie vor gehörten ihm in der Tat auch Mitglieder an, die sich im Herbst 1945, als sich die Parteien formierten, der SPD oder CDU anschlossen.[16] Schon bis etwa Mitte Juli hatte der Bund eine beachtenswerte Organisation aufgebaut; neben Orts- und Bezirksgruppen gliederte sie sich in eine ganze Reihe von Arbeitsgemeinschaften, die sich nicht nur in ihrem jeweiligen Fachgebiet – sei es nun Handwerk und Einzelhandel oder Justiz, Gesundheitswesen oder Kultur – mit den konkreten Problemen des Wiederaufbaus auseinandersetzten, sondern sich nicht zuletzt um eine durchgreifende Entnazifizierung in diesen Wirtschafts- und Verwaltungszweigen bemühten.[17] Hier sind die Verbindungslinien zu den Antifa-Ausschüssen der Arbeiterbewegung unübersehbar: Der Bund Freies Hamburg bietet das überaus seltene Beispiel eines antifaschistischen Kampfbundes bürgerlich-liberaler Ausrichtung.[18]

Zugleich war der Bund im Prozeß der Parteigründungen das wichtigste Instrument zur Reorganisation der linksliberalen Kräfte. Allerdings galten die Präferenzen der Mehrheit seines Vorstandes zunächst einer Einheitspartei, die nach Art der englischen Labour-Party das gesamte politische Spektrum rechts von den Kommunisten umfassen sollte, wobei der Bund dann „als Sammelbecken und Nervenzentrum für den bürgerlichen Flügel der Partei selbstverständlich bestehen" bleiben sollte.[19] Mitte September 1945 fanden im Rathaus auf Einladung des von den Briten eingesetzten Bürgermeisters Rudolf Petersen[20] mehrere Besprechungen über

rale, S. 59; Eduard Wilkening, Warum es nicht zum Zusammenschluß kam, in: Hamburger Freie Presse Nr. 27 v. 3. 7. 1946; Wieck, Entstehung der CDU, S. 182f.

13 Schrr. v. Friedrich Ablaß an Georg Beermann v. 15. 6. 1945 u. an Johannes Büll v. 12. 7. 1945 (StA Hamburg FDP I A 1).

14 Hierzu Benz, Widerstandsgruppe, bes. S. 440f. Vgl. auch Sassin, Widerstand, S. 39ff.

15 Unsere „8 Punkte". Flugblatt des Bundes Freies Hamburg, o. D. (StA Hamburg FDP I A 1).

16 Vgl. d. Schrr. v. Hans Peters an Friedrich Ablaß v. 10. 9. 1945 u. v. W. Eddelbüttel an Eduard Wilkening v. 13. 1. 1946 (ebd.). So auch Sussmann, Liberale, S. 59.

17 Vgl. neben d. Schr. an Büll v. 12. 7. 1945 (a.a.O.) bes. d. teilweise noch vorhandenen Protokolle über Ortsgruppen- und Arbeitsgemeinschaftssitzungen (StA Hamburg FDP I A 1).

18 Vgl. auch d. Niederschrift über d. 6. Zusammenkunft d. Bezirks Elbvororte d. BFH am 28. 8. 1945 (ebd.), in der ein Sprecher den Bund als „nazireinen Kampfbund gegen jede Diktatur" bezeichnete.

19 Undatierter Bericht v. Willy Max Rademacher über d. Ausspracheabend d. Ortsgruppe Winterhude d. BFH (ebd.).

20 Petersen selber – ein Bruder des langjährigen Bürgermeisters Carl Petersen – hatte vor 1933 keiner Partei angehört; er soll jedoch eher den Rechtsliberalen nahegestanden haben. Johe, Bürgermeister Petersen, S. 388.

die anstehenden Parteibildungen statt, in denen zunächst das von Petersen unterstützte Konzept einer „Partei der Arbeit" zur Debatte stand. Nachdem es sich jedoch wegen des Widerstandes der Sozialdemokraten als unrealistisch erwiesen hatte, wurden die Gespräche zwischen einer katholischen Gruppe mit dem früheren Bürgerschaftsabgeordneten des Zentrums, Franz Beyrich, an der Spitze und Vertretern des Bundes Freies Hamburg mit dem Ziel fortgesetzt, nun eine bürgerliche Sammlungspartei zu formieren. Eine solche Sammlung hätte – und in diese Richtung gingen auch die Überlegungen Petersens – entsprechend den Hamburger Traditionen vorwiegend an liberale Überlieferungen anknüpfen, also in etwa der Bremer Demokratischen Volkspartei entsprechen müssen. Soweit kam es allerdings nicht, da die Zentrumsgruppe den liberalen Vorschlag einer „Partei der vereinigten Demokraten" nicht zu akzeptieren bereit war, sondern auf einer christlichen Akzentsetzung beharrte.[21]

Mit dem Scheitern dieser Gespräche war der Weg frei für die Konstituierung einer liberalen Partei, die auch der Vorstand des BFH von vornherein für den nun eingetretenen Fall ins Auge gefaßt hatte.[22] Schon frühzeitig hatte sich Ablaß darum bemüht, auch die frühere Führungsspitze der hamburgischen DDP für die Mitarbeit im BFH zu gewinnen.[23] Doch scheint der Bund ganz überwiegend eine Initiative eher der jüngeren früheren DDP-Mitglieder geblieben zu sein. Erst jetzt, im September 1945, wurden die entscheidenden Verbindungen zwischen ihnen und den älteren linksliberalen Politikern geknüpft, die zumeist auch schon untereinander in Kontakt standen und einen kleineren Kreis um sich gesammelt hatten.[24] Gemeinsam berief man für den 20. September eine Versammlung ein, deren 98 Teilnehmer – 65 von ihnen gehörten bereits dem Bund Freies Hamburg an[25] – die neue liberale Partei unter dem Namen „Partei Freier Demokraten" gründeten.[26]

Obwohl mit dieser Bezeichnung, die einer vor allem in der Mitgliedschaft des BFH verbreiteten Stimmung gegen „Weimarer Verhältnisse" entsprach[27], offenkundig eine gewisse Distanzierung von der DDP ausgesprochen wurde, war die personelle und politische Anknüpfung an die linksliberale Parteitradition in Hamburg mindestens ebenso ausgeprägt wie in Württemberg. Zum ersten Vorsitzenden der PFD wurde der frühere DDP-Abgeordnete in der Weimarer Nationalversammlung und in der Bürgerschaft, Christian Koch, gewählt; auch alle anderen Vorstands- und

21 Protokoll d. Gründungsversammlung d. PFD v. 20. 9. 1945 (Auszug v. 28. 10. 1955) (StA Hamburg FDP I A 2); Eduard Wilkening, Warum es nicht zum Zusammenschluß kam, in: Hamburger Freie Presse Nr. 27 v. 3. 7. 1946; Wieck, Entstehung der CDU, S. 182f.
22 Vgl. d. undatierten Bericht v. Rademacher (a.a.O.).
23 Vgl. d. Schr. an Büll v. 12. 7. 1945 (a.a.O.).
24 Schr. v. Emilie Kiep-Altenloh an d. FDP-Landesverband Hamburg v. 11. 11. 1954 (StA Hamburg FDP I A 2); Abgeordnete des Deutschen Bundestages Bd. 1, S. 334.
25 Sussmann, Liberale, S. 59f.
26 Gründungsprotokoll (a.a.O.).
27 Vgl. d. undatierten Bericht v. Rademacher (a.a.O.): „In der Aussprache wurde vor allem hervorgehoben, daß der Name ‚Demokratische Partei', mit der viele die Erinnerung an die unseligen Zeiten vor 33 verbänden, der neuen Partei allerhand Abbruch tun würde."

Beiratsmitglieder, deren Parteizugehörigkeit in der Zeit vor 1933 sich eruieren läßt, waren mit Ausnahme einiger weniger Parteiloser bei den Linksliberalen engagiert.[28] Deutlicher noch kommt diese personelle Kontinuität zum Ausdruck, wenn man die Blickrichtung umkehrt und nach der politischen Betätigung der Hamburger DDP-Führungsspitze in der Nachkriegszeit fragt. Ein Teil, zu dem allerdings auch die beiden einzigen noch lebenden Senatoren gehörten[29], wurde – oft allein schon aus Altersgründen – nicht mehr aktiv. Zu anderen Parteien wechselte lediglich ein kleiner linker Flügel der DDP, der sich den Sozialdemokraten anschloß.[30] Die dritte, auch zahlenmäßig größte Gruppe bildeten schließlich diejenigen, die bereits wieder bei der Gründung der PFD beteiligt waren und oft bis weit in die fünfziger Jahre hinein wichtige Ämter und Mandate ausübten: Zu nennen sind neben Koch insbesondere die Reichstagsmitglieder Johannes Büll und Emilie Kiep-Altenloh, die Bürgerschaftsabgeordneten Emmy Beckmann, Georg Nobiling und Max Traeger, aber auch der DDP-Landesgeschäftsführer Martin Plat, der 1945 zunächst Sekretär des BFH war, um dann im Herbst gleich wieder den organisatorischen Aufbau der neuen liberalen Partei in seine Hände zu nehmen. Nicht zuletzt bestand eine deutliche personelle Bindung an die linksliberale Traditionslinie auch in der Mitgliedschaft: Knapp 60% der PFD-Mitglieder, deren parteipolitische Vergangenheit vor 1933 bekannt ist, hatten der DDP angehört, jedoch nur 10,4% der DVP – ein Anteil, der sogar noch von den früheren SPD-Mitgliedern (12,7%) übertroffen wurde.[31]

Noch bevor die PFD am 4. Oktober 1945 ihren Lizenzierungsantrag einreichte, dem die britische Militärregierung am 22. November entsprach[32], konstituierte sich am 1. Oktober die Hamburger CDU. Zu ihrem Gründerkreis gehörten neben der erwähnten Zentrumsgruppe sowie einigen Deutschnationalen und Parteilosen auch bereits drei frühere DVP-Mit-

28 Die Liste d. Vorstands u. d. Beirats in dem bereits mehrfach erwähnten Gründungsprotokoll; für die im Falle Hamburgs schwierige Ermittlung der biographischen Angaben müssen sehr verstreute Quellen herangezogen werden, neben dem FDP-Bestand im StA Hamburg sind am hilfreichsten Büttner, Vereinigte Liberale, dies., Hamburg, u. Lüth/Loose, Bürgermeister Petersen.

29 Peter Stubmann, Senator 1920–1925 und lange Jahre auch Vorsitzender des DDP-Landesverbandes, war während der NS-Zeit nach Bayern übergesiedelt und scheint sich dort politisch nicht mehr betätigt zu haben. Walter Matthaei, Senator 1921–1933, war vermutlich durch sein Verhalten 1933 belastet. Schließlich fällt in diese Kategorie noch der Reichstagsabgeordnete Gustav Stolper, der in die USA emigriert war und nicht mehr nach Deutschland zurückkehrte.

30 Der frühere Vorsitzende der Hamburger Jungdemokraten und Bürgerschaftsabgeordnete Erich Lüth hatte bereits 1929 die DDP verlassen und war Ende 1932 oder Anfang 1933 der SPD beigetreten; vgl. zum Hintergrund Büttner, Vereinigte Liberale, S. 32f., u. dies., Hamburg, S. 462ff.; ferner Erich Lüth, Viel Steine, S. 62 u. 91, sowie ders., Hamburgs Schicksal, S. 130. Ebenfalls zur SPD wechselte 1945 Heinrich Landahl, vor 1933 Bürgerschafts- und Reichstagsabgeordneter sowie Mitglied des DDP-Reichsvorstands. Vgl. hierzu Büttner, Hamburg, S. 30.

31 Mitgliedsstatistik der FDP Hamburg zum Stichtag 31. 12. 1946 (StA Hamburg FDP I A 41). Von 1481 Mitgliedern (= 28,2% der 6742 Mitglieder) lagen Angaben über die frühere Parteizugehörigkeit vor; die restlichen 5261 Mitglieder waren also entweder parteilos oder hatten sich nicht geäußert.

32 Schr. v. Christian Koch an d. Militärregierung Hamburg v. 4. 10. 1945; Rdschr. d. PFD v. 30. 11. 1945 (beides in: StA Hamburg FDP I A 2).

glieder, von denen jedoch nur der ehemalige Senator Wilhelm Burchard-Motz vor 1933 zur Führungsspitze der Partei gezählt hatte; Burchard-Motz war zudem durch seine NSDAP-Mitgliedschaft ein offizielles Engagement für die CDU verwehrt. Da die Christdemokraten somit nur partiell über den Einzugsbereich des Zentrums hinausgreifen konnten und ihnen insbesondere die wirtschaftliche Führungsschicht der Hansestadt verschlossen blieb, war ihre Basis zunächst erheblich schmaler als die der liberalen Partei.[33]

Allerdings waren mit der Konstituierung von CDU und PFD, die sich Anfang 1946 im Zusammenhang mit der Gründung einer liberalen Zonenorganisation in „Freie Demokratische Partei" umbenannte, die parteipolitischen Verhältnisse in Hamburg noch keineswegs abschließend geklärt. Nach wie vor wurden nämlich – und zwar von zwei Seiten zugleich – die Bemühungen um eine Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte fortgesetzt.

In diesem Sinne betätigte sich zum einen der „Vaterstädtische Bund Hamburg" – ein Kreis ehemaliger DVP-Mitglieder, der sich im September 1945 um den langjährigen Parteivorsitzenden und Senator Paul de Chapeaurouge zusammengefunden hatte[34] und dem ferner mit dem Senator Hermann Carl Vering, dem Fraktionsvorsitzenden Hans Böhme und dem zeitweiligen Parteivorsitzenden Erich Röper ein beachtlicher Teil der früheren hamburgischen DVP-Führung angehörte.[35] De Chapeaurouge[36] und sein Kreis hielten es – auch angesichts der starken Abwanderung bürgerlicher Politiker und Parteimitglieder in das nationalsozialistische Lager[37] – „nicht für möglich und auch nicht für richtig, jetzt einen Versuch zu machen, die alte Deutsche Volkspartei zu neuem Leben zu erwecken".[38] Als sein erklärtes Ziel propagierte der VBH vielmehr „die Zusammenfassung möglichst aller Parteien rechts von der SPD".[39] Lange

33 Wieck, Entstehung der CDU, S. 184ff.; nach einer Bemerkung des im Juli 1946 als Nachfolger von Koch zum FDP-Vorsitzenden gewählten Willy Max Rademacher, Bürgerschaft Hamburg 19. Sitzung v. 8. 10. 1946, S. 172, betrug noch am 31. 8. 1946 „nach einer amtlichen Feststellung [...] die Mitgliederzahl der FDP genau das Dreifache der CDU".

34 Schr. v. Paul de Chapeaurouge an Dr. Lange v. 19. 9. 1945 (StA Hamburg NL de Chapeaurouge U 164). Vgl. auch Wieck, Entstehung der CDU, S. 183f.

35 Vgl. die der Militärregierung eingereichten Lebensläufe der VBH-Vorstandsmitglieder (ebd. U 167).

36 De Chapeaurouge stand daneben spätestens seit August 1945 in Kontakt zu Joachim von Ostau und Reinhold Wulle, den Initiatoren einer „Christlich-Sozialen Aufbau-Partei", und wurde für diese rechtsstehende Gruppierung bis ins Frühjahr 1946 hinein mehrfach in Hamburg aktiv. Überhaupt zeigt de Chapeaurouges umfangreicher Briefwechsel über Fragen der Parteienformierung, daß zwischen dem politisch-sozialen Einzugsbereich der linksliberalen PFD-Gründer und dem nach rechts hin weit offenen Wirkungsfeld ehemaliger DVP-Politiker eine scharfe Trennungslinie verlief. Der Briefwechsel mit von Ostau und Wulle in: StA Hamburg NL de Chapeaurouge U 164. Zur Aufbaupartei und ihren Gründern, die bereits in der Weimarer Zeit auf der äußersten Rechten als erbitterte Gegner sowohl der Republik wie auch der nationalsozialistischen Führung um Hitler in Erscheinung getreten waren und diese Aktivitäten auch nach 1933 fortgeführt hatten, vgl. ausführlich Tauber, Eagle and Swastika, Bd. 1, S. 47ff.

37 Schr. v. de Chapeaurouge an Hans Ewers v. 10. 11. 1945 (StA Hamburg NL de Chapeaurouge U 165) u. Erich Röper, Warum keine Rechtsparteien? Memorandum v. 9. 12. 1945 (ebd. U 166).

38 Schr. v. de Chapeaurouge an Erich Röper v. 15. 10. 1945 (ebd.).

39 Schr. v. de Chapeaurouge an Joachim von Ostau v. 18. 10. 1945 (ebd. U 164).

Zeit blieb allerdings offen, ob der VBH sich selber als die zukünftige Sammlungspartei verstehe oder ob er seine Existenz als bloßes Instrument zur Herbeiführung dieser Zusammenarbeit zeitlich begrenzt wissen wolle: Einerseits meldete der VBH am 24. Oktober 1945 bei Bürgermeister Petersen seinen Anspruch an, als Partei bei der Ernennung einer Bürgerschaft berücksichtigt zu werden[40], und beantragte einen Monat später auch eine Lizenz bei der Militärregierung[41]. Andererseits erklärte de Chapeaurouge am 20. Oktober in Gesprächen mit der CDU, man habe diesen Weg nur wegen der alliierten Vorschriften gewählt, wolle jedoch auch in Zukunft als überparteiliche Vereinigung angesehen werden.[42] Offenkundig hegte de Chapeaurouge zunächst noch stärker die Hoffnung, es könne gelingen, „*im* [Hervorhebung D.H.] Vaterstädtischen Bund, wenn er seine Tätigkeit erst richtig nach außen beginnt, wirklich eine Art bürgerlicher Einheitsfront in Hamburg zu schaffen und durch ihn dem Bürgertum einen gewissen Einfluß auf die kommenden Geschicke Hamburgs zu sichern".[43] Der VBH vermochte jedoch lediglich, einige kleinere Gruppierungen der bürgerlichen Rechten aufzusaugen, denen von der Militärregierung die Zulassung als Partei verweigert worden war.[44] Zudem verzögerten die Hamburger Besatzungsbehörden auch die Lizenzerteilung für den VBH selber – insbesondere durch schrittweise Zurückweisung mehrerer benannter Vorstandsmitglieder wegen ihrer politischen Betätigung in der NS-Zeit – bis zum 12. Juli 1946.[45] Nun verlegte sich die Führung des Bundes angesichts der inzwischen eingetretenen politischen Konsolidierung von FDP und CDU sowie der geringen verbleibenden Zeit bis zum Wahltermin ganz darauf, als „Nahziel" für einen Wahlblock der bürgerlichen Parteien einzutreten.[46] Trotz der Besonderheiten des Hamburger Bürgerschaftswahlrechts, das die stimmstärkste Partei bei der Sitzverteilung in extremer Weise bevorzugte und insofern einen deutlichen Anreiz bot, sich zumindest zu einem Wahlbündnis zusammenzufinden, scheiterten allerdings auch diese Bemühungen.[47] Erst unmittelbar vor der Bürgerschaftswahl vom 13. Oktober 1946 entschloß sich die VBH-Führung,

40 Schr. d. VBH an Bürgermeister Rudolf Petersen v. 24. 10. 1945 (ebd. U 166).
41 Schr. d. VBH an d. Militärregierung v. 22. 11. 1945 (ebd.).
42 Wieck, Entstehung der CDU, S. 194.
43 Schr. v. de Chapeaurouge an Hans Ewers v. 10. 11. 1945 (StA Hamburg NL de Chapeaurouge U 165).
44 Aktennotiz über eine Besprechung zwischen d. VBH u. d. Vorstand d. „Liberalen Partei" am 21. 1. 1946 (ebd. U 166); Schr. v. William Kohrs u. de Chapeaurouge an d. Militärregierung v. 2. 2. 1946 (ebd.); Schr. v. de Chapeaurouge an Bürgermeister Rudolf Petersen v. 14. 2. 1946 (ebd.); Schr. d. Militärregierung an d. „Partei der Hamburger Bürgerschaftlichen Rechten" v. 15. 2. 1946 (ebd. U 165).
45 Schr. d. Militärregierung an de Chapeaurouge v. 3. 1. 1946 (ebd. U 166); Aktennotiz v. de Chapeaurouge über eine Besprechung mit Major Mackroness am 10. 1. 1946 (ebd. U 167); Schr. d. Militärregierung an de Chapeaurouge v. 17. 4. 1946 (ebd.); Aktennotiz v. de Chapeaurouge über d. Lizenzerteilung v. 15. 7. 1946 (ebd. U 166); Schr. d. Militärregierung an d. VBH v. 27. 7. 1946 (ebd.).
46 VBH. Richtlinien d. Bundes. Flugschrift v. August 1946 (ebd.); Aufruf d. VBH v. August 1946 (ebd.); Schr. v. de Chapeaurouge an d. FDP-Vorsitzenden Christian Koch v. 25. 7. 1946 (ebd.).
47 Vgl. aus d. umfangreichen Briefwechsel de Chapeaurouges mit d. FDP-Vorsitzenden Willy Max Rademacher u. d. CDU-Vorsitzenden Max Ketels v. a. d. Schr. de Chapeaurouges an Ketels v. 24. 9. 1946 (ebd.).

das Angebot für eine Kandidatur ihres Vorsitzenden auf der CDU-Liste anzunehmen[48]; am 1. Oktober beantragte de Chapeaurouge auch seine Aufnahme in die Union.[49]

Die zweite Initiative dieser Art ging von der sogenannten „Fraktion der Parteilosen" in der im Februar 1946 ernannten Bürgerschaft aus, der neben dem Senat und Abgeordneten der politischen Parteien auch Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Gruppen angehörten.[50] Die zunächst 23 nicht parteigebundenen Bürgerschaftsmitglieder verfolgten zwar keine einheitliche politische Linie, aber die Mehrzahl von ihnen tendierte „in die Richtung einer kaufmännisch-mittelständischen Interessenvertretung" und befürwortete eine Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte.[51] Ihr Vorsitzender, Bürgermeister Petersen, führte – seine Bemühungen vom September 1945 von neuem aufgreifend – im Frühjahr 1946 mehrfach Verhandlungen mit der CDU und FDP über die Vereinigung beider Parteien, in die auch deren Zonenvorsitzende Heile und Adenauer eingeschaltet waren.[52] Als auch bei den von ihm geleiteten Gesprächen Ergebnisse ausblieben, trat Petersen am 26. Juni 1946 zusammen mit 13 anderen Mitgliedern seiner Fraktion zu den Christdemokraten über, während sich lediglich ein Abgeordneter der FDP anschloß – ein weiterer hospitierte in deren Fraktion.[53] Erst durch diese doppelte Verstärkung wuchs die CDU zu einer ernsthaften, ja, letztlich sogar überlegenen Konkurrenz für die in der Anfangsphase entsprechend den politischen Traditionen der Hansestadt dominierenden Liberalen heran, da sie nun nahezu das gesamte Spektrum rechts von der früheren DDP für sich gewonnen hatte.

Daß der Abschluß der parteipolitischen Formierung der bürgerlichen Kräfte in Hamburg so einseitig den Christdemokraten zugute kam, mag zum Teil bereits durch eine weitsichtige Einschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten von CDU und FDP veranlaßt gewesen sein; immerhin zeichnete sich zu diesem Zeitpunkt – z.B. in Schleswig-Holstein – schon ab, daß die Unionskonzeption erfolgreich sein werde und daß die CDU nicht nur in den Zentrumshochburgen, sondern auch im protestantischen Norddeutschland werde Fuß fassen können. Der konkrete Anlaß war jedoch, daß sowohl aus der Sicht des Vaterstädtischen Bundes[54] wie auch

48 Aktennotiz über eine Vorstandssitzung d. VBH am 27. 9. 1946 (ebd.).
49 Schrr. d. CDU-Landesverbandes Hamburg an de Chapeaurouge v. 2. u. 5. 10. 1946 (ebd. U 168). Vgl. auch Wieck, Entstehung der CDU, S. 184 u. 194, u. Johe, Bürgermeister Petersen, S. 399f.
50 Kästner, Bürgerschaft, S. 30ff.; Dreckmann, Hamburg, S. 63ff.
51 Johe, Bürgermeister Petersen, S. 397f.
52 Schr. v. Rudolf Petersen an Wilhelm Heile v. 5. 4. 1946 (BA NL Heile Bd. 39); Schr. v. Heile an Wilhelm Hermes v. 28. 6. 1946 (ebd. Bd. 92); Schr. v. Heile an Franz Blücher v. 1. 7. 1946 (ebd. Bd. 77). Zu den bis in den Sommer 1945 zurückreichenden Kontakten zwischen Petersen und Adenauer vgl. jetzt Adenauer, Briefe 1945-1947, S. 58, 63f., 86f., 180 u. bes. 198f.
53 Johe, Bürgermeister Petersen, S. 401; Dreckmann, Hamburg, S. 104ff.; Wieck, Entstehung der CDU, S. 184 u. 195; Petersen, Bürgermeister, S. 19.
54 Schr. d. VBH an d. CDU-Vorsitzenden Max Ketels v. 24. 9. 1946 (StA Hamburg NL de Chapeaurouge U 166); Rdschr. d. VBH v. Januar 1947 (ebd.).

der Fraktion der Parteilosen allein die Haltung der FDP für das Scheitern der Sammlungsbestrebungen verantwortlich war.[55] Denn obwohl auch die CDU letztlich wenig Bereitschaft gezeigt hatte, in einer neuen Sammlungspartei aufzugehen[56], hatte sie sich insgesamt abwartend verhalten, während die Liberalen von vornherein kaum einen Zweifel daran ließen, daß sie dem Sammlungskonzept aus grundsätzlichen politischen Erwägungen ablehnend gegenüberstünden.[57]

Zur Begründung wurde von ihnen nämlich nicht nur auf die formalen Schwierigkeiten, die einer solchen Parteienfusion wegen der alliierten Vorschriften und wegen der bereits erfolgten zonalen Zusammenschlüsse von CDU- und FDP-Landesorganisationen entgegenstehen mußten, sowie auf programmatische Differenzen in Fragen der Kultur- und Wirtschaftspolitik verwiesen[58], sondern darüber hinaus betont: Es „kommt uns nicht darauf an, irgendwelche antimarxistischen oder antibürgerlichen Blöcke zu schaffen, sondern im Gegenteil, wir betrachten es als unsere Aufgabe, auszugleichen und jede Radikalisierung irgendeines Flügels zu verhindern".[59] Denn Deutschland könne – besonders in der gegenwärtigen Notsituation – den „Spannungszustand" eines Zweiparteiensystems mit der SPD als „Klassenkampfpartei marxistischer Prägung" auf dem einen und der CDU als „Partei der sozialen und politischen Reaktion" auf dem anderen Flügel nicht verkraften. Solle es „daran nicht zerbrechen, so braucht [... (es)] eine starke ausgleichende Mitte, gleichzeitig Brücke und gleichzeitig Barriere zwischen den bindungs- und beziehungslosen Mächtegruppen links und rechts. Diese Mitte zu bilden ist die geschichtliche Aufgabe der Freien Demokratischen Partei [...]. Konzentration der politischen Kräfte tut in Deutschland gewiß not – bitter not. Aber nicht Konzentration auf den auseinanderfallenden Flügeln, sondern Konzentration in der sammelnden und verbindenden Mitte."[60]

Die Parallelen bei der Entstehung und Entwicklung der liberalen Partei in Hamburg und Württemberg beschränkten sich demnach nicht auf die

55 Johe, Bürgermeister Petersen, S. 400f.; Wieck, Entstehung der CDU, S. 194f.

56 Vgl. bes. d. Schr. v. de Chapeaurouge an Max Ketels v. 9. 8. 1946 (StA Hamburg NL de Chapeaurouge U 166) u. d. Aktennotiz v. de Chapeaurouge über eine Besprechung mit Vertretern d. CDU am 23. 8. 1946 (ebd.) sowie d. Berichterstattung über den VBH-Wahlblockaufruf in der CDU-nahen Hamburger Allgemeinen, zit. bei Lüth, Hamburger Bürgerschaft, S. 47.

57 „Keine Vereinigung FDP-CDU", in: Hamburger Freie Presse Nr. 4 v. 13. 4. 1946.

58 Eduard Wilkening, Warum es nicht zum Zusammenschluß kam, in: ebd., Nr. 27 v. 3. 7. 1946.

59 Willy Max Rademacher, Bürgerschaft Hamburg 19. Sitzung v. 8. 10. 1946, S. 473; ähnlich Hermann Schäfer, in: Hamburger Freie Presse Nr. 53 v. 2. 10. 1946. Schäfer, vor 1933 Vorsitzender d. DDP-Wahlkreisverbandes Köln-Aachen und Mitglied des Reichsvorstandes, war Anfang 1946 nach Hamburg übergesiedelt und im Juli des gleichen Jahres zum stellvertretenden Vorsitzenden d. FDP-Landesverbandes gewählt worden. Zum Lebenslauf Schäfers vgl. v. a. dessen Schr. an Wilhelm Heile v. 19. 2. 1946 (BA NL Heile Bd. 76).

60 Die historische Aufgabe der Freien Demokratischen Partei. Flugblatt v. Juli 1946 (StA Hamburg FDP I A 2). Ähnlich, aber in einer Nuance noch deutlicher Willy Max Rademacher, Bürgerschaft Hamburg 19. Sitzung v. 26. 8. 1947, S. S232: „In diesem Land wird nur fortschrittliche Politik getrieben werden können, wenn eine große Partei der Mitte da ist als Ausgleich, und das ist die Partei, als die wir uns auf Grund unserer historischen Vergangenheit betrachten."

gemeinsame ausgeprägte personelle Kontinuität zu den jeweiligen DDP-Landesorganisationen der Weimarer Zeit. Vielmehr bedingte hier wie dort die Überzeugung der Parteigründer, auf einen beträchtlichen Mitglieder- und Wählerstamm zurückgreifen und so erneut eine relevante politische Kraft werden zu können, auch eine weitgehende ideologische Anknüpfung an linksliberale Traditionen. Denn so sehr man sich im Interesse der Gewinnung neuer Anhänger auch dagegen wehrte, als bloße Fortsetzung der DDP etikettiert zu werden[61], so eindeutig stellte man in den Mittelpunkt der eigenen Konzeption die überkommene Auffassung, daß eine liberale Partei, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wolle, ihre Grundüberzeugungen durch die Herauslösung einzelner politischer Zielvorstellungen aus ihrem Gesamtzusammenhang deformieren zu lassen, keine dauerhafte Bindung an eine andere politische Richtung eingehen dürfe, sondern daß ihr gewissermaßen natürlich die Ausgleichsfunktion zwischen der Rechten und der Linken zukomme. Wie für die Württemberger gab es für die Freien Demokraten der Hansestadt in diesem Kernpunkt keine Kompromißbereitschaft und folglich auch keine Basis für ein Zusammengehen mit den der DVP entstammenden und in deren ideologischer Tradition für den Bürgerblock eintretenden Kräften.

Dieser Grundlinie blieb die Hamburger FDP in dem ganzen hier zu behandelnden Zeitabschnitt und darüber hinaus treu. Insbesondere zählte sie, als der hessische LDP-Vorsitzende August Martin Euler mit der demonstrativen Signierung seines Landesverbandes als „Rechtspartei" seit Ende März 1948[62] heftige innerparteiliche Richtungskämpfe auslöste, zu dessen engagiertesten Kritikern: „In Deutschland", so formulierte es ihr Landesverbandsvorsitzender Willy Max Rademacher in kaum zu überbietender Schärfe[63], „ist der Begriff der Rechtspartei unlösbar mit einer politischen Weltanschauung verknüpft, die sich vornehmlich an die Instinkte aller derjenigen wendet, für die das Militaristische, Nationalistische, Imperialistische und schließlich das Antisemitische das Entscheidende in der politischen Betätigung überhaupt ist. Selbst wenn die Befürworter des Gedankens, wir sollten uns zu einer Rechtspartei erklären, diesem Begriff einen neuen Inhalt geben wollten, der den klassischen demokratischen Begriffen einer Rechtspartei entspricht, hätten sie wahrscheinlich die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Einströmen der aus weltanschaulichen Gründen rechtsstehenden Kreise von Niemandem verhindert werden könnte. Das aber

61 Hermann Schäfer, Die Aufgabe, in: Die Freie Stadt Nr. 1/2 v. 21. 2. 1947: „Wenn wir mit dem Namen ‚Freie Stadt' an eine Überlieferung anknüpfen, so begründet das nicht nur eine unmittelbare Gleichsetzung der Freien Demokratischen Partei von heute mit demokratischen Richtungen des deutschen politischen Lebens in der Zeit vor Hitlers Machtübernahme. Die FDP. ist keine Fortsetzung früherer Parteien. Gewiß, sie trägt die großen Überlieferungen des demokratischen Liberalismus, die [sic!] im neunzehnten Jahrhundert immer wieder – leider vergeblich – sich um eine rechtzeitige Wandlung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Lebensformen bemühte, hinein in die Zeiten des mühsamen Staatsaufbaus der nächsten Zukunft. Die FDP. ist eine gegenwartsnahe Partei und ist in ihrer Zielsetzung der Zukunft zugewandt."

62 Vgl. oben S. 63ff.

63 Sind wir eine Rechtspartei?, in: Die Freie Stadt Nr. 11 v. 25. 11. 1948.

würde bedeuten, daß sich die demokratischen Parteien Deutschlands nicht nur immer mehr von den liberalen Grundsätzen entfernen, sondern geradezu an diesen Grundsätzen Verrat üben würden. Wir würden in einen Hugenberg-Kurs hineinsteuern, dessen endgültiger Weg von 1918 bis zum Zusammenbruch 1945 uns eigentlich noch in lebhafter Erinnerung sein sollte." Abschließend umriß Rademacher noch einmal dezidiert den Standpunkt seines Landesverbandes: „Unsere historische Aufgabe steht unverrückbar und unverändert fest. In der Wirtschaftspolitik stehen wir in der Forderung der unteilbaren Freiheit auf dem äußersten rechten Flügel. In der Vertretung politischer Freiheitsrechte, vor allem auf den Gebieten der Kultur, des demokratischen Neubau des Staates usw. könnte man uns ebensogut als Linkspartei bezeichnen [...]. Wir sollten uns also nach wie vor als eine Partei bezeichnen, die wegen ihrer ausgleichenden Aufgabe in den Parlamenten sinnfällig weder rechts noch links, sondern in der Mitte ihren Platz hat."

Dieser Linientreue scheint auf den ersten Blick zu widersprechen, daß sich die Hamburger FDP zur Bundestagswahl im August und zur Bürgerschaftswahl im Oktober 1949 zu einer umfassenden Wahlabsprache mit der CDU bereitfand. Für den Urnengang zum Bundesparlament waren beide Parteien übereingekommen, jeweils nur in vier Wahlkreisen eigene Direktkandidaten aufzustellen, im übrigen aber – wenn auch mit der gebotenen Zurückhaltung im Wahlkampf – selbständig aufzutreten. Für die Abstimmung über die Bürgerschaft stellten sich CDU und FDP mit einer gemeinsamen Landesliste unter der Bezeichnung „Vaterstädtischer Bund Hamburg" dem Wähler.[64] Wie der Name bereits andeutet, ging das Wahlabkommen in erster Linie auf Bemühungen von Paul de Chapeaurouge zurück, dessen VBH sich 1946 nach dem Scheitern seiner Versuche, das bürgerliche Spektrum in einer gemeinsamen Partei zusammenzufassen, keineswegs aufgelöst hatte, sondern – verstärkt seit dem Herbst 1948 – von neuem aktiv geworden war und der nun sein Sammlungskonzept wenigstens partiell hatte zum Erfolg führen können.[65]

Dennoch darf aus der Bereitschaft der Liberalen zu einem Wahlbündnis keineswegs geschlossen werden, auch sie seien nun weitgehend auf den Bürgerblock-Kurs eingeschwenkt. So wichtig auch die gegen die Sozialdemokraten gerichtete Zusammenarbeit von CDU und FDP im Frankfurter Wirtschaftsrat und der unübersehbare Aufwärtstrend des rechten Parteiflügels in der liberalen Bundespartei als Vorbereitung und Grundlage für diese Kooperation gewesen sein mögen, das Wahlabkommen resultierte zunächst und ganz überwiegend aus den Besonderheiten des

64 Das von den beiden Landesvorsitzenden Scharnberg und Rademacher unterzeichnete Abkommen v. 28. 6. 1949 ist im Faksimile abgedruckt in einem SPD-Flugblatt („Das Linsengericht der FDP. Eine Partei dankt ab!") vom Juli oder August 1949 (StA Hamburg NL de Chapeaurouge U 170). Vgl. auch Hamburger Freie Presse Nr. 76 v. 30. 6. 1949 u. Lüth, Hamburger Bürgerschaft, S. 45f. u. 48f.

65 Vgl. v.a. d. Aktennotizen v. de Chapeaurouge über seine Besprechungen mit Vertretern d. FDP und d. CDU am 31. 10. u. 1. 11. 1948, d. Niederschrift über eine Zusammenkunft v. Vertretern d. CDU u. FDP am 7. 6. 1949 u. d. Schr. d. CDU-Vorsitzenden Hugo Scharnberg an de Chapeaurouge v. 13. 6. 1949 (StA Hamburg NL de Chapeaurouge U 170).

Wahlsystems für die Hamburger Bürgerschaft, das die stärkste Partei in außergewöhnlichem Umfang begünstigte: Bei der Wahl vom Oktober 1946 waren 76,4% der Sitze durch direkte Wahl, lediglich 23,6% nach dem Proportionalprinzip vergeben worden. Die FDP hatte daher mit 18,2% der Stimmen nur 6,4% der Sitze erringen können, während die SPD mit 43,1% der Stimmen 75,5% der Sitze gewonnen hatte.[66] Für die Wahl vom Oktober 1949 war zwar die Relation zwischen Direkt- und Listenmandaten erheblich zugunsten letzterer verschoben worden, doch galt auch jetzt noch, daß die bürgerlichen Parteien nur mit einer gemeinsamen Kandidatur eine ihrer Stimmenzahl annähernd adäquate Fraktionsstärke erreichen oder gar hoffen konnten, die absolute Mehrheit der Sozialdemokraten zu brechen.[67] Aus der Sicht der Liberalen formuliert: Nur das Wahlbündnis konnte ihnen eine Fraktionsstärke und Position in der Bürgerschaft bringen, die erst die Wahrnehmung einer Mittlerrolle möglich machte.[68]

Allerdings führte auch diese genau begrenzte Zusammenarbeit mit der CDU zu heftigen innerparteilichen Kontroversen im Hamburger FDP-Landesverband. Der erste Nachkriegsvorsitzende der Partei, Senator Christian Koch, wurde sogar wegen seiner vehementen Kritik an dem Wahlabkommen aus dem Landesverband ausgeschlossen und unternahm den später gescheiterten Versuch, eine neue „Liberale Partei" zu gründen.[69] Mit Eduard Wilkening verließ darüber hinaus ein weiteres prominentes Gründungsmitglied die FDP.[70] Die Landesverbandsführung aber unterstrich durch ihr Eintreten für eine Erneuerung der großen Koalition mit den Sozialdemokraten nach der Bürgerschaftswahl den rein taktischen Charakter ihrer Kooperation mit der CDU.[71] Nicht zuletzt blieb die Hamburger FDP in der liberalen Bundespartei einer der wichtigsten Exponenten einer Politik der Mitte und des Ausgleichs zwischen den beiden großen parteipolitischen Lagern in der Bundesrepublik.[72]

---

66 Kästner, Bürgerschaft, S. 32 u. 34f.

67 Lüth, Hamburger Bürgerschaft, S. 45, u. Sussmann, Liberale, S. 62. Der VBH war nur insofern erfolgreich, als er mit 34,5% der Stimmen 33,3% der Sitze erzielte; die absolute SPD-Mehrheit blieb jedoch bestehen. Erst ein zweiter Anlauf – 1953 unter der Bezeichnung „Hamburg-Block" – verwies die Sozialdemokraten für eine Legislaturperiode in die Opposition.

68 Vgl. in diesem Sinne auch den Leitartikel „In einer Front" in: Hamburger Freie Presse Nr. 76 v. 30. 6. 1949, dessen Autor ausdrücklich den Vorwurf einer Bürgerblockpolitik der FDP zurückwies, allerdings auch auf die grundlegende wirtschaftspolitische Frontstellung hinwies, die die Position von CDU und FDP gegenüber den Sozialdemokraten bestimme.

69 Vgl. d. Bericht über d. Sitzung d. FDP-Landesausschusses am 31. 10. 1948, in: Die Freie Stadt Nr. 11 v. November 1949, u. Lüth, Hamburger Bürgerschaft, S. 49. Koch kehrte 1955 in die Reihen der Hamburger FDP zurück.

70 Offener Brief v. Eduard Wilkening an Herrn Willy Max Rademacher, den Vorsitzenden der FDP in Hamburg, v. 13. 10. 1949 (StA Hamburg FDP I A 2).

71 Willy Max Rademacher, Links oder rechts?, in: Die Freie Stadt Nr. 12 v. Dezember 1949.

72 Vgl. etwa das von den Hamburgern als Antwort auf „Das Deutsche Programm" der nordrhein-westfälischen FDP ausgearbeitete „Liberale Manifest", beide abgedruckt bei Juling, Programmatische Entwicklung, S. 120ff.; zu dem innerparteilichen Ringen um die Programmatik ebd., S. 23ff., Gutscher, FDP, S. 135ff., u. Kaack, Die Liberalen, S. 413f.

b) Schleswig-Holstein

Die Freie Demokratische Partei Schleswig-Holsteins entstand als letzte liberale Landespartei in der britischen Zone, obwohl hier im äußersten Norden Deutschlands von der Besatzungsmacht kein völlig neues politisches Gebilde geschaffen worden war, das erst eine langwierige Neuorientierung auch der Parteipolitik erfordert hätte, und obwohl die konfessionelle Bindung der Bevölkerung mit einem protestantischen Anteil von 87,9% bei nur 6,8% Katholiken im Jahre 1946 der in den benachbarten Ländern durchaus vergleichbar war.[1] Die beiden liberalen Parteien hatten vor 1933 im Wahlkreis Schleswig-Holstein durchgängig überdurchschnittlich hohe Stimmenanteile erzielen können, wobei mit Ausnahme der Wahl zur Nationalversammlung 1919 jeweils die DVP mit erheblichem Vorsprung die innerliberale Führungsstellung eingenommen hatte. Zur stärksten bürgerlichen Partei aber hatten sich in den zwanziger Jahren parallel zum Rückgang von DDP und DVP die Deutschnationalen entwickelt, bis das Land schließlich seit 1930 eine Hochburg der Nationalsozialisten war – in den drei Reichstagswahlen der Jahre 1930 und 1932 war es immerhin für die NSDAP der Wahlkreis mit dem höchsten Stimmenanteil.[2] Was die Entwicklung in Schleswig-Holstein also vor allem von der in den Hansestädten unterschied und die Ausgangssituation für eine liberale Parteigründung nach 1945 so negativ beeinflußte, war der völlige Zusammenbruch der Stellung des Liberalismus in der Endphase der Weimarer Republik. Er war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß das kleine und mittlere Bauerntum, das hier jahrzehntelang die wichtigste Stütze des Liberalismus – insbesondere der linksliberalen Parteien – gewesen war, sich sehr viel früher und in erheblich stärkerem Maße antiliberalen und schließlich faschistischen Tendenzen öffnete.[3]

Ihren Ausgang nahm die liberale Parteigründung in Schleswig-Holstein von einer Gruppe ehemaliger DDP-Mitglieder um Peter Christel Asmussen im Kreis Pinneberg, die sich unmittelbar nach dem britischen Einmarsch zusammengefunden haben soll und die sich bald auch um Kontakte zu früheren führenden linksliberalen Politikern bemühte. Eine solche Verbindung ergab sich im Juli 1945 lediglich – und das war symptomatisch für die schwierige Ausgangssituation – zu dem Ministerpräsidenten von Oldenburg, Theodor Tantzen, der den Wahlkreis zwischen 1928 und 1930 im Reichstag vertreten hatte und außerdem Mitglied des DDP-Reichsvorstands gewesen war.[4] In den Besprechungen konnte insoweit Übereinstimmung erzielt werden, „daß unter allen Umständen eine demokratische Partei im Kreise Pinneberg und darüber hinaus in der Pro-

1 Wieck, Entstehung der CDU, S. 154.
2 Heberle, Landbevölkerung, S. 30 u. 34; Milatz, Wähler und Wahlen, S. 93, 100 u. 112. Vgl. auch Sahner, Politische Tradition, u. Tilton, Nazism.
3 Heberle, Landbevölkerung, S. 103f., 114ff. u. passim; Stoltenberg, Politische Strömungen, S. 195ff.
4 Börger, Tantzen, S. 187–200.

vinz und in der ganzen britischen Zone gegründet werden müsse". Diese Initiative führte im Herbst 1945 zur Gründung einer „Demokratischen Volkspartei" im Kreise Pinneberg[5], die von ihrem Programm eindeutig als liberale Organisation ausgewiesen wurde und die nach dem Willen ihrer Gründer an die DDP-Tradition anknüpfen sollte.[6]

Gleichzeitig hatte sich in Kiel ein Kreis gebildet, dem u. a. der frühere Vorsitzende der schleswig-holsteinischen DVP, Carl Schröter, der Oberbürgermeister von Kiel, Max Ehmcke (DDP), sowie drei weitere frühere Linksliberale, aber auch einige Parteilose – darunter ein evangelischer und ein katholischer Geistlicher – angehörten. Diese Gruppe begann mit einer Besprechung am 8. August 1945 ihre konkreten Vorbereitungen für eine Parteigründung. Obwohl auch hier in personeller und programmatischer Hinsicht das bürgerlich-liberale Element unübersehbar war, unterschieden sich die Kieler von der zuvor angesprochenen Initiative darin, daß sie nicht bloß dem Umkreis der alten DDP entstammten. Folgerichtig wollten sie bewußt nicht Weimarer Parteiformen – etwa mit der „Adoption eines der früheren Parteinamen" – wieder aufnehmen; sie strebten vielmehr „eine umfassende demokratische Partei", also die bürgerliche Sammlung rechts von der Sozialdemokratie, an und entschieden sich schließlich für die Bezeichnung „Demokratische Aufbaupartei".[7]

Für die weitere Entwicklung der bürgerlichen Parteigründungen in Schleswig-Holstein war mitentscheidend, daß die Kieler „Aufbaupartei" im September und Oktober 1945 zunächst Verbindungen zu einem „christlich-konservativen" Kreis um Hans Schlange-Schöningen in Ostholstein, in dem vor allem frühere Deutschnationale vertreten waren, und zu einer „christlich-demokratischen" Gruppe in Rendsburg, die von dem Mitbegründer der Berliner CDU, Theodor Steltzer (vor 1933 zeitweise DDP-Mitglied), initiiert worden war, knüpfte.[8] Bei diesen Verhandlungen zeigten sich die Kieler sogar bereit, um der Realisierung der bürgerlichen Sammlung willen eine christliche Akzentsetzung im Parteinamen zu akzeptieren.[9] In den folgenden Wochen versuchte Schröter für die Kieler „Aufbaupartei" den Sammlungsgedanken auf weitere Kreise Schleswig-Holsteins auszudehnen und nahm dabei auch Kontakt zur Pinneberger „Volkspartei" auf, die sich zwar prinzipiell zur Mitarbeit bereiterklärte, aber ihre Ablehnung einer „christlichen" Parteigründung nicht verhehlte.[10] Diesen Wünschen wurde insofern Rechnung getragen, als die Provinzpartei von einer für den 4. Januar 1946 nach Rendsburg einberufenen Delegiertenversammlung unter dem Namen „Demokratische Union" konstituiert wurde; auch bei den Vorstandswahlen – als Vorsit-

5 Bericht v. Peter Christel Asmussen über d. „Weg zur Freien Demokratischen Partei im Kreise Pinneberg" v. Mai 1946, S. 1f. (FNS Akte LV Hamburg/Schleswig-Holstein 1945–1949).
6 Programm d. Demokratischen Volkspartei für den Kreis Pinneberg, o.D. (1945) (FDP Schleswig-Holstein).
7 Wieck, Entstehung der CDU, S. 174ff.
8 Ebd., S. 158ff. u. 176ff.; vgl. auch Varain, Parteien und Verbände, S. 37ff.
9 Wieck, Entstehung der CDU, S. 176f.
10 Bericht v. Asmussen v. Mai 1946, S. 2f. (a.a.O.).

zender wurde Schröter, als sein Stellvertreter Asmussen berufen – zeigte sich ein liberales Übergewicht. Mit diesen Beschlüssen war die bürgerliche Sammlung also vorläufig aufrechterhalten worden. Allerdings war in Rendsburg die Gruppe von Schlange-Schöningen, die am intensivsten auf die christliche Akzentsetzung drängte, nicht vertreten gewesen, und vor allem war nicht über die Frage entschieden worden, ob sich die neue Partei auf zonaler Ebene an die freien oder an die christlichen Demokraten anschließen solle.[11]

Nachdem die FDP und die CDU der britischen Zone am 7./8. bzw. 21./22. Januar 1946 gegründet worden waren, ließ sich diese Entscheidung jedoch nicht mehr länger aufschieben. Eine Delegiertentagung in Rendsburg stimmte am 15. Februar mit großer Mehrheit dem Antrag Schröters auf Übernahme des christdemokratischen Namens zu[12], während sich die opponierende linksliberale Minderheit um Asmussen zunächst unentschlossen zeigte. Wohl in dem Bewußtsein der schwachen eigenen Position bemühte sie sich noch über einen Monat lang um einen Kompromiß mit der CDU und entschloß sich erst zur Gründung einer eigenen Landesorganisation, als sie Rückendeckung von der Hamburger FDP erhielt.[13] Am 28. März 1946 wurde in Neumünster in Anwesenheit des Vorsitzenden der FDP-Zonenorganisation, Wilhelm Heile, und des Hamburger FDP-Vorsitzenden, Christian Koch, ein provisorischer Landesvorstand unter Führung von Asmussen gebildet, der zunächst die Zulassung der sechs vorhandenen liberalen Kreisparteien betrieb und erreichte.[14] Diesem Schritt folgte am 10. Mai 1946 der Antrag auf landesweite Lizenzierung, der wenige Tage später von der britischen Militärregierung genehmigt wurde.[15] Ihren endgültigen Abschluß fand die Gründungsphase der FDP Schleswig-Holsteins schließlich am 26. November 1946 mit dem ersten Landesparteitag in Neumünster.[16] Die Partei hat jedoch noch lange darüber hinaus unter der nicht zuletzt aus ihrer Entstehungsgeschichte resultierenden Schwäche gelitten.

Viel stärker als in anderen Ländern blieb unklar, auf welche politischen Kräfte sich denn die neue Partei stützen wollte. Zwar waren es – so scheint es – in erster Linie ehemalige DDP-Mitglieder, die gegen die Konzeption einer bürgerlichen Sammlung unter christlichem Vorzeichen opponierten und auf die Bildung einer selbständigen liberalen Partei drängten; doch für eine landesweite Reorganisation der linksliberalen Kreise nach dem Vorbild Hamburgs und des deutschen Südwestens fehlte die personelle Basis völlig: Lediglich ein Mitglied des ersten FDP-Landesvorstands, der stellvertretende Vorsitzende Hans Thiessen, der dieses Amt bereits in der DDP bekleidet hatte, entstammte der linkslibe-

11 Ebd., S. 3; Wieck, Entstehung der CDU, S. 189 u. 192f.
12 Ebd., S. 193f.; Bericht v. Asmussen v. Mai 1946, S. 4 (a.a.O.).
13 Ebd., S. 4f.
14 Ebd., S. 6; Schr. d. britischen Militärregierung an Dietmar Petersen v. 4. 5. 1946 (FDP Schleswig-Holstein). Vgl. auch Varain, Parteien und Verbände, S. 47.
15 Schr. v. Peter Christel Asmussen an d. britische Militärregierung v. 10. 5. 1946 u. deren Antwort v. 14. 5. 1946 (FDP Schleswig-Holstein).
16 Rdschr. d. FDP-Landesverbandes Schleswig-Holstein v. 5. 11. 1946 (ebd.).

ralen Führungsspitze der Weimarer Zeit; die übrige nachweisbar noch lebende DDP-Prominenz war entweder nicht mehr in Schleswig-Holstein ansässig[17] oder hat sich nicht – zumindest nicht in relevanten und damit erfaßbaren Positionen – für die FDP engagiert.

Ohne diese war man jedoch nicht in der Lage, die linksliberale Anhängerschaft weitgehend geschlossen für die neue Partei zu gewinnen, und es fehlte zugleich der Kristallisationspunkt, um den sich parteipolitisch bisher nicht gebundene Kräfte hätten gruppieren können. So war die FDP über Jahre hinweg nur in den wenigen Kreisen Süd- und Westholsteins nennenswert vertreten, in denen sich bereits im Spätsommer 1945 ehemalige DDP-Mitglieder zusammengefunden hatten.[18] Nachdem die Partei im zweiten ernannten Landtag durch vier Abgeordnete repräsentiert worden war, scheiterte sie bei der ersten Landtagswahl am 20. April 1947 mit knapp 5% der Stimmen an der Sperrklausel des Wahlgesetzes, die die Zuteilung von Parlamentssitzen von dem Gewinn eines Direktmandats abhängig machte.[19]

Mit dieser organisatorischen Schwäche und der weitgehenden Einflußlosigkeit in der schleswig-holsteinischen Landespolitik war – zugleich durch diese befördert wie auch wiederum diese bedingend – verbunden die Unfähigkeit der FDP, eine eindeutige, in den Auseinandersetzungen mit den anderen Parteien unverwechselbare eigene Linie zu finden. Das Ausscheren der FDP-Gründer aus der bürgerlichen Sammlungsfront war – wenngleich andere Überlegungen mitspielten – vor allem durch eine latent laizistische Grundhaltung bestimmt worden. Anders als in den Ländern mit einer mehr oder minder starken Zentrumstradition ergaben sich jedoch hieraus keine weiterreichenden, die FDP-Standpunkte zu einer eigenen Konzeption verdichtenden Gegensätze zu den Christdemokraten, insbesondere auf den Gebieten der Schul- und Wirtschaftspolitik. Mit anderen Worten: Der FDP fehlte die Möglichkeit, sich als die antiklerikale, antisozialistische und antiföderalistisch-nationale Alternative darzustellen, als die sich insbesondere die hessischen Liberalen mit dem Schlagwort von der „Rechtspartei" präsentierten. Aber auch für einen Kurs der Vermittlung und des Ausgleichs zwischen SPD und CDU fehlten die unabdingbare parlamentarische Schlüsselstellung wie auch die innerparteilichen Voraussetzungen. Denn die hier ohnehin nie sehr zahlreichen in der DDP-Tradition stehenden Kräfte, die in anderen Ländern Träger einer solchen Politik waren, wurden mehr und mehr durch jüngere Politiker abgelöst, die in erster Linie darauf abzielten, die FDP mit Hilfe einer scharf antisozialistischen Oppositionspolitik gegenüber den allein regierenden Sozialdemokraten und im Bündnis mit der CDU und

17 Neben dem bereits erwähnten Tantzen galt dies für die früheren Reichstagsabgeordneten Emilie Kiep-Altenloh, die zu den Mitbegründern der Hamburger FDP gehörte, und Marie Baum, die in Heidelberg lebte und dort in einer von Alfred Weber geleiteten Gruppe „Freier Sozialisten" mitarbeitete, sowie für den früheren DDP-Generalsekretär Max Hampel, den es nach Berlin verschlagen hatte.

18 Varain, Parteien und Verbände, S. 47f.

19 Jürgensen, Schleswig-Holstein, S. 47.

anderen bürgerlichen Parteien zurück in den Landtag und in die Regierung zu führen, die also letztlich doch eher einer Sammlungskonzeption zuneigten.[20] Die wesentlichen, die schleswig-holsteinische FDP sogar in ihrer Existenz als selbständiger Partei bedrohenden Auseinandersetzungen in dieser Frage fielen allerdings erst in die Jahre 1950 bis 1952 und liegen damit außerhalb unseres Untersuchungszeitraums.

In der breiten innerparteilichen, durch Euler und die hessische LDP ausgelösten Diskussion der Jahre 1948 und 1949 um die Grundlinie der westdeutschen Liberalen hat sich der schleswig-holsteinische Landesverband noch weitgehend zurückgehalten, obwohl sich bereits vereinzelt abzeichnete, daß die Sympathien seiner Mehrheit stärker dem von Hessen, Nordrhein-Westfalen und dann auch Niedersachsen eingenommenen Standpunkt galten. Symptomatisch war hier – in der Tendenz wie zugleich in seinen vorsichtigen Formulierungen – ein Artikel, den der Geschäftsführer der schleswig-holsteinischen Liberalen, Hans-Joachim Kraaz, im Juli 1949 unter der Überschrift „Der Ruf nach einer Rechtspartei" im Parteiorgan *Der Freie Demokrat*[21] veröffentlichte: Den Anlaß bot eine Serie von Veranstaltungen der Deutschen Partei, die hier im Vorfeld der Bundestagswahl erstmals massiv und mit beachtlichem Erfolg in Erscheinung trat und die vor allem mit nationalen bis nationalistischen Parolen um Anhänger warb. „Dahinter steht", so konstatierte nun Kraaz, „von der Wählerseite her gesehen, zweifellos ein echtes Bedürfnis, nämlich das nach einer durchaus nationalen oder ‚Rechtspartei'." „Dieses Attribut" habe „sich bisher keine der verschiedenen Parteien zuzulegen vermocht, auch nicht die CDU und die FDP, zumindest nicht in den Augen der Wähler." Diese Feststellung war für Kraaz nur der Ausgangspunkt – und hierin bestand das eigentliche Anliegen des Artikels –, von dem aus er den Anspruch der DP, die nationale Partei zu sein, wegen ihrer welfischen Abstammung und ihrer extrem föderalistischen Zielsetzungen scharf zurückweisen konnte. Doch sein Schlußsatz las sich eher wie ein Appell an die eigene Partei, endlich den langfristig erfolgversprechenderen Kurs, nämlich den einer Rechtspartei, einzuschlagen: „Jeder, der die jetzige politische Lage mit klaren Augen sieht, anerkennt das echte Bedürfnis nach einer nationalen Partei. Hier gilt es wirklich eine Lücke zu füllen; keiner kann sagen, wann sie geschlossen werden wird und durch wen [...]."

20 Ein sichtbarer Einschnitt war die Ersetzung des seit 1946 amtierenden Landesvorsitzenden Asmussen durch Fritz Oellers am 29. 1. 1949; vgl. Der Freie Demokrat (Kiel) Nr. 15 v. Juni 1949 u. Nr. 16 v. Juni 1949.

21 Nr. 19 v. Juli 1949.

c) Niedersachsen

Das heutige Land Niedersachsen wurde erst am 1. November 1946 von der britischen Militärregierung durch Zusammenlegung der früheren preußischen Provinz Hannover sowie der bislang selbständigen Länder Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe geschaffen. Obwohl sich diese politische Neugliederung des niedersächsischen Raumes bereits seit September 1945 abzeichnete[1], orientierte sich die Konstituierung insbesondere der liberalen Parteiorganisationen noch an den überkommenen und zunächst restaurierten politischen Gebilden – nicht zuletzt als Folge zum Teil erheblicher Abweichungen in der konfessionellen und sozioökonomischen Struktur wie auch differierender politischer Traditionen dieser Gebiete. Erst in verspäteter Reaktion auf die Neuordnung, nämlich nach der Landtagswahl vom 20. April 1947, schlossen sich die drei liberalen Landesparteien[2] am 28. Mai 1947 zu einem Landesverband Niedersachsen zusammen. Mitbedingt durch diesen Ablauf sind die eigentlichen Gründungsvorgänge der liberalen Organisationen nur bruchstückhaft überliefert, so daß gerade die für unsere Fragestellung so wichtigen, in Niedersachsen zu erwartenden, unterschiedlichen regionalen Entwicklungen lediglich in Ansätzen erfaßt werden können.[3]

Im Land Braunschweig wurde die politische Szene während der Weimarer Republik zum einen durch die deutliche evangelische Mehrheit (89,8% im Jahre 1925)[4] und zum anderen durch eine betont bürgerlich-mittelständische Sozialstruktur mit hohen Anteilen von Handwerkern, Kleinhändlern und Beamten, aber auch kleinen und mittleren Landwirten[5] geprägt. Das bürgerliche Spektrum wurde daher zunächst von den Liberalen dominiert, und zwar entsprechend der starken nationalliberalen Tradition des Landes – mit Ausnahme des Jahres 1919 – von der DVP. Ihre Stimmenanteile lagen in den Reichstagswahlen bis einschließlich 1930 ganz erheblich, zum Teil bis nahe an 100% über dem Reichsdurchschnitt, während die DDP immer mehr oder minder unterdurchschnittliche Ergebnisse erreichte und auch bereits ab 1924 kein rele-

1 Vgl. u. a. Vogelsang, Kopf und Niedersachsen, S. 51ff. u. 72ff.

2 Die Liberalen Schaumburg-Lippes bildeten keine eigene Landesorganisation, sondern lehnten sich zunächst an Westfalen, später an Hannover an.

3 Die von Heinz-Georg Marten vorgelegte Monographie: Unterwanderte FDP – vgl. auch die Vorstudie d. Verf., FDP in Niedersachsen –, ist leider in jeder Hinsicht höchst unbefriedigend. Insbesondere setzt die Untersuchung praktisch erst im Mai 1947 mit der Gründung des FDP-Landesverbandes Niedersachsen ein – nicht zuletzt weil Marten einige für das Thema einschlägige Quellenbestände, z. B. die Nachlässe von Wilhelm Heile und Franz Blücher im BA Koblenz, die wenigstens eine ansatzweise Skizzierung der Entwicklung in den Jahren 1945–1947 ermöglicht hätten, nicht herangezogen hat. Zudem ist sein Blick derart einseitig auf die Analyse des Verhältnisses von Liberalismus und Faschismus begrenzt, daß er dem komplexen Phänomen des Nachkriegsliberalismus in keiner Weise gerecht wird. Vgl. auch die Rezension v. Friedrich Henning, in: Das historisch-politische Buch 27, 1979, S. 203.

4 Milatz, Wähler und Wahlen, S. 74.

5 Roloff, Braunschweig , S. 17f. u. 21f.; vgl. auch d. Analyse der Sozialstruktur d. DVP-Mitgliedschaft bei Schelm-Spangenberg, DVP, S. 59ff. u. 119f.

vanter Faktor mehr in der Landespolitik war.[6] Die Spannungen zwischen beiden liberalen Parteien waren in Braunschweig ganz erheblich, da der DVP-Landesverband stark rechts orientiert war, bei der Mehrzahl der Landtagswahlen auf einer bürgerlichen Einheitsliste zusammen mit der DNVP und kleineren Parteien kandidierte und seit 1930 sogar eine Koalitionsregierung unter Einschluß der Nationalsozialisten stützte.[7] Der Rechtskurs verhinderte jedoch gerade nicht den letztlich mit der Entwicklung im Reich parallel laufenden Verlust der DVP-Position im Lande; die nationalliberale Hochburg wandelte sich seit 1930 sehr rasch in eine Domäne der NSDAP[8], wobei der Aufsaugungsprozeß in der Endphase der Weimarer Republik auch vor prominenten DVP-Politikern nicht halt machte.[9] Allerdings gingen die Braunschweiger Rechtsliberalen, als sie den faktisch nicht mehr existierenden Parteiverband lange vor dem entsprechenden Beschluß der Reichsorganisation am 26. April 1933 förmlich auflösten, nicht so weit wie andere Landesverbände, die ihren Mitgliedern den Übertritt zur NSDAP empfahlen.[10]

Nach der Beseitigung der NS-Herrschaft war für die Gründung und Entwicklung der liberalen Partei in Braunschweig entscheidend, daß der prominenteste noch lebende DDP-Politiker des Landes, der frühere Reichstagsabgeordnete, Landesminister und Mitglied des Reichsparteivorstands Heinrich Rönneburg, sich für ein Zusammengehen mit dem Zentrum in einer überkonfessionellen Sammlungspartei engagierte und auch eine Reihe weiterer Linksliberaler, darunter den letzten Landesvorsitzenden Otto Meyer, für diese Linie gewinnen konnte. Nach Vorgesprächen, die bis in den Mai 1945 zurückreichten, wurde am 15. September der braunschweigische Landesverband der „Christlich-Sozialen Union" konstituiert.[11] Der Charakter der bald in CDU umbenannten Partei läßt sich auf Grund der überaus dürftigen Quellenlage nur schwer bestimmen. Auf der einen Seite wurden die Führungsgremien paritätisch mit DDP- und Zentrums-Vertretern besetzt – den Vorsitz übernahmen Rönneburg und der Zentrums-Politiker Clemens Recker[12] –, ebenso trugen die programmatischen Äußerungen deutlich den Stempel des Kompromisses zwischen katholisch-christlichem und liberalem Gedankengut.[13] Auf der anderen Seite waren sich die Parteigründer bewußt, daß die Union in

6 Franz, Wahlen in Niedersachsen, S. 46ff., Schumacher, Stabilität, S. 395ff., Roloff, Braunschweig, S. 208 u. passim, sowie speziell zur Stadt Braunschweig Zöllner, 100 Jahre Wahlen, S. 107ff.

7 Schelm-Spangenberg, DVP, S. 161ff. u. passim; vgl. auch Roloff, Bürgertum, S. 19ff.

8 Franz, Wahlen in Niedersachsen, S. 46ff. u. 56ff., u. Schumacher, Stabilität, S. 400f.

9 So trat der Ehrenvorsitzende der braunschweigischen DVP, Hermann Schmidt, Mitte April 1933 zur NSDAP über; Roloff, Bürgertum, S. 157, u. Schelm-Spangenberg, DVP, S. 159.

10 Ebd., S. 158f.

11 Vgl. zur CDU-Gründung Wieck, Entstehung der CDU, S. 199; Fratzscher, CDU in Niedersachsen, S. 17 u. 20; vor allem aber Zöllner, Aspekte, S. 65ff., u. Lein, Antifaschistische Aktion, S. 149ff.

12 Das Paritätsprinzip wurde auch beibehalten, als der Landesvorstand am 14. 11. 1945 wegen eines politischen Betätigungsverbotes der Militärregierung für Beamte umgebildet werden mußte; neue Vorsitzende wurden Georg Strickrodt (DDP) und Carl Schönfeldt (Zentrum).

13 So hieß es im ersten, vom CDU-Kreisverband Braunschweig am 15. 1. 1946 veröffentlichten Flugblatt u. a.: „Die CDU erstrebt darüber hinaus ein Deutsches Reich aus der

Anbetracht des geringen Anhangs, über den DDP und Zentrum vor 1933 in Braunschweig verfügt hatten, auch Mitglieder und Wähler der weiter rechts stehenden bürgerlichen Parteien anziehen müsse.[14] Das Ergebnis der Landtagswahl vom April 1947 – 29,7% gegenüber nur 5,4% für die FDP und 6,0% für die DP – weist aus, daß dies der CDU zunächst in hohem Maße gelang.[15] Allerdings war mit dem Ausgreifen nach rechts gerade keine durch einen betonten Antisozialismus nach links scharf abgegrenzte bürgerliche Sammlung intendiert. Vielmehr schwebte dem Gründerkreis mehr das Bild einer konfessionsübergreifenden, durch die Verbindung christlicher und liberaler Elemente und durch einen zur Arbeiterschaft offenen sozialen Einzugsbereich auf die Mitte hin orientierten Volkspartei vor.[16]

Das Verhalten Rönneburgs und seines DDP-Kreises in der Parteigründungsphase scheint daher durch folgende Überlegungen bestimmt gewesen zu sein: Zum ersten veranlaßte sie das schwache Wählerreservoir der DDP, von vornherein auf die Wiedergründung einer selbständigen linksliberalen Partei zu verzichten. Zum zweiten suchten sie ihre Bündnispartner primär nicht in den Reihen der Nationalliberalen und der weiter rechts stehenden Parteien; dies mag auch durch die in diesem Spektrum anfänglich nur geringe politische Aktivität verursacht worden sein, vor allem aber war es eine bewußte Wendung gegen eine Zusammenarbeit, die – jedenfalls aus linksliberaler Sicht – gerade in Braunschweig durch das historische Vorbild der bürgerlichen Einheitsliste und deren Kooperation mit dem Nationalsozialismus belastet erscheinen mußte. Anders gewendet hieß dies zum dritten, daß das Bündnis mit dem Zentrum der Versuch war, die traditionelle linksliberale Konzeption einer Mittelpartei auf eine breitere Grundlage zu stellen und so in modifizierter Form fortführen zu können. Das Zentrum bot sich hier durch seinen vielschichtigen sozialen Einzugsbereich, durch seine anders als in manchen süddeutschen Ländern nicht einseitig antiliberale Zielsetzung und durch

---

Kraft der deutschen Länder und Stämme als Teil der großen abendländischen Kulturgemeinschaft. Zu uns gehört, wer mit uns die Persönlichkeit als entscheidenden Faktor der Politik, Kultur und Wissenschaft bejaht, wer, vom tausendjährigen Einfluß des Christentums auf europäisches Denken und deutsche Sitte überzeugt, die christliche Erziehung, zuerst in Haus und Familie, bejaht und dem Staate nicht verweigert, was dem Staate gegeben werden muß. Die Schule ist Staatsschule auf christlicher Grundlage, die Kirchen führen ihr Eigenleben unter dem Schutz des Staates." Zit. nach Zöllner, Aspekte, S. 67, u. Lein, Antifaschistische Aktion, S. 151. Zu Unrecht wertet Lein, ebd., S. 151, diesen Text als Zeugnis für eine Dominanz katholisch-konservativer Ideen. Denn gerade die Verbindung von Föderalismus und Reichsgedankem, die gleichzeitige Betonung der politischen Bedeutung der Persönlichkeit und des Christentums sowie die abgewogenen Formulierungen über das Verhältnis von Kirche und Staat, insbesondere im Schulwesen, belegen eindeutig den Kompromißcharakter des Flugblatts.

14 Vgl. folgenden, bei Zöllner, Aspekte, S. 67, zitierten Bericht des Neuen Hannoverschen Kuriers v. 9. 10. 1945, in dem erklärt wurde: „Die ‚CDP' wird zunächst ihre Anhängerschaft in den Kreisen der früheren ‚Deutschen Demokratischen Partei', des ‚Zentrums' und der nicht-nationalsozialistischen Persönlichkeiten aus den Reihen der früheren Rechtsparteien suchen."

15 Franz, Wahlen in Niedersachsen, S. 112.

16 Vgl. auch Lein, Antifaschistische Aktion, S. 150ff., der zu Recht den „Verzicht auf eine vorrangig negativ abgegrenzte bürgerliche Sammlung" und die maßgebliche Mitwirkung von Vertretern der katholischen Arbeiterbewegung betont.

seine eigene Minderheitsposition an, die eine ausreichende Kompromißbereitschaft erwarten ließ.[17]

Für die Ausgangssituation einer liberalen Konkurrenzorganisation zur CDU bedeutete die Entscheidung Rönneburgs und seiner Mitstreiter aus der DDP zunächst einmal ganz einfach, daß ein erheblicher, allerdings nicht näher quantifizierbarer Teil der linksliberalen Kräfte, die ja immerhin in fast allen anderen Ländern den Kern der neuen liberalen Partei gebildet hatten, in Braunschweig nicht zur Verfügung stand. Desweiteren aber konnte eine Unionskonkurrenz nur dann zu einer unverwechselbaren Alternative werden und somit erfolgreich wirken, wenn sie den allein noch freien Platz auf der rechten Seite des parteipolitischen Spektrums besetzte.

Die Bildung dieser liberalen Partei erfolgte jedoch keineswegs in bloßer Reaktion auf die Unionsgründung. Vielmehr wurde bereits am 14. August 1945 – also einen Monat vor der offiziellen Konstituierung der CDU – die Formierung der liberalen Kräfte auf einer Vorstandssitzung der braunschweigischen Antifa-Bewegung bekannt[18]; wir wissen allerdings nicht, wie weit bis zu diesem Zeitpunkt deren organisatorische Bemühungen fortgeschritten waren.

Der liberale Gründerkreis soll „aus einem schon in der Kriegszeit existierenden antifaschistischen Diskussionszirkel" entstanden sein[19]; im übrigen ist die politische Vergangenheit seiner Mitglieder wie auch der späteren Sprecher der Liberalen Braunschweigs nicht überliefert. Eine Beteiligung führender Vertreter von DDP oder DVP kann jedoch ausgeschlossen werden.[20] Das Fehlen einer engen Bindung an die liberale Parteitradition prägte nicht zuletzt auch die programmatischen Äußerungen des schon in seinem Namen einseitig den Sammlungsgedanken akzentuierenden „Demokratischen Blocks".

Sein Gründungsaufruf nannte als Hauptziel die „Sammlung aller aufbauenden und berufenen Kräfte aus allen Berufsschichten und allen Teilen der Bevölkerung im Geiste einer neuen Gemeinschaft zum Zwecke des Wiederaufbaues eines neuen Staates".[21] Ebenso wie hier wurde in den übrigen Passagen des allein auf drängende Gegenwartsprobleme eingehenden Programms nicht deutlich ausgesprochen, welche sozialen und politischen Gruppen die Basis der neuen Partei bilden und welcher der großen politischen Grundrichtungen sie sich primär verpflichtet fühlen sollte. Erst einige Monate später reihte sich der Demokra-

17 Vgl. d. Schr. v. Georg Strickrodt an Gustav Altenhain v. 8. 2. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs.4): „Wie Ihnen wohl Herr Dr. Höpker-Aschoff mitteilte, wäre es wohl zu begrüßen, wenn wir uns einmal über den Weg, den unsere alten demokratischen Freunde politisch zu gehen haben gerade im Hinblick auch auf die CDU, besprechen könnten [...]. Ich glaube, daß wir, wenn noch eine Reihe demokratischer Freunde zu uns stößt, innerhalb der Gesamtpartei der CDU durchaus einen starken Einfluß im Sinne unserer alten Ideale ausüben können".

18 Lein, Antifaschistische Aktion, S. 153.

19 Ebd., S. 153; vgl. auch Zöllner, Aspekte, S. 78.

20 So zu Recht auch Lein, Antifaschistische Aktion, S. 154; falsch dagegen bei Zöllner, Aspekte, S. 78.

21 Das „Programm des Demokratischen Blocks vom 9. September 1945" ist abgedruckt bei Lein, Antifaschistische Aktion, S. 346ff.

tische Block mit dem Eintreten z.B. für die christliche Gemeinschaftsschule und für die Reichseinheit in einem antiföderalistischen Sinne in die Front der liberalen Parteien ein; er unterstrich diese politische Ausrichtung durch die Änderung seines Namens in „Liberal-Demokratische Partei".[22]

Für die Gründungsentwicklung der liberalen Partei in Braunschweig scheint somit charakteristisch zu sein, daß sie aus einem Kreis bürgerlicher Honoratioren hervorging, dessen politisches Engagement zwar schon frühzeitig einsetzte, dessen Parteikonzeption und Programmatik sich aber erst allmählich in Reaktion auf die konkurrierende CDU und durch die Verbindung mit liberalen Organisationen anderer Länder und Zonen präzisierte. Die langfristigen Auswirkungen liegen zum einen darin, daß die FDP zu keinem Zeitpunkt mehr an die einstige Stärke des Liberalismus – vor allem der Nationalliberalen – in Braunschweig anknüpfen konnte, und zum anderen in der „Grundsatzlosigkeit" der Partei, die sie unter den politischen Bedingungen Niedersachsens besonders anfällig für das Eindringen von Kräften der äußersten Rechten machte.

Das 1945 ohne die Landesteile Lübeck und Birkenfeld zunächst wiederhergestellte Land Oldenburg[23] zerfiel auf Grund seiner konfessionellen Struktur in zwei Regionen mit unterschiedlichem Parteiengefüge.[24] In den beiden südlichen, einst zum Bistum Münster gehörenden Kreisen Cloppenburg und Vechta, in denen nahezu die gesamte, im Jahre 1925 25,2% umfassende katholische Bevölkerung Oldenburgs konzentriert war – ihr Anteil betrug hier 91,0%[25] –, dominierte vor 1933 mit Stimmenanteilen von zumeist über 80% das Zentrum, während die Liberalen im Süden zu keiner Zeit aus dem Schatten eines Splitterparteiendaseins hinaustreten konnten.[26] Dagegen bildeten die zu 92,2% protestantischen mittleren und nördlichen Kreise und Städte[27] die traditionellen Hochburgen des Liberalismus in Niedersachsen überhaupt. Noch 1920 konnten DDP und DVP in allen diesen Wahlkreisen – mit Ausnahme der Stadt Delmenhorst – mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen; die Spitze hielt der spätere Kreis Ammerland mit 73,6%.[28]

Die Liberalen profitierten dabei besonders von der betont agrarisch-mittelständischen Wirtschafts- und Sozialstruktur Oldenburgs. Knapp die Hälfte der Erwerbstätigen (48,4%; im Reich 30,5%) war in der Landwirtschaft beschäftigt, deren Betriebsstruktur durch die Dominanz von kleinem und mittlerem Besitz geprägt war: 86,7% der landwirtschaft-

22 Ebd., S. 154; vgl. auch Zöllner, Aspekte, S. 78.
23 Wenn im folgenden von Oldenburg die Rede ist, so ist deshalb jeweils nur der gleichnamige Landesteil gemeint.
24 Vgl. hierzu auch Naßmacher, Regionale Tradition, bes. S. 157f., sowie Rudzio, Wahlverhalten, S. 260ff.
25 Schaap, Freistaat Oldenburg, S. 29. Der katholische Bevölkerungsanteil erhöhte sich bis 1946 geringfügig auf 27,8%, vgl. Marten, Unterwanderte FDP, S. 121.
26 Franz, Wahlen in Niedersachsen, S. 264 u. 270.
27 Schaap, Freistaat Oldenburg, S. 29.
28 Franz, Wahlen in Niedersachsen, S. 256ff., 268 u. 272.

lichen Nutzfläche wurden von Betrieben mit einer Größe zwischen 2 und 50 ha bewirtschaftet. Was das oldenburgische Bauerntum bis in die zwanziger Jahre hinein zu so beständigen Wählern der liberalen Parteien machte, war jedoch nicht nur die spezifische Besitzstruktur, sondern mehr noch die einseitige Ausrichtung auf die Viehwirtschaft, auf Grund derer seine Interessen denen der Agrarier in den konservativen Hochburgen des deutschen Ostens „diametral entgegengesetzt" waren.[29]

Aber auch der mit einem Anteil an den Erwerbstätigen von 26,6% im Vergleich zum Reich (41,4%) nur unterdurchschnittlich entwickelte sekundäre Sektor trug durch seine der Landwirtschaft ganz ähnliche Betriebsstruktur seinen Teil zu den Wahlerfolgen bei, da sich so der Prozentsatz der Arbeiter an den Erwerbstätigen nur auf 35,0% (Reich: 45,1%) belief, während die Selbständigen mit 20,7% (Reich: 16,4%) überdurchschnittlich stark vertreten waren. Dagegen spielte der „neue Mittelstand", also Angestellte und Beamte, mit einem Anteil von 12,2% (Reich: 16,5%) für die Liberalen Oldenburgs keine so bedeutende Rolle wie in manchen anderen Ländern.[30]

Die politischen Auswirkungen dieser sozioökonomischen Struktur – vor allem im agrarischen Bereich – zeigten sich nicht zuletzt im Kräfteverhältnis der beiden liberalen Strömungen. Bezeichnenderweise waren die beiden oldenburgischen Reichstagswahlkreise mit einer protestantischen Mehrheit 1881 – also in der ersten Wahl nach der Schutzzollgesetzgebung – von den Nationalliberalen an die Linksliberalen übergegangen[31]; diese konnten ihre Führungsstellung bis 1920, in einzelnen Kreisen auch noch darüber hinaus behaupten.[32]

Ebenso wie in anderen Ländern setzte in Oldenburg mit dieser ersten Reichstagswahl der Weimarer Republik die massive Abwanderung der linksliberalen Wähler nach rechts ein, von der kurzfristig die DVP, mittelfristig die DNVP und langfristig die NSDAP profitierte. Es war vor allem die Landbevölkerung – und zwar sowohl die in der Landwirtschaft tätige wie die von ihr ökonomisch abhängigen Handwerker und Kaufleute –, die zuerst den liberalen Parteien den Rücken kehrte und die den Nationalsozialisten in Oldenburg früher und stärker als in den meisten übrigen Teilen des Reichs Wählerstimmen verschaffte.[33] Dagegen setzte der Abwanderungsprozeß beim städtischen Mittelstand erst im Gefolge der Weltwirtschaftskrise in ganzer Schärfe ein und erreichte auch dann nicht das für die ländlichen Kreise typische Ausmaß; so gelang es insbesondere der DDP in der Stadt Oldenburg einen gewissen, wenngleich radikal reduzierten Wählerstamm bis 1933 zu halten.[34]

29 Schaap, Freistaat Oldenburg, S. 27ff.
30 Ebd., S. 27f.
31 Schwarz, MdR, S. 239f.
32 Nämlich in Friesland und Wesermarsch; vgl. Franz, Wahlen, S. 47ff., 266 u. 272.
33 Vgl. insbesondere die einschlägigen Wahlanalysen bei Schaap, Freistaat Oldenburg, passim.
34 In den beiden Wahlen des Jahres 1932 erzielte die DDP 5,8 bzw. 6,9%, 1933 3,7%; die Vergleichszahlen für die DVP sind 1,8, 4,4 und 2,5%. Vgl. Franz, Wahlen in Niedersachsen, S. 258.

In diesen Stimmenzahlen dokumentierte sich auch – und dies war für die Entwicklung nach 1945 von entscheidender Bedeutung – die größere Widerstandsfähigkeit eines Kerns der linksliberalen Wähler und der DDP-Funktionäre im Sinne eines Beharrens auf den eigenen Grundüberzeugungen gegenüber der ideologischen Herausforderung, die vom Nationalsozialismus ausging. Dagegen vollzog der oldenburgische DVP-Landesverband, der ohnehin in der eigenen Partei traditionell „auf dem äußersten rechten Flügel" stand[35], in seiner Politik den Rechtsschwenk der liberalen Wähler weitgehend nach – er war z.B. in den Jahren 1925 bis 1931 mit der DNVP in einer Wahl- und Fraktionsgemeinschaft zusammengeschlossen –, ja, das Eindringen antidemokratischer Auffassungen in die Partei ging so weit, daß einige ihrer führenden Repräsentanten lange vor 1933 zur NSDAP überwechselten und dort sogar relevante Positionen einnahmen.[36] Es kann also davon ausgegangen werden, daß ein großer Teil der DVP-Politiker für eine Mitwirkung bei den Parteigründungen der Nachkriegszeit nicht in Frage kam, wobei der Kreis derjenigen, die in den ersten Monaten und Jahren nach der Beseitigung des NS-Regimes vor einem erneuten politischen Engagement zurückscheuten, sicherlich größer war als der der unmittelbar von den Entnazifizierungsbestimmungen betroffenen Personen. Außerdem war die Kluft zwischen den beiden liberalen Strömungen in Oldenburg so tief, daß es nicht nur in der Zeit vor 1933 zu keiner engeren politischen Zusammenarbeit zwischen ihnen kam, sondern daß auch nach 1945 ihre Vereinigung in einer gemeinsamen Partei kaum erwartet werden konnte.

Die einstige starke Stellung des Liberalismus führte auch in Oldenburg 1945 dazu, daß seine Vertreter von der Militärregierung bei der Besetzung führender Positionen in besonderem Maße berücksichtigt wurden. Am 16. Mai 1945 setzten die Briten den profiliertesten linksliberalen Politiker des Landes, Theodor Tantzen, als Ministerpräsidenten ein.[37] Tantzen hatte dieses Amt schon in den Jahren 1919 bis 1923 bekleidet, zudem auch die DDP zeitweise im Reichstag vertreten und lange dem Reichsvorstand der Partei angehört. 1930 aber hatte er, vor allem aus Protest gegen die Landwirtschaftspolitik seines Parteifreundes Hermann Dietrich, die DDP verlassen. Nach dem Krieg blieb Tantzen oldenburgischer Regierungschef bis zur Auflösung des Landes im November 1946 und gehörte dann noch bis zu seinem Tode am 11. Januar 1947 als Verkehrsminister und stellvertretender Ministerpräsident dem ersten niedersächsischen Kabinett an.[38] Sein Wirken in diesen Ämtern kam natürlich

35 Schaap, Freistaat Oldenburg, S. 42.

36 Ebd., S. 192, 206 u. 225, nennt Schaap als Beispiele die DVP-Landtagsabgeordneten Anton Kohnen und Johann Behlen. Kohnen stieg zum NSDAP-Ortsgruppenführer von Vechta auf und wurde im September 1932 überdies zum Leiter der Polizeischule ernannt; Behlen zog für die NSDAP erneut in den Landtag ein und wurde im Juni 1932 zu dessen zweitem Vizepräsidenten gewählt.

37 Schneider, Britische Besatzungspolitik, S. 41.

38 Börger, Theodor Tantzen, S. 187ff. Zu den überaus komplexen, nicht zuletzt auch stark persönlich gefärbten Motiven für Tantzens Austritt vgl. ebenfalls Schaap, Freistaat Oldenburg, S. 109, u. Stephan, Aufstieg und Verfall, S. 425f. u. 469.

nicht zuletzt auch dem parteipolitischen Neubeginn der Liberalen in Oldenburg zugute; allerdings hat sich Tantzen selber nicht mehr aktiv am Gründungsprozeß der Partei beteiligt.

Die führende Rolle in der Parteipolitik übernahm vielmehr zunächst sein Sohn Theodor Tantzen jun., der von der Militärregierung zum Landrat des Kreises Wesermarsch ernannt worden war. Auf seine Initiative wurde dort spätestens im September 1945 die „Demokratische Union" konstituiert[39], wie der Name andeutet also eine Partei, die sich zum einen in die linksliberale Tradition stellte, zum anderen aber den Anspruch erhob, über die DDP-Anhängerschaft hinaus weite Kreise des oldenburgischen Bürgertums politisch zu vertreten. In den ersten Monaten nach ihrer Gründung scheint die DU diesen Anspruch mit beträchtlichem Erfolg verfochten zu haben; sie blieb nämlich lange Zeit die einzige bürgerliche Partei, und sie wird in den Berichten der Militärregierung für die Bremer Enklave als die aktivste der drei Parteien – neben der DU die KPD und die SPD – in diesem Landkreis geschildert.[40]

Die von der DU vertretene Parteikonzeption und ihre weitere Entwicklung werden nur vor dem Hintergrund der regionalen Zweiteilung des oldenburgischen Parteiensystems vollends deutlich und verständlich. In den südlichen, katholischen Landesteilen wurde bereits am 22. September 1945 von ehemaligen Zentrumsmitgliedern eine „Christliche Volkspartei" gegründet, deren entscheidender Gegner nicht die Liberalen waren, die hier monatelang überhaupt nicht vertreten waren und auch in späterer Zeit nie recht Fuß fassen konnten, sondern die wiedergegründete Zentrumspartei.[41] Dagegen blieb die DU – wie im Landkreis Wesermarsch – in den protestantischen Gebieten etwa ein halbes Jahr lang ohne bürgerliche Konkurrenz; eine Reihe von späteren CDU-Mitgliedern arbeitete in dieser Zeit bei den Liberalen mit. Erst seitdem im Frühjahr 1946 der organisatorische Aufbau im Süden weitgehend abgeschlossen war, schickten sich die Christlichen Demokraten an, auch in das mittlere und nördliche Oldenburg überzugreifen.[42]

Das heißt aber: Sammlungsanspruch und Bekenntnis zur linksliberalen Tradition waren in der stark regional begrenzten Sicht, die in der frühen Phase der Parteigründungen gerade für die Liberalen charakteristisch war, keine einander ausschließenden politischen Varianten. Angesichts der Tatsache, daß Parteien wie die DNVP und bedingt auch die DVP durch ihr Verhalten in der Endphase der Weimarer Republik diskreditiert erschienen, fiel DDP-Politikern wie Theodor Tantzen geradezu zwangsläufig die Führungsstellung zu. Unter diesen Umständen konnte also der Linksliberalismus durchaus den Kern einer bürgerlichen Sammlungsbewegung bilden.

---

39 Der terminus ante quem ergibt sich aus FHMG 26. 4.–30. 9. 1945, T. 1, S. 175, u. 1. 10.–10. 12. 1945, T. 1, S. 25 (StA Bremen 16, 1/2, B 1 u. 2).
40 Ebd., S. 25.
41 Wieck, Entstehung der CDU, S. 203f.; Franz, Wahlen in Niedersachsen, S. 264 u. 270.
42 Fratzscher, CDU in Niedersachsen, S. 22f.; Wieck, Entstehung der CDU, S. 204.

Diese Situation wurde durch das Auftreten der CDU in den protestantischen Gebieten nur quantitativ, nicht jedoch in ihren Grundstrukturen verändert. Denn die Christlichen Demokraten erzielten zwar – besonders in Relation zu den früheren Zentrumsanteilen – überraschende Erfolge, und die DU konnte ihre Position als stärkste bürgerliche Partei nur mit leichtem Vorsprung – 28,7% gegenüber 25,1% für die CDU in den Landtagswahlen am 20. April 1947[43] – behaupten. Aber die CDU war allein schon auf Grund der dominanten Rolle, die der katholische Süden in ihr spielte, nicht in der Lage, die Mischung heterogener politischer Kräfte, die sich unter der linksliberalen Führung in der DU zusammengefunden hatten, vollends aufzubrechen.

Erst langfristigere Prozesse, etwa die zunehmende Angleichung der politischen Strukturen im ganzen niedersächsischen Raum, die sich dann u.a. im Auftreten neuer Parteien in Oldenburg manifestierte, oder die wachsende politische Verantwortung der Parteien, die sie vor schwerwiegende Entscheidungen stellte und damit auch die innerparteilichen Differenzen steigerte, oder schließlich das Aufkommen nationalistischer und rechtsradikaler Tendenzen, das sich vollends nach der Aufhebung des Lizenzzwangs politisch auswirkte, ließen offenbar werden, daß bürgerliche Sammlung und linksliberale Politik nur in einer genau begrenzten Situation miteinander vereinbar waren.[44] Den Kulminationspunkt dieser Entwicklungen bildete die Bundestagswahl am 14. August 1949, in der die Deutsche Partei und die Deutsche Rechts-Partei bei ihrer ersten Kandidatur im mittleren und nördlichen Oldenburg auf Anhieb 11,9% bzw. 11,3% der Stimmen – etwa zu gleichen Teilen auf Kosten der FDP und der CDU – gewinnen konnten.[45] Doch innerparteilich hatte sich schon in den beiden vorausgegangenen Jahren gezeigt, daß auch in der vermeintlichen linksliberalen Hochburg Oldenburg nur eine Minderheit der FDP dieser politischen Richtung zuzurechnen war, daß also durch den Sammlungskurs in erheblichem Maß Kräfte angezogen worden waren, in deren politischem Konzept ein kompromißlos antisozialistischer Kurs alle anderen Erwägungen und Zielsetzungen überdeckte. Die Repräsentanten dieses Flügels verdrängten etwa ab Mitte 1947 die bereits in der DDP aktiven Politiker mehr und mehr aus ihren Führungspositionen; in Oldenburg vollzog sich damit ein mit den – noch zu behandelnden – Vorgängen auf der Landesebene parallellaufender Kurswechsel.

Die frühere preußische Provinz Hannover, das eigentliche Kerngebiet des neuen Landes Niedersachsen, kann global als eine Hochburg des Nationalliberalismus charakterisiert werden; die Auseinandersetzungen zwischen diesem auf der einen und dem Partikularismus der welfischen Bewegung auf der anderen Seite hatten im Kaiserreich, ja – in allerdings reduziertem Maß – noch bis in die Weimarer Republik hinein ihr politisches Leben geprägt. Doch muß eine Skizze, die die Ausgangssituation

43 Berechnet nach den bei Franz, Wahlen in Niedersachsen, S. 256ff., angegebenen Wahlresultaten der Kreise und Städte.
44 Vgl. auch Naßmacher, Regionale Tradition, S. 159ff.
45 Franz, Wahlen in Niedersachsen, S. 256ff.

der Parteigründungen nach 1945 verdeutlichen will, stärker nach einzelnen Regionen differenzieren.[46]

Dabei heben sich in der von einer ganz überwiegend evangelischen Bevölkerung bewohnten Provinz (83,8% im Jahre 1925)[47] zuerst die Gebiete mit einer katholischen Mehrheit ab: die Landkreise Hildesheim und Duderstadt im Regierungsbezirk Hildesheim, vor allem aber die an das südliche Oldenburg angrenzenden, wie dieses fast rein katholischen Kreise, auf Grund derer der Regierungsbezirk Osnabrück als einziger in der Provinz eine katholische Majorität von 54,2% aufweist.[48] Aus der Geschlossenheit der katholischen Siedlungsgebiete resultierte nicht nur eine dominante Stellung des Zentrums in den betreffenden Regionen, sondern die Stabilität dieser Position verschaffte der Partei auch auf der Provinzebene ein über ihren zahlenmäßigen Anteil hinausgehendes politisches Gewicht. Für den Liberalismus gehörte der Regierungsbezirk Osnabrück dagegen – bei allerdings starken Abweichungen von Kreis zu Kreis – zu den Gebieten mit zumeist nur unterdurchschnittlichen Wahlergebnissen.[49]

Ganz ähnlich war die Situation in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre für die beiden liberalen Parteien in den Regierungsbezirken Stade und Lüneburg. Hier war die Deutsch-Hannoversche Partei als Nachfolgerin der welfischen Bewegung mit zunächst fast 40% der Stimmen die bei weitem stärkste bürgerliche Kraft. Von deren Rückgang – in einem ersten Schub 1924 und dann verstärkt 1930 und 1932 – profitierten zwar vor allem die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten, doch in geringem Umfang auch die DVP, deren Stimmenanteil sich relativ, nämlich auf ein Niveau leicht über dem Reichsdurchschnitt, verbesserte.[50]

Weitaus bessere Ergebnisse aber erzielten die Liberalen in den übrigen drei Regierungsbezirken, wobei noch weiter zwischen Hannover und Hildesheim einerseits und Aurich andererseits differenziert werden kann. Denn die letztgenannte Region hob sich nicht nur durch einen maximalen Stimmenanteil von DDP und DVP – 43,6% bei der Reichstagswahl von 1920 – ab, sie war auch der einzige Regierungsbezirk der Provinz, in dem der Linksliberalismus, der sonst lediglich noch in wenigen Kreisen und Städten, so etwa in Cuxhaven und Göttingen oder im Einzugsbereich Hamburgs, nennenswert vertreten war, überdurchschnittliche Resultate

46 Sie muß sich allerdings – anders als für die Länder Braunschweig und Oldenburg – wegen des Fehlens von Arbeiten über die politische Entwicklung Hannovers in der Weimarer Republik im wesentlichen auf die Analyse des bei Franz, Wahlen in Niedersachsen, abgedruckten wahlstatistischen Materials beschränken. Vgl. auch d. Überblick von Günther, Parteien, bes. S. 27ff.

47 Milatz, Wähler und Wahlen, S. 73.

48 Ebd., S. 74. Diese Relationen verschoben sich bis 1946 bzw. 1950 durch den Flüchtlingszustrom durchschnittlich um etwa 2,5 Prozentpunkte zugunsten der katholischen Bevölkerung; vgl. die detaillierte Aufstellung bei Marten, Unterwanderte FDP, S. 121.

49 Franz, Wahlen in Niedersachsen, S. 42ff. u. 46ff.; vgl. auch Wieck, Entstehung der CDU, S. 197f.

50 Franz, Wahlen in Niedersachsen, S. 48ff.; zur DHP vgl. auch Hans Prilop, Die Vorabstimmung in Hannover 1924. Untersuchungen zur Vorgeschichte und Geschichte der Deutsch-hannoverschen Partei im preußisch-deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Diss. Hamburg 1954, bes. S. 249ff. u. 351ff.

aufweisen konnte. Hier zeigt sich also eine mit dem benachbarten mittleren und nördlichen Oldenburg in vielem ähnliche soziale und politische Struktur. Dagegen lagen in den Bezirken Hannover und Hildesheim allein die Stimmenanteile der DVP deutlich über dem Reichsdurchschnitt der Partei, wenn sie auch nicht das ostfriesische Niveau erreichten.[51]

Der Aufstieg des Nationalsozialismus vollzog sich in der ganzen Provinz – sieht man einmal von den katholischen Gebieten im Regierungsbezirk Osnabrück ab – weitgehend gleichförmig. Sowohl in den einstigen Hochburgen der DHP wie in denen des Liberalismus ging die Wählerschaft in weit überdurchschnittlichem Maße in das Lager der NSDAP über. Ähnlich wie in Oldenburg war vor allem auf dem Lande der Verfall der liberalen Positionen total, aber auch in den Städten gab es nur wenige relative Ausnahmen: Die DDP erhielt 1932 noch in Emden und Cuxhaven etwa 5% der Stimmen, bei der DVP ragte allein des Hildesheimer Ergebnis (7,9% im November 1932, 4,5% im Juli 1932 und im März 1933) aus dem allgemeinen Trend heraus.[52]

Unter diesem Aspekt, dem völligen Zusammenbruch der eigenen Stellung in der Endphase von Weimar, war also 1945 in der Provinz Hannover die Ausgangssituation für Parteigründungen aus der Sicht der Liberalen ganz ähnlich gelagert wie in den Ländern Braunschweig und Oldenburg oder auch in Schleswig-Holstein. Was die Verhältnisse jedoch hiervon zugleich positiv wie negativ unterschied, war der Umstand, daß – abgesehen von der durch die alliierte Lizenzierungspolitik zunächst weitgehend ausgeschalteten antidemokratischen Rechten – neben dem Liberalismus im politischen Katholizismus und im welfischen Partikularismus zwei andere politische Traditionen existierten, an die die Bildung von Parteien anknüpfen konnte. Positiv insofern, als diese die Entstehung einer umfassenden bürgerlichen Sammlungsbewegung unwahrscheinlich machten und so einer liberalen Partei von vornherein eine gewisse Nische reserviert war. Negativ jedoch, da sich diese Nische – außer in dem Sonderfall Ostfriesland – als durch die zweifache Konkurrenz sehr eng umgrenzt erwies.

Leider sind die lokalen Anfänge der liberalen Partei in der Provinz Hannover nur in Umrissen überliefert; nur aus der Stadt Hannover liegen einige Informationen vor, die eine ungefähre Skizze des Gründungsvorgangs und seines Hintergrunds gestatten. Danach war die treibende Kraft des liberalen Neuanfangs der Seifenfabrikant Franz Henkel. Henkel, als früheres DDP-Vorstandsmitglied ohnehin in der ganz überwiegend der DVP oder DNVP zuneigenden hannoverschen Unternehmerschaft[53] eine Ausnahmeerscheinung, soll bereits vor 1933 gute Kontakte zu einer Reihe von Sozialdemokraten unterhalten haben und durch diese Verbindungen

51 Franz, Wahlen in Niedersachsen, S. 46ff.
52 Ebd., S. 47, 50 u. 56ff.; Wichard, Wahlen in Hildesheim, S. 119ff.; Völker, Wahlen im Raum Celle, S. 182ff. Vgl. jetzt auch Bohmbach, Endphase, S. 65ff.
53 Uwe Dempwolff, Die Wirtschaft der Stadt Hannover vom Ende der Inflation bis zum Ausklingen der Weltwirtschaftskrise (1923–1933), Diss. Hannover 1970, S. 233f.; Handbuch des niedersächsischen Landtages, 1. Wp., S. 94.

während der nationalsozialistischen Zeit in das lockere Geflecht der lokalen Widerstandskreise einbezogen gewesen sein.[54] Als aus diesen Zirkeln nach dem Einmarsch amerikanischer Truppen am 10. April 1945 der sozialdemokratisch dominierte „Ausschuß für Wiederaufbau" hervorging, dem es nicht zuletzt gelang, die Reorganisation der städtischen Verwaltung erheblich zu beeinflussen, widmete sich Henkel – in teilweiser Abstimmung mit dem Antifa-Ausschuß – der Wiedergründung der Industrie- und Handelskammer, zu deren erstem Nachkriegsvorsitzenden er am 25. Mai 1945 gewählt wurde.[55] In den darauffolgenden Monaten sammelte sich um Henkel ein Kreis, dem überwiegend frühere Linksliberale, darunter Bruno Schröder, vor 1933 Generalsekretär der Wahlkreisorganisation Südhannover-Braunschweig[56], angehörten; er konstituierte am 3. Oktober 1945 eine neue „Demokratische Partei".[57] Henkels Wahl zum Vorsteher des ersten ernannten Stadtparlaments und damit zum Oberbürgermeister im Januar 1946 unterstrich, daß es den Liberalen vor allem durch dessen persönliches Engagement gelungen war, eine Stellung in der lokalen politischen Szene zu erringen, die weit über das Gewicht der früheren DDP hinausreichte.

Bereits vor dieser Gründung in Hannover soll sich allerdings am 15. August 1945 im Landkreis Wesermünde eine liberale Kreisgruppe formiert haben; auch in Hildesheim soll dieser Schritt noch im September vollzogen worden sein.[58] Die in der alten Universitätsstadt Göttingen mit ihrer spezifischen sozialen Struktur besonders starken Liberalen folgten etwa Mitte Oktober.[59] Bis zum Jahresende 1945 wurden dann noch 11 weitere Kreisverbände gegründet, die jedoch alle ihre Lizenz erst im Frühjahr 1946 erhielten.[60] Die Schwerpunkte der organisatorischen Aktivitäten lagen – abgesehen von Göttingen und Hannover mit ihren Einzugsbereichen – im Kreis Hameln/Pyrmont, in Cuxhaven, im Landkreis Harburg, also der Hamburger Umgebung, sowie nicht zuletzt im Bezirk Aurich.

Auch bei diesen Gründerkreisen scheinen in aller Regel ehemalige DDP-Mitglieder den Kern gebildet zu haben, um den sich dann jüngere, parteipolitisch noch nicht gebundene Kräfte sammelten. Denn während die Beteiligung von Vertretern der nationalliberalen Richtung in keinem Fall nachzuweisen ist, übernahmen in den meisten Gegenden, in denen der Parteigründungsprozeß zügig voranschritt, prominente linksliberale Politiker die Führung der neuen Partei oder stellten sich ihr zumindest als

54 Arbeiterinitiative 1945, S. 458ff.; Gerda Zorn, Stadt im Widerstand, Frankfurt am Main 1965, S. 23ff.
55 Arbeiterinitiative 1945, S. 460ff. u. 479ff.; Albert Lefevre, 100 Jahre Industrie- und Handelskammer zu Hannover, Wiesbaden o. J. (1966), S. 156ff.
56 Handbuch des niedersächsischen Landtages, 1. Wp., S. 148, u. Handbuch des öffentlichen Lebens 6, 1931, S. 458.
57 Undatierte Aufstellung über d. Gründungs- u. Lizenzierungsdaten d. liberalen Kreisgruppen in d. Bezirksverbänden Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Osnabrück u. Stade (FDP Hannover Handakte 5).
58 Ebd.
59 Fesefeldt, Wiederbeginn, S. 107.
60 Aufstellung über d. Gründungs- u. Lizenzierungsdaten (a.a.O.).

Aushängeschild zur Verfügung: etwa in Ostfriesland der frühere preußische Landtagsabgeordnete und langjährige Regierungspräsident Jann Berghaus[61], im Regierungsbezirk Lüneburg das ehemalige DDP-Reichsvorstandsmitglied Albert Petersen[62] oder in Göttingen der frühere Fraktionsvorsitzende im Provinziallandtag Hermann Föge[63]. Besonders hervorzuheben ist darüber hinaus das Engagement des Naumann-Schülers und früheren Reichstagsabgeordneten Wilhelm Heile[64], dessen Wirken gegen Ende des Jahres 1945 schon über den niedersächsischen Raum hinausreichte und der seit Januar 1946 der zunächst unbestrittene Führer der Liberalen in der britischen Zone war.[65] Die personelle Anknüpfung an die linksliberale Parteitradition beschränkte sich jedoch keineswegs auf jene Generation, die bereits in der Weimarer Republik führende Positionen bekleidet hatte: Von den acht Abgeordneten, die die FDP aus der ehemaligen Provinz Hannover in den ersten gewählten niedersächsischen Landtag entsandte, gaben sechs an, vor 1933 DDP-Mitglieder gewesen zu sein.[66]

Zu einer ersten Besprechung über die Gründung eines Landesverbandes trafen Vertreter der Kreisorganisationen am 21. oder 24. November 1945[67] in Hannover zusammen; an ihr nahmen auch noch Bevollmächtigte aus Oldenburg und Braunschweig teil, und es wurde ins Auge gefaßt, im Vorgriff auf eine politische Neuordnung des niedersächsischen Raumes einen einheitlichen Landesverband für das ganze Gebiet zu konstituieren. Als dann am 5. Januar 1946 – wiederum in Hannover – die Bildung der Landesorganisation offiziell vollzogen werden sollte, hatten jedoch die Liberalen Oldenburgs und in ihrem Gefolge auch die Braunschweigs ihren Kurs geändert; sie beharrten nun auf der Schaffung von drei selbständigen Verbänden.[68] Über die Motive für diesen Sinneswandel sind wir nicht näher unterrichtet, doch dürfte ähnlich wie dann im Frühjahr 1947 die Sorge der oldenburgischen Parteiführung ausschlaggebend gewesen sein, das auf Grund der starken linksliberalen Tradition zu erwartende Gewicht ihres Landes in einer niedersächsischen Gesamtorganisation nicht hinreichend zur Geltung bringen zu können.[69] Der trotz einer unverkennbaren Verärgerung der Vertreter aus der Provinz Hannover relativ rasch erzielte Konsens über die Bildung von getrennten Landesverbänden wurde allerdings auch wesentlich dadurch erleichtert, daß zwei Tage später in Opladen der Zusammenschluß der Liberalen in der ganzen britischen Zone erfolgen sollte.

---

61 Wiemann, Berghaus, S. 20ff.
62 Vgl. d. Bericht über d. Tagung d. Landesverbandes Hannover v. 5. 1. 1946, in: Rdschr. L.V. 46/1 d. DU LV Hannover v. 24. 1. 1946 (BA NL Heile Bd. 92) u. Handbuch d. öffentlichen Lebens 6, 1931, S. 457.
63 Handbuch des niedersächsischen Landtages, 1. Wp., S. 76.
64 Zu seiner Person jetzt ausführlich die im übrigen wenig ergiebige Schrift von Luckemeyer, Heile.
65 Vgl. dazu ausführlich unten S. 118ff. u. 255ff.
66 Handbuch des niedersächsischen Landtages, 1. Wp., passim.
67 Beide Daten werden in dem Bericht über die Tagung des Landesverbandes Hannover v. 5. 1. 1946 (a.a.O.) genannt.
68 Ebd.
69 Vgl. unten S. 128f.

Nach diesem Vorgeplänkel konstituierten die Vertreter der hannoverschen Kreisgruppen am Nachmittag des 5. Januar ihren Landesverband. Als Parteinamen, der aber wegen der bald darauf folgenden zonenweiten Umbenennung in FDP nur kurze Zeit verwandt wurde, wählten die Delegierten die schon von den meisten Kreisverbänden benutzte Bezeichnung „Demokratische Union". Die in ihr zum Ausdruck gebrachte Verbindung von Tradition und Neubeginn, nämlich von linksliberalem Parteikern und Sammlungsanspruch, wurde näher erläutert in dem der Gründungskonferenz vorgelegten Text des Lizenzierungsantrags[70]: „Die Unterzeichneten bitten darum, die Wiedererrichtung der früheren Deutschen Demokratischen Partei als Demokratische Union [...] zu genehmigen. Zu dieser Demokratischen Union schließen sich mit der früheren Deutschen Demokratischen Partei weiteste Kreise des deutschen Volkes, Bürger, Bauern und Arbeiter zusammen, die vor 1933 in verschiedenen Parteien organisiert waren, zum Teil auch keiner Partei angehörten." In diesen Sätzen kommt ein Großteil des Dilemmas einer liberalen Parteigründung in der Provinz Hannover und darüber hinaus in ganz Niedersachsen zum Ausdruck.

Auf der einen Seite waren die vor allem personellen Anknüpfungsmöglichkeiten an den Linksliberalismus stark genug, daß die Beteiligten die Parteigründung als einen Reorganisationsprozeß der alten DDP begreifen konnten und daß sie – wie es scheint – von vornherein die Bildung einer selbständigen liberalen Partei ansteuerten – also ohne den etwa in Schleswig-Holstein gegangenen längeren Umweg über eine bürgerliche Sammlungsbewegung. Auf der anderen Seite klingt aber auch an, daß für eine allein auf dem in der Provinz Hannover recht begrenzten Anhängerkreis der DDP aufbauende Partei keine große Zukunft erwartet werden konnte, sondern daß diese vor der Notwendigkeit stand, ihren sozialen und politischen Einzugsbereich wesentlich zu erweitern. Die Richtung, in der diese Erweiterung erfolgen sollte, ist nur sehr vage umschrieben, doch soviel wird deutlich: Weder die Vereinigung der beiden liberalen Strömungen noch das Aufgehen des Linksliberalismus in einer umfassenden bürgerlichen Sammlungsbewegung war das Ziel; die Parteigründer gingen vielmehr von der – wie sich zeigen sollte – illusionären Erwartung aus, daß auch nach einer erfolgreichen Verbreiterung der Basis die in der DDP-Tradition stehenden Kräfte der Charakter und politischen Kurs der neuen Partei bestimmende Kern bleiben würden.

Das entscheidende Problem, vor das sich gerade die liberale Partei gestellt sah und das zudem in Niedersachsen – wie die späteren Wahl-

70 Bei diesem Text handelt es sich um einen lediglich mit der Jahreszahl 1945 versehenen Vordruck eines Schreibens an die Militärregierung, in dem noch die Angaben über Absender, Adressaten, Datum, Tätigkeitsgebiet der neuen Partei und deren bevollmächtigten Vertreter fehlten. Augenscheinlich sollte er als Muster für die sowohl auf Landes- oder Provinzebene wie auch in einer Vielzahl von Kreisen noch zu stellenden Lizenzierungsanträge dienen. Er ist im BA NL Heile Bd. 90 zusammengeheftet mit einem undatierten „Aufruf der Demokratischen Union", der – wie aus dem Protokoll hervorgeht – von der Kreisgruppe Hannover der Gründungskonferenz vorgelegt und von dieser mit einer Änderung als Parteiprogramm verabschiedet wurde.

erfolge der Sozialistischen Reichspartei drastisch vor Augen führten – besonders virulent war, war dabei das Verhältnis zu den Anhängern und Mitgliedern der NSDAP. Schon in ihrem Gründungsaufruf bekannte die Demokratische Union, auch in dieser Richtung offen zu sein: Sie rufe, so hieß es dort, „als neugegründete politische Partei alle jene zur Mitarbeit auf, die sich im Gegensatz zu den gefährlichen Irrlehren des Nationalsozialismus zum Wesen echter Demokratie und wahrer Freiheit bekennen. Wir rufen alle, die im Nazi-Zwischenreich ihre demokratische Gesinnung bewahrten, wir rufen dazu aber auch alle, die sich vom nationalsozialistischen Massenwahn verblenden und verführen ließen, sich jetzt aber in ehrlicher Erkenntnis und ohne Selbstsucht von ihm gelöst haben."[71]

Diese Haltung führte die FDP zunächst einmal in Konflikte mit der britischen Militärregierung. So mußte der am 5. Januar 1946 in den dreiköpfigen geschäftsführenden Vorstand berufene Walther Hasemann am 29. März, als nach der Lizenzerteilung die Neuwahl der Parteispitze anstand, auf eine Kandidatur verzichten, da ihm von der Besatzungsmacht wegen seiner Mitgliedschaft in der NSDAP – er war bereits Ende 1932 eingetreten – jegliche politische Betätigung untersagt worden war.[72] Wie auch in einer Reihe weiterer Fälle focht die FDP nicht nur die britischen Anordnungen auf dem Instanzenweg an, sondern verstieß auch bewußt mehrfach und stets von neuem gegen sie.[73] Diese Opposition der hannoverschen FDP gegen die Entnazifizierung war zwar auch durch prinzipielle, rechtsstaatliche Bedenken und durch die Auffassung motiviert, die betroffenen Mitglieder seien überzeugte Demokraten oder gar – wie vielfach behauptet wurde – engagierte Gegner des Nationalsozialismus[74]; daneben war aber offenkundig die Personaldecke der Partei so dünn, daß sie glaubte, auch auf die Mitarbeit von politisch belasteten Personen nicht verzichten zu können.[75]

---

71 Aufruf d. Demokratischen Union v. 5. 1. 1946 (BA NL Heile Bd. 90).

72 Bericht über d. Arbeitstagung d. Landesverbandes Hannover d. FDP am 29. 3. 1946, in: Rdschr. L.V. 46/4 d. FDP LV Hannover v. 10. 4. 1946 (ebd. Bd. 78); ausführlich zu den Auseinandersetzungen um Hasemann: Marten, Unterwanderte FDP, S. 184ff.

73 Vgl. ebd., S. 181ff.

74 So z. B. in einem ebd., S. 185, zitierten Schr. d. FDP-Landesverbandes an d. Militärregierung v. 5. 11. 1946 in Bezug auf Hasemann.

75 Sehr aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang eine Rede des Einbecker Delegierten Kahlen auf dem ersten FDP-Zonenparteitag in Bad Pyrmont am 20. 5. 1946: „Wir kennen die britische Verfügung, wonach es Mitgliedern des Kyffhäuserbundes und des Stahlhelms nicht möglich ist, zu den Gemeinde- und Kreiswahlen zu kandidieren. Ich war als alter Demokrat von 1919 bis 1933 genau so wie heute. Ich glaube, ich bin weit davon entfernt, deshalb dieser Frage eine Bedeutung beizumessen, weil ich innerlich vielleicht früher mit dem Stahlhelm übereingestimmt habe. Aber wir stehen heute vor einer anderen Situation. Wir stehen heute vor der Frage, daß wir auch im kleinsten Dorfe, in der kleinsten Gemeinde Kandidaten haben müssen, die rückhaltlos unsere Meinung und unseren Standpunkt und unsere Willensäußerung anerkennen und fördern. Da gibt es nun sehr viele Kandidaten und sehr viele Freunde, die früher dem Stahlhelm und dem Kyffhäuserbund angehört haben, nicht nur deshalb, weil sie ideologisch immer gegen den Nationalsozialismus waren, sondern deshalb, weil sie innerlich überzeugt sind, daß wirklich die Demokratie der einzige Weg ist, um aus der Not der Zeit herauszukommen. Nun sehen wir, daß durch diese Anordnung der Militärregierung es unmöglich ist, alle diese unsere Freunde bei den Kommunalwahlen als Kandidaten aufzustellen. Ich möchte den Zonenvorstand deshalb bitten, Rücksprachen mit der Militärregierung einzuleiten, um zu erreichen, daß diese Anordnung fällt. Ich möchte niemand verdächtigen, aber ich

Langfristig aber stellte sich dieses Problem noch in einem anderen, grundsätzlicheren Sinne: Konnte die Zeit des Nationalsozialismus wirklich als eine bloße Episode, als ein „Nazi-Zwischenreich" aufgefaßt werden? Konnte die FDP davon ausgehen, daß die Mehrzahl der von den liberalen Parteien zur NSDAP abgewanderten Anhänger und Mitglieder nun wieder überzeugte Verfechter liberaler Prinzipien und engagierte Demokraten seien? Und wie stand es mit der jüngeren Generation, deren politische Grundanschauungen erst in den Jahren nach 1933 ausgebildet worden waren? War an ihr die Indoktrination des Nationalsozialismus, aber auch das Erlebnis des Weltkriegs spurlos vorübergegangen? Unter diesem Aspekt wurde das Verhältnis zum Nationalsozialismus dann in der Tat zu einer Kernfrage für den Bestand der niedersächsischen FDP als einer liberalen Partei; darauf wird bei der Schilderung des Führungs- und Kurswechsels 1948/49 noch zurückzukommen sein.

Vorerst aber, im ersten halben Jahr nach der Gründung, wurden die innerparteilichen Diskussionen des hannoverschen Landesverbandes durch ein anderes Thema beherrscht – von der Frage, wie seine Beziehungen zu den anderen bürgerlichen Parteien in der Provinz und darüber hinaus in der ganzen britischen Zone gestaltet werden sollten. Denn nicht zuletzt aus den Reihen der Liberalen selbst kamen Bestrebungen, die noch keineswegs völlig konsolidierte Parteienszene im Sinne einer Konzentration auf wenige große, möglicherweise nur zwei politische Richtungen umzugestalten.

Der prominenteste und zugleich engagierteste Vertreter dieser Auffassung war in der FDP Wilhelm Heile. Unmittelbar nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Zonenorganisation am 8. Januar 1946 in Opladen begann er mit einer Serie von Briefen an führende Persönlichkeiten der Parteien und der Kirchen[76] eine breit angelegte Kampagne, als deren Ziel

---

glaube, diese Anordnung ist nicht auf englischem Boden gewachsen, sondern ich fürchte, sie stammt aus Kreisen, die uns fernstehen, aus Kreisen, die, ich will einmal sagen, links von uns stehen, und ist von diesen an die britische Militärregierung herangebracht worden, um uns die Wahl und die Kandidatenaufstellung unmöglich zu machen." Stenographisches Protokoll d. 1. Parteikongresses d. FDP d. britischen Zone in Bad Pyrmont v. 18.–20. 5. 1946, S. 249 (FNS Akte Brit. Zone/Pyrmont).

76 Den Anfang machte – nicht zufällig – am 13. 1. 1946 ein Schreiben an Theodor Steltzer, den Oberpräsidenten Schleswig-Holsteins und Mitbegründer der dortigen Demokratischen Union, gab doch diese Partei mit ihrer wenige Tage zuvor erfolgten Namenswahl Anlaß zu der berechtigten Hoffnung, daß sie sich dem FDP-Zonenverband und nicht der christdemokratischen Konkurrenz anschließen werde. Mit Steltzer wollte Heile aber auch ein führendes Mitglied der Bekennenden Kirche ansprechen und damit nach dieser Seite hin Grundlagen für eine Überwindung der konfessionellen Spaltung im parteipolitischen Raum schaffen. Als Ergänzung zur anderen, katholischen Seite hin folgte am 16. 1. ein Brief an den Bischof von Osnabrück, Wilhelm Berning. Vom gleichen Tage datiert ferner das Schreiben an den oldenburgischen Ministerpräsidenten und langjährigen Parteifreund der Weimarer Zeit, Theodor Tantzen, von dem bekannt war, daß er ebenfalls ein Zweiparteiensystem befürwortete, und von dem sich Heile wohl Unterstützung in der eigenen Partei erhoffte. Den vorläufigen Abschluß bildeten schließlich am 27. 1. und 2. 2. Briefe an Arthur Menge, den aus der welfischen Bewegung kommenden früheren Oberbürgermeister von Hannover und Mitbegründer der NLP, sowie an den soeben zum CDU-Vorsitzenden in der britischen Zone gewählten Konrad Adenauer. Alle Schreiben sind – mit einzelnen leichten Kürzungen – abgedruckt in: Heile, Abschied von der FDP, S. 68–79, einer von Heile nach seinem Übertritt zur NLP veröffentlichten Rechtfertigungsschrift; die Originale in: BA NL Heile Bd. 39.

er nannte, „daß in dem Bereich, der für uns ausschließlich in Betracht kommt, in der englisch besetzten Zone, alle nicht kommunistisch-sozialistischen Staatsbürger zu einer großen demokratischen Partei zusammengeschlossen werden, die dann durch diese Einigung ganz von selbst die größte Stoßkraft erhält und nach meiner festen Überzeugung die weitaus stärkste Partei Deutschlands sein wird".[77]

Es ist hier nicht der Raum, Heiles höchst eigenwillige politische Gesamtkonzeption, eine Mischung von teils völlig unrealistischen, ja – man könnte sagen – romantisierenden Vorstellungen und teils überaus klarsichtigen Analysen besonders der außenpolitischen Situation Deutschlands im europäischen Rahmen, ausführlich abzuhandeln, zumal sie in der Entwicklung der FDP Episode geblieben ist, doch ist es zum Verständnis seiner parteipolitischen Initiative wie auch der Reaktion seiner Partei darauf unerläßlich, wenigstens kurz die umfassenderen Ziele Heiles zu umreißen.

Sie erschließen sich vor allem aus seinem radikalen Anti-Borussismus: „Ich sehe", so schrieb er am 6. Mai 1947 an Theodor Heuss, „in der Entwicklung, die Deutschland seit der unglückseligen religiösen und politischen Spaltung durch Luthers Reformation genommen hat, nicht bloß die Ursache für unser deutsches Unglück, sondern für die ganze heutige Menschheitstragödie. Von hier aus geht mit dem Aufstieg des brandenburgisch-preußischen Militärstaates der Niedergang Deutschlands und des ganzen Abendlandes; von hier aus führt der Weg über den Großen Kurfürsten und Fridericus und Bismarck zwangsläufig zu Hitler, und alles andere mußte dann so kommen, wie es gekommen ist."[78]

Der preußische Machtstaatsgedanke, der seine ganze gefährliche Schubkraft erst durch den Mißbrauch der „ungeheuren Energien" erhalten habe, welche das einst „demokratische Prinzip des Nationalstaats" freigesetzt habe – Heile zog hier zum Vergleich bezeichnenderweise die Atomspaltung heran[79] –, widersprach in seinen Augen zutiefst der „deutschen Menschheitssendung"[80] oder – nüchterner formuliert – der besonderen Lage Deutschlands in der Mitte Europas. Deutschlands „Wiedergeburt" – so Heiles außenpolitisches Programm – sei nur dann möglich, wenn es sich auf seine pränationalen Traditionen, auf die „in dem Gedanken des ‚Heiligen Reiches' überlieferte [..] Staatlichkeit" besinne und sich an die Spitze der europäischen Einigungsbewegung stelle. Das Kernstück einer solchen Politik, ihre unabdingbare Voraussetzung war für Heile die bundesstaatliche Verfassung Deutschlands, und zwar im wesentlichen aus drei Gründen: Erstens werde ein deutscher Bundesstaat das beste Vorbild für die europäische Föderation sein. Zum zweiten bestehe ein unauflöslicher Zusammenhang zwischen dem Maß der Föderalisierung und der Ausdehnung des zukünftigen Deutschland: Ein Einheitsstaat werde zwangsläufig ein „Kleinst-Deutschland" sein, je lockerer aber seine staatliche Organisa-

77 Schr. an Steltzer v. 13. 1. 1946 (a.a.O.).
78 BA NL Heile Bd. 63 u. NL Heuss Bd. 56.
79 Schr. an Heuss v. 6. 5. 1947 (a.a.O.).
80 Schr. an Steltzer v. 13. 1. 1946 (a.a.O.).

tion, eine desto größere Anziehungskraft werde es etwa auf Bayern oder Österreich ausüben und desto größer werde die Bereitschaft der Siegermächte und der europäischen Nachbarn sein, auf die Abtrennung wesentlicher deutscher Gebiete zu verzichten. Und drittens werde – damit eng zusammenhängend – nur ein föderalistisches Deutschland dem Sicherheitsbedürfnis der angrenzenden Staaten, namentlich Frankreichs, entsprechen und so seine Einbeziehung in den europäischen Zusammenschluß ermöglichen.[81]

In ganz ähnlicher Weise sah Heile auch auf innenpolitischem Gebiet die Ursachen für die Fehlentwicklung Deutschlands bis hin zu ihrem absoluten Höhepunkt im Nationalsozialismus, „die Wurzeln des undeutschen Zwangs", im Preußentum, zugleich jedoch auch „in dem diesem wesensverwandten marxistischen Sozialismus". Beiden gemeinsam sei „die Tendenz zur Staatsvergötzung, die bewußte oder unbewußte Vernichtung der persönlichen Freiheit"; denn beide seien „Kinder des Staatsgedankens der absoluten Monarchie, Geschwister der heutigen Staatstotalitarität".[82] Aus dieser Perspektive reduzierte sich die gesamte politische Auseinandersetzung – auch und gerade im parteipolitischen Raum – auf den Kampf zwischen den Befürwortern des „Zwangs- oder Obrigkeitsstaates" auf der einen und denen des „freien Volksstaates" auf der anderen Seite, zu dessen wichtigsten Kennzeichen neben der demokratischen Ordnung und der Sicherung der persönlichen Freiheit in der Form der klassischen Grundrechte wiederum auch der föderalistische Staatsaufbau – hier verstanden als ein demokratisches und liberales Strukturelement[83] – gehörte. Gegenüber jener zentralen Alternative würden – so Heiles feste Überzeugung – alle anderen überkommenen parteibildenden politischen Gegensätze, darunter nicht zuletzt die konfessionelle Spaltung, zur fast völligen Bedeutungslosigkeit verblassen.[84]

Wie realitätsfern Heiles Erwartungen allerdings gerade auch in der Parteienfrage waren, erwies sich nur zu bald; seine politische Initiative

---

81 Als Quellen für die Analyse von Heiles außenpolitischer Konzeption sind neben den bereits erwähnten Briefen insbesondere heranzuziehen sein Schr. an Franz Knubel v. 20. 2. 1947, seine Rede vor d. 1. Parteikongreß d. FDP d. britischen Zone am 19. 5. 1946, abgedruckt in: Heile, Abschied von der FDP, S. 39ff., und sein Artikel „Der Weg zu Europa", abgedruckt in: ebd., S. 62ff., zuerst in: Hamburger Freie Presse Nr. 61 v. 30. 10. 1946. Heiles Wirken in der europäischen Bewegung nach 1945 – weniger sein Programm – wird behandelt von Lipgens, Europäische Einigungspolitik, S. 417ff. u. passim. Für seine ähnlichen Aktivitäten in der Weimarer Zeit vgl. Holl, Europapolitik, Heß, Europagedanke, u. ders., Deutschland, S. 281f. u. 285ff. Die dabei zwischen den Autoren umstrittene Alternative, ob Heiles nationalpolitisches Wollen lediglich taktisches Beiwerk seiner Europapolitik – so Holl – oder umgekehrt sein europäischer Idealismus vorrangig nur ein Mittel zur Durchsetzung seines nationalen Revisionismus gewesen sei – so Heß –, stellt sich in dieser Form für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Jedenfalls hat sich Heiles zweifellos vorhandenes Bestreben zur Revision der gegenwärtigen Lage Deutschlands nun ganz von einem nationalen Kurs im Sinne der Nationalstaatsbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert abgelöst, ja, wendet sich ausdrücklich gegen ihn.

82 Schr. an Menge v. 27. 1. 1946 (a.a.O.).

83 Diese stark an die Selbstverwaltungsidee von Hugo Preuß, zu dessen Mitstreitern Heile in der Weimarer Nationalversammlung gezählt hatte, erinnernde Forderung macht deutlich, daß Heile seine Föderalismuskonzeption je nach Verwendungszweck und Adressat sehr variierte und diese so letztlich verschwommen blieb.

84 Schr. an Menge v. 27. 1. 1946 (a.a.O.), ähnlich auch in d. Schrr. an Steltzer v. 13. 1. u. Berning v. 16. 1. 1946 (a.a.O.).

war, soweit sie die CDU miteinbezog, im Grunde schon gescheitert, noch bevor es zu konkreten Verhandlungen gekommen war. Denn in seinem Antwortschreiben vom 14. Februar 1946[85], das in seiner realpolitischen Nüchternheit in drastischem Kontrast zu Heiles Stil und Gedanken stand, hatte Adenauer, ohne sich lange mit Bekenntnissen zu möglichen politischen Gemeinsamkeiten aufzuhalten, sein Augenmerk sofort auf die drei entscheidenden Dissenspunkte zwischen den Auffassungen der Freien und der Christlichen Demokraten gerichtet und den Standpunkt seiner Partei in diesen Fragen scharf markiert: Erstens komme für die CDU entgegen den Syker programmatischen Richtlinien der FDP, in denen der dezentralisierte Einheitsstaat zum Zielbild erhoben werde, nur eine bundesstaatliche Neuordnung des Reiches in Betracht. Zweitens bekenne sich seine Partei in der Schulfrage grundsätzlich zum sogenannten Elternrecht; bis zu einer Neuregelung nach diesem Prinzip müsse der von den Nationalsozialisten nach 1938 beseitigte Zustand wiederhergestellt werden, also z.B. in Preußen die Konfessionsschule als Regelschule wiedereingeführt werden. Mit anderen Worten: Ein staatlicher Monopolanspruch bei der Gestaltung des Schulwesens und ein durchgängiges Eintreten für die christliche Gemeinschaftsschule – wie von der FDP propagiert – sei für die CDU unannehmbar. Und drittens ließ Adenauer durchscheinen, daß seine Partei ebenso unverrückbar an dem Bekenntnis zu einer christlichen Politik in ihrem Namen festhalte.

Was insbesondere die letzte von Adenauer genannte Bedingung aus der Sicht der CDU für die angestrebte Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte bedeuten sollte, wurde vollends deutlich, als endlich am 11. März 1946 Vertreter von CDU, NLP und FDP – anscheinend unter der Ägide der dortigen Militärregierung[86] – in Hannover zu einer Besprechung zusammenkamen: Der CDU-Vertreter erklärte, wobei er bezeichnenderweise ausführlich auf die Erfolge seiner Partei in den Gemeindewahlen der amerikanischen Zone einging, daß ein Zusammenschluß der drei Parteien dann keine Schwierigkeiten bereite, wenn sich NLP und FDP entschließen könnten, „als gemeinsamen Namen den der CDU zu nehmen"; er forderte also aus einer Position der Stärke heraus das Aufgehen der beiden anderen Parteien in der Union. Dagegen vertraten Arthur Menge von der NLP und Heile den naheliegenden Standpunkt, daß der Parteizusammenschluß von einem paritätisch besetzten Komitee

85 BA NL Heile Bd. 39, jetzt auch abgedruckt in: Adenauer, Briefe 1945–1947, S. 159ff.

86 In Heiles Bericht über die Zusammenkunft – in einem Schr. an Theodor Tantzen v. 12. 3. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 1) – wird ausdrücklich von einer Einladung der Militärregierung gesprochen. Weiter heißt es dort: Bei der Besprechung sei der betreffende Major dann erschienen und habe erklärt, er sehe sich „zu seinem Bedauern" gezwungen, seinen „aus seinem Interesse in dieser ihm so wesentlich erscheinenden Angelegenheit entstandenen Gedanken einer vermittelnden Hilfestellung" aufzugeben; als Vertreter der Militärregierung müsse er auch jeden Anschein vermeiden, sich in deutsche Parteiangelegenheiten einzumischen. Offenkundig war hier ein „übereifriger" britischer Offizier von seinen Vorgesetzten „zurückgepfiffen" worden. Heile sah darin eine erneute Bestätigung seiner Auffassung, „daß die Labour-Party den deutschen Sozialisten jede von diesen gewünschte Hilfestellung gewährt und daß die Militärregierung genötigt ist, dem Druck der Labour-Regierung nachzugeben".

vorbereitet und daß ein neuer gemeinsamer Name gefunden werden müsse. Dieses schroffe Gegeneinander der Auffassungen ließ keinen Raum für Kompromisse; die Verhandlungen mit der CDU waren, obwohl zunächst ein weiterer Gesprächstermin ins Auge gefaßt wurde und es auch noch einmal zu einem Briefwechsel zwischen Adenauer und Heile kam, damit gescheitert.[87]

Um so intensiver bemühte sich Heile in den folgenden Wochen um die Zusammenarbeit mit der NLP[88]; diese Gespräche führten am 17. Mai 1946 zu einer von Heile und dem NLP-Vorsitzenden Heinrich Hellwege unterzeichneten Vereinbarung[89], die den Vorstandsgremien beider Parteien zur Annahme vorgelegt werden und die die Grundlage von Detailverhandlungen über eine Parteienfusion bilden sollte: Danach sollten sich die niedersächsischen FDP-Landesverbände mit der NLP unter deren Namen zusammenschließen; in einem zweiten Schritt sollte aus dieser neuen NLP, den anderen FDP-Landesorganisationen des „niederdeutschen Raumes" sowie einigen Splitterparteien eine „Niederdeutsche Union" konstituiert werden; und schließlich sollte letztere dann auf der gesamtdeutschen Ebene eine Untergliederung der FDP bzw. der aus ihr zu bildenden Reichspartei sein. So sorgsam hier auch ein Gleichgewicht der beiden beteiligten Parteien konstruiert war, so wenig kann doch übersehen werden, daß eine Fusion – wäre sie in dieser Form vollzogen worden – zunächst einmal in erster Linie der NLP zugute gekommen wäre, da sie unter Beibehaltung ihres Namens in niedersächsische Gebiete hätte vordringen können, in denen sie bislang noch nicht oder nur schwach vertreten war, und da ja zum Zeitpunkt der Vereinbarung wie auch in näherer Zukunft die Länderebene der entscheidende Bezugspunkt der Parteipolitik war.

Wie aber reagierte nun Heiles eigene Partei auf seine Aktivitäten, die ja immerhin die Existenz der FDP als eigenständige politische Organisation in Frage stellten? Bis in die zweite Märzhälfte 1946 hinein scheinen sie in den Vorstandsgremien der Landesverbände und der Zonenorganisation nicht grundsätzlich diskutiert worden zu sein. Dies ging zu einem gewissen Teil darauf zurück, daß Heile seine Sammlungsbestrebungen im wesentlichen im Alleingang durchführte und auch erst sehr spät damit begann, die FDP-Führungsspitze darüber umfassend zu unterrichten.[90]

---

87 In einem Brief v. 29. 3. 1946 (BA NL Heile Bd. 90, auch abgedruckt in: Adenauer, Briefe 1945–1947, S. 195f.) bot Adenauer Heile für den Fall des Anschlusses der FDP eine leitende Position in der CDU an, zeigte aber im übrigen keine Kompromißbereitschaft. Heile antwortete ihm am 13. 4. (BA NL Heile Bd. 90), auch er könne sich mit dem Gedanken, daß seine Bemühungen gescheitert sein sollten, nicht anfreunden, doch sehe er ohne ein Entgegenkommen der CDU in der Grundsatzfrage „Anschluß oder Zusammenschluß?" keinen Ausweg aus der Sackgasse. Vgl. auch d. Protokoll d. Tagung d. CDU-Zonenausschusses am 25./26. 4. 1946 in Neuenkirchen, in: Adenauer und die CDU, S. 137.

88 Schr. v. Heile an Heinrich Hellwege v. 30. 3. 1946 (BA NL Heile Bd. 39). Zur Gründungsentwicklung der NLP jetzt auch Rode, Entstehungsgeschichte, S. 289ff.

89 Abgedruckt in: Heile, Abschied von der FDP, S. 81.

90 So wurde z. B. Franz Blücher von Heile erst in einem Schr. v. 11. 2. 1946 informiert (BA NL Heile Bd. 77); vgl. auch d. Vorlage d. FDP-Zonenvorstands f. d. spätere Schiedsgerichtsverfahren (dazu unten S. 126) (BA NL Heile Bd. 90), in der dieser entsprechende Vorwürfe gegen Heile erhob.

Hinzu kam aber, daß sich die parteipolitischen Fronten erst in diesen ersten Monaten des Jahres 1946 mehr und mehr klärten: So hatte sich ja die Demokratische Union Schleswig-Holsteins noch keiner Zonenorganisation angeschlossen, in Hamburg verhandelten prominente Politiker mit Bürgermeister Rudolf Petersen an der Spitze noch über ihren Parteibeitritt, und auch die CDU schien sich insgesamt als Partei noch keineswegs konsolidiert zu haben, sondern unter dem Druck des wiedergegründeten Zentrums in der Gefahr des Auseinanderbrechens zu stehen.[91] Deshalb hat wohl eine ganze Reihe liberaler Politiker, die Heiles Konzeption einer bürgerlichen Sammlungspartei an sich skeptisch oder gar ablehnend gegenüberstand, dessen Bemühungen mehr oder minder stillschweigend geduldet, solange sie sich von einer flexiblen Haltung in der Sammlungsfrage und einem im ganzen kompromißbereit wirkenden Auftreten die eine oder andere Verstärkung der eigenen Partei versprachen und versprechen konnten.

Davon konnte spätestens Mitte bis Ende März 1946 für jeden, der die Entwicklungen in der Parteienlandschaft aufmerksam verfolgte und realistisch einschätzte, keine Rede mehr sein. Schon in der Sitzung vom 21. März in Wolfenbüttel hatte die Mehrheit des Zonenvorstandes Heile signalisiert, daß sie angesichts der offenkundigen politischen Differenzen zwischen Freien und Christlichen Demokraten und der unannehmbaren CDU-Forderungen weitere Verhandlungen mit dieser Partei nicht für sinnvoll halte.[92] Am 1. April folgte dann – bei der Zonenvorstandssitzung in Münster – ein formeller Beschluß[93], durch den die mit der CDU geführten Verhandlungen für „endgültig gescheitert" erklärt und für die von Heile angestrebten Gespräche mit der NLP überaus restriktive Bedingungen festgelegt wurden: Erstens müßten sie bis zum 30. April 1946 abgeschlossen werden – daraus sprach die Sorge, daß ihre allzu lange Ausdehnung den organisatorischen Aufbau der FDP, der bis zu den in wenigen Monaten zu erwartenden Kommunalwahlen weitgehend vollendet sein mußte, behindern werde. Zweitens dürfe Heile – hier war ein massives Mißtrauen gegen seinen politischen Führungsstil unübersehbar – diese Gespräche wie auch alle anderen künftigen Verhandlungen im Auftrag der Partei nicht mehr alleine führen; zudem müsse jedes programmatische Zugeständnis an die NLP durch einen vorherigen Vorstandsbeschluß sanktioniert werden. Und drittens könne in den Verhandlungen „nur von der Eingliederung der Niedersächsischen Landespartei in die FDP" ausgegangen werden – dies stand nun in diametralem

91 In diesem Sinne argumentierte auch Heile mehrfach: M. E. sieht „die Situation jetzt so aus, daß ich für den Fall eines negativen Ergebnisses der Besprechung mit Adenauer mit dem Anschluß der Holsteiner Christlichen und anderen Demokraten an uns rechnen kann und auch damit, daß dann im Rheinland und in Westfalen die Christlichen Demokraten auseinanderfallen und wahrscheinlich zur größeren Hälfte sich uns anschließen werden"; Schr. an Franz Blücher v. 11. 2. 1946 (a.a.O.). Ganz ähnlich auch in seinem Schr. an Theodor Heuss v. gleichen Tage (BA NL Heile Bd. 39, auch in: Heile, Abschied von der FDP, S. 79f.).

92 Vorlage d. FDP-Zonenvorstands f. d. Schiedsgerichtsverfahren (a.a.O.).

93 Schr. d. Generalsekretariats d. FDP in d. britischen Zone an d. Vorstandsmitglieder v. 2. 4. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 4; auch in: BA NL Heile Bd. 90).

Gegensatz zu Heiles Vorstellungen, wurde doch damit eines seiner Hauptziele zu einem rein taktischen Instrument liberaler Parteipolitik umfunktioniert; denn ein Eingehen des Gesprächspartners auf diese Bedingung konnte ja nicht ernsthaft erwartet werden.

Heile hat sich – wie schon geschildert – nicht an den Vorstandsbeschluß gehalten, ja, ihn schlichtweg ignoriert.[94] In der Zonenvorstandssitzung vom 10. Mai 1946 wurde erstmals erwogen, die Parteiführung umzustrukturieren und Heile durch einen geschäftsführenden Vorsitzenden zu „entlasten". Begründet wurde dieser Vorschlag – und hierin muß wohl auch das primäre Motiv gesehen werden – damit, daß der Vorstand und insbesondere Heile die organisatorische Entwicklung der Partei bisher allzu sehr vernachlässigt habe. Insofern traf er sich mit Überlegungen Heiles, der sich selber durch die vielfältigen Aufgaben in der Parteiführung überlastet fühlte und der in einer für ihn durchaus typischen Verkennung innerparteilicher Machtstrukturen gerne bereit war, die Verantwortung für die „Dinge der täglichen und laufenden Politik" in andere Hände zu legen und seine Führungsrolle auf „die großen politischen Linien" zu beschränken. Doch ist unverkennbar, daß mindestens einige Vorstandsmitglieder mit dieser Maßnahme eine günstige Ausgangsposition für den absehbaren offenen Konflikt mit Heile schaffen wollten oder – schärfer formuliert – hierin einen ersten Schritt sahen, Heile politisch „kaltzustellen". Obwohl eine Reihe von Delegierten entsprechende Bedenken äußerten, wurde Heile am 20. Mai 1946 vom ersten Parteitag der FDP in der britischen Zone einstimmig zum „Präsidenten" der Partei gewählt – in ein Amt, das in der Satzung nicht vorgesehen war und dessen Befugnisse auch nicht durch weitere Parteitagsbeschlüsse detailliert geregelt wurden. Heiles bisherige Position aber, das Amt des ersten Vorsitzenden der Zonenorganisation, wurde von Franz Blücher übernommen.[95]

Nur zu bald zeigte sich, daß die in Bad Pyrmont vollzogene Umbildung der Parteiführung die entscheidende Niederlage für Heile gewesen war. Bereits in seiner ersten Sitzung nach dem Parteitag – am 30. Mai in Hannover – begann der neugewählte Vorstand damit, das „Heilesche Erbe" der Fusionsverhandlungen mit anderen Parteien endgültig zu liquidieren.[96] Auf der Tagesordnung stand die von Heile und Hellwege am 17. Mai unterzeichnete Vereinbarung, wobei inzwischen noch hinzugekommen war, daß Heile – in einem erneuten Alleingang – am 23. Mai in einer Rede vor dem NLP-Parteitag in Celle für seine Sammlungskonzeption geworben hatte[97] und daß am darauffolgenden Tage in dem von der Militärre-

94 Heile soll sogar so weit gegangen sein zu behaupten, ihm sei der Beschluß vom 1. 4. 1946 nicht bekanntgegeben worden; vgl. d. Vorlage d. FDP-Zonenvorstands f. d. Schiedsgerichtsverfahren (a.a.O.).

95 Ebd. u. Stenographischer Bericht d. 1. Parteikongresses d. FDP d. britischen Zone in Bad Pyrmont v. 18. – 20. 5. 1946, S. 260–291 (FNS Akte Brit. Zone/Pyrmont).

96 Heile selber konnte an dieser Sitzung aus privaten Gründen nicht teilnehmen; vgl. sein Schr. an Franz Blücher v. 4. 6. 1946 (BA NL Heile Bd. 65).

97 Schr. v. Heile an d. Mitglieder d. FDP-Zonenvorstands v. 24. 5. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 5).

gierung herausgegebenen *Neuen Hannoverschen Kurier* eine Notiz erschienen war, in der der Zusammenschluß von NLP und FDP gemeldet worden war.[98] Wohl nicht zuletzt unter dem Eindruck dieser Ereignisse war die Vorstandsmehrheit zunächst entschlossen, die Verhandlungen mit der NLP sofort abzubrechen, doch setzte sich schließlich – angeblich auf Drängen Blüchers – die Überlegung durch, daß es für das Bild der Partei in der Öffentlichkeit, aber natürlich auch für etwaige innerparteiliche Auseinandersetzungen besser wäre, wenn es in einer weiteren Gesprächsrunde gelänge, die programmatischen Unterschiede zwischen NLP und FDP klar herauszuarbeiten und so eine günstigere Argumentationsgrundlage für den Abbruch der Verhandlungen zu gewinnen.[99] In der für den 12. Juni in Hannover angesetzten Besprechung legte die dreiköpfige FDP-Delegation – Otto-Heinrich Greve, Franz Henkel und Johannes Siemann – deshalb den NLP-Vertretern einen Acht-Punkte-Katalog vor, in dem u.a. danach gefragt wurde, ob sich ihre Partei „rückhaltlos zur Einheit des Deutschen Reiches", „zur Republik als der für Deutschland einzig möglichen Staatsform", zur alleinigen Souveränität des Reiches und zur christlichen „Gemeinschaftsschule als dem allein geeigneten Schulsystem zur Überwindung der konfessionellen Gegensätze in Deutschland" bekenne. Die Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen mußte zwangsläufig zu dem gewünschten Ergebnis führen, daß nämlich – wie Siemann und Greve in ihrem Protokoll formulierten – „trotz mancher Übereinstimmung in wesentlichen Punkten doch eine erhebliche Abweichung der gegenseitigen Standpunkte vorläge und daß eine Fusion im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich und auch nicht wünschenswert erscheint".[100] Wie geplant beschloß der FDP-Zonenvorstand dann sechs Tage später, keine weiteren Fusionsverhandlungen mit anderen Parteien zu führen und die Bildung einer Dachorganisation mit der NLP abzulehnen. Lediglich die Entscheidung über Bündnisse für die im Herbst stattfindenden Kommunalwahlen solle offengehalten und in die Kompetenz der Landesverbände gelegt werden.[101]

Mit dieser aus der Sicht der FDP-Führungsgremien definitiven Entscheidung in der Sammlungsfrage konnte jedoch keineswegs auch der Konflikt zwischen der Parteimehrheit und Heile beigelegt werden. Er schwelte – zunächst eher verdeckt – mehrere Monate weiter, bis er im

98 Beide Seiten, die NLP-Führung und Heile, behaupteten später, diese Meldung beruhe ausschließlich auf einem Mißverständnis; vgl. d. Protokoll d. Besprechung d. NLP u. d. FDP in Hannover am 12. 6. 1946 (BA NL Heile Bd. 93) u. Heiles Vorlage f. d. Schiedsgerichtsverfahren (ebd. Bd. 85, auch abgedruckt in: Heile, Abschied von der FDP, S. 21f.).

99 Protokoll über d. Sitzung d. FDP-Zonenvorstands am 18. 6. 1946 in Bad Pyrmont (BA NL Blücher Bd. 230).

100 Protokoll über d. Besprechung d. NLP u. d. FDP in Hannover am 12. 6. 1946 (a.a.O.).

101 Protokoll über d. Sitzung d. FDP-Zonenvorstands am 18. 6. 1946 in Bad Pyrmont (a.a.O.). Aus dem Protokoll gehen leider die Stimmenverhältnisse bei diesen Beschlüssen – insbesondere das Stimmverhalten Heiles – nicht eindeutig hervor. Die Angaben des Protokolls legen nämlich den Schluß nahe, daß Heile sich lediglich der Stimme enthalten hat. Er hat sich dann jedoch gegenüber dem NLP-Vorsitzenden Hellwege scharf von diesen Beschlüssen distanziert; vgl. d. Schr. Hellweges an Heile v. 22. 6. 1946 (BA NL Heile Bd. 67).

Oktober/November 1946 in schärferer Form als zuvor erneut offen ausbrach, und endete erst im März 1947 mit dem Übertritt Heiles zur NLP.[102] Dabei entwickelte er sich mehr und mehr zu einem „Fall Heile"[103], d.h. die Auseinandersetzung wurde vor allem geschürt durch das höchst eigenwillige Verhalten Heiles, das es wohl fast jeder Partei mehr oder

---

102 Nach der Vorstandsentscheidung von Hannover unternahm Franz Blücher – in einem Schr. an Heile v. 24. 6. 1946 (BA NL Heile Bd. 77; dort auch dessen Antwort v. 1. 7. 1946) – einen Versuch, das nachhaltig gestörte Verhältnis zwischen der Mehrheit der Partei und ihrem Präsidenten auf eine neue, tragfähige Basis zu stellen: Über seine politischen Ziele – so der Tenor des Briefes – könne man durchaus reden, doch müsse sich auch Heile der Parteidisziplin unterwerfen und insbesondere jeden beabsichtigten Schritt mit den Parteigremien abklären. Dennoch setzte Heile die Verhandlungen mit anderen Parteien mit der gleichen Eigenmächtigkeit wie bisher fort, vgl. z. B. sein Schr. an Arthur Menge v. 5. 7. 1946 (BA NL Heile Bd. 39); sie gipfelten darin, daß er und die anderen FDP-Kandidaten sich in seinem Kreis – Grafschaft Hoya – bei der Kreistagswahl am 13. 10. 1946 auf einer Liste unter der Bezeichnung NLP um Mandate bewarben. Zugleich trat er weiter vehement für ein föderalistisches Deutschland ein.
Unmittelbar nach der Kommunalwahl leitete die FDP-Führung dann den endgültigen Bruch mit Heile ein: In seiner Sitzung v. 19./20. 10. 1946 in Hasslinghausen bekräftigte der Zonenvorstand mit nur einer Gegenstimme – nämlich der Heiles – sein Bekenntnis zur Selbständigkeit der Partei sowie zum dezentralisierten Einheitsstaat, Protokoll, S. 6 (BA NL Blücher Bd. 230), und wartete nun im Grunde nur noch darauf, daß Heile erneut gegen diese Richtlinien verstieß. Schon wenige Tage später erschien in der Hamburger Freien Presse, Nr. 61 v. 30. 10. 1946, auch abgedruckt in: Heile, Abschied von der FDP, S. 62ff., unter der Überschrift „Der Weg zu Europa" ein Artikel, in dem Heile wiederum seine These von der Notwendigkeit eines deutschen Bundesstaates als Baustein des europäischen Zusammenschlusses vertrat.
Die erste Reaktion der Partei bestand darin, daß Heile am 2. 11. 1946 von der FDP gegen seinen entschiedenen Widerstand nicht mehr für den neu zu ernennenden Landtag Niedersachsens nominiert wurde, Protokoll über d. Delegiertentagung d. niedersächsischen FDP-Landesverbände am 2. 11. 1946 in Hannover (BA NL Heile Bd. 78). Diesem Vorgeplänkel auf der Landesebene folgte am 16. 11. 1946 die entscheidende, massive Reaktion der Zonenorganisation: In Abwesenheit Heiles entzog der Zentralausschuß mit 23 gegen 4 Stimmen bei einer Enthaltung dem Präsidenten der Partei das Vertrauen, Niederschrift über d. Sitzung d. Vorstandes u. d. Zentralausschusses d. FDP am 16. 11. 1946 in Bremen (BA NL Blücher Bd. 230).
Heile war jedoch noch keineswegs bereit aufzugeben; er bestritt die Rechtmäßigkeit der Einberufung des Zentralausschusses wie auch die des dort gefaßten Beschlusses. Als sich zudem in einzelnen Untergliederungen der Partei Widerstand gegen den harten Kurs des Vorstandes zeigte, einigten sich die Konfliktparteien darauf, daß ein gemeinsam bestelltes Schiedsgericht das Mißtrauensvotum des Zentralausschusses nach seiner formalen und sachlichen Seite hin überprüfen solle. Dieses Schiedsgericht entschied am 27. 1. 1947 einstimmig im Sinne des Vorstandes und empfahl Heile, seine Parteiämter niederzulegen, Protokoll d. Schiedsgerichtssitzung v. 27. 1. 1947, in: FDP-Nachrichten Nr. 4 v. 15. 2. 1947; vgl. auch d. Vorlagen d. FDP-Zonenvorstands u. Heiles f. d. Schiedsgericht, in denen auch noch einmal aus der jeweiligen Perspektive auf die Vorgeschichte eingegangen wird, in: BA NL Heile Bd. 90 bzw. 85, letztere auch abgedruckt in: Heile, Abschied von der FDP, S. 17ff. Allerdings dachte Heile nach wie vor nicht daran, als Präsident zurückzutreten, vgl. d. Stellungnahmen Heiles v. 6. 2. u. 22. 2. 1947 (BA NL Heile Bd. 90, auch abgedruckt in: Heile, Abschied von der FDP, S. 8ff.), sondern meldete im Gegenteil am 3. 3. 1947 seinen Anspruch auf die niedersächsische FDP-Spitzenkandidatur für die Landtagswahl am 20. 4. 1947 an. Erst als dies abgelehnt wurde, Schr. d. FDP-Landesverbandes Hannover an Heile v. 7. 3. 1947 (BA NL Heile Bd. 78), und Heile sich so mit der völligen Ausschaltung aus den politischen Entscheidungsprozessen bedroht sah, gab er auf.
Am 24. 3. 1947 wurde in der „Niederdeutschen Zeitung" sein Übertritt zur NLP bekanntgegeben (vgl. u. a. Die Freie Stadt Nr. 3 v. 29. 3. 1947), für die er dann auch in den niedersächsischen Landtag einzog. Heile ist noch mehrere Jahre – u. a. als einer der beiden NLP/DP-Abgeordneten im Parlamentarischen Rat, vgl. Meyn, Deutsche Partei, S. 21f. – für diese Partei politisch tätig gewesen, aber ein nennenswerter Einfluß ging von ihm nicht mehr aus.

103 So die Überschrift eines Artikels in d. FDP-Nachrichten (des Landesverbandes Nordrhein) Nr. 4 v. 15. 2. 1947.

minder unmöglich gemacht hätte, zu einem Modus vivendi mit ihm zu kommen. Doch darf darüber nicht übersehen werden, daß letztlich differierende politische Konzeptionen, vor allem in der Sammlungs- und in der Föderalismusfrage, den Konflikt verursachten. Insofern war der Fall Heile – trotz seiner unleugbaren Besonderheiten – eine charakteristische Etappe in dem Formierungsprozeß der FDP in Niedersachsen und in der ganzen britischen Zone, in dem nacheinander alle Kräfte abgestoßen oder in eine Außenseiterrolle gedrängt wurden, die gegen den politischen Kurs der Parteimehrheit opponierten.

Für unsere weitere Untersuchung der Parteikonzeption des Landesverbandes Hannover und ihrer Entwicklung ist noch von Bedeutung, wie die FDP den Abbruch der Fusionsverhandlungen gegenüber der Öffentlichkeit begründete. Hinsichtlich der NLP war die Argumentationslinie schon weitgehend durch die Taktik, die die Liberalen in der letzten Verhandlungsrunde gewählt hatten, vorgezeichnet: Der Gedanke einer Vereinigung mit der NLP, so konnte man in einem Artikel des hannoverschen Parteiorgans *Der Freie Demokrat* lesen[104], habe solange nahe gelegen, als von der noch nach einem eigenen politischen Standort suchenden NLP erwartet werden konnte, auch ihr sei klargeworden, „daß es für Deutschlands Zukunft nur einen, – den demokratischen Weg gibt". Im Laufe der mehrmonatigen Verhandlungen seien jedoch mehr und mehr andere Kräfte in den Vordergrund getreten; weniger die NLP-Führung, aber „die Masse ihrer Parteiredner" habe sich „zunehmend deutlicher von der demokratischen Grundlinie" abgesetzt, „um die NLP mehr im Lager der Konservativen – die man von unserem politischen Ort heute korrekter als die Reaktion bezeichnen muß – anzusiedeln". Die deshalb bei der FDP aufgekommenen Zweifel an der Unbedingtheit ihres Bekenntnisses zur Demokratie – hier wurde dann der oben erwähnte Fragenkatalog ins Spiel gebracht – habe die NLP nicht ausräumen können. Somit sei „eine engere Einheit zwischen NLP und FDP unmöglich geworden", doch hindere dies nicht – so schloß der Artikel mit einer versöhnlichen Note – an einer Zusammenarbeit in Einzelfragen; auch könne der in der NLP unvermeidliche innere Klärungsprozeß neue Perspektiven eröffnen.

In die gleiche Richtung zielte auch die Argumentation gegenüber der CDU, doch war der hierzu in der vorhergehenden Nummer des Parteiorgans erschienene Artikel[105] in einem erheblich schärferen Ton abgefaßt. In ihm wurde die CDU vor allem als ein Sammelbecken einer „aus den heterogensten politischen Schichten und Traditionen kommenden" Anhängerschaft dargestellt und mehrfach in die Nähe der NSDAP bzw. der Kreise gerückt, aus denen sich die NSDAP 1933 rekrutiert habe. Die FDP sei – so die Kernsätze des Artikels – „nicht davon überzeugt, daß sich bei den Anhängern der ehemaligen Harzburger Front, den Christlich-Sozialen, der Wirtschaftspartei und gewisser Kreise der Zentrums-

104 NN.: Unser Weg und die NLP. Zur Aufgabe der Vereinigungs-Verhandlungen, in: Der Freie Demokrat Nr. 6 v. 2. 7. 1946.

105 NN.: Die „liberalistischen" Demokraten. Eine Klarstellung gegenüber der CDU, in: ebd. Nr. 5 v. 22. 6. 1946.

partei der Gesinnungswandel so schnell vollzogen haben kann, daß in ihrem Munde das Wort Demokratie heute mehr als ein Lippenbekenntnis sein würde. Auch für die CDU wird sich sehr bald der Zwang ergeben, erweislich zu machen, wie ernst es ihr mit der Demokratie ist."

Dieser massive Vorwurf mangelnder demokratischer Grundsatztreue bot nun auch noch einmal Gelegenheit – und hierauf zielte die ganze Argumentation gegenüber CDU und NLP –, den Standort der FDP klar zu umreißen: Für sie lägen nämlich „die Dinge hier wesentlich anders: ihre programmatische Grundlage ist die der großen demokratischen Tradition" – „demokratisch" hier in dem engeren auf den Linksliberalismus bezogenen Sinne verstanden – „und insoweit ist ihr Programm auch liberal". Ausdrücklich wurde die DDP als „Vorgängerin" der Freien Demokraten bezeichnet. Für sie komme es „viel weniger darauf an, auf Anhieb eine Massenpartei zu werden, als vielmehr das ‚heilige Feuer' zu bewahren, aus dem die Welt sich erneuern wird". Der FDP-Landesverband hatte sich damit um die Jahresmitte 1946 auf einer ganz ähnlichen programmatischen Basis konsolidiert wie die hamburgischen oder die württembergischen Liberalen – jedenfalls gegenüber der Öffentlichkeit, so wird man einschränkend hinzufügen müssen. Denn in der Folgezeit wurde offenbar, daß eine mit der Lage in den traditionellen linksliberalen Hochburgen vergleichbare innerparteiliche Geschlossenheit in dem Bekenntnis zu dieser Parteikonzeption nicht erreicht worden war.[106]

Mit der Konstituierung des Landes Niedersachsen am 1. November 1946 wurde für die Liberalen von neuem die schon im Zuge der Parteigründung erwogene, aber damals am oldenburgischen Widerstand gescheiterte Bildung eines einheitlichen Landesverbandes akut. Die Lösung der damit anstehenden organisatorischen und politischen Probleme erwies sich jedoch abermals als überaus schwierig, die ursprüngliche Absicht, den Zusammenschluß noch vor der Landtagswahl am 20. April 1947 zu vollziehen – ein gemeinsamer Parteitag war zunächst für den 28. Februar in Hannover geplant[107] –, ließ sich nicht realisieren. Erst am 8. Mai einigte sich der sechsköpfige, von den drei Landesverbänden paritätisch beschickte Koordinierungsausschuß auf ein Verfahren für die Vereinigung und eine Gewichtsverteilung in der neuen Landesorganisation, die dann am 28. Mai vom ersten ordentlichen Parteitag des Landesverbandes Niedersachsen einstimmig gebilligt wurden.[108]

106 Das Vorhandensein von zwei in wesentlichen politischen Grundfragen differierenden Richtungen in der Partei geht indirekt auch aus einer Passage des zitierten CDU-Artikels hervor, die als Zustandsbeschreibung formuliert war, sich aber mehr wie ein Appell an die Parteimitglieder zur Geschlossenheit las: „Der Teil der Mitglieder der FDP, der als Folge einer Verschmelzung [mit der CDU oder der NLP, D.H.] in erster Linie eine Einengung der demokratischen Tradition fürchtete, hat ebenso aufgeatmet, wie sich bei dem anderen Teil nunmehr die klare Erkenntnis durchgerungen hat, daß nur eine Partei wirklich Treuhänder der demokratischen Überlieferung ist: die Freie Demokratische Partei. Sie darf deshalb von sich behaupten, daß sie in dieser Klärung als Ganzes ihre Bewährungsprobe bestanden hat."

107 Marten, Unterwanderte FDP, S. 147f.

108 Protokoll über d. ordentlichen Landesparteitag d. FDP-Landesverbandes Niedersachsen in Hannover am 28. 5. 1947, S. 5f. (BA NL Blücher Bd. 247); vgl. auch Marten, Unterwanderte FDP, S. 148f.

Ähnlich wie bereits 1945/46 war vor allem die FDP Oldenburgs für diese Verzögerung verantwortlich: Sie wollte bewußt – mit der berechtigten Hoffnung auf ein günstiges Ergebnis – die Landtagswahl abwarten, um dann mit dem ganzen Gewicht ihres herausragenden Stimmenanteils[109] die eigenen Interessen durchsetzen zu können.[110] In der Tat gelang es den Oldenburgern auf diese Weise u.a. einen verbindlichen Proporz für alle Landes- und Zonenverbandsorgane sowie die weitgehende wirtschaftliche Selbständigkeit ihres alten Landesverbandes festschreiben zu lassen. Auch wurde die Verabschiedung der Parteisatzung und die endgültige Wahl des Vorstands auf oldenburgischen Wunsch auf einen späteren Parteitag verschoben.[111] Völlig ausgeklammert blieb bei den Vereinigungsverhandlungen eine Grundsatzdiskussion über den politischen Standort und Kurs der Partei. Dies war – bei aller natürlichen Vorrangigkeit der Lösung organisatorischer Fragen – zugleich ein deutliches Symptom dafür, wie sehr die Dinge in diesem Bereich noch oder wieder im Fluß waren.

Schon mit dem alles in allem enttäuschenden Ergebnis der Kommunalwahlen vom September/Oktober 1946[112] waren die in der linksliberalen Tradition stehenden Verfechter einer dezidierten Orientierung auf die Mitte des Parteiensystems hin in die Defensive geraten. Ein Artikel, der zwischen den beiden Abstimmungen im Parteiorgan *Der Freie Demokrat* erschien, dessen Verfasser also ganz unter dem Eindruck der besonders deutlichen Niederlage in den Gemeindewahlen schrieb[113], konstatierte nüchtern: Alle berechtigten Hinweise auf organisatorische Schwächen oder den Mangel an zugkräftigen Führungspersönlichkeiten als Ursachen für diesen Mißerfolg könnten „über den entscheidenden Punkt" nicht hinwegführen, „daß es nicht möglich gewesen ist, zwischen dem simplen Rechts und Links, zwischen sozialistisch und bürgerlich, nun im deutschen Volk eine Bewegung der Mitte zu entzünden, in der zum ersten Mal demokratisches Denken über Klassen und Stände hinweg sich zu einer brennenden und gestaltenden Kraft entwickelt hätte". Die FDP habe „geglaubt, die Tradition der politischen Kräfte, aus denen sie sich aufbaut, sei noch so gewichtig, das Lebenswerk der Männer wie Naumann, Rathenau, Stresemann noch so lebendig und die Zündkraft der Menschen, die aus dem Kreis jener großen demokratischen Führer heute an ihre Tradition anzuknüpfen versuchen, so groß, daß lediglich diese Verknüpfung ausreichend sei, um dem deutschen Volk den demokratischen Weg klar und verständlich zu machen. Davon kann aber nach all dem keine Rede sein. Das Gros der Wähler hat keinerlei Kontakt zur politischen Vergangenheit, der über die letzten 12 oder 15 Jahre hinaus-

109 22,0% gegenüber 8,3% für Hannover und 5,4% für Braunschweig; ebd., S. 147.
110 So zu Recht ebd., S. 147.
111 Protokoll über d. ordentl. Landesparteitag am 28. 5. 1947, S. 5ff. (a.a.O.).
112 Bei d. Gemeindewahlen am 15. 9. 1946 erhielt d. FDP 3,5%, bei den Land- u. Stadtkreiswahlen am 13. 10. 1946 7,6% d. gültigen Stimmen; vgl. Marten, Unterwanderte FDP, S. 381, u. E.H.: Zwischen den Wahlen. Um die Idee der Demokratie, in: Der Freie Demokrat Nr. 18 v. 24. 9. 1946.
113 Ebd.

reicht. Es hat auch keinen Kontakt weder zum demokratischen Denken, noch zur demokratischen Form der Organisation des Staates und des öffentlichen Lebens, es sei denn aus der Verzerrung heraus, in der durch den Nationalsozialismus diese Dinge gebracht wurden." Es lag nahe, aus dieser Analyse, die in der Tat die politische Einstellung eines großen Teils der niedersächsischen Wählerschaft treffend umriß, nun nicht, wie der eher der linksliberalen Konzeption zuneigende Autor, die Schlußfolgerung zu ziehen, sich noch intensiver um die Vermittlung der bisher schon vertretenen Auffassungen zu bemühen, sondern sie zum Anlaß für eine entschiedene Kurskorrektur zu nehmen: nämlich den „Ballast" liberaler Parteitradition weitgehend über Bord zu werfen und sich durch eine kompromißlose Oppositionspolitik zu profilieren, sich also verstärkt um jene Wählerkreise zu bemühen, die sich durch das Kartell der antifaschistisch-demokratischen Parteien nicht oder nur ungenügend vertreten fühlten. Im Herbst 1946, nach den Kommunalwahlen, gab es in der FDP noch keine nennenswerte und als solche faßbare Gruppe, die in diesem Sinne argumentiert hätte. Doch im Laufe des Jahres 1947 – besonders nach der Landtagswahl vom 20. April, in der sich die Liberalen zwar geringfügig auf 8,8% hatten verbessern, aber nicht einmal halb soviel Stimmen auf sich vereinigen können wie CDU und NLP – zeigte sich in Fraktion und Parteiführung, also bis hinein in die Reihen jener noch aus der DDP stammenden Gründergeneration, zunehmend die Bereitschaft, sich von der bisher in zentralen Fragen geübten Gemeinsamkeit der demokratischen Parteien abzusetzen und gewissermaßen den politischen Realitäten Niedersachsens anzupassen.

Der erste spektakuläre Schritt in diese Richtung war im Juni 1947 die Weigerung der FDP, in das ursprünglich als Allparteienregierung konzipierte Kabinett des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf einzutreten, die sie mit ihrem Eintreten für „die Aufrechterhaltung der privaten Wirtschaft" und der Ablehnung des von der SPD für unverzichtbar erklärten Sozialisierungsprogramms begründete.[114] Allerdings bestanden die oldenburgischen Liberalen unter Hinweis auf die Notwendigkeit einer Vertretung ihres Landesteils in der Regierung darauf, ihren Abgeordneten Johann Albers als Minister ohne Geschäftsbereich in das Kabinett Kopf zu entsenden, so daß sich die FDP-Fraktion bei der Vertrauensabstimmung im Landtag nicht eben geschlossen präsentierte: Albers stimmte zusammen mit SPD, CDU, NLP, KPD und Zentrum für die Regierung, die anderen drei oldenburgischen Abgeordneten enthielten sich der Stimme und die neunköpfige Fraktionsmehrheit votierte mit Nein.[115] Immerhin waren in diesem Fall die innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Kurs der FDP noch durch die relative

114 So d. FDP-Fraktionsvorsitzende Hermann Föge vor d. niedersächsischen Landtag, 1. Wp., 5. Sitzung v. 18. 6. 1947, Sp. 149ff.; vgl. auch sein Referat auf d. Landesparteitag am 28. 5. 1947 in Hannover, Protokoll, S. 2 (BA NL Blücher Bd. 247).

115 Landtag Niedersachsen 1. Wp., 5. Sitzung v. 18. 6. 1947, Sp. 185f.; vgl. Marten, Unterwanderte FDP, S. 208f., u. Vogelsang, Kopf u. Niedersachsen, S. 100f.

Geschlossenheit in der Frage der Wirtschaftsordnung und durch den regionalpolitischen Konflikt überdeckt gewesen.

Davon konnte insbesondere in den Debatten um das Entnazifizierungsgesetz, das schließlich im April 1948 mit einer knappen Mehrheit aus SPD, KPD und acht FDP-Abgeordneten gegen die Stimmen von CDU, DP, Zentrum und vier Liberalen verabschiedet wurde[116], keine Rede mehr sein. Ferner gilt dies – wenn auch mit Einschränkung – für das Ringen der Parteien um die Bodenreform: Das strikte Zusammengehen der FDP-Fraktionsmehrheit mit den anderen bürgerlichen Parteien im Sinne einer durchgängigen Entschärfung des Reformgesetzes[117] gab für einen prominenten linksliberalen Mitbegründer des niedersächsischen Landesverbandes, den Landtagsabgeordneten Otto-Heinrich Greve, den letzten Anstoß, seinen Austritt aus der FDP zu erklären.[118]

Schon im Mai 1947 hatte Greve dem bayerischen FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler gegenüber geklagt, „das Schwergewicht der Entscheidungen" läge in Niedersachsen und in der britischen Zone mehr und mehr „bei denjenigen, die von den früheren Deutschnationalen, dem Stahlhelm und auch der NSDAP den Weg so sehr schnell zur Demokratie gefunden haben"[119], und – allerdings aus beruflichen Gründen erfolglos – die Möglichkeiten einer Übersiedlung in die amerikanische Zone sondiert, da man dort noch – wie er Dehler schrieb – „für Liberalismus und Demokratie in unserem Sinne" arbeiten könne.[120] Nun – im April 1948 – ließ das parteipolitische Spektrum Niedersachsens aus Greves Sicht nur noch den seinerzeit ebenfalls bereits erwogenen Übertritt zur SPD zu.

Zur Begründung verwies Greve zum einen – wie schon angedeutet – auf die Bodenreform-Debatten, in denen „namhafte Mitglieder der FDP so wenig von der sozialen Verpflichtung eines aufrechten Demokraten gegenüber dem ganzen Volk" gezeigt hätten und „als die typischen Vertreter sozialreaktionärer Kreise" erschienen seien, und zum anderen auf den von den Landesverbandsgremien mitgetragenen Beschluß des Zonenvorstands, sich in Niedersachsen prinzipiell an keiner Regierung unter Einschluß der SPD zu beteiligen. Beides zeige, daß es in der FDP, diesem „Behelfsheim der Reaktion", nicht mehr möglich sei, „die Politik zum Tragen zu bringen, die allein einer liberalen und demokratischen Partei würdig ist: die Politik ohne Bindung an das Interessententum besitzbürgerlicher Prägung, die Politik der sozialen Tat und nicht nur der zu nichts verpflichtenden sozialen Phrase, die Politik, deren Ziel die endgültige Vernichtung jeglicher Reaktion in Staat, Wirtschaft und Kultur

116 Marten, Unterwanderte FDP, S. 179f.
117 Vgl. bes. Trittel, Bodenreform in der Britischen Zone, S. 141ff.
118 Schr. Greves an d. FDP-Landesvorsitzenden Henkel v. 28. 4. 1948 (BA NL Blücher Bd. 249); zusammen mit d. Antwort d. Partei abgedruckt in: Der Freie Demokrat Nr. 10 v. 20. 5. 1948.
119 Schr. an Dehler v. 26. 5. 1947 (FNS NL Dehler Fs. 15). Vorausgegangen war dem eine scharfe Auseinandersetzung im FDP-Zonenvorstand, bei der massive Zweifel an Greves politischer und persönlicher Integrität geäußert worden waren, Protokoll d. Sitzung in Bielefeld am 17. 5. 1947 (BA NL Blücher Bd. 230).
120 Schr. an Dehler v. 3. 6. 1947 (FNS NL Dehler Fs. 15); dort auch Dehlers recht unverbindlich gehaltene Antwort v. 6. 6. 1947.

ist". „Wer nicht als schwankendes Rohr" – so schloß Greve seine Austrittserklärung – „im Sturm der Gegenwart und noch mehr der Zukunft zwischen rechts und links untergehen will, muß seine Entscheidung treffen – ich stehe, wo ich immer stand: links!"

Greve war sicherlich – die eben zitierten Sätze deuten dies an – kein repräsentativer Vertreter jener ehemaligen DDP-Politiker, die 1945/46 die niedersächsische FDP begründet hatten. Dem Landesvorsitzenden Henkel fiel es überaus leicht, Greves Vorwürfe mit dem Argument zurückzuweisen, die niedersächsische FDP bleibe, was sie schon immer habe sein wollen: eine Partei der Mitte.[121] Seine besondere Bedeutung erhielt der Austritt Greves vielmehr dadurch, daß er nur wenige Wochen vor einem – rückblickend betrachtet – einschneidenden Wechsel in der Führung des Landesverbandes vollzogen wurde. Er war somit nicht nur Ausdruck von Spannungen zwischen der Mehrheit und dem linken Parteiflügel, sondern Indiz für einen grundlegenden Wandel in der Ausrichtung der niedersächsischen FDP: Henkels Standortbestimmung entsprach spätestens nun nicht mehr der tatsächlichen Politik des Landesverbandes.

Dabei liegen die Hintergründe, die auf dem Landesparteitag am 12. Juni 1948 in Oldenburg zur Wahl des Holzmindener Chemiefabrikanten Arthur Stegner zum neuen Landesvorsitzenden führten, noch weitgehend im Dunkeln.[122] Jedenfalls wurde jeder Anschein eines radikalen politischen Wechsels sorgfältig vermieden: Henkel, der unter Hinweis auf seinen Gesundheitszustand nicht wieder für das Amt des Landesvorsitzenden kandidierte, zog immerhin als Beisitzer von neuem in den Vorstand ein. Der der linken Mitte zuzurechnende stellvertretende Landesvorsitzende Ernst Jacob[123] wurde in dieser Position bestätigt. Alfred Onnen, der in den folgenden Jahren Stegner politisch auf das engste verbunden war, amtierte bereits ein dreiviertel Jahr als einer der stellvertretenden Landesvorsitzenden und war nun lediglich wiedergewählt worden. Und schließlich war auch in den Debatten des Parteitages trotz einzelner aufscheinender Meinungsverschiedenheiten von einem grundsätzlichen Ringen um den Kurs der Partei nichts zu spüren.[124] Wahrung der personellen und politischen Kontinuität hieß in Oldenburg die Devise.

Daran hat sich in dem hier zu betrachtenden Zeitraum, also bis Ende 1949, jedenfalls für die Öffentlichkeit wenig geändert. Hinter den

121 Der Freie Demokrat Nr. 10 v. 20. 5. 1948.

122 Tauber, Eagle and Swastika, S. 143. Auch Marten, Unterwanderte FDP, hat hier, wie in den meisten entscheidenden Fragen, keine neuen Informationen zu Tage gefördert.

123 Vgl. für seine politische Haltung sein Schr. an Franz Blücher v. 10. 11. 1947 (BA NL Blücher Bd. 249), in dem Jacob sich scharf gegen die Forderung des stellvertretenden nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden von Rechenberg wandte, die FDP zum Kern einer breiten bürgerlichen Sammlungsbewegung zu machen. Hierzu auch der Artikel „Liberalismus ‚rechts' verstanden" von Henri Nannen in: Abendpost Nr. 83 v. 17. 11. 1947.

124 Protokoll des Landesparteitages der niedersächsischen FDP am 12./13. 6. 1948 in Oldenburg (FDP Hannover Handakte 5). Ebenso vermied Stegner zum Abschluß des Parteitages in seinem wirtschaftspolitischen Grundsatzreferat, so sehr seine Ausführungen auch im antisozialistischen Sinne akzentuiert waren, jede weitergehende politische Standortbestimmung (ebd.). Vgl. in diesem Zusammenhang auch Stegner, Kollektivismus.

Kulissen aber hatte der Prozeß der Umwandlung der niedersächsischen FDP in eine nationalistische Sammlungsbewegung längst auch jene mehrheitlich noch aus der DDP stammende Gründergeneration erfaßt. Als deren letzte Vertreter wurden auf einem außerordentlichen Landesparteitag am 3./4. Dezember 1949 der Beisitzer Franz Henkel und der Schatzmeister Hermann Lehnhoff aus der Parteiführung verdrängt; der neugewählte Vorstand bestand nur noch aus ergebenen Gefolgsleuten Stegners und seines Stellvertreters Onnen.[125] Damit war im Landesverband Niedersachsen, der seit Stegners Wahl zum Vorsitzenden ohnehin bereits eng mit Nordrhein-Westfalen und Hessen als den weiteren Exponenten des rechten Parteiflügels zusammenarbeitete[126], endgültig der Weg frei für jene Entwicklung, die in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre seine Politik und sein Bild in der Öffentlichkeit bestimmen sollte und die zu einer schweren Belastungsprobe auch für die liberale Bundespartei wurde: die massive Unterwanderung der niedersächsischen FDP durch ehemalige Nationalsozialisten und ihnen politisch nahestehende Kräfte, die – tatkräftig gefördert durch Stegner – 1950 mit der Einstellung des früheren NSDAP-Mitgliedes und hohen Hitler-Jugend-Funktionärs Horst Huisgen als Landesgeschäftsführer begann. Ihre Höhepunkte fand sie 1953 in der Naumann-Affäre und dann 1955 in der Auseinandersetzung um den niedersächsischen Kultusminister Leonhard Schlüter.[127]

d) Nordrhein-Westfalen

Auf ganz anders geartete Ausgangsbedingungen als in den drei zuvor behandelten Ländern der britischen Zone trafen die Liberalen in Nordrhein-Westfalen, das von der Besatzungsmacht am 23. August 1946 durch Zusammenlegung der preußischen Provinz Westfalen und der nördlichen Regierungsbezirke der Rheinprovinz geschaffen und am 21. Januar 1947 noch um das Land Lippe erweitert wurde.[1] Denn als einziges Land dieser Zone wies Nordrhein-Westfalen 1946 eine katholische Bevölkerungsmehrheit von 56,4% bei einem protestantischen Anteil von 38,9% auf. Die Katholiken waren vor allem in den Regierungsbezirken Aachen, Köln,

125 Protokoll über den außerord. Landesparteitag d. niedersächsischen FDP am 3./4. 12. 1949 in Osnabrück, S. 4f. (FDP Hannover Handakte 5).

126 Hierzu bemerkte der nordrhein-westfälische Gastredner auf dem Osnabrücker Parteitag, der Bundestagsabgeordnete August Kühn, bezeichnenderweise: „Sehr schöne Ansatzpunkte hätten sich in der Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hessen angebahnt." (ebd., S. 4). Zudem hatte Stegner den hessischen Landesvorsitzenden Euler für ein Referat gewonnen, in dem dieser unter anhaltendem Beifall der Delegierten forderte, „daß die FDP in Zukunft rechts der CDU ihren Platz einnehmen würde. Wir müssen uns einfressen in die CDU, um eine große Anhängerschaft der CDU für uns zu gewinnen. Ein für allemal müsse die Zeit vorbei sein, wo die Liberale Partei in Deutschland als Zünglein an der Waage bewertet wurde." (ebd., S. 7).

127 Vgl. neben der ausführlichen, aber völlig unzulänglichen Darstellung von Marten, Unterwanderte FDP, S. 270ff., Tauber, Eagle and Swastika, bes. S. 143f. u. öfter, u. Jenke, Nationale Rechte, S. 63ff. u. 72ff.

1 Vgl. Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 196ff. u. 310ff., bes. S. 217 u. 314.

Münster und bedingt auch Düsseldorf konzentriert, während der Bezirk Arnsberg durch ein leichtes, Detmold sogar durch ein deutliches protestantisches Übergewicht (65,3%) gekennzeichnet war.[2]

Wirtschaftlich gehörte der rheinisch-westfälische Raum zu den am stärksten industrialisierten Regionen Deutschlands – in allen Bezirken lag der Anteil des sekundären Sektors über dem Reichsdurchschnitt; die – natürlich durch den industriellen Ballungsraum an der Ruhr bestimmten – Spitzenwerte wurden in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Arnsberg mit 60,7% bzw. 61,4% (Reichsdurchschnitt 1925: 41,4%) der Erwerbstätigen erreicht. Lediglich in den Bezirken Aachen, Münster und Detmold (damals Minden und Land Lippe) war noch ein gewisser, dem Reichsdurchschnitt annähernd entsprechender agrarischer Charakter erhalten geblieben. Der hohe Industrialisierungsgrad bedingte in der sozialen Gliederung eine außergewöhnliche Dominanz abhängig Beschäftigter, wobei vor allem der Anteil der Arbeiter, in geringerem Umfang aber auch der Prozentsatz der Beamten und Angestellten über dem Reichsdurchschnitt lag.[3]

Beide Faktoren zusammen, nämlich sozioökonomische und konfessionelle Verhältnisse, ließen ein relativ schlechtes Abschneiden der Liberalen erwarten; sie begünstigten das Zentrum auf der einen und die Arbeiterparteien auf der anderen Seite. In der Tat lagen die DDP-Stimmenanteile in den Reichstagswahlen der Weimarer Zeit zumeist um 30 bis 50% unter den Durchschnittswerten der Partei; relativ bessere, aber immer noch klar unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielten die Linksliberalen nur in den Wahlkreisen Düsseldorf-Ost und Westfalen-Süd, und zwar vor allem in den südlich an das Ruhrgebiet angrenzenden Städten und Kreisen (z. B. Remscheid, Solingen, Hagen).[4]

Das Bild verschiebt sich jedoch nicht unerheblich, wenn man die Position der DVP in den fünf rheinisch-westfälischen Reichstagswahlkreisen betrachtet. Die Rechtsliberalen schnitten in den Wahlen der zwanziger Jahre nicht nur im Vergleich zur DDP erheblich günstiger ab, ihre Ergebnisse entsprachen auch dem Reichsdurchschnitt der Partei, ja überschritten ihn in den Wahlkreisen Düsseldorf-Ost und Westfalen-Süd sogar beträchtlich. Diese Erfolge verdankte die DVP nicht zuletzt der Tatsache, daß sie – anders als die DDP – auch in den Ruhrgebietsstädten überdurchschnittlich hohe Stimmenanteile verbuchen konnte.[5] Neben dem typischen liberalen Wählerpotential votierte nämlich hier im Gefolge der schwerindustriellen Führungsschicht ein großer Teil der Angestellten und der „Arbeiteraristokratie" für die DVP.[6]

Die rheinisch-westfälischen Wahlkreisorganisationen zählten daher zu den wichtigsten Stützpunkten der DVP, wobei ihr innerparteiliches

2 Wieck, Entstehung der CDU, S. 49f.; zu den nahezu identischen Verhältnissen in der Weimarer Zeit vgl. Milatz, Wähler und Wahlen, S. 74ff., u. die detaillierten Aufstellungen in: Statistisches Landesamt (Hrsg.), 50 Jahre Wahlen, Anhang S. 134ff.
3 Vgl. die Daten ebd., Anhang S. 134ff.
4 Vgl. ebd., Anhang S. 8ff., u. Milatz, Wähler und Wahlen, S. 97.
5 Vgl. ebd., S. 100, u. Statistisches Landesamt (Hrsg.), 50 Jahre Wahlen, Anhang S. 8ff.
6 Romeyk, Deutsche Volkspartei, S. 217f., u. Kühr, Parteien und Wahlen in Essen, S. 96f.

Gewicht auf Grund der beträchtlichen Beiträge, die sie vor allem mit Hilfe der Schwerindustrie für die Partei aufbringen konnten, noch weit über die rein zahlenmäßige Stärke hinausreichte.[7] Überhaupt prägte die Schwerindustrie entscheidend ihr personelles und politisches Gesicht, und unter deren Einfluß zählten sie traditionell zum rechten Parteiflügel.[8]

Für unsere Fragestellung ist dabei von besonderer Bedeutung, daß es gerade die DVP-Verbände im Rheinland und in Westfalen waren, die in der Endphase der Weimarer Republik immer massiver auf eine kompromißlose Opposition gegen die Regierung Brüning und auf eine Annäherung an die DNVP und weiter rechts stehende Kreise drängten. Der nicht zuletzt auf diesen Druck hin vollzogene Rechtsschwenk der Gesamtpartei unter Dingeldeys Führung konnte jedoch die inzwischen weitergehenden, letztlich auf eine Fusion mit den Deutschnationalen hinauslaufenden Wünsche der DVP des Westens keineswegs befriedigen.[9] Bereits seit Anfang 1932 wurden mit den Übertritten auch prominenter Politiker zur DNVP in den Wahlkreisverbänden an der Ruhr deutliche Auflösungserscheinungen sichtbar, die einen ersten Höhepunkt am 1. März 1932 im Austritt von Westfalen-Süd aus der Partei und seinem Anschluß an die DNVP fanden. Sie mündeten schließlich am 8. April 1933 – mithin drei Monate vor der entsprechenden Entscheidung der Gesamtpartei – in den Beschluß, die Parteiorganisation in Westfalen-Nord und -Süd, Köln-Aachen sowie Koblenz-Trier aufzulösen und den Mitgliedern den Eintritt in die NSDAP nahezulegen.[10] Es deutet einiges daraufhin, daß dieser Empfehlung in beträchtlicher Zahl – gerade auch in den Vorständen – nachgekommen wurde.[11] Bedenkt man zudem, daß der Kreis derjenigen, die von den Besatzungsmächten nach 1945 von einer politischen Betätigung ausgeschlossen wurden, ja noch sehr viel umfassender definiert war, so muß ein erheblicher, allerdings nicht näher quantifizierbarer, Teil der DVP-Mitglieder und regionalen Parteiführungen für eine Mitwirkung bei den Parteigründungen der Nachkriegszeit nicht in Frage gekommen sein. Bei den Linksliberalen scheint es dagegen unter den Funktionsträgern der Partei in der Regel kein ähnliches Verhalten gegeben zu haben, doch müssen wir auch hier bei den einfachen Mitgliedern mit erheblichen Zahlen von Übertritten zur NSDAP rechnen.[12] Alles in allem war

7 Romeyk, Deutsche Volkspartei, S. 214ff., zur Finanzierung dort S. 221ff.; vgl. hierzu auch Döhn, Politik und Interesse, S. 349ff., bes. S. 365ff.

8 Romeyk, Deutsche Volkspartei, S. 207.

9 Ebd., S. 209ff.; Booms, Deutsche Volkspartei, S. 528ff.; Döhn, Politik und Interesse, S. 200ff.

10 Den gleichen Schritt vollzog, allerdings ohne ausdrückliche Empfehlung zum Übertritt in die NSDAP, wenige Tage später Düsseldorf-West. Dagegen stellte Düsseldorf-Ost seine Entscheidung zunächst zurück, zog aber dann am 29. 4. 1933 nach.

11 Romeyk, Deutsche Volkspartei, S. 231ff. Die bekanntesten Beispiele sind der Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, Albert Vögler, NSDAP-MdR bis zu seinem Selbstmord am 13. 3. 1945, und der Syndikus der Industrie- und Handelskammer und stellvertretende DVP-Vorsitzende Otto Hugo, der am 13. 6. 1933 in die NSDAP eintrat; vgl. Schwarz, MdR, S. 680 u. 780.

12 Schr. v. Willi Büsselberg an Gustav Altenhain v. 27. 10. 1945 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 1 Bl. 32): „Wie ich erfahre, waren hier die Demokraten gut vertreten, nur sind es später alle Nazis geworden, bis auf Rudolf Bretthauer, der aber inzwischen verstorben ist."

somit die personelle Basis, auf der eine liberale Parteigründung 1945 aufbauen konnte, in Nordrhein-Westfalen unvergleichlich schmaler als etwa in Südwestdeutschland oder in den Hansestädten.

Dieser Gründungsprozeß verlief im Rheinland und in Westfalen entsprechend der alten preußischen Provinzeinteilung trotz mancher Kontakte und gegenseitiger Beeinflussungen weitgehend in getrennten Bahnen.[13] Außerdem förderte das Fehlen eines politisch-administrativen Vororts eine noch über das durch alliierte Lizenzierungsvorschriften und schwierige Kommunikationsverhältnisse übliche Maß hinausgehende dezentrale Entwicklung; dies galt vor allem für die rheinischen, weniger für die westfälischen Liberalen, die deshalb auch früher zum Aufbau einer Landesorganisation schritten.

In Westfalen wurde die Entwicklung nämlich durch drei lokale Gründungszentren bestimmt. Das wohl wichtigste war der Raum Hagen-Schwelm, in dem der frühere Vorsitzende der DDP-Wahlkreisorganisation Westfalen-Süd, der Fabrikant Gustav Altenhain, 1945 gewissermaßen diese Tätigkeit wieder aufleben ließ, Verbindungen zu alten Parteifreunden knüpfte und die Bildung liberaler Parteigruppen anregte.[14] Er stand auch in schriftlichem Kontakt zu dem prominentesten noch lebenden westfälischen DDP-Politiker, dem früheren preußischen Finanzminister Hermann Höpker-Aschoff, der sich zwar wegen seines Amtes in der Provinzialregierung nicht aktiv an der Parteigründung beteiligte, aber über die aktuellen Diskussionen informiert war und sich auch mit dezidierten Äußerungen gegenüber Altenhain in sie einschaltete.[15] Neben nicht genauer faßbaren Aktivitäten im heimischen Ennepe-Ruhr-Kreis initiierte Altenhain bereits im Mai 1945 die inoffizielle Bildung einer Parteigruppe unter Führung der ehemaligen DDP-Mitglieder Wilhelm Weyer und Ewald Becher in Hagen. Später – auf jeden Fall noch nach der offiziellen Konstituierung der Hagener Organisation im September 1945 – schloß sich ihr auch der Fabrikant und frühere DVP-Politiker Oscar Funcke an, der zuvor einen Versuch zur Wiederbegründung seiner alten Partei unternommen haben soll.[16]

Der zweite Schwerpunkt lag in Dortmund[17], wo sich ebenfalls sehr früh, in der ersten Julihälfte 1945, ein vornehmlich aus früheren DDP-Mitgliedern – namentlich bekannt sind uns der Handwerksmeister Adolf Zirwes, der Gastwirt Alfred Rosemann und der Syndikus Erich Unshelm – bestehender Kreis zusammenfand. Als „Demokratische Partei" beantragte er am 19. Juli die Zulassung durch die Militärregierung, die

13 Vgl. zum folgenden die relativ ausführlichen Darstellungen der nordrhein-westfälischen FDP-Gründung von Henning, 25 Jahre FDP, S. 113–119, u. Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 119–137; für die Entwicklung im Ruhrgebiet neuerdings auch Pietsch, Militärregierung, S. 183ff. u. 252ff.

14 Henning, 25 Jahre FDP, S. 114f. u. 118.

15 Der Briefwechsel Höpker-Aschoff–Altenhain in: HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 1.

16 Henning, 25 Jahre FDP, S. 115.

17 Zur Dortmunder Parteigründung vgl. Graf, Wahlen in Dortmund, S. 73f. u. 80, aber auch Pietsch, Militärregierung, S. 184f., u. Henning, 25 Jahre FDP, S. 115.

zunächst noch abgelehnt, jedoch am 16. August, also bald nach der Potsdamer Konferenz, erteilt wurde. Der zugleich erhobenen Forderung nach Beteiligung an der Kommunalverwaltung – in diesem Wunsch kann wohl das Hauptmotiv für die frühe Organisierung der Dortmunder Liberalen gesehen werden – wurde sogar erst bei der Ernennung einer Stadtverordnetenversammlung im Dezember entsprochen.

In ihrem Lizenzantrag hatte sich die Dortmunder Partei dezidiert als Fortsetzung der DDP der Weimarer Zeit bezeichnet[18], eine parteipolitische Konzeption, die dann jedoch unter dem Einfluß des jungen Kaufmanns Clemens Bender erheblich modifiziert wurde. Dem vor 1933 im Reichsbanner politisch aktiven Bender[19], der sich möglicherweise schon im Juli dem DDP-Kreis anschloß, spätestens aber in der ersten Augusthälfte zu ihm gestoßen sein muß, gelang es nämlich, unter Zurückdrängung der alten DDP-Mitglieder die Führung an sich zu ziehen und in der offiziellen Gründungsversammlung am 30. September durchzusetzen, daß sich die Dortmunder Gruppe in Anlehnung an die Berliner Parteigründung „Liberal-Demokratische Partei" nannte und damit der „Reichsparteileitung" unterstellte.[20] Darüber hinaus initiierte Bender die Bildung einer gleichgerichteten Kreisorganisation in Bochum am 20. Oktober[21], beeinflußte die politische Ausrichtung der liberalen Gruppen im rheinischen Teil des Ruhrgebietes[22] und unternahm – zunächst erfolgreich, wie wir sehen werden – den Versuch, auch die Entwicklung auf der westfälischen Landesebene, ja sogar in der ganzen britischen Zone in diese Bahnen zu lenken.

Nur sehr fragmentarisch sind wir dagegen über die Entwicklung in Münster, dem dritten Gründungszentrum, informiert. Hier soll im April 1945 der vor 1933 parteilose Kaufmann Helmut Friedrich mit der Sammlung eines liberalen Anhängerkreises begonnen haben[23], der sich schließlich als „Demokratische Partei (Berufsständische Union)"[24] konstituierte. Diese Bezeichnung legt die Vermutung nahe, daß auch in Münster ein beträchtlicher Teil der Parteigründer der DDP entstammte, daß

---

18 In dem bei Pietsch, Militärregierung, S. 184, auszugsweise abgedruckten Schr. d. Demokratischen Partei an die Militärregierung v. 19. 7. 1945 hieß es: „Die ‚Demokratische Partei' ist eine der ältesten Parteien und als Hüterin der demokratischen Idee bekannt. Sie hat sich in all den Jahren bis zum Verbot im Jahre 1933 kompromißlos den nazistischen Elementen entgegengestellt und alles getan, was der Erhaltung der demokratischen Republik diente [...]. Unsere Funktionäre haben aufopferungsvoller Weise auch in den verflossenen 12 Jahren fruchtbare Arbeit geleistet und unter Hintanstellung aller persönlichen Bedürfnisse nur ihrer Idee gelebt, und ihr Denken und Handeln war nur für und galt nur der Demokratie [...]. Es folgt daraus ein klarer, in seiner Einfachheit alles überragender Schluß: Gebt uns Demokraten die Gelegenheit demokratisch zu handeln [...]".

19 Nach Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 123, soll Bender auch SPD-Mitglied gewesen sein.

20 Neue Westfälische Zeitung Nr. 37 v. 16. 10. 1945; vgl. Pietsch, Militärregierung, S. 185.

21 Ebd., S. 185, u. Henning, 25 Jahre FDP, S. 115.

22 Vgl. dazu unten S. 142.

23 Henning, 25 Jahre FDP, S. 115.

24 Aus dem gedruckten Briefkopf eines Schr. d. LDP Münster an Gustav Altenhain v. 21. 11. 1945 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 1 Bl. 57) geht dieser ursprüngliche Parteiname hervor. Insofern scheint Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 123, der als Namen „Liberal-Demokratische Partei (Berufsständische Union)" angibt, zu Unrecht frühe Verbindungen zwischen Münster und Berlin zu unterstellen.

aber angesichts der traditionellen Dominanz des Zentrums im Münsterland mit dem Zusatz über diesen begrenzten Kreis hinausgegriffen werden sollte.

Außer in den drei Gründungszentren bestanden Mitte Oktober 1945, als die Gespräche über die Bildung eines Landesverbandes einsetzten, einige wenige weitere liberale Parteigruppen u.a. in Siegen und Iserlohn, die – soweit wir wissen – ebenfalls von früheren DDP-Mitgliedern angeführt wurden.[25] Von den dann in der Folgezeit hinzugekommenen lokalen Organisationen seien hier nur noch die Gründungen in Bielefeld und im ehemaligen Land Lippe erwähnt, da sie zum einen das Bild für den Osten Nordrhein-Westfalens abrunden und zum anderen eine nicht unbedeutende Rolle im späteren FDP-Landesverband spielten.

Der angeblich mit seinen Anfängen bis in den Sommer 1945 zurückreichende Bielefelder Zirkel[26] beantragte am 10. November 1945 unter der Bezeichnung „Demokratische Partei" eine Lizenz bei der Militärregierung; sein führender Kopf war der Geschäftsführer einer Wohnungsbaugesellschaft Friedrich Höpner – vor 1933 Mitglied der DDP und stellvertretender Gauvorsitzender des Reichsbanners für Westfalen –, doch gehörte zu den Gründungsmitgliedern auch der langjährige DDP-Abgeordnete im preußischen Landtag Adam Barteld.[27] In ihrer politischen Ausrichtung fühlten sich die Bielefelder der linksliberalen Parteitradition verbunden. Sie beharrten noch nach der Entscheidung des westfälischen Landesverbandes für die Bezeichnung LDP auf ihrem Namen und opponierten gegen Benders Berlin-freundlichen Kurs.[28]

Obwohl um die Jahreswende 1945/46 über den künftigen politischen Status des Landes Lippe noch nicht entschieden war, orientierten sich die dortigen Liberalen von vornherein in Richtung Westen – wohl vor allem, weil sie schon in der Weimarer Republik zum Wahlkreis Westfalen-Nord gehört hatten. Die ersten Informationen über die westfälische Parteientwicklung und Anregungen zu eigenen Aktivitäten erreichten die lippeschen Liberalen aus Bielefeld[29], im Dezember 1945 begannen sie endlich mit eigenen Vorbereitungen für eine Parteigründung. Wie oft in der Nachkriegszeit zu beobachten, war das Aushängeschild der neuen Partei ein im Lande sehr bekannter Politiker der Weimarer Jahre, der Verleger und Druckereibesitzer Max Staercke, der bereits vor 1918 Landtagsabgeordneter gewesen war und der zwischen 1925 und 1929 dem dreiköpfigen Landespräsidium – also der Landesregierung – angehört hatte.[30]

25 Henning, 25 Jahre FDP, S. 115 u. 118.
26 Ebd., S. 115.
27 Bericht v. Egon Raders über d. Aufbauarbeit in d. FDP-Bezirksgruppe Westfalen-Ost v. 21. 3. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 1 Bl. 29ff.).
28 Schr. d. DP Bielefeld an d. LDP Münster v. 7. 12. 1945 (ebd. Bl. 61ff.): „An sich halten wir auch nach wie vor den Namen ‚Demokratische Partei' für glücklicher. Wir warnen davor, sich allzusehr auf Berlin einzustellen. In Berlin hat man schon früher oft die Dinge falsch angesehen. Man kennt dort vielfach die Stimmung im Lande nicht. Dazu kommt, daß Berlin jetzt unter dem Druck der russischen Besatzung steht. Es wird daher oft notwendig sein, sich bewußt von Berlin abzuwenden."
29 Vgl. d. Briefwechsel in: FNS Akte Lippe. Hierzu auch Henning, 25 Jahre FDP, S. 116.
30 Jutta Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe. Die Wahlkampfpropaganda der NSDAP zur Landtagswahl am 15. Januar 1933, Kommunikation und Politik Bd. 8, München 1976, S. 70 u. 78.

Sein parteipolitischer Werdegang hatte ihn von der DDP, zu deren Mitbegründern er 1918 gezählt hatte, über die Wirtschaftliche Vereinigung schließlich 1926 zur DVP geführt.[31] Staercke übernahm zwar noch den Vorsitz im Gründungskomitee für den Kreis Detmold, doch der führende Kopf der Liberalen Lippes wurde schon bald der mit 39 Jahren relativ junge parteilose Chemiker und Fabrikant Heinz Krekeler.[32] Ende Dezember 1945 wurde für den Kreis Detmold, Ende Januar 1946 für den Kreis Lemgo die Lizenz bei der Militärregierung beantragt.[33] Bald darauf gliederte sich die lippesche Partei als fünfte Bezirksgruppe in die westfälische Landesorganisation ein. Der späte Gründungstermin brachte es mit sich, daß die Liberalen Lippes zunächst wenig eigenes politisches Profil entfalteten und sich dem Kurs des Landesverbandes anglichen, doch gehörte Krekeler später zu den gemäßigten, auf die Mitte hin orientierten Kräften.

Der Prozeß der Bildung eines liberalen Landesverbandes begann in Westfalen mit einer Tagung am 13. Oktober 1945 in Hagen, die von Altenhain einberufen worden war und geleitet wurde. Ihr einziges konkretes Ergebnis war die Wahl eines provisorischen Präsidiums mit Altenhain als Vorsitzendem, Bender und Friedrich als Stellvertretern sowie neun Beisitzern, durch die vermutlich alle zu dieser Zeit bestehenden, aber z.T. noch nicht formell konstituierten lokalen Gruppen repräsentiert wurden. Zum geschäftsführenden Leiter der Partei wurde Bender bestimmt, der sich damit nach seinen Aktivitäten in Dortmund anschickte, auch auf die Politik des zukünftigen Landesverbandes einen maßgeblichen Einfluß zu gewinnen.[34]

Bereits zur zweiten Tagung am 20. Oktober in Dortmund, die der programmatischen Abstimmung diente, reisten erstmals – wohl auf Veranlassung Benders, der ja die Unterstellung der westfälischen Liberalen unter die „Reichsparteileitung" propagierte – Delegierte aus Berlin und der SBZ an.[35] Diese Strategie Benders führte zunächst insofern zum Erfolg, als sich die Liberalen Westfalens bei der Konstituierung ihres Landesverbandes am 9. November in Dortmund für den Namen „Liberal-Demokratische Partei" entschieden.[36] Doch Benders Einfluß hatte schon kurze Zeit später seinen Höhepunkt überschritten. Am 10. November blieb sein Bemühen, mit Hilfe der Essener Gruppe den Berlin-freundlichen Kurs auch im Rheinland durchzusetzen, ohne Ergebnis, und der am 20. November auf seine Initiative hin in Dortmund proklamierten LDP „für die gesamte britische Zone"[37] wurde nicht nur die Anerkennung durch die in Bildung begriffenen Organisationen der übrigen Länder und Provinzen

31 Hüls, Wähler, S. 125ff.
32 Schr. v. Heinz Krekeler an Gustav Altenhain v. 8. 1. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 1 Bl. 21).
33 Schr. v. Max Staercke an d. Militärregierung v. 29. 12. 1945 (FNS Akte Lippe). Schr. v. Krekeler an Altenhain v. 29. 1. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 1 Bl. 6).
34 Neue Rheinische Zeitung Nr. 27 v. 24. 10. 1945; vgl. auch Henning, 25 Jahre FDP, S. 116.
35 Neue Rheinische Zeitung Nr. 28 v. 27. 10. 1945.
36 Ebd. Nr. 35 v. 21. 11. 1945.
37 Ebd. Nr. 37 v. 28. 11. 1945 u. Der Morgen Nr. 103 v. 1. 12. 1945.

versagt, sondern dieser Schritt löste sogar eine massive Gegenbewegung vor allem unter den rheinischen Liberalen aus.

Bender versuchte zwar noch einmal, mit der – auch von Vertretern Oldenburgs und Hannovers unterstützten – Schaffung eines „demokratischen Zentralausschusses" für die britische Zone am 16. Dezember 1945 in Münster das Heft in der Hand zu behalten, doch erfolgreicher war der rheinische Landesverband, auf dessen Einladung eine allseits anerkannte Zonenorganisation am 7./8. Januar 1946 in Opladen konstituiert wurde; an dieser Tagung nahmen gemäß einer Absprache des Rheinlandes mit Altenhain auch die westfälischen Liberalen teil.[38] Mit der Opladener Entscheidung für ein einheitliches Auftreten der Partei in der ganzen britischen Zone unter der Bezeichnung „Freie Demokratische Partei"[39] war zugleich der akute Streitpunkt, an dem sich die Liberalen in Anhänger und Gegner einer engen Bindung an die Berliner „Reichsparteileitung" geschieden hatten, ausgeräumt, wenngleich das Verhältnis zur LDP der SBZ weiterhin der Klärung harrte.[40]

Überblicken wir nun noch einmal den Konstituierungsprozeß der liberalen Partei in Westfalen, so fällt zunächst die weitgehende Homogenität in der parteipolitischen Vergangenheit der Gründer auf. Ganz entgegen den traditionellen Kräfteverhältnissen zwischen rechtem und linkem Flügel des Liberalismus dominierten nach 1945 ehemalige DDP-Mitglieder, während das politische Engagement ehemaliger DVP-Mitglieder nicht nur in der neuen liberalen Partei, sondern allgemein äußerst gering blieb[41]; dies findet – wie bereits angedeutet – seine Erklärung wohl in erster Linie in der ausgeprägten Anpassung der westfälischen DVP an das nationalsozialistische Regime.

Geradezu selbstverständlich knüpften die Gründerkreise an den Linksliberalismus der Weimarer Zeit an; doch anders als etwa in Württemberg ergab sich daraus nicht von vornherein eine scharf umrissene und

38 Vgl. zu diesen Vorgängen auf der zonalen Ebene ausführlich unten S. 253ff.

39 Anders als im Rheinland (vgl. unten S. 149) scheint die Umbenennung in Westfalen ohne einen formellen Beschluß eines Landesverbandsgremiums erfolgt zu sein; vgl. Henning, 25 Jahre FDP, S. 118.

40 Bender schied kurz darauf ganz aus der aktiven Parteipolitik aus: Als in einer Mitgliederversammlung des Dortmunder Stadtverbandes am 25. Januar massiver Widerspruch gegen seine Politik laut wurde, legte er seine Parteiämter nieder; die Dortmunder Parteiführung wurde wieder von den alten DDP-Mitgliedern übernommen. Im April 1946 wurde Bender sogar von der Militärregierung unter dem Vorwurf der „Fragebogenfälschung" für einige Zeit in Haft genommen. Vgl. d. Schr. d. FDP Dortmund an Gustav Altenhain v. 12. 2. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 1 Bl. 106) u. Graf, Wahlen in Dortmund, S. 80. Ende 1948 machte Bender für kurze Zeit durch die Gründung einer „Unabhängigen Kommunistischen Partei" von sich reden; vgl. Der Spiegel Nr. 50 v. 11. 12. 1948, S. 5. Bender ist insofern ein treffendes Beispiel für die vorübergehenden Aktionsmöglichkeiten, die sich auch wenig seriösen Politikern in der Nachkriegszeit boten.

41 Aus der westfälischen DVP-Führungsspitze haben sich nach 1945 nur zwei Politiker nachweisbar in anderen Parteien betätigt, nämlich der Gelsenkirchener Bergwerksdirektor und frühere Reichstagsabgeordnete Adolf Hueck in der CDU (vgl. Hans Günther Conrad, in: NDB 9, 1972, S. 724f.) und der Siegener Papierfabrikant Hermann Klingspor – 1924–1928 Mitglied des Reichstags – als Mitbegründer zunächst der „Deutschen Rechtspartei (Konservative Vereinigung)" und dann der „Deutsch-Konservativen Partei (Nationale Rechte)", die schließlich 1954 in der FDP aufging (vgl. Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 140f., u. Tauber, Eagle and Swastika, S. 64, 749f. u. 797).

offensiv vertretene Parteikonzeption. Vielmehr resultierte aus der schwachen Ausgangsposition, die eine primär auf die DDP-Anhängerschaft aufbauende Partei in Westfalen haben mußte, eine viel größere Offenheit in personeller und politischer Hinsicht. Sie zeigte sich in den Aufstiegsmöglichkeiten, die sich hier für politisch sehr aktive, aber eben nicht in der linksliberalen Tradition stehende Männer wie Clemens Bender boten, in dem frühzeitigen Bestreben, Anlehnung an die und Unterstützung von den liberalen Organisationen anderer Länder und Zonen zu erlangen, und in der Kompromißbereitschaft, die die westfälische Partei hierbei, z.B. in der Namensfrage, an den Tag legte.

Eine Grundsatzdiskussion fand auch in der Folgezeit nicht statt. Nur gelegentlich fielen Äußerungen über den Standort der neuen Partei. Dabei traf sich die Landesverbandsmehrheit in einem vagen Selbstverständnis als Bewegung der politischen Mitte.[42] Der programmatische Rahmen wurde im wesentlichen durch das Bekenntnis zum Reich als Einheitsstaat, zur marktwirtschaftlichen Ordnung auf der Grundlage des Privateigentums und durch die Forderung nach der christlichen Gemeinschaftsschule umrissen.[43] Langfristig aber konnten angesichts dieses weitgesteckten Rahmens innerparteiliche Spannungen nicht ausbleiben; sie fallen allerdings schon in die Zeit nach dem Zusammenschluß der rheinischen und der westfälischen FDP-Organisation.

Im rheinischen Bereich bestanden Anfang November 1945, als die Gespräche über die Bildung eines Landesverbandes begannen, zwölf, im wesentlichen unabhängig voneinander entstandene liberale Parteigruppen. Sie repräsentierten eine beträchtliche Vielfalt von Konzepten für den parteipolitischen Neubeginn und lassen sich daher nur schwer in scharf umrissene Kategorien einordnen.

Fünf dieser Kreisparteien – Düsseldorf-Mettmann, Krefeld, Moers, Neuss und Wuppertal – stellten sich mit ihrer Namenswahl „Demokratische Partei" oder gar „Deutsche Demokratische Partei" in eine Traditionslinie zur Weimarer DDP und sind wohl auch weitgehend aus einer Reorganisation linksliberaler Parteizirkel hervorgegangen. Besonders deutlich ist dies in Neuss – der Hauptinitiator der dortigen DP war der frühere Geschäftsführer des DDP-Wahlkreisverbandes Düsseldorf-Ost, der Steuerberater Adolf Lange[44] – und in Wuppertal, wo sich die Partei unter Führung des früheren DDP-Abgeordneten im preußischen Landtag, Julius Greßler, und des Bauunternehmers Carl Wirths bildete, der 1930 über den Jungdeutschen Orden zur Staatspartei gekommen war und nun einen Freundeskreis ehemaliger Jungdeutscher einbrachte; aber auch die uns namentlich bekannten Gründer der übrigen lokalen Organisa-

42 So z.B. Heinz Krekeler und Adam Barteld in einer Vorstandssitzung des Landesverbandes am 3. 10. 1946 in Bielefeld (Protokoll in WDS Akte 110).

43 In diesem Sinne etwa Altenhain in der gleichen Vorstandssitzung; vgl. auch das Programm d. LDP-Landesverbandes Westfalen vom November 1945 (ebenfalls in WDS Akte 110).

44 Handbuch des öffentlichen Lebens (Politischer Almanach) 5, 1929, S. 336, u. 6, 1931, S. 458.

tionen lassen sich mit Ausnahme eines Krefelder DVP-Mitgliedes der linksliberalen Richtung zuordnen.[45]

Dagegen traten die liberalen Parteibildungen in Essen, Mülheim und Remscheid unter der Bezeichnung „Liberal-Demokratische Partei" an die Öffentlichkeit. Charakteristisch für deren Gründungsvorgang und politische Ausrichtung ist die Entwicklung der Essener Organisation, die sich zwischen Juni und November 1945 um den 78jährigen Justizrat Viktor Niemeyer formierte. Niemeyer – im Kaiserreich Nationalliberaler und bereits 1918 Mitbegründer der DDP in Essen[46] – war dabei in erster Linie als Identifikationsfigur von Bedeutung und im übrigen lediglich noch in der Lokalpolitik aktiv; die eigentliche Führungsrolle, vor allem die Vertretung des Essener Kreises auf der Landes- und dann auch Zonenebene, übernahmen der parteilose Bankprokurist Franz Blücher, dessen Verbindung mit Niemeyer sich aus der gemeinsamen Mitgliedschaft in dem im Juni 1945 gebildeten Essener Bürgerbeirat herleitete[47], und der Verbandsgeschäftsführer Hans Wilhelm Beutler, der vor 1933 Mitglied der Volkskonservativen Vereinigung gewesen sein soll[48] und der später als Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie tätig war. Eine Bindung an linksliberale Parteitraditionen war also in Essen – wie auch bei den von Parteilosen geführten Gruppen in Mülheim und Remscheid[49] – kaum vorhanden. Ihre politische Ausrichtung war vielmehr durch einen ausgesprochenen Wirtschaftspragmatismus charakterisiert.[50] Aus dieser Sicht mußten sonst heftig umstrittene Fragen wie der Parteiname oder der eigene Standort im neuen Parteiensystem als zweitrangig erscheinen, solange die primär wirtschaftspolitischen Ziele nicht wesentlich tangiert waren. Vor allem die Essener suchten, noch bevor sie ein eigenes Parteiprofil entwickelt hatten, den Anschluß an andere liberale Gruppen. Eine solche Verbindung ergab sich vermutlich im Oktober 1945 zur Dortmunder LDP, von der man die Parteibezeichnung und weite Teile des Programms übernahm.[51]

Eine dritte Konzeption wurde von der Duisburg-Hamborner „Partei der aktiven Volksdemokraten" vertreten, die ihre Entstehung fast ausnahmslos einem „Freundes- und Klientenkreis" von Bruno Maaß – vor 1933 Sozialdemokrat, Gewerkschaftler und Geschäftsführer einer Siedlungsgesellschaft – verdankte[52] und die am ehesten mit dem Etikett „sozialliberal" versehen werden konnte.[53] Insofern bestand eine Verbindung zu der Mönchengladbacher „Sozialliberalen Partei", die der Weinbrennereibesitzer Wilhelm Hermes, der Fabrikant Hermann Tiggeler (beide parteilos) und der frühere Regierungsrat im Reichswirtschaftsmini-

45 Henning, 25 Jahre FDP, S. 114 u. 118f.
46 Kühr, Parteien und Wahlen in Essen, S. 97.
47 Pietsch, Parteien, S. 25, u. ders., Militärregierung, S. 183.
48 Ebd., S. 253 u. 343.
49 Henning, 25 Jahre FDP, S. 119.
50 So zu Recht Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 120.
51 Programm d. LDP Essen v. November 1945 (BA NL Heile Bd. 93).
52 Henning, 25 Jahre FDP, S. 114; Pietsch, Militärregierung, S. 184.
53 Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 120.

sterium Alfred Fratzscher (DDP) im Frühsommer 1945 gegründet hatten und die sich nach ihrer Ausbreitung bis Aachen, Rheydt und Viersen im Oktober auch überregional konstituierte.[54] Allerdings fehlte der Mönchengladbacher Gruppe nicht nur jedes gewerkschaftliche Element, sondern bei ihren Protagonisten Hermes und Tiggeler verband sich die sozialliberale Idee zudem in höchst eigenwilliger Weise mit einem betont föderalistischen Programm und einem vehementen Eintreten für den Europagedanken[55] – eine Mischung, die unter den Nachkriegsliberalen sonst nur noch bei Wilhelm Heile zu finden war.[56]

Eine eigentümliche Erscheinung in der FDP-Gründungsgeschichte war schließlich die „Deutsche Demokratische Bewegung" in Gummersbach und Umgebung, weil sie unter Führung des Journalisten und ehemaligen Zentrumsmitgliedes Otto Schumacher-Hellmold aus einer schon in der NS-Zeit bestehenden politischen „Tarnvereinigung von Katholiken"[57] hervorging und bereits unmittelbar nach dem alliierten Einmarsch die Genehmigung zum öffentlichen Auftreten erhielt. Henning sieht in ihr zu Recht noch keine „festgefügte Parteiorganisation", sondern ein „Sammelbecken sehr verschiedenartiger politischer Meinungen und Meinungsträger"[58]; sie muß in die vielfachen Versuche zur Bildung einer bürgerlichen Sammlungspartei eingereiht werden, deren Initiatoren sich später auf CDU und – im Gummersbacher Fall mehrheitlich – FDP verteilten.

Deutlicher noch tritt der Zug einer überkonfessionellen und damit die überkommenen Grenzen zwischen Zentrum und liberalen Parteien überspannenden bürgerlichen Sammlung in der Vorgeschichte der im Oktober 1945 in Opladen gegründeten „Deutschen Aufbaupartei" hervor. Ihr Hauptinitiator war der Buchhändler und Druckereibesitzer Friedrich Middelhauve, der vor 1933 der DDP angehört hatte und deren stellvertretender Vorsitzender im Wahlkreis Düsseldorf-Ost gewesen war.[59] Bereits in der zweiten Aprilhälfte 1945, wenige Tage nach dem Einrücken amerikanischer Truppen, nahm er mit dem Rechtsanwalt Josef Bollig, einem früheren Zentrumspolitiker, und dem Pädagogik-Professor Paul Luchtenberg Gespräche über eine Parteigründung auf, aus denen im April ein erstes kurzgefaßtes Zehn-Punkte-Programm hervorging, das dann im Mai in

54 Neue Rheinische Zeitung Nr. 26 v. 20. 10. 1945, u. Henning, 25 Jahre FDP, S. 114.

55 Neue Rheinische Zeitung Nr. 26 v. 20. 10. 1945: Tiggeler „betonte, daß eine Aufrichtung der zerstörten deutschen Gesamtwirtschaft nur erfolgen könne, wenn im Geiste einer paneuropäischen Wirtschaftspolitik die Staatsgrenzen hierbei keine unüberwindbaren Schranken darstellten. Es sei nicht beabsichtigt, das veraltete individualistisch-liberalistische Weltordnungsprinzip mit dem Grundsatz ‚des freien Spieles der Kräfte', neu frisiert, wieder aufleben zu lassen; der Parteiname gebe die einzuschlagende Richtung eindeutig an." Vgl. auch das „Politische Programm" der SLP, o.D. (StA Hamburg FDP I A 179), das sich allerdings in seinen wirtschaftspolitischen Passagen ganz im Rahmen der auch von anderen Gründerkreisen bekannten Vorstellungen hielt.

56 Vgl. dazu auch oben S. 118ff.

57 Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 120.

58 Henning, 25 Jahre FDP, S. 113; vgl. auch den Aufruf der DDB v. 16. 6. 1945 (HStA Düsseldorf NL Middelhauve Fs. 485 Bl. 75f.).

59 Henning, Middelhauve, S. 166ff.

einem größeren Kreis überarbeitet und ausformuliert wurde.[60] Beiden Aufrufen gemeinsam war die Forderung nach einer konfessions- und schichtenübergreifenden parteipolitischen Sammlung, doch waren in der zweiten Fassung manche zunächst noch sehr vage formulierten und damit für beide Seiten akzeptablen Punkte stärker im Sinne einer christlich-demokratischen Politik akzentuiert.[61] Auch will Middelhauve schon damals – ohne sich allerdings durchsetzen zu können – die Forderung nach der christlichen Gemeinschaftsschule erhoben und Bedenken gegen eine „besondere Herausstellung des Föderalismus" angemeldet haben.[62] Daß trotz dieser Differenzen die Zusammenarbeit fortgesetzt werden konnte, wird man wohl mit dem zu diesem Zeitpunkt noch weitgehend fehlenden Zwang zu definitiven Entscheidungen erklären können.

Im Juli und August führten Middelhauve und Bollig, die inzwischen auch in Kontakt zur DDB Schumacher-Hellmolds standen, Gespräche mit dem Kölner CDU-Gründerkreis um Leo Schwering und nahmen auch noch am 2. September an der dortigen Gründungsversammlung teil.[63] Middelhauve schloß sich jedoch – anders als Bollig – nicht der neuen Partei an, sondern schritt im Gegenteil am 6. Oktober 1945 zur Konstituierung der „Deutschen Aufbaupartei".[64] Über die parteipolitische Zusammensetzung von deren Gründerkreis sind wir nicht genau informiert; nach Middelhauves Aussage hielten sich in ihm „die Kräfte der liberalen und der konservativen Richtung, die Kräfte, die früher in der demokratischen Partei, in der DVP und in der DNVP gestanden haben, in guter Weise die Waage".[65] Doch lediglich ein ehemaliges DVP-Mitglied, Theodor Jünemann, ist sicher nachweisbar.[66]

Erste Hinweise auf die Konzeption, die Middelhauve und seine Gefolgsleute mit dieser Parteigründung verfolgten, gibt auch hier wieder

60 Die politische Entwicklung nach 1945 (von Middelhauve im Zuge einer Auseinandersetzung mit Bollig während des Landtagswahlkampfes 1954 angefertigte Aufstellung) (HStA Düsseldorf NL Middelhauve Fs. 485 Bl. 86); vgl. auch Henning, 25 Jahre FDP, S. 114, u. Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 121f.

61 Die erste Fassung forderte neben der „Zusammenarbeit aller Konfessionen" und der „Verständigung aller Berufsgruppen" u. a. die „Ausschaltung der Religionsdiener aus der entscheidenden nicht aber aus der beratenden politischen Betätigung, soweit es sich um Fragen der Kultur und Erziehung handelt". Das überarbeitete Programm formulierte dagegen: „Rückkehr zur Tradition der abendländisch-christlichen Kultur als der unerschütterlichen Grundlage der europäischen Völkerfamilie. Sammlung aller aufbauenden Kräfte der deutschen Volksgemeinschaft quer durch Berufsstände und religiöse Bekenntnisse bei bewußter Ablehnung jeder Art von Klassenkampf", und propagierte auch die „Achtung des Erziehungsrechtes der Eltern" – die nach 1945 übliche Umschreibung des Eintretens für die Konfessionsschule (beide Programme in: HStA Düsseldorf NL Middelhauve Fs. 485 Bl. 68f. u. 73f.).

62 Stellungnahme (Middelhauves) zu dem (am 5. 6. 1954 in der „Rheinischen Post" veröffentlichten) „Offenen Brief" des Herrn Bollig (ebd. Bl. 53ff.).

63 Die politische Entwicklung nach 1945 (a.a.O.); Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 122, u. Wieck, Entstehung der CDU, S. 66.

64 Neue Rheinische Zeitung Nr. 24 v. 13. 10. 1945 u. Der Tagesspiegel Nr. 9 v. 16. 10. 1945.

65 Schr. v. Middelhauve an d. Landesverband Westfalen d. LDP v. 8. 12. 1945 (WDS Handakten).

66 Jünemann trat als Vertreter der Aufbaupartei bei der Gründung des Zonenverbandes auf; vgl. Aktennotiz über d. Tagung der Demokraten in Opladen am 7./8. 1. 1946 (WDS Handakten). Er hatte 1928 im Wahlkreis Düsseldorf-Ost für die DVP zum preußischen Landtag kandidiert; Handbuch für den Preußischen Landtag, 3. Wp., S. 431.

der gewählte Name: Ihm fehlte jeder Bezug zur liberalen Tradition, der Begriff „Aufbaupartei" zielte vielmehr auf die Erfassung breiter, nicht eindeutig an eine politische Richtung gebundener Bevölkerungskreise. 1929 seien, so führte einer der Mitbegründer in der konstituierenden Versammlung aus, im Rhein-Wupper-Kreis 59% der Stimmen auf KPD, SPD und Zentrum entfallen, „während sich die restlichen 41 Prozent auf die übrigen Parteien verteilten". Er glaube nicht, daß „die bereits gebildeten drei Parteien", also CDU, SPD und KPD, „in ihrer Gesamtheit wirklich beanspruchen könnten, heute den politischen Willensausdruck der ganzen Kreisbevölkerung zu repräsentieren"; so sehr er an sich den Gedanken einer Straffung des Parteiensystems begrüße, so sehe er „doch keine andere Möglichkeit, als die politisch sonst heimatlosen Wählerkreise in einer vierten, ihrer Sammlung und demokratischen Ausrichtung dienenden Partei zusammenzufassen".[67]

Genauer wird die hier angedeutete Stoßrichtung der Aufbaupartei sowie ihr Verhältnis zur liberalen Parteitradition und Ideologie in einem Schreiben umrissen, das Middelhauve zwei Monate später – also schon vor dem Hintergrund der ersten Gespräche über eine engere Zusammenarbeit der verschiedenen rheinischen Kreisorganisationen – an den LDP-Landesverband Westfalen richtete.[68] Er habe den Eindruck gewonnen, so begann Middelhauve, „als wenn unsere politische Arbeit sich in dem zu engen Rahmen der früheren deutschen demokratischen Partei bewege und die Träger unserer politischen Arbeit fast ausschließlich aus Vertretern der früheren deutschen demokratischen Partei bestünden". Er sei zwar selbst ein aktives Mitglied dieser Partei gewesen. „Heute kommt es aber durchaus darauf an, bei der Gestaltung unserer Partei und unserer politischen Arbeit sämtliche politischen Kräfte zu erfassen, die es ablehnen, sich einer der marxistischen Parteien oder der christlich demokratischen Partei (Zentrumspartei) anzuschließen. Das bedeutet aber, daß wir sowohl die im besten Sinne liberalen als auch im besten Sinne konservativen Kreise unseres Volkes anzusprechen (haben) [...]. Sämtliche Kräfte, die früher in der deutschen demokratischen Partei, in der deutschen Volkspartei und (hier allerdings mit Einschränkung) in der deutschnationalen Volkspartei gestanden haben, gehören heute zu uns. Nur so wird es möglich sein, die Gründung weiterer Parteien zu verhindern, die tunlichst verhindert werden muß." Denn nur so könne man vermeiden, „auf eine politisch schmale Basis abgedrängt" zu werden.

Was Middelhauve hier formulierte, war unübersehbar die Gegenkonzeption zur Gründung einer Partei der Mitte in linksliberaler Tradition. Anders als die Mehrzahl der rheinischen Gründerkreise, die im wesentlichen ohne tiefgreifendere Überlegungen dort anknüpften, wo sie 1933 aufgehört hatten, ging Middelhauve von einer differenzierten Analyse der politischen Verhältnisse aus – von der nüchternen Erkenntnis, daß jedenfalls in Nordrhein-Westfalen der Linksliberalismus keine ausrei-

67 Neue Rheinische Zeitung Nr. 24 v. 13. 10. 1945.
68 Schr. v. Middelhauve an d. Landesverband Westfalen d. LDP v. 8. 12. 1945 (a.a.O.).

chende politische Basis habe. Eine vierte Partei könne sich – so Middelhauves Kernthese – nur dann zu einer relevanten Kraft entwickeln, wenn es ihr gelänge, zumindest den größten Teil des von den bisher gegründeten Parteien nicht primär vertretenen Wählerpotentials, des protestantischen Bürgertums, anzusprechen, also über die liberale Anhängerschaft hinaus weit in das konservative Spektrum einzudringen. Middelhauves Konzeption kann deshalb mit dem Stichwort „Vereinigung der beiden liberalen Strömungen" nicht zutreffend umschrieben werden, sein Ziel war mehr eine bürgerliche Sammlungsbewegung, wenn auch unter starkem liberalem Vorzeichen. Nicht zufällig hat er die Bezeichnung „Liberal-Demokratische Partei" ebenso vehement befehdet wie den alten linksliberalen Parteinamen.[69]

Den entscheidenden Konkurrenten sah Middelhauve nicht so sehr in der CDU, die er – wie viele seiner Zeitgenossen – als bloße Fortsetzung des Zentrums unter neuem Etikett einschätzte, sondern in einer fünften, konservativen Partei. Auch diese Situationsbestimmung wird man nicht vorschnell als falsch bezeichnen dürfen, da zum einen in der Tat ernstzunehmende Ansätze zu einer solchen Parteibildung vorhanden waren[70] und da zum anderen vor dem endgültigen Durchbruch des Unionskonzeptes in den fünfziger Jahren konservative und rechtsradikale Parteien – etwa zwischen 1948 und 1953 – beträchtliche Erfolge erzielen konnten.

Mit welchem Rezept wollte nun Middelhauve diese nach allen bisherigen, vor allem in der Weimarer Zeit gemachten Erfahrungen höchst heterogenen politischen Kräfte zusammenfassen – zudem „ohne Konzessionen an unsere politische Grundhaltung zu machen", die, wie er schrieb, auch er „entschieden ablehnen würde"[71]? Er glaubte, sie „durch gemeinsame wesentliche Ziele und Anschauungen" binden zu können[72], nämlich durch das Eintreten für eine marktwirtschaftliche Ordnung auf der Grundlage des Privateigentums, für die christliche Gemeinschaftsschule und insbesondere für den „deutschen Einheitsstaat"[73], also durch einen betont nationalen Liberalismus.

Ein Aspekt allerdings, der in den Überlegungen gerade der württembergischen Liberalen eine zentrale Rolle spielte, wurde von Middelhauve gar nicht angesprochen, nämlich die Frage nach der Regierungsfähigkeit der neuen Partei oder – anders formuliert – nach ihren tatsächlichen politischen Einflußmöglichkeiten. Die Württemberger konnten argumen-

69 U.a. ebd., aber auch im Zuge der im folgenden behandelten Landesverbandsgründung.
70 Middelhauve selber hatte dabei die am 1. 11. 1945 von dem früheren DNVP-Politiker Wilhelm Jäger in Wuppertal gegründete „Deutsche Konservative Partei" vor Augen, die nach seiner Ansicht „einen in gutem Stil geschriebenen, ansprechenden und beachtlichen Aufruf zur Frage der künftigen deutschen Politik herausgebracht" hatte (Schr. v. 8. 12. 1945, a.a.O.). Zur DKP vgl. Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 140f., u. Tauber, Eagle and Swastika, S. 55.
71 Schr. v. 8. 12. 1945 (a.a.O.).
72 Ebd.
73 Diese drei Punkte des Gründungsaufrufs der Deutschen Aufbaupartei v. Oktober 1945 (HStA Düsseldorf NL Middelhauve Fs. 485 Bl. 77f.) stellte Middelhauve auch auf der konstituierenden Versammlung besonders heraus; vgl. d. Berichte in: Neue Rheinische Zeitung Nr. 24 v. 13. 10. 1945 u. Der Tagesspiegel Nr. 9 v. 16. 10. 1945.

tieren, daß sich ihre Durchsetzungskraft nicht primär und ausschließlich aus ihrer zahlenmäßigen Stärke ergebe, sondern aus ihrer Fähigkeit zu wechselnden Bündnissen und ihrer Unentbehrlichkeit als Koalitionspartner. War dagegen nicht der Preis für den Zusammenhalt und die potentiellen Wahlerfolge einer Partei, wie sie Middelhauve vorschwebte, der Zwang zu prinzipienstarrer Opposition und damit letztlich politische Einflußlosigkeit?

Angesichts der Heterogenität der Gründungsansätze kann es nicht überraschen, daß bei der ersten Tagung der rheinischen Liberalen, zu der Vertreter von neun lokalen Verbänden am 9. November 1945 in Düsseldorf zusammenkamen, konkrete Beschlüsse zunächst ausblieben. Allerdings fiel in personeller Hinsicht – jedenfalls rückblickend gesehen – insofern eine wichtige Vorentscheidung, als die „Federführung" in dem gebildeten fünfköpfigen Arbeitsausschuß Friedrich Middelhauve übertragen wurde. Im übrigen war man sich lediglich einig in der Absicht, sich „unter umfassendem Namen und mit einheitlichem Programm" zu einem Landesverband zusammenzuschließen; auch die Notwendigkeit einer baldigen Einigung in der gesamten britischen Besatzungszone wurde allgemein akzeptiert. Bezeichnenderweise sah man sich jedoch veranlaßt, in einer Presseerklärung zu beteuern, der wegen der Vielfalt der Namen bei manchem Außenstehenden entstandene Eindruck einer fehlenden einheitlichen Auffassung über die Zielsetzung der Partei habe sich in der Aussprache als falsch erwiesen.[74]

Bereits für den folgenden Tag lud die Essener LDP zu einer weiteren Besprechung ein, bei der auch Clemens Bender vom Landesverband Westfalen anwesend war. Der als Gastgeber den Vorsitz führende Franz Blücher und Bender versuchten gemeinsam, in der Namensfrage eine Entscheidung für die Bezeichnung LDP herbeizuführen und damit natürlich auch in gewissem Maße die politische Linie der noch zu gründenden Landesorganisation zu präjudizieren. Dieser Vorschlag muß jedoch mit großer Zurückhaltung aufgenommen worden sein, denn über eine Bekräftigung der Beschlüsse vom Vortage gelangte man nicht hinaus.[75]

Die eigentliche Gründungsversammlung des Landesverbandes „Nord-Rheinprovinz"[76] fand dann am 4. Dezember in Düsseldorf statt. Die 22 Delegierten verabschiedeten unter Vorsitz von Middelhauve politische Richtlinien, deren Vorwort von der SLP Mönchengladbach formuliert worden war, die aber im übrigen dem Programm der Opladener Aufbaupartei entnommen waren. Sie konstituierten ferner formell den Landesverband und wählten einen dreiköpfigen geschäftsführenden Vorstand – Middelhauve, Hermes und Heinsch (DP Moers). Zu größeren Meinungsverschiedenheiten kam es bei der Namenswahl: Während Vertreter der Aufbaupartei sich – ganz entsprechend ihrer Parteikonzeption – „für einen neutralen Namen", d.h. also nicht an die liberale Parteitradition anknüpfend, einsetzten und die Essener Gruppe erneut die Bezeichnung

74 Neue Rheinische Zeitung Nr. 33 v. 14. 11. 1945.
75 Bericht über d. Sitzung in Essen-Kettwig am 10. 11. 1945 (FNS Akte LV NRW 1945-48).
76 So zu Recht Henning, 25 Jahre FDP, S. 116; vgl. aber auch unten S. 149.

LDP zur Diskussion stellte, schwankte die Mehrheit zwischen „Freie Demokratische Partei" und „Demokratische Partei Deutschlands". Man entschied sich schließlich für letztere Bezeichnung mit der Einschränkung, daß die lokalen Organisationen daneben ihre alten Namen vorläufig weiterführen dürften. Damit hatten sich in diesem Punkt die in der linksliberalen Tradition stehenden Kreisverbände durchgesetzt. Allerdings wurde sowohl dieser Beschluß wie auch zuvor schon die Verabschiedung des Programms unter den Vorbehalt einer endgültigen Festlegung im Zuge der Konstituierung eines Zonenverbandes gestellt.

In Reaktion auf die ohne Mitwirkung bevollmächtigter Vertreter der rheinischen Liberalen erfolgte und deshalb von ihnen nicht anerkannte Proklamation einer Zonenorganisation am 20. November in Dortmund waren diese nämlich nun ihrerseits gewillt, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen. Wilhelm Hermes wurde deshalb beauftragt, auf seiner bevorstehenden Reise nach Norddeutschland insbesondere mit der Hamburger Partei persönlich in Kontakt zu treten.[77]

Über die aus der Sicht des Rheinlandes erfreulichen Ergebnisse dieser Verhandlungen konnten Hermes und Tiggeler, der ihn an Stelle des zunächst vorgesehenen Middelhauve begleitet hatte, auf einer weiteren Besprechung am 18. Dezember in Düsseldorf berichten. Der Hamburger Parteivorstand hatte den Zusammenschluß mit der Nord-Rheinprovinz grundsätzlich gebilligt, und es waren weitreichende Absprachen über die künftige Entwicklung auf der Zonenebene getroffen worden: Hinsichtlich Namen – die Hamburger beharrten auf der Beibehaltung ihrer Bezeichnung „Partei Freier Demokraten" – und Sitz der Partei entsprachen sie den Hamburger Wünschen, während dem Rheinland die Besetzung des Generalsekretariats, mit Wilhelm Hermes, und die Aufstellung des Programms übertragen wurden. Auf der Rückreise hatten sich Hermes und Tiggeler auch noch der prinzipiellen Zustimmung des führenden Kopfes der niedersächsischen Liberalen, Wilhelm Heile, versichert. Die in Hamburg erzielten Vereinbarungen fanden im rheinischen Landesverband allgemeine Zustimmung, zumal seine Abgesandten von einem weit fortgeschrittenen Organisationsstand der Hamburger Partei berichteten.[78]

In der Tat konnte dann – wie vorgesehen – am 7./8. Januar 1946 in Opladen auf Einladung der rheinischen Liberalen der Zonenverband unter der Bezeichnung „Freie Demokratische Partei" konstituiert werden. Die angestrebte Einbeziehung des ganzen britischen Besatzungsgebiets verbot zwar die kompromißlose vollständige Durchsetzung der Hamburger Absprachen, doch hatte mit der Gründung einer von Berlin unab-

77 Protokoll über eine Delegiertenbesprechung demokratischer Kreisgruppen des Rheinlandes am 4. Dezember 1945 in Düsseldorf (FNS Akte LV NRW 1945-48) u. Neue Rheinische Zeitung Nr. 45 v. 29. 12. 1945. Vgl. auch die ausführliche Darstellung der Zonenverbandsgründung unten S. 253ff.

78 Protokoll über d. Besprechungen d. Kreisgruppen d. „Landesverbandes Nord-Rheinprovinz der Demokratischen Partei Deutschlands" vom 18. 12. 1945 in Düsseldorf (BA NL Heile Bd. 37) u. Neue Rheinische Zeitung Nr. 45 v. 29. 12. 1945.

hängigen Zonenpartei unzweifelhaft der Kurs des Rheinlandes obsiegt; die Voraussetzungen für seinen langfristig immer deutlicher zutage tretenden maßgeblichen Einfluß auf die Liberalen der britischen Zone waren damit geschaffen.

Die sich aus der Opladener Tagung ergebenden Konsequenzen wurden von den rheinischen Liberalen am 16. Januar 1946 in Düsseldorf beraten.[79] Neben der Bestätigung der Umbenennung in einen Landesverband der FDP sowie Fragen der Organisation und Finanzierung war dies nicht zuletzt die Wahl des Landesvorstands. Wie auf Grund der Vorgeschichte zu erwarten, setzte sich in der Abstimmung über den Vorsitz Middelhauve mit zehn zu fünf Stimmen bei einer Enthaltung gegen Alfred Fratzscher aus Mönchengladbach durch. Letzterer und der Essener Beutler wurden zu Middelhauves Stellvertretern gewählt; daneben waren aber auch alle anderen Richtungen der Partei im Vorstand vertreten.[80] Als besonders einflußreiche Repräsentanten des rheinischen Landesverbandes müssen noch Wilhelm Hermes, der zusätzlich zu seiner Tätigkeit als Landesgeschäftsführer im Februar 1946 zum Generalsekretär der Zonenpartei gewählt wurde[81], und Franz Blücher genannt werden, der zwar nicht dem Landesvorstand angehörte, dafür aber auf der zonalen Ebene mehr und mehr die Führung an sich zog.

Mit dieser Januar-Sitzung war der Konstituierungsprozeß des rheinischen Landesverbandes im wesentlichen abgeschlossen. Der erste ordentliche Parteitag am 29. Juni 1946 in Düsseldorf bestätigte – auch in personeller Hinsicht – weitgehend ihre Ergebnisse.[82] Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß zwar auch im Rheinland die Mehrheit der Parteigründer aus der DDP stammte und daß diese gemeinsame politische Vergangenheit ein zentrales verbindendes Element zwischen den Gründerkreisen war, daß aber zugleich eine in keinem anderen Land erreichte Vielfalt parteipolitischer Ansätze bestand. Im Zuge der Landesverbandsgründung konnte sich keine dieser verschiedenen Richtungen eindeutig durchsetzen. Noch bis gegen Ende 1946 war die Position der rheinischen FDP nur in einem höchst allgemeinen, ja eher verschwommen zu nennenden Sinne umrissen; die aus der Frühphase bekannten Ansätze standen noch weitgehend unverbunden nebeneinander.

Dies lag zum einen in der Notwendigkeit begründet, die ohnehin schmale Basis für eine liberale Partei im Rheinland nicht durch die Ausgrenzung des einen oder anderen Gründerkreises schon in der Anfangs-

79 Aktennotiz über die Tagung des Landesverbandes Nord-Rheinprovinz der FDP am 16. 1. 1946 in Düsseldorf (WDS Handakten) u. Protokoll über d. am 16. 1. 1946 in Düsseldorf stattgefundene Sitzung der Kreisgruppen-Vertreter im Landesverband Nord-Rheinprovinz der FDP (ebd.).

80 Die Beisitzer waren Stefan Durlak (Krefeld), Friedrich Guntermann (Remscheid), Bruno Maaß (Duisburg-Hamborn), Otto Schumacher-Hellmold (Gummersbach) und Carl Wirths (Wuppertal).

81 Protokoll über die am 5. 2. 1946 in Syke stattgefundene Sitzung des Vorstandes des Zonenverbandes der FDP (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 4).

82 Zwar wurden die bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden durch Maaß und Guntermann ersetzt, doch blieb insgesamt das ganze innerparteiliche Spektrum im Vorstand repräsentiert. Vgl. d. Protokoll d. Landesparteitages d. FDP Nordrhein am 29. 6. 1946 in Düsseldorf (FNS NL Rapp Fs. 3).

phase gefährden zu dürfen. Zum zweiten wurde die Bildung klarer Frontstellungen durch die Möglichkeit wechselnder Übereinstimmungen verhindert – etwa zwischen den dezidierten DDP-Anhängern und der Middelhauve-Gruppe gegen die Bezeichnung LDP bei gleichzeitiger Ablehnung einer zu engen Bindung an die linksliberale Tradition durch die Aufbaupartei und die LDP-Kreisgruppen. Und zum dritten wurde in vielen Fragen, deren Beantwortung an sich die Klärung und verbindliche Festschreibung des politischen Selbstverständnisses erfordert hätte, eine Entscheidung dadurch umgangen, daß die Landesverbandsgründung und die der Zonenpartei so eng miteinander verknüpft waren.

Dennoch waren zweifellos eine Reihe von Vorentscheidungen gefallen, zeichneten sich einige Tendenzen der künftigen politischen Ausrichtung der rheinischen FDP ab. Das Konzept einer Anlehnung an die Berliner „Reichsparteileitung" hatte sich in der für seine volle Realisierung entscheidenden Gründungsphase nicht durchsetzen können. Das schloß zwar für die Zukunft gute Beziehungen zu den Liberalen der SBZ keineswegs aus, doch waren damit die Grenzen des Berliner Einflusses im Rheinland und in der britischen Zone weitgehend markiert. Einige der von den Gründerkreisen vertretenen Ansätze, insbesondere die der Sozialliberalen Partei und der Partei der aktiven Volksdemokraten, hatten sich als in der politischen Szene des Rheinlandes isolierte, sehr individuell geprägte Überlegungen erwiesen; ihre Befürworter schieden in der Folgezeit aus der FDP aus – wie Wilhelm Hermes im Zuge der Auseinandersetzungen um Heile[83] – oder wurden zumindest in den Hintergrund gedrängt – wie Bruno Maaß. Auch mit einer dezidierten Bindung der rheinischen FDP an die linksliberale Parteitradition war kaum mehr zu rechnen. Denn ihre Protagonisten, die allerdings von vornherein nicht mit einer in anderen Ländern anzutreffenden Entschiedenheit auftraten, hatten zwar zunächst die zahlenmäßig stärkste Gruppe gestellt, es war aber zu erwarten, daß der Mehrheit der neu zu gewinnenden Mitglieder eine entsprechende parteipolitische Vergangenheit fehlen werde. Alles lief also auf die Frage hinaus, ob sich letztlich die einzige verbleibende, schon in der Gründungszeit klar formulierte Konzeption – nämlich die Middelhauves – durchsetzen werde oder ob das politische Gesicht der FDP weiterhin mehr durch pragmatische Entscheidungen zu einzelnen anstehenden Problemen bestimmt sein werde. Diese Auseinandersetzung setzte in ganzer Schärfe ein, als die Parteien mit dem fortschreitenden Aufbau eines parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems zunehmend in die Verantwortung genommen und so auch zur Austragung ihrer inneren Gegensätze gezwungen wurden.

Daß der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen alsbald der Zusammenschluß der beiden bisher selbständigen FDP-Landesverbände folgen müsse, darüber bestand in den rheinischen wie westfälischen Führungsgremien prinzipielle Übereinstimmung.[84] Am 14. Oktober 1946, einen

83 Dazu ausführlich oben S. 122ff.

84 Vgl. z.B. d. Niederschrift über d. Vorstandssitzung d. Landesverbandes Westfalen d. FDP am 3. 10. 1946 in Bielefeld (WDS Akte 110).

Tag nach dem Abschluß der Kommunalwahlen, begannen die entsprechenden Verhandlungen, die sich dennoch über mehr als ein halbes Jahr hinzogen; soweit wir wissen, waren es in erster Linie organisatorische Differenzen, die die notwendige Angleichung der Partei an den staatlichen Rahmen so lange verzögerten.[85] Erst am 27. Mai vollzog ein gemeinsamer Parteitag in Wuppertal formell die Konstituierung des neuen Landesverbandes und wählte Gustav Altenhain zu dessen Vorsitzendem[86]; das Stellvertreteramt übernahm der in einer „Blitzkarriere"[87] aufgestiegene Kölner Fabrikant Hans Albrecht Freiherr von Rechenberg, auf dessen politische Rolle noch zurückzukommen sein wird. Mit der Wahl Altenhains sollte offenkundig ein Gleichgewicht in der Verteilung der Führungspositionen zwischen Rheinland und Westfalen geschaffen werden, da Middelhauve den Vorsitz in der Landtagsfraktion innehatte. Beide konnten zugleich als maßvolle und damit zu einer Zusammenarbeit fähige Repräsentanten der in der Partei vertretenen politischen Richtungen gelten.

Dieses Gleichgewicht geriet jedoch schon in den folgenden Monaten durch massive Kritik aus dem Rheinland und hier vor allem des rechten Parteiflügels an Altenhain ins Wanken. Die unmittelbare Vorgeschichte der innerparteilichen Auseinandersetzungen beginnt mit dem Ausscheiden der FDP aus der nordrhein-westfälischen Landesregierung im Juni 1947. Während die Liberalen in den beiden noch allein von der Militärregierung ernannten Kabinetten des Zentrumspolitikers Rudolf Amelunxen durch Franz Blücher als Finanzminister vertreten gewesen waren, lehnten sie als einzige Partei eine Beteiligung an der ersten parlamentarisch verantwortlichen Regierung des neuen Ministerpräsidenten Karl Arnold (CDU) ab.[88] Zur Begründung erklärte Middelhauve vor dem Landtag, die FDP habe sich durchaus für die Bildung eines Allparteienkabinetts ausgesprochen, sie habe sich aber „zu ihrem Bedauern" deshalb nicht in der Lage gesehen, in die Regierung einzutreten, da einige Parteien „als conditio sine qua non" für die „Regierungserklärung ein Bekenntnis zur Vergesellschaftung der Grundstoffindustrien" gefordert und durchgesetzt hätten. Daraus ergebe sich – und dies habe seine Fraktion auch mit ihrer Zustimmung zur Wahl des Ministerpräsidenten deutlich machen wollen –, daß sie „zur Regierung nicht in einer Opposition a priori" stehe, sondern sie bei allen Maßnahmen „nachhaltig unterstützen" werde, „die auch wir für die Behebung von Hunger, Not und Elend für geeignet halten". „Im Zeichen dieser abwartenden Haltung" werde sich die FDP „trotz schwerer Bedenken gegen einzelne Punkte der Regierungserklä-

85 Nach Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 133, wollte die Partei zum einen die angekündigte Neueinteilung der Regierungsbezirke abwarten, zum anderen leisteten einige rheinische Kreisgruppen heftigen Widerstand gegen die Bildung von Bezirksverbänden als parteiorganisatorischer Mittelinstanz, die hier in Angleichung an die westfälischen Verhältnisse erfolgen sollte.

86 Westdeutsche Rundschau Nr. 43 v. 28. 5. 1947.

87 Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 135.

88 Zu den Regierungsbildungen vgl. ebd., S. 227ff., Först, Geschichte, S. 165ff., 206ff. u. 256ff., u. Hüwell, Arnold, S. 105ff.

rung" sogar beim Vertrauensvotum des Landtages lediglich der Stimme enthalten.[89]

Angesichts der nahezu einhelligen Ablehnung jeder Form von Sozialisierung durch die Liberalen Nordrhein-Westfalens dürfte die Entscheidung der Landtagsfraktion gegen eine Regierungsbeteiligung in der Partei auf breite Zustimmung gestoßen sein. Middelhauves Bekenntnis zu einer moderaten und verantwortungsbewußten Wahrnehmung der Oppositionsrolle verfolgte sicherlich zunächst einmal den Zweck, die FDP in der Öffentlichkeit nicht in den Verdacht geraten zu lassen, sie wolle sich der notwendigen Gemeinsamkeit aller deutschen Politiker bei der Lösung der akuten wirtschaftlichen und sozialen Probleme entziehen. Es war jedoch ebenso geeignet, in den eigenen Reihen die Zustimmung der gemäßigten Kräfte zum Ausscheiden aus der Regierung zu verstärken, war doch mit deren Vorstellung einer Partei der Mitte die alleinige Opposition der FDP-Fraktion nur schwer in Einklang zu bringen. Unzweifelhaft kam diese politische Konstellation mehr dem rechten Parteiflügel entgegen, der in ihr die einmalige Chance sehen mußte, seine Parteikonzeption durchzusetzen und die FDP zu einer auch zahlenmäßig gewichtigen bürgerlichen Sammlungsbewegung zu entwickeln. Es stand zu erwarten, daß seine Vertreter eine kompromißlose Opposition unter antisozialistischem Vorzeichen und mit nationalen bis nationalistischen Untertönen befürworten würden. Der innerparteiliche Konflikt war also vorprogrammiert.

Der Anlaß, der ihn schließlich zum offenen Ausbruch brachte, war von eher untergeordneter politischer Bedeutung. Die Mehrheit der FDP-Landtagsfraktion hatte einem von der SPD initiierten Gesetz zugestimmt, nach dem die monatlichen Produktionsmeldungen der Firmen von den Betriebsräten mitunterzeichnet werden sollten. Die Gelegenheit, dieses Abstimmungsverhalten in den Mittelpunkt der innerparteilichen Diskussion zu rücken und es zur Klärung der Kräfteverhältnisse zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen zu nutzen, bot sich auf dem für den 16. und 17. August 1947 angesetzten außerordentlichen Landesparteitag auf der Hohensyburg bei Dortmund, dessen Hauptaufgaben eigentlich die im Mai verschobene Verabschiedung einer endgültigen Satzung für den neugegründeten Landesverband und die dadurch fällige Neuwahl des Vorstandes sein sollten. Dem Parteitag lag ein Antrag des Kreisverbandes Remscheid vor, denjenigen FDP-Abgeordneten, die für das Produktionsmeldungsgesetz gestimmt hatten, „die schärfste Mißbilligung" des Landesverbandes auszusprechen. Die Begründung, die der Remscheider Delegierte, der Metallwarenfabrikant Max Dominicus, und der stellvertretende Landesvorsitzende von Rechenberg für den Antrag gaben, ging in drei Richtungen: Sie sahen in dem Abstimmungsverhalten einen Verstoß gegen zuvor ergangene Beschlüsse der Parteigremien, sie

89 Landtag Nordrhein-Westfalen. 1. Wp. Stenographischer Bericht über d. 7. Sitzung am 18. 6. 1947, S. 43ff., bes. S. 44 u. 52. Vgl. auch die Rechtfertigungsschrift der nordrhein-westfälischen FDP: Bericht zur Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen. Juni 1947, Wuppertal 1947 (BA NL Blücher Bd. 155).

verwiesen darauf, daß die durch das Gesetz geregelte Materie in die Kompetenz des Reiches falle, daß also gerade eine Partei, die sich wie die FDP nachdrücklich zur Reichseinheit bekenne, sich auch im Detail entsprechend äußern müsse, und sie betrachteten das vorgesehene Mitwirkungsrecht der Betriebsräte als einen unerträglichen Eingriff in die Entscheidungsfreiheit und den Verantwortungsbereich der Unternehmerseite.[90]

Vor allem aber schien in ihren Stellungnahmen ein ganz einseitig akzentuiertes Verständnis der Rolle der FDP in der Opposition und als Partei überhaupt durch, das der intransigenteste Verfechter dieser Richtung, von Rechenberg, schon ein halbes Jahr zuvor in einem Brief an Franz Blücher unmißverständlich umrissen hatte: Für ihn war jeder, „der nicht die freie Wirtschaft grundsätzlich bejaht und dementsprechend staatliche Kommandowirtschaft nur als ein so schnell wie möglich abzubauendes Übel ansieht, Sozialist [..], ob er es selber weiß oder nicht [...]. Wenn die FDP in der Beziehung irgendwie weich wird, verliert sie jede Existenzberechtigung; dann gehören ihre Anhänger in die CDU, soweit sie für die katholische Volksschule sind, und in die SPD, soweit sie diese ablehnen." Eine liberale Partei aber, die das Privateigentum bejahe und die Planwirtschaft kompromißlos ablehne, habe „in Deutschland eine große Zukunft" vor sich; „als einziges Bollwerk gegen die Sozialisierung" werde sie „viele Stimmen" gewinnen können, zwar mit Sicherheit nicht von den Arbeitern, die allenfalls als letzte durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik angezogen werden könnten, doch müsse eben das primäre Objekt liberaler Politik „der bürgerliche Mensch" sein, „d.h. der, der den Begriff der Freiheit und das Eigentum bejaht".[91]

---

90 Protokoll über d. außerordentlichen Parteitag d. FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen am 16./17. 8. 1947 auf d. Hohensyburg, S. 4f. (WDS Akte Ia/10), u. Westdeutsche Rundschau Nr. 67 v. 20. 8. 1947.

91 Schr. v. 13. 2. 1947 (FNS NL Blücher Fs. 16). Am 23. 10. 1947 gab von Rechenberg in einem Memorandum über „Die Situation der FDP" (BA NL Blücher Bd. 121) ergänzende Erläuterungen über sein Verständnis der Oppositionsrolle und der sich daraus ergebenden Konsequenzen für das politische Erscheinungsbild der Partei: „Nur in der Opposition haben wir die Möglichkeit, unsere Ideen durchzudrücken. Aber Opposition heißt nicht Versuch einer Mitarbeit. Wir sollten in Nord-Rhein-Westfalen, wenn die anderen Länder [gemeint sind die anderen liberalen Landesparteien, D.H.] diese Politik nicht wollen, auch nicht davor zurückscheuen, uns ganz offiziell von diesen Ländern zu trennen. Wir werden dann genug andere in diesen Ländern finden, die dann zu uns stoßen werden und die deswegen zu uns nicht kommen, weil sie sich den ehemaligen alten Staatsparteilern nicht anvertrauen wollen, die in der Weimarer Zeit für alle Zukunft abgewirtschaftet haben." Als entscheidender Hemmschuh erweise sich mehr und mehr „der latente Gegensatz zwischen den alten rosaroten Staatsparteilern und uns ehrlichen freien Demokraten, die ehrlich Anti-Sozialisten sind und deshalb als Reaktionäre beschimpft werden. Wenn es uns nicht gelingt, diesen Gegensatz in aller Kürze dadurch aus der Welt zu schaffen, daß die ganzen Rosaroten heraus fliegen, können wir unsere Partei zumachen." Blücher nahm die Radikalität dieser Ausführungen zum Anlaß, das Memorandum an alle Zonenvorstandsmitglieder mit der Bitte um eine Stellungnahme zu versenden, vgl. sein Schr. v. 25. 10. 1947 (ebd.), was wiederum von Rechenberg, der das Memorandum, zumindest im Nachhinein, als private Meinungsäußerung verstanden wissen wollte, als Vertrauensbruch empfand, vgl. sein Schr. an Middelhauve v. 26. 11. 1947 (ebd.) – ein Konflikt, der schließlich Ende 1948 sogar zu einem Ehrengerichtsverfahren führte, vgl. hierzu den umfangreichen Schriftwechsel in: ebd. Zur ganz ähnlichen Auffassung von Max Dominicus vgl. dessen Schrr. an Oscar Funcke v. 3. u. 18. 12. 1947 (FNS NL Blücher Fs. 6).

Dagegen betonten die Sprecher der Fraktionsmehrheit, die Abgeordneten Wirths und Krekeler, die „Partei habe nicht nur das Wort sozial im Munde zu führen, sondern danach zu handeln". Das Abstimmungsverhalten in dieser Frage habe auch das Ziel verfolgt, der Öffentlichkeit gegenüber „den Eindruck zu vermeiden, [...] die FDP sei eine reine Unternehmerpartei". Im übrigen aber habe die Fraktionsmehrheit keineswegs für den SPD-Antrag gestimmt, vielmehr sei gerade unter ihrem Einfluß das Gesetz wesentlich umformuliert und im Vergleich zu der ursprünglichen sozialdemokratischen Fassung entschärft worden.[92]

Wirths und Krekeler konnten zwar die Ablehnung des Remscheider Mißbilligungsantrages erreichen, nicht jedoch den angestrebten Verzicht des Parteitages auf eine Stellungnahme überhaupt. Vielmehr wurde mit knapper Mehrheit eine Entschließung angenommen, in der „bedauert" wurde, daß die Fraktion „nicht einheitlich einen ablehnenden Standpunkt" eingenommen habe.[93] Trotz der maßvollen Formulierung mußte diese Entscheidung als ein Erfolg des rechten Parteiflügels empfunden werden. Das Ringen in dieser Detailfrage aber war – dies war in der Debatte immer wieder durchgeschienen – eine Auseinandersetzung um den grundsätzlichen Kurs der Partei gewesen; sie sollte nach dem Willen der Parteirechten die Neuwahl des Landesvorsitzenden vorbereiten, hatte doch der bisherige Amtsinhaber zur Fraktionsmehrheit gezählt, gegen die sich die Kritik richtete.

Gegen Altenhain kandidierten nun sowohl von Rechenberg als auch Middelhauve, der sich in der Stichwahl mit 127 Stimmen gegenüber 80 für Altenhain durchzusetzen vermochte.[94] Auch bei der Wahl des Stellvertreters kam Altenhain, auf den nur 36 Stimmen entfielen, nicht mehr zum Zuge; hier siegte im zweiten Wahlgang von Rechenberg mit der knappen Mehrheit von 96 zu 95 Stimmen gegen den Mülheimer Wirtschaftsprüfer Wilhelm Dörnhaus. Lediglich bei der Wahl des zweiten Stellvertreters und des Schatzmeisters konnten mit Krekeler und Dörnhaus auch noch zwei Vertreter der gemäßigten Richtung in die Vorstandsspitze einrücken.

Die Vorgänge, die zu diesem Führungswechsel in der nordrhein-westfälischen FDP führten, sind nur teilweise zu erfassen. Nach der Abstimmung wies Middelhauve ausdrücklich darauf hin, daß er sich „nur nach Überwindung stärkster Bedenken [..] zur Wahl gestellt und diese angenommen habe".[95] Intern verbreitete Middelhauve zusätzlich, er sei lediglich angetreten, um die sonst sichere Wahl eines anderen Kandidaten – möglicherweise von Rechenbergs – zu verhindern.[96] Altenhain selber aber argwöhnte, diese Argumentation sei nur vorgeschoben; in Wirklichkeit sei das nun erzielte Ergebnis von vornherein intendiert und der

92 Westdeutsche Rundschau Nr. 67 v. 20. 8. 1947.
93 Ebd.
94 Im ersten Wahlgang waren auf Middelhauve 88, auf Altenhain 75 und auf von Rechenberg 32 Stimmen entfallen; die Abstimmungsergebnisse in: Protokoll über d. außerordentlichen Parteitag am 16./17. 8. 1947, S.5 (a.a.O.).
95 Ebd., S. 6.
96 Schr. v. Franz Blücher an Max Dominicus v. 20. 8. 1947 (FNS NL Blücher Fs. 6).

ganze Ablauf insbesondere zwischen Middelhauve und dem Zonenvorsitzenden Blücher abgesprochen gewesen.[97]

Der Führungswechsel in der nordrhein-westfälischen FDP bedeutete keinen radikalen Bruch in der Entwicklung des Landesverbandes. Der neue Vorsitzende hatte die liberale Politik in diesem Lande auch zuvor schon entscheidend geprägt; anders als in Niedersachsen folgte ihm auch nicht der Versuch einer weitgehenden Gleichschaltung der Parteigremien im Sinne des Mehrheitsflügels – vielmehr kehrte Altenhain Ende Juli 1948 sogar als stellvertretender Landesvorsitzender in die FDP-Spitze zurück.[98] Wohl aber waren die personellen Veränderungen der sichtbarste Ausdruck einer sich kontinuierlich verstärkenden Profilierung der FDP als Partei einer prinzipiellen, sich von allen Kräften in der Regierung scharf abgrenzenden Opposition.

Die Themen und Parolen, die die FDP nun mehr und mehr in den Vordergrund ihrer politischen Arbeit rückte, sprach Middelhauve zusammenfassend in seinem Grundsatzreferat auf dem Landesparteitag Ende Juli 1948 an. Seine Standortbestimmung wies unübersehbare Anknüpfungen an das neoliberale Gedankengut auf. Sie grenzte die Partei nämlich gleichermaßen von dem überholten Individualismus des 19. Jahrhunderts wie auch vom totalitären Kollektivismus in seiner nationalsozialistischen und kommunistischen Spielart ab. Positiv suchte sie die FDP als eine Partei sowohl der persönlichen Freiheit als auch der sozialen Verantwortung darzustellen: „Im Mittelpunkt unseres politischen Programms steht das hohe Ethos der Freiheit als Recht und Verpflichtung, steht unantastbar das Recht der Persönlichkeit auf Entfaltung und auf Wahrung der Würde."[99] Im einzelnen stellte Middelhauve neben dem für eine liberale Partei geradezu konstitutiven Eintreten für eine freie Marktwirtschaft und der „kompromißlosen Ablehnung der Sozialisierung" besonders die Forderung nach sofortiger Einstellung der Entnazifizierung und die Ablehnung des „absoluten Parlamentarismus" heraus; letzteres meinte das Eintreten für eine Regierung auf Zeit, also einer nach ihrer Wahl für die Dauer der Legislaturperiode vom Vertrauen des Parlaments unabhängigen Exekutive.[100] Mit beiden Forderungen verließen die Freien Demokraten bewußt den Boden des bislang von den demokratischen Lizenzparteien gemeinsam vertretenen Grundkonsenses. Ihre Politik zielte also zunehmend über die bisher primär angesprochenen nicht-sozialistischen Wähler hinaus auf jenes politische Potential rechts von der Union, das durch das Spektrum der von der Militärregierung genehmigten Parteien zu großen Teilen nicht abgedeckt und erfaßt worden war.

97 Schr. v. Blücher an Altenhain v. 16. 7. 1948 (FNS Akte NRW 1945-48).

98 Rdschr. Nr. 15/48 d. FDP-Landesverbandes NRW v. 16. 8. 1948. Die Gewichte zwischen den innerparteilichen Richtungen verschoben sich dadurch allerdings nicht, da Altenhain lediglich anstelle von Krekeler gewählt wurde.

99 Friedrich Middelhauve: Es lebe die Freiheit! Rede auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen FDP am 31. Juli 1948 in Milspe, in: Mitteilungen der Freien Demokratischen Partei Nr. 10/1948.

100 Die FDP hatte diese Forderung erstmals in ihrem Landesverfassungsentwurf vom Oktober 1947 erhoben. Der Entwurf in: HStA Düsseldorf NW 57/11 Bl. 91–105. Vgl. hierzu auch d. Protokoll d. Landesausschußsitzung am 13. 10. 1947 in Milspe (WDS Ia/11).

Daß die nordrhein-westfälischen Liberalen mit diesem Konzept wirklich Erfolg gehabt hätten, läßt sich schwerlich behaupten: Bei der Kommunalwahl im Oktober 1948 verbesserten sie sich lediglich um ein Prozent der gültigen Stimmen auf nunmehr 6,9%.[101] Als Folge dieses enttäuschenden Abschneidens gerieten aber keineswegs die Anhänger der Middelhauveschen Linie in die Defensive, sondern der Landesvorsitzende und die Vertreter des Mehrheitsflügels nahmen das Ergebnis zum Anlaß einer erheblichen Verschärfung des von ihnen propagierten Rechtskurses. Die massive Kritik, die Middelhauve in einer Landesausschußsitzung vorbrachte, richtete sich vor allem gegen die eigene Landtagsfraktion, deren Arbeit „in Zukunft [...] in weitaus schärferer Form der Tatsache Rechnung" tragen müsse, „daß die FDP sich in Opposition befindet".[102] Daneben schrieb er jedoch auch den FDP-Abgeordneten im Parlamentarischen Rat eine Mitverantwortung zu; sie hätten nicht nur eine klare, entschiedene Linie vermissen lassen, sondern zum Teil Auffassungen vertreten, die zentralen verfassungspolitischen Zielsetzungen des nordrhein-westfälischen Landesverbands – insbesondere dem dezentralisierten Einheitsstaat und dem Präsidialsystem – widersprächen. Middelhauves Forderungen, die er durch die offene Drohung einer möglichen Ablehnung des Grundgesetzes zu untermauern suchte[103], führten in den folgenden Monaten zu erheblichen Auseinandersetzungen mit der Bonner Fraktion und nicht zuletzt auch mit dem aus Nordrhein-Westfalen entsandten Abgeordneten Hermann Höpker-Aschoff.[104]

Ihren sichtbarsten Ausdruck aber fand die schärfere Gangart, die die Landesverbandsführung nun einzuschlagen gewillt war, zum einen in der Festschreibung einer Bürgerblockpolitik bis hinab auf die kommunale Ebene[105] und zum anderen in den kaum mehr verhüllt anklingenden nationalistischen Untertönen: Vehement wandte sich Middelhauve „gegen die teilweise immer noch vertretene Ansicht, die FDP sei eine Partei der Mitte und ihrem Wesen nach eine kleine Partei, [..] und erklärte, daß wir weder eine Mittel-, noch eine Rechts-, noch eine Links-Partei seien, sondern eine deutsche Partei, die dort zu stehen habe, wo die deutschen Belange lägen und zu vertreten wären". Seine politische Leitlinie faßte der Landesvorsit-

101 Statistisches Landesamt (Hrsg.), 50 Jahre Wahlen, Anhang S. 94f.

102 Protokoll d. Sitzung d. FDP-Landesausschusses am 30. 10. 1948 in Hagen, S. 3 (WDS Ia/11).

103 Ausführliches Protokoll d. Landesausschußsitzung am 30. 10. 1948, S. 2 (FNS Akte LV NRW 1945-48).

104 Vgl. bes. d. Protokoll über d. Landesausschußsitzung am 26. 2. 1949 in Düsseldorf (WDS Ia/11) u. d. Protokoll d. außerordentlichen Landesparteitags am 30. 4. 1949 in Düsseldorf, S. 1–6 (WDS Ia/10).

105 Ausführliches Protokoll d. Landesausschußsitzung v. 30. 10. 1948, S. 2f. (a.a.O.): „Der Landesverband hält ein Zusammengehen mit den Fraktionen der SPD für falsch. Wir sind nicht nur eine nicht-marxistische, sondern eine anti-marxistische Partei und dürfen uns keinesfalls zum Steigbügelhalter der SPD machen [...]. Dementsprechend dürfen wir auch keine Kandidaten der SPD für den politischen Spitzenposten (Landrat, Oberbürgermeister, Bürgermeister) durch unsere Zustimmung in den Sattel heben. Wo die SPD mit der Begründung, sie habe als stärkste Fraktion den Anspruch, diesen Kandidat [sic!] fordert, sollten wir durch unsere Stimmen den Kandidaten der CDU durchsetzen."

zende in dem Satz zusammen, es sei „nunmehr an der Zeit [..], eine betont nationale Politik im besten Sinne zu betreiben".[106]

Jetzt im Herbst 1948 begann erst im eigentlichen Sinne die Ära Middelhauve, für die dieser schon im Dezember 1945 so geschlossen die Konzeption formuliert hatte. Lange bevor Middelhauves Politik der nationalen Sammlung mit der Vorlage des „Deutschen Programms" 1952 und der Naumann-Affäre 1953 ihre Höhepunkte fand, bekundete allerdings einer der profiliertesten westfälischen Liberalen, Hermann Höpker-Aschoff, während des Bundestagswahlkampfs 1949 in einem Brief an den Bundesvorsitzenden Theodor Heuss: Er selbst sei „ja konservativen Gedankengängen keineswegs unzugänglich" und halte auch im Unterschied zur Situation vor 1933 eine partielle Öffnung der Partei nach rechts für richtig. „Aber der nationale Rummel, wie ihn die Deutsche Partei und die Konservative Partei, offenbar auch unsere Leute in Niedersachsen und bei uns natürlich Herr von Rechenberg treiben, ist mir geradezu widerwärtig und zerschlägt außerdem außenpolitisches Porzellan."[107]

4. Die französische Besatzungszone

Am zögerndsten kam der Gründungsprozeß demokratischer Parteien im französisch besetzten Südwesten Deutschlands in Gang. Erst mit ihrer Verordnung Nr. 23 vom 13. Dezember 1945 schuf die Besatzungsmacht hier die rechtlichen Voraussetzungen für die Lizenzierung politischer Parteien.[1] Allerdings hatte zuvor schon die Erlaubnis der Militärregierung vom 15. Oktober an die ernannten Bürgermeister, Gemeinderäte nach politischen Gesichtspunkten zu berufen, auf lokaler Ebene einen gewissen Spielraum für parteipolitische Aktivitäten gegeben.[2]

In dieser Zurückhaltung manifestierte sich das ausgeprägte französische Sicherheitsbedürfnis und Föderalisierungsstreben[3], war doch von den Parteien am ehesten ein organisierter Widerstand gegen die Besatzungspolitik und eine Tendenz zur politischen Zentralisierung zu erwarten. Die Franzosen lehnten daher auch den in den beiden anderen westlichen Zonen beschrittenen Weg des dezentralen Parteiaufbaus ab; sie schrieben vor, daß „die Parteien vom Kopf aus organisiert werden" müßten, nämlich daß die landesweite Lizenzierung der Bildung lokaler Verbände vorausgehen müsse.[4] Der Landesparteicharakter sollte zudem

106 Protokoll d. Landesausschußsitzung v. 30. 10. 1948, S. 3f. (WDS Ia/11).
107 Schr. an Heuss v. 14. 8. 1949 (BA NL Heuss Bd. 57).

1 Abgedruckt in: Flechtheim (Hrsg.), Dokumente, Bd. 1, S. 113.
2 Vgl. Weinacht, BCSV und CDU, S. 84 u. 91, u. Willis, French in Germany, S. 190f., der jedoch irrtümlich den 15. September anführt.
3 Vgl. ebd., bes. S. 29ff., u. Kiersch, Deutschlandpolitik, S. 65f.
4 Konstanzer, Baden-Württemberg, S. 42. Niederschrift über d. Gouverneurssitzung am 8. 1. 1946 in Tübingen (StA Sigmaringen Wü 2 Bd. 5): „Der Gouverneur hat ausgeführt, jede politische Partei müsse für Württemberg eine Landesdirektion haben. Außerdem müßten örtliche Ausschüsse gebildet werden. Soweit sich ein solcher örtlicher Ausschuß der Landesdirektion der Partei unterstelle, werde er ohne weiteres anerkannt."

durch entsprechende Partikel im Parteinamen unterstrichen werden.[5] Zugleich versuchte die Besatzungsmacht, alle über die Landesebene hinausgehenden Kontakte und organisatorischen Bindungen zu verhindern; diese Politik wurde besonders restriktiv gegenüber Verbindungen in andere Zonen gehandhabt[6], galt aber auch im französischen Besatzungsgebiet selbst.[7]

a) Baden

Als erste Liberale in der französischen Zone begannen 1945 die Badener mit dem Aufbau einer neuen Parteiorganisation. Dies entsprach ganz der besonders ausgeprägten Tradition des Liberalismus in diesem Lande, auf die wir schon an anderer Stelle ausführlich eingegangen sind.[1] Wir haben hier jedoch noch kurz zu skizzieren, wie die Ausgangssituation für eine liberale Parteigründung durch die Abtrennung der nördlichen Landesteile beeinflußt wurde.

Der französisch besetzte Teil Badens, der trotz seines Rumpfcharakters seit 1947 den anspruchsvollen Namen „Land Baden" führte, umfaßte zum einen die stärker von einer katholischen Bevölkerung bewohnten Gebiete: Während sich 1946 das Verhältnis zwischen den Konfessionen – bezogen auf ganz Baden – auf 60,0% Katholiken zu 37,2% Protestanten belief, betrug die Relation in Südbaden 72,0% zu 25,8%.[2] Zum anderen lagen die industriellen Ballungsräume Badens um Mannheim und Karlsruhe nun in der amerikanischen Zone; in der von Klein- und Mittelbetrieben dominierten Industrie arbeiteten 1946 nur 30,1% der Erwerbstätigen (gegenüber 38,4% in Nordbaden), dagegen waren noch 42,3% der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft beschäftigt (Nordbaden: 29,9%).[3]

Die Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien in Südbaden wichen daher nicht unerheblich von denen in Gesamt-Baden ab: Das Zentrum war hier immer sehr viel stärker, die Arbeiterparteien sowie DNVP und NSDAP waren deutlich schwächer vertreten gewesen als im Landesdurchschnitt. Der liberale Stimmenanteil hatte – anders, als auf Grund

5 Ebd.: „Der Gouverneur wünscht, daß die Parteien in ihrer Bezeichnung das Wort ‚württembergisch' führen."

6 Vgl. d. Schr. d. französischen Militärregierung an d. Präsidenten d. Staatssekretariats v. Württemberg-Hohenzollern v. 19. 7. 1946 (StA Sigmaringen Wü 2 Bd. 466), mit dem für jede Teilnahme deutscher Persönlichkeiten „an politischen oder gewerkschaftlichen Interzonen-Versammlungen" eine Genehmigung des Administrateur Général Adjoint in Baden-Baden vorgeschrieben wurde. Hierzu auch Konstanzer, Baden-Württemberg, S. 43f., u. Willis, French in Germany, S. 191.

7 Vgl. hinsichtlich d. Auswirkungen auf die liberale Parteientwicklung ausführlich unten S. 275ff.

1 Vgl. oben S. 38ff.

2 Jostock, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur, S. 198. Gegenüber den Daten von 1925 – 58,4% zu 39,4% – hatte sich damit der Katholikenanteil leicht erhöht – eine Veränderung, die jedoch bis 1950 schon wieder annähernd rückgängig gemacht war (58,7% zu 38,8%); vgl. Milatz, Wähler und Wahlen, S. 77, u. Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 18. Zum Gesamtkomplex auch Striebich, Konfession und Partei.

3 Laufer, Industrie, S. 17ff.; vgl. ferner Hudemann, Sozialstruktur, bes. S. 382.

der Konfessionsverteilung zu erwarten – nur unwesentlich unter dem im ganzen Land erzielten Ergebnis gelegen; es hatte aber signifikante Unterschiede zwischen DDP und DVP gegeben[4]: diese hatte ihre Hochburgen in den nordbadischen Städten Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim und konnte in Südbaden nur unterdurchschnittliche Resultate vorweisen, während jene hier weitaus stärker vertreten war – besonders in Lahr, im Südschwarzwald und in der Bodenseegegend. Die Teilung des Landes begünstigte also – noch über die schon aus anderen Ländern bekannten Umstände hinaus – eine Parteigründung in Wiederaufnahme linksliberaler Traditionen.

In der Tat erwies sich dann 1945 sehr bald die Reorganisationsfähigkeit der südbadischen DDP; unter ihren Mitgliedern waren vielfach über die Zeit des Nationalsozialismus hinweg Kontakte aufrechterhalten worden, an die nun angeknüpft werden konnte.[5] So kannten sich vor allem die beiden Hauptinitiatoren und -organisatoren der Parteigründung, der von den Franzosen am 20. April 1945 als Oberbürgermeister von Lahr eingesetzte Lederwarenfabrikant Paul Waeldin, der bereits von 1929 bis 1933 Landtagsabgeordneter der DDP gewesen war[6], und der frühere Landesgeschäftsführer der badischen Linksliberalen und jetzt als kaufmännischer Angestellter arbeitende Willy Stahl[7], seit Anfang der zwanziger Jahre aus der gemeinsamen parteipolitischen Arbeit und hatten die Ver-

4 Für die Wahl zur badischen Nationalversammlung und die letzte Landtagswahl der Weimarer Zeit lassen sich folgende Relationen (in v. H.) berechnen:

	Wahl z. bad. Nationalvslg. 5. 1. 1919		Landtagswahl 27. 10. 1929	
	Baden	Südbaden	Baden	Südbaden
Zentrum	36,6	6,6	36,6	48,3
Ev. Volksdienst	—	—	3,8	2,6
SPD	32,1	26,9	20,1	15,5
USPD	1,5	0,6	—	—
KPD	—	—	5,9	3,6
DDP	22,8	22,3	6,7	7,8
DVP	—	—	8,0	6,0
DNVP	7,0	3,6	3,7	3,1
NSDAP	—	—	7,0	4,1
Mittelstandspartei	—	—	3,8	4,4
Bauernpartei	—	—	3,0	3,5
Sonstige	—	—	1,4	1,1

Die Angaben für 1919 in: Rössler, Badischer Landtag, S. 33; die dort, S. 41f., zu findenden Zahlen für 1929 sind allerdings z. T. falsch. Sie sind hier berechnet nach: Handbuch für den Badischen Landtag, 4. Wp., S. 136ff., u. Statistisches Landesamt Baden (Hrsg.), Wahlen 1946/47, Anh. I.

5 Protokoll über d. Gründungsversammlung d. DP Süd- und Mittelbaden in Freiburg am 20. 1. 1946 (Akten Stahl): „Oberbürgermeister Dr. Waeldin, Lahr, schilderte dann die Vorgänge, die zur heutigen Versammlung führten. Er streift die Zeit von 1933 bis zum Kriegsende, in der unter den verschiedenen Parteifreunden im Land stets Verbindungen bestanden haben." Vgl. auch Rothmund, Liberalismus, S. 179, der die für lokale Honoratiorenkreise charakteristische Kommunikationsform des Stammtischs erwähnt. Dagegen scheint – jedenfalls nach dem bisherigen Erkenntnisstand – die Mitarbeit in oder die Kontakte zu Antifakreisen in Südbaden keine Rolle bei der parteipolitischen Reorganisation der Liberalen gespielt zu haben; hierzu Müller, Antifa-Ausschüsse, S. 155–175.

6 Zur Biographie Waeldins vgl. Das Neue Baden Nr. 45 v. 11. 6. 1948.

7 Zu Stahl: Handbuch des Deutschen Bundestages, 2. Wp., S. 508.

bindung auch nach 1933 nicht abreißen lassen. Bei ihren gelegentlichen Treffen hatten sie zwar politische Diskussionen keineswegs gescheut, jedoch nicht über Konzepte für den demokratischen Wiederbeginn gesprochen.[8]

Ende August 1945 – unmittelbar nach Stahls Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft – korrespondierten beide erstmals über die Möglichkeiten einer Parteigründung.[9] Waeldin gab jedoch – wie auch die übrigen badischen Liberalen – seine „vorher geübte Zurückhaltung in politischer Hinsicht" erst in dem Augenblick auf und bemühte sich „aktiv um das Zustandekommen einer demokratischen Partei hier am Platze und in einzelnen Orten in der Umgebung", als mit der Verordnung vom 15. Oktober die Phase der Tolerierung solcher Bestrebungen durch die Besatzungsmacht begann. Anfang Dezember zählte Waeldins Organisation in Lahr „bereits mehrere Hundert eingeschriebene Mitglieder". Parallel hierzu und zumeist in enger Fühlungnahme mit Waeldin und Stahl entstanden ähnliche Gruppen u.a. in Offenburg und Freiburg; Waeldin konnte „eine ganze Reihe alter Parteifreunde aufzählen, die in der letzten Zeit an mich herangetreten sind mit der Frage, ob wir nichts unternehmen würden".[10]

Von besonderem Gewicht war unter den anderen Initiativen der Freiburger Kreis, an dessen Spitze der schon siebzigjährige Landwirtschaftslehrer und Ökonomierat Otto Vielhauer – 1919–1921 DDP-Abgeordneter in der badischen Nationalversammlung[11] – sowie der Verleger und Druckereibesitzer Bertold Goldschagg – ebenfalls ein DDP-Mitglied[12] – standen. Zu ihm gehörten jedoch ferner so profilierte linksliberale Landespolitiker wie der frühere Präsident des badischen Verwaltungsgerichtshofs und langjährige DDP-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Karl Glockner[13], und der frühere stellvertretende DDP-Landesvorsitzende Oberforstrat Hubert Zircher[14]. Die Freiburger Aktivitäten führten schon in der zweiten Oktoberhälfte 1945 zur inoffiziellen Konstituierung einer „Demokratischen Partei".[15]

Im Dezember 1945 reisten Waeldin und Stahl dann in die Bodenseeregion, zum einen um auch dort die früheren linksliberalen Parteimitglieder zu sammeln und zu aktivieren – in dieser Beziehung war man erfolgreich; es gelang nämlich u.a. zwei frühere Landtagsabgeordnete, den Konstanzer Zimmermeister und Handwerkskammerpräsidenten Konrad Fischer[16] und den Landwirt Karl Hügle aus Wahlwies[17], zu gewinnen –, zum anderen aber um sich der Unterstützung des in Allensbach lebenden

8 Berger, Erbe der Väter, S. 181.
9 Ebd., S. 181.
10 Schr. v. Waeldin an Hermann Dietrich v. 7. 12. 1945 (BA NL Dietrich Bd. 534 Bl. 66).
11 Zu Vielhauer vgl. Beratende Versammlung des Landes Baden, S. 87, u. Rapp, Landtags-Abgeordnete, S. 43.
12 Zu Goldschagg vgl. Berger, Erbe der Väter, S. 181ff.
13 Vgl. Rapp, Landtags-Abgeordnete, S. 17.
14 Vgl. Saldern, Dietrich, S. 98 u. 226.
15 Schr. v. Otto Vielhauer an Dietrich v. 27. 10. 1945 (BA NL Dietrich Bd. 534 Bl. 52).
16 Vgl. Handbuch für den Badischen Landtag, 4. Wp., S. 150.
17 Ebd., S. 156.

Hermann Dietrich zu versichern.[18] Dietrich, der 1918 von den Nationalliberalen zur DDP gestoßen war, war als langjähriger DDP-Landesvorsitzender (1925–1933), DStP-Reichsvorsitzender (1930–1933) und Reichsminister (1928–1932) immerhin der prominenteste noch lebende badische Liberale überhaupt.[19] Seine Reaktion entsprach jedoch nicht Waeldins und Stahls Erwartungen. Waeldin hat später über dieses Gespräch berichtet, Dietrich habe die beabsichtigte Parteigründung begrüßt, sich selbst aber „zunächst nicht herausstellen [wollen], um sich für andere und größere Aufgaben bereit zu halten".[20] In Wirklichkeit war Dietrichs Haltung gegenüber den parteipolitischen Plänen und Maßnahmen seiner früheren Parteifreunde noch sehr viel reservierter: An den Berliner CDU-Mitbegründer Ernst Lemmer, der während der Weimarer Republik lange Jahre DDP-Reichstagsabgeordneter und zeitweilig auch Geschäftsführender Vorsitzender der Partei gewesen war, schrieb Dietrich, sein „Anhang" habe über seinen „Kopf hinweg die Demokratische Partei wieder aufgemacht"; er habe sich jedoch „nicht entschließen können, etwas zu unternehmen", zum einen weil ihm ein isoliertes Vorgehen in Baden als „etwas separatistisch" erscheine, zum zweiten weil nach seiner Ansicht durch das Überlaufen vieler DDP- und DVP-Wähler zu den Nationalsozialisten das Stimmenpotential für eine liberale Partei fehle und zum dritten, da die grundlegende soziale und politische Umwälzung, die Deutschland und die Welt in den zurückliegenden Jahren erfahren hätten, in seinen Augen „eine neue Parteibildung" mit einer Konzeption erfordere, die „sich von allen alten Programmen grundsätzlich unterscheidet".[21]

Die erste Phase der liberalen Parteigründung in Baden war also durch die weitgehende Reorganisation der alten DDP gekennzeichnet. Die Initiatoren verfolgten zunächst das Ziel, „einmal die alten und auch etwaige abgeirrte Parteifreunde zu sammeln und zu vereinigen".[22] Wie wir sahen, waren sie auf diesem Weg – abgesehen von der allerdings nicht ganz unerheblichen Ausnahme Dietrich – überaus erfolgreich. Soweit frühere Mitglieder der badischen DDP-Führungsspitze noch lebten und in Südbaden ansässig waren, konnten sie für die neue Partei gewonnen werden. Wechsel prominenter linksliberaler Politiker zu anderen Parteien sind aus Südbaden nicht bekannt. Daß auch die mittlere Generation, die in der Weimarer Zeit zumeist noch keine führenden poli-

18 Berger, Erbe der Väter, S. 182.
19 Vgl. Saldern, Dietrich, passim.
20 Protokoll über d. Gründungsversammlung d. DP Süd- und Mittelbaden in Freiburg am 20. 1. 1946 (Akten Stahl).
21 Schr. v. 31. 12. 1945 (BA NL Dietrich Bd. 534 Bl. 89ff.); dort, Bl. 67f., auch d. Schr. Lemmers an Dietrich v. 7. 12. 1945, mit dem der Kontakt zwischen beiden begann und in dem Lemmer Dietrich für die CDU zu gewinnen und insbesondere zu einer Teilnahme am Godesberger Reichstreffen der Union (14.–18. 12. 1945) zu überreden versuchte. Dietrich ist im übrigen nach 1945 vor allem in der Ernährungs- und Landwirtschaftsverwaltung, darunter 1946/47 als Vorsitzender des entsprechenden bizonalen Amtes, erneut politisch tätig geworden. Parteipolitisch fühlte er sich nach wie vor den Liberalen verbunden, wie sein gelegentliches Engagement als Redner für die DVP Württemberg-Baden und seine Wahl in den erweiterten Bundesvorstand der FDP im Dezember 1948 zeigen.
22 Schr. v. Waeldin an Dietrich v. 7. 12. 1945 (ebd. Bl. 66).

tischen Positionen bekleidet hatte, nun aber in erster Linie berufen war, die in Gründung befindliche Partei zu repräsentieren, dem gleichen politischen Spektrum entstammte, zeigt die Zusammensetzung der liberalen Fraktion im ersten badischen Nachkriegslandtag: Von sieben der neun Abgeordneten ist bekannt, daß sie vor 1933 Mitglieder der DDP waren.[23] Ehemalige DVP-Mitglieder dagegen tauchen in der Gründungsgeschichte der liberalen Partei Südbadens nicht auf – von einer Ausnahme abgesehen; der frühere Generalsekretär der badischen DVP, Hans Wolf, wurde, nachdem Stahl es aus persönlichen Gründen abgelehnt hatte, dieses Amt wieder zu übernehmen, zum Landesgeschäftsführer der neuen Partei bestellt[24] und später sogar zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt[25].

In der erfolgreichen Sammlung der badischen Linksliberalen wollte Waeldin allerdings noch keine definitive Entscheidung über die Struktur der künftigen Partei sehen. „Ob wir späterhin allein bleiben", schrieb er an Dietrich, „oder mit einer anderen Partei zusammen gehen, wird die Zukunft lehren. Das hängt in erster Linie auch davon ab, was die anderen wollen."[26] Er und andere Liberale waren zunächst durchaus offen für Gespräche über die Bildung einer konfessionsübergreifenden bürgerlichen Sammlungspartei, die in Offenburg und Freiburg – ausgehend von den dortigen CDU-Gründungskreisen – auch geführt wurden.[27] Waeldin beklagte sich sogar, daß in Lahr noch niemand in diesem Sinne an ihn herangetreten sei.[28] Doch weitere Verhandlungen wurden offensichtlich nicht geführt, die Kontakte scheinen schon in den ersten Ansätzen steckengeblieben zu sein, sicher wie auch in den meisten anderen Ländern nicht zuletzt wegen kulturpolitischer Differenzen.[29] Daneben ist jedoch zu berücksichtigen, daß im Prozeß der badischen CDU-Gründung zunächst der Gedanke einer Wiederbegründung des Zentrums eine gewichtige Rolle spielte. Obwohl er letztlich zugunsten einer überkonfessionellen Partei aufgegeben wurde, trug die am 16. Dezember 1945 konstituierte „Badische Christlich-Soziale Volkspartei" einen starken Zentrumsanstrich, so daß von liberaler wie von christlicher Seite die Bereitschaft zu einer engeren Zusammenarbeit gering war.[30]

Am 20. Januar kamen schließlich 47 Liberale in Freiburg zur Gründung der „Demokratischen Partei in Süd- und Mittelbaden" zusammen. Dieser Name wurde von der Versammlung, obwohl auch die Bezeichnung „Liberal-demokratische Partei" vorgeschlagen worden war, einstimmig

23 Von diesen war ein Abgeordneter, Johann Weisser, später zur DVP übergetreten. Die biographischen Angaben finden sich teils in: Beratende Versammlung des Landes Baden, S. 77ff., u. teils in: StA Freiburg A 1 Fs. 34–36.
24 Protokoll d. Sitzung d. vorläufigen geschäftsführenden Vorstandes d. DP am 24. 2. 1946 in Lahr (Akten Stahl).
25 Niederschrift über d. (erste) Landesversammlung d. DP am 26. 10. 1947 in Lahr (ebd.).
26 Schr. v. 7. 12. 1945 (a.a.O.).
27 Ebd. u. Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 112.
28 Schr. an Dietrich v. 7. 12. 1945 (a.a.O.).
29 Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 112, erwähnt Bedenken eines Freiburger Liberalen gegenüber dem von den BCSV-Gründern in der Schulfrage eingenommenen Standpunkt.
30 Vgl. ebd., S. 101ff., u. Weinacht, BCSV und CDU, S. 87ff.

angenommen.[31] Der regionale Zusatz im Parteinamen war sicherlich zum einen Ausdruck einer Option auf die Wiedervereinigung des Landes Baden[32], zugleich wurde jedoch auf diese Weise den erwähnten Vorschriften der französischen Militärregierung Rechnung getragen. Mit der einfachen Bezeichnung „Demokratische Partei" – ohne Zusätze wie „frei" oder „liberal" – wollten die badischen Parteigründer ihre enge Verbindung zur „Demokratischen Partei" der Weimarer Zeit zum Ausdruck bringen, in deren Tradition sie sich bewußt, wenn auch nicht ohne jede Einschränkung, stellten: „Gewiß –", so wurde hierzu später in einem Leitartikel der DP-Zeitung *Das Neue Baden* formuliert, „der Name Demokratische Partei ist mit vielen Fehlern der Zeit vor 1933 belastet. Seine Wiedererweckung war das ehrliche Bekenntnis, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, das Gute aber in die neue Zeit hinüberzuretten."[33]

Nach der Entscheidung über den Parteinamen wurde Paul Waeldin von der Gründungsversammlung einstimmig zum Parteivorsitzenden gewählt, ferner zogen mit Vielhauer, Stahl und kurze Zeit später auch Hügle weitere bewährte linksliberale Politiker in den Parteivorstand ein.[34] Von der Konstituierung der DP bis zu ihrer Lizenzierung durch die Militärregierung Ende März 1946 vergingen allerdings noch über zwei Monate[35], während BCSV, SPD und KPD gemeinsam bereits am 8. Februar 1946 ihre Zulassung erhielten.[36] Die Gründe für diese Verzögerung und schwerwiegende Behinderung des liberalen Parteiaufbaus durch die Besatzungsmacht sind im Falle Baden nicht bekannt; sie dürften jedoch im wesentlichen ähnlich denen gewesen sein, die auch in Württemberg-Hohenzollern zu Schwierigkeiten für die Liberalen führten und auf die noch ausführlicher einzugehen sein wird.[37]

Als letzten Aspekt der liberalen Parteigründung und -entwicklung in Baden haben wir noch die von der DP vertretene Parteikonzeption zu behandeln. Die erste innerparteiliche Grundsatzdiskussion hierüber ergab sich, als nach der Landtagswahl vom 18. Mai 1947 die Landesregierung – seit November 1946 ein Allparteienkabinett unter dem BCSV-Politiker Leo Wohleb, in dem die DP durch Waeldin als Staatssekretär für Finanzen sowie durch einen Staatskommissar vertreten war – neu zu bilden war. In diesen Debatten formierten sich in der Partei sehr bald zwei Gruppierungen, zwischen denen allerdings die Übergänge fließend waren. Gemeinsam war beiden die prinzipielle Bereitschaft zur Bildung einer sogenannten „Großen Koalition" mit den Christlich-Sozialen und den Sozialdemokraten, um so im Hinblick auf die schwierigen wirtschaft-

31 Protokoll über d. Gründungsversammlung d. Demokratischen Partei (a.a.O.).
32 So Berger, Erbe der Väter, S. 183.
33 f.: Unser Weg, in: Das Neue Baden Nr. 52 v. 24. 10. 1947.
34 Protokoll über d. Gründungsversammlung der Demokratischen Partei (a.a.O.).
35 Keesing's Archiv der Gegenwart 16, 1946, S. 698F (30. 3. 1946).
36 Rdschr. d. DP Baden v. 10. 1. 1946 (Akten Stahl). Die Gründung dieser drei Parteien war zwar bereits einen Monat vor der der DP erfolgt, doch stellte die BCSV ihren Lizenzantrag erst am 31. 1. 1946; die Zulassung wurde also – anders als bei den Liberalen – in diesem Fall umgehend erteilt. Vgl. Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 118, u. Weinacht, BCSV und CDU, S. 92.
37 Vgl. dazu unten S. 168f.

lichen und politischen Probleme, die die Landesregierung zu bewältigen hatte, sowie insbesondere auf das spannungsreiche Verhältnis zur Besatzungsmacht eine breite Übereinstimmung und gemeinsame Verantwortung der Parteien sicherzustellen. Doch für die eine Fraktion, zu der u.a. die Landtagsabgeordneten Stahl, Teutsch und Vortisch zählten, stand mehr noch im Vordergrund der Überlegungen ein klarer Kurs der Partei auf wirtschaftspolitischem Gebiet: Das unbedingte Eintreten für eine auf dem Privateigentum aufbauende marktwirtschaftliche Ordnung, das die DP von ihren politischen Konkurrenten abhebe, erfordere – so ihre Argumentation – die Übernahme des Wirtschaftsministeriums durch einen liberalen Politiker; auf keinen Fall aber dürfe dieses Ressort in den Händen der Sozialdemokraten verbleiben. Da jedoch mit deren Verzicht auf das Wirtschaftsministerium kaum zu rechnen war – der bisherige Ressortchef Friedrich Leibbrandt wurde zudem von der Besatzungsmacht massiv gestützt –, lief diese Position letztlich darauf hinaus, und das war zumindest von einigen ihrer Befürworter bewußt einkalkuliert, eine kleine, „bürgerliche" Koalition allein mit der BCSV zu bilden oder aber in die Opposition zu gehen.

Die andere Fraktion dagegen, an deren Spitze der Parteivorsitzende Waeldin und Generalsekretär Wolf standen, ging in ihrem Bekenntnis zur „Großen Koalition" erheblich weiter; sie war notfalls auch bereit, der SPD das Wirtschaftsministerium zu überlassen, ja eventuell sogar die Kommunisten in die Regierung einzubeziehen. Sowohl in einer „Kleinen Koalition" als auch in der Opposition drohten nach ihrer Ansicht ernsthafte Gefahren für den Bestand der Partei. Denn in jenem Falle werde die SPD „zwangsläufig an die KP. herangeführt und damit radikalisiert", und in der dann verschärften politischen Auseinandersetzung werde die DP allzuleicht als ein bloßes „Anhängsel" der BCSV erscheinen. Die Opposition aber werde Schwierigkeiten mit der ohnehin der Partei reserviert gegenüberstehenden Militärregierung, völlige Einflußlosigkeit in den Ministerien und die Gefahr bringen, auf die Rechtsaußen-Position abgedrängt zu werden und zu einem „Sammelbecken der Reaktion" zu degenerieren.[38]

Auf den ersten Blick scheinen in diesen Debatten weitgehende Parallelen zu den schon aus anderen Ländern bekannten innerparteilichen Kontroversen gegeben zu sein: hier die Anhänger eines strikt antisozialistischen Kurses, denen als Ziel die Umformung der Partei in eine bürgerliche Sammlungsbewegung vorschwebt, dort die engagierten und von einem umfassenderen Begriff liberaler Zielsetzungen ausgehenden Befürworter einer Ausgleichsrolle und Orientierung auf die Mitte des politischen Spektrums. Doch eine solche Einschätzung würde die in der DP bestehenden Differenzen weit überbetonen und insbesondere die für den

38 Waeldin legte seinen Standpunkt ausführlich in zwei Schrr. an Wolf v. 27. 6. 1947 dar; über die Debatten geben die Protokolle der Landesausschußsitzungen v. 28. 3. 1947 in Freiburg und 25. 7. 1947 in Villingen Auskunft (alle Dokumente in: Akten Stahl); vgl. hierzu auch Berger, Erbe der Väter, S. 194ff., sowie zum allgemeinen Hintergrund Weinacht, BCSV und CDU, S. 98f.

Vorrang der wirtschaftspolitischen Ziele eintretende Gruppierung in eine letztlich falsche politische Verwandtschaftsbeziehung zu Männern wie Euler oder Middelhauve bringen.

Denn trotz der aufgezeigten unterschiedlichen Standpunkte gelang es in den Führungsgremien der DP relativ rasch, in nahezu allen Fragen einstimmige Beschlüsse zu erzielen. Obwohl sich dabei, u.a. in der dezidierten Ablehnung einer sozialdemokratischen Führung des Wirtschaftsressorts, ganz eindeutig der härtere Kurs durchsetzte und die DP sich schließlich dadurch auf den Oppositionsbänken wiederfand, wurden also diese Entscheidungen von der Gruppierung um Waeldin und Wolf loyal mitgetragen[39], gerade weil sie sich in den Grundfragen mit ihren innerparteilichen Widersachern einig wußte. Denn von diesen wurde weder bezweifelt, daß die liberale Partei im Prinzip auch fähig sein müsse, mit den Sozialdemokraten politisch zusammenzuarbeiten, noch wurde versucht, die Oppositionsstellung als reines Kampfinstrument zur Stärkung der eigenen Partei um jeden Preis zu gebrauchen.[40] Offensichtlich war die gemeinsame starke Bindung an die linksliberale Tradition der Faktor, der im Falle von Auseinandersetzungen, wie sie hier geschildert wurden, eine Flügelbildung unter den badischen Liberalen verhinderte.[41] So konnte dann auch *Das Neue Baden* als allgemein in der Partei während der ganzen hier zu behandelnden Periode akzeptierte Standortbestimmung formulieren: „Der Weg ist klar: Wir lehnen die marxistisch-orientierte Demokratie mit ihren ökonomischen Endzielen ab. Wir lehnen die christlich-orientierte Demokratie ab, weil wir die Heiligkeit der Religion nicht mit der Politik verquickt sehen wollen. Wir erkennen, daß ein autoritärer Kommunismus die Gefahr einer neuen Diktatur bedeutet. So stehen wir in der Mitte der christlich-marxistisch orientierten Parteien: Demokratie ist Weltanschauung und Programm für uns. Sie verpflichtet uns zum Ausgleich und macht uns zu Wächtern gegen Überspitzungen."[42]

---

39 Zu einer begrenzten Neuauflage dieser Debatten kam es bereits ein halbes Jahr später, als die BCSV(CDU)/SPD-Koalition im Januar 1948 über die Frage der Agrarreform auseinanderbrach. Die Gruppierung um Vortisch und Teutsch neigte nun zumeist dazu, in eine „Kleine Koalition" mit der Union einzutreten, während Waeldin und Wolf sich für ein Verbleiben in der Opposition einsetzten, u.a. erneut mit dem Argument, daß ein Regierungseintritt das Verhältnis zur Sozialdemokratie zu sehr belasten werde. Diesmal setzten sie sich – wiederum bei nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung – durch; vgl. d. Niederschrift über d. Sitzung d. Geschäftsführenden Vorstands und d. Landtagsfraktion am 21. 1. 1948 in Freiburg (Akten Stahl).

40 Zum Oppositionsverständnis der DP vgl. f.: Warum Opposition?, in: Das Neue Baden Nr. 29 v. 5. 8. 1947: „Opposition bedeutet deshalb nicht Verweigerung der Mitarbeit: richtig verstandene Opposition versagt dort ihre Zustimmung nicht, wo es das Wohl des Volkes verlangt und der eingeschlagene Weg richtig ist [...]. Opposition um der Opposition willen zu betreiben, lehnt die Demokratische Partei als undemokratisch ab. Sie wird deshalb sehr sorgfältig darüber wachen, daß ihre Oppositionsstellung nicht von reaktionären Kräften mißbraucht wird."

41 Die Geschlossenheit der DP wird auch daraus deutlich, daß es in ihr in der Zeit bis 1949 – anders als in Hessen, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen – keine einschneidenden Veränderungen in der personellen Zusammensetzung der Führungsgremien gab: Acht der elf Mitglieder des 1947 neu gewählten Landesvorstands gehörten diesem Gremium schon seit der Parteigründung an. Vgl. d. Niederschrift über d. (erste) Landesversammlung d. DP am 26. 10. 1947 in Lahr (Akten Stahl).

42 f.: Unser Weg, in: Das Neue Baden Nr. 52 v. 24. 10. 1947.

b) Württemberg-Hohenzollern

Aus dem ihrer Zone zugeschlagenen württembergischen Gebiet – den fünfzehn südlich der Autobahn Karlsruhe-Ulm gelegenen Kreisen – und dem früheren preußischen Regierungsbezirk Sigmaringen bildete die französische Militärregierung im Oktober 1945 das Land Württemberg-Hohenzollern.[1] In Umkehrung der Relation, die zwischen den Konfessionen in ganz Württemberg bestand[2], waren diese Landesteile von einer katholischen Mehrheit von 53,5% gegenüber 44,3% evangelischer Bevölkerung bewohnt – in allerdings sehr ungleichmäßiger Verteilung: in den nördlichen, an Württemberg-Baden angrenzenden Kreisen, darunter insbesondere in den beiden größten Städten des Landes – Tübingen und Reutlingen –, überwogen nämlich deutlich die Protestanten.[3]

Mit den konfessionellen Verhältnissen korrespondierte die wirtschaftliche Struktur des Landes. Im Gegensatz zu Nord-Württemberg, das etwa zwei Drittel der württembergischen Industriebetriebe beherbergte, überwog im französisch besetzten Süden – nicht zuletzt als Folge des Krieges – die Agrarwirtschaft mit 44,8% der Erwerbspersonen wieder klar den sekundären Sektor (33,2%), wobei auch der tertiäre Bereich nur unterdurchschnittlich ausgebildet war.[4] Im Lande selbst prägte die Landwirtschaft vor allem das Erscheinungsbild des katholischen Südostens, während die von Klein- und Mittelbetrieben dominierte Industrie zumeist im protestantischen Nordwesten angesiedelt war. Die wirtschaftlichen Strukturdaten Nord- und Südwürttembergs unterschieden sich mithin in ähnlicher Weise wie die der beiden badischen Landesteile.[5]

Es kann daher nicht überraschen, daß auch vergleichbare Auswirkungen im politischen Bereich konstatiert werden können. Das Zentrum war vor 1933 im Süden bei weitem die stärkste politische Kraft, seine Stimmenanteile lagen hier etwa doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt – vor allem auf Kosten von Sozialdemokraten und Kommunisten, doch auch der Parteien, die auf ein konservatives protestantisches Wählerpotential ausgerichtet waren. Die Stimmenanteile der beiden liberalen

---

1 Hierzu ausführlich Konstanzer, Baden-Württemberg, S. 24ff. Vgl. auch Gebhard Müller, Württemberg-Hohenzollern 1945 bis 1952, in: Gögler/Richter (Hrsg.), Württemberg-Hohenzollern, bes. S. 17f.

2 1925 lebten in Württemberg 68,0% Protestanten und 30,9% Katholiken; Hohenzollern war dagegen fast rein katholisch (94,3% zu 5,1%). Diese Relationen verschoben sich bis 1950 in nicht unbeträchtlichem Maße zugunsten der jeweiligen konfessionellen Minderheit, so daß die württembergische Bevölkerung nun zu 60,9% evangelisch und zu 36,8% katholisch war und das Verhältnis in Hohenzollern sich nun auf 12,2% zu 87,3% belief. Im Gesamtgebiet lebten damit 59,6% Protestanten und 38,0% Katholiken. Vgl. Fred Sepaintner, Die konfessionelle Gliederung in Baden-Württemberg 1961, in: Historischer Atlas von Baden-Württemberg, hrsg. v. d. Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, 5. Lief., Stuttgart 1976, Beiwort S. 4.

3 Diese Zahlen für 1946 nach Jostock, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur, S. 198. Vgl. auch Adam, CDU in Württemberg-Hohenzollern, S. 164.

4 Hudemann, Sozialstruktur und Sozialpolitik, S. 382, u. Jostock, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur, S. 201ff.

5 Vgl. Adam, CDU in Württemberg-Hohenzollern, S. 164f., u. ders., Parteien und Wahlen, S. 126.

Parteien[6] wichen zwar ebenfalls negativ vom Landesdurchschnitt ab, die Differenz war aber insbesondere bei der DDP relativ gering.[7] Allerdings konzentrierten sich die liberalen Stimmen entsprechend der konfessionellen und wirtschaftlichen Struktur in den nordwestlichen Kreisen – so etwa in Tübingen, wo DDP und DVP erst 1932 ihre vorherrschende Stellung verloren.[8] Das konnte für die Parteigründung nach 1945 von Vorteil sein, da es so leichter fiel, einen Kern früherer liberaler Politiker und Parteimitglieder zu sammeln. Doch scheint die Ausgangssituation stärker dadurch beeinflußt worden zu sein, daß mit der alten Landeshauptstadt Stuttgart der Kristallisationspunkt für die politischen Aktivitäten nun jenseits der Zonengrenze lag.

Jedenfalls kam die Kontaktaufnahme zwischen den Liberalen in Württemberg-Hohenzollern nur sehr allmählich in Gang, so daß die Parteigründung nicht offensiv aus Weimarer Parteikreisen heraus wie im Norden erfolgte. Der entscheidende Bezugspunkt, dem schließlich auch die liberale Partei weitgehend ihre Entstehung verdankte, war vielmehr eine Allparteienvereinigung in Tübingen. Diese „Demokratische Vereinigung" war durch Eintritt bürgerlicher Mitglieder aus einem von SPD- und KPD-Vertretern im April 1945 gebildeten Antifa-Ausschuß hervorgegangen. Sie verstand sich einerseits als politisches Diskussionsforum, sah ihre Aufgabe aber andererseits in der Bewältigung der akuten wirtschaftlichen und administrativen Probleme im lokalen Bereich.[9] Von den ca. 40 Mitgliedern sollen drei der späteren CDU und etwa zehn der liberalen Richtung zuzurechnen sein[10]; von diesen war wiederum der größte Teil –

---

6 Zum württembergischen Liberalismus vgl. ausführlich oben S. 38ff.

7 Für die beiden letzten Landtagswahlen der Weimarer Zeit lassen sich folgende Relationen (in v.H.) errechnen:

	Landtagswahl 20. 5. 1928		Landtagswahl 24. 4. 1932	
	Württ.	Südwürtt.	Württ.	Südwürtt.
Zentrum	19,6	38,2	20,5	37,5
CSVD	3,9	3,0	4,2	3,4
SPD	23,8	16,8	16,6	10,2
KPD	7,4	3,7	9,4	6,2
DDP	10,1	9,4	4,8	4,3
DVP	5,2	3,8	1,6	1,2
DNVP	5,7	4,6	4,3	2,7
NSDAP	1,8	1,6	26,4	24,5
Bauern- u. Weing.	18,1	13,6	10,7	7,9
Volksrechtpartei	3,3	3,7	1,3	2,1
Sonstige	1,1	1,6	0,2	0,0

Die Wahlergebnisse von 1928 u. 1932 nach Schanbacher, Wählervotum, S. 312f.; die Zahlen für Südwürttemberg sind berechnet nach: Parteien und Wähler in Württemberg und Hohenzollern (französische Besatzungszone). Ein Vergleich der Wahlergebnisse von 1928, 1932 und 1946, in: Württemberg in Zahlen 1, 1946, H. 5/6, S. 54.

8 Vgl. Die Wahlergebnisse von 1928 (1932) und 1946 in den Gemeinden Württembergs und Hohenzollerns (französische Besatzungszone), in: Württemberg in Zahlen 1, 1946, H. 6a, passim.

9 Vgl. Adam, CDU in Württemberg-Hohenzollern, S. 165f., Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 175f., u. Henke, Politische Säuberung, S. 38f.

10 Adam, CDU in Württemberg-Hohenzollern, S. 165f.; Henke, Politische Säuberung, S. 38, spricht von etwa 50 Mitgliedern, allerdings ohne nähere parteipolitische Aufschlüsselung.

mit dem Postbeamten Wilhelm Wirthle[11] an der Spitze – vor 1933 in der DDP organisiert.[12]

Als die Besatzungsmacht am 13. Dezember 1945 die parteipolitische Betätigung freigab und die kommunistischen und sozialdemokratischen Mitglieder der „Vereinigung" zur Wiederbegründung ihrer Parteien schritten, nutzten die bürgerlichen Vertreter die in der „Vereinigung" gewonnenen Kontakte über die Parteigrenzen hinweg zu Gesprächen, die auf die Bildung einer gemeinsamen politischen Organisation zielten. Dabei konnte in den meisten Programmpunkten durchaus Übereinstimmung erreicht werden, insbesondere aber über den Parteinamen, nämlich über die Betonung des christlichen Charakters, differierten die Ansichten. Doch noch bevor es zu einer Entscheidung in dieser Frage kam, war in anderen Kreisen am 6. Januar 1946 die Gründung der CDU beschlossen worden[13], so daß sich die christlich orientierten Mitglieder der Tübinger „Vereinigung" auf diese Nachricht hin veranlaßt sahen, die Gespräche abzubrechen. Angeblich sollen die verbleibenden Liberalen unmittelbar danach – wahrscheinlich also an diesem 6. Januar – die „Demokratische Volkspartei" Württemberg-Hohenzollern konstituiert haben.[14]

Daneben hatte sich eine liberale Gruppe um den Handelsschuldirektor Fritz Schäfer in Reutlingen zusammengefunden. Auch hier bildete ein frühzeitiges Engagement einiger Liberaler – bezeugt ist dies für den Rechtsanwalt Eduard Leuze und den Fabrikanten Erwin Seiz[15] – beim lokalen Wiederaufbau die Grundlage für die spätere parteipolitische Reorganisation. Ob und in welchem Umfang zu diesem Zeitpunkt darüber hinaus noch in anderen Orten liberale Zirkel existierten, läßt sich nicht ermitteln. Kontakte wurden jedoch anscheinend nur zwischen Tübingen und Reutlingen unterhalten. Denn nur aus diesen beiden Städten stammten die Unterschriften auf dem Lizenzierungsantrag, den die „Demokratische Volkspartei" am 31. Januar 1946 an die französische Militärregierung richtete.[16]

Obwohl dieses Gesuch nur kurze Zeit später als die Anträge der anderen Parteien gestellt worden war, erhielten am 18. März 1946 lediglich KPD, SPD und CDU ihre Zulassung.[17] Zur Begründung führten die Franzosen die Mitgliedschaft einiger Antragsteller in – allerdings unbedeutenden – Unterorganisationen der NSDAP an.[18] Doch schon die Parallelität der Vorgänge in Baden und Württemberg-Hohenzollern läßt deutlich werden, daß in Wirklichkeit hinter dem Vorgehen der Besat-

11 Zur Biographie Wirthles vgl. Der Demokrat Nr. 7 v. 11. 5. 1949.
12 Wirthle nennt in seiner Darstellung sogar ausschließlich ehemalige Linksliberale; vgl. Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 176.
13 Adam, CDU in Württemberg-Hohenzollern, S. 168f.
14 Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 176f.
15 Gerhard Junger, Schicksal 1945. Das Ende des 2. Weltkrieges im Kreise Reutlingen, 2., erw. Aufl., Reutlingen o. J. (1977), S. 246ff.; Paul Schwarz/Heinz-Dieter Schmidt (Hrsg.), Reutlingen – aus der Geschichte einer Stadt, Reutlingen o. J. (1973), S. 240f.
16 Adam, Politischer Liberalismus, S. 225.
17 Vgl. Konstanzer, Baden-Württemberg, S. 43, u. Adam, Parteien und Wahlen, S. 129.
18 Ders., Politischer Liberalismus, S. 247.

zungsmacht eine Konzeption für das sich bildende Parteiensystem stand, in der für die Liberalen kein Platz vorgesehen war. In der Tat hatte der französische Militärgouverneur dem Leiter des Staatssekretariats von Württemberg-Hohenzollern, Carlo Schmid, bereits am 8. Januar 1946 bei der Erläuterung der neuen Lizenzierungsvorschriften für die Parteien erklärt: „Drei Parteien würden ohne weitere Prüfung ihres Programms genehmigt werden, nämlich die SPD, die KPD und die Christl. Soziale Partei. Bei anderen Parteigründungen müsse das Programm einer Prüfung unterzogen werden."[19] Und in den Verhandlungen über die Zulassung der südwürttembergischen Liberalen favorisierte der Vertreter der Militärregierung offen ein Dreiparteiensystem und empfahl den Beitritt zur CDU.[20]

Ob das Motiv für diese schwerwiegende Behinderung liberaler Parteigründungen in Sympathien der Besatzungsmacht für eine sozialistische Politik gesehen werden kann, wie von liberaler Seite geargwöhnt wurde[21], muß bezweifelt werden; vielmehr wollten die Franzosen wohl eher eine Zersplitterung des bürgerlichen Lagers vermeiden und so die christlichen Demokraten unterstützen, deren föderalistische Programmatik ihren Vorstellungen am weitesten entgegenkam.[22] Langfristig aber konnte einer Partei, die in den drei anderen Zonen als gleichberechtigter Faktor akzeptiert wurde, die Genehmigung nicht versagt werden. Ein neuer, von Schäfer am 15. Mai 1946 eingereichter Lizenzierungsantrag wurde schließlich am 19. Juli gebilligt[23], so daß am 17. August in Reutlingen die offizielle Konstituierung des Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern vollzogen werden konnte. Zu seinem ersten Vorsitzenden wurde Schäfer gewählt, der jedoch schon am 23. Oktober durch Wirthle abgelöst wurde.[24] Organisatorisch allerdings konnte sich die liberale Partei lange Zeit nicht von dem durch das Eingreifen der Besatzungsmacht mitverursachten Rückstand gegenüber ihren Konkurrenten erholen. Insbesondere der CDU kam dieser Vorsprung zugute; sie war im Oktober 1946 – zum Zeitpunkt der ersten Wahlen – bereits in allen 17 Kreisen des Landes vertreten, während die Präsenz der Liberalen auch später noch auf acht Kreise beschränkt blieb.[25]

Überblicken wir nun noch einmal die personelle Zusammensetzung der DVP-Führungsspitze in der Gründungsphase, so zeigt sich, daß zwar in ihr – soweit sich die frühere Parteizugehörigkeit ermitteln läßt – ausnahmslos ehemalige Linksliberale vertreten waren, daß aber von diesen kaum jemand in seinem politischen Wirken während der Weimarer

19 Niederschrift über d. Gouverneurssitzung am 8. 1. 1946 in Tübingen (StA Sigmaringen Wü 2 Bd. 5). Vgl. auch Konstanzer, Baden-Württemberg, S. 42f.
20 Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 174f.
21 Vgl. Berger, Erbe der Väter, S. 182.
22 Vgl. Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 174f., sowie Willis, French in Germany, S. 191.
23 Adam, Politischer Liberalismus, S. 225.
24 Der Demokrat Nr. 6 v. 24. 8. 1946; vgl. auch Adam, Politischer Liberalismus, S. 225.
25 Ebd., S. 225, u. ders., CDU in Württemberg-Hohenzollern, S. 171.

Republik über den lokalen Bereich hinausgetreten war.[26] Erst nach der Konstituierung der Landesorganisation gewann die DVP mit dem gerade aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Eberhard Wildermuth eine Persönlichkeit, die auch schon vor 1933 in der nationalen politischen Szene eine Rolle gespielt hatte. Wildermuth[27] – ebenfalls DDP/DStP-Mitglied bis zum November 1932 – war nämlich nicht zuletzt dadurch hervorgetreten, daß er sich in der Endphase der Weimarer Republik mit besonderem Engagement, u.a. als Vorsitzender des im September 1932 gegründeten „Deutschen Nationalvereins", um die parteipolitische Sammlung der Mitte bemüht hatte.[28] Er trat für die DVP am 10. Dezember 1946 als Staatssekretär für Wirtschaft in die gemeinsam mit CDU und SPD gebildete Landesregierung ein[29] und war bis zu seinem frühen Tode im März 1952 die unbestrittene Führungspersönlichkeit der Liberalen Württemberg-Hohenzollerns.

Dieses anfängliche Defizit an profilierten Politikern unterschied die Ausgangssituation für die südwürttembergischen Liberalen deutlich von der im nördlichen Landesteil oder der im benachbarten Baden. Es erklärt, warum hier nicht von vornherein und geradlinig die Wiederbegründung einer linksliberalen Partei angestrebt wurde, sondern der Gedanke einer konfessionsübergreifenden Sammlungsbewegung zunächst mehr Anhänger fand – eine Entwicklung, die von der Stuttgarter DVP mit beträchtlichem Mißtrauen beobachtet wurde.[30] Erst nach dem Scheitern der Sammlungsbemühungen schwenkten auch die Südwürttemberger auf die Stuttgarter Linie ein. Dies demonstrierten sie bereits in ihrem ersten Lizenzierungsantrag vom 31. Januar 1946 mit der Übernahme der nordwürttembergischen Parteibezeichnung; sie ließen auch in der Folgezeit keine Gelegenheit aus, die Verbundenheit der DVP-Organisationen in beiden Landesteilen unter Beweis zu stellen.[31] Und ganz im Sinne der Stuttgarter Konzeption erklärte ihr Fraktionsvorsitzender Friedrich Haux dann zu Beginn der Verfassungsberatungen vor der Beratenden Landesversammlung: „Wir wollen sein die Partei des Ausgleichs, die Partei der goldenen Mitte, die bereit ist zu jeder guten und vernünftigen Mitarbeit, aber nicht zu einer faulen Kompromißlösung. Getreu unserer Tradition werden wir die demokratischen Grundsätze und Ideale unserer Väter und Großväter verteidigen, die das deutsche Volk im Jahre 1933 so leichtfertig über Bord geworfen hat [...]".[32] An dieser Positionsbestimmung

26 Die einzige Ausnahme war der Postbeamte Karl Kübler, der bereits von 1919 bis 1924 und von 1928 bis 1933 DDP-Abgeordneter im württembergischen Landtag gewesen war und der nun erneut die Liberalen in der Beratenden Landesversammlung und im Landtag Württemberg-Hohenzollerns vertrat. Vgl. Weik, MdL, S. 144.

27 Vgl. die Biographie von Kohlhaas, Wildermuth, bes. S. 79ff. u. 122ff.

28 Hierzu ausführlich Jones, Sammlung, S. 291ff.

29 Konstanzer, Baden-Württemberg, S. 52f.; zu den Motiven vgl. auch Kohlhaas, Wildermuth, S. 126ff.

30 Vgl. die Erinnerungen Wirthles, zit. bei Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 176f.

31 So ließ man z.B. den ersten Leitartikel für die neue DVP-Parteizeitung von Theodor Heuss verfassen: Über die Freiheit, in: Schwabenecho Nr. 1 v. 1. 8. 1947.

32 Verhandlungen der Beratenden Landesversammlung für Württemberg-Hohenzollern. 3. Sitzung v. 3. 12. 1946, S. 13.

haben die Liberalen Württemberg-Hohenzollerns während des ganzen hier zu betrachtenden Zeitraums festgehalten.[33] Garantiert wurde die gleichförmige Ausrichtung der beiden DVP-Landesverbände insbesondere von Wildermuth, denn er war einer der engsten Freunde und politischen Wegbegleiter von Theodor Heuss.[34]

Nach Wildermuths Tod kam es allerdings zu einem schwerwiegenden Konflikt zwischen dem Stuttgarter Landesvorstand auf der einen und der Mehrheit der mittlerweile von dem Reutlinger Rechtsanwalt und Parteimitbegründer Eduard Leuze geführten südwürttembergischen Liberalen auf der anderen Seite. Ausgelöst wurde er durch die Regierungsbildung im neuentstandenen Südweststaat, da im Kabinett von Ministerpräsident Reinhold Maier lediglich SPD, FDP/DVP und BHE, nicht jedoch die CDU vertreten waren. Leuze bekämpfte – in partieller Gemeinsamkeit mit dem rechten Flügel der Bundespartei um Euler, Middelhauve und Stegner – diese „kleine" Koalition auf das Heftigste, wobei er geschickt die in Südwürttemberg weit verbreitete Befürchtung, in dem zu bildenden einheitlichen Landesverband von dem Übergewicht der Württemberg-Badener erdrückt zu werden, für seine Politik ausnutzte. Auf die Dauer war aber nirgendwo im deutschen Südwesten eine Mehrheit für einen stärker rechts orientierten Kurs zu gewinnen, so daß Leuze schließlich im Februar 1953 seinen Widerstand aufgeben mußte.[35] Immerhin wurde in diesen Auseinandersetzungen noch einmal die über Jahre hinweg verdeckte unterschiedliche Ausgangssituation der Liberalen in Nord- und Südwürttemberg für kurze Zeit offenbar.

c) Rheinland-Pfalz

Der Nordwesten der französischen Besatzungszone wurde erst am 30. August 1946, also ein dreiviertel Jahr nach der Freigabe parteipolitischer Betätigung durch die Militärregierung, zum Land Rheinland-Pfalz zusammengelegt.[1] Seine Teilregionen, die in den anderthalb Jahren zuvor unter zunächst amerikanischer und dann französischer Besatzung schon eine überaus wechselvolle Entwicklung der administrativen Zuständigkeiten durchlaufen hatten, waren aus ganz verschiedenen älteren Zuordnungen herausgelöst worden: die Regierungsbezirke Koblenz und Trier aus der preußischen Rheinprovinz, vier Landkreise um Montabaur aus der preußischen Provinz Hessen-Nassau, der Kreis Birkenfeld aus dem Freistaat

33 Dies illustriert auch eine Episode aus dem Jahre 1947: Die DVP-Abgeordneten im Landtag von Württemberg-Hohenzollern weigerten sich nämlich, die für sie nach einer Umstellung der Sitzordnung vorgesehenen Plätze auf der rechten Seite des Plenarsaals einzunehmen, da sie „ihre Partei nicht zu einer ‚Rechts'-Partei stempeln lassen wollten". Ihr Fraktionsvorsitzender stellte seinen Stuhl demonstrativ zwischen die Plätze der SPD- und der CDU-Abgeordneten. Das Neue Baden Nr. 15 v. 19. 6. 1947.

34 Heuss, Tagebuchbriefe, S. 23 u. 542. Vgl. auch den Nachruf von Heuss, in: ders., Würdigungen, S. 230ff.

35 Hierzu ausführlich Gutscher, FDP, S. 120ff., u. Adam, Politischer Liberalismus, S. 229ff.

1 Vgl. Klaas, Verfassung, S. 43, u. neuerdings ausführlich Springorum, Verwaltung.

Oldenburg, die Provinz Rheinhessen aus dem Freistaat Hessen und schließlich die Pfalz aus ihrer Bindung an Bayern.

Zugleich umfaßte das neue Land wie viele der 1945/46 von den Besatzungsmächten neugeschaffenen politischen Gebilde wirtschaftlich und religiös sehr differierend strukturierte Gebiete. Die früher preußischen Kreise im Norden des Landes waren noch überwiegend agrarisch geprägt; 48,9% der Erwerbstätigen arbeiteten hier 1946 in der Landwirtschaft, nur 25,8% waren im sekundären Sektor beschäftigt. Dagegen wiesen eine Reihe von Städten in Rheinhessen und mehr noch in der Pfalz einen beträchtlichen Industrialisierungsgrad auf – 31,3% bzw. 39,8% der Erwerbspersonen arbeiteten in Industrie und Handwerk –, wenngleich die Anteile der Landwirtschaft (39,1% in Rheinhessen, 34,3% in der Pfalz) auch hier über dem Durchschnitt der Westzonen lagen.[2] Eine ähnliche Nord-Süd-Differenz bestand in der Konfessionsverteilung: Die katholische Mehrheit des neugeschaffenen Landes (58,7% zu 39,5% im Jahre 1946) war in erster Linie in den ehemals preußischen Gebieten konzentriert; ihr Anteil an der Bevölkerung erreichte hier immerhin 72,3%. Dagegen war das Verhältnis in Rheinhessen annähernd ausgeglichen (46,8% Katholiken zu 49,6% Protestanten), und in der Pfalz bestand sogar ein deutliches evangelisches Übergewicht (55,2%) – allerdings mit starken katholischen Enklaven.[3]

Während der Weimarer Republik war daher die politische Szene[4] des Nordens völlig vom Zentrum dominiert worden – mit Stimmenanteilen von zunächst weit über 50%, die dann in den Wahlen der Jahre 1930 bis 1933 auf 40,9% zurückgingen. Dementsprechend hatte der liberale Gesamtanteil immer erheblich unter dem Reichsdurchschnitt gelegen, vor allem auf Grund des schlechten Abschneidens der DDP, die in weiten Teilen des südlichen Rheinlandes so gut wie überhaupt nicht vertreten war. Die hier weitaus stärkere DVP sackte erst im Dezember 1924 unter ihren Reichsdurchschnitt ab und mußte dann einen kontinuierlichen Verfall ihrer Position hinnehmen.[5]

Ein ganz anderes Bild bot die Pfalz, in der die beiden liberalen Parteien noch im Dezember 1924 30,3% der Stimmen gewinnen und damit fast doppelt so stark wie im Reich abschneiden konnten. Allerdings waren es auch hier nicht die Linksliberalen, die den entscheidenden Beitrag lieferten. Vielmehr war die Pfalz – schon im 19. Jahrhundert eine Hochburg des Nationalliberalismus – bis einschließlich 1928 der Paradewahlkreis der DVP.[6] Diese Stellung verdankte die Partei zu einem großen Teil ihrer ländlichen Wählerschaft; fast während der ganzen Weimarer Zeit wurde die pfälzische DVP-Liste vom jeweiligen Vorsitzenden des Pfälzer Bau-

2 Berechnet nach den Angaben bei Ruge-Schatz, Umerziehung, S. 54. Vgl. auch Hudemann, Sozialstruktur, S. 380ff.
3 Ruge-Schatz, Umerziehung, S. 56.
4 Wegen des Fehlens von Regionalstudien zur Parteienentwicklung muß sich die Betrachtung der politischen Verhältnisse auf eine globale Analyse der Wahlresultate beschränken.
5 Milatz, Wähler und Wahlen, S. 93, 97 u. 100. Vgl. ebenfalls Sander, Wahlen, bes. S. 331f. u. 335ff.
6 Milatz, Wähler und Wahlen, S. 93 u. 97.

ernbundes, einer Unterorganisation des Reichs-Landbundes, angeführt.[7] Doch gerade in diesem sozialen Einzugsbereich erwies sich die DVP dem Ansturm des Nationalsozialismus nicht gewachsen, so daß sich ihr Stimmenanteil in der Pfalz ab 1930 in großen Schritten dem niedrigen Niveau im Reich anpaßte.[8]

Die Parteigründungen der Nachkriegszeit orientierten sich noch völlig an der überkommenen politischen Gliederung des rheinland-pfälzischen Gebietes. In den früher zur preußischen Rheinprovinz gehörenden Bezirken findet sich der seltene Fall eines von der Berliner LDP-Führung initiierten politischen Neuanfangs der Liberalen. Etwa Anfang Oktober 1945 war der Trierer Peter Wolf, der während der vorangegangenen Monate in der alten Reichshauptstadt in der dortigen LDP mitgearbeitet hatte, mit dem Auftrag der „Reichsparteileitung" in seine Heimatstadt zurückgekehrt, auch hier eine liberale Organisation nach Berliner Vorbild aufzubauen.[9] Wolf wandte sich an den prominentesten noch lebenden Trierer Liberalen, den zu diesem Zeitpunkt 81jährigen Kommerzienrat Wilhelm Rautenstrauch, der von 1895 bis 1933 – im Kaiserreich als Nationalliberaler, in der Weimarer Republik als Mitglied der DDP – ununterbrochen dem Trierer Stadtparlament angehört hatte.[10]

Am 30. Oktober 1945 entschlossen sich Wolf und Rautenstrauch zur Gründung der LDP – zunächst im Regierungsbezirk Trier. Nach einer mehrmonatigen Phase der Sammlung gleichgesinnter politischer Kräfte reichten sie schließlich am 29. Januar 1946 der französischen Militärregierung ihren Lizenzierungsantrag ein.[11] Doch erst mehr als ein halbes Jahr später – nämlich nachdem die Liberalen bei den Gemeindewahlen am 15. September 1946 als unabhängige Liste unter der Bezeichnung „Demokratische Wählergruppe Rautenstrauch" mit einem Stimmenanteil von 11,0% in Trier ihre politische Existenzberechtigung unter Beweis gestellt hatten[12] – erhielten sie am 21. September ihre Zulassung.[13] Die Gründe für diese massive Behinderung der liberalen Parteientwicklung müssen – wie auch in Baden und Württemberg-Hohenzollern – in den Sympathien der Besatzungsmacht für ein Dreiparteiensystem und für die stärker föderalistisch orientierte Union gesehen werden. Bei den Liberalen des südlichen Rheinlandes kam jedoch noch erschwerend hinzu, daß sie mit ihren auch im Jahr 1946 demonstrativ aufrechterhaltenen Beziehungen zur Berliner LDP-Führung[14] gegen ein Essential der französ-

7 Vgl. Schwarz, MdR, S. 652 u. 682, u. Döhn, Politik und Interesse, S. 419.
8 Milatz, Wähler und Wahlen, S. 97 u. 110.
9 Josef Dohr: Die Entwicklung der Liberalen Partei. Manuskript einer Rede vor dem ersten Landesparteitag der Demokratischen Partei Rheinland-Pfalz am 19. 4. 1947 in Bad Kreuznach (FNS Akte LP 1946/47).
10 Vgl. Zenz, Stadt Trier, S. 41, 50f. u. 190f., u. Mick, Politische Wahlen, S. 404ff.
11 Dohr, Entwicklung der Liberalen Partei (a.a.O.).
12 Zenz, Reorganisation, S. 165.
13 Schr. v. Josef Dohr an W. Knoppe v. 15. 10. 1946 (FNS Akte LP 1946/47).
14 Dohr erwähnt in seinem Bericht über die Parteigründung einen „Besuch der Berliner Herren in Trier", der mit großer Wahrscheinlichkeit auf Ende März 1946 datiert werden kann, da sich der Berliner LDP-Vorsitzende Külz am 24. 3. 1946 anläßlich einer Konferenz der liberalen Landesparteien der amerikanischen Zone in Frankfurt am Main aufhielt. Vgl. Krippendorff, LDP, S. 140f., u. unten S. 265. Außerdem nahm im Auftrag der Trierer Liberalen Josef Dohr am Erfurter LDP-Parteitag teil; vgl. Der Morgen Nr. 154 v. 5. 7. 1946.

sischen Besatzungspolitik verstießen; bezeichnenderweise lehnte die Militärregierung den beantragten Parteinamen LDP kategorisch ab und genehmigte lediglich die Bezeichnung „Liberale Partei Rheinland-Pfalz".[15]

Zum Zeitpunkt der Gemeindewahlen und der Lizenzerteilung war die LP lediglich stützpunktartig in wenigen Städten und Kreisen des südlichen Rheinlandes vertreten.[16] Die „Landesleitung" lag noch allein in den Händen des Trierer Kreises, der mit Rautenstrauch den Vorsitzenden und mit dem Arzt Josef Dohr – ebenfalls einem früheren DDP-Mitglied[17] – auch dessen Stellvertreter stellte. Erst mit der Konstituierung der Bezirksverbände Trier am 28. Oktober 1946 und Koblenz-Montabaur am folgenden Tage wurde der organisatorische Aufbau der Partei wirklich in Angriff genommen.[18] Doch auch noch ein Jahr später waren die Liberalen nicht in allen Kreisen vertreten.[19] Dies zeigt uns, daß nicht allein die Haltung der Besatzungsmacht, sondern auch das geringe Anhängerpotential die Entwicklung der Partei hemmten. Hinzu trat ferner das lange Zeit ungeklärte Verhältnis zu den liberalen Parteiverbänden in Rheinhessen und der Pfalz.

Über die von der LP vertretene Parteikonzeption liegen nur spärliche Informationen vor. Zweifellos kamen auch bei ihr die wichtigsten Gründer aus dem linksliberalen Lager: Neben Rautenstrauch und Dohr ist dies für den Vorsitzenden des Bezirksverbandes Koblenz und späteren Fraktionsführer im Landtag, Wilhelm Nowack[20], und den früheren Regierungspräsidenten des oldenburgischen Landesteils Birkenfeld, Walter Dörr – 1947 für kurze Zeit Vorsitzender der Landespartei –[21], überliefert.[22] Doch war dieser Kreis nicht in dem Maße für die vornationalsozialistische DDP-Führung der Region repräsentativ sowie die frühere Position der DDP im Rheinland nicht ausreichend, daß es zu einer Parteigründung in dezidierter Anknüpfung an diese Traditionslinie und zu einer entsprechenden Standortbestimmung kommen konnte. Daneben verdankte die LP ihre Existenz dem Bewußtsein, wie ja auch die Gründungsvorgänge deutlich ausweisen, die regionale Untergliederung einer in anderen Teilen Deutschlands stärker vertretenen Partei zu sein; sie war also in erheblichem Maße offen für Einflüsse von außen. Das dritte Element schließlich, das die Position der LP prägte, kommt in der Namenswahl zum Ausdruck.

15 Dohr, Entwicklung der Liberalen Partei (a.a.O.), u. Schr. v. Dohr an Knoppe v. 15. 10. 1946 (a.a.O.).
16 U.a. kandidierte bei der Wahl vom 15. 9. 1946 in Koblenz keine liberale Liste; vgl. Hans Bellinghausen (Hrsg.), 2000 Jahre Koblenz. Geschichte der Stadt an Rhein und Mosel, Boppard 1971, S. 458.
17 Dohr, Entwicklung der Liberalen Partei (a.a.O.).
18 Ebd.
19 Vgl. die Übersichten in: Rheinisch-Pfälzische Rundschau Nr. 21 v. 11. 9. 1947 u. Nr. 26 v. 29. 9. 1947.
20 Handbuch des Deutschen Bundestages, 1. Wp., S. 209f.
21 Schaap, Oldenburg, S. 70 u. 227f., u. Kohl, Pfalz, S. 100.
22 Lediglich in einem Fall ist die Mitgliedschaft in einer anderen Partei nachweisbar: Der LP/DP-Abgeordnete in der Beratenden Landesversammlung und im Landtag von Rheinland-Pfalz, Franz Claus, kam aus der Reichspartei des deutschen Mittelstandes. Vgl. Handbuch des Landtages Rheinland-Pfalz, 3. Wp., S. 189.

Als die Militärregierung die beantragte Bezeichnung zurückwies, stellte sie alternativ „Demokratische Partei" oder „Liberale Partei" zur Entscheidung.[23] Die von den Parteigründern bevorzugte Herausstellung des liberalen Gedankens mußte in einer Region mit einem so starken katholischen Übergewicht vor allem als scharfe Abgrenzung gegenüber den Christdemokraten verstanden werden – nämlich etwa in dem Sinne, daß die LP alle diejenigen in ihren Reihen sammeln wolle, die einer Vermengung von Religion und Politik ablehnend gegenüberstünden. Diese Auffassung fand ihre Entsprechung in der Überzeugung der – bezeichnenderweise rein katholischen – CDU-Gründerkreise des südlichen Rheinlands, daß zwar ihre neue Partei beide Konfessionen auf der Basis gemeinsamer christlicher Grundanschauungen zusammenführen müsse, daß aber einer Zusammenarbeit von politischem Katholizismus und Liberalismus unüberbrückbare Differenzen entgegenstünden.[24] Wenn wir es recht sehen, fehlte der LP also eine fest umrissene Parteikonzeption, vielmehr war ihre Grundhaltung in dieser frühen Phase durch eine Mischung verschiedener Elemente charakterisiert, die in bestimmten Situationen sehr leicht miteinander in Konflikt geraten konnten.

Trotz der in der Pfalz ungleich stärker als im Rheinland ausgeprägten liberalen Tradition gab es auch hier lange Zeit nur geringe Impulse zur Gründung einer selbständigen liberalen Partei. Bis in die Reihen der liberalen Parteiprominenz aus der Weimarer Zeit weit verbreitet war vielmehr das Bestreben, zu einer umfassenderen Vereinigung der bürgerlichen Strömungen zu gelangen.

Aus den zwischen August und Dezember 1945 geführten zahlreichen und mehrfach über Konfessions- und Parteigrenzen hinwegreichenden Gesprächen über die möglichen Formen bürgerlicher Parteigründungen schälten sich drei konkurrierende Gruppen heraus: zwei rein katholische Richtungen, die zwar beide eine Partei mit interkonfessionellem Charakter propagierten, sich aber auf Grund regionaler und persönlicher Gegensätze nicht zu einigen vermochten, und ein ausschließlich aus Protestanten bestehender Kreis, der am 18. Januar 1946 – drei Wochen nach den katholischen Konkurrenten – bei der Militärregierung die Lizenzierung eines „Christlich-Sozialen Volksbundes" beantragte.[25] Wie auch aus dem ins Auge gefaßten Parteinamen hervorgeht, wirkten in ihm zu diesem Zeitpunkt neben den in der liberalen Tradition stehenden Kräften um den Präsidialdirektor Franz Zapf[26] maßgeblich Personen mit, die unter Führung des Landgerichtspräsidenten Ludwig Ritterspacher eine Politik

23 Dohr, Entwicklung der Liberalen Partei (a.a.O.).
24 Vgl. Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 76ff., bes. S. 80f.
25 Ebd., S. 63f., u. Kohl, Pfalz, S. 4ff. u. 94f.
26 Ob sich Zapf vor 1933 in einer der beiden liberalen Parteien engagiert hatte, ist nicht bekannt; jedoch war sein Vater, der Zweibrückener Rechtsanwalt Albert Zapf (1870–1940), in der Pfalz eine bekannte liberale Persönlichkeit, er gehörte von 1920 bis 1930 und dann erneut 1932 für die DVP dem Reichstag an. Vgl. Kohl, Pfalz, S. 96, u. Schwarz, MdR, S. 792. Nach Storch, Sozialer Volksbund, S. 14, soll auch der Fabrikant Josef Winschuh, 1930–1932 DDP-Reichstagsabgeordneter, den Antrag mitunterzeichnet haben.

in der Nachfolge des Christlich-Sozialen Volksdienstes befürworteten. In der Pfalz verlief mithin die Trennungslinie zwischen den politischen Strömungen – anders als z.B. in Württemberg, wo ja von Anfang an der Gegensatz zwischen den Liberalen und dem CSVD besonders ausgeprägt gewesen war – zunächst noch entlang der Konfessionsgrenzen, nicht zuletzt weil sich die Katholiken aus Sorge um ihren Einfluß in einer konfessionsübergreifenden Partei zu keinerlei Zugeständnissen gegenüber den Protestanten bereitfanden.[27]

Vor der Lizenzerteilung kam es jedoch unter massiver Einflußnahme der französischen Besatzungsmacht zu einer Umgruppierung dieser politischen Richtungen. Für den 30. Januar 1946 lud der Oberregierungspräsident von Hessen-Pfalz, Otto Eichenlaub, – augenscheinlich im Auftrag der Militärregierung – die drei Gründerkreise zu einer gemeinsamen Aussprache, in deren Verlauf er ihnen zu verstehen gab, daß die Franzosen – und dies lag ganz auf der schon aus anderen Ländern und Bezirken bekannten Linie der Besatzungspolitik – auf eine weiterreichende Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte drängten, auf jeden Fall aber nur eine Partei mit dem Etikett „christlich" genehmigen würden.[28]

Noch am gleichen Tag einigten sich die beiden katholischen Gruppen auf einen gemeinsamen Zulassungsantrag unter der Bezeichnung „Christlich-Demokratische Union", der schließlich am 5. März 1946 nach längeren Auseinandersetzungen mit der Militärregierung über die Einbeziehung Rheinhessens positiv beschieden wurde.[29] Zu den Unterzeichnern dieses Gesuchs gehörten auch einige frühere Mitglieder beider liberaler Parteien und des Christlich-Sozialen Volksdienstes.[30]

Dennoch blieb es bei der Gründung von zwei getrennten bürgerlichen Parteien: Zwar wechselten einige Mitglieder des protestantischen Zirkels, darunter Ritterspacher, zur CDU über, aber der Kern dieses Kreises um Zapf beantragte Anfang März unter der Bezeichnung „Sozialer Volksbund Hessen-Pfalz" eine eigene Lizenz, die am 11. Mai 1946 erteilt wurde.[31]

Zapf und sein Anhang behielten also – wenn auch wegen der Haltung der Besatzungsmacht unter Streichung des Zusatzes „christlich" – die bisherige, unter allen liberalen Parteigründungen der Nachkriegszeit einzigartige Bezeichnung „Sozialer Volksbund" bei. Dies mag zum Teil darauf zurückgehen, daß eine grundlegende Änderung des Parteinamens die Lizenzerteilung weiter verzögert hätte. Doch scheint sich darin auch die spezifische Konzeption des SV-Gründerkreises auszudrücken, in der neben genuin liberalen Vorstellungen immer noch Gedanken zu finden waren, die eher einer Art politischem Protestantismus zugeordnet werden konnten.

27 So berichtet Kohl, Pfalz, S. 95, daß die Militärregierung gerade aus den Reihen der CDU zur Zulassung einer weiteren bürgerlichen Partei gedrängt wurde.
28 Ebd., S. 74, u. Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 64f.
29 Ebd., S. 65f., u. Kohl, Pfalz, S. 77.
30 Ebd., S. 75 u. Anh. S. II.
31 Ebd., S. 95, u. Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 65.

Denn auf der einen Seite grenzte sich der Volksbund ganz im liberalen Sinne dadurch von den anderen Parteien ab, daß er „weltanschaulich auf dem Gebiet der Führung von Volk, Wirtschaft, Gewerbe, Handwerk und Handel, sowie auf kulturellem Gebiete eine weit andere freiere Richtung" vertrete, und betonte, er sei „keine Klassenpartei, keine Interessenpartei und auch keine konfessionelle Partei". In diesen Zusammenhang paßten das nachdrückliche Bekenntnis zum Privateigentum und insbesondere zur christlichen Gemeinschaftsschule.[32] Auf der anderen Seite aber arbeitete der SV mit der sogenannten Zwei-Säulen-Theorie, indem er sich bemühte, die CDU als rein katholische Partei darzustellen[33], und zugleich seine enge Verbundenheit mit protestantischen Grundsätzen herausstellte: Die führenden Männer des SV, so formulierte es der provisorische Bundesvorsitzende Adolf Müller, „sollen als Richtschnur ihres Handelns das protestantische Geistes- und Moralgut der deutschen geschichtlichen Vergangenheit zugrunde legen [...]. Die Brüder [gemeint sind CDU und SV] seien beide mündig und selbständig, sie sollten beide in ihrer Konfessionalität sich rein erhalten, und jeder Bruder solle die von ihm ausgehende Kraft erhalten und zum allgemeinen Nutzen des Volkes entfalten."[34]

Trotz der insgesamt unbefriedigenden Quellenlage deutet vieles darauf hin, daß solche Äußerungen nicht rein instrumentell gedacht waren, um den Unionsanspruch der Christdemokraten zu bekämpfen und sich so neben dieser Partei behaupten zu können, sondern daß der SV in seiner Anfangsphase eine politische Organisation war, die sich nicht ohne weiteres in die Reihe der liberalen Parteigründungen einfügen läßt. Sein Einschwenken auf eine dezidiert liberale politische Linie war wohl erst das Ergebnis eines etwa Mitte 1947 abgeschlossenen, von schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen begleiteten und auch mit einem weitgehenden Austausch der Parteiführung verbundenen Prozesses.

Noch zum Zeitpunkt der Lizenzierung kamen die Mitglieder des SV nahezu ausschließlich aus Kaiserslautern und seiner unmittelbaren Umgebung; lediglich ein Vertreter aus Rheinhessen war hinzugezogen worden, um den Bedingungen der Militärregierung zu genügen.[35] In den folgenden Monaten aber bildete sich vor allem in Neustadt an der Weinstraße ein Kreis liberaler Persönlichkeiten, der sich am 21. September als Bezirksverband „Vorderpfalz" des SV konstituierte und drei Tage später mit der Kaiserslauterer Gruppe – zunächst ergebnislos – über eine angemessene

32 „Sozialer Volksbund in Hessen-Pfalz". Undatiertes Flugblatt (ca. Mai/Juni 1946) (FNS Akte LP 1946/47); auch abgedruckt in: Neuer Mainzer Anzeiger Nr. 51 v. 18. 6. 1946.

33 Zapf schrieb im Februar 1946 in einem Rundschreiben (zit. nach Storch, Sozialer Volksbund, S. 14f.): „Nachdem die Bildung der Christlich-sozialen Union mit der Zusammenfassung der beiden Konfessionen gescheitert ist, da der katholische Volksteil eine eigene Partei [...] angemeldet hat, haben wir [...] den Christlich-sozialen Volksbund gegründet [...] wir wollen die aufbauwilligen Kräfte in Stadt und Land zusammenfassen, die nicht den sozialistischen Parteidogmen huldigen und die nicht aus Glaubensüberzeugungen der katholischen ‚Christlich-demokratischen Partei' nahestehen."

34 Pfälzische Volkszeitung v. 9. 8. 1946, zit. nach Storch, Sozialer Volksbund, S. 15.

35 Kohl, Pfalz, S. 95f.

Beteiligung an der Parteiführung verhandelte.[36] Zugleich komplizierte sich die Situation noch dadurch, daß die LP des südlichen Rheinlandes sich anschickte, nun ebenfalls in der Pfalz Fuß zu fassen: Ihr Vertrauensmann in diesem Gebiet, der Ludwigshafener Wirtschaftsprüfer Carl Neubronner, sammelte seit Ende August unter großen Schwierigkeiten[37] „bewährte Anhänger der liberalen Bewegung" in der Vorderpfalz und beantragte am 27. September eine entsprechende Lizenz für die LP bei der Militärregierung. Erst auf deren Druck hin – die Besatzungsmacht signalisierte sogleich, daß die Zulassung einer weiteren Partei in der Pfalz für sie nicht in Frage komme – und angesichts der für den 13. Oktober angesetzten Kreistagswahlen fanden sich die Anhänger der LP bereit, auf eine eigene Organisation zu verzichten und auf den Listen des SV zu kandidieren.[38]

Die – wenn wir es recht sehen – stärker in der liberalen Parteitradition verankerte Neustädter Gruppe konnte mit dieser Einigung ihre innerparteiliche Position erheblich ausbauen. Eine Konferenz von Vertretern der Bezirksverbände Vorderpfalz, Westpfalz und Rheinhessen am 14. November 1946 in Oppenheim endete zwar noch einmal mit einem bloßen Formelkompromiß – es wurde eine dreiköpfige Landesleitung aus den Bezirksvorsitzenden gebildet –, doch bei der ersten Delegiertenversammlung des SV am 8. Januar 1947 in Neustadt ging die Parteiführung in die Hände der Neustädter Gruppe über: Zum Vorsitzenden wurde der Neustädter Rechtsanwalt Leonhard Völcker gewählt, seine Stellvertreter wurden Neubronner und der Kaiserslauterer Bürgermeister Richard Leng; die Geschäftsführung mit Sitz in Neustadt wurde einem Vertrauensmann Völckers übertragen.[39] Die weitere Entwicklung vollzog sich dann schon im Rahmen der Bemühungen, eine einheitliche liberale Partei für das ganze Land Rheinland-Pfalz zu formieren.

Noch komplizierter verlief der Gründungsprozeß im Regierungsbezirk Rheinhessen. Doch gerade weil es hier über längere Zeit zu einem Neben- und Gegeneinander von zwei als liberal firmierenden Organisationen kam, ist die Entwicklung in dieser Region besonders geeignet, die differierenden politischen Konzeptionen, die vom SV einerseits und von der LP andererseits verfochten wurden, noch einmal schärfer herauszuarbeiten.

Der SV war – entsprechend der administrativen Zugehörigkeit des Regierungsbezirks zum Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz[40] – auch für Rheinhessen lizenziert worden. Doch von einer politischen und organisatorischen Präsenz in diesem Gebiet konnte über Monate hinweg

---

36 Ebd., S. 96f.

37 Über diese für die liberalen Parteigründungen in vielen Regionen charakteristische Situation schreibt Neubronner, Gründungsgeschichte der Freien Demokratischen Partei in der Pfalz, masch. Manuskript v. 1956 (FNS Akte SV 1946/47): „Die in Frage kommenden Personen waren teils zu alt, teils durch Krankheit behindert, meistens aber als ehemalige Mitglieder der NSDAP politisch belastet, teils aber auch schon bei der CDU oder dem SV engagiert."

38 Ebd.; vgl. auch Kohl, Pfalz, S. 97.

39 Ebd., S. 98f.; Neubronner, Gründungsgeschichte der FDP in der Pfalz (a.a.O.).

40 Zur Entwicklung der Verwaltungsgliederung vgl. Klaas, Verfassung S. 40ff.

keine Rede sein. Erst im unmittelbaren Vorfeld der für den 15. September 1946 angesetzten Gemeindewahlen konstituierte der SV unter dem Vorsitz des Landwirts Karl Lahr, der von 1923 bis 1933 Mitglied der DNVP gewesen war[41], Anfang August auch eine rheinhessische Bezirksorganisation[42], die allerdings zunächst nur auf dem Papier bestand, wie das Wahlergebnis vom 15. September unübersehbar auswies[43].

Unabhängig von diesem von außen herangetragenen Ansatz hatten sich aber schon seit längerem in Rheinhessen selbst liberale Gründerkreise zusammengefunden – insbesondere in der Stadt Mainz. Hier hatte sich, wohl im Herbst 1945, ein Zirkel ehemaliger Linksliberaler um den Druckereibesitzer Richard Scheller gebildet, der die DDP seit 1930 im Stadtrat vertreten hatte.[44] Nach eingehenden Gesprächen entschlossen sich seine Mitglieder, auf die Gründung einer selbständigen liberalen Partei zu verzichten und in Verhandlungen mit der in Gründung begriffenen „Christlich-Sozialen Volkspartei" einzutreten, die zur Vereinigung beider Kreise „auf paritätischer Grundlage" führen sollten.[45]

Dieses am 22. Dezember 1945 vorgebrachte Verlangen löste im Aktionsausschuß der CSVP eine heftige Kontroverse aus: Seine evangelischen Mitglieder, zu denen auch je ein früheres DDP- und DVP-Mitglied zählten, neigten zu einer positiven Antwort, konnten sie sich doch von einem Zusammengehen mit der Scheller-Gruppe eine Verstärkung ihrer eigenen Position versprechen. Aber es setzte sich schließlich die katholische, aus dem Zentrum stammende Mehrheit im Sinne einer schroffen Ablehnung durch: Es sei unmöglich, so argumentierte ihr Sprecher Lorenz Diehl, „sich mit Kreisen zu verschmelzen, die religiös und weltanschaulich, aber auch wirtschaftlich und sozial in den alten liberalen Ideen lebten und auch in diesem Sinne in der christlichen Partei wirken würden. Es sei vielmehr im Interesse der politischen Klärung nur gut, wenn diese liberal-demokratischen Kreise eine eigene Partei als Nachfolger der alten demokratischen Parteien anmeldeten."[46] Aus der Sicht der früheren Zentrums-Mitglieder

41 Handbuch des Deutschen Bundestages, 2. Wp., S. 404.

42 „Der ‚Soziale Volksbund' in Rheinhessen", in: Neuer Mainzer Anzeiger Nr. 70 v. 3. 8. 1946. Vgl. hierzu Storch, Sozialer Volksbund, S. 15.

43 Der SV konnte in Rheinhessen lediglich 600 Stimmen (0,3%) gewinnen; vgl. Neuer Mainzer Anzeiger Nr. 88 v. 17. 9. 1946.

44 Zur Biographie Schellers vgl. ebd. Nr. 85 v. 10. 9. 1946.

45 Vgl. d. Artikel v. Richard Scheller: Warum Freie Liste der Demokratie?, in: ebd. Nr. 86 v. 12. 9. 1946, der einen kurzen Überblick über die Entstehungsgeschichte dieses Kreises gibt.

46 Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 70f.; D.: Eine Antwort, in: Neuer Mainzer Anzeiger Nr. 87 v. 14. 9. 1946: „Herr Scheller beklagt sich, daß Anhänger der früheren Demokratischen Partei, die die Absicht gehabt hätten, sich mit der CDU. auf paritätischer Grundlage zu verbinden, bei uns keine Gegenliebe gefunden und in die CDU. nicht aufgenommen worden seien. Das stimmt! Dies ist deshalb nicht geschehen, weil die CDU. eine Partei ist, die ein festumrissenes Programm auf christlicher, politischer und sozialer Grundlage hat [...]. Jeder Demokrat, der sich auf den Boden dieses Programmes stellt, ist willkommen [...]. Es ist aber nicht möglich, Führer der früheren Demokratischen Partei, die von ihrer liberalen demokratischen Auffassung in weltanschaulichen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen sich nicht loslösen können oder wollen, mitbestimmend als gleichberechtigte Partner organisatorisch aufzunehmen. In einem solchen Parteigebilde wäre eine homogene einheitliche, klare Politik unmöglich [...]. Wenn dazu noch kommt, daß unter den Führern der Freien Demokratischen Liste solche sind, die aus den christlichen Kirchen

bestanden also nach wie vor unüberwindbare politische Gegensätze zu den Liberalen. Sie waren zwar in kleiner Zahl willkommen, um den konfessionsübergreifenden Charakter der neuen Partei glaubhaft vertreten zu können, doch sollte durch sie der bestimmende Einfluß des politischen Katholizismus auf die Union nicht gefährdet werden dürfen. Ja, man war sogar an einer liberalen Konkurrenzorganisation interessiert, um auf diese Weise die betont christlich-demokratische Ausrichtung der eigenen Partei zu stabilisieren.

Eine solche Parteibildung blieb jedoch in Rheinhessen – sieht man vom SV zunächst ab – bis zu den Gemeindewahlen aus. Wir wissen nicht, ob sich die Scheller-Gruppe überhaupt um eine Lizenz bemüht hat, doch wenn, dann dürfte sie auf ähnliche Widerstände bei der Militärregierung gestoßen sein wie Neubronner in der Pfalz. Es ist nun höchst bezeichnend, daß der Mainzer DDP-Kreis nicht den naheliegenden Weg ging, unter dem Signum des „Volksbundes" zu kandidieren, sondern sich als unabhängige Liste zur Wahl stellte. Denn obwohl beide in zentralen Forderungen, insbesondere im Bekenntnis zu Privateigentum und Marktwirtschaft sowie zur christlichen Gemeinschaftsschule, übereinstimmten, gingen sie von grundverschiedenen Parteikonzeptionen aus: Der SV stellte sich im Wahlkampf als eine neue Partei dar, als ein Sammelbecken nicht nur der früheren Liberalen, sondern aller nicht vom Zentrum und seiner „Nachfolgeorganisation" erfaßten bürgerlichen Wähler[47], und stand damit eher auf der rechten Seite des Parteienspektrums. Dagegen unterstrich die Scheller-Gruppe stets von neuem ihre Verbindungen zur Deutschen Demokratischen Partei, begriff sich wie diese „als Vermittler zwischen der Rechten und der Linken" und sah ihren Standort eindeutig „links von der Christlich-Demokratischen Union".[48] Es war deshalb nur konsequent, und es verdeutlicht noch einmal die politischen Unterschiede zwischen LP und SV, daß die Mainzer Liberalen sich nach ihrem relativ günstigen Abschneiden in der Wahl vom 15. September 1946 – sie erhielten 8,2% der abgegebenen gültigen Stimmen und damit drei Sitze im Stadtrat[49] – der

---

ausgetreten sind, dann sollte unter politischen Menschen kein Wort zu sagen sein, daß diese nicht in einer positiv christlichen Partei Aufnahme finden können. Warum haben die Herren der Freien Demokratischen Liste nicht die alte Demokratische Partei, oder, wie es in der amerikanischen Zone der Fall ist, eine Liberal-demokratische Partei gegründet? Wir hätten dies für richtiger gehalten und haben die Notwendigkeit einer solchen Partei zur Klärung der politischen Konstellation auch schon vor Monaten maßgebenden Stellen gegenüber betont." Vgl. zu diesen Vorgängen jetzt auch die ausführliche Darstellung von Weitzel, CSVP, bes. S. 48ff.

47 Franz Zapf: SV. Ein Name, der verpflichtet, in: Neuer Mainzer Anzeiger Nr. 87 v. 14. 9. 1946: „Kein Anhänger der früheren Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei, des Bauernbundes, der Wirtschaftspartei darf abseits stehen. Er kann und wird im ‚Sozialen Volksbund' seine politische Heimat finden." Vgl. auch d. Stellungnahmen d. SV in: ebd. Nr. 82 v. 3. 9., Nr. 84 v. 7. 9. u. Nr. 86 v. 12. 9. 1946.

48 Richard Scheller: Freie Listen. Um die Demokratie, in: ebd. Nr. 85 v. 10. 9. 1946, u. „Liberale Partei", in: ebd. Nr. 91 v. 24. 9. 1946. Ähnlich: „Freie Liste der Demokratie", in: ebd. Nr. 82 v. 3. 9. 1946, sowie aus späterer Zeit: Friedrich Schütz: Die Parteigenossen, in: ebd. Nr. 96 v. 5. 10. 1946.

49 Ebd. Nr. 88 v. 17. 9. 1946 u. Wie es war. Mainzer Schicksalsjahre 1945–1948. Berichte und Dokumente, hrsg. v. Erich Dombrowski, Emil Kraus u. Karl Schramm, Mainz 1965, S. 107f.

kurz darauf lizenzierten LP Rautenstrauchs anschlossen[50]; am 31. Oktober 1946 wurde unter dem Vorsitz Schellers die rheinhessische Bezirksorganisation dieser Partei konstituiert.[51]

Der Regierungsbezirk Mainz war damit – neben dem Land Bremen – die einzige Region im Nachkriegsdeutschland, in der zwei liberale Parteien nebeneinander bestanden und in der sich insofern in gewisser Weise eine Fortführung der traditionellen Spaltung des deutschen Liberalismus ergeben hatte. Noch bei den Kreistagswahlen am 13. Oktober 1946 traten LP und SV gegeneinander an, wobei letzterer vor allem in den ländlichen Gebieten bessere Ergebnisse erzielen konnte und mit 8,4% deutlich vor der LP (4,8%) lag.[52] Erst danach begannen die Bemühungen, das allgemein als unhaltbar empfundene Konkurrenzverhältnis zu beenden. Der Anstoß kam verständlicherweise aus Rheinhessen: Am 7. November 1946 einigten sich die dortigen Bezirksleitungen von LP und SV darauf, in Zukunft unter einem noch zu vereinbarenden neuen Namen zusammenzuarbeiten, formulierten gemeinsame politische Leitsätze und ersuchten ihre Landesvorstände um die sofortige Festsetzung eines Termins für eine Konferenz beider Parteien, in der die für den völligen Zusammenschluß notwendigen Schritte abgestimmt werden sollten.[53]

Diese Zusammenkunft fand am 16. November, also am Vorabend der Wahl zur Beratenden Landesversammlung, in Mainz statt; sie blieb jedoch in ihren Ergebnissen weit hinter den rheinhessischen Erwartungen und den politischen Notwendigkeiten zurück. Denn neben der nahezu unumgänglichen Vereinbarung, in den Verfassungsberatungen als gemeinsame Fraktion aufzutreten[54], konnte man sich lediglich auf eine an den administrativen Zuständigkeiten orientierte Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete verständigen, d.h.: Der SV stellte seine Arbeit in Rheinhessen zugunsten der LP ein und umgekehrt die LP zugunsten des SV in der Pfalz.[55]

In den folgenden Monaten wurden zwar die sich aus diesem Beschluß ergebenden organisatorischen Konsequenzen vollzogen[56], aber erst wenige Wochen vor den Landtagswahlen wurde der nächste – wiederum nur unvollständige – Schritt auf dem Wege der Vereinigung beider Parteien gegangen. Eine gemeinsame Vertretertagung beschloß am 19./20. April 1947 in Bad Kreuznach, die Liberale Partei und den Sozialen Volksbund zur „Demokratischen Partei Rheinland-Pfalz" zu fusionieren, allerdings

50 „Liberale Partei", in: Neuer Mainzer Anzeiger Nr. 91 v. 24. 9. 1946. Der Anschluß war nur dadurch möglich, daß der Regierungsbezirk Mainz mit Wirkung v. 15. 10. 1946 dem Oberpräsidium Rheinland-Hessen-Nassau unterstellt wurde und die soeben dort der LP erteilte Lizenz sich somit auch auf Rheinhessen erstreckte; vgl. Klaas, Verfassung, S. 44.

51 Dohr, Entwicklung der Liberalen Partei (a.a.O.).

52 Die Wahlresultate in: Neuer Mainzer Anzeiger Nr. 100 v. 15. 10. 1946.

53 Vereinbarung zwischen d. LP- u. d. SV-Rheinhessen v. 7. 11. 1946 (FNS Akte LP 1946/47). Vgl. auch Neubronner, Gründungsgeschichte der FDP in der Pfalz (a.a.O.).

54 Vgl. d. entsprechenden Schreiben d. LP u. d. SV an d. Ältestenrat d. Beratenden Landesversammlung v. 27. 11. 1946, 5. 12. 1946 u. 18. 1. 1947 (Archiv d. Landtags v. Rheinland-Pfalz Akte BLV/Ausschüsse/Ältestenrat).

55 Dohr, Entwicklung der Liberalen Partei (a.a.O.).

56 Vgl. Kohl, Pfalz, S. 99, u. Wilfried Frey: Parteien in der Demokratie. Zum Programm der Demokratischen Partei, in: Neuer Mainzer Anzeiger Nr. 28 v. 25. 3. 1947.

wegen des bevorstehenden Wahlkampfs „unter einstweiliger Aufrechterhaltung der organisatorischen Selbständigkeit beider Verbände"; zum Vorsitzenden der neuen Landespartei wurde der frühere Regierungspräsident des oldenburgischen Landesteils Birkenfeld, Walter Dörr, zu seinem Stellvertreter Rautenstrauch gewählt; im übrigen war der Vorstand noch paritätisch von LP- und SV-Vertretern beschickt.[57] Der Zusammenschluß ging also de facto über eine Art „Arbeitsgemeinschaft" kaum hinaus[58], wichtige Regelungen wie die Parteisatzung waren noch nicht verabschiedet worden, was sich bereits kurze Zeit später in einer vor aller Öffentlichkeit demonstrierten Zerstrittenheit der rheinland-pfälzischen Liberalen über ihre Haltung zur Landesverfassung rächte.

Gegen starke innerparteiliche Widerstände, vor allem aus der Pfalz, hatte die liberale Fraktion in der Beratenden Landesversammlung der Verfassung zugestimmt – einem Grundgesetz, das in allen wesentlichen Teilen von den Zielvorstellungen der mit einer absoluten Mehrheit ausgestatteten CDU geprägt war. Besonders umstritten waren in den Verhandlungen die Bestimmungen über das Bildungswesen gewesen, da durch sie nicht nur der Bestand der christlichen Simultanschulen in Rheinhessen und in der Pfalz gefährdet wurde, sondern auch konfessionell getrennte Lehrerbildungsanstalten eingeführt werden sollten.[59] Hauptbefürworter dieser Zustimmung waren zum einen die drei pfälzischen SV-Abgeordneten um Franz Zapf – ihre Haltung scheint ganz auf der Linie des Kaiserslauterner SV-Gründerkreises zu liegen, der ja die Partei als den „protestantischen Bruder" der CDU dargestellt hatte – und zum anderen die beiden LP-Abgeordneten, darunter Rautenstrauch, deren Motive nur schwer faßbar sind. Möglicherweise befürchtete die LP, in ihrem, von einer katholischen Bevölkerung dominierten, Einzugsbereich zwischen SPD und KPD einerseits und CDU andererseits zerrieben zu werden, wenn sie sich in der zu erwartenden scharfen Auseinandersetzung – es war des öfteren von „Kulturkampf" die Rede – auf die Seite der Opposition schlüge.

In einer Sitzung des DP-Vorstandes in Koblenz, wahrscheinlich Anfang Mai 1947, prallten die Ansichten von Befürwortern und Gegnern der Landesverfassung hart aufeinander. Mit großer Mühe konnte man sich dahingehend verständigen, den Wählern für die Volksabstimmung am 18. Mai zu empfehlen, die Verfassung anzunehmen, jedoch die separat zur Abstimmung gestellten Schulartikel abzulehnen. Dieser Kompromiß konnte allerdings keine Seite recht zufriedenstellen. Der Parteivorsitzende Dörr und der rheinhessische Bezirksvorsitzende Scheller legten ihre Ämter nieder. Und der pfälzische SV-Vorstand beschloß entgegen

57 Kohl, Pfalz, S. 100. Vgl. auch Neuer Mainzer Anzeiger Nr. 37 v. 25. 4. 1947 u. Storch, Sozialer Volksbund, S. 15.
58 So auch Neubronner, Gründungsgeschichte der FDP in der Pfalz (a.a.O).
59 Vgl. Schunck, Verfassung, S. 159-201, Baumgart, Voraussetzungen, S. 1–32, sowie Klaas, Verfassung, S. 53ff. Speziell zur Schulfrage ebd., S. 62f., Ruge-Schatz, Umerziehung, S. 105ff., Löhr, Kulturpolitische Diskussion, u. zuletzt Müller, Streit um die Volksschule.

der Koblenzer Vereinbarung mit neun gegen fünf Stimmen am 6. Mai, die Parole „Ablehnung der Verfassung" auszugeben.[60] Dagegen hielten wiederum die unterlegenen SV-Abgeordneten um Zapf auch öffentlich weiter an der im DP-Vorstand vereinbarten Sprachregelung fest[61] – was schließlich sogar zum Parteiausschluß Zapfs führte[62].

Die innerparteiliche Auseinandersetzung um die Verfassung führte aber auch zu einer tiefgreifenden Verstimmung zwischen der LP und dem SV und zu einer mehrmonatigen Verzögerung im Fusionsprozeß beider Parteien.[63] Er konnte erst am 27./28. September 1947 mit dem ersten Landesparteitag der Demokratischen Partei in Bad Kreuznach abgeschlossen werden.[64] Daß sich die negativen Konsequenzen des Verfassungsstreits für die rheinland-pfälzische Partei dann letztlich doch in Grenzen hielten, lag sicher zum einen am Fehlen einer ernsthaften Alternative zur Vereinigung von SV und LP. Zum anderen hatten sich diesmal die Fronten nicht mit den Trennungslinien zwischen den ursprünglichen Gründerkreisen und den innerparteilichen Flügeln gedeckt.

Gerade die Heterogenität der im Lande Rheinland-Pfalz zusammengefaßten politisch-sozialen Milieus prägte – auch in der Folgezeit – das Gesicht der liberalen Partei. Sie ermöglichte erst die politische Kooperation so verschiedener Strömungen, indem sie einer einfachen Flügelbildung entgegenwirkte; sie verhinderte allerdings, daß sich in der DP nach dem Vorbild anderer Landesverbände eine fest umrissene Parteikonzeption durchsetzte. Politisch wie personell – der Landesvorsitzende Dohr entstammte dem Trierer DDP-Kreis, sein Stellvertreter Neumayer, der spätere Bundeswohnungsbau- und -justizminister, kam aus der DVP[65] – blieb ein vielgestaltiges Bild für die Demokratische Partei Rheinland-Pfalz charakteristisch. In dem 1948 einsetzenden Ringen zwischen den liberalen Parteiflügeln auf der Bundesebene war sie daher kein Faktor, der fest der einen oder anderen Seite hätte zugerechnet werden können. Viel hing davon ab, durch welches seiner Vorstandsmitglieder – Dohr oder Neumayer – Rheinland-Pfalz in den Sitzungen des FDP-Bundesvorstands vertreten war. Doch markierten beide wie auch ihr Landesverband eher die Mitte der neuen liberalen Bundespartei.

---

60 Neubronner, Gründungsgeschichte der FDP in der Pfalz (a.a.O.). In der Erklärung d. SV-Vorstandes, die am 14. 5. 1947 in der „Rheinpfalz" veröffentlicht wurde, hieß es: „Aus der Verfassung muß der schwarze Faden, der die ganze Verfassung durchzieht, auf kulturpolitischem Gebiet und in der Schulfrage ausgemerzt werden. Diese Aufgabe kann nur gelöst werden, wenn die Verfassung, die uns vorgelegt wurde, als Ganzes abgelehnt wird." Zit. nach Storch, Sozialer Volksbund, S. 15.

61 Kohl, Pfalz, S. 145.

62 Neubronner, Gründungsgeschichte der FDP in der Pfalz (a.a.O.).

63 Dohr von der LP bezeichnete in einem Schr. an d. SV v. 9. 5. 1947 dessen Haltung „als einen unverantwortlichen Wortbruch" und drohte als Konsequenz an, das Projekt einer gemeinsamen Parteizeitung scheitern zu lassen; vgl. Storch, Sozialer Volksbund, S. 15.

64 Neubronner, Gründungsgeschichte der FDP in der Pfalz (a.a.O.); Das Neue Baden Nr. 45 v. 3. 10. 1947. Der SV hatte auf einem Parteitag am 9./10. 8. 1947 einstimmig sein Aufgehen in der neuen Partei beschlossen und sich in einen DP-Bezirksverband umkonstituiert; vgl. Rheinisch-Pfälzische Rundschau Nr. 13 v. 14. 8. 1947 u. Das Neue Baden Nr. 33 v. 19. 8. 1947.

65 Vgl. Rheinisch-Pfälzische Rundschau Nr. 94 v. 13. 8. 1949.

Drittes Kapitel

Der liberale Neuanfang: Gründerkreise, Konzeptionen, Entwicklungsphasen

1. Bürgerlich-liberale Politik in der Zeit des „Interregnums"[1]

Mit dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Gewaltregimes erreichte die Tendenz zur Auflösung größerer Herrschafts-, Administrations- und Wirtschaftszusammenhänge in kleine und kleinste Einheiten ihren Höhepunkt und steigerte sich bis zur völligen territorialen Zersplitterung Deutschlands.[2] Diese Entwicklung war natürlich in erster Linie ein Ergebnis der unmittelbaren Kriegseinwirkungen, die zuletzt in der Unterbrechung nahezu aller Verkehrs- und Kommunikationsstränge gipfelten. Aber auch der sich von September 1944 bis Anfang Mai 1945 hinziehende Besetzungsvorgang wirkte in die gleiche Richtung. Zusammenbruch und Neuanfang vollzogen sich so Ort für Ort nicht allein zu verschiedenen Zeitpunkten, sondern – bei aller Parallelität des Geschehens – auch unter je eigenen Bedingungen. Denn indem kleinere Regionen oder einzelne Kommunen, ja, in Großstädten vielfach deren Teilräume, zumindest für einige Tage, oft aber für mehrere Wochen und – in vielen Teilbereichen des gesellschaftlichen Lebens – sogar für mehrere Monate zu weitgehend abgeschlossenen sozialen Einheiten wurden, hing es ganz von der lokalen oder regionalen Situation und den dort jeweils gege-

1 Vgl. Krieger, Interregnum, S. 26–46, der mit dieser Formel die Phase von der Besetzung größerer Teile Deutschlands bis zum Beginn der Arbeit des Alliierten Kontrollrats und bis zum Potsdamer Abkommen bezeichnet und den Blick auf die Bedeutung der in diesen Monaten gefallenen Vorentscheidungen lenken will. Wenngleich bei Krieger mit diesem Ansatz eine allzu deterministische Sicht der weiteren Entwicklung verbunden ist – die Teilung Deutschlands erscheint bei ihm als letztlich unausweichliche Folge der während des Interregnums ausgebildeten Strukturen –, ist dennoch der Begriff besonders geeignet, einen Zeitabschnitt zu benennen, der sich nicht allein durch das Fehlen einer zentralen Regierungsinstanz, sondern gerade auch – jedenfalls in den Westzonen – durch bestimmte Grundstrukturen des politischen und sozialen Lebens von der Folgezeit abhob, die im August/September 1945 u.a. mit der Lizenzierung der Parteien und der Verlagerung politischer Entscheidungen auf die Landesebene begann.

2 Die bisher besten Analysen der Situation beim Zusammenbruch finden sich in der jüngeren Forschung zu den Antifa-Ausschüssen; vgl. u.a. Niethammer, Entnazifizierung, S. 120ff., Arbeiterinitiative 1945, bes. S. 154ff. u. 164ff., u. Pietsch, Militärregierung, S. 5ff.; als erster Versuch einer ausdrücklichen Thematisierung des Umbruchs auf der kommunalen Ebene jetzt auch Niethammer, Deutsche Stadt.

benen politisch-sozialen Traditionen ab, in welchen Formen und Kräfteverhältnissen sich erste Ansätze einer nach-nationalsozialistischen deutschen Politik regten.

Zugleich kam in der Regel wenige Tage vor der Besetzung alle Wirtschaftstätigkeit zum Stillstand, die Versorgung mit Wasser, Gas und Strom blieb aus, und auch die lokale Administration schien mit der Flucht der nationalsozialistischen Beamten an ihrer Spitze vollends zusammengebrochen zu sein. Auf die einrückenden alliierten Truppen machte die deutsche Gesellschaft daher „einen abgestorbenen Eindruck"; zusätzlich zu der horizontalen Auflösung in eine „Ansammlung isolierter Einzelorte" erschien sie „vertikal atomisiert in eine Ansammlung isolierter Individuen".[3] In der Tat war die Haltung des größten Teils der deutschen Bevölkerung durch eine weitgehende Apathie und Passivität im öffentlichen Bereich gekennzeichnet; man konzentrierte sich ganz auf die private Sphäre, auf die Bewältigung der akuten Probleme des täglichen Lebens.

Dies galt – soweit wir darüber an Hand von Aufzeichnungen und Memoiren Aussagen treffen können – in wesentlichen Zügen auch für viele prominente liberale Politiker der Weimarer Zeit: „Sehr merkwürdig die Nachrichtenlosigkeit. Man weiß nicht, was in der Nähe los ist, noch weniger, was in der Ferne", notierte Theodor Heuss Anfang April 1945.[4] Am lokalen Geschehen in Heidelberg war Heuss daher zunächst nicht aktiv beteiligt und auch nur gerüchteweise darüber unterrichtet. Seine politischen Überlegungen beschränkten sich auf private Aufzeichnungen, bis der erste Anstoß, sich öffentlich zu äußern und zu betätigen, von außen kam.[5] Allerdings – und insofern ist das Beispiel von Heuss nur bedingt repräsentativ – war er erst eineinhalb Jahre zuvor von Berlin nach Heidelberg zugezogen; ihm fehlte also jene für ein frühzeitiges politisches Engagement so wichtige Verwurzelung in der lokalen Szene.[6]

Überhaupt trog das Bild von der abgestorbenen Gesellschaft, der Eindruck des völligen Stillstands, der „Stunde Null". Es erfaßte eben nur einen Ausschnitt aus der Realität des Zusammenbruchs, übersah aber die Kontinuitätslinien, die in ihren Grundelementen erhaltene Sozialstruktur ebenso wie die durchaus vorhandenen Reaktivierungsmöglichkeiten in Wirtschaft und Administration. Und nicht zuletzt trafen die alliierten Truppen bei ihrem Einmarsch in deutsche Städte in vielen Fällen auch bereits auf politische Aktivitäten einer allerdings kleinen Minderheit von Nazigegnern. Obwohl es sich um rein lokale Phänomene mit entsprechend vielfältigen Abweichungen und Eigenheiten handelte, läßt sich dieses Engagement im Kern zwei Grundformen zuordnen.

Oft in Anknüpfung an lockere Widerstandszirkel hatten sich in den Tagen der Besetzung zum einen sogenannte Antifa-Ausschüsse gebildet,

3 Krieger, Interregnum, S. 27.
4 Notizen zu den Tagen vor der Besetzung von Heidelberg 30. 3. 1945 (3./4. April 1945), in: Heuss, Aufzeichnungen, S. 44.
5 Ebd., S. 33ff., 50ff. u. 77ff.
6 Eberhard Pikart, Einleitung, in: ebd., S. 19.

die sich vor allem erste Entnazifizierungsmaßnahmen und eine Bewältigung des akuten wirtschaftlichen und sozialen Notstandes zum Ziel gesetzt hatten. Sie waren von ihrer sozialen und politischen Zusammensetzung her ganz überwiegend eine Erscheinungsform der Arbeiterbewegung, in deren tradierte Organe – Gewerkschaften und Parteien – sie später nach dem Scheitern ihrer ursprünglichen Perspektive einer von unten her aufgebauten Einheitsorganisation auch in der Regel überführt wurden.[7] Soweit in diesen Aktionsgruppen bürgerliche Kräfte – in der Mehrzahl Parteilose, in zweiter Linie ehemalige Zentrumsmitglieder – mitarbeiteten, „repräsentierten sie [..] keine organisierte bürgerliche Tendenz".[8] Dies gilt auch für die Beteiligung einzelner Liberaler, die vor allem für einige südwestdeutsche Städte überliefert ist[9]: In keinem Falle sind diese Personen später in der wiedergegründeten liberalen Partei an erfaßbarer oder gar führender Stelle in Erscheinung getreten.

Zum anderen formierten sich gegen Kriegsende kleine Gruppen, die in erster Linie bemüht waren, sich den Hitlerschen Verbrannte-Erde-Befehlen zu widersetzen sowie die kampflose Übergabe ihrer Stadt oder Gemeinde an die einrückenden alliierten Einheiten zu erreichen und so eine weitere Zerstörung zu verhindern. Getragen wurden diese „Nichtverteidigungskomitees" mehrheitlich von bürgerlichen Honoratioren, so daß auch eine Mitwirkung früherer Mitglieder der liberalen Partei über den nachgewiesenen Einzelfall Stuttgart hinaus wahrscheinlich ist.[10]

Aktionsgruppen beider Arten gelang es in dem einen oder anderen Fall darüber hinaus, entscheidenden Einfluß auf die neue Besetzung der städtischen Verwaltungsspitze zu gewinnen und somit Teil eines kontinuierlichen Rekonstituierungsprozesses der lokalen politischen Szene zu werden: Die besten Beispiele liefern hier einerseits der sozialdemokratisch dominierte „Wiederaufbauausschuß" in Hannover[11] und andererseits die Aktivitäten der „Rettet Stuttgart"-Bewegung, an denen ja auch der spätere DVP-Vorsitzende Haußmann maßgeblich beteiligt war. Typischer für die Nichtverteidigungskomitees war jedoch eher ihre baldige Selbstauflösung nach dem Ende der Kampfhandlungen und der Erfüllung ihrer Mission. Und für die Beziehungen der meisten Antifa-Ausschüsse zu der reorganisierten lokalen Administration war eher ein Konkurrenzverhältnis bis hin zu scharfer Gegnerschaft charakteristisch; gerade die Verwaltungsbehörden drängten oft bei der Militärregierung auf ein Verbot der Arbeiterkomitees.[12]

---

7 Vgl. v.a. Arbeiterinitiative 1945, bes. S. 16 u. 701ff., sowie die in den Regionalkapiteln oben angeführten Einzelstudien.

8 Brandt, Antifaschismus, S. 102. Er spricht, ebd., S. 101, auch zu Recht von „bürgerlichen Dissidenten".

9 Vgl. für Stuttgart Niethammer, Aktivität und Grenzen, bes. S. 308 u. 326, u. Arbeiterinitiative 1945, S. 513f., 560, 564f. u. 583ff.

10 Hierzu bes. ebd., S. 707f., u. Niethammer, Entnazifizierung, S. 126ff., sowie neuerdings Troll, Aktionen zur Kriegsbeendigung, passim. Für eine abschließende Einordnung dieser Aktionen fehlen allerdings noch weitere Lokal- und Regionalstudien.

11 Vgl. Arbeiterinitiative 1945, S. 460ff.

12 Vgl. ebd., S. 710.

Damit ist zugleich bereits angedeutet, daß sich die Besatzungsmächte bei ihren ersten administrativen Schritten aus dem Interesse heraus, „Fachleute ohne nationalsozialistische Belastung an die Spitze der deutschen lokalen Verwaltungen zu stellen und damit einen Adressaten für ihre Befehle zu haben, der zugleich für deren Durchführung sorgen konnte"[13], überwiegend eines anderen personellen Reservoirs bedienten: jener kommunalen Führungskräfte, die bereits während der Weimarer Republik die entsprechenden Positionen eingenommen hatten.[14] Nach einem ähnlichen Muster wurde im Prinzip auch auf den höheren Ebenen verfahren; allerdings kam insbesondere bei der Einsetzung von Landesregierungen dem Gesichtspunkt parteipolitischer Repräsentativität ein stärkeres Gewicht zu.[15]

Begünstigt durch den Umstand, daß sie noch bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung in Kommunen wie Ländern führende Stellungen in weit größerem Umfang bekleidet hatten, als es den radikal geschrumpften Stimmenanteilen von DDP und DVP entsprochen hätte, wurden nun bei den Ämterbesetzungen auch frühere Mitglieder dieser Parteien durchaus berücksichtigt – jedoch in regional erheblich differierendem Maße: Deutlich heben sich in dieser Hinsicht die beiden Hansestädte, Oldenburg und Württemberg-Baden vom übrigen Westdeutschland ab; die Senatoren, Minister und nicht zuletzt die beiden Ministerpräsidenten – Theodor Tantzen und Reinhold Maier –, die die Liberalen in diesen Ländern stellten, markierten gewissermaßen die Spitze eines Eisbergs, standen also für eine Vielzahl politisch Gleichgesinnter auf allen Ebenen der reorganisierten Verwaltung. Im wesentlichen beschränkt auf den kommunalen Bereich konnten die Liberalen auch noch in Ostfriesland sowie in weiten Teilen von Baden und Württemberg-Hohenzollern eine ähnliche Bilanz aufweisen. In allen anderen Regionen aber wurden DDP- und DVP-Politiker entweder nur in einzelnen Städten mit besonderer lokaler Tradition in nennenswertem Maße in die dortige Verwaltung berufen, oder ihre Mitarbeit blieb auf sporadische Einzelfälle begrenzt, die weder für die lokale noch regionale politische Szene charakteristisch waren – letzteres gilt etwa für Hermann Höpker-Aschoff in der westfälischen Provinzialregierung. Die konkrete Hilfestellung, die von diesen Politikern mit den Mitteln der Exekutive einer liberalen Parteigründung gegeben wurde, wie auch ihre persönliche Beteiligung im eigentlichen Konstituierungsprozeß sind eher gering einzuschätzen: Nicht untypisch ist hier die recht scharfe Aufgabentrennung zwischen Reinhold Maier für die Regierungs- und Wolfgang Haußmann für die Parteipolitik in Württemberg-Baden. Um so höher ist dagegen ihre Ausstrahlung auf die Entwicklungschancen einer liberalen Partei anzusetzen; gerade angesichts der 1945 heftig geführten Diskussion, ob deren

13 Pietsch, Militärregierung, S. 48.
14 Ebd., S. 48f.; Niethammer, Amerikanische Besatzungsmacht, S. 164; ders., Reform und Rekonstruktion, S. 49f.
15 Niethammer, Amerikanische Besatzungsmacht, S. 180ff.; Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 86ff.

Wiedergründung überhaupt eine politische Berechtigung habe und ob für sie ein Mitglieder- und Wählerpotential vorhanden sei, war es von kaum zu überschätzender Bedeutung, daß prominente Liberale schon wenige Wochen oder Monate nach der Besetzung in führenden Positionen am politischen Neubeginn mitwirkten – ebenso wie umgekehrt das Fehlen einer Vertretung in der Exekutive den Liberalen mindestens für eine längere Übergangszeit nahezu jede Chance nahm, aus dem Schattendasein einer Splitterpartei herauszutreten.

Eine weitere entscheidende Phase im parteipolitischen Wiederaufbau begann dann mit der Berufung lokaler vorparlamentarischer Bürgerbeiräte, die in nahezu allen größeren Städten der amerikanischen und britischen Zone etwa ab Juli, im französischen Besatzungsgebiet seit Oktober 1945 – in einzelnen Fällen aber auch schon früher – erfolgte. Teilweise regten die Bürgermeister bei den Militärdienststellen die Schaffung eines Kontroll- und Beratungsorgans an, zumeist ging sie jedoch auf das Drängen der sich mehr und mehr reorganisierenden Parteigruppen, in erster Linie SPD und KPD zurück, die auf diese Weise Einfluß auf den administrativen Bereich gewinnen wollten. Die Gesichtspunkte, nach denen die Beiräte zusammengesetzt waren, differierten von Stadt zu Stadt; alle Abstufungen zwischen einer rein parteipolitischen Struktur bis hin zu einer ausschließlich nach dem berufsständischen Prinzip gestalteten Vertretung waren anzutreffen.[16]

Hinsichtlich ihrer Bedeutung und Funktion im Prozeß der liberalen Parteigründung wiesen die kommunalen Ausschüsse ebenfalls eine beträchtliche Variationsbreite auf. Am geringsten war ihr Beitrag in den wenigen Städten, in denen wie in Stuttgart ohnehin bereits eine liberale Parteigruppe wieder aktiv geworden war. Häufiger gab die Berufung eines Beirates den entscheidenden Anstoß, nicht nur die unterbrochenen Kontakte zu früheren liberalen Parteimitgliedern wiederaufzunehmen und den eigenen Anspruch auf Ausschußsitze anzumelden, sondern zugleich durch die Benennung von Vertretern auch eine neue lokale Führungsspitze zu formieren. Von geradezu ausschlaggebender Bedeutung waren die Bürgerausschüsse jedoch in den Städten, in denen zwar die liberale Tradition oder auch nur das Ansehen eines einzelnen liberalen Politikers ausgeprägt genug waren, einen Vertreter dieser Richtung zum Beiratsmitglied zu ernennen, in denen aber im übrigen die Kräfte für eine liberale Parteigründung nicht ausreichten. Gehörten nun dem Ausschuß – wie es zum Beispiel besonders gut in Essen zu beobachten ist – nicht nur parteigebundene Politiker, sondern auch Vertreter verschiedener Berufsgruppen an, so konnte sich aus einer Reihe von bürgerlichen Vertretern um einen einzelnen DDP- oder DVP-Politiker der Kern einer neuen liberalen Parteigruppe bilden. Neben rein persönlich bedingten Kontakten waren daher die lokalen Beiräte die wichtigste institutionelle Anknüpfungsmöglichkeit für eine Parteigründung in den Regionen, in denen die politisch-soziale Basis des Liberalismus vor 1933 radikal zusammengeschrumpft war.

16 Hierzu v.a. Pietsch, Militärregierung, S. 62ff.

Eine Rolle von ähnlicher Tragweite wird oft den ja nicht sehr zahlreichen gesellschaftlichen Institutionen zugeschrieben, deren organisatorische Kontinuität durch den Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft und die nachfolgenden Maßnahmen der Besatzungsmächte nicht oder nur für kurze Zeit unterbrochen war. In erster Linie ist hier natürlich an die katholische Kirche zu denken: Es ist bekannt, daß vielerorts der Pfarrer für die einrückenden alliierten Truppen der erste und entscheidende Gewährsmann bei der Auswahl nichtbelasteter Fachleute war.[17] Auch die Bedeutung der Kirche als Kommunikations- und Kristallisationsfaktor im Zuge der Reorganisation von Zentrumsgruppen und der in den meisten Regionen von diesen ausgehenden Gründung der Unionsparteien ist vielfach belegt.[18] Für den bürgerlichen Bereich im engeren Sinne und mit Blick gerade auch auf die liberale Parteigründung ist den „Vereinigungen der gewerblichen Wirtschaft" eine vergleichbare „organisatorische Hilfestellung" zugeschrieben worden.[19] Nicht die Wirtschaftsverbände und Arbeitgebervereinigungen, wohl aber die Industrie- und Handelskammern hatten in der Tat fast durchweg bereits wenige Tage nach der Besetzung mit Billigung, ja, zum Teil sogar auf ausdrückliche Anordnung der Besatzungsmächte ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können. Den Industrie- und Handelskammern kam zugute, daß sie zunächst als einzige Institutionen in der Lage waren, die vielfältigen und umfangreichen Aufgaben zu bewältigen, die sich bei der Wiederingangsetzung des Wirtschaftslebens stellten. Sie nahmen dadurch vielfach eine Position ein, die ihnen einen erheblichen Einfluß auf die kommunale Verwaltung sicherte und zugleich eine kontinuierliche Wahrung der Unternehmerinteressen ermöglichte.[20]

Inwieweit sie darüber hinaus mit der lokalpolitischen Szene verflochten waren und damit auch den parteipolitischen Rekonstruktionsprozeß zu beeinflussen vermochten, ist noch wenig erforscht und in Anbetracht des oft informellen Charakters solcher Verbindungen auch schwer zu ermitteln. Belegt ist eine Verflechtung bislang nur für Bremen, wo zeitweise in der Handelskammer zwischen führenden Unternehmern und liberalen Politikern Gespräche über die Bildung einer bürgerlichen Sammlungspartei geführt wurden.[21] Direkte personelle Verbindungen zwischen Industrie- und Handelskammern und liberaler Partei scheinen jedenfalls zunächst selten gewesen zu sein; das Beispiel Hannovers, wo der neue

17 Vgl. v.a. Niethammer, Amerikanische Besatzungsmacht, S. 165f.; daneben ders., Entnazifizierung, S. 138ff., Krieger, Interregnum, S. 29, u. Maier, Kommunale Politik, S. 342f.

18 Einen treffenden Eindruck von der Bedeutung der kirchlichen „Infrastruktur" vermittelt jetzt der Briefwechsel Konrad Adenauers in der frühen Nachkriegszeit: Adenauer, Briefe 1945–1947, S. 63f., 74f., 77ff. u. öfter. Vgl. ferner Wieck, Entstehung der CDU, S. 226ff., ders., Christliche und Freie Demokraten, S. 212, u. Rüschenschmidt, CDU in Hessen, S. 201ff.

19 Wildenmann, Partei und Fraktion, S. 77f.

20 Vgl. bes. Arbeiterinitiative 1945, S. 663ff., Brandt, Antifaschismus, S. 95ff., u. Pietsch, Militärregierung, S. 106ff. Außerdem Homburg/Schissler, Interessenorganisationen, S. 117ff., Herrmann, Wiederaufbau der Selbstverwaltung, bes. S. 85ff., u. Tornow, Unternehmerverbände, S. 235ff.

21 Brandt, Antifaschismus, S. 224; hierzu auch oben S. 77.

IHK-Vorsitzende Franz Henkel auch zum ersten FDP-Landesvorsitzenden gewählt wurde, steht einzigartig da. So wichtig also die Kontinuität bei den Industrie- und Handelskammern für die unternehmerische Interessenvertretung und damit auch für die grundlegenden ordnungspolitischen Entscheidungen der Nachkriegsjahre gewesen sein mag, so zurückhaltend wird man auf der anderen Seite zumindest bislang ihre Ausstrahlung auf den parteipolitischen Bereich beurteilen müssen.

Nicht zuletzt begann in den Monaten des Interregnums trotz der dem formal entgegenstehenden Vorschriften der Besatzungsmächte vielerorts auch schon der Prozeß der parteipolitischen Reorganisation im engeren Sinne. Er war neben allen Anknüpfungsmöglichkeiten, die sich in den politischen Aktionsformen der unmittelbaren Nachkriegszeit boten, und der beschleunigenden oder retardierenden Wirkung, die von der je spezifischen Beteiligung der parteipolitischen Kräfte an ihnen ausging, entscheidend davon beeinflußt, in welchem Maße es gelang, wenigstens als personellen Kern einen Kreis von Parteimitgliedern der Weimarer Zeit zusammenzuführen und zu erneutem Engagement anzuregen. Das bürgerlich-liberale Spektrum zeigte hier ein durchaus ambivalentes Erscheinungsbild. Zeitlich und in ihrer organisatorischen Intensität blieben seine Aktivitäten ganz erheblich hinter denen in den politisch-sozialen Einzugsbereichen von SPD und KPD wie auch des Zentrums als des wichtigsten Vorläufers der neuen Unionsparteien zurück.

Nur aus Hamburg ist ein Kreis vorwiegend jüngerer DDP-Mitglieder bekannt, der während der Jahre der Unterdrückung den Kontakt untereinander im Rahmen einer wenn auch geringen Widerstandstätigkeit aufrechterhalten hatte und der sein politisches Engagement dann unmittelbar nach der alliierten Besetzung mit der Konstituierung als antifaschistischer Kampfbund organisatorisch festigte und ausbaute. Daneben hatten – besonders im südwestdeutschen Raum – vielfach Stammtischrunden und andere politisch unverdächtige Formen geselligen Beisammenseins dazu gedient, das Kommunikationsnetz lokaler liberaler Parteigruppen nicht völlig zerreißen zu lassen. In der Regel aber hatten Parteimitglieder wie auch führende liberale Politiker während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft nur dann noch miteinander in Kontakt gestanden, wenn sie zugleich eine enge persönliche Beziehung verband. Es gab daher in den westlichen Besatzungszonen Regionen, in denen die Vorbereitungen für eine liberale Parteigründung im wesentlichen erst nach der Interregnumsphase, also nach der Freigabe parteipolitischer Betätigung durch die Militärregierungen, ja, oft erst in Reaktion auf parallele Vorgänge in anderen Ländern oder gar direkte Anregung bereits konstituierter Parteigruppen anliefen. In ihnen blieb denn auch das Gewicht der Kräfte, die bereits vor 1933 einer der beiden liberalen Parteien angehört hatten, begrenzt, ging die Parteiführung bald an politische Newcomer über.

Dennoch wird eine Sicht, die die personelle und organisatorische Kontinuität zwischen den liberalen Parteien vor und nach dem Nationalsozialismus eher gering veranschlagt, den historischen Vorgängen des Jahres

1945 nicht gerecht. Nicht nur, daß den eben geschilderten Regionen jene traditionellen, vor allem linksliberalen Hochburgen gegenüberstanden, in denen die Parteigruppen auf breiter Front bis hin zu einer oft nahezu vollständigen Rekonstituierung der regionalen Führungsspitze wieder zusammenfanden. Vielmehr erscheint weit über dieses regional differenzierte Bild hinaus das Ausmaß bemerkenswert und charakteristisch, in dem im Sommer 1945 nach der erzwungenen zwölfjährigen Unterbrechung das Beziehungs- und teilweise auch Organisationsgeflecht einer liberalen Partei – und zwar in erster Linie der DDP – wieder erstand: etwa wenn sich in Westfalen frühere DDP-Mitglieder aus einer Vielzahl von Gemeinden und Städten persönlich oder schriftlich an den letzten Vorsitzenden des Wahlkreisverbandes Westfalen-Süd, Gustav Altenhain, wandten, ihm über den Zustand ihrer Parteigruppe berichteten und um „Instruktionen" für das weitere Vorgehen nachsuchten. Dies gilt jedenfalls dann, wenn als Beurteilungsmaßstab nicht so sehr die Verhältnisse bei den von jeher straffer organisierten Parteien der Arbeiterschaft oder des katholischen Milieus herangezogen werden, sondern die Lage der liberalen Parteien in der Endphase der Weimarer Republik, als sich ja deren Untergliederungen in weiten Teilen des Reiches schon vor den nationalsozialistischen Unterdrückungsmaßnahmen in Auflösung befunden hatten. Ganz entgegen den damaligen Stimmenanteilen um ein Prozent dokumentierte ein großer Teil der liberalen Mitgliedschaft nun eine Bindung an die Partei, die den Liberalismus trotz des Rückstandes gegenüber SPD, KPD und Unionsparteien wiederum deutlich von allen jenen politischen Gruppen, Parteigründungsversuchen und Parteien abhob, die eine weniger lange und bedeutende politische Tradition aufzuweisen hatten.

Überblickt man nun noch einmal sowohl die ersten Anfänge und Vorstufen des parteipolitischen Neubeginns wie auch die anderen Formen politischer und administrativer Betätigung von deutscher Seite nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes, so zeichnen sich bereits in den Monaten des Interregnums hinsichtlich des bürgerlich-liberalen Spektrums zwei Typen von politisch-sozialen Regionen ab: auf der einen Seite jene Länder und Gebiete, in denen die Liberalen in fast allen Städten und Gemeinden von vornherein als fester Bestandteil einer lokalen politischen Szene angesehen wurden und auftraten, die sich im Frühjahr und Sommer 1945 auf der Basis eines demokratischen wie auch zugleich antinationalsozialistischen Konsenses wieder konstituierte; und auf der anderen Seite die Regionen, wo die Liberalen entweder zunächst gar nicht in Erscheinung traten oder doch als weitgehend vernachlässigenswerter Faktor galten – wobei diese Einschätzung zwar in erster Linie, aber nicht ausschließlich eine Frage der quantitativen Vertretung in der lokalen Szene war. Die kennzeichnenden Elemente dieser beiden regionalen Typen wie ihre Bedeutung für die Entwicklung der liberalen Partei werden wir noch näher zu bestimmen haben.

2. Die Gründerkreise: Entstehung und Zusammensetzung

Im bürgerlich-liberalen Einzugsbereich war allerdings in den Monaten des Interregnums der Prozeß der Wiederherstellung der politischen Verbindungen aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus und des Knüpfens neuer Kontakte nur in wenigen Ausnahmefällen bereits so weit vorangeschritten, daß es zu einer Art inoffizieller Parteigründung kam. In aller Regel formierten sich die Gründerkreise, wie wir jene in ihrem personellen Bestand, ihren Entscheidungsabläufen und ihrer inneren Gewichtsverteilung schon gefestigteren Zirkel nennen wollen, die dann den Akt der Konstituierung einer neuen liberalen Partei auf lokaler oder regionaler Ebene vollzogen, erst nach der Potsdamer Konferenz, vor allem zwischen August und Oktober 1945, als die amerikanischen und britischen Besatzungsbehörden den Weg für die Lizenzierung von Parteien freigaben.

Als Folge der spezifischen sozialen Verhältnisse bei Kriegsende, des von den Alliierten gesetzten Rahmens für den demokratischen Neubeginn und der besonderen Traditionen der liberalen Bewegung in Deutschland war die Zusammensetzung dieser Gründerkreise durch eine Reihe von ganz einseitigen Akzentuierungen gekennzeichnet. Zunächst einmal lag – mit Ausnahme des Stadtstaates Hamburg – die Parteikonstituierung auf lokaler Ebene in den Händen einer überaus kleinen Elite; zehn bis zwanzig, manchmal weniger, jedoch selten mehr frühere liberale Parteimitglieder oder politisch neu Engagierte fällten in Bezug auf Namen und Ausrichtung der Partei Entscheidungen, die oft für längere Zeit prägend oder verbindlich bleiben sollten. Zugleich fehlten in den Gründerkreisen überwiegend die jüngeren und mittleren Altersgruppen – in erster Linie natürlich bedingt durch Krieg und Kriegsgefangenschaft. Zusätzlich begünstigte die nicht zuletzt von den alliierten Vorgaben geförderte Orientierung an den politischen Strukturen der Zeit vor 1933 eine Dominanz der Altersgruppen über 50 oder gar über 60 Jahre – jener Generationen also, deren politischer Horizont weitgehend noch während des Kaiserreiches geprägt worden war und die vielfach bereits in der Weimarer Republik zumindest auf lokaler und regionaler Ebene Mandate in parlamentarischen Körperschaften und Parteigremien wahrgenommen hatten. Besonders in einigen Regionen, in denen die Liberalen nur auf ein schmales personelles Reservoir zurückgreifen konnten, spielten darüber hinaus sogar siebzig- bis achtzigjährige Politiker eine durchaus mehr als repräsentative Rolle bei der Parteigründung.

Die schnelle Parteilizenzierung und die starke Verwurzelung der Gründerkeise in der jeweiligen lokalen politischen Tradition schlossen zudem weitere große gesellschaftliche Gruppen von einer Mitwirkung weitgehend aus: zunächst einmal natürlich die Flüchtlinge und Vertriebenen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße, die vielfach eben erst in den Westzonen eintrafen, oft noch für lange Zeit in Lagern leben mußten,

sich jedenfalls noch nicht dauerhaft hatten niederlassen, geschweige denn ausreichend integrieren können; jedoch auch all jene Westdeutschen, die sich als Evakuierte, als Ausgebombte oder aus anderen Gründen nicht in ihrer angestammten Heimat aufhielten und denen deshalb die notwendigen politischen Kontakte fehlten.

Und schließlich waren in den Gründerkreisen die Relationen zwischen den sozialen Schichten noch über das von den liberalen Parteien ohnehin bekannte Maß hinaus zuungunsten der abhängig Beschäftigten verschoben. Daß von den 15 ersten Nachkriegsvorsitzenden der liberalen Landesparteien neun selbständige Unternehmer, die als Fabrikanten, Verleger und Großkaufleute durchweg zur wirtschaftlichen Oberschicht zählten, ferner einer Rechtsanwalt und fünf höhere Beamte waren, gibt ein in der Tendenz durchaus richtiges Bild ihrer sozialen Zusammensetzung. Denn zwar waren daneben vor allem in Südwestdeutschland auch Vertreter aus Handwerk und Kleinhandel an dem Konstituierungsprozeß beteiligt, große Teile des neuen Mittelstandes aber, insbesondere der vor 1933 ja recht bedeutende Angestelltenflügel, fehlten in vielen Städten oder waren zumindest erheblich unterrepräsentiert. Diese Ungleichgewichtigkeiten traten besonders in jenen Regionen auf, in denen die sozial selektiven Wirkungen der Lebensverhältnisse und der Kommunikationssituation bei Kriegsende nicht durch die überwiegende Beteiligung früherer liberaler Parteimitglieder, also durch die weitgehende Rekonstituierung einer Parteigruppe aus der Zeit vor der nationalsozialistischen Herrschaft überlagert und gemindert wurde.

Überhaupt war die parteipolitische Herkunft der Gründungsmitglieder der Faktor, der zunächst entscheidend die politische Ausrichtung der neuen liberalen Parteigliederungen prägte und der auch den zuweilen von Stadt zu Stadt, vor allem aber regional bestehenden starken Differenzen und Abtönungen zugrundelag. Denn zwar war jeder der Gründerkreise personell aus verschiedenen Quellen gespeist, wobei neben den geschilderten Anknüpfungsmöglichkeiten wie Parteimitgliedschaft oder Zugehörigkeit zu einem Bürgerbeirat auch primär persönliche Beziehungen eine wichtige Rolle spielten, dennoch lassen sie sich nach den jeweils vorherrschenden Elementen im wesentlichen in drei Kategorien einteilen: nämlich einmal die weit überwiegenden Gründerkreise, die eindeutig in der linksliberalen Parteitradition standen, dann die Gruppen, die aus einer Zusammenfassung der beiden liberalen Strömungen hervorgingen, und schließlich jene, für die eher ein Übergewicht parteipolitisch heterogener Kräfte charakteristisch war.

Auf breiter Front, mit zwar deutlichen regionalen Schwerpunkten in den bekannten früheren Hochburgen, aber durchaus nicht nur auf diese Gebiete begrenzt, engagierten sich 1945/46 im Prozeß der Parteigründung in erster Linie ehemalige Mitglieder und Politiker der Deutschen Demokratischen Partei. Ihre Beteiligung überwog – jedenfalls in der Anfangsphase – die aller anderen politischen Kräfte so stark, daß es, wollte man solch eine eindeutige Zuordnung vornehmen, durchaus einige Berechtigung hat, die spätere Freie Demokratische Partei als eine Nachfol-

georganisation der DDP zu apostrophieren. Von Nürnberg und einigen anderen Städten in Mittel- und Oberfranken über die drei südwestdeutschen Länder, einzelne Kommunen in Hessen, im Rheinland, im südlichen Westfalen bis hin nach Hannover, Oldenburg, Ostfriesland und nicht zuletzt Hamburg spannte sich das allerdings eher weitmaschige, nur in wenigen Gebieten dichter geknüpfte Netz wiedergegründeter linksliberaler Parteigruppen. In einer Reihe weiterer Städte gelang es einzelnen DDP-Politikern wie Wilhelm Rautenstrauch in Trier oder Richard Scheller in Mainz, entscheidenden Einfluß auf die neue liberale Partei zu gewinnen. Eine wesentliche Differenzierung dieses Bildes ergibt sich jedoch, wenn statt der lokalen die regionale Ebene in den Blick genommen wird. Denn nur in Hamburg, Baden, Württemberg-Baden sowie mit Einschränkungen in dem von diesem stark beeinflußten Württemberg-Hohenzollern korrespondierte mit der entsprechend umfassenden und alle anders ausgerichteten Initiativen überwiegenden Traditionsaufnahme in den Gemeinden und Städten eine so starke personelle Kontinuität in der regionalen Parteiführung, daß der neugeschaffene Landesverband als wirkliche Fortsetzung der früheren DDP-Organisation angesehen werden konnte, ja, sich auch selber als legitimer Erbe begriff. Am deutlichsten tritt uns dieser Zusammenhang zweifellos in Württemberg-Baden vor Augen, und hier wiederum besonders in der Person des neuen Landesvorsitzenden Wolfgang Haußmann, dessen Familie auf ein seit der 48er Revolution ununterbrochenes Engagement in der Führungsspitze des württembergischen Linksliberalismus zurückblicken konnte.

Eine auch nur annähernd in ihrer Intensität und Ausstrahlung vergleichbare Bewegung auf der Seite der liberalen Rechten, von Mitgliedern und Politikern der früheren Deutschen Volkspartei ist 1945/46 ausgeblieben. Bisher sind uns nur aus wenigen Städten – Hamburg, Bremen, Hagen und Stuttgart – rechtsliberale Zirkel zuverlässig bekannt, die wenigstens als Durchgangsstufe an ihre alte Partei aus der Weimarer Zeit anknüpfen wollten oder gar deren Wiedergründung betrieben. Im übrigen blieben die politischen Aktivitäten ehemaliger DVP-Mitglieder nicht allein quantitativ weit hinter denen der Linksliberalen zurück, sie beschränkten sich vielmehr in den meisten Städten und Gemeinden auch auf die Mitwirkung weniger, oft gar einzelner Rechtsliberaler, die sich – damit eng zusammenhängend – von vornherein stärker auf die Schaffung neuer Parteiformen, zumeist einer bürgerlichen Sammlungsbewegung richtete.

Als eine Erklärung für diese Differenzen im politischen Verhalten der Vertreter der beiden liberalen Richtungen muß sicherlich ihre unterschiedliche Affinität zum Nationalsozialismus angeführt werden. Daß sowohl auf der Reichsebene wie in den meisten Ländern prominente DVP-Politiker 1932/33 zur NSDAP überwechselten, stand durchaus für eine breite Übertrittsbewegung der Parteimitgliedschaft; einige regionale Parteiführungen hatten ja auch mit dem Beschluß über die Auflösung der DVP-Organisation ausdrücklich eine entsprechende Empfehlung verbunden. Aus der linksliberalen Führungsspitze ist ein vergleichbares

Verhalten nur in wenigen Ausnahmefällen bekannt, wenngleich NSDAP-Beitritte aus der DDP-Mitgliedschaft mindestens in einigen Gebieten in nicht unerheblicher Zahl vorgekommen sind.[1] Zudem war ja 1945 der Kreis derjenigen, die in den Augen der Militärregierungen als belastet zu gelten hatten und die deshalb von jeder politischen Betätigung ausgeschlossen waren, viel weiter gezogen als die bloße NSDAP-Mitgliedschaft. Darüber noch hinaus ließen die zunächst überaus rigiden Entnazifizierungsmaßnahmen es auch manchen DVP-Politikern, die streng nach den Buchstaben der einschlägigen Vorschriften gar nicht betroffen waren, geraten erscheinen, sich in der Frühphase des demokratischen Neubeginns zurückzuhalten – eine Abstinenz, die dann vielfach mit der allmählichen Lockerung der Entnazifizierungsgesetze seit etwa 1947 aufgegeben wurde.

Überhaupt befand sich die politische Rechte, wenn wir darunter jene nationalistischen, konservativen und eben teilweise auch rechtsliberalen Kräfte verstehen wollen, die der Republik von Weimar ablehnend oder weitgehend indifferent gegenübergestanden hatten, 1945 in einem umfassenderen Sinn in der Defensive. Bei vielen ihrer Vertreter hatte die Entwicklung Deutschlands nach 1933, der Weg in die „deutsche Katastrophe" und besonders deren nun erst allmählich deutlich werdendes Ausmaß zu einer erheblichen Erschütterung des politischen Weltbildes geführt, einer mindestens vorübergehenden Orientierungslosigkeit, die sie doch klar von jenen entschiedenen Demokraten trennte, welche ihre wiederauflebende politische Tätigkeit in einer im Grundsatz nicht erschütterten Kontinuität zur Weimarer Republik sahen und sehen konnten. Vor allem aber wurden DNVP- und auch DVP-Politiker nun jenseits aller individuellen Schuldzuweisung immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert, daß die Politik ihrer Parteien zum Scheitern der Weimarer Demokratie und damit zur Machtergreifung der Nationalsozialisten entscheidend beigetragen habe. Über die Rolle hinaus, die diese Auffassung in der öffentlichen Meinung spielte, resultierte ihr Gewicht wesentlich aus der Tatsache, daß sie offenkundig die Lizenzierungspolitik aller vier Besatzungsmächte mit bestimmte. Zwar ist für die meisten der ja ohnehin nicht sehr zahlreichen DVP-Zirkel nicht sicher erfaßbar, inwieweit ihr Verzicht auf eine Zulassung als Partei auf negative Auskünfte der Besatzungsbehörden zurückging. Und noch weniger ist zu ermitteln, wie viele Initiativen der gleichen Richtung hierdurch bereits im Vorfeld gestoppt wurden. Doch illustriert das Beispiel des Vaterstädtischen Bundes Hamburg anschaulich, daß und wie die Militärregierung das Wiederaufleben von Parteien der politischen Rechten systematisch unterband – mit dem permanenten Druck, sich für das politische Verhalten in der Vergangenheit zu rechtfertigen, mit der allerdings in vielen Fällen durchaus gerechtfertigten Zurückweisung von Vorstandsmitgliedern auf Grund der Entnazifizierungsbestimmungen und schließlich mit der mehrmonatigen Verzögerung

1 Vgl. insbesondere d. oben S. 135, 161 u. 178 zitierten Zeugnisse.

der Lizenzerteilung bis zu einem Zeitpunkt, an dem die Parteigründer angesichts der unmittelbar bevorstehenden Wahlen von sich aus resignierten und sich anderen Parteien anschlossen. Gerade für die in der DDP-Tradition stehenden Kräfte war diese restriktive Politik der Besatzungsmächte und das anfängliche Fehlen einer eigenständigen Parteienkonkurrenz auf der Rechten von kaum zu überschätzender Bedeutung; sie ermöglichte es erst, die Ansprüche von rechtsliberaler Seite auf eine Beteiligung und gleichberechtigte Mitsprache zurückzuweisen oder – wie in Stuttgart – den DVP-Zirkel zwar aufzunehmen, ihm jedoch keine Konzessionen hinsichtlich der Ausrichtung der neuen Partei zuzugestehen.

Die immer wieder als ein Grundelement des liberalen Neubeginns nach dem Zweiten Weltkrieg hervorgehobene Vereinigung der seit 80 Jahren in mehrere Parteien gespaltenen liberalen Bewegung ist daher im Zuge der Parteikonstituierung auf der lokalen und regionalen Ebene keineswegs die Regel gewesen, sondern eher eine Ausnahmeerscheinung geblieben. Aus der in gewissermaßen klassischer Form vollzogenen Gründung einer einheitlichen liberalen Partei durch die noch nahezu vollzählig vertretenen Landesparteiführungen von DDP und DVP ist lediglich die Bremer Demokratische Volkspartei hervorgegangen. Ferner fällt in diese Kategorie noch die hessische Liberal-Demokratische Partei, wenngleich zu ihr neben dem vereinigten DDP/DVP-Kreis aus Frankfurt am Main, der die Ausrichtung der Landespartei entscheidend bestimmte, auch einige lokale DDP-Wiedergründungen gehörten. Mit erheblichen Einschränkungen ist hier als letzte die rheinland-pfälzische Landespartei einzuordnen, bei der zwar nicht für die lokalen Gründerkreise, wohl aber als Ergebnis des Konstituierungsprozesses auf der Landesebene von einer Zusammenfassung der beiden liberalen Strömungen gesprochen werden kann.

Die übrigen Gründerkreise zeigten in nahezu jeder Hinsicht, in der Art ihrer Entstehung, ihrer Zusammensetzung und schließlich ihrer politischen Ausrichtung ein so heterogenes Bild, daß sie sich auf den ersten Blick nur schwer unter einem gemeinsamen Merkmal zusammenfassen lassen – es sei denn, durch eine negative Abgrenzung gegenüber den beiden bisher genannten Kategorien. Doch selbst dann darf man sich die Scheidelinie nicht zu scharf festgelegt vorstellen. Jedenfalls gehört hierher sicherlich der Münchener Gründerkreis, in dem neben einzelnen Linksliberalen zunächst einige junge nationalistische Kräfte mitwirkten, die später zur Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung überwechselten. Oder auch viele der uns oft nur in Umrissen bekannten liberalen Gruppen im niedersächsischen Raum. Nicht zuletzt aber die in besonders vielfältiger Gestalt auftretenden Kreise in Nordrhein-Westfalen – die von einem ehemaligen Sozialdemokraten dominierte Duisburger „Partei der aktiven Volksdemokraten" ebenso wie der Essener Kreis, in dem sich um einen älteren linksliberalen Politiker Kräfte aus den verschiedensten bürgerlichen Parteien der Weimarer Zeit zusammengefunden hatten, oder die Opladener „Deutsche Aufbaupartei", in deren sehr heterogen zusammengesetztem Gründerkreis zwar der frühere DDP-Politiker Friedrich

Middelhauve den Ton angab, aber durchaus nicht im Sinne einer linksliberalen Kontinuität.

Darin, in der Neigung, sich von der liberalen Parteitradition der einen wie der anderen Richtung eher abzugrenzen, sich kritisch mit den klassischen liberalen Postulaten eines – wie es nun vielfach hieß – übersteigerten Individualismus und Laissez-faire auseinanderzusetzen und den Charakter der Neugründung zu betonen, mag denn auch noch am ehesten das Gemeinsame dieser Gründungsansätze gelegen haben. Allerdings kann davon, daß hier der bloßen Wiederbelebung überkommener Konzeptionen mit Elan und Offensivität ein – wenn auch im einzelnen je verschieden interpretierter – Neubeginn entgegengestellt worden wäre, kaum die Rede sein. Die wenigen ambitiös klingenden und enthusiastisch vorgetragenen Programmentwürfe und Parteikonzepte gingen durchweg auf idealistische Einzelgänger wie Wilhelm Hermes in der Mönchengladbacher „Sozialliberalen Partei" zurück und haben in der weiteren Entwicklung keine tiefergehenden Spuren hinterlassen.

Gerade in den angesprochenen Gründerkreisen zeigte sich vielmehr oft die Bereitschaft, sich in Namen, Programm oder anderen wesentlichen Teilen der Konzeption an die Überlegungen benachbarter liberaler Gruppen oder nicht zuletzt der Berliner „Reichsparteileitung" anzulehnen. Selbst eine so eigenständige und auf längere Sicht gesehen ja auch innerparteilich zugkräftige Konzeption wie die von Friedrich Middelhauve war im wesentlichen Reaktion; auch sie war nämlich nicht so sehr von dem Willen zu einem Neuanfang bürgerlich-liberaler Politik geprägt, sondern von der Notwendigkeit, sich dem auf breiter Front zu beobachtenden Vordringen sozialistischer Strömungen entgegenzustellen. Doch zielen diese Überlegungen und Einordnungen schon über die konkreten Anknüpfungsmöglichkeiten und die Zusammensetzung der Gründerkreise hinaus auf das dritte Element, das die Ausrichtung der liberalen Parteigründungen entscheidend beeinflußte: die Analyse der regionalen politischen Konstellation durch die Parteigründer und die hierdurch bestimmte Einschätzung der Zukunftsperspektiven liberaler Parteipolitik.

3. Die Alternative: Konfessionsübergreifende bürgerliche Sammlung?

Nur wenige Gründerkreise schlugen 1945 den direkten Weg zur Bildung einer primär liberal ausgerichteten Partei ein. Vielmehr wurde in den meisten Ländern als Alternative erwogen, das gesamte nicht von den Arbeiterparteien SPD und KPD angesprochene politische Spektrum in einer einheitlichen Partei zusammenzuführen.

In liberalen Kreisen standen vor allem Politiker, die selber in der Reichspolitik während der letzten Jahre der Weimarer Republik die fort-

schreitende Zersplitterung, zunehmende Einflußlosigkeit und schließlich Agonie der bürgerlichen Mitte unmittelbar erfahren hatten, der bloßen Wiederbegründung ihrer Partei überaus skeptisch gegenüber und traten für einen tiefgreifenderen Neuanfang gerade auch in der Parteipolitik ein. Theodor Heuss, für den das überkommene deutsche Parteiensystem in seiner sowohl durch die konfessionelle Spaltung wie durch wirtschaftliche Interessengegensätze heraufgeführten Vielgestaltigkeit vor 1933 die entscheidende Bewährungsprobe nicht bestanden hatte, suchte deshalb in Heidelberg schon früh den Kontakt zu Vertretern des Zentrums.[1] Auch Hermann Höpker-Aschoff hielt es für begrüßenswert, „wenn rechts von der Sozialdemokratie nur eine große Partei entstünde, vorausgesetzt, daß diese Partei demokratisch wäre und sich von konfessionellen Bindungen möglichst frei hielte".[2] Überaus negativ beurteilte der letzte Reichsparteivorsitzende der Linksliberalen, Hermann Dietrich, angesichts der massenhaften Abwanderung von DDP- und DVP-Wählern und -Mitgliedern in das nationalsozialistische Lager die Entwicklungschancen einer liberalen Partei und äußerte sich auch kritisch über die Zeitgemäßheit eines liberalen Programms alten Stils.[3] Durch sein eigenes tatkräftiges Engagement für die Sammlungsidee in Niedersachsen und in der britischen Zone stach schließlich der dortige Zonenvorsitzende Wilhelm Heile hervor.[4] Nicht zuletzt aber lagen ähnliche Überlegungen dem Handeln jener vor allem linksliberalen Politiker zugrunde, die wie Ernst Lemmer und Walther Schreiber in Berlin[5], Heinrich Rönneburg in Braunschweig[6] oder Theodor Steltzer in Rendsburg[7] bei der Gründung der CDU mitwirkten.

Sieht man von dem in allen politischen Lagern nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes verbreiteten Bestreben ab, eine extreme Parteienzersplitterung nach Weimarer Muster auf jeden Fall zu unterbinden, so waren diese Auffassungen allerdings nur sehr bedingt repräsentativ für Konzeption und Aktivitäten der Mehrzahl früherer liberaler Parteimitglieder und Politiker. Wenn Hermann Dietrich gegenüber Ernst Lemmer verärgert klagte, in Baden habe sein „Anhang" über seinen „Kopf hinweg die Demokratische Partei wieder aufgemacht"[8], oder Höpker-Aschoff von einem „Wirrwarr" sprach, von dem noch nicht abzusehen sei, wie er sich lösen und ordnen werde[9], traf das sehr genau die Tatsache, daß mit Ausnahme der Sonderentwicklung in Berlin und der sowjetischen Besatzungszone bei den Parteigründungen im allgemeinen wie bei den Sammlungsbestrebungen im besonderen nicht Reichspolitiker und die von ihnen national formulierten Konzeptionen für ein Zweiparteien-

1 Vgl. oben S. 47f.
2 Schr. an Heinrich Rönneburg v. 13. 1. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 1).
3 Vgl. oben S. 161.
4 Hierzu ausführlich oben S. 118ff.
5 Vgl. bes. Wieck, Entstehung der CDU, S. 207ff., u. Conze, Jakob Kaiser, S. 15ff.
6 Hierzu oben S. 104f.
7 Vgl. Wieck, Entstehung der CDU, S. 176ff., Varain, Parteien und Verbände, S. 37ff., u. oben S. 99.
8 Vgl. oben S. 161.
9 Schr. an Gustav Altenhain v. 19. 1. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 1).

system und für eine bürgerliche Einheitspartei der Entwicklung ihren Stempel aufdrückten, sondern daß die Entscheidung vor allem auf kommunaler und regionaler Ebene in den Händen der dortigen Parteieliten lag und aus deren jeweiligem Blickwinkel gefällt wurde.

Die überaus zahlreichen Initiativen zur konfessionsübergreifenden bürgerlichen Sammlung müssen daher, will man den Charakter des Phänomens wie auch die Ursachen seines Scheiterns näher erfassen, nach regionalen Gesichtspunkten, ferner jedoch nach zeitlichen Kriterien differenziert werden. Die Sammlungsbestrebungen haben nämlich drei verschiedene Phasen durchlaufen, in denen ihnen jeweils eine unterschiedliche Funktion zukam. In einem ersten Stadium, das auch als Durchgangsphase bezeichnet werden kann, waren sie das Ergebnis noch relativ unbestimmter Parteikonzeptionen. Beispiele hierfür sind aus den meisten Ländern überliefert, sei es als bloße Sondierungsgespräche, zu denen etwa der spätere DVP-Landesvorsitzende Haußmann im August 1945 mit den Gründern der CSP in Stuttgart zusammentraf, sei es als ernsthafte Verhandlungen, wie sie oft zwischen den verschiedenen politischen Richtungen in Bürgerbeiräten – Tübingen liefert uns hier ein Beispiel – oder auf Anregung der lokalen Verwaltungsspitze – etwa in Heilbronn oder auch Hamburg – geführt wurden. In der Mehrzahl der Fälle wurden jedoch diese Bemühungen in dem Augenblick ergebnislos aufgegeben, in dem konkrete Festlegungen und Entscheidungen über den Parteinamen, über zentrale Aspekte des Programms oder in Personalfragen zu treffen waren.

Nur in relativ wenigen Städten und Ländern schritten die Sammlungsbestrebungen bis zum zweiten Stadium, der eigentlichen Gründungsphase, fort. Auf die Bedingungen, unter denen hier vorübergehend die Zusammenfassung des ganzen politischen Spektrums rechts von der Sozialdemokratie in einer Partei gelang, wird im Zuge der regionalen Differenzierung noch näher einzugehen sein. Schon zu einer dritten Phase, in der die überregionale Bewältigung der vorhergehenden lokalen und regionalen Sammlungsansätze auf der Tagesordnung stand, gehören dagegen jene Verhandlungen, die sich zumeist unter maßgeblicher Beteiligung zonaler Parteiführer teilweise bis in den Sommer 1946 hinzogen: die Zusammenkünfte zwischen Vertretern von CSP und DVP im Dezember 1945 und Anfang Januar 1946 in Stuttgart, an denen zeitweise auch der Berliner CDU-Vorsitzende Andreas Hermes teilnahm, die Gespräche, die in der britischen Zone nicht zuletzt auf Initiative des FDP-Vorsitzenden Wilhelm Heile in Gang kamen, oder auch die partiell damit verbundenen Hamburger Sondierungen im Frühjahr und Sommer 1946. Denn sie wurden von der Mehrzahl der Beteiligten gar nicht mehr mit dem ernsthaften Willen geführt, zu einer Verständigung und einer Parteienfusion zu gelangen, sondern dienten allein dazu, einen möglichst großen Teil lokaler oder regionaler bürgerlicher Einheitsparteien bzw. noch nicht parteigebundener Kräfte auf die eigene Seite herüberzuziehen.

Bei der regionalen Differenzierung lassen sich in Kohärenz vor allem zu den konfessionellen Verhältnissen, zum Teil aber auch zu den damit nicht

völlig korrespondierenden parteipolitischen Kräfterelationen ebenfalls drei Kategorien unterscheiden. In Gegenden mit signifikantem katholischem Übergewicht, in denen demzufolge das Zentrum vor 1933 die stärkste Partei gewesen war und die Liberalen nur eine untergeordnete politische Rolle gespielt hatten, gab es zwar erfolgreiche Bemühungen von seiten früherer Zentrumspolitiker, die Beschränkung ihrer Partei auf den katholischen Bevölkerungsteil zu überwinden. Auch haben sich nicht zuletzt auf Grund ihrer diasporaähnlichen Situation einzelne Mitglieder liberaler Parteien – in der Regel eher aus der DVP als aus der DDP – diesen neugegründeten Unionsparteien angeschlossen. Daneben aber formierten sich – wenngleich oft unter erheblichen Schwierigkeiten – selbständige liberale Parteien, und zwar, ohne daß zuvor nennenswerte Verhandlungen über eine umfassende Vereinigung der bürgerlichen Kräfte stattgefunden hätten oder gar das Stadium einer Sammlungspartei durchlaufen worden wäre. Denn auch wenn in diesen Ländern vorübergehend oder in Teilgebieten das gesamte politische Spektrum rechts der Sozialdemokratie von der neuen Unionspartei abgedeckt wurde, handelte es sich nur um den Nebeneffekt der katholischen Dominanz bei gleichzeitiger gewollter und gelungener Überwindung konfessioneller Grenzen. Es mag deshalb fraglich erscheinen, ob dieses Phänomen überhaupt in den angesprochenen Zusammenhang einzuordnen ist; sicherlich manifestierte sich hier aber eine Sammlungsidee spezifischer Art, nämlich die des politischen Katholizismus. Zu diesem Regionaltyp sind nahezu das gesamte Bayern, die früher preußischen und hessischen Gebiete von Rheinland-Pfalz, das südliche Oldenburg und weitere katholische Enklaven in Niedersachsen zu rechnen, nicht zuletzt jedoch auch Nordrhein-Westfalen, in dem die Parteientwicklung trotz seiner landesweit gesehen gemischtkonfessionellen Struktur ganz von den katholischen Hochburgen her geprägt wurde und Sammlungsbestrebungen anderer Art auf marginale Einzelfälle beschränkt blieben.

Zur zweiten Kategorie zählen die Regionen mit starkem katholischem wie protestantischem Bevölkerungsanteil – besonders die drei südwestdeutschen Länder mit ihrer konfessionellen Gemengelage, in denen Zentrum und liberale Parteien gleichermaßen auf einer ausreichend breiten politischen Basis aufbauen konnten. Aus ihnen sind am zahlreichsten Sammlungsbemühungen bezeugt, die nicht über die erste Phase hinausgelangten und deren schnelles Scheitern jeweils darauf zurückging, daß eine christliche Akzentsetzung in Namen und Programm der neuen Partei von den Vertretern des Zentrums oder des zum Teil ebenfalls in die Gespräche einbezogenen Christlich-Sozialen Volksdienstes zur conditio sine qua non erhoben, von liberaler Seite jedoch kompromißlos abgelehnt worden war. Um diese beiden Pole formierten sich dann konsequenterweise die neuen Parteien. Bei den wenigen lokalen Beispielen, bei denen hiervon abweichend zunächst eine vereinigte Partei konstituiert worden war, war dieser Grunddissens nicht etwa überwunden und ein tragfähiges Konzept für die konfessionsübergreifende bürgerliche Sammlung formuliert worden, sondern er war lediglich durch die eindeutige Domi-

nanz der einen oder anderen Seite überdeckt worden – wie etwa unter liberalem Vorzeichen in Heilbronn. Nur in erheblich geringerem Ausmaß finden sich ähnliche Vorgänge dagegen in jenen Gebieten, die wie die Pfalz oder Hessen zwar eine vergleichbare konfessionelle Struktur aufwiesen, in denen aber 1945 die liberale Position zunächst deutlich schwächer war als die des politischen Katholizismus.

Einem dritten Typus sind schließlich die überwiegend protestantischen Regionen Norddeutschlands zuzuordnen, in denen das zu vereinigende politische Spektrum vor dem Aufstieg des Nationalsozialismus weitgehend durch die liberalen und konservativen Parteien abgedeckt worden war. Da die unbedeutende Stellung des Zentrums kaum Ansatzpunkte für die Realisierung konkurrierender Parteikonzepte bot – nur Hamburg, an dessen höchst aktiver Zentrumsgruppe die Bildung einer Einheitspartei schon im September 1945 scheiterte, machte hier eine Ausnahme[10] –, waren diese Gebiete das eigentliche Wirkungsfeld bürgerlicher Sammlungsbestrebungen. In Ostfriesland und im nördlichen Oldenburg, nicht zuletzt aber in Bremen und in Schleswig-Holstein gelang für mehrere Monate die Vereinigung aller Kräfte rechts der SPD in einer Partei, deren Ausrichtung vornehmlich von den Liberalen, lediglich in Schleswig-Holstein zugleich auch von konservativer Seite bestimmt wurde. Obwohl zumeist auch Vertreter der katholischen Minderheit aufgenommen worden waren, kam der Überwindung der konfessionellen Scheidelinie bei der Parteigründung nur eine ganz untergeordnete Bedeutung zu. Im Vordergrund stand der Gedanke der bürgerlichen Sammlung unter bewußtem Verzicht auf jede religiös abgeleitete Begründung politischen Handelns. Insofern zeigten die Sammlungsbestrebungen im protestantischen Norddeutschland einen zu denen des katholischen Westens und Südens reziproken Ansatz.

Beim Neubeginn demokratischer Parteipolitik stand mithin kein einheitliches, von allen politischen Kräften rechts der Sozialdemokratie gleichermaßen erwogenes Modell einer konfessionsübergreifenden bürgerlichen Sammlung zur Debatte. Vielmehr standen sich in regional differenzierter Weise zwei unterschiedliche und einander in letzter Konsequenz ausschließende Sammlungsideen gegenüber: Von liberaler Seite wurde als eine zumindest überdenkenswerte Alternative zur Bildung einer selbständigen liberalen Partei das Konzept der bürgerlichen Sammlung eingebracht; dagegen wurde vor allem von Seiten des politischen Katholizismus eine konfessionsübergreifende Sammlung auf der Basis einer je verschieden – sozial, demokratisch oder konservativ – akzentuierten christlichen Politik propagiert. Nur im protestantisch-konservativen Spektrum war eine Verknüpfung beider Vorstellungen anzutreffen; die tiefe Kluft zwischen politischem Katholizismus und Liberalismus auf breiter Front, über die Vermittlungsfunktion hinaus, die ihnen etwa in Schleswig-Holstein zukam, zu überbrücken, vermochten diese Kräfte

10 Ferner nehmen eine Sonderstellung die alten Hochburgen der welfischen Bewegung ein, an deren Tradition nun die Niedersächsische Landespartei anknüpfte.

allerdings nicht. Nicht zuletzt heißt dies: Jene vielzitierten prominenten liberalen Politiker, die sich 1945 von vornherein bei der Gründung der Unionsparteien beteiligten, repräsentierten keine übergreifende Entwicklungstendenz; sie blieben deutlich in der Minderheit. Neben und gegen CDU und CSU formierte sich in allen Ländern auch wieder eine liberale Partei.

4. Die liberale Partei: Nationale Sammlungsbewegung oder liberale Milieupartei?

Tiefgreifende Differenzen in der Sammlungsfrage hatten aber von vornherein auch unter den Liberalen selbst bestanden. Sie waren keineswegs nur ein Reflex des geschilderten Gegensatzes zwischen Liberalismus und politischem Katholizismus gewesen – sie waren also nicht allein davon abhängig, in welchem Maße sich in der jeweiligen Region die Möglichkeit bot, liberales Gedankengut in der Sammlungspartei zur prägenden Kraft zu machen. Die divergierenden Auffassungen beruhten vielmehr auf grundsätzlicheren Überlegungen über den Charakter und die Entwicklungstendenzen des Parteiensystems wie der Gesellschaft überhaupt und setzten sich deshalb nach dem Scheitern der weitergehenden Sammlungsbemühungen bruchlos in dem Ringen um den Standort und die Ausrichtung einer künftigen liberalen Partei fort.

Bedenken gegen den Sammlungsgedanken waren vor allem aus jenen Gründerkreisen zu vernehmen, in denen eine deutliche Mehrheit vor 1933 in der DDP politisch aktiv gewesen war. Weit über die Wirkung persönlicher Bindungen und das Beharrungsvermögen überkommener parteipolitischer Strukturen hinaus stand dahinter eine fest umrissene Parteikonzeption, wie sie in besonders offensiver Weise von den Stuttgarter Gründern der „Demokratischen Volkspartei" vertreten wurde. Deren Einwände richteten sich primär gegen einen dichotomischen Aufbau des Parteiensystems mit seiner notwendigerweise scharfen Scheidelinie zwischen rechts und links. Stattdessen plädierten sie für die Unentbehrlichkeit einer ausgleichenden Kraft in der Mitte des politischen Spektrums. Der politische Einfluß dieser Mittelpartei ergab sich dann weniger aus ihrer zahlenmäßigen Stärke als aus ihrer Fähigkeit zu wechselnden Koalitionen, wenngleich zunächst die Aussicht auf ein ausreichendes Anhängerpotential eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg dieser Konzeption war. Die andere war die Existenz zweier großer politischer Lager auf der Rechten und Linken, die im Idealfall weder alleine zur Erringung der parlamentarischen Mehrheit noch gemeinsam zur Bildung einer Regierung in der Lage sein durften. Insofern standen diese Überlegungen auch keineswegs im Gegensatz zu der Konzeption, die der Formierung der Unionsparteien zugrundelag, konnte doch von der Verbindung des politischen Katholizismus mit protestantisch konser-

vativen oder rechtsliberalen Kreisen eher eine Schwächung seiner Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie und damit eine Konsolidierung der Schlüsselposition in der Mitte erwartet werden.

Es wäre jedoch ein Mißverständnis, wollte man den Protagonisten dieser Konzeption unterstellen, daß ihre Überlegungen auf eine überwiegend von ihrer Systemfunktion her definierte Partei gezielt hätten, bei der die liberale Ausrichtung in keiner Weise mehr konstitutiv, sondern gewissermaßen nur noch traditionalistisches Beiwerk gewesen wäre. Die Stuttgarter DVP-Gründer gingen vielmehr von der Überzeugung aus, daß weder ein durchgängiger Rechts-Links-Gegensatz noch gar ein damit korrespondierender sozialer Antagonismus zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft die entscheidenden Konfliktpotentiale der politischen Auseinandersetzung und Formierungskräfte des Parteiensystems seien. Politisch stand dahinter das Bewußtsein, in der besonderen württembergischen Tradition des Linksliberalismus, der „demokratischen" Bewegung auf eine eigenständige und nach wie vor kraftvolle Grundanschauung zurückgreifen zu können. „In unserem Lande", so formulierte es Theodor Heuss in einer Selbstdarstellung der Partei[1], hatte das Wort „Demokratie" „nie einen bloß formalen Charakter, sondern war sinnerfüllt, von praller Inhaltlichkeit: Bürgertrotz gegen Kasernengeist, Selbstverwaltung gegen Staatsbevormundung, wirtschaftlicher Wagemut gegen Behördengängelung, Freiheit des Menschentums im bürgerlichen und religiösen Raum gegenüber historischem Legitimitätsanspruch, war er staatlich, sei er kirchlich gemeldet, dies Land kennt ja auch seine religiösen Sonderungen". Und sozial wurden die DVP-Politiker von der Erfahrung einer zwar nicht unerschütterten, aber im Kern noch erhaltenen bürgerlichen Lebenswelt bestimmt: Nach der Beseitigung der nationalsozialistischen Herrschaft zeige sich, so wiederum Heuss[2], „daß die Triebkraft einer im Volkswesen begründeten Grundgesinnung nicht verdorben oder erstickt wurde [...]. Das eben unterscheidet vielleicht diesen Bereich von anderen; er lebte nicht daraus, daß er aus vielerlei Herkünften irgendeine ‚Gegenfront' zu formieren und sie mit einem programmatischen Stichwort zu plakatieren brauchte: er konnte in Gesinnungen, Menschen, Familienüberlieferungen, unerschütterten Sachüberzeugungen einen unzerstörten Bestand antreten." Die Ausgleichsrolle, die die DVP im politischen System übernehmen wollte, gründete denn auch nicht in erster Linie darauf, daß ihre zentralen Zielsetzungen teils mit denen der Rechten, teils mit denen der Linken übereinstimmten, sondern darauf, daß sie die parteipolitische Vertretung eines eigenständigen sozialkulturellen Milieus neben dem konservativ-konfessionellen und dem sozialdemokratischen Einzugsbereich war – einer Lebenswelt, von der die Stuttgarter Parteigründer überzeugt waren, daß sie nach wie vor die eigentliche Mitte der Gesellschaft verkörpere.

Dagegen bildeten gerade die Brüchigkeit der parteipolitischen Existenz des Liberalismus und die völlige soziale und politische Fragmentie-

1 Demokratische Volkspartei, in: Der Tagesspiegel Nr. 207 v. 5. 9. 1946.
2 Ebd.

rung eines Bürgertums, das sich nur noch in Abwehr eines offensiven Sozialismus der Arbeiterbewegung als solches zu begreifen vermochte, den Erfahrungshintergrund, vor dem 1945/46 die Gegenkonzeption für eine liberale Partei formuliert wurde – am deutlichsten vielleicht von Friedrich Middelhauve bei der Gründung der Opladener „Deutschen Aufbaupartei". Sammlung dieser zersplitterten Kräfte hieß deshalb, nun auf das protestantische Spektrum begrenzt, auch nach dem Scheitern der ursprünglich weiterreichenden Bemühungen hier die Leitparole. Zu verwirklichen war dieser Anspruch zum einen nur gegen die konkurrierende Unionskonzeption; bezeichnenderweise gingen alle liberalen Verfechter des Sammlungsgedankens von der Prämisse aus, daß die CDU letztlich – parallel zu ähnlichen Vorgängen während der Revolution 1918/19 – eine bloße Fortsetzung der Zentrumspartei bleiben, mithin in ihrem Anhängerpotential auf den katholischen Bevölkerungsteil begrenzt sein werde. Zum anderen mußte eine so konzipierte Partei nicht nur über den linksliberalen Einzugsbereich, sondern auch über den beider liberaler Strömungen hinaus weit in das konservative Spektrum ausgreifen. Das aber bedeutete zugleich, daß nicht mehr der Liberalismus in einem umfassenden und alle konkurrierenden Ansätze ausschließenden Sinn die ideologische Grundlage der neuen Partei bilden konnte; aus dem Gesamtzusammenhang liberaler Zielsetzungen mußten jene herausgegriffen und in den Vordergrund gestellt werden, die in besonderer Weise geeignet schienen, die angesprochenen divergierenden Strömungen in einer Partei zusammenzuführen: das Bekenntnis zur marktwirtschaftlichen Ordnung als entschiedene Abgrenzung zu allen sozialistischen Bestrebungen, die Forderung nach der christlichen Gemeinschaftsschule als distinktes Moment gegenüber einer konfessionellen Parteibildung und das Eintreten für den dezentralisierten Einheitsstaat, also die Betonung des nationalen Gedankens, als integrierendes Element gleichermaßen für die liberalen wie konservativen Kräfte. Je nach Region konnte dabei der Akzent stärker auf dem einen oder anderen Aspekt liegen. Als nationale Sammlungsbewegung läßt sich diese Parteikonzeption jedoch insofern bezeichnen, als hier nicht die politische Organisierung von Kräften, die einem gemeinsamen sozialkulturellen Milieu entstammten, sondern die Bindung an sich divergierender, nicht milieugebundener Strömungen an eine Partei erstrebt wurde – und zwar durch Betonung nationaler Orientierungsmuster, seien es nun gemeinsame Interessen oder einzelne übergreifende Zielsetzungen. Weitgehend offengelassen hatten die Befürworter des Sammlungsgedankens allerdings jene in der württemberg-badischen Konzeption so zentrale Frage, auf welche Weise denn die Partei gestaltenden Einfluß auf die politische Entwicklung gewinnen solle. Vom Ansatz her war sie tendenziell auf dem rechten Flügel des Parteiensystems angesiedelt und nur begrenzt koalitionsfähig, Einflußmaximierung war letztlich nur über eine Vergrößerung ihres Wähleranteils möglich, eine politische Konstellation, die sie andererseits wieder zu kompromißloser, stark agitatorisch bestimmter Opposition und Obstruktion verleiten mußte.

Die 1945/46 auf lokaler und regionaler Ebene gegründeten liberalen Parteien lassen sich nun keineswegs jeweils einer der beiden hier skizzierten Konzeptionen zuordnen. Diese markieren vielmehr lediglich die Pole eines breiten Feldes unterschiedlicher parteipolitischer Ausrichtungen, bei denen die angeführten konzeptionellen Grundelemente in regional je verschiedener Weise miteinander vermischt waren. Ja, noch darüber hinaus gingen beide Konzeptionen im Kern auf zwei konfligierende Grundmuster nicht nur liberaler Parteipolitik zurück, von denen lange Zeit angenommen worden ist, daß sie zugleich unterschiedlichen Entwicklungsphasen des Parteiensystems entsprechen, daß also die „ältere" Form milieugebundener Politik mehr und mehr, wenn nicht gar völlig von der „moderneren" Form national ausgerichteter Politik abgelöst worden ist.[3] Ob man an dieser Annahme eines Modernisierungsprozesses festhalten kann – manches spricht vom systematischen Ansatz dafür –, mag hier dahingestellt bleiben; sicher aber muß man davon ausgehen, daß die Erosion überkommener Milieus auch nach 1945 noch lange kein abgeschlossener Prozeß gewesen ist.[4] Für unseren Zusammenhang ist dabei besonders wichtig, daß der Konflikt zwischen diesen beiden parteipolitischen Grundmustern letztlich in jeder Region angelegt und zumindest latent vorhanden war.

Weitreichende Übereinstimmungen mit den Grundprinzipien der württemberg-badischen Konzeption einer milieugebundenen liberalen Mittelpartei zeigten sich in der Gründungsphase 1945/46 vor allem bei den beiden anderen südwestdeutschen Landesparteien und den hamburgischen Freien Demokraten, daneben jedoch auch noch bei einer ganzen Reihe weiterer lokaler Gründerkreise. Das verbindende Element lag hier offensichtlich nicht zuletzt in der gemeinsamen linksliberalen Parteitradition, so wie umgekehrt bei früheren DVP-Mitgliedern und mit abnehmendem Gewicht des linksliberalen Einflusses die Affinität zur Sammlungskonzeption überwog. Allerdings offenbart das Beispiel der Bremer Demokratischen Volkspartei, daß auch eine aus der Vereinigung der beiden liberalen Richtungen hervorgegangene und zeitweise sogar als bürgerliche Sammlungsorganisation fungierende Partei dann überwiegend der Stuttgarter Linie zuneigte, wenn sie sich mit dieser in der Repräsentation eines noch erhaltenen bürgerlich-liberalen Milieus verbunden fühlte.

In ähnlicher Weise war auch das eindeutige Übergewicht, das den Verfechtern der Mittelparteikonzeption in der Gründungsphase zukam, zunächst einmal eine Folge der geschilderten Präponderanz der linksliberalen Kräfte. Zugleich beruhte aber auch dieses Phänomen im Kern auf der Milieuorientierung der Konzeption, die in besonderer Weise den

3 Vgl. in diesem Sinn bes. Lepsius, Parteiensystem, S. 56ff., der hier, als er den Milieubegriff in die deutsche Diskussion einführte, ihn mit der These verband, daß die Auflösung „sozialmoralischer" Orientierungsmuster weitgehend vor 1933 abgeschlossen gewesen sei, ja, daß gerade darin eine entscheidende Ursache für den Zusammenbruch des traditionellen Parteiensystems und seine Überwindung durch den Nationalsozialismus zu sehen sei.

4 Vgl. hierzu v. a. d. Überlegungen von Rohe, Wahlanalyse, S. 351ff.

Bedingungen entsprach, unter denen in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Parteien konstituiert wurden. Denn anders als auf den ersten Blick bei einer durch Krieg und Kriegsfolgen in extremer Weise mobilisierten Gesellschaft zu vermuten wäre, prägten durchaus nicht nationale Orientierungsmuster den politischen Neubeginn. Entscheidender war vielmehr die Zersplitterung der Gesellschaft in eine Vielzahl kleiner und kleinster Teilregionen; sie mußte gerade jene Kräfte bei den Parteigründungen begünstigen, die fest in einem lokalen und regionalen Milieu verwurzelt waren. Zugespitzt formuliert standen sich im Nachkriegsdeutschland zwei divergierend strukturierte Teilgesellschaften gegenüber: In der einen waren nahezu alle Formen überkommener Bindungen, seien sie nun politischer, sozialer, religiöser oder familiärer Art, in einem bisher einmaligen Ausmaß zerstört und insofern auch einem ungeheuren Nationalisierungsschub unterworfen; in der anderen hatten in genauem Gegensatz dazu traditionelle Bindungen, darunter nicht zuletzt die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialkulturellen Milieus, erheblich an Wirkungskraft gewonnen. Letztere dominierte die Parteien bei ihrer Gründung, die Gegenreaktion der anderen Teilgesellschaft aber mußte unweigerlich kommen.

5. Der Konstituierungsprozeß: Vom lokalen Gründerkreis zur liberalen Landespartei

Von dem Sonderfall der beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg abgesehen vollzog sich die organisatorische Seite der liberalen Parteibildung im wesentlichen nach immer gleichem Muster, als eine Mischung aus lokaler und regionaler Gründungsaktivität: Jeweils nachdem in wenigen größeren Städten unabhängig voneinander oder nur durch lose Kontakte verbunden die Partei konstituiert worden war, folgte zunächst der Schritt auf die Landesebene, bei dem natürlicherweise den Gründerkreisen der Landeshauptstädte oder traditioneller liberaler Hochburgen ein besonderes Gewicht zufiel. Erst danach wurde – sowohl an weitere lokale Initiativen anknüpfend wie auch durch entsprechende Maßnahmen der Landesverbände gefördert – der Aufbau einer flächendeckenden Parteiorganisation betrieben, ein Prozeß, der sich zumeist ein bis zwei Jahre hinzog, in einigen Ländern sogar nie zum Abschluß gebracht werden konnte.

Nicht nur in der Quantität der nachweisbaren Gründerkreise, sondern auch in der zeitlichen Abfolge der einzelnen Schritte hinkten die Liberalen in aller Regel erheblich hinter KPD, SPD und CDU/CSU her. Lediglich in den Regionen, in denen die liberale Partei zugleich für längere Zeit als bürgerliche Einheitsorganisation fungierte, und in den beiden ausgeprägtesten linksliberalen Hochburgen, Hamburg und Württemberg-Baden, gelang es ihnen, bei der Konstituierung den Unionsparteien zuvorzukommen. Besonders augenfällig war die mehrmonatige Verspätung ihrer Parteilizenzierung in Bayern und in der französischen Zone.

In diesem Zusammenhang ist schon von den Zeitgenossen verschiedentlich der Vorwurf erhoben worden, den Liberalen sei eine mit den anderen Parteien vergleichbare Förderung durch die Besatzungsmächte versagt geblieben[1]; in der britischen Zone wurde er zudem mit der Unterstellung verbunden, die unter einer Labour-Regierung arbeitenden britischen Militärbehörden bemühten sich nach Kräften, den gesinnungsverwandten Sozialdemokraten eine Mehrheit zu verschaffen.[2] In zum Teil zugespitzter Form und mit weitreichenden Schlußfolgerungen über die Auswirkungen auf die liberale Parteientwicklung verknüpft, hat diese Auffassung auch Eingang in die Literatur gefunden, besonders bei der FDP nahestehenden Autoren.[3] Offenkundig werden hier jedoch unterschiedliche Vorgänge, hinter denen vor allem von Zone zu Zone differierende Überlegungen und Konzeptionen der Besatzungsmächte standen, unzulässigerweise miteinander verwoben.

In den britisch besetzten norddeutschen Ländern stützten sich die Vorwürfe der Liberalen in erster Linie auf Äußerungen von Militärgouverneur Montgomery und anderer hochrangiger Offiziere, nach denen lediglich KPD, SPD und CSU als „Hauptparteien" angesehen werden und mit einer entsprechenden Förderung der Besatzungsmacht rechnen könnten.[4] Daß diese auf den ersten Blick sehr weitgehenden Absichtserklärungen auf dezidierte parteipolitische Präferenzen der Besatzungsbehörden zurückgingen, ist nicht allein nach dem Wortsinn wenig wahrscheinlich; es ist auch, soweit es das Verhältnis der Briten zur Sozialdemokratischen Partei betrifft, durch neuere Untersuchungen eindeutig widerlegt.[5] Vielmehr bekundete die Militärregierung hier ihre Absicht,

---

1 So beauftragte der Vorstand d. FDP d. britischen Zone den Parteivorsitzenden Heile in seiner Sitzung v. 1. 4. 1946, bei der britischen Militärregierung „Klage [...] über eine unparitätische Behandlung" der FDP zu führen; Schr. d. FDP-Vorstands an Heile v. 2. 4. 1946 (BA NL Heile Bd. 90). Vgl. auch d. Protokoll d. Sitzung d. erweiterten Landesvorstands d. FDP Nordrhein am 8. 4. 1946 (FNS NL Rapp Fs. 3).

2 So das Hamburger FDP-Vorstandsmitglied Johannes Büll auf dem Pyrmonter Zonenparteitag am 20. 5. 1946, Protokoll, S. 246 (FNS Akte Brit. Zone/Pyrmont).

3 Gutscher, FDP, S. 11f., spricht gar von offener Benachteiligung und fährt dann fort: „Diese Behinderungen und Schikanen führten dazu, daß sich die liberalen, allmählich entstehenden lizenzierten Orts- und Kreisverbände nur sehr langsam zu Landesparteien zusammenschließen konnten. Hieraus erklärt sich auch, daß die Freie Demokratische Partei erst [...] am 12. Dezember 1948 in Heppenheim für das ganze Bundesgebiet konstituiert wurde." Ähnlich Haußmann, Liberale Erneuerung, S. 37, u. Dorn/Hofmann (Hrsg.), Geschichte des deutschen Liberalismus, S. 130.

4 Vgl. d. Notiz über Montgomerys Pressekonferenz v. 12. 11. 1945, in: Keesing's Archiv der Gegenwart 15, 1945, S. 518f., d. Schr. d. LDP-Landesgruppe Westfalen an Wilhelm Külz v. 27. 12. 1945 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 1) u. d. Schr. d. rheinischen Oberpräsidenten Lehr, das auf der Opladener Zonenkonferenz der Liberalen verlesen wurde, Aktennotiz über d. Tagung d. Demokraten am 7./8. 1. 1946 (WDS Handakten). Zum Gesamtzusammenhang auch Wieck, Entstehung der CDU, S. 43f., u. unten S. 256f.

5 James P. May/William E. Paterson, Die Deutschlandkonzeption der britischen Labour Party 1945–1949, in: Scharf/Schröder (Hrsg.), Stabilisierung Westdeutschlands, S. 78ff. u. passim; Rolf Steininger, British Labour, Deutschland und die SPD, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 15, 1979, S. 193f.; Wolfgang Rudzio, Großbritannien als sozialistische Besatzungsmacht in Deutschland – Aspekte des deutsch-britischen Verhältnisses 1945–1948, in: Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen. Festschrift für Paul Kluke, hrsg. v. Lothar Kettenacker, Manfred Schlenke u. Hellmut Seier, München 1981, S. 341ff.; Schneider, Britische Besatzungspolitik, S. 79f.

den Übergang nun auch der Parteien auf die zonale Ebene zu nutzen, um die bislang in den Kreisen und Ländern recht großzügige Lizenzierungspraxis zugunsten weniger großer Parteien zu straffen und so Zersplitterungstendenzen nach Weimarer Muster zuvorzukommen. Es war deshalb allein der geringen parteipolitischen Aktivität der liberalen Kreise selbst sowie ihrer von Region zu Region stark differierenden Ausrichtungen zuzuschreiben, wenn um die Jahreswende 1945/46 vorübergehend die Gefahr zu bestehen schien, sie könnten diesem Selektionsprozeß zum Opfer fallen.[6] Ähnliches galt auch für die viermonatige Verspätung, mit der die bayerische FDP im Mai 1946 auf Landesebene lizenziert wurde; denn lange Zeit waren die Liberalen selbst nicht in der Lage gewesen, die für die Zulassung notwendigen Voraussetzungen zu erfüllen, und auch die übrige, auf die Militärbehörden zurückgehende Verzögerung resultierte nicht aus einem spezifisch auf die FDP gemünzten Mißtrauen, sondern daraus, daß sie in der Tat kaum mehr als eine Splitterpartei zu sein schien.[7]

Völlig anders stellt sich das Verhältnis zwischen der Besatzungsmacht und den liberalen Parteien allerdings für die französische Zone dar. Hier kam es in allen Ländern, obwohl die liberalen Parteigründer ihre Zulassungsgesuche nahezu gleichzeitig zumindest mit denen der Unionsparteien gestellt hatten, zu mehrmonatigen Verzögerungen bei der Lizenzerteilung durch die Militäradministration – in Baden und der Pfalz jeweils rund zwei Monate, in Württemberg-Hohenzollern vier Monate und in der südlichen Rheinprovinz gar ein halbes Jahr. Sie müssen zum einen vor dem Hintergrund aktiver Bemühungen von französischer Seite gesehen werden, das gesamte nichtsozialistische Spektrum in einer christlich-demokratisch und vor allem föderalistisch orientierten Partei zusammenzufassen. Und zum anderen widersprachen gerade die Landes- und Zonengrenzen übergreifenden Verbindungen und Ausrichtungen der liberalen Parteien Essentials der französischen Deutschlandpolitik – weniger bei der DP Baden und dem SV Pfalz, dafür um so mehr bei der DVP Württemberg-Hohenzollern wegen deren Anlehnung an den Stuttgarter Kreis und bei der LP Rheinland durch deren Unterordnung unter die Berliner „Reichsparteileitung".[8] Daß sich diese Eingriffe der Besatzungsmacht jedoch letztlich über die unmittelbare Gründungsphase hinaus retardierend und schwächend auf die Parteientwicklung ausgewirkt hätten, wird man angesichts der erheblichen Wahlerfolge, die die Liberalen besonders in Baden und Württemberg-Hohenzollern schon bei den Landtagswahlen im Frühjahr 1947 erzielten, kaum sagen können. Wohl aber stärkten sie natürlich noch zusätzlich jene föderalistisch eingestellten Kräfte in den

6 In vergleichbarer Weise können auch die relativ wenigen Sitze, die der FDP in den ernannten Landtagen zugestanden wurden, und die geringe Auflagenhöhe der FDP-Zeitungen nicht als Beleg für eine gezielte Benachteiligung gewertet werden; dafür waren die Korrekturen, die die Besatzungsmacht Ende 1946 auf Grund der ersten Wahlergebnisse vornehmen mußte, nicht gravierend genug. Vgl. Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 248ff., u. Fischer, Parteien und Presse, S. 55ff.

7 Vgl. oben S. 70.

8 Vgl. oben S. 168f. u. 173f.

Landesverbänden, die sich den Berliner Zentralisierungsbemühungen widersetzten.[9]

Überhaupt wird man bei einem umfassenden Blick auf die lokalen und regionalen Gründungsaktivitäten von liberaler Seite festhalten müssen, daß der direkten Beeinflussung durch die mit einem gesamtdeutschen Führungsanspruch auftretende Liberal-Demokratische Partei in der „Reichshauptstadt" überaus enge Grenzen gezogen waren. Lediglich in Trier und der südlichen Rheinprovinz ging die lokale und regionale Parteikonstituierung und -ausrichtung auf unmittelbare Berliner Anregungen zurück; in allen anderen Fällen, in denen sich lokale liberale Kreise oder gar ein Landesverband wie Hessen in Namen und Konzeption an das Berliner Beispiel anlehnten, scheinen dagegen die Kontakte erst nachträglich geknüpft worden, die Übereinstimmungen also allein auf Presseberichte zurückgegangen zu sein. Typisch war allerdings, daß diese Bindung an die LDP fast immer auf den persönlichen Einfluß eines einzelnen Politikers wie Clemens Benders in Dortmund oder Georg Ludwig Fertschs in Hessen zurückging und mit dessen führender Position stand und fiel. Ja, darüber hinaus war die Bereitschaft eines westdeutschen Gründerkreises, sich nach Vorbildern aus anderen Regionen und Zonen auszurichten, tendenziell immer eher ein Zeichen seiner Schwäche und seines unterentwickelten Selbstbewußtseins; insofern boten die liberalen Parteien, die die Berliner LDP als ihre Stützpunkte in den Westzonen betrachtete, auch kaum die solide Basis, auf die sich ein gesamtdeutscher Führungsanspruch stützen ließ.

Unabhängig von der Frage konkreter Kontakte und Verbindungslinien zwischen Berlin und den westlichen Besatzungsgebieten wird allerdings immer wieder die These vertreten, daß sich das in der alten Reichshauptstadt geschaffene „Vier-Parteien-Modell" „im wesentlichen, wenngleich mit charakteristischen regionalspezifischen Abweichungen von Zone zu Zone" auch in Westdeutschland durchgesetzt habe.[10] So richtig und wichtig der Hinweis auf die letztlich beträchtliche Übereinstimmung in den Grundzügen der Parteiensysteme aller vier Zonen sein mag, so sehr verdeckt diese Auffassung jedoch zugleich auch zentrale Komponenten der Parteigründungen. Sie suggeriert mit dem Begriff „Modell" einen wesentlichen Einfluß, weicht aber mit dieser Wortwahl auch seinem konkreten Nachweis aus. Sie lenkt den Blick von grundlegenden politisch-sozialen Konflikten, etwa dem zwischen konfessionsübergreifender und bürgerlicher Sammlung, die sich in regional je verschiedener Weise manifestierten und auswirkten, fort auf eher vordergründige Übereinstimmungen des Parteienmusters. Nicht zuletzt jedoch ignoriert sie weitgehend die spezifischen politischen und sozialen Konstellationen, unter denen die Parteien 1945/46 ins Leben getreten sind – darunter vor allem ihre starke lokale und regionale Milieubindung und ihre enge soziale Begrenztheit –, und macht es ihren Protagonisten nahezu unmöglich, die

9 Hierzu ausführlich unten S. 275ff.
10 So für viele Mintzel, Besatzungspolitik, S. 77ff.

Krise, in die dieses Parteiensystem schon nach kurzer Zeit geriet, wirklich zu erfassen und zu verstehen.

Ein besonderes Problem bildete die Bildung von einheitlichen liberalen Landesparteien schließlich noch in jenen Ländern, die erst im Spätsommer oder Herbst 1946 durch die Zusammenfassung von Gebieten geschaffen worden waren, die früher selbständig gewesen waren oder unter verschiedener politisch-administrativer Zuständigkeit gestanden hatten. Zum einen verzögerte in diesen Ländern – Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz – die späte Landesverbandsbildung erst im Frühjahr 1947 auch die dezidierte Festlegung auf eine Parteikonzeption bis in eine Zeit, in der die Gründungskonstellation schon in ersten Ansätzen abgelöst worden war durch jene neuen Bedingungen, die die Verfechter eines nationalen Sammlungskurses begünstigten. Zum anderen konnten in diesem Zusammenhang – in Rheinhessen durch die Überschneidung der Gebiete, für die die Parteilizenzen erteilt worden waren, und in Bremen durch die adminstrative Zuständigkeit zweier Besatzungsmächte – zeitweise zwei liberale Parteien zueinander in Konkurrenz treten – zwei Ausnahmefälle mithin, die uns noch einmal deutlich vor Augen führen, wie leicht auch nach 1945 politische Konflikte und persönliche Gegensätze zu einer Perpetuierung der liberalen Spaltung hätten führen können, wenn dem nicht die Vorschriften des Besatzungsrechts entscheidend entgegengewirkt hätten.

6. Die Liberalen und die Krise des Lizenzparteiensystems

Als die Freien Demokraten Anfang Juni 1949 zu ihrem ersten Bundesparteitag in Bremen zusammenkamen, amtierten lediglich noch in drei ihrer elf westdeutschen Landesverbände – Baden, Bayern und Württemberg-Baden – jene Vorsitzenden, die bereits bei der Konstituierung der Partei in dieses Amt gewählt worden waren. Die Wechsel in der Führung der anderen Landesorganisationen waren keineswegs immer das Ergebnis unmittelbarer politischer Intentionen gewesen, dennoch müssen sie als ein deutliches Indiz für den Wandel angesehen werden, dem die liberale Partei schon in den ersten vier Nachkriegsjahren unterworfen war. Ein zweites, nicht minder wichtiges Symptom war das zunehmende Überwechseln liberaler Landtagsfraktionen auf die Oppositionsbänke: Während die Liberalen noch an nahezu allen von den Militärregierungen eingesetzten Länderkabinetten zumindest indirekt, durch ihnen politisch nahestehende Minister beteiligt gewesen waren, lehnten sie im Zuge der Bildung parlamentarisch verantwortlicher Regierungen vielfach eine weitere Mitarbeit ab oder schieden nach wenigen Monaten aus; bezeichnenderweise nur in den beiden Hansestädten und in zwei der drei südwestdeutschen Länder hielten sie bis 1949 und darüber hinaus an ihren zum

Teil überaus gewichtigen Positionen in der Exekutive fest. Personelle und politische Kontinuität wurde also vornehmlich in jenen Landesverbänden gewahrt, in denen sich bereits bei der Parteigründung unter zumeist dominierendem linksliberalen Einfluß die Konzeption der liberalen Milieupartei durchgesetzt hatte. Gegenüber dem seinerzeitigen Übergewicht ihrer Protagonisten begannen sich nun jedoch auf breiter Front die Kräfte zu regen, die für das konkurrierende Modell einer nationalen Sammlungsbewegung eintraten.

Eine wichtige Vorreiterrolle hatten in diesem innerparteilichen Konflikt die hessischen Liberaldemokraten übernommen. Seit der Ablösung ihres Gründungsvorsitzenden Fertsch durch den jungen parteilosen Landrat August Martin Euler schon im Juni 1946 hatten sie sich gegenüber den Sozialdemokraten und der mit diesen von der Basis eines christlichen Sozialismus aus kooperierenden CDU mit Erfolg als einzige antisozialistische Alternative zu profilieren versucht. Die Hochphase ihres Rechtskurses begann jedoch erst im April 1948 im Vorfeld der Kommunalwahlen, als die LDP in Konkurrenz zu der aufstrebenden Nationaldemokratischen Partei zunehmend auch mit nationalistischen Tönen um Wählerstimmen warb, und erreichte einen ihrer Höhepunkte in dem Wahlabkommen, das Euler mit der NDP für die Bundestagswahl 1949 schloß. Parallele Entwicklungen ließen sich in Nordrhein-Westfalen seit der Wahl Middelhauves zum Landesvorsitzenden im August 1947 und in noch ausgeprägterer Form nach den aus der Sicht der FDP unbefriedigend verlaufenen Kommunalwahlen vom Oktober 1948, in Niedersachsen seit der Wahl Arthur Stegners an die Parteispitze im Juni 1948 und schließlich in Schleswig-Holstein mit dem Führungswechsel zu Fritz Oellers im Januar 1949 beobachten. Überall verfolgte die liberale Partei von dem Ausgangspunkt eines vehementen Antisozialismus aus einen sich mehr und mehr radikalisierenden Oppositionskurs, in dem seit 1948 nationalistische Parolen, die sich im Zusammenhang mit Entnazifizierung und Demontagen immer schärfer auch gegen die Besatzungsmächte richteten, zur zweiten bestimmenden Komponente wurden; als eine weitere Steigerung, die aber überwiegend erst in die Zeit nach 1949 fiel, schloß sich dann die Zusammenarbeit mit rechtsradikalen Splitterparteien und eine zeitweise Unterwanderung einiger FDP-Landesverbände selbst durch Kräfte dieser politischen Couleur an. In gemäßigterem Gewande waren ähnliche Entwicklungstendenzen auch für weitere Landesorganisationen zu konstatieren; ja, selbst aus dem Munde eines so profilierten Linksliberalen wie des bayerischen FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler waren seit Oktober 1948 flammende Aufrufe für eine Sammlungspolitik zu vernehmen, wenn auch mit der für seine Grundhaltung charakteristischen Akzentsetzung einer Sammlung der liberalen Mitte.

Den Hintergrund dieses tiefgreifenden, die innerparteiliche Kräftekonstellation und damit auch die Ausrichtung der Partei so nachhaltig umgestaltenden Wandels bilden drei unterschiedliche Teilprozesse, die jedoch zugleich unauflöslich miteinander verknüpft sind und sich letztlich zu einem gemeinsamen Phänomen zusammenfügen. Zunächst läßt sich in

den liberalen Landesparteien – schon bald nach deren Konstituierung einsetzend, wenngleich lange Zeit nur sehr allmählich anschwellend – das Einströmen jener politischen und sozialen Kräfte beobachten, die durch die besondere Gründungssituation anfänglich weitgehend ausgeschlossen gewesen waren. Neben oder gar statt der eher linksliberal dominierten Gründergeneration stiegen nun zunehmend auch frühere DVP- und DNVP-Politiker und nicht zuletzt NS-belastete Personen in führende Positionen auf, die Mitgliedschaft aus alteingesessenen Honoratiorenkreisen wurde ergänzt durch neu eingetretene Vertriebene und Flüchtlinge, vor allem aber verschoben sich die Gewichte Schritt für Schritt zugunsten jener jüngeren Parteimitglieder, die vor einem ganz anderen, durch die Zeit des Nationalsozialismus und des Krieges geprägten politischen Erfahrungshintergrund handelten als die Parteigründer, die bereits in der Weimarer Republik politisch aktiv gewesen und fest in der liberalen Parteitradition verwurzelt waren: Das bekannteste Beispiel ist wohl jener nordrhein-westfälische Kreis um Willy Weyer, Wolfgang Döring und Walter Scheel, der dann 1956 beim Sturz des Kabinetts Arnold unter dem Schlagwort „Jungtürken" so von sich reden machte.

Von diesen Veränderungen im politisch-sozialen Gefüge der Parteimitgliedschaft waren im Prinzip, wenngleich in unterschiedlicher Intensität alle Landesverbände gleichermaßen betroffen, die Auswirkungen auf den Kurs der Partei differierten jedoch von Land zu Land erheblich. Die schon früh konsolidierten liberalen Milieuparteien in den Hansestädten und in Südwestdeutschland vermochten im wesentlichen die neuen Kräfte zu integrieren, ohne daß sie zugleich eine nennenswerte Anpassung ihrer Konzeption und Ausrichtung an die von diesen vertretenen Tendenzen vollzogen. In den Ländern jedoch, in denen die Gründungskonstellation eher im Widerspruch zu hervorstechenden regionalen Traditionen des Parteiensystems gestanden hatte und in denen deshalb von vornherein die Ausrichtung der liberalen Partei umstritten gewesen oder gar völlig offen geblieben war, verschoben sich nun die innerparteilichen Kräfterelationen mehr und mehr nach rechts – ein Prozeß, der seinen Ausdruck eben zunächst vor allem in den personellen Veränderungen an der Parteispitze fand.

Seit 1948 kam dann eine weitere gewichtige Veränderung hinzu, als sich diese ansteigende politische Aktivität von Kreisen, die bei den Parteigründungen noch nicht oder nur in geringem Maße beteiligt gewesen waren, mit der Lockerung der alliierten Lizenzierungspolitik in der Formierung neuer Parteien niederschlug. Neben neuen regional ausgerichteten Parteien, als deren bedeutendstes Beispiel die Bayernpartei zu nennen ist[1], erzielten nun mit der NDP in Hessen, der DRP in Niedersachsen und der Deutschen Konservativen Partei in Nordrhein-Westfalen rechtsradikale Gruppen erste begrenzte Erfolge[2]; beide Tendenzen zu-

1 Hierzu v. a. Unger, Bayernpartei, S. 138ff., u. Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 27ff.
2 Vgl. bes. Tauber, Eagle and Swastika, S. 47ff., sowie Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 140f.

gleich versuchte die ursprünglich als „Niedersächsische Landespartei" zugelassene Deutsche Partei aufzugreifen.[3] Die aufs Ganze gesehen quantitativ gewichtigste Rolle aber spielten lange Zeit die politischen Interessenvertretungen der Vertriebenen und Flüchtlinge: Deren Hauptpartei, der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, wurde zwar erst nach der Bundestagswahl 1949 gegründet, doch hatten vor allem in Süddeutschland bereits bei den Kommunalwahlen 1947/48 noch nicht parteimäßig organisierte Flüchtlingsgruppen beachtliche Stimmenzahlen auf sich vereinigen können; ihre Rolle war dann in Bayern vorübergehend bei der ersten Bundestagswahl von der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung übernommen worden.[4] Insgesamt vermochten diese „kleineren" Parteien – also alle nicht in den vier Hauptlizenzparteien KPD, SPD, FDP und Union organisierten Kräfte – bereits bei der ersten Bundestagswahl ihren Stimmenanteil gegenüber den Urnengängen zu den Landesparlamenten 1946/47 um nahezu 160% zu steigern[5] – eine Tendenz zur Zersplitterung des Parteiensystems, die ihren Höhepunkt jedoch erst in den folgenden vier Jahren fand, um dann mit der zweiten Bundestagswahl 1953 nahezu völlig abzubrechen.

Als dritter Schritt folgte schließlich parallel zu diesen Neu- und Umgründungen von Parteien die Krise des Unionskonzeptes. Zwar waren auch die Sozialdemokraten in dieser Situation in nicht unerheblichem Maße von Mitglieder- und Wählerverlusten betroffen – bei der Bundestagswahl 1949 lag ihr Stimmenanteil im Vergleich zu den vorangegangenen Landtagswahlen um 6,8% niedriger und erfuhr damit einen ebenso starken Rückgang wie der der CDU/CSU[6] –, und ebenso dürften die Ursachen zu einem großen Teil – insbesondere hinsichtlich der Abwanderung von Vertriebenen – ähnliche gewesen sein; doch resultierten daraus kaum an die Substanz gehende innerparteiliche Spannungen.[7] Anders bei den Unionsparteien: Der Konflikt, getragen jeweils von Kräften innerhalb wie außerhalb der Partei, zwischen denen, die mit Blick auf die bisher nicht integrierten politischen und sozialen Kreise eine stärkere Repräsentation protestantisch-konservativer bis nationalistischer Zielsetzungen propagierten, und jenen katholisch-konservativen wie katholisch-sozialen Politikern, denen schon die bei der Gründung der Union im Interesse der Überwindung konfessioneller Grenzen gemachten Zugeständnisse beinahe zu weit gegangen waren, schien CDU und CSU mehr und mehr existenziell zu bedrohen – 1948/49 zunächst vorwiegend in Bayern und Hessen, in den frühen fünfziger Jahren aber in nahezu allen Bundesländern mit allerdings nach wie vor differierender Intensität.[8]

3 Darüber ausführlich Meyn, Deutsche Partei, S. 18ff.
4 Vgl. bes. Neumann, BHE, S. 12ff.; ferner Winge, Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung, u. Woller, Loritz-Partei, bes. S. 116ff.
5 Falter, Kontinuität und Neubeginn, S. 239. Vgl. auch d. detaillierte Aufstellung bei Kaack, Geschichte und Struktur, S. 196ff.
6 Ebd., S. 199f.
7 Darüber zuletzt ausführlich Klotzbach, Weg zur Staatspartei, bes. S. 174ff.
8 Diese Krise der Unionsparteien ist bisher nur für Bayern in den Arbeiten von Mintzel, CSU, S. 222ff., u. Geschichte der CSU, S. 94ff., intensiver untersucht worden.

So sehr die Grundzüge dieser Entwicklung auch schon als regionale oder soziale Einzelerscheinungen vor allem in den zitierten Monographien über jene „kleineren" Parteien, die in dieser Zeit ihre Blüte erlebten, in den Blick geraten sind, so wenig ist doch bislang das Gesamtphänomen hinreichend charakterisiert und in seiner Bedeutung gewürdigt worden. Kaack und Mintzel gelangen in ihren knappen Überblicksdarstellungen über die zudem fragmentarisch bleibende Deskription kaum hinaus.[9] Unlängst hat nun Falter in einer wahlsoziologischen Analyse der Bundestagswahl am 14. August 1949 einen Erklärungsansatz zu liefern versucht; er interpretiert deren Ergebnis primär als „einen Übergang von der Weimarer zur Bonner Republik" und führt mithin die zu beobachtenden Zersplitterungserscheinungen auf ein Fortwirken Weimarer Strukturen zurück, während die eigentliche Neustrukturierung des westdeutschen Parteiensystems erst 1953 erfolgt sei.[10] Seine Sicht erfaßt jedoch nur einen, wenngleich wichtigen, Teilaspekt jenes Transformationsprozesses, der die parteipolitische Entwicklung in den Jahren 1948 bis 1952 prägte. Er muß vielmehr umfassender als eine Krise des Lizenzparteiensystems gedeutet werden – und zwar in dreifacher Hinsicht: als ein partielles Wiederaufleben von Grundelementen, die das deutsche Parteiensystem vor 1933 charakterisiert hatten, als eine Auflösung jener spezifischen Gründungskonstellation, die sowohl ein Ergebnis der nationalsozialistischen Herrschaft und des Krieges gewesen wie auch von den Besatzungsmächten gesetzt worden war, und schließlich als eine nachhaltige Integrationsschwäche der wichtigsten Lizenzparteien.

Wohl mehr als alle anderen Parteien, die sich trotz der Divergenz der regionalen Systemstrukturen, in denen sie zu agieren hatten, ganz überwiegend der Seite der Krisenopfer, SPD, Unionsparteien und bedingt auch die KPD, oder der der Krisengewinner, neben den Neugründungen auch die Lizenzparteien DP und WAV, zuordnen lassen, teilten sich die Liberalen in dieser Krisensituation in zwei miteinander in Konflikt tretende Lager. In dem einen standen jene südwestdeutschen und hansestädtischen Landesorganisationen, die sich von ihrer Gründung an als konstitutiver Teil des Lizenzparteiensystems verstanden und auch zu dem damit verbundenen antinationalsozialistisch-demokratischen Grundkonsens bekannt hatten. Dieses Selbstverständnis wie auch ihre soziale Verwurzelung in dem jeweiligen regionalen bürgerlich-liberalen Milieu und schließlich ihre politische Orientierung auf die Mitte des Parteiensystems schlossen aus ihrer Sicht eine Öffnung der liberalen Partei für die neuen, nun auf die politische Szene tretenden Kräfte letztlich aus. Die Präsentation eigener Vertriebenenkandidaten und eine stärkere Berücksichtigung der sozialen Belange dieses Bevölkerungsteils waren die äußersten Konzessionen, zu denen diese Landesverbände bereit waren; jede darüber hinausgehende Kooperation aber insbesondere mit nationalistischen und rechtsradikalen Kräften widersprach nicht nur zutiefst ihren politischen

9 Vgl. Kaack, Geschichte und Struktur, bes. S. 202, u. Mintzel, Besatzungspolitik, S. 80f.
10 Falter, Kontinuität und Neubeginn, S. 260 u. passim.

Grundauffassungen, sie hätte auch ihre bisherigen beachtlichen Wahlerfolge in Gefahr bringen müssen.

Dagegen sah man in dem anderen Lager, zu dem in erster Linie die Landesverbände Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zählten, nun seine Stunde gekommen. Endlich war jene politisch-soziale Konstellation vorhanden, die die Befürworter eines nationalen Sammlungskurses bei dessen Konzipierung vor Augen gehabt hatten: Indem die Rückbildung der CDU zur Zentrumspartei im traditionellen Sinne nur noch eine Frage der Zeit zu sein schien, stand – das waren die Erwartungen – auf der Rechten des Parteienspektrums ein breites protestantisches Wählerpotential zur Verfügung, das es – vor allem mit Hilfe der nationalen Parole – an die liberale Partei zu binden galt. Die Aussicht, auf diese Weise die bisher überaus engen Grenzen des eigenen Einzugsbereichs überwinden zu können und möglicherweise zur bürgerlichen Mehrheitspartei aufzusteigen, schien dabei nahezu jede politische Konzession an die neue Rechte zu rechtfertigen. Daß dieser Versuch, sich in die Phalanx der Gegner des Lizenzparteiensystems einzureihen, Erfolg gehabt habe, wird man allerdings letztlich kaum sagen können. Mit Ausnahme Hessens, wo die CDU mit ihrer Betonung eines christlichen Sozialismus gewissermaßen von sich aus das Feld kampflos geräumt hatte, blieben die Stimmengewinne, die die Liberalen unter dem Banner der nationalen Sammlung erringen konnten, durchaus begrenzt: In Nordrhein-Westfalen war die protestantische Wählerschaft zu klein, in Niedersachsen konnten sich die Liberalen gar nicht nationalistisch genug gebärden, als daß sie mit den rechtsradikalen Parteien hätten konkurrieren können, und in Schleswig-Holstein erwies sich, daß eine liberale Partei eben keine Vertriebenenorganisation sein und ersetzen konnte. Mittelfristig aber war es natürlich das Behauptungsvermögen der Unionsparteien, das diese Phase der liberalen Parteienentwicklung beendete. Von weiterwirkender Bedeutung jedoch blieb, daß genau in diese Zeit des Konflikts zwischen den Protagonisten einer liberalen Milieupartei und den Anhängern einer nationalen Sammlungsbewegung die Gründung der Freien Demokratischen Partei auf der Bundesebene fiel.

Viertes Kapitel

Die Struktur der liberalen Landesparteien

1. Die Mitglieder- und Wählerentwicklung

Keine der liberalen Landesparteien – mit Ausnahme der hamburgischen Freien Demokraten – war zu irgendeinem Zeitpunkt in den Jahren 1945 bis 1949 oder auch später in der Lage, wirklich exakte Zahlen über die Größe ihrer Mitgliedschaft, geschweige denn über deren soziale Zusammensetzung, anzugeben. Lediglich in Hamburg – ob die Verhältnisse im Stadtstaat Bremen ähnlich lagen, ist nicht bekannt – führte nämlich die Landesgeschäftsstelle die Mitgliederkartei[1]; in den Flächenstaaten dagegen fiel diese Aufgabe in der Regel in den Verantwortungsbereich der Kreisverbände. Daten über die Mitgliedschaft gelangten deshalb in den meisten Landesorganisationen in der Regel nur aus Anlaß von Parteitagen zur Kenntnis der Parteiführungen, nämlich wenn über die Verteilung der Delegiertensitze auf die Parteiuntergliederungen zu beschließen war. Nur aus Nordrhein-Westfalen[2] und Niedersachsen[3] sind

1 Vgl. d. Unterlagen in: StA Hamburg FDP I A 41. Die genauen Daten setzen in der zweiten Jahreshälfte 1946 ein und reichen bis in das Jahr 1949; die dann auftretenden Lücken sind möglicherweise auf die organisatorischen und finanziellen Schwierigkeiten im Gefolge der Währungsreform zurückzuführen.

2 Der FDP-Landesverband Nordrhein hatte bereits unmittelbar nach seiner Gründung begonnen, von den Kreisverbänden monatliche Tätigkeitsberichte anzufordern, die u. a. genaue Angaben über die Mitgliederzahl und über die soziale Struktur der Mitgliedschaft enthalten sollten. Die ersten Berichte gingen im Januar, März und April 1946 bei der Landesgeschäftsstelle ein. Nach dem Zusammenschluß mit der westfälischen FDP am 27. 5. 1947 wurde versucht, dieses Verfahren auch auf den östlichen Landesteil auszudehnen. Die Kreisorganisationen – besonders die Westfalens – kamen ihrer Berichtspflicht jedoch vielfach nur unvollständig, in unregelmäßigen Abständen und in Einzelfällen sogar überhaupt nicht nach, so daß der Landesverband für seine Statistiken immer Angaben von verschiedenen Terminen zusammenziehen mußte (alle Unterlagen in: WDS Akte Tätigkeitsberichte); vgl. dazu auch unten S. 223. Als ebenso problematisch erwies sich der daraufhin mit einem Landesvorstandsbeschluß v. 19. 9. 1947 eingeleitete Versuch, eine Mitgliederkartei zusammenzustellen, da die Kreisverbände der Forderung, namentliche Mitgliederlisten abzuliefern, wiederum nur in unzureichendem Maße nachkamen – trotz Androhung einer Benzinsperre; vgl. d. Auswertung d. Protokolle über d. Sitzungen d. geschäftsführenden Vorstandes, d. Landesvorstandes u. d. Landesausschusses d. FDP Nordrhein-Westfalen seit August 1947 (bis Juli 1948), o. D., S. 1f. (WDS Ia/1).

3 In Niedersachsen war es der Landesverband Hannover, der in der ersten Jahreshälfte 1946 ein ähnliches Berichtssystem aufbaute und auch mit vergleichbaren Problemen wie die Rheinländer zu kämpfen hatte – insbesondere nach der Bildung des gemeinsamen Landesverbandes in den Bezirksorganisationen Oldenburg und Braunschweig, aus denen mindestens bis weit in das Jahr 1948 hinein keine zuverlässigen Daten zu erhalten waren; vgl. d. Bericht über d. abgelaufene Geschäftsjahr v. 26. 7. 1946–30. 4. 1947 für Organisation und Politik, S. 1ff. (FDP Hannover Handakte 5), u. d. Schr. d. FDP Niedersachsen an Franz Blücher v. 19. 2. 1948 (BA NL Blücher Bd. 249).

darüber hinaus Unterlagen überliefert, die von intensiven Bemühungen um eine kontinuierliche Führung der Mitgliederstatistik zeugen – wobei allerdings auch hier die Schwierigkeiten, die vor allem in der mangelnden Organisationsfähigkeit und -willigkeit der Kreisverbände lagen, nie ganz überwunden werden konnten.[4]

Bei einem erheblichen Teil der auf uns gekommenen Angaben über die Mitgliederstärke handelt es sich daher um mehr oder minder grobe Schätzungen.[5] Doch auch die zuverlässigeren Daten aus Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen basieren auf Erhebungsmethoden mit erheblichen Fehlerquellen: Die Unregelmäßigkeit der von den Kreisverbänden zu erstattenden Berichte zwang immer wieder dazu, Lücken durch Extrapolationen zu schließen.[6] Zudem scheint vielfach trotz eindeutiger Satzungsbestimmungen noch nicht einmal Klarheit über die Mitgliedseigenschaft bestanden zu haben; denn von Zeit zu Zeit mußten Kreisorganisationen bis zu 50% ihrer angeblichen Mitglieder aus den Listen streichen.[7] Nicht zuletzt ist in einer Reihe von Fällen nachweisbar, daß Mitgliederzahlen aus Mangel an genauen Unterlagen erfunden oder gar systematisch gefälscht wurden, insbesondere um sich für Parteitage mehr Delegiertensitze zu sichern.

Diese Praxis begann schon auf der Ebene der Kreisverbände[8], da das einzige Sanktionsmittel, mit dem realistische Meldungen hätten erzwungen werden können, die Pflicht zu Abführung von Beiträgen für jedes angegebene Mitglied, durch seine laxe Handhabung schon bald zu einer stumpfen Waffe geworden war[9]. Sie setzte sich – hier allerdings noch heute durch vergleichende Analysen leichter erkenn- und korrigierbar – auf der Landesebene fort[10] und wurde in großem Stil zu Beginn

4 Für die erheblich später einsetzenden und noch weit weniger erfolgreichen Bemühungen anderer Landesverbände vgl. d. Rdschr. Nr. 20/48 d. DP Rheinland-Pfalz v. 28. 6. 1948, S. 2 (FNS NL Martenstein).

5 Vgl. etwa d. Bericht d. DVP Württemberg-Baden an d. amerikanische Militärregierung Stuttgart f. d. Monate Dezember 1946 u. Januar 1947 v. 3. 2. 1947, S. 2. (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 199). Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch die Debatte im FDP-Bundesvorstand aus Anlaß des Bremer Parteitages, Niederschrift d. Sitzung am 9. 6. 1949 in Bremen, S. 3 (FNS Akte Bundesvorstand): „Blücher erbittet [...] von den Vorsitzenden der Landesverbände Erklärungen über die Mitgliederstärke. Middelhauve und Euler wenden dagegen ein, daß diese Zahlen nicht genau bekannt seien. Es wird Einigkeit darüber erzielt, daß es auf geringfügige Schwankungen von 10-15% nicht ankomme."

6 Vgl. insbesondere d. Auswertung d. Tätigkeitsberichte f. Dezember 1947 in Nordrhein-Westfalen, S. 1 u. 7 (WDS Akte Tätigkeitsberichte).

7 Auswertung d. Tätigkeitsberichte, S. 1f. (a.a.O.). Offenkundig wurden in manchen Kreisgruppen auch Personen als Mitglieder geführt, die lediglich ein- oder mehrfach Parteiveranstaltungen besucht hatten oder sonst der Partei nahestanden, ohne jedoch ein formelles Aufnahmeverfahren durchlaufen zu haben und regelmäßig Beiträge zu zahlen.

8 Vgl. d. Schr. d. FDP-Landesverbandes Niedersachsen an Franz Blücher v. 19. 2. 1948 (BA NL Blücher Bd. 249).

9 Hierzu unten S. 230ff.

10 So erklärte etwa der nordrhein-westfälische FDP-Schatzmeister Wilhelm Dörnhaus im Oktober 1947 im Finanzausschuß der Zonenpartei offen, daß die vor der Bildung des gemeinsamen Landesverbandes aus Westfalen gemeldeten Mitgliederziffern mit dem tatsächlichen Bestand nicht übereinstimmten. „Es müsse damit gerechnet werden, daß die wahren Zahlen der Mitglieder bei weitem niedriger seien". Protokoll über d. Sitzung am 11. 10. 1947 in Bielefeld, S. 1 (FNS Akte Brit. Zone/Organisation). Dies war – wie aus den in den Tabellen 1 und 3–5 zusammengestellten Daten hervorgeht – durchaus kein Einzelfall; doch waren diese Falschmeldungen in den Jahren 1946–1948 wohl noch mehr das Ergebnis mangelnder Organisation als bewußter Irreführung.

der fünfziger Jahre von den eher rechts orientierten Landesorganisationen benutzt, um sich auf den Bundesparteitagen eine Mehrheit zu verschaffen: Die von Nordrhein-Westfalen für den Münchener Bundeskongreß 1951 gemeldete Zahl von 28 240 Mitgliedern überstieg die tatsächliche Stärke des Landesverbandes aller Wahrscheinlichkeit nach um mehr als das Doppelte; ähnliches galt für die niedersächsischen Angaben.[11]

Die insgesamt also völlig unzulängliche Mitgliedererfassung in den liberalen Landesparteien hat nicht nur zur Folge, daß einer parteisoziologischen Analyse in der fragmentarischen Materialbasis oft nur schwer überwindbare Hindernisse entgegenstehen, sondern sie belegt zugleich, daß die Liberalen auch nach 1945 der Sammlung einer zahlenmäßig starken und politisch aktiven Mitgliedschaft nicht den Stellenwert beimaßen, der ihr in der modernen Parteiendemokratie zukommt. Die Multiplikatoren- und Mobilisierungsfunktion der Mitgliedschaft, ihre Bedeutung für die Organisationsfähigkeit und Finanzkraft einer Partei wurde in der Regel nicht oder lediglich partiell gesehen. So wies etwa der Generalsekretär der FDP der britischen Zone, Wilhelm Hermes, in seinem Referat auf dem Pyrmonter Zonenparteitag zwar eindringlich auf den engen Zusammenhang zwischen dem Organisationsgrad und den Wahlchancen der Partei hin, klammerte aber bezeichnenderweise die Mitgliederstärke aus dieser Gleichung aus: „Die Mitgliederzahl ist nicht entscheidend, sondern die Wählerstimmen"[12], lautete seine ganz auf der traditionellen Linie liberaler Parteipolitik liegende, doch nichtsdestoweniger allzu kurzschlüssige Formel.

Es kann daher nicht überraschen, daß die Mitgliederzahl der liberalen Landesparteien schon in den Jahren 1945 bis 1949 in keiner Weise mit denen der politischen Konkurrenzorganisationen Schritt halten konnte.

---

11 Schon die für den Heppenheimer Gründungskongreß im Dezember 1948 von den Landesverbänden genannten Ziffern – überhöht waren mit großer Wahrscheinlichkeit die Angaben aus Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Baden und Berlin (vgl. Tabelle 1) – hatten zu heftigen Diskussionen und nicht unerheblicher Verärgerung in der Parteispitze geführt. Vor dem Bremer Parteitag im Juni 1949 wurde der Vorwurf überzogener Mitgliedermeldungen noch einmal im Falle Schleswig-Holsteins erhoben; die Debatte konnte erst durch „feierliche Erklärungen" Oellers' und der anderen Landesverbandsvorsitzenden über den Mitgliederstand ihrer Organisationen beigelegt werden. Immerhin wurde damit erreicht, daß die für diese Tagung genannten Zahlen deutlich realistischer ausfielen. Vgl. d. Niederschrift d. Sitzung d. FDP-Bundesvorstands am 10. 6. 1949 in Bremen, S. 2 (FNS Akte Bundesvorstand). Daß der rasante Anstieg der Mitgliederstärke, der in der Folgezeit angeblich in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen einsetzte, eine reine Erfindung war, wird bereits bei einem oberflächlichen Vergleich der bekannten Daten (vgl. Tabelle 1, 4 u. 5) offenkundig; hierzu auch Gutscher, FDP, S. 138ff. Für Niedersachsen hat Marten, Unterwanderte FDP, S. 365, die glaubhaft klingenden Zahlen von 5 689 Mitgliedern für 1949 und 6 918 für 1952 errechnet. Vor diesem Hintergrund stellen sich dann die Bemühungen der linksliberalen Landesverbände, die Delegiertensitze für die Bundesparteitage fast nur noch nach den bei Bundestagswahlen erzielten Wählerstimmen zu verteilen, die Ende 1952 zum Erfolg führten und die natürlich nicht zuletzt darauf abzielten, die Mehrheit des rechten Parteiflügels zu brechen (so Gutscher, FDP, S. 71ff.), in erster Linie als ein Versuch dar, die innerparteiliche Gewichtsverteilung auf eine nachprüfbare Grundlage zu stellen und so willkürlichen Manipulationen zu entziehen.

12 Stenographisches Protokoll d. 1. Parteikongresses d. FDP d. britischen Zone in Bad Pyrmont v. 18.–20. 5. 1946, S. 236 (FNS Akte Brit. Zone/Pyrmont).

An Hand der insbesondere aus dem britischen Besatzungsgebiet überlieferten Daten kann ihre Stärke in den drei Westzonen für Ende 1947 auf etwa 50 000, mit Berlin auf knapp 55 000 Mitglieder geschätzt werden[13]; etwa die gleichen Ziffern können für Mitte 1949 angenommen werden[14]. Die 60 000-Grenze haben die Liberalen mit großer Wahrscheinlichkeit zu keinem Zeitpunkt in den ersten Nachkriegsjahren überschritten; insofern müssen die Angaben über die Mitgliederstärke, die sich aus der Delegiertenverteilung für den Heppenheimer FDP-Gründungsparteitag im Dezember 1948 errechnen lassen, erheblich nach unten korrigiert werden[15], und Schätzungen, die für diese Zeit von bis zu 120 000 Mitgliedern ausgehen, erweisen sich als bloße Phantasieprodukte[16].

Demgegenüber zählte die Sozialdemokratische Partei Ende 1947 mit Berlin 875 479 Anhänger mit Parteibuch[17], die bayerische CSU erreichte zu diesem Zeitpunkt mit 82 200 Mitgliedern einen ersten Zenit ihrer Parteientwicklung[18], und die Christlich-Demokratische Union der Westzonen wird für Mitte 1948 auf 360 000 Mitglieder geschätzt[19].

Besser noch als diese absoluten Zahlen offenbart jedoch die Korrelation zwischen Mitgliederziffern und Wählerstimmen die im Vergleich zu den anderen Parteien nur geringe Fähigkeit der Liberalen, einen nennenswerten Anteil ihrer Wählerschaft fester und wenn möglich dauerhaft durch den Erwerb der Parteimitgliedschaft an sich zu binden: 1947 lag die Mitgliederdichte – bezogen auf die Landtagswahlergebnisse 1946/47 – bei etwa 2,71%, deutlich erfolgreicher schnitten lediglich die Hamburger Freien Demokraten mit 5,05% ab; zwei Jahre später – bei der Bundestagswahl 1949 – hatten sich diese Werte noch erheblich verschlechtert, im Schnitt waren jetzt lediglich 1,70% der liberalen Wähler auch Mitglied der Partei, Hamburg lag mit 3,68% wiederum klar über dem Mittelwert, Hessen (0,96%) und Rheinland-Pfalz (0,77%) unterschritten ihn am stärksten.[20] Ihre Ursachen hatte diese Entwicklung in der gestiegenen Zahl der Wahlberechtigten[21] und in den ganz außergewöhnlichen Erfolgen, die die Freien Demokraten in einzelnen Ländern – insbesondere in Hessen – bei der ersten Bundestagswahl erzielen konnten[22], während die Mitgliedszahlen stagnierten, ja, vielfach sogar

13 Vgl. unten Tabelle 1 sowie 3–5. Ernst Mayer bemerkte in einem Schr. an Hans Albert Kluthe v. 23. 9. 1948 (BA NL Kluthe Bd. 40): „Die Mitgliedszahl vermag ich auch nur annähernd mit etwa 40–50 000 anzugeben."

14 Vgl. unten Tabelle 2. Die dort genannte Zahl ergibt sich aus der in Tabelle 1 wiedergegebenen Berechnung nach dem Bremer Delegiertenschlüssel und unter Berücksichtigung der für Hamburg und Niedersachsen überlieferten abweichenden Daten (siehe Tabelle 3 u. 5). Zum Wahrscheinlichkeitsgehalt der für Bremen gemachten Angaben vgl. auch oben S. 218 Anm. 11.

15 Vgl. Tabelle 1 sowie S. 218.

16 So Haseloff, Parteien in der Bundesrepublik, S. 53, u. a. übernommen von Flechtheim (Hrsg.), Parteien der Bundesrepublik, S. 398.

17 Jahrbuch der SPD 1948/1949, S. 61.

18 Mintzel, CSU, S. 170.

19 Kaack, Geschichte und Struktur, S. 494.

20 Vgl. Tabelle 2.

21 Gegenüber den Landtagswahlen 1946/47 hatte sich bei der Bundestagswahl 1949 die Zahl der Wahlberechtigten um 5,28 Millionen – dies waren 20,8% – erhöht; berechnet nach d. Angaben bei Kaack, Geschichte und Struktur, S. 183ff. u. 196.

22 Vgl. unten Tabelle 6.

Tabelle 1

Die Mitgliederzahlen der liberalen Landesparteien 1946–1951

	20. 5. 46	31. 3. 47	31. 12. 47	11. 12. 48[10]	10. 6. 49[11]	1950/51[12]
Amerik. Z.						
Bayern				6 000	5 250	6 950
Bremen	599[2]		1 300[7]	2 000	750	1 400
Hessen				8 000	5 750	6 500
Württ.-B.	6 000[3]	6-7 000[5]		7 000	6 750	6 100
Brit. Z.	24 400[4]	27 752[6]				
Hamburg	5 100[4]	7 250[6]	6 720[8]	6 000	6 250	4 300
Nieders.	5 700[4]	7 717[6]		9 000	10 250	15 320
NRW	10 700[4]	10 785[6]	12 390[9]	14 000	12 750	28 240
SWH	2 900[4]	2 000[6]		4 000	3 250	2 750
Franz. Z.						
Baden				4 000	1 750	3 200
Rh.-Pf.				2 000	1 750	3 000
Württ.-H.				1 000	750	730
Berlin (W.)				7 000	4 750	4 400
Bundesg.[1]				70 000	60 000	82 890

Quellen u. Anmerkungen: 1) Einschl. Berlin (West). 2) 30. 6. 1946, FHMG 27. 4. 1945–30. 6. 1946, P. I, S. 47 (StA Bremen 16, 1/2, A1). 3) 30. 7. 1946, Bericht v. Ernst Mayer an d. Geschäftsführenden Vorstand d. DVP Württ.-Baden v. 30. 7. 1946, S. 4 (BA NL Heuss Bd. 407). 4) Wilhelm Hermes, in: Protokoll FDP-Zonenparteitag Bad Pyrmont v. 20. 5. 1946, S. 233 (FNS Akte Brit. Zone/Pyrmont). Von diesen Angaben sind die Zahlen für Oldenburg, Braunschweig, Westfalen und Schleswig-Holstein mit Sicherheit überhöht; vgl. oben S. 217 Anm. 10 u. unten Tabelle 4 u. 5. 5) 31. 12. 1946, Bericht d. DVP Württ.-Baden an d. amerik. Militärregierung Stuttgart f. d. Monate Dezember 1946 u. Januar 1947 v. 3. 2. 1947 (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 199). 6) Protokoll über d. Zonenvorstandssitzung d. FDP in d. brit. Zone am 3. 5. 1947 in Bielefeld, S. 2 (BA NL Blücher Bd. 230). Die für Hamburg genannte Zahl übersteigt die in Tabelle 3 genannte Ziffer um 453 Mitglieder, weil die dortige FDP auch Personen in ihrer Kartei führte, die eigentlich im Umland der Hansestadt wohnhaft waren und dort als Parteimitglieder hätten geführt werden müssen; ferner gilt erneut, daß die Angaben für Oldenburg und Braunschweig sowie möglicherweise auch Schleswig-Holstein zu hoch gegriffen sind. 7) Die Angabe bezieht sich auf BDVP und FDP zusammen; Protokoll d. Zonenvorstandssitzung d. FDP in d. brit. Zone am 7. 1. 1948 in Wangerooge, S. 1 (ebd.). 8) StA Hamburg FDP I A 41. 9) WDS Akte Tätigkeitsberichte. 10) Berechnet an Hand d. Delegiertenschlüssels für d. Heppenheimer Parteitag, vgl. d. Angaben in DPD-Rdschr. Nr. 6 v. 8. 10. 1948, S. 4 (FNS Akte Heppenheim), u. d. Aktennotiz v. Carl-Hubert Schwennicke über d. Gesamtvertretertag in Heppenheim am 11./12. 12. 1948, o. D., S. 2 (ebd.). Bei den oben genannten Zahlen handelt es sich um Mittelwerte, die von den Landesverbänden gemeldete Mitgliederziffer kann also um 500 Mitglieder höher oder niedriger liegen. Im übrigen erscheinen die Angaben fast durchgängig als überhöht; vgl. oben S. 218 Anm. 11. 11) Berechnet an Hand d. Delegiertenschlüssels f. d. Bremer Bundesparteitag, vgl. d. Niederschrift d. Sitzung d. FDP-Bundesvorstandes am 2./3. 4. 1949 in Bonn, S. 1 (FNS Akte Bundesvorstand), u. d. Niederschrift d. Verhandlungen d. Parteitages d. FDP am 12. 6. 1949 in Bremen, S. 1 (FNS A 1/3-4 Bl. 14). Als genaue Mitgliederzahl des schleswig-holsteinischen Landesverbandes wurde von dessen Vorsitzenden Oellers am 10. 6. 1949 3 077 genannt, vgl. d. Niederschrift d. Sitzung d. FDP-Bundesvorstandes am 10. 6. 1949 in Bremen, S. 2 (FNS Akte Bundesvorstand). Auch die hier aufgeführten Zahlen sind Mittelwerte – mit einer Abweichungsmöglichkeit von +/- 250. Sie erscheinen mit Ausnahme der niedersächsischen Angaben sowie eventuell auch der für Schleswig-Holstein und Berlin als durchaus realistisch, vgl. auch Tabelle 5. 12) Angaben d. Landesverbände f. d. Feststellung d. Delegiertenzahlen d. Bundesparteitages in München 1951, genannt bei Wildenmann, Partei und Fraktion, S. 98. Vgl. auch Gutscher, FDP, S. 76. Zu ihrem Wahrheitsgehalt s. oben S. 218.

Tabelle 2

Die relative Mitgliederstärke der liberalen Landesparteien 1946/47 und 1949[1]

	1946/47			1949		
	Wähler[3]	Mitgl.[4]	v. H.	Wähler[5]	Mitgl.[4]	v. H.
Amerik. Z.						
Bayern	172 242	—	—	404 145	5 250	1,30
Bremen	42 539	—	—	39 228	750	1,91
Hessen	252 207	—	—	597 081	5 750	0,96
Württ.-B.	247 710	6 500	2,62	318 498	6 750	2,12
Brit. Z.						
Hamburg	133 393[6]	6 741	5,05	143 371	5 277	3,68
Nieders.	215 815	7 717	3,58	252 141	4 516	1,79
NRW	298 995	10 785	3,61	581 456	12 505	2,15
SWH	53 359	2 000	3,75	103 492	3 077	2,97
Franz. Z.						
Baden	60 980	—	—	94 612	1 750	1,85
Rh.-Pf.	113 844	—	—	226 625	1 750	0,77
Württ.-H.	67 018	—	—	69 271	750	1,08
Bundesg.[2]	1 658 102	45 000[7]	2,71	2 829 920	48 125	1,70

Quellen u. Anmerkungen: 1) Mitglieder in v. H. der bei den Landtagswahlen 1946/47 bzw. d. Bundestagswahl 1949 für d. FDP abgegebenen Stimmen. 2) Ausschl. Berlin (West). 3) Nach Kaack, Geschichte und Struktur, S. 183ff. 4) Vgl. d. in d. Tabellen 1 sowie 3–5 genannten Quellen; es wurden jeweils d. wahrscheinlichsten Daten herangezogen. 5) Nach Schachtner, Nachkriegswahlen, S. 11. 6) Das Hamburger Wahlgesetz gab jedem Wähler vier Stimmen; die FDP erhielt 509 632 Stimmen, aus denen sich die oben genannte Zahl errechnen läßt, da auf einen gültigen Stimmzettel im Schnitt 3,82 Stimmen entfielen; vgl. Lange, FDP, S. 380. 7) Schätzung.

rückläufig waren. Jedenfalls blieben die Liberalen mit dieser Mitgliederdichte nicht nur – was nicht überraschen kann – weit hinter der traditionell mitgliederstarken Sozialdemokratie zurück, deren Mitgliederzahl 1947 13,48% und 1949 immerhin noch 9,92% der auf sie entfallenen Wählerstimmen entsprach[23], sondern sie konnten auch nicht mit der Entwicklung bei den Unionsparteien Schritt halten: 1947 lag die CDU bei etwa 6,7%[24], für die CSU werden 5,2% angegeben[25]; Vergleichszahlen für 1949 liegen leider nicht vor, doch muß für die CDU/CSU ebenfalls von einem Absinken dieser Werte ausgegangen werden.

Denn in die Zeit zwischen den Landtagswahlen 1946/47 und der Bundestagswahl 1949 fällt – wie bereits angedeutet – auch jene grundlegende Umkehrung des Entwicklungstrends der Mitgliederzahlen zumindest der beiden „großen" Parteien, deren entscheidender Auslöser die Währungsreform am 20. Juni 1948 war: Der Gründungs- und Aufbauphase folgte ein mehrjähriger Abschwung, der erst Mitte der fünfziger

23 Berechnet nach d. bei Kaack, Geschichte und Struktur, S. 183ff., aufgeführten Wahlergebnissen u. d. im Jahrbuch d. SPD 1948/1949, S. 61, genannten Mitgliederzahlen, jeweils ohne Berlin.
24 Berechnet nach d. Angaben bei Kaack, Geschichte und Struktur, S. 183ff. u. 494.
25 Mintzel, CSU, S. 169.

Jahre wieder in ein langsames Wachstum überging.[26] Ob bei den Freien Demokraten eine parallele oder gegenläufige Entwicklung ablief, läßt sich auf Grund der lückenhaften Datenbasis nur nach ausführlicheren Vergleichsanalysen abschätzen. Die bisherige Forschung geht für die erste Hälfte der fünfziger Jahre in aller Regel von einer FDP-Mitgliederzahl um 80 000 aus[27], eine Schätzung, die wegen der in sie eingeflossenen weit überzogenen Angaben der Landesverbände Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen um wenigstens 20 000 zu hoch gegriffen ist[28]. Nimmt man demgegenüber die realistischere Zahl von rund 55 000 bis äußerstenfalls 60 000 Mitgliedern an, so kann auch für die Freien Demokraten in der Abschwungphase 1948–1955 zumindest eine Stagnation der Mitgliederstärke angenommen werden, in einzelnen Landesverbänden ist darüber hinaus sogar eine Abnahme wahrscheinlich.

Exakt nachweisbar ist ein solcher Rückgang für die hamburgische FDP, die bereits im September 1947 mit 6 856 Mitgliedern ihren höchsten Bestand erreichte. Danach setzte eine zunächst allmähliche Abwärtsentwicklung ein, die sich unmittelbar nach der Währungsreform drastisch beschleunigte; der rückläufige Trend flachte dann zwar im Laufe des Jahres 1949 geringfügig ab, doch setzte er sich bis in die fünfziger Jahre hinein fort.[29] Über die Motive, die allein in den knapp anderthalb Jahren zwischen Juni 1948 und November 1949 immerhin weit mehr als 20% der Parteimitglieder zum Austritt veranlaßten, sind wir zum Teil durch eine Umfrageaktion unterrichtet, die die FDP-Landesgeschäftsstelle im zweiten Halbjahr 1948 durchführte: 171 oder 58,2% der Ausgetretenen, die sich zu einer Äußerung über ihre Gründe bereitfanden, nannten die Währungsreform und deren Konsequenzen für ihre finanziellen Verhält-

Tabelle 3

Die Mitgliederentwicklung der FDP Hamburg 1946–1949

20. 05. 1946	5 100	31. 03. 1948	6 545
30. 09. 1946	6 400	30. 06. 1948	6 422
31. 12. 1946	6 741	30. 09. 1948	6 046
		31. 12. 1948	5 785
31. 03. 1947	6 797		
30. 06. 1947	6 831	31. 10. 1949	5 277
30. 09. 1947	6 856	30. 11. 1949	5 118
31. 12. 1947	6 720		

Quellen: StA Hamburg FDP I A 41 sowie d. in Tabelle 1 Anm. 2 genannte Quelle f. d. Angabe v. 20. 5. 1946.

26 Kaack, Geschichte und Struktur, S. 493ff. Die CDU ging bis April 1954 auf 215 000 Mitglieder zurück (ebd., S. 494), die CSU bis 1955 auf ca. 35 000 (Mintzel, CSU, S. 224) und die SPD bis zum 31. 12. 1954 auf 585 479 (Jahrbuch d. SPD 1954/1955, S. 192; vgl. auch Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 264ff. u. 386ff.).

27 Vgl. neben d. Angaben v. Wildenmann u. Gutscher (oben in Tabelle 1) insbesondere Körper, FDP, S. 41, der Mitgliederzahlen von 80–90 000 nennt.

28 Hierzu oben S. 218.

29 Vgl. Tabelle 3.

Tabelle 4

Die Mitgliederentwicklung der FDP Nordrhein-Westfalen 1946–1948

	Nordrhein	Westfalen	Nordrh.-Westf.
16. 01. 1946[1]	2 800		
20. 05. 1946[2]	3 700	7 000	10 700
29. 06. 1946[3]	3 359		
31. 12. 1946[4]	5 000		
31. 03. 1947[5]	6 400	4 385	10 785
30. 04. 1947[1]	6 631		
31. 07. 1947[6]			12 070
31. 12. 1947[7]	7 344	5 046	12 390
21. 06. 1948[8]	7 468	5 037	12 505

Quellen: 1) Bericht über d. Arbeit d. Landesverbandes Nordrhein von d. Gründung bis zum heutigen Tage, o. D. (Ende Mai 1947) (WDS Handakten). 2) Wie Tabelle 1 Anm. 4. 3) Protokoll d. Landesparteitages d. FDP-Nordrhein am 29. 6. 1946 in Düsseldorf, S. 2 (FNS NL Rapp Fs. 3). 4) Aktennotiz z. Landesausschußsitzung d. FDP-Nordrhein am 14. 1. 1947 in Düsseldorf (ebd. Fs. 4). 5) Wie Tabelle 1 Anm. 6. 6) Rechenschaftsbericht d. FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen v. August 1947 bis Juli 1948 (WDS Ia/10). 7) Wie Tabelle 1 Anm. 9. 8) Aufstellung d. Delegiertenzahlen f. d. Landesparteitag d. FDP Nordrhein-Westfalen am 31. 7./1. 8. 1948 (WDS Ia/11).

Tabelle 5

Die Mitgliederentwicklung der FDP Niedersachsen 1946–1952

	Hannover	Oldenburg	Braunschweig	Niedersachsen
20. 05. 1946[1]	3 200	1 700	800	5 700
31. 07. 1946[2]	3 049			
30. 09. 1946[2]	3 395			
31. 12. 1946[2]	3 777			
31. 03. 1947[3]	4 307	2 410	1 000	7 717
30. 04. 1947[4]	4 322			
1949[5]	4 516	718	455	5 689
1952[5]	5 177	1 008	733	6 918

Quellen: 1) Wie Tabelle 1 Anm. 4. 2) Schr. d. FDP-Zonenschatzmeisters, Eduard Wilkening, an d. Landesverband Hannover v. 20. 5. 1947 (FNS Akte Brit. Zone /Organisation); vgl. auch d. Protokoll über d. ordentlichen Landesparteitag d. FDP-Landesverbandes Niedersachsen in Hannover am 28. 5. 1947, S. 2 (BA NL Blücher Bd. 247). 3) Wie Tabelle 1 Anm. 6. 4) Protokoll über d. Landesparteitag am 28. 5. 1947, S. 2 (a. a. O.). 5) Marten, Unterwanderte FDP, S. 365.

nisse, lediglich 52 oder 17,7% führten politische Überlegungen an; die übrigen 71 (24,1%) sprachen von persönlichen Gründen.[30]

Die Hamburger Umfrage unterstreicht damit die durchgreifenden und vor allem schlagartig einsetzenden Veränderungen, die die Währungsumstellung, nämlich die radikale Abschöpfung überschüssiger Kaufkraft, von der die Parteien in der vorangegangenen Zeit nicht unerheblich profitiert hatten[31], im politischen Aktionsfeld bewirkt hatte. Doch zugleich deuten die aus der Hansestadt überlieferten Daten zur Mitgliederent-

30 StA Hamburg FDP I A 41. Insgesamt traten vom 1. 7. bis 31. 12. 1948 687 Mitglieder aus der Partei aus, von denen 393 (57,2%) keine Angaben über ihre Motive machten.

31 Vgl. unten d. Abschnitt über die Finanzierung.

wicklung – das Einsetzen des Rückgangs schon im Herbst 1947 und die Langfristigkeit, mit der sich dieser Abwärtstrend auch noch fortsetzte, als die konkreten Folgen der währungspolitischen Maßnahmen bereits lange überwunden waren – an, daß der Abschwungsphase auch noch andere, genuin politische Ursachen zugrundeliegen müssen: In Hamburg sind dies unübersehbar das erfolgreiche Wirken der CDU, die mehr und mehr die relativ starke Position aufbrechen konnte, welche sich die Liberalen aufgrund der politischen Tradition der Hansestadt zunächst noch hatten sichern können[32], und der Konkurrenzdruck, der von der Deutschen Partei seit 1948/49, seit deren „Erweiterung zur norddeutschen Regionalpartei" ausging[33]. In die gleiche Richtung weist schließlich die Tatsache, daß in einigen anderen FDP-Landesverbänden die Mitgliederzahl allenfalls kurzfristig zurückging und schon im Laufe des Jahres 1949 wieder der Stand von vor der Währungsreform erreicht oder gar überschritten wurde – relativ zuverlässig belegbar ist dies für Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen[34], zwei Länder also, in denen die liberalen Parteiführungen in jener Zeit – wie es nach den Mitgliederzahlen scheint, mit gewissem Erfolg – ganz auf das Konzept einer betont nationalen, bürgerlichen Sammlungsbewegung gesetzt hatten. Und auch soweit diese Zusammenhänge bisher für andere Parteien untersucht worden sind, kamen die Analysen zu dem Ergebnis, daß sich die Parteien zwar allgemein durch die währungspolitischen Maßnahmen vor erhebliche Probleme in der Mitgliederentwicklung, in der Finanzierung und in ihrem Organisationsstand gestellt sahen, daß diese Schwierigkeiten sich aber nur bei den Parteien und in den Regionen zu einem signifikanten Einbruch und Rückschlag ausweiteten, wo sie mit einer umfassenderen Parteikrise zusammenfielen.[35]

Allerdings waren bei den Liberalen nicht nur in der Abschwungphase seit 1948, auf deren grundsätzlichen Charakter wir noch einmal zurückzukommen haben werden, starke regionale Differenzen in der Mitgliederentwicklung zu verzeichnen gewesen. In den vorangegangenen Aufbaujahren hatte nämlich die Mitgliedschaft in den beiden traditionellen linksliberalen Hochburgen Württemberg-Baden und Hamburg bereits im Spätsommer 1946 eine Größenordnung erreicht, die in der Folgezeit nur noch unwesentlich erweitert werden konnte. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Liberalen in den meisten anderen Regionen jedoch noch keineswegs konsolidieren können: Die Mitgliederzahlen der hannoverschen

32 Vgl. oben S. 93.
33 Hierzu Meyn, Deutsche Partei, bes. S. 18ff.
34 Vgl. Tabelle 4 u. 5.
35 So für die CSU Mintzel, CSU, S. 222ff., der als politische Ursachen ihrer „Rückbildung zur Honoratiorenpartei" die Rebellion Fritz Schäffers, also Auseinandersetzungen divergierender politischer und sozialer Kräfte in der Partei selbst, und nicht zuletzt die sich für die Union schon bald als überaus gefährlich erweisende Konkurrenz der am 29. 3. 1948 landesweit lizenzierten Bayernpartei nennt; hierzu auch Unger, Bayernpartei, S. 72ff. u. 150ff. Für die SPD-Mitgliederentwicklung vgl. d. instruktive Analyse v. Schütz, Sozialdemokratie, S. 199ff., der die Überalterung der SPD-Mitgliedschaft, die Probleme der Partei bei der Integration von Vertriebenen und insbesondere ihren Verschleiß in der Regierungsverantwortung auf der Länderebene anführt, u. Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 93.

Tabelle 6

Die Entwicklung der Stimmenanteile der liberalen Landesparteien 1946–1951 (in v. H. der gültigen Stimmen)

	KW 1946	VLV 1946	LW 1946/47	KW 1947/48	BW 1949	LW 1950/51
Amerikanische Zone						
Bayern	2,3	2,5	5,6	5,1	8,5	7,1
Bremen	16,9	—	19,4	—	12,9	11,8
Hessen	7,3	8,1	15,7	21,9	28,1	31,8
Württemberg-Baden	19,5	18,2	19,5	17,4	18,2	21,0
Britische Zone						
Hamburg	—	—	18,2	—	15,8	—
Niedersachsen	7,6	—	8,8	9,4	7,5	8,4
Nordrhein-Westfalen	4,3	—	5,9	6,9	8,6	12,1
Schleswig-Holstein	6,1	—	5,0	5,7	7,4	7,0
Französische Zone						
Baden	14,4	—	14,3	19,1	17,4	—
Rheinland-Pfalz	5,9	—	9,8	10,5	15,8	16,7
Württ.-Hohenzollern	10,4	—	17,7	—	15,3	—

Quellen: Schachtner, Nachkriegswahlen; Wahlen des Jahres 1946 in Württemberg-Baden; Statistische Monatshefte Württemberg-Baden 2, 1948, S. 231ff.; Statistisches Landesamt (Hrsg.), Wahlen 1946/47 in Baden, S. 7; Statistische Mitteilungen für Baden 1948, S. 59f.; Württemberg in Zahlen 2, 1947, S. 210ff. Die Abkürzungen bedeuten: KW = Kreistagswahlen, VLV = Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung, LW = Landtags- bzw. Bürgerschaftswahl, BW = Bundestagswahl.

und der nordrhein-westfälischen Freien Demokraten näherten sich erst Mitte bis Ende 1947 einem gewissen Sättigungsgrad.[36] Umfassender läßt sich diese regionale Phasenverschiebung im Parteiaufbau an der Entwicklung der Stimmenanteile ablesen, die die Liberalen in den Wahlen der Jahre 1946-1951 erzielten.[37]

Die drei südwestdeutschen und die beiden hansestädtischen Landesorganisationen konnten bereits bei den ersten allgemeinen Wahlen[38] im Frühjahr bzw. Herbst 1946 jeweils zweistellige Anteile der Wählerstimmen gewinnen und damit zugleich – abgesehen von der DVP Württemberg-Hohenzollern – das Stimmenreservoir, das sich ihnen in den folgenden Jahren als zugänglich erwies, gewissermaßen aus dem Stand weitestgehend oder gar vollständig ausschöpfen. In der Endphase unseres Untersuchungszeitraumes, nämlich in der Bundestagswahl 1949 und in der zweiten Serie von Landtagswahlen, zeigten dagegen die Ergebnisse dieser Landesverbände – mit Ausnahme Württemberg-Badens – eine leichte, zum Teil auch recht deutlich absteigende Tendenz.

Alle anderen Landesorganisationen begannen ihr parlamentarisches Wirken mit Wahlergebnissen, die ihre politische Zukunft in keiner Weise gesichert erscheinen ließen, zumal ihre Stimmenanteile nicht nur von der

36 Vgl. Tabelle 4 u. 5.
37 Vgl. Tabelle 6.
38 Die Gemeindewahlen, die vor allem in der amerikanischen Zone noch früher stattfanden, werden wegen der fehlenden Vergleichbarkeit der Ergebnisse hier außer acht gelassen.

CDU/CSU und den Sozialdemokraten übertroffen wurden, sondern auch von der KPD sowie in einigen Ländern von weiteren Parteien (WAV, DP, Zentrum). In der Folgezeit entwickelte sich diese zweite, zunächst weniger erfolgreiche Gruppe allerdings auseinander: Die Freien Demokraten Bayerns, Niedersachsens und Schleswig-Holsteins konnten sich allmählich auf einem relativ niedrigen Niveau von 7–9% der Stimmen stabilisieren, während die hessischen, nordrhein-westfälischen und rheinland-pfälzischen Liberalen vor allem seit 1948/49 in den Bereich zweistelliger Stimmenanteile vorstießen, ja, die LDP Hessens sich mit 28,1% der Stimmen in der Bundestagswahl 1949 und 31,8% in der Landtagswahl 1950 sogar zur zweitstärksten politischen Kraft in ihrem Lande entwickelte.

Über die Tatsache hinaus, daß insofern auch nach 1945 einige der bis ins Kaiserreich zurückzuverfolgenden liberalen Hochburgen durchaus noch bestanden, weisen diese Differenzierungen – mit Blick auf die Liberalen betrachtet – auf zwei unterschiedliche Typen von politischen Regionen hin: In Südwestdeutschland und in den Hansestädten – also den sogenannten linksliberalen Hochburgen – war die personelle Kontinuität in Parteiführung, Mitglied- und Anhängerschaft so ausgeprägt und die politische Zielsetzung der Partei der Öffentlichkeit von vornherein so deutlich, anders formuliert, die liberale Tradition so stark, daß die wiedergegründeten Landesorganisationen auf Anhieb ihre Stellung aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus von neuem einnehmen, ja, während der Weimarer Republik verlorene Positionen zurückerobern konnten. Zugleich waren sie konstitutive Elemente des unter der Aufsicht der Besatzungsmächte 1945/46 geschaffenen Parteiensystems.

Dagegen war die Entwicklung in den übrigen Ländern – darunter nicht nur Gebieten, die sich dem Liberalismus schon immer weitgehend verweigert hatten, sondern auch sogenannten nationalliberalen Hochburgen – dadurch gekennzeichnet, daß abgesehen von manchen konkreten Anfangsschwierigkeiten personelle Kontinuitäten und politische Traditionen sichtlich nicht ausreichten, die liberalen Landesorganisationen auch hier von vornherein fest zu etablieren. Erst im Zuge der Krise dieses Lizenzparteiensystems, nun antretend unter der Parole einer nationalen Opposition gegen die „etablierten" Parteien gelang es den Liberalen, sich auch in einer Reihe von Regionen dieser zweiten Gruppe zu konsolidieren und den organisatorischen Vorsprung der „linksliberalen" Landesverbände weitgehend aufzuholen, zumal diese ja selber in der Krise in die Defensive geraten waren.

Über die Tatsache hinaus, daß genau in diese Situation des Umbruchs, des Wechsels der politischen Initiative zwischen den innerparteilichen Flügeln die Gründung der liberalen Bundespartei fiel, barg die geschilderte regionale Verteilung der Mitglieder- und Wählerschaft sowie deren differierende Entwicklungstendenzen jedoch noch eine zusätzliche politische Sprengkraft. Zu Zeiten unverbindlicher, sich jedenfalls noch nicht in festen organisatorischen Formen vollziehender politischer Kontakte zwischen den liberalen Landesparteien wie auch in der späteren Phase ja zumeist paritätisch besetzter Koordinierungsgremien waren natürlicher-

weise als Ausweis des jeweiligen politischen Erfolgs in erster Linie die relativen Stimmenanteile herangezogen worden. Eine nach diesem Kriterium erstellte Bilanz mußte vor allem die DVP Württemberg-Baden in ihrem innerparteilichen Führungsanspruch bestärken, waren es doch – wie wir gesehen haben – gerade die ihr nahestehenden Landesverbände Südwestdeutschlands und der Hansestädte, die mit Stimmenanteilen von 15–20% glänzen konnten. Dieses Bild verschob sich jedoch im Zuge der Konstituierung der Bundespartei – ganz abgesehen von den geschilderten politischen Veränderungen – allein dadurch zugunsten des rechten Parteiflügels, daß für die Berechnung der Delegiertenverteilung zum Heppenheimer Gründungskongreß und zu den späteren Bundesparteitagen zwangsläufig die absoluten Mitglieder- und Stimmenzahlen zugrundezulegen waren. Allein die Landesverbände Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen stellten nach dem sowohl die Mitglieder- wie die Wählerstärke berücksichtigenden Schlüssel in Heppenheim 43,8% und in Bremen 40,5% der Parteitagsdelegierten.[39] Zusammen mit den ihnen zumindest zu einem großen Teil politisch nahestehenden Delegierten aus Berlin und Schleswig-Holstein verfügten sie damit über ein klares Übergewicht. Gerade die Spannung zwischen einer noch nicht völlig gefestigten Mehrheit des rechten Parteiflügels und dem Führungsanspruch seiner innerparteilichen Widersacher mit der DVP Württemberg-Baden an der Spitze, dessen politische Basis sich nun zunehmend als brüchig erwies, kennzeichnete daher die Entwicklung der Liberalen in den Jahren 1948/49 und prägte auch nachhaltig die Konstituierung der Freien Demokratischen Partei auf der Bundesebene.

2. Die Finanzierung

Bei kaum einem anderen Aspekt der Struktur politischer Parteien klaffen das Interesse, das ihm sowohl in der Tagespolitik wie von der wissenschaftlichen Forschung entgegengebracht wird, und die von dieser Neugier zutage geförderten Erkenntnisse derart weit auseinander wie im Falle der Parteifinanzierung. Seit Max Weber[1] hat die moderne Soziologie, seit den ausgehenden fünfziger Jahren auch die neuere Parteigeschichtsschreibung[2] versucht, der Bedeutung finanzieller Fragen für die innerparteiliche Einflußverteilung, für den politischen Handlungsspielraum der Parteien, ja, für ihr jeweiliges Gewicht im politischen System

39 Vgl. d. Delegiertenzahlen in d. Aktennotiz v. Carl-Hubert Schwennicke über d. Gesamtvertretertag in Heppenheim am 11./12. 12. 1948, o. D., S. 2 (FNS Akte Heppenheim), u. in d. Niederschrift d. Verhandlungen d. Parteitages d. FDP am 12. 6. 1949 in Bremen, S. 1 (FNS A 1/3-4 Bl. 14).

1 Vgl. seine Bemerkungen in: Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Aufl., Tübingen 1972, S. 168.
2 Hier ist besonders Thomas Nipperdeys große Studie über die „Organisation der deutschen Parteien" zu nennen.

überhaupt durch eingehende Analysen gerecht zu werden. Doch wohl ebensolange gilt, daß über die Rolle des Geldes in den Parteien vieles vermutet, manches glaubhaft gemacht und nur weniges sicher belegt werden kann. Dieser Mangel an zuverlässigen Quellen ist nicht allein eine Folge der von den Parteien selbst aus zumeist naheliegenden Gründen betriebenen Verschleierung, sondern geht – gerade bei den Liberalen – oft auch auf organisatorische Schwächen, auf die weitgehende Unkenntnis der Parteien über ihre eigenen Finanzen zurück.[3] Jedenfalls muß sich jede Untersuchung insbesondere davor hüten, die in der Regel zahlreich vorhandenen Lücken allzu schnell durch Extrapolationen zu füllen und allzu kurzschlüssig Geld und Politik, finanzielle Zuwendung und politische Entscheidung miteinander in Beziehung zu setzen.

Um es gleich vorwegzunehmen: Auch für die liberalen Landesparteien der ersten Nachkriegsjahre gilt, daß über ihre Finanzierungssysteme aus den Quellen nur sehr ungleichmäßige und zumeist fragmentarische Angaben zu gewinnen sind; mehr noch als für andere historische Phasen bleiben vor allem die Herkunft der Spenden und damit die Rolle einzelner großer Geldgeber im Dunkeln. Dennoch treten für die liberale Parteifinanzierung in dem hier zu behandelnden Zeitraum zwei charakteristische Momente deutlich – und zugleich sicher belegbar – hervor: nämlich zum ersten, daß die Liberalen – anders als vor 1933 und nach 1948 – finanziell von einflußreichen Interessenvertretern weitgehend unabhängig waren, und zum zweiten die einschneidenden Wirkungen, die von der Währungsreform in einem sehr direkten Sinne auf die Parteien ausgingen. Daraus ergibt sich für die folgende Darstellung zwingend eine scharfe Trennung zwischen der Zeit vor und nach dem 20. Juni 1948; die Quellenlage bedingt ferner, daß im Mittelpunkt die Finanzstruktur der DVP Württemberg-Baden steht, von der ausgehend dann der Vergleich mit den anderen liberalen Landesparteien versucht wird.

Obwohl gerade der völlige Neuaufbau eines organisatorischen Apparates unter den Bedingungen eines modernen demokratischen Systems von den Parteien erhebliche finanzielle Anstrengungen verlangt, war die Geldbeschaffung für die liberalen Gründerkreise, die sich seit dem Spätsommer 1945 auf lokaler und regionaler Ebene zusammenfanden, kein Thema, mit dem sie sich ausführlicher auseinandersetzten. Nicht zuletzt darin trat der Honoratiorencharakter der Gründerkreise deutlich hervor – weniger in dem Sinne, daß es sich hier um die traditionell liberale, eben aus dem Zeitalter der Honoratiorenpolitik stammende Vernachlässigung organisatorischer und finanzieller Fragen handelte, sondern mehr insofern, als sich die Vielzahl der hier versammelten Rechtsanwälte, Ärzte, Kaufleute, Unternehmer und sonstigen Selbständigen geradezu selbstverständlich bereitfand, ihr politisches Engagement auch durch entsprechende finanzielle Zuwendungen zu unterstützen. Ohne große Schwie-

3 Darauf hat hinsichtlich der Deutschen Volkspartei Döhn, Politik und Interesse, S. 350, aufmerksam gemacht.

rigkeiten brachte etwa der FDP-Landesverband Nordrhein am 16. Januar 1946 9 000 RM für die zonale und die eigene Parteiorganisation durch Umlagen der wenigen zu diesem Zeitpunkt bereits bestehenden Kreisverbände zusammen.[4] Allgemein wurden mit den sogenannten Eintrittsgeldern Einnahmen erzielt, die um ein Vielfaches über denen aus normalen Mitgliedsbeiträgen lagen.[5] Und es war auch keine Seltenheit, daß einzelne führende Politiker „Darlehen" in Höhe von mehreren tausend RM zur Verfügung stellten.[6]

Mittel- und langfristig aber konnten natürlich auch die liberalen Landesparteien nicht mit einer derart unsystematischen und willkürlichen Finanzierung leben. Im Zuge ihrer Konstituierung waren nähere Regelungen allerdings nur für die Mitgliedsbeiträge getroffen worden: Die Satzung der DVP Württemberg-Baden etwa schrieb einen monatlichen Mindestbeitrag von 1 RM vor, überließ aber im übrigen die Beitragshöhe der „Selbsteinschätzung" der Mitglieder. Eine Hälfte der eingehenden Beiträge sollte den Untergliederungen der Partei für ihre Arbeit zur Verfügung stehen, die zweite an den Landesverband abgeführt werden.[7] Gleiche oder ähnliche Bestimmungen kannten auch die Statuten der anderen Landesverbände[8]; wenn von diesen Grundsätzen abgewichen wurde, so nur im Sinne von noch geringeren finanziellen Forderungen an die Mitglieder[9]. Diese Bestimmungen der Nachkriegssatzungen

4 Aktennotiz über d. Tagung d. FDP-Landesverbandes Nordrhein am 16. 1. 1946 in Düsseldorf u. Protokoll über d. gleiche Sitzung (WDS Handakten).

5 Die LDP Hessen kalkulierte z.B. für die erste Jahreshälfte 1946 die Mitgliedsbeiträge mit monatlich 525 RM, konnte jedoch im Januar 1946 zusammen mit den „Eintrittsgeldern" noch 4 200 RM einnehmen; Finanzbericht d. LDP Hessen f. d. Zeit vom 1. 1.–31. 5. 1946 (NL Fertsch Akte LDP-Korrespondenz).

6 Der Vorsitzende d. FDP-Landesverbandes Hannover, der Seifenfabrikant Franz Henkel, deckte durch zwei nicht rückzahlbare Darlehen in Höhe von 10 538,15 RM Schulden seines Landesverbandes bei der Zonenorganisation ab, der erste Generalsekretär der Zone, der Weinbrennereibesitzer Wilhelm Hermes, stellte in einer kritischen Finanzsituation Ende 1946 10 000 RM zur Verfügung. Vgl. d. Bericht d. früheren Schatzmeisters d. FDP d. britischen Zone, Eduard Wilkening, über d. Entwicklung d. Finanzlage d. Zone v. 3. 9. 1947 (StA Hamburg FDP I A 129).

7 Satzung d. DVP Württemberg-Baden v. 29. 1. 1946, § 10 (BA NL Heuss Bd. 407).

8 Satzung d. DVP Württemberg-Hohenzollern v. 20. 5. 1948, § 9 (FDP Stuttgart): 1 RM Mindestbeitrag, Selbsteinstufung. „Über die von den Kreisgruppen an den Landesverband abzuführenden Beträge beschließt alljährlich der Landesvertretertag." Satzung der LDP Hessen v. 12. 4. 1947, §§ 4 u. 14 (NL Fertsch Akte LDP-Satzung): 12 RM Mindestbeitrag jährlich, ein Drittel der Mindestbeiträge ist an den Landesverband abzuführen. Mauch, Bayerische FDP, S. 101: Die Festsetzung der Höhe der Mitgliedsbeiträge war den Kreisvereinen überlassen, der Landesverband forderte pro Mitglied monatlich 0,50 RM. Rdschr. L.V. 46/1 d. Landesverbandes Hannover d. Demokratischen Union v. 24. 1. 1946, S. 2 u. 5 (BA NL Heile Bd. 92): Die Kreisverbände, die in der Beitragsgestaltung frei sind, müssen 50% der eingezogenen Beiträge an den Landesverband abführen. Satzung d. FDP-Landesverbandes Niedersachsen v. 23. 9. 1947, § 10 (FNS Akte LV vor 1946): Der Landesverband erhält 0,50 RM von den Mitgliedsbeiträgen, die an die Kreisverbände gezahlt werden. Satzung d. PFD Hamburg v. 27. 9. 1945, § 9 (StA Hamburg FDP I A 2): 2 RM Mitgliedsbeitrag. Seit der Satzung v. 8. 5. 1948, § 5 (ebd. A 3 Bd. 1), galt dieser Beitrag als Mindestbeitrag. Die verschiedenen Satzungen des FDP-Landesverbandes Nordrhein bzw. Nordrhein-Westfalen (FNS Akte NRW 1945-48 u. NL Rapp Fs. 2) kannten keine detaillierten Beitragsfestsetzungen, doch mußten die Kreisverbände 0,50 RM an die Landesorganisation abführen, die wiederum 0,25 RM an den Zonenverband weiterleitete; vgl. d. Bericht über d. Arbeit d. FDP-Landesverbandes Nordrhein v. Ende Mai 1947 (WDS Handakten).

9 Vorläufige Satzung d. DP Baden v. 20. 1. 1946, § 15 (StA Freiburg NL Vortisch Fs. 10): Die Ortsvereine müssen pro Jahr lediglich 1 RM an den Landesverband abführen, weiterge-

bewegten sich ganz im Rahmen der traditionellen liberalen Parteifinanzierung[10]; vor allem mit der Wiederaufnahme des Prinzips der Selbsteinstufung gaben die Parteigründer zu erkennen, daß sie auch nach 1945 nicht gewillt waren, mit aller Konsequenz dafür einzutreten, der Finanzierung in den Mitgliedsbeiträgen ein solides Fundament zu geben.

Trotzdem hätte allein schon eine strikte Realisierung der genannten Regelungen beträchtliche Einnahmen erbringen müssen. So konnte z.B. der Landesverband der DVP Württemberg-Baden bei einer von Ernst Mayer Ende Juli 1946 auf 6 000 geschätzten Mitgliederzahl[11] mit Mindesteinnahmen aus den Beiträgen in Höhe von 36 000 RM jährlich rechnen. Doch bereits auf der Landesausschußsitzung am 30. März 1946 klagte der DVP-Generalsekretär, „daß die Parteifreunde offenbar immer noch viel zu wenig von der Notwendigkeit einer sauberen Organisation und einer ausreichenden Finanzierung überzeugt seien. Die Rundschreiben des Landesverbandes, die Aufforderungen zu Meldungen und zur Abführung von Beiträgen und Spenden fänden nur ein säumiges Echo."[12]

Diese Schwierigkeiten traten nicht nur in der ersten Phase des Parteiaufbaus auf, die etwa im Juli 1946 insofern abgeschlossen werden konnte, als die DVP nun in allen Kreisen Württemberg-Badens – wenn auch zum Teil nur stützpunktartig – vertreten war.[13] Vielmehr wiesen die Jahresabrechnung für 1946, an Beiträgen gingen beim Landesverband ganze 2 707,50 RM oder 2,25% der Einnahmen ein[14], und die für das Frühjahr 1948 überlieferten Zahlen, nach denen in den Monaten Januar bis März nur noch 285,50 RM Mitgliedsbeiträge verbucht werden konnten[15], drastisch aus, daß in diesem Bereich die Finanzierungsbemühungen als gescheitert angesehen werden mußten.

Die ungenügende Abführung der Mitgliedsbeiträge und der geringe Anteil, den diese Einnahmeart zum Etat der Landesorganisation beitrug, waren – soweit die vorliegenden Quellen hier ein Urteil erlauben – auch für die Finanzstruktur der meisten anderen liberalen Landesparteien charakteristisch. In der Regel verging kaum eine Finanzdebatte ohne Beschwerden über die ausbleibenden Zahlungen der Orts- und Kreis-

---

hende Regelungen bestehen nicht. Vgl. auch d. Protokoll d. Sitzung d. vorläufigen geschäftsführenden Vorstandes d. DP Baden am 24. 2. 1946 (Akten Stahl). Niederschrift über d. Tagung d. FDP im Bezirk Südwestfalen am 26. 1. 1946 in Hagen (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 1): Die Ortsgruppen sollen einen Mindestbeitrag von 0,50 RM erheben, von dem je 0,10 RM an den Bezirks-, Landes- und Zonenverband weiterzuleiten sind.

10 Vgl. Nipperdey, Organisation S. 152ff., 190, 227, 231 u. 235f., Albertin, Liberalismus und Demokratie, S. 186ff., u. Döhn, Politik und Interesse, S. 349ff.

11 Bericht an d. Geschäftsführenden Vorstand d. DVP Württemberg-Baden v. 30. 7. 1946, S. 4 (BA NL Heuss Bd. 407). Vgl. auch d. Bericht d. DVP an d. amerikanischen Militärregierung f. d. Monate Dezember 1946 und Januar 1947 v. 3. 2. 1947, S. 2 (ebd.), wo von 6 000 bis 7 000 Mitgliedern gesprochen wird, u. oben S. 220.

12 Rdschr. Inf. 5 d. DVP Württemberg-Baden v. 15. 4. 1946 (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 199).

13 Bericht Ernst Mayers an d. Geschäftsführenden Vorstand v. 30. 7. 1946, S. 1 (a.a.O.).

14 Bericht d. Rechnungsprüfers Hermann Kropp v. April 1947 über d. Rechnungslegung d. DVP Württemberg-Baden f. d. Jahr 1946 (BA NL Heuss Bd. 407).

15 Niederschrift d. Sitzung d. Finanzierungsausschusses d. DVP Württemberg-Baden am 5. 4. 1948 (ebd.).

gruppen[16] und ohne die abschließende Feststellung: „Die von den Kreisgruppen eingegangenen Beitragsanteile stellen nur einen geringen Bruchteil der Gesamteinnahmen des Landesverbandes dar."[17] Wenn – wie in Bayern – der Beitragsanteil zeitweise knapp 10% an den Einkünften des Landesverbandes erreichte[18], war dies wohl eine seltene Ausnahme. Positiver stellte sich die Lage nur für die FDP Hamburg dar, da hier mehrere günstige Voraussetzungen – eine beträchtliche Mitgliederstärke, eine relativ gut funktionierende Landesgeschäftsstelle und der in einem Stadtstaat direktere Kontakt zwischen Mitgliedern und Landesorganisation – zusammentrafen.[19]

Als ein Grund für die Beitragsprobleme muß sicherlich der Geldbedarf der Parteiuntergliederungen selber genannt werden, die ja aus den Beiträgen, ihrer Haupteinnahmequelle, die Kosten ihrer Arbeit finanzieren mußten. Deshalb äußerte sich Mayer auch schon im Juli 1946 skeptisch über die Aussichten, eine bessere Beitragsabführung an den Landesverband zu erreichen.[20] Und mehrere bayerische Ortsgruppenvorsitzende erklärten ihrem Schatzmeister ganz offen, daß sie sich in Anbetracht ihrer eigenen erheblichen Belastungen außerstande sähen, die verlangten Beiträge abzuführen.[21] Daneben aber lag die Ursache offensichtlich in einer Mischung von organisatorischer Unzulänglichkeit der Parteiuntergliederungen und mangelnder Zahlungsmoral der Mitglieder. Denn bereits auf der unteren Ebene wurde das Soll an Beitragseinnahmen nicht erreicht, die „Mehrzahl" der Kreisverbände war nach Mayers Urteil „schwach und zuschußbedürftig".[22] Mindestens in einigen Fällen wurde der Beitragseinzug von den zuständigen Parteiinstanzen nur unvollständig oder sogar überhaupt nicht durchgeführt.[23] Nicht zuletzt jedoch ist zu fragen, warum

16 Vgl. u.a. d. Protokoll über die Sitzung d. nordrhein-westfälischen FDP-Landesvorstandes am 13. 1. 1948 in Düsseldorf, S. 1 (WDS Ia/5), u. d. Mitteilungsblatt Nr. 94 d. FDP/DP Baden v. 18. 3. 1949, S. 4 (Akten Stahl).

17 So der stellv. Vorsitzende des FDP-Landesverbandes Hannover, Ernst Jacob, in seinem Geschäftsbericht auf dem Landesparteitag am 28. 5. 1947 in Hannover, Protokoll, S. 3 (BA NL Blücher Bd. 247).

18 Nach dem Kassenbericht des FDP-Landesschatzmeisters, Everhard Bungartz, für die Zeit von Mai 1946 bis Juni 1947, Protokoll über d. Landesparteitag der bayerischen FDP am 27.–30. 6. 1947 in Bad Aibling, S. 13 (FNS NL Dehler Fs. 9).

19 Direkte Belege, etwa Jahresbilanzen oder ähnliche Unterlagen, sind zwar von der Hamburger Partei nicht überliefert, doch ergibt sich dieser Eindruck sowohl aus dem FDP-Aktenbestand im StA Hamburg als auch aus der vorbildlichen Zahlungsmoral der Hamburger gegenüber dem Zonenverband; hierzu unten S. 262.

20 Bericht an d. Geschäftsführenden Vorstand d. DVP Württemberg-Baden v. 30. 7. 1946, S. 4 (BA NL Heuss Bd. 407).

21 Niederschrift über d. Landeshauptausschußtagung d. FDP Bayern am 3./4. 8. 1946 in Regensburg, S. 2 (FNS NL Dehler Fs. 6).

22 Niederschrift d. Sitzung d. Finanzierungsausschusses d. DVP Württemberg-Baden am 5. 4. 1948 (a.a.O.). Auch die FDP Nordrhein-Westfalen mußte vielen Kreisgruppen Unterstützungen zahlen oder eigentlich auf diese entfallende Kosten mittragen, vgl. d. Landesparteitagsprotokoll d. FDP Nordrhein v. 29. 6. 1946 in Düsseldorf, S. 1 (FNS NL Rapp Fs. 3), u. d. Bericht über d. Arbeit d. FDP-Landesverbandes Nordrhein v. Ende Mai 1947, S. 7f. (WDS Handakten).

23 Protokoll über d. Landesvorstandssitzung d. FDP Nordrhein-Westfalen am 13. 1. 1948 in Düsseldorf, S. 1 (WDS Ia/5): „Herr Dörnhaus führte aus, daß bei den meisten Parteiverbänden das Einziehen der Beiträge nur sehr unvollständig durchgeführt wird." Mitteilungsblatt Nr. 95 d. FDP/DP-Baden v. 21. 4. 1949, S. 2 (Akten Stahl): „Wir hören immer wieder Klagen, daß den Ortsvereinen die erforderlichen finanziellen Mittel fehlen. Zahl-

sich die Landesverbände mit Zahlungsaufforderungen, mit der Androhung von Revisionen oder mit der Ankündigung einer Zentralisierung des Finanzwesens begnügten[24], warum also nicht von dieser Seite stärkere Anstrengungen unternommen wurden, der Partei in den Mitgliedsbeiträgen einen finanziellen Grundstock zu schaffen.

In Württemberg-Baden resultierte diese Nachlässigkeit nicht zuletzt aus der Tatsache, daß sich in dem Augenblick, in dem für den weiteren Aufbau der Partei und insbesondere für die bevorstehenden Wahlkämpfe eine beträchtliche Steigerung der Einnahmen und damit eine kritische Überprüfung der bisherigen Finanzierung erforderlich wurde, eine neue, in jeder Beziehung unproblematisch erscheinende und reichlich fließende Geldquelle eröffnete: die Erträge der von der Partei herausgegebenen Zeitschriften.[25] Seit dem 10. Mai 1946 erschien die auf die DVP zugelassene Halbmonatsschrift *Das andere Deutschland,* die am 20. Juli 1946 in *Das neue Vaterland* umbenannt wurde, und seit dem 14. Juni 1946 gab Mayer außerdem als „Mitteilungsblatt der Demokratischen Volkspartei" zweimal monatlich die Zeitschrift *Der Demokrat* heraus. Absatzsorgen kannten beide Presseorgane nicht, die Auflagenhöhe hing allein von der zugeteilten Papiermenge ab. Sie stieg beim *Neuen Vaterland* von anfänglich 20 000 Exemplaren auf durchschnittlich 42 000 im zweiten Halbjahr 1946, konnte 1947 auf etwa 56 000 Exemplare erhöht und auf diesem Niveau mit nur marginalen Veränderungen bis zum Juni 1948 – bis zur Währungsreform also – gehalten werden.[26] Von den Bruttoeinnahmen aus dem Verkauf der beiden Zeitschriften flossen 30% in die Kasse des Landesverbandes[27], allein in den zweieinhalb Monaten bis

---

reiche Ortsvereine kommen der Abführung an den Landesverband nur zögernd oder überhaupt nicht nach, da sie angeblich über keine Mittel verfügen. [...] wir [haben] mit großem Erstaunen festgestellt, daß eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Ortsvereinen seit Monaten überhaupt keinerlei Mitgliedsbeiträge mehr erhoben hat, so daß die Mitglieder mit Recht die Frage aufwerfen, mit welchen Mitteln eigentlich die Partei finanziert wird."

24 Protokoll über d. Landesvorstandssitzung d. FDP Nordrhein-Westfalen am 13. 1. 1948 (a.a.O.).

25 Bericht Ernst Mayers an d. Geschäftsführenden Vorstand d. DVP Württemberg-Baden v. 30. 7. 1946, S. 3f. (BA NL Heuss Bd. 407): „ Dem Vorstand ist bekannt, auf welche Weise und mit welchen Mitteln die Finanzierung in den ersten Monaten erfolgte. Unter diesen Umständen Aufbau und Wahlkämpfe zu finanzieren schien unmöglich. Es gelang letztlich auch nur, weil zur rechten Zeit ‚Das andere Deutschland' unter Zurückstellung meiner persönlichen Interessen auf die Partei zugelassen wurde."

26 Vom „Demokrat" wurden rund 40—45 000 Exemplare gedruckt. Vgl. d. jeweils im Impressum zu findenden Auflagenzahlen.

27 Bericht Mayers v. 30. 7. 1946, S. 6 (a.a.O.), u. Aktennotiz dess. v. 2. 1. 1947 über d. Sitzung d. Verlags- u. Finanzkommission d. DVP-Vorstands v. 28. 12. 1946 (ebd.). 35% bzw. 50% im Falle des „Demokrat" mußten für den Vertrieb aufgewendet werden, wobei die Vertriebsfirma die gesamte Auflage gegen sofortige Bezahlung ohne Rückgaberecht übernahm; vgl. d. Niederschrift d. Sitzung d. Finanzierungsausschusses d. DVP-Landesverbandes am 5. 4. 1948 (ebd.). Die restlichen 35 bzw. 20% standen für die Herstellungskosten und als Entschädigung für Mayers Arbeit als DVP-Generalsekretär zur Verfügung, was auch deutlich macht, daß die Parteifinanzierung durch den Verlag noch über die offiziellen Abführungen hinausging. Der Hauptteil der Einnahmen wurde – bei einem Preis von 0,30 RM – mit dem „Neuen Vaterland" erzielt, während „Der Demokrat" – Preis nur 0,10 RM – zwar ebenfalls schwarze Zahlen schrieb, aber stärker die Funktion eines Parteimitteilungsblatts erfüllte. Wenige Monate vor der Währungsreform wurde die Abführungsquote sogar noch auf 40% erhöht; vgl. d. Niederschrift d. Sitzung d. Finanzierungsausschusses am 5. 4. 1948 (a.a.O.).

Ende Juli 1946 17 626 RM – und das, obwohl wegen des Wahlkampfs für die Verfassunggebende Landesversammlung ein beträchtlicher Teil der Auflage unentgeltlich verteilt worden war.[28] Bis zum Frühjahr 1948 stiegen die monatlichen Abführungen des Verlags auf rund 12 000 RM.[29] Der Finanzbericht für 1946 gibt die Zeitschriftenerträge mit 67 321 RM an, sie trugen damit den Landesverbandsetat zu 55,8%.[30] Diese Quote erhöhte sich jedoch in der Folgezeit noch erheblich: Aus den bekannten Auflagenziffern lassen sich für 1947 Einnahmen von ca. 150 000 RM und somit ein Anteil von etwa 80% errechnen[31]; und in den letzten Monaten vor der Währungsreform soll sich der Landesverband sogar zu 95% aus den Verlagszuweisungen finanziert haben[32]. Mit dieser ganz einseitigen Ausrichtung der Parteifinanzen stand die DVP in Württemberg-Baden durchaus nicht allein; auch von der nordwürttembergischen CDU ist bekannt, daß sie ihren Etat zu 87% aus dem Verkauf von Zeitschriften und Broschüren deckte.[33]

Allerdings darf dieses Ergebnis nicht vorschnell auf die Finanzstruktur und -situation der anderen liberalen Landesparteien übertragen werden, da sich die Pressesysteme der drei westlichen Besatzungszonen von vornherein sehr unterschiedlich entwickelten[34] und darüber hinaus – jedenfalls hinsichtlich der liberalen Parteipresse – auch noch landesspezifische Differenzen bestanden.

In der amerikanischen Zone waren – getragen von dem Leitbild einer „unabhängigen", „überparteilichen" Presse – Tageszeitungen lediglich auf nicht parteigebundene Herausgeber oder mehrere, verschiedenen Parteien angehörende Persönlichkeiten zugelassen worden; sie schieden also für die Parteien als Geldquelle aus.[35] Dafür standen ihnen aber schon relativ früh – im Falle der liberalen Landesverbände ab Mai/Juni 1946 – auflagenstarke Parteizeitschriften zur Verfügung. Die Verlagszuweisungen erreichten deshalb in Hessen[36] und Bayern[37] – über Bremen läßt

28 Bericht Mayers v. 30. 7. 1946 (a.a.O.).
29 Niederschrift d. Sitzung d. Finanzierungsausschusses am 5. 4. 1948 (a.a.O.).
30 Kurzbericht d. Rechnungsprüfers Hermann Kropp v. April 1947 (BA NL Heuss Bd. 407).
31 In d. Sitzung d. Finanzierungsausschusses am 5. 4. 1948 (a.a.O.) gab DVP-Schatzmeister Bacher das Etatvolumen für 1947 mit 188 000 RM an, wobei der Anteil der Zeitschriftenerträge nur deshalb nicht höher ausfiel, weil die im Dezember des Jahres angefallenen Wahlkampfausgaben durch Darlehen gedeckt worden waren.
32 Niederschrift d. DVP-Landesvorstandssitzung am 11. 9. 1948 in Bretten (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 200).
33 Schmitt, CDU in Nordwürttemberg, S. 148.
34 Zur „Lizenzpresse" vgl. Hurwitz, Pressepolitik, S. 27ff., ders., Stunde Null, bes. S. 118–160, Koszyk, Parteipresse, S. 135ff., Fischer, Parteien und Presse, bes. S. 31–74, sowie zur liberalen Presse von dems., Publications, S. 349ff.; die differierenden Entwicklungstendenzen unterschätzt Frei, Presse, S. 280ff.
35 Fischer, Parteien und Presse, S. 41ff.
36 Memorandum betr. Landesvorsitz d. LDP (Hessen) v. Fritz Reiffenstein, o.D. (18. 5. 1947) (NL Fertsch Akte LDP-Korrespondenz): „Die finanziellen Ausgaben des Landesverbandes wurden fast gänzlich durch Einnahmen aus den Parteiorganen, dem L. D. P. Kurier und der Brücke, bestritten."
37 In seinem Kassenbericht für die Zeit vom Mai 1946 bis Juni 1947 gab der bayerische FDP-Schatzmeister Bungartz Zeitschriftenüberschüsse von 85 505 RM bei Gesamteinnahmen von 134 079,93 RM, also einen Anteil von 63,8% an, Protokoll über d. Landesparteitag am 27.–30. 6. 1947 in Bad Aibling, S. 13 (FNS NL Dehler Fs. 9).

sich keine zuverlässige Aussage treffen – ähnlich hohe Anteile am Parteietat wie in Württemberg-Baden. Allerdings deutet manches darauf hin, daß trotz vergleichbarer oder sogar höherer Auflagenziffern die Pressegewinne in Hessen und besonders in Bayern nicht das von der DVP bekannte Niveau erreichten[38], der Finanzrahmen also enger gezogen war.

Dagegen waren die Parteien in der französischen Zone zunächst völlig vom Pressesektor ausgeschlossen; die dreizehn hier Ende 1945 erscheinenden Zeitungen waren nach dem Vorbild des amerikanischen Besatzungsgebiets als „überparteiliche" Organe konzipiert. Erst nach den Kommunalwahlen vom Oktober 1946 entwickelten die Franzosen – nun stärker an der britischen Lizenzierungspolitik orientiert – Pläne für eine parteigebundene Presse: Teils durch entsprechende Ausrichtung der vorhandenen Organe, teils durch Neugründungen wurde seit April 1947 jeder der vier politischen Parteien in jedem Land eine zwei- bis dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung zugewiesen; andere Zeitschriften durften von den Parteien nicht herausgegeben werden.[39]

Der Reingewinn dieser Zeitungen floß in die Parteikassen, z.B. rechnete die DP Rheinland-Pfalz im Mai 1947 mit monatlichen Einnahmen von 5 250 RM.[40] Wie hoch die Abführungen dann tatsächlich ausfielen, ist nicht überliefert, doch dürften sich insgesamt die hoch gesteckten Erwartungen nicht erfüllt haben. Denn die wirtschaftliche Lage der Parteiblätter war in der französischen Zone von Anfang an auf Grund der geringen Papierzuteilungen und der starken Stellung der gut eingeführten parteiunabhängigen Presse schwierig.[41]

Ein drittes System war von der britischen Besatzungsmacht aufgebaut worden: Lizenzen für Tageszeitungen wurden zwar nach parteipolitischen Gesichtspunkten vergeben, aber nicht an die Parteien direkt, son-

38 Die hessische LDP gab seit Juni 1946 als „Halbmonatsschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur" die Zeitschrift „Die Brücke" in einer Auflage von zunächst 10 000 Exemplaren heraus, die bis gegen Ende 1947 verdoppelt werden konnte; sie soll jedoch nach Angaben von Ernst Mayer (Aktennotiz über eine Verhandlung mit d. Vors. d. LDP Hessen v. 3. 8. 1946 (BA NL Heuss Bd. 407)) wegen ihrer aufwendigen Machart „keinen wesentlichen Gewinn" erbracht haben. Daneben erschien seit 25. 9. 1946 als Parteimitteilungsblatt in der Regel wöchentlich der „LDP-Kurier" mit einer Auflage, die von anfänglich 40 000 auf 65 000 Exemplaren gegen Ende 1947 anstieg – allerdings zu einem sehr geringen Preis (0,10 RM). Angesichts einer verkauften Auflage von 43 000 (30. 6. 1947) bis 51 000 (30. 9. 1947) Exemplaren (vgl. LDP-Kurier Nr. 72 v. 27. 10. 1947) lassen sich die Presseeinnahmen der hessischen Partei für 1947 ganz grob auf 5–7 000 RM monatlich schätzen. In ähnlicher Weise hatte die bayerische FDP ihr Papierkontingent auf die anspruchsvolle und teure Halbmonatsschrift „Echo", die seit Dezember 1946 in einer Auflage von 10–30 000 Stück erschien, und die auflagenstarken (80–120 000 Exemplare), aber ebenfalls nur vierzehntäglich seit Juni 1946 veröffentlichten „Mitteilungen der Freien Demokratischen Partei in Bayern" verteilt; die monatlichen Einnahmen beliefen sich 1946/47 auf rund 6 500 RM, vgl. Anm. 37.

39 Fischer, Parteien und Presse, S. 65ff., sowie neuerdings Schölzel, Pressepolitik, S. 227–249. Für die liberalen Landesparteien waren dies: „Das Neue Baden", das seit 29. 4. 1947 in Lahr als „Zeitung der Demokratischen Partei für Süd-und Mittelbaden" erschien, die ab 3. 7. 1947 von der DP Rheinland-Pfalz herausgegebene Bad Kreuznacher „Rheinisch-Pfälzische Rundschau" und das „Schwabenecho", das seit 1. 8. 1947 in Oberndorf als „Organ der Demokratischen Volkspartei Württemberg-Hohenzollern" veröffentlicht wurde.

40 Fischer, Parteien und Presse, S. 360.

41 Ebd., S. 71f.

dern an parteipolitisch gebundene oder zumindest von den Parteien benannte Herausgeber.[42] Liberal ausgerichtete Zeitungen erschienen seit 1946/47 in Hamburg, Wuppertal, Dortmund und Hannover[43]; sie unterstützten auch die Freien Demokratischen Parteien ihrer Länder durch Zahlungen in beträchtlicher Höhe: Der Hamburger Landesverband hatte mit dem Lizenzträger der *Hamburger Freien Presse,* Paul Heile, schon im Dezember 1945 eine monatliche Verlagsüberweisung von 3 000 RM an die Partei vertraglich vereinbart[44]; die *Abendpost* zahlte in den ersten vier Monaten ihres Erscheinens 31 575 RM an die hannoversche FDP[45]; und die rheinischen Liberalen sollen 1946 sogar rund 100 000 RM von der *Westdeutschen Rundschau* erhalten haben[46].

Doch ergaben sich aus der de facto unabhängigen Stellung der Zeitungen schon bald schwerwiegende Differenzen sowohl in Fragen der Berichterstattung[47] als auch in finanzieller Hinsicht; Arnold Richter, der Schatzmeister des Zonenverbandes, sprach gar von einem „Kriegszustand", der zwischen drei der vier Zeitungen und maßgeblichen Parteifreunden herrsche.[48] Ausgerechnet ein Konflikt beim *Westdeutschen Tageblatt* veranlaßte dann Anfang Mai 1947 die britische Militärregierung zu einer Anordnung, die das Verhältnis zwischen der Lizenzpresse und den Parteien im Sinne einer strikten Trennung klarstellte.[49] Sie wurde zumindest von der *Hamburger Freien Presse* und der *Abendpost* dazu benutzt, die Zahlungen in die Parteikassen mit Ende dieses Monats einzustellen.[50]

Alle seitdem unternommenen Versuche, die finanziellen Beziehungen zwischen der Partei und den Zeitungen auf eine neue Basis zu stellen – die Schatzmeister argumentierten, daß die Auflagenziffern der Zeitungen an die Wahlerfolge der Partei gekoppelt seien, und forderten dafür eine monatliche Provision in Höhe von 0,10 RM pro Auflagenexemplar, woraus sich Einnahmen von monatlich etwa 35 000 RM ergeben hätten, die zwischen den Landesverbänden und der Zonenorganisation geteilt

42 Ebd., S. 53ff.; vgl. auch ders., Reeducations- und Pressepolitik, S. 36ff.

43 „Hamburger Freie Presse", seit 3. 4. 1946; „Westdeutsche Rundschau", Wuppertal, seit 8. 5. 1946; „Westdeutsches Tageblatt", Dortmund, seit 24. 8. 1946; „Abendpost", Hannover, seit 6. 2. 1947.

44 Schr. d. FDP Hamburg an d. Hamburger Freie Presse v. 11. 8. 1947 (FNS Akte Brit. Zone/Organisation).

45 Aufstellung über d. Jahresetat 1947, angefertigt zur Beantwortung einer entsprechenden Anfrage d. britischen Militärregierung v. 30. 12. 1947 (FDP Hannover Handakte 3). Johannes Siemann, einer der „Abendpost"-Lizenzträger, nannte auf dem Landesparteitag der niedersächsischen FDP am 12./13. 6. 1948 Abführungen von ca. 32–35 000 RM; Protokoll, S. 10 (FDP Hannover Handakte 5).

46 Aktennotiz z. Landesausschußsitzung d. FDP Nordrhein am 14. 1. 1947 in Düsseldorf (FNS NL Rapp Fs. 4).

47 Vgl. zu d. Auseinandersetzungen zwischen der „Abendpost" und der niedersächsischen FDP Fischer, Parteien und Presse, S. 356f., zu denen zwischen der „Westdeutschen Rundschau" und dem Landesverband Nordrhein-Westfalen insbesondere d. Protokoll d. Landesausschußsitzung v. 30. 10. 1948 in Hagen (WDS Ia/11).

48 Schr. an Franz Blücher v. 12. 9. 1947 (FNS Akte Brit. Zone/Organisation).

49 Hierzu Fischer, Parteien und Presse, S. 57ff.

50 Schr. d. FDP Hamburg an d. Hamburger Freie Presse v. 11. 8. 1947 (FNS Akte Brit. Zone/Organisation) u. Protokoll über d. Landesparteitag d. FDP Niedersachsen am 12./13. 6. 1948 in Oldenburg, S. 10 (FDP Hannover Handakte 5).

werden sollten –, scheiterten am hinhaltenden Widerstand der Lizenzträger.[51] Wenngleich noch vereinzelt Gelder von den Zeitungen oder ihren Verlegern in die Parteikassen flossen[52], wurde der Anteil, den die liberale Presse ursprünglich zur Finanzierung der parteipolitischen Arbeit beigetragen hatte, mit Sicherheit nicht mehr erreicht. Vor allem aber waren die Zahlungen nun nicht mehr fest in die Etats einzuplanen, wie sie überhaupt als Spenden mit allen problematischen Zügen dieser Einnahmeart behaftet waren.

Außer für die bisher betrachteten Zeitungen hatten die liberalen Landesverbände in der britischen Zone auch noch Lizenzen für je eine Zeitschrift erhalten. Sie war jedoch in Nordrhein-Westfalen und Hamburg wegen der parallel erscheinenden Zeitung ganz als Parteimitteilungsblatt konzipiert, schied also wegen ihrer geringen Auflage und ihres niedrigen Preises als Einnahmequelle weitgehend aus.[53] Das vergleichbare Organ des ohnehin schlecht entwickelten schleswig-holsteinischen Landesverbandes wurde erst wenige Wochen vor der Währungsreform zugelassen.[54] Nur der FDP Hannover, die erst nach längeren Bemühungen im Februar 1947 ebenfalls eine Zeitungslizenz erhalten hatte, war als Ausgleich zunächst eine Wochenschrift mit deutlich höherer Auflage zugebilligt worden. Sie erschien seit dem 16. Mai 1946 unter dem Titel *Der Freie Demokrat*[55]; aus ihren Einnahmen flossen in der zweiten Jahreshälfte 1946 etwa 8 000 RM monatlich in die Kassen der Partei[56], während im Frühjahr 1947 wegen stockender Papierzuteilungen das Erscheinen zeitweise eingestellt werden mußte und entsprechende finanzielle Rückschläge eintraten.[57]

---

51 Protokoll über d. Sitzung d. Finanzausschusses d. FDP in d. britischen Zone am 3. 9. 1947 (FNS Akte Brit. Zone/Organisation); Schr. d. Schatzmeisters d. FDP Hamburg, Rudolph Edgar Schröder, an Heinz Krekeler v. 12. 9. 1947 (FNS Akte Brit. Zone/Krekeler); Schr.d. Schatzmeisters d. FDP in d. britischen Zone, Arnold Richter, an Franz Blücher v. 12. 9. 1947 (FNS Akte Brit. Zone/Organisation); Protokoll über d. Sitzung d. Finanzausschusses d. FDP in d. britischen Zone am 11. 10. 1947 (ebd.); Schr. v. Arnold Richter an Willy Max Rademacher v. 25. 1. 1948 (ebd.).

52 Vgl. etwa d. Schr. v. Arnold Richter an Friedrich Middelhauve v. 24. 7. 1948 (StA Hamburg FDP I A 129), in dem eine Spende der „Westdeutschen Rundschau" an Blücher erwähnt wird.

53 In der nördlichen Rheinprovinz erschienen seit 15. 6. 1946 in einer Auflage von 3 000 Exemplaren die „FDP-Nachrichten" (vgl. d. Lizenzunterlagen in: WDS Akte 110 Presse), in Westfalen seit 15. 2. 1947 in 2 000 Exemplaren der „Informationsdienst des Landesverbandes Westfalen der FDP"; beide wurden Anfang 1948 zu den „FDP-Mitteilungen" mit entsprechender Auflagenzahl zusammengelegt, die wiederum Anfang 1949 durch den Informationsdienst „Die Plattform" abgelöst wurden. Die FDP Hamburg gab seit 21. 2. 1947 die Monatsschrift „Die Freie Stadt" in einer Auflage von 5 000 Stück heraus.

54 Vgl. Der Freie Demokrat (Ahrensburg) Nr. 12 v. Mai 1949.

55 Vgl. d. Bericht über d. abgelaufene Geschäftsjahr v. 26. 7. 1946–30. 4. 1947 für Organisation und Politik (FDP Hannover Handakte 5), in dem eine Auflage von 25–30 000 Exemplaren angegeben wird.

56 Protokoll über d. Landesparteitag d. FDP-Landesverbandes Hannover am 28. 5. 1947 in Hannover, S. 5 (BA NL Blücher Bd. 247).

57 Politischer Arbeitsbericht über d. Geschäftsjahr 1946/47 d. Landesverbandes Hannover v. 18. 5. 1947, S. 5 (FDP Hannover Handakte 5). Im zweiten Halbjahr 1947 wurden wahrscheinlich wieder monatliche Abführungen von 7 500–8 000 RM erzielt; vgl. d. Aufstellung über d. Jahresetat 1947 (FDP Hannover Handakte 7) – leider sind die dort aufgeführten Zahlen nicht mit letzter Sicherheit den verschiedenen Einnahmequellen zuzuordnen.

Als relativ sicher kann demnach gelten, daß der Etatposten „Presseeinnahmen" für alle liberalen Landesparteien den entscheidenden Grundstock bildete, ja, daß in der Regel die politische Arbeit überwiegend aus diesen Mitteln finanziert wurde. Die monopolähnliche Ausnahmestellung jedoch, die diese Geldquelle für die Parteifinanzierung im amerikanischen Besatzungsgebiet einnahm, wurde in den beiden anderen westlichen Zonen auf Grund der anders gearteten Pressesysteme nicht oder allenfalls vorübergehend erreicht.

An zweiter Stelle der Parteieinkünfte standen die Spenden, über deren Höhe und Herkunft allerdings aus den bekannten Gründen die fragmentarischsten Angaben vorliegen. In Württemberg-Baden erreichten die Spendeneingänge 1946 mit 45 440 RM Anteil an den Gesamteinnahmen von 37,7%[58], in Bayern konnten 1946/47 Spenden in Höhe von 35 560 RM – 26,6% der Einnahmen – verbucht werden[59]. Hierbei ist jedoch zu bedenken, daß in der amerikanischen Zone in diesem Jahr die Wahlen zu den Kommunalvertretungen, zu den Verfassunggebenden Landesversammlungen und zu den Landtagen stattfanden. Erfahrungsgemäß bemühen sich die Parteien zur Deckung ihrer Wahlkampfkosten besonders intensiv um Spenden und treffen aus diesem Anlaß bei ihren Mitgliedern und Anhängern auch auf eine erhöhte Zahlungsbereitschaft. In der Tat geht ja aus der oben nachgewiesenen Verschiebung in der Einnahmestruktur zugunsten der Presseeinkünfte im Laufe des Jahres 1947 und des ersten Halbjahres 1948 ein stetiger Rückgang des Spendenflusses bis zu seinem schließlich fast völligen Versiegen hervor. Offensichtlich verleitete die prosperierende Finanzierung aus der Parteipresse die Verantwortlichen der DVP, neben den Mitgliedsbeiträgen auch den Bereich der Spendenwerbung mehr und mehr zu vernachlässigen.

Im übrigen liegt lediglich noch von der FDP Hannover eine detaillierte Angabe über den Spendeneingang – 51 000 RM in den neun Monaten von August 1946 bis April 1947[60] – vor; auch hier handelt es sich um einen Zeitraum, in den Kommunal- wie Landtagswahlen fielen. Alle weiteren sporadischen Angaben über Spenden[61] wie auch die zum Teil bekannten Daten über die Höhe der Gesamteinnahmen einzelner Landesverbände lassen immerhin den Schluß zu, daß in den Jahren vor der Währungsreform eine Größenordnung von einigen zehntausend RM an jährlichen Spendeneinnahmen in keiner Landesorganisation überschritten worden ist, daß sich also das Problem politischer Abhängigkeiten auf Grund materieller Zuwendungen noch nicht in einer mit der späteren Zeit vergleichbaren Art und Weise stellte.

---

58 Bericht d. Rechnungsprüfers Hermann Kropp v. April 1947 über d. Rechnungslegung d. DVP Württemberg-Baden für d. Jahr 1946 (BA NL Heuss Bd. 407).

59 Protokoll über d. Landesparteitag d. FDP Bayern am 27.–30. 6. 1947 in Bad Aibling, S. 13 (FNS NL Dehler Fs. 9).

60 Protokoll über d. Landesparteitag d. FDP-Landesverbandes Hannover am 28. 5. 1947 in Hannover, S. 5 (BA NL Blücher Bd. 247).

61 Finanzbericht d. LDP Hessen f. d. Zeit v. 1. 1.–31. 5. 1946 (NL Fertsch Akte LDP-Korrespondenz); Bericht über d. Arbeit d. FDP-Landesverbandes Nordrhein v. d. Gründung bis Ende Mai 1947, S. 7 (WDS Handakten); Schr. d. Schatzmeisters d. FDP Bayern, Everhard Bungartz, an Thomas Dehler v. 16. 7. 1948 (FNS NL Dehler Fs. 292).

Als eine besondere Kategorie von Spenden müssen in diesem Zusammenhang die Gelder erwähnt werden, welche von der – ebenfalls durch ihre Presseeinnahmen schon sehr frühzeitig finanziell gut ausgestatteten[62] – Berliner LDP-Führung an einzelne Landes- und Zonenorganisationen in Westdeutschland transferiert wurden. Sie erreichten in den Jahren 1946/47 immerhin eine Größenordnung von mindestens 80–100 000 RM.[63] Die Zuschüsse waren zwar offiziell an keine politischen Bedingungen geknüpft, wurden aber offenkundig bevorzugt an jene Parteigliederungen gezahlt, die den partei- und deutschlandpolitischen Bemühungen des Berliner Zonenvorstandes aufgeschlossen gegenüberstanden oder von denen man sich zumindest für die Zukunft eine positive Haltung erhoffte. Zudem erfolgten die Überweisungen oft zu einem Zeitpunkt oder wurden gar von westdeutscher Seite dezidiert dann erbeten, wenn sich die betreffende Parteiorganisation in akuter Finanznot befand[64], so daß die politische Bedeutung dieser Art von Ost-West-Hilfe über einen bloßen Finanzausgleich in den Reihen ein und derselben Partei hinausgeht.

Zu den spezifischen Eigenheiten der Entwicklungsphase vor dem Juni 1948 gehört schließlich der eng begrenzte finanzielle Rahmen der Parteitätigkeit. Ein kostenintensiver organisatorischer Apparat existierte erst in mehr oder minder geringen Ansätzen; für viele führende liberale Politiker war es wie zu Zeiten klassischer Honoratiorenpolitik immer noch selbstverständlich, die Aufwendungen für ihre Partei- oder Fraktionsarbeit aus eigener Tasche zu bezahlen[65]; Wahlkampfkosten in Millionenhöhe waren angesichts des Mangels an Papier, Benzin und anderer Materialien weder notwendig noch möglich. Das jährliche Etatvolumen selbst der größeren liberalen Landesorganisationen lag deshalb lediglich zwischen 100 000 und 200 000 RM – ein Rahmen, der auch in Wahljahren zunächst nicht überschritten wurde.[66]

---

62 Vgl. Krippendorff, LDP, S. 66f.

63 Vgl. die Nachweise im einzelnen unten S. 287.

64 So beabsichtigte der stellv. Vors. d. FDP-Landesverbandes Hannover, Ernst Jacob, zur Deckung der erheblichen Wahlkampfschulden von der LDP einen Zuschuß in Höhe von 30 000 RM zu erbitten; vgl. d. Aktennotiz d. Hauptgeschäftsstelle d. FDP in d. britischen Zone über ein Telefonat mit d. LDP Berlin am 22. 4. 1947 (StA Hamburg FDP I A 180). Für die Bedeutung, die den Berliner Zahlungen zu dieser Zeit im Haushalt der Zonenorganisation zukam, vgl. unten S. 262.

65 Der Schatzmeister d. bayerischen FDP, Everhard Bungartz, bezifferte in einem Schr. an Thomas Dehler v. 16. 7. 1948 (FNS NL Dehler Fs. 292) seine jährlichen Ausgaben für die Partei auf 3 000 RM. Der DVP-Vorsitzende Haußmann wies in einer Finanzdebatte seines Landesvorstands – Niederschrift d. Sitzung am 18. 10. 1948 in Stuttgart (BA NL Heuss Bd. 407) – darauf hin, „daß er in Reichsmarkzeiten alle Auslagen für die Partei aus der eigenen Tasche bezahlt habe". Und der FDP-Vorsitzende in der britischen Zone, Franz Blücher, verzichtete im April 1947 auf die Erstattung von Spesen in Höhe von 8 304,48 RM; vgl. d. Bericht d. Zonenschatzmeisters Eduard Wilkening über d. Entwicklung d. Finanzlage d. Zonenverbandes v. 3. 9. 1947, S. 5. (FNS Akte Brit. Zone/Organisation).

66 Die DVP Württemberg-Baden wies in ihrem Haushalt 1946 Ausgaben von 127 072 RM, 1947 von 188 000 RM aus – vgl. d. Bericht d. Rechnungsprüfers Hermann Kropp v. April 1947 u. d. Niederschrift d. Finanzierungsausschußsitzung am 5. 4. 1948 (beide in: BA NL Heuss Bd. 407). Der FDP-Landesverband Hannover/Niedersachsen verzeichnete 1947 Kosten in Höhe von 188 368 RM – vgl. d. Schr. d. FDP an d. Militärregierung für Niedersachsen v. 18. 2. 1948 (FDP Hannover Handakte 3).

Einnahmenhöhe und Finanzstruktur wurden von den Leitungsgremien der Landesparteien in den ersten Nachkriegsjahren zwar nicht als optimal empfunden, einzelne Probleme, wie etwa das geringe Beitragsaufkommen, gaben durchaus Anlaß zur Kritik und zu häufigen Diskussionen in den Vorständen. Doch insgesamt wurde immer wieder von einem „befriedigenden Stand der finanziellen Verhältnisse" gesprochen.[67] „Mit besonderem Stolz" vermerkte zudem Ernst Mayer über das Finanzierungsgebaren in seinem Verantwortungsbereich, „daß die Demokratische Volkspartei aus eigener Leistung sich finanzierte. Kein Pfennig ist in die Kasse geflossen gegen irgendwelche Bedingung politischer Leistung".[68] Der bisher so gleichmäßige und ausreichende Geldfluß aus dem Zeitschriftenmarkt – diese scheinbar so problemlose Einnahmemöglichkeit – verleitete die Verantwortlichen dazu, die erheblichen Gefahren zu übersehen, die auch diese Art der Finanzierung durch ihre Einseitigkeit zwangsläufig mit sich brachte.

Erst die Währungsreform vom 20. Juni 1948 ließ die Anfälligkeit der bisherigen Einnahmestruktur und damit die Versäumnisse der vorangegangenen Jahre in aller Schärfe offenbar werden. Nahezu von einem zum anderen Tag brach die Finanzierung der meisten liberalen Landesparteien zusammen. Das ganze Ausmaß der dadurch ausgelösten schweren Krise wird aus den Worten deutlich, mit denen Ernst Mayer am 11. September 1948 eine Sondersitzung seines Landesvorstands einleitete: Der „Abbau der Parteiorganisation [sei] durch die Entwicklung der vorangegangenen Wochen bereits entschieden. [...] Heute habe man darüber zu entscheiden, ob man die Partei überhaupt noch aufrechterhalten wolle."[69]

Entgegen der seinerzeit von Mayer geäußerten Erwartung, die Parteizeitschriften auch nach der Währungsreform in bisheriger Auflagenhöhe verkaufen zu können[70], war nämlich durch die Beseitigung des Geldüberhangs vor allem der Zeitschriftenmarkt – jedenfalls für die Parteipresse – fast völlig zusammengebrochen: Die verkaufte Auflage des *Neuen Vaterland* sank von 65 000 Exemplaren im Juni 1948 auf 9 000 im September[71] und 7 000 im Oktober[72] desselben Jahres ab, beim *Demokrat* war die Lage noch angespannter. An die Stelle der Abführungen des Verlages in die Landesverbandskasse mußten nun Darlehen der Partei zur

67 Karl Bacher, Schatzmeister d. DVP Württemberg-Baden, auf d. Landesvertretertag am 6. 1. 1948 lt. Bericht in: Der Demokrat Nr. 1 v. Januar 1948. Ähnlich d. Bericht d. DVP an d. amerikanische Militärregierung v. 3. 2. 1947 (BA NL Heuss Bd. 407).

68 Ebenfalls am 6. 1. 1948 nach d. Bericht in: Der Demokrat Nr. 1 v. Januar 1948.

69 Niederschrift d. Sitzung d. DVP-Landesvorstandes am 11. 9. 1948 in Bretten (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 200). Vgl. auch Mayers Bemerkung in einem Schr. an Hans Albert Kluthe v. 23. 9. 1948 (BA NL Kluthe Bd. 40): „Ich kann, und bitte, mir das zu glauben, keine Nacht mehr schlafen vor Sorgen, wie ich unseren eigenen Parteiapparat aufrechterhalten soll, und ich muß leider annehmen, daß es den anderen Landesparteien ähnlich geht."

70 Niederschrift d. Sitzung d. Finanzierungsausschusses d. DVP am 5. 4. 1948 (BA NL Heuss Bd. 407).

71 Niederschrift d. Landesvorstandssitzung v. 11. 9. 1948 (a.a.O.).

72 Niederschrift d. Sitzung d. Geschäftsführenden DVP-Landesvorstandes am 18. 10. 1948 in Stuttgart (BA NL Heuss Bd. 407).

Deckung der Zeitschriftenherstellungskosten treten, allein in der Zeit vom 21. Juni bis 31. August 1948 5 700 DM – 32% des Ausgabenvolumens. Zudem verschlechterte sich auch die Beitragsmoral im Gefolge der Geldumstellung noch über das ohnehin katastrophale Maß hinaus; in dem genannten Zeitraum gingen beim DVP-Landesverband bloße 138 DM (0,71% der Einnahmen) von den Parteiuntergliederungen ein. Die notwendigsten Ausgaben konnten nur mit Hilfe eines Kredits des Finanzministeriums in Höhe von 10 500 DM (53,9% der Einnahmen) gedeckt werden. Doch auch durch direkte staatliche Unterstützung war nicht zu verhindern, daß als unmittelbare Folge der Finanzkrise die Ausgaben – vor allem im Personalbereich – radikal gekürzt werden mußten und damit die bescheidenen Ansätze zum Aufbau einer wirkungsvollen Parteiorganisation ihr Ende fanden.[73]

Der Ausfall nahezu der gesamten bisherigen Einnahmen zwang den DVP-Vorstand, in allen erdenklichen Richtungen und mit erhöhter Konsequenz nach Wegen aus der Finanzkrise zu suchen. Als akute Nothilfe wurde zunächst ein Appell an die Fraktionsmitglieder zu Spenden in die Parteikasse verstanden; die eingehenden Beiträge erreichten in dem genannten Zeitraum immerhin einen Anteil an den Einnahmen von 8,1%. Überlegungen, diese Beiträge für verpflichtend zu erklären und zu einer ständigen Einnahmequelle der Partei auszubauen, stießen jedoch auf den entschiedenen Widerstand mehrerer Abgeordneter und wurden nach längerer Aussprache abgelehnt.[74]

Vor allem aber konnte das Problem der geringen Beitragsablieferungen durch die Parteiuntergliederungen nun nicht länger umgangen werden. Der DVP-Vorstand entschloß sich, die bisherige Verpflichtung durch eine feste monatliche Umlage der Kreisverbände an die Landespartei zu ersetzen. Zugleich wurde der Landesvorstand ermächtigt, „die Abführung mit allen Mitteln zu erzwingen". Allerdings sollte die Höhe der Umlage nicht allein nach der Mitgliederzahl bemessen werden, sondern sich auch an der „wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit" der Städte und Kreise orientieren.[75] Für Stuttgart wurde sie z.B. auf 800 DM monatlich festgesetzt und damit auf ein Niveau gehoben, das durch Mitgliedsbeiträge allein nicht mehr aufzubringen war. Der DVP-Vorstand hoffte, auf diese Weise sowohl das Problem der schlechten Beitragsabführung als auch das der geringen Aktivität auf Kreisebene in der Spendensammlung gelöst zu haben. Die neue Regelung beinhaltete jedoch zugleich ein abermaliges Ausweichen vor den Mühen, die eine völlige Ausschöpfung des finanziellen Potentials der Mitgliederbeiträge bereitet hätte. Zudem wurden auch die Umlagen trotz der angedrohten Sanktionen nur von wenigen Kreisverbänden in voller Höhe überwiesen, die meisten Untergliederungen bekundeten lediglich mit der Zahlung mehr oder minder großer Teilbeträge ihren guten Willen.[76]

73 Niederschrift d. Landesvorstandssitzung v. 11. 9. 1948, Bl. 1f. (a.a.O.). Vgl. für d. parallele Entwicklung bei der Union Schmitt, CDU in Nordwürttemberg, S. 148.
74 Niederschrift d. Landesvorstandssitzung v. 11. 9. 1948, Bl. 2 (a.a.O.).
75 Ebd., Bl. 2f.
76 Niederschrift d. Landesvorstandssitzung v. 18. 10. 1948, S. 1f. (a.a.O.).

Das demnach verbleibende beträchtliche Defizit konnte nur durch ein wesentlich gesteigertes Spendenaufkommen gedeckt werden. Die führenden DVP-Politiker wurden aufgefordert, in großem Stil mit Bittbriefen an die Industrie heranzutreten. Daneben hoffte der Landesvorstand, eine zukunftsträchtige Spendenform „in einem monatlichen Informationsdienst für Wirtschaftskreise" aufbauen zu können.[77] Er bot für die abonnierenden Unternehmen den Vorteil, ihre Spenden als Werbungskosten steuerlich absetzen zu können – ließ also eine größere Spendenbereitschaft erwarten –, und ermöglichte der Partei, das Spendenaufkommen in gewissem Umfang kalkulierbar zu machen, verhältnismäßig breit zu streuen und eine Abhängigkeit von wenigen zahlungskräftigen Finanziers zu vermeiden.

Die von der Währungsreform ausgelöste Finanzkrise führte mithin zu einem einschneidenden Umbruch in der Entwicklung der DVP. Sie schränkte nicht nur den finanziellen Spielraum der Partei erheblich ein und reduzierte damit den Organisationsgrad, sondern markiert auch den Beginn eines Prozesses der zunehmenden Abhängigkeit der württemberg-badischen Liberalen von industriellen Geldgebern. Die in der Krise liegende Chance zu einer umfassenden Reform der materiellen Verhältnisse der Partei – im Sinne sowohl einer erweiterten Eigenfinanzierung wie einer stärkeren Systematisierung – wurde nicht genutzt; allerdings hätten auch solche Maßnahmen die Spendenabhängigkeit allenfalls mindern, nicht aber aufheben können.

Wie in Württemberg-Baden führte die Währungsreform auch in den anderen liberalen Landesparteien zu einem schweren finanziellen „Schock" – wie Ernst Mayer es ausdrückte.[78] Die Auflagen aller von der Partei direkt oder indirekt herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften gingen in der zweiten Jahreshälfte 1948 drastisch zurück.[79] Viele von ihnen mußten sogar jetzt oder spätestens im folgenden Jahr ihr Erscheinen ganz einstellen – darunter alle drei in der französischen Zone erscheinenden liberalen Zeitungen.[80] Zusammen mit der zumindest von einem großen Teil der Mitglieder stornierten Beitragszahlung[81] führten diese Einnahmeverluste einige Landesorganisationen bis an den Rand

77 Ebd., S. 2f.

78 DPD-Rdschr. Nr. 4 v. 5. 7. 1948, S. 2 (FNS Akte DPD).

79 So sank sie beim „Echo" von 30 000 auf 8 000 Exemplare, bei der „Brücke" halbierte sie sich auf 10 000 Stück. Ernst Mayer sprach in seinem DPD-Rdschr. Nr. 6 v. 8. 10. 1948, Bl. 3 (ebd.), davon, die Landesorgane seien „samt und sonders irgendwie notleidend geworden".

80 Das „Schwabenecho" am 26. 2. 1949, die „Rheinisch-Pfälzische Rundschau" am 26. 9. 1949 und „Das Neue Baden" am 13. 10. 1949; vgl. auch Fischer, Parteien und Presse, S. 71f., u. Schölzel, Pressepolitik, S. 244ff. Außerdem stellten ihr Erscheinen ein: die „Mitteilungen der FDP in Bayern" im Mai 1948 (ab 17. 12. 1948 ersetzt durch „Freie Deutsche Presse"), „Der Freie Demokrat" (Hannover) am 6. 8. 1948, „Die Brücke" am 1. 12. 1948, die „Abendpost" am 3. 3. 1949, das „Berliner Mittags-Echo" am 28. 5. 1949, das „Echo" im August 1949 und „Die Freie Stadt" im Dezember 1949.

81 Vgl. d. Schr. d. Schatzmeisters d. FDP in d. britischen Zone, Arnold Richter, an d. Landesverband Niedersachsen v. 14. 8. 1948 (FNS Akte Brit. Zone/Organisation), d. Protokoll d. Landesvorstandssitzung d. bayerischen FDP am 12. 9. 1948 in München, S. 1 (FNS NL Dehler Fs. 21), u. d. Brief d. bayerischen FDP-Landesgeschäftsführers F. Curschmann an Thomas Dehler v. 23. 9. 1948 (ebd. Fs. 292).

des völligen finanziellen Ruins: Die bayerische FDP etwa war Anfang Dezember 1948 „auf einem toten Punkt angelangt" und verfügte „über keinerlei Mittel mehr"[82]; und der schleswig-holsteinische Landesverband sah sich im Februar 1949 sogar der „Gefahr einer Pfändung" ausgesetzt und mußte die Schwesterorganisationen um Unterstützungszahlungen angehen[83]. Über finanzielle Schwierigkeiten – wenn auch nicht in diesem Ausmaß – klagten ferner die Landesverbände Rheinland-Pfalz[84] und Baden[85]. Aber auch die hamburgische FDP scheint vor größeren Problemen gestanden zu haben, als angesichts ihres relativ guten Organisationsstandes zu erwarten gewesen wäre.[86] Dagegen gelang es den Liberalen in Hessen[87] und Nordrhein-Westfalen[88], möglicherweise auch in Niedersachsen und Berlin[89], nach einer mehrmonatigen Umstellungsphase ihre Finanzierung auf einer neuen Grundlage zu konsolidieren.

Diese regional erheblich differierenden Auswirkungen der Währungsreform beruhten natürlich zunächst in erster Linie auf dem je verschiedenen Grad der Abhängigkeit von den durch die Parteipresse bisher aufgebrachten Mitteln. Aber auch der unterschiedliche Organisationsgrad scheint von Bedeutung gewesen zu sein: Die ohnehin schwach organisierten Landesverbände wie Baden, Rheinland-Pfalz und erst recht Schleswig-Holstein wurden von der Finanzkrise jedenfalls besonders getroffen. Daß jedoch zugleich Hamburg und Württemberg-Baden, Länder, die bislang organisatorisch wie finanziell an der Spitze der liberalen Landesparteien gestanden hatten, von der hessischen LDP und vor allem der nordrhein-westfälischen FDP überrundet wurden, läßt sich nur mit differierenden Wegen der Krisenbewältigung erklären.

Zwar war allgemein der Druck auf die Kreis- und Bezirksverbände zur Erfüllung ihrer Beitragsverpflichtungen erhöht und teilweise bisher von

82 Schr. v. F. Curschmann an Thomas Dehler v. 8. 12. 1948 (ebd.); vgl. auch d. Protokoll d. Sitzung d. bayerischen Landesvorstands am 19. 11. 1948 in Schwabach, S. 3f. (ebd. Fs. 21).

83 Protokoll über d. Sitzung d. FDP-Bundesvorstands am 12. 2. 1949 in Bonn, S. 11 (FNS Akte Bundesvorstand).

84 Schr. d. DP Rheinland-Pfalz an d. DVP Württemberg-Baden v. 22. 9. 1948 (FNS Akte DPD). Vgl. auch d. in Anm. 83 genannte Bundesvorstandssitzung, in der Rheinland-Pfalz sich nicht in der Lage sah, den schleswig-holsteinischen Liberalen unter die Arme zu greifen.

85 Schr. d. DP Baden an d. DVP Württemberg-Baden v. 15. 9. 1948 (FNS Akte DPD).

86 Vgl. d. Schr. d. FDP Hamburg an d. DVP Württemberg-Baden v. 22. 9. 1948 (ebd.) sowie d. Protokolle d. Bundesvorstandssitzungen am 12. 2. und 2./3. 4. 1949 (FNS Akte Bundesvorstand), in denen sich die hansestädtischen Liberalen jeweils nur zu geringeren Beiträgen zur Finanzierung der überregionalen Parteiarbeit bereit erklärten, als es ihrer Mitgliederzahl entsprach, bzw. eine Unterstützung für Schleswig-Holstein zunächst nicht zusagen wollten. Außerdem forderte der Hamburger Landesverband – wohl inspiriert durch die in diesen Monaten anlaufenden Hilfsmaßnahmen für die von der Blockade getroffenen Berliner Westsektoren – seine Mitglieder im Oktober 1948 mit äußerster Dringlichkeit zur Zahlung „eines einmaligen Notopfers" auf, dessen Höhe allerdings in ihr Belieben gestellt war. Vgl. Die Freie Stadt Nr. 10 v. 25. 10. 1948.

87 Die hessische LDP brachte nicht nur 1949 das Doppelte der Hamburger Leistungen für die Bundespartei auf, sondern sagte Schleswig-Holstein auch sofort 1 000 DM zu.

88 Vgl. außer den bisher genannten Bundesvorstandsprotokollen d. Protokoll über d. Sitzung d. FDP-Landesausschusses am 18. 12. 1948 in Düsseldorf, S. 9 (WDS Ia/11), sowie d. Schr. d. FDP Nordrhein-Westfalen an d. DVP Württemberg-Baden v. 14. 9. 1948 (FNS Akte DPD).

89 Vgl. d. Protokoll d. Bundesvorstandssitzung v. 2./3. 4. 1949, S. 9 (FNS Akte Bundesvorstand).

den Landesverbänden geleistete Zuschüsse zum Ausbau der lokalen Organisation gestrichen worden.[90] Ebenso scheinen staatliche Hilfen in Form von Krediten und Bürgschaften der Finanzministerien in fast allen Ländern und an alle Parteien – wenn auch zu je unterschiedlichen Bedingungen – gezahlt worden zu sein[91], wobei wohl letztlich vielfach auf eine Rückzahlung dieser Gelder verzichtet worden ist.[92] Und auch die Intensivierung der Spendenwerbung sowie die Veröffentlichung von Informationsdiensten für die Wirtschaft – in einigen Ländern die mittelfristig wirksamste Sanierungsmaßnahme[93] – entsprachen ja durchaus dem von der DVP Württemberg-Baden her bekannten Muster. Aber in der Bereitschaft und Fähigkeit, den Parteietat nun in erster Linie mit Geldern aus der privaten Wirtschaft zu finanzieren, wie auch in den dabei angewandten Methoden zeigten sich bald deutliche Unterschiede. Schon das Instrument Wirtschaftlicher Informationsdienst war bezeichnenderweise in Nordrhein-Westfalen am geschicktesten und erfolgreichsten gehandhabt worden: Bereits am 25. Juni 1948 hatte der dortige Landesvorstand die Veröffentlichung eines solchen Organs beschlossen.[94] Und gegen Jahresende konnte der Landesvorsitzende Middelhauve befriedigt konstatieren, daß der Wirtschaftsdienst dem „Landesverband über die gröbsten finanziellen Schwierigkeiten der letzten Monate hinweggeholfen" habe.[95] Um den Kreis der angesprochenen Firmen auch auf kleinere und mittlere Betriebe, die bisher durch den hohen Bezugspreis von einem Abonnement abgehalten worden waren, zu erweitern, erschien ab Januar 1949 sogar ein zweites Organ dieser Art zum monatlichen Bezugspreis von 20 DM.[96]

Erst recht konnte jedoch von einem gleichgerichteten Handeln der liberalen Landesparteien und einem politischen Konsens zwischen ihnen keine Rede mehr sein, als – auch mit Blick auf die zu erwartenden Wahlen zu einem Bundesparlament – die Beschaffung größerer Geldsummen erforderlich wurde. Bereits wenige Tage nach der Währungsreform war anläßlich einer Besprechung führender liberaler Politiker aus der britischen und amerikanischen Zone in Frankfurt am Main für diesen Zweck die „Bildung von Fördergemeinschaften, auch mit Nichtmitgliedern" ins Auge gefaßt worden.[97] Dagegen wurden allerdings von der

90 Vgl. z.B. für Nordrhein-Westfalen d. Protokoll d. Landesausschußsitzung am 30. 10. 1948 in Hagen, S. 8f. (WDS Ia/11).

91 Vgl. für die britische Zone d. Schr. v. Franz Blücher an d. vier Landesverbandsvorsitzenden v. 12. 7. 1948 (FNS Akte Brit. Zone/Organisation) u. d. Schr. d. Zonenschatzmeisters Arnold Richter an Friedrich Middelhauve v. 24. 7. 1948 (StA Hamburg FDP I A 129).

92 Darauf weist für die nordbadische CDU Heidenheimer, German Party Finance, S. 375, hin.

93 Für Bayern vgl. d. Schr. v. F. Curschmann an Thomas Dehler v. 23. 9. 1948 (FNS NL Dehler Fs. 292).

94 Auswertung d. Protokolle über d. Sitzungen d. geschäftsführenden Vorstandes, d. Landesvorstandes u. d. Landesausschusses seit August 1947, o.D. (Juli 1948), S. 7 (WDS Ia/1).

95 Protokoll über d. Sitzung d. FDP-Landesausschusses am 18. 12. 1948 in Düsseldorf, S. 9 (WDS Ia/11).

96 Ebd., S. 9.

97 Schr. v. Thomas Dehler an Fritz Linnert v. 30. 6. 1948 (FNS NL Dehler Fs. 292). In dem von Ernst Mayer verfaßten Bericht über die Besprechung – DPD-Rdschr. Nr. 4 v. 5. 7. 1948, S. 3 (FNS Akte DPD) – wird dieser Aspekt der Finanzierungsüberlegungen bezeichnenderweise nicht erwähnt.

DVP Württemberg-Baden schwere Bedenken erhoben: „Bei aller Bereitschaft, diese Möglichkeit [die Spendensammlung, D.H.] voll auszuschöpfen", schrieb Ernst Mayer Anfang Oktober 1948, „muß vermieden werden, solchen Sympathisierenden und Fördernden Einfluß auf unsere politische Zielsetzung und Taktik zu geben. Diese Gefahr besteht aber überall und immer, wenn man der Sicherung der Regelmäßigkeit der Beiträge zuliebe zu einer organisatorischen Zusammenfassung solcher Förderer schreiten wollte. Die Partei muß sich auch in diesen Monaten und gerade jetzt die ungefährdete Freiheit der Entschließung erhalten."[98] Wenige Wochen später wurde Mayer noch deutlicher: Die ihm gegenüber in einem Fall sogar „ausgesprochene Bereitschaft, den erwarteten Geldgebern [...] einen Teil unserer politischen Selbständigkeit zu opfern", diese „Bereitschaft zur politischen Prostitution", werde weder er noch die DVP jemals billigen. „Wir werden die Gemeinschaft mit jedem Landesverband lösen, der um kleinerer oder größerer Spenden willen sich zu irgendwelchen Gefälligkeiten für Interessentengruppen in der Politik bereit erklärt."[99]

Die Auseinandersetzung kreiste jedoch nicht allein – wie es auf Grund dieser Äußerungen Mayers zunächst scheinen mag – um die politischen Gefahren finanzieller Abhängigkeiten. Sie muß vielmehr auch und gerade vor dem Hintergrund der Gewichtsverschiebungen gesehen werden, die sich zwischen den Landesverbänden durch die sich abzeichnende Umstrukturierung der Parteifinanzen ergaben. Bisher hatte nämlich die günstige finanzielle Lage es den Württemberg-Badenern erlaubt, alleine die Kosten zu tragen, die die in ihren Händen liegenden Koordinierungsbemühungen und Vorbereitungen einer Bundesparteigründung verursachten. Obwohl Mayer Anfang Juli 1948 gehofft hatte, noch „für eine Übergangszeit" an dieser Regelung festhalten zu können[100], mußte er zwei Monate später eingestehen, daß die DVP in Anbetracht ihrer eigenen Geldprobleme die bisherigen Leistungen nicht mehr aufbringen könne, und die anderen Landesparteien um Beiträge bitten, die nach ihrer Stärke gestaffelt sein sollten.[101] Dieser Aufforderung kamen jedoch außer Württemberg-Baden selber nur die Landesverbände Hamburg und Bremen nach, die sich der DVP in ihrer politischen Ausrichtung besonders verbunden fühlten. Die übrigen Landesorganisationen sahen sich entweder vorläufig zu einer Zahlung nicht in der Lage oder reagierten überhaupt nicht; Nordrhein-Westfalen schließlich kündigte zwar einen regelmäßigen Beitrag an, scheint aber nicht gezahlt zu haben.[102] Deut-

98 DPD-Rdschr. Nr. 6 v. 8. 10. 1948, Bl. 2 (FNS Akte DPD).
99 Rundbrief v. Mayer an d. Mitglieder d. Koordinierungsausschusses v. 27. 11. 1948, Bl. 1 (BA NL Heuss Bd. 407); zum Stellenwert von Mayers Schreiben im Prozeß der Bundesparteigründung vgl. unten S. 332f.
100 DPD-Rdschr. Nr. 4 v. 5. 7. 1948, S. 3 (FNS Akte DPD).
101 Ebd. Nr. 5 v. 6. 9. 1948, S. 3 (a.a.O.).
102 Rundbrief v. Mayer an d. Mitglieder d. Koordinierungsausschusses v. 27. 11. 1948, Bl. 1 (BA NL Heuss Bd. 407); vgl. auch d. Schrr. d. FDP Nordrhein-Westfalen, d. FDP Hamburg, d. DP Baden u. d. DP Rheinland-Pfalz an d. DVP Württemberg-Baden v. 14., 15. u. 22. 9. 1948 (FNS Akte DPD).

licher hätte Mayer kaum vor Augen geführt werden können, wie vorteilhaft für den politischen Handlungsspielraum der DVP und ihre Führungsstellung unter den westdeutschen Liberalen die Zeit vor der Finanzkrise gewesen war.

Anfang Oktober 1948 regte er deshalb – zusammen mit seiner Kritik an dem Projekt einer parteieigenen Fördergesellschaft – an, auf die in Nordrhein-Westfalen und Bayern bereits erscheinenden wirtschaftlichen Informationsdienste zugunsten eines zentral hergestellten Organs zu verzichten; Vertrieb und Erträge sollten den Landesverbänden überlassen werden, Redaktion und Druck in Stuttgart erfolgen. Mayer begründete seinen Vorschlag ausschließlich mit dem Hinweis auf Kosteneinsparungen[103], doch seine Zielsetzung griff zweifellos erheblich weiter. Abgesehen von dem Einfluß, den sich die DVP bei dieser Konstruktion auf die inhaltliche Gestaltung des Informationsdienstes hätte sichern können, hätten zunächst einmal leichter Gelder für die Finanzierung der Bundesparteigründung gewonnen werden können. Zugleich hätte auch jenen Landesverbänden, die im Frankfurter Wirtschaftsrat nicht durch Abgeordnete vertreten waren und die schon deshalb – ganz abgesehen von dem notwendigen personellen und finanziellen Aufwand – nicht in der Lage waren, ein repräsentatives und häufig genug erscheinendes eigenes Organ herauszugeben, eine neue Einnahmequelle zur Verfügung gestanden. Das sich mehr und mehr abzeichnende finanzielle Übergewicht Nordrhein-Westfalens mit seinem großen industriellen Ballungsraum an Rhein und Ruhr wäre auf diese Weise zumindest gemindert, eine Art innerparteilicher Finanzausgleich in Gang gesetzt und nicht zuletzt die angeschlagene Position der DVP konsolidiert worden.

Zum Zeitpunkt der Gründung einer liberalen Bundespartei am 11./12. Dezember 1948 standen sich damit auch in den Auseinandersetzungen um die Finanzierung der FDP – wenngleich weniger scharf umrissen und zugespitzt als in den Debatten über deren politische Ausrichtung – zwei konkurrierende Modelle gegenüber. Auf der einen Seite stand Mayers Konzept einer politischen Organisation, die sich ohne „Errichtung eines parteibürokratischen Wasserkopfes"[104] in erster Linie auf ihre Landesverbände stützt, die aber auch von der Struktur ihrer Politik her, nämlich ihrer Verwurzelung im lokalen und regionalen politisch-sozialen Milieu, auf kostspielige nationale Wahlkämpfe weitgehend verzichten kann, deren Finanzierung also aus einer Fülle kleinerer Quellen, darunter auch Mitgliedsbeiträge und ein breit gestreutes Spendenaufkommen, gewährleistet werden kann, ohne in die Gefahr einer politischen Abhängigkeit von ihren Geldgebern zu geraten. Mit anderen Worten: eine Partei, deren Organisations- und Finanzstruktur Raum läßt für eine Politik der Mitte nach dem Vorbild und Verständnis der DVP.

---

103 DPD-Rdschr. Nr. 6 v. 8. 10. 1948, S. 4f. (ebd.).

104 Rundbrief v. Mayer an d. Mitglieder d. Koordinierungsausschusses v. 27. 11. 1948, Bl. 3 (BA NL Heuss Bd. 407).

Auf der anderen Seite wurde vor allem von der nordrhein-westfälischen FDP auf den Aufbau einer leistungsfähigen Bundesparteiorganisation und einen ausreichend dimensionierten Parteietat gedrängt. Als entscheidendes Argument wurden dabei stets die unumgänglichen Erfordernisse moderner Parteipolitik herangezogen. Ebenso zwangsläufig ergab sich dann, daß die erforderlichen Geldmittel niemals allein durch die Mitgliedschaft, durch Presseerträge oder durch einen Wirtschaftsinformationsdienst aufgebracht werden konnten, sondern daß hierzu die Sammlung von Spenden aus der privaten Wirtschaft in großem Stil und mit den entsprechenden organisatorischen Voraussetzungen – also Fördergesellschaften oder Absprachen mit den Interessenverbänden – notwendig war. Unausgesprochen stand im Hintergrund dieses Finanzierungskonzepts die Überlegung, angesichts der angestrebten weitgehenden Übereinstimmung zwischen den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der FDP und der maßgeblichen Wirtschaftsverbände seien die potentiellen Gefahren für den politischen Handlungsspielraum der Partei vernachlässigenswert.[105] Zudem konnte gerade der Landesverband Nordrhein-Westfalen darauf vertrauen, daß die zu erwartende regionale Verteilung des Spendenaufkommens seine innerparteiliche Stellung eher stärken werde.

Das Ringen zwischen diesen beiden Partei- und Finanzierungsmodellen zog sich durch fast alle Bundesvorstandssitzungen des Jahres 1949. In ihnen vermochten die Württemberg-Badener zwar – unterstützt insbesondere durch die Hamburger Liberalen Rademacher und Schäfer sowie den stellvertretenden hessischen Landesvorsitzenden Bleek – in der Parteisatzung eine Bestimmung zu verankern, nach der die Landesverbände für jedes Mitglied eine Umlage an die Bundespartei zahlen sollten.[106] Im übrigen aber gelang es Heuss und Mayer nicht, mit ihren wiederholt vorgebrachten Bedenken gegen eine überwiegende Finanzierung der Partei durch Spenden und ihren Warnungen vor Abhängigkeiten von einzelnen Interessengruppen durchzudringen.[107] Bereits am 8. Januar 1949 hatte nämlich der FDP-Bundesvorstand den schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden Fritz Oellers damit beauftragt, eine Vereinssatzung für einen parteieigenen Vermögensträger auszuarbeiten.[108] In engem Zusammenhang damit stand Blüchers Drängen, endlich für die Parteifinanzierung „eine neutrale Einrichtung", eben eine parteieigene Fördergesellschaft,

105 Selbst ein so über den Verdacht, eine reine Interessentenpolitik betreiben zu wollen, erhabener Politiker wie Thomas Dehler argumentierte: „Die FDP vertrete eine Politik, die auch Wirtschaftskreise interessiere, für die diese dann auch zu einem Opfer bereit seien; an diese Kreise müßte man herantreten." Protokoll d. FDP-Bundesvorstandssitzung am 2./3. 4. 1949 in Bonn, S. 8 (FNS Akte Bundesvorstand).

106 Vgl. insbesondere ebd., S. 4f.

107 Protokoll d. Sitzung d. Geschäftsführenden FDP-Bundesvorstands am 8. 1. 1949 in Bonn, S. 1f. (FNS Akte Geschäftsf. Bundesvorstand), u. Protokoll d. Sitzung am 2./3. 4. 1949, S. 7ff. (a.a.O.).

108 Protokoll d. Sitzung am 8. 1. 1949, S. 2 (a.a.O.). Im Landesverband Hamburg war schon Ende 1948 eine ähnliche Vereinskonstruktion konstituiert worden – vgl. d. Schr. v. Fritz Oellers an Franz Blücher v. 14. 1. 1949 (FNS NL Dehler Fs. 301) –, in Bayern waren zumindest Überlegungen in dieser Richtung angestellt worden – vgl. d. Protokoll über d. Sitzung d. FDP-Landesvorstands am 19. 11. 1948 in Schwabach, Bl. 4 (FNS NL Dehler Fs. 21).

zu schaffen.[109] Doch erst nach der Bundestagswahl wurde am 5. September 1949 die „Wirtschafts- und Sozialpolitische Vereinigung e.V." gegründet.[110]

Die angedeutete Verknüpfung zweier an sich verschiedener Problemkreise erschwert allerdings – zusammen mit der fragmentarischen Quellenlage – eine wirkliche Klärung der Vorgänge, die schließlich zu dieser Finanzkonstruktion führten. Nach der dem Gründungsprotokoll anliegenden Satzung war der neue Verein nämlich ganz darauf angelegt, der Partei als Instrument für ihre Vermögensverwaltung zu dienen: Die Mitgliedschaft war an die Zugehörigkeit zur FDP gebunden, die Zahl der Vereinsmitglieder auf zwölf beschränkt, der Schatzmeister der FDP sollte dem Vereinsvorstand qua Amt angehören, und der Vereinsvorsitzende mußte Mitglied des Bundesparteivorstandes sein. Schließlich sollte das Vereinsvermögen lediglich Treuhandvermögen der Partei sein, und die Vereinseinkünfte wie auch das Vermögen sollten nur für die Zwecke der FDP verwendet werden dürfen. Über die Notwendigkeit dieser Rechtskonstruktion – über ihre Schaffung war bezeichnenderweise im Zusammenhang mit dem Kauf eines Anwesens für die Bundesgeschäftsstelle der Partei beschlossen worden – hatte im Bundesvorstand auch durchaus Einvernehmen bestanden.[111]

Daneben liegt jedoch in gedruckter Form die Satzung einer ebenfalls am 5. September gegründeten und am 10. Dezember 1949 in das Vereinsregister eingetragenen „Wirtschafts- und Sozialpolitischen Vereinigung e.V." vor[112], die unter dem Etikett einer „organisatorischen Zusammenfassung wirtschaftswissenschaftlich interessierter Kreise" darauf ausgerichtet war, finanzielle Mittel für die politische Arbeit der Partei zu beschaffen. Dieser zweiten Konstruktion fehlte zunächst die enge satzungsmäßige Bindung des Vereins an die Partei – sie war wohl auch rechtlich nicht möglich, sollte nicht der Hauptsinn der Vereinigung, die steuerliche Abzugsfähigkeit der Mitgliedsbeiträge, gefährdet werden. Statt dessen unterschied § 3 der Satzung zwischen ordentlichen Mitgliedern – ihr Kreis war, am Anfang jedenfalls, identisch mit dem geschäftsführenden FDP-Bundesvorstand – und fördernden Mitgliedern, denen kein Stimm- und Vertretungsrecht zustand, sondern die allein in Form eines beratenden Beirats auf die Entscheidungen des Vereinsvorstands Einfluß nehmen konnten. Hauptbeleg für die Leistungen der Vereinigung sollte der den Mitgliedern kostenlos zur Verfügung stehende Informationsdienst „Wirtschafts- und Sozialpolitik" sein.

Über den innerparteilichen Meinungsbildungsprozeß, der zu dieser zweiten Konstruktion, eben jener vom Landesverband Württemberg-

109 Niederschrift d. FDP-Bundesvorstandssitzung am 2./3. 4. 1949 in Bonn, Bl. 5 (FNS Akte Bundesvorstand).
110 Protokoll über d. Gründung d. Wirtschafts- und Sozialpolitischen Vereinigung e.V. am 5. 9. 1949 in Bonn (FNS NL Dehler Fs. 301).
111 Niederschrift d. Sitzung d. Geschäftsführenden FDP-Bundesvorstands am 4. 9. 1949 in Bonn, S. 2 (FNS Akte Geschäftsf. Bundesvorstand).
112 Satzung, Merkblatt u. Informationsschr. d. Wirtschafts- und Sozialpolitischen Vereinigung e.V., o.D. (vermutlich Anfang 1950) (FNS Akte WSV).

Baden so heftig befehdeten Fördergesellschaft, führte, sind wir leider nicht unterrichtet.[113] Ihre wichtigsten Vorteile lagen – abgesehen von den schon erwähnten steuerrechtlichen Erwägungen – in der Möglichkeit, die materielle Unterstützung der Partei durch die Wirtschaft breit zu streuen und dabei die finanziellen Ressourcen insgesamt stärker auszuschöpfen, als dies mit Einzelspenden geleistet werden konnte. Zugleich war ein kontinuierlicherer Spendenfluß und damit auch eine bessere Kalkulation der Einnahmen zu erwarten, so daß – wenn es gelang, die unbedingte Unterordnung der Vereinigung unter die Interessen und Entscheidungen der Partei zu gewährleisten – verglichen mit anderen Formen der Spendensammlung sogar eine Verminderung politischer Abhängigkeiten denkbar war. Andererseits bestand die Gefahr, daß der Parteivorstand oder einzelne seiner Mitglieder ihre Stellung in der Fördergesellschaft zur Verstärkung ihres politischen Einflusses zu nutzen versuchten oder daß die „Wirtschafts- und Sozialpolitische Vereinigung" ihrerseits im Falle eines schweren innerparteilichen Konflikts versucht sein konnte, ihre herausragende Position im Finanzierungssystem der FDP zugunsten eines Parteiflügels in die Waagschale zu werfen. Doch liegt die Rolle, die die Vereinigung und ihre regionalen Untergliederungen dann in den fünfziger Jahren finanziell und politisch in der FDP gespielt haben, außerhalb unseres Untersuchungszeitraums.[114]

Eine ernstere Bedrohung des politischen Handlungsspielraums der Liberalen ging jedenfalls von einer Form der Parteifinanzierung aus, die im Vorfeld der ersten Bundestagswahl entwickelt worden war und bei der in Anlehnung an Vorbilder aus der Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik[115] die organisatorische Zusammenfassung der Spender nicht in Händen der politischen Parteien, sondern in denen der Interessenverbände lag. Bereits um die Jahreswende 1948/49 – also noch vor dem ersten Zusammentreten des FDP-Bundesvorstands – hatten Franz Blücher und der Berliner Landesvorsitzende Carl-Hubert Schwennicke mit einer Reihe von Spitzenorganisationen der Wirtschaft Verhandlungen über die Möglichkeiten einer Finanzierung des FDP-Bundestagswahl-

113 Da Name, Gründungsdatum, Sitz, Vorsitzende (Blücher und Mayer) und Gründungsmitglieder – mit Ausnahme des zum Bundespräsidenten gewählten Heuss und des am 27. 10. 1949 verstorbenen Fritz Linnert, für sie rückten Middelhauve und Oellers nach – übereinstimmen, ist auf jeden Fall von einer Identität „beider" Vereinigungen auszugehen. Wahrscheinlich ist die von Dehler zunächst kurzfristig aus vermögensrechtlichen Gründen entworfene Vereinssatzung in den folgenden Monaten für den neuen Zweck der Parteifinanzierung umgearbeitet worden. In den Protokollen des Bundesvorstands finden sich jedoch keine Hinweise, daß die FDP-Führung noch einmal formell mit dieser Frage befaßt gewesen wäre.

114 Vgl. hierzu d. knappen Bemerkungen bei Gutscher, FDP, S. 52ff. u. 67ff., u. Breitling, Geld, S. 354ff. Für Niedersachsen überliefert Marten, Unterwanderte FDP, S. 305ff., in allerdings sehr disparater Form, interessantes Material über die mehrere Jahre lang erfolgreichen Bemühungen des Landesvorsitzenden Stegner und seiner engsten Gefolgsleute, die Entscheidungen über die finanziellen Verhältnisse der Partei – nicht zuletzt mit Hilfe der Fördergesellschaft und des parteieigenen Verlages – weitgehend in ihren Händen zu monopolisieren und der Kontrolle der zuständigen Parteigremien zu entziehen. Dazu auch Lange, FDP, S. 401f.

115 Vgl. bes. Albertin, Liberalismus und Demokratie, S. 168ff.

kampfs aus dieser Quelle geführt.[116] Im Ergebnis der in den folgenden Monaten offenkundig unter Einbeziehung von CDU/CSU und Deutscher Partei fortgeführten Gespräche scheint Ende Mai oder Anfang Juni 1949 ein formelles Abkommen geschlossen worden zu sein. Jedenfalls forderten einige Branchenverbände im Juni 1949 die ihnen angehörenden Firmen zu Spenden in einen gemeinsamen Wahlfond auf, der im Interesse einer Fortführung der unter der Verantwortung von Ludwig Erhard im Frankfurter Wirtschaftsrat eingeleiteten Politik der Sozialen Marktwirtschaft eingesetzt werden solle. Die aufgebrachten Mittel würden nach einem festen Schlüssel – CDU 65%, FDP 25%, DP 10% – auf diese drei, Erhards Politik tragende Parteien verteilt werden.[117] Der aller Wahrscheinlichkeit nach fast ausschließlich aus dieser Quelle gespeiste Wahlkampfetat der liberalen Bundespartei, der bezeichnenderweise allein von Franz Blücher verwaltet worden war, verzeichnete Gesamteinnahmen von knapp 430 000 DM.[118]

Das 1949 entwickelte Verfahren der Spendensammlung und -transferierung wurde in den folgenden Jahren systematisiert und erheblich verfeinert. In allen Bundesländern entstanden, verstärkt seit dem Frühjahr 1952 aus steuerrechtlichen Erwägungen[119], allgemeine Fördergesellschaften[120], als deren organisatorische Spitze schließlich ebenfalls 1952 das in Köln residierende Zentralkuratorium der Fördergesellschaften gegründet wurde. Dessen Vorstand wie auch die entsprechenden Gremien auf der Landesebene waren fast ausnahmslos aus den Spitzen der jeweiligen Unternehmer- und Arbeitgeberverbände zusammengesetzt. So wurde denn auch mit diesem System der Parteifinanzierung in erster Linie das Ziel verfolgt, das über alle Firmen- und Branchenunterschiede hinweg gemeinsame Interesse der bundesdeutschen Wirtschaft an einer Erhaltung der bestehenden marktwirtschaftlichen Ordnung durch koordinierte finanzielle Zuwendungen an die „bürgerlichen" Parteien zur Geltung zu bringen – und zwar im Sinne einer koalitionsstiftenden, die Zusammenarbeit in der Regierung Adenauer stabilisierenden Wirkung.[121]

Doch gerade in dieser ja auch aus der Entstehungsgeschichte der Fördergesellschaften deutlich werdenden Tendenz zur Zementierung des politischen Status quo mußte aus der Sicht der FDP die entscheidende

116 Protokoll d. Sitzung d. Geschäftsführenden FDP-Bundesvorstands am 8. 1. 1949 in Bonn, S. 1f. (FNS Akte Geschäftsf. Bundesvorstand).

117 Vgl. d. in: Unternehmermillionen kaufen politische Macht! Finanzierung und Korrumpierung der Regierungsparteien durch die Managerschicht der „Wirtschaft". Denkschrift, hrsg. v. Vorstand d. Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn o.J. (1953), S. 58, abgedruckte Schr. d. Hauptgeschäftsführers d. Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie v. 10. 6. 1949. Zur Zuverlässigkeit des in der SPD-Denkschrift veröffentlichten Materials vgl. u.a. Heidenheimer, German Party Finance, S. 377.

118 Niederschrift d. Sitzung d. FDP-Bundesvorstands u. d. Vorstands d. FDP-Bundestagsfraktion am 18./19. 11. 1949 in Bonn, S. 4 (FNS Akte Bundesvorstand).

119 Hierzu Dübber, Parteifinanzierung, S. 15ff.

120 Vgl. d. ebenfalls in: Unternehmermillionen, S. 67, abgedruckte Übersicht.

121 Über die Rolle der Fördergesellschaften liegen bisher nur wenige, zumeist von der zeitgenössischen Presse zusammengetragene Informationen vor; vgl. Breitling, Geld, S. 354ff., Dübber, Parteifinanzierung, S. 30f., u. Heidenheimer, German Party Finance, S. 376ff.

Problematik dieser Geldquelle liegen, zumal die Einnahmen der von der Partei kontrollierten Wirtschafts- und Sozialpolitischen Vereinigung unter der neuen, von den Verbänden beherrschten Spendenorganisation erheblich gelitten zu haben scheinen.[122] Denn die FDP wurde nicht nur durch den Druck der Finanzgeber, Konflikte zwischen den Regierungsparteien im Interesse der gemeinsamen ordnungspolitischen Zielsetzung möglichst zu vermeiden, als der kleinere Koalitionspartner besonders bei der Durchsetzung ihrer eigenen Konzepte etwa in Fragen der Kultur- oder Rechtspolitik behindert.[123] Sie mußte vor allem für den Fall eines Koalitionswechsels Sanktionen befürchten, die ihre Finanzkraft bis aufs äußerste gefährden konnten. In der Tat haben ja dann 1956 die Fördergesellschaften den Sturz des Kabinetts Arnold in Nordrhein-Westfalen durch die sogenannten Jungtürken und das Ausscheiden der FDP aus der Bundesregierung mit der Einstellung ihrer Zuwendungen an die Partei – bei gleichzeitiger finanzieller Unterstützung der von ihr abgespaltenen Kräfte – beantwortet.[124] Allerdings erhellt die bereits wenige Monate später – wenn auch in geringerem Umfang – erfolgte Wiederaufnahme der Zahlungen, daß selbst im Falle der Fördergesellschaften keineswegs eine einseitige Abhängigkeit der Parteien von ihren Geldgebern unterstellt werden darf.

Die Währungsreform vom 20. Juni 1948 scheidet mithin zwei Phasen liberaler Parteifinanzierung, deren Gegensätzlichkeit kaum größer sein könnte. In der Reichsmarkzeit gelang es den liberalen Landesparteien, ihre politische Arbeit trotz offenkundiger organisatorischer Schwächen überwiegend mit den Erträgen der parteieigenen Presse zu finanzieren. Ihnen kamen dabei sowohl die durch den inflationären Geldüberhang guten Einnahmemöglichkeiten wie auch das durch den Mangel der Nachkriegsjahre begrenzte Ausgabenvolumen zugute. In besonderer Weise perfektioniert worden war die Geldbeschaffung auf dem Pressemarkt von der DVP Württemberg-Baden. Nicht zuletzt ihr innerparteilicher Führungsanspruch wurde daher durch diese Finanzierungsform begünstigt und unterstützt – direkt durch die nicht unerheblichen Mittel, die ihr zur Verfügung standen, indirekt durch den politischen Handlungsspielraum, den das Fehlen jeglicher materieller Abhängigkeit von wirtschaftlichen Interessengruppen ließ.

Mit der neuen DM-Währung erwiesen sich allerdings diese günstigen Finanzstrukturen und Einnahmeverhältnisse als das Ergebnis der besonderen wirtschaftlichen Bedingungen einer Übergangszeit. Die tiefgreifende Finanzkrise, in die alle liberalen Landesparteien durch den Zusammenbruch des Marktes für die Parteipresse nun gerieten, zwang nicht nur zu einschneidenden Sparmaßnahmen, sondern machte es auch unumgänglich, sich in Zukunft wieder überwiegend durch Spenden partei-

122 Breitling, Geld, S. 355.

123 Vgl. Dübber, Parteifinanzierung, S. 30 u. 41, u. Heidenheimer, German Party Finance, S. 377f.

124 Hierzu knappe Ausführungen ebd., S. 384; ferner bei Breitling, Geld, S. 358ff., Dübber, Parteifinanzierung, S. 41ff., u. Gutscher, FDP, S. 54.

fremder Geldgeber zu finanzieren. Die Diskussionen, die im Zuge der Gründung der liberalen Bundespartei um Ausmaß und Formen dieser Spendenfinanzierung geführt wurden, waren sehr eng mit dem Ringen um den künftigen politischen Standort und Kurs der Partei verknüpft. Die gegen die Stimmen der Württemberg-Badener durchgesetzten Entscheidungen für die Schaffung einer parteieigenen Fördergesellschaft und für die Finanzierung des Bundestagswahlkampfes aus den Kassen der Interessenverbände führten jedenfalls zu einer deutlichen Gewichtsverschiebung zwischen den Landesverbänden und damit auch zwischen den innerparteilichen Flügeln. Begünstigt wurden mit der nordrhein-westfälischen FDP, die 1949 durch die Spenden der Ruhrindustriellen alleine drei Viertel der von den Liberalen erzielten Einnahmen aufgebracht haben soll[125], nun in erster Linie jene Kräfte in der Partei, die für eine betont nationale, antisozialistische Sammlungspolitik eintraten. Erst mit der gegen Ende der fünfziger Jahre allmählich einsetzenden staatlichen Parteienfinanzierung verbesserten sich in der FDP wieder die materiellen Voraussetzungen für eine Politik der Mitte nach dem Verständnis der württemberg-badischen Liberalen.[126]

125 Cromwell, FDP, S. 79f.; vgl. auch Varain, Geld, S. 493f.
126 Vgl. d. instruktiven Überblick über d. verschiedenen Phasen d. Parteienfinanzierung in der Bundesrepublik bei Wellner, Parteienfinanzierung, S. 25ff.

Fünftes Kapitel

Zwischen Zone, Reich und Bundesrepublik: Die überregionale Kooperation der liberalen Landesparteien

Schon oft ist auf einen für die Nachkriegsentwicklung nicht unwesentlichen Nebeneffekt der Zoneneinteilung Deutschlands hingewiesen worden, den man wohl als historischen Zufall bezeichnen muß, nämlich daß die Vorstellungen der Besatzungsmächte über die künftige innere Struktur Deutschlands, über das Verhältnis von Zentralismus und Föderalismus in seinen politischen Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen – jedenfalls in den Grundzügen und in der Tendenz – korrespondierten mit den Auffassungen, die von den deutschen Politikern in den jeweiligen Zonen hinsichtlich dieser Fragen vertreten wurden.[1] Gerade auch in der überregionalen Kooperation der liberalen Landesparteien läßt sich dieses Zusammenwirken deutscher und alliierter Konzeptionen deutlich beobachten.

Das Ausmaß und das Tempo, mit denen sich liberale Politiker bereit fanden, sich über die Länderebene hinaus zusammenzuschließen, wie auch dann die Gewichtsverteilung zwischen regionalen und zonalen Parteiverbänden wurden weitgehend von drei Faktoren geprägt. Den Rahmen setzte die je verschiedene Politik der Besatzungsmacht – mit ihren direkten Einflußnahmen auf die Parteientwicklung und mit der Struktur des von ihr maßgeblich bestimmten politischen Systems, also mit den Kooperationsanforderungen, die dieses System an die Parteien stellte. Mit diesen Vorgaben stand im wesentlichen im Einklang der zweite Faktor, die sowohl durch politische Grundhaltung wie auch konkrete Interessenlage bedingte Einstellung der Liberalen zu Föderalismus und Reichseinheit als den für die parteipolitische Kooperation maßgebenden Bezugspunkten. Das dritte Element schließlich war der von der Berliner LDP-Führung erhobene Anspruch, daß ihr gemäß der Tradition des Reiches und seiner Hauptstadt, aber auch aufgrund der besonderen Nachkriegssituation die Führung aller deutschen Liberalen zukommen müsse. Er und die zu seiner Durchsetzung von Berlin aus eingeleiteten Maßnahmen bildeten in allen drei westlichen Besatzungszonen den Katalysator, der erst konkrete Schritte zur überregionalen Kooperation auslöste.

---

1 Vgl. etwa Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 595.

1. Die „Freie Demokratische Partei in der britisch besetzten Zone Deutschlands"

Nur in der britischen Zone wirkten eine flexible und zentralistischen Tendenzen gegenüber aufgeschlossene Haltung der Besatzungsmacht bei der Parteilizenzierung, eine mehrheitlich antiföderalistische Einstellung der liberalen Gründerkreise und eine, wenn auch mehr indirekte, Einflußnahme der Berliner LDP-Führung so zusammen, daß bereits in enger zeitlicher und organisatorischer Verknüpfung mit der Bildung von liberalen Landesverbänden auch ein Parteizusammenschluß auf der zonalen Ebene erreicht werden konnte.

Der maßgebliche Protagonist einer frühzeitigen Zonenverbandsgründung war der Dortmunder Kaufmann Clemens Bender, der beim ersten Koordinierungstreffen der westfälischen Liberalen am 13. Oktober 1945 in Hagen die Notwendigkeit betonte, „alle demokratischen Gruppen der liberalen Richtung in einem einheitlichen Ganzen zu verschmelzen, um eine Zersplitterung in einzelne Parteigruppen von vornherein zu verhindern".[1] Bender, der zuvor schon in Dortmund die Übernahme der Berliner Parteibezeichnung durchgesetzt hatte[2], vertrat damit ganz die Linie der „Reichsparteileitung", die zur Verwirklichung ihres Führungsanspruchs wesentlich daran interessiert war, Verbindungen zu den westdeutschen Liberalen aufzunehmen und deren Anschluß an die „Reichspartei" zu erreichen, noch bevor dort abweichende Parteikonzeptionen eine nennenswerte Resonanz gewinnen oder sich organisatorische Gegengewichte herausbilden konnten. Bender gehörte jedoch allem Anschein nach nicht zu den „Emissären", die von der Berliner LDP mit dem Auftrag in die Westzonen entsandt worden waren, die Gründung liberaler Ortsgruppen zu initiieren[3], sondern war lediglich aus der Presse über die Vorgänge in der alten Reichshauptstadt informiert und hatte erstmals mit einem Schreiben an den Berliner LDP-Vorsitzenden Waldemar Koch vom 17. September 1945 Kontakt zur dortigen Partei aufgenommen[4]. Immerhin – und hierin zeigt sich das brennende Interesse der „Reichsparteileitung" an Benders Initiative – reisten bereits zur zweiten Arbeitstagung der westfälischen Liberalen am 20. Oktober in Dortmund LDP-Vertreter aus Berlin und der SBZ an.[5] Der Erfolg dieses Engagements blieb zunächst nicht aus: Bei der Konstituierung ihres Landesverbandes am 9. November entschieden sich die westfälischen Liberalen für die Bezeichnung „Liberal-Demokratische Partei".[6] Und am 20. November proklamierten sie in

1 Neue Rheinische Zeitung Nr. 27 v. 24. 10. 1945.
2 Vgl. dazu oben S. 136f.
3 Vgl. Krippendorff, LDP, S. 140. Bei diesen „Emissären" handelte es sich in der Regel um Personen, die ohnehin in die Westzonen übersiedelten; sie waren jedoch – wie die Untersuchung der Parteigründungen zeigte – nicht sehr zahlreich.
4 Graf, Wahlen in Dortmund, S. 80.
5 Neue Rheinische Zeitung Nr. 28 v. 27. 10. 1945; insofern ist Krippendorffs Angabe (LDP, S. 140), Berlin und die SBZ seien erstmals am 20. 11. 1945 auf einer Parteiversammlung in den Westzonen vertreten gewesen, zu korrigieren.
6 Neue Rheinische Zeitung Nr. 35 v. 21. 11. 1945.

Dortmund – angeblich in Anwesenheit von „Delegierten aus allen Provinzen und Regierungsbezirken der britischen Zone" – sogar die Gründung der „Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands für die gesamte britische Zone"[7], also praktisch die Unterstellung aller liberalen Parteigruppen dieses Gebietes unter die „Reichsparteileitung".

Mit diesem Schritt hatten die Berliner und ihre Anhänger jedoch eindeutig überzogen. Sie begingen den entscheidenden Fehler, den sie im Laufe des folgenden Jahres noch mehrfach wiederholten, bei ihrer Zusammenarbeit mit den westdeutschen Liberalen den Weg des scheinbar geringsten Widerstandes zu wählen und – ohne Berücksichtigung der personellen Hierarchie und der Kräfteverhältnisse in den dortigen Parteiorganisationen – diejenigen als ausgewiesene Sprecher der westdeutschen Liberalen zu betrachten oder zu deklarieren, die der Berliner LDP ohnehin aufgeschlossen gegenüberstanden. Diese Taktik mochte angesichts des in der Tat bestehenden Zeitdrucks verständlich sein, doch war gerade sie es, die den Gegnern des Berliner Führungsanspruchs von vornherein eine breite Unterstützung sicherte.

Dieser Widerstand formierte sich in der britischen Zone zunächst unter den rheinischen Liberalen. Zwar bekundeten auch sie schon bei ihrer ersten gemeinsamen Tagung am 9. November 1945 in Düsseldorf ihre prinzipielle Bereitschaft zur überregionalen Zusammenarbeit[8], aber ein von Bender am darauffolgenden Tag mit Unterstützung der Essener Parteigruppe um Franz Blücher unternommener Versuch, das Rheinland zur Übernahme der Bezeichnung „LDP" zu bewegen, verlief im Sande[9]. Die bis dahin unentschiedene Haltung der rheinischen Liberalen schlug jedoch in offene Ablehnung um, als die Meldungen über die Dortmunder „Zonenverbandsgründung" durch die Presse gingen. In einem Schreiben an Bender erklärte ihr vorläufiger Sprecher, Friedrich Middelhauve, kategorisch, das Rheinland sehe die Konstituierung der Zonenpartei „als nicht ordnungsgemäß erfolgt" an; keine seiner 14 Kreisgruppen sei zu der Gründungsversammlung eingeladen worden oder vertreten gewesen. Sein Verband bestehe darauf, an solch einem bedeutsamen Schritt „maßgeblich" beteiligt zu werden.[10] Das Rheinland begnügte sich allerdings nicht mit verbalen Protesten, sondern setzte auch wirksame Gegenmaßnahmen in Gang.

Auf der konstituierenden Sitzung des rheinischen Landesverbandes am 4. Dezember 1945 in Düsseldorf, bei der sich die Delegierten im übrigen mit der Namenswahl „Demokratische Partei Deutschlands" demonstrativ von Bender und der LDP absetzten, wurde beschlossen, bei der Hamburger PFD die Bereitschaft zu überregionaler Zusammenarbeit zu son-

7 Ebd. Nr. 37 v. 28. 11. 1945; vgl. auch Der Morgen Nr. 103 v. 1. 12. 1945 – bezeichnenderweise die erste Meldung des „Morgen" über die Parteientwicklung in den Westzonen überhaupt.

8 Neue Rheinische Zeitung Nr. 33 v. 14. 11. 1945.

9 Bericht über d. Sitzung in Essen-Kettwig am 10. 11. 1945 (FNS Akte LV NRW 1945-48); vgl. auch oben S. 147.

10 Schr. v. Middelhauve an d. Landesverband Westfalen d. LDP v. 8. 12. 1945 (WDS Handakten).

dieren, um sich so die Unterstützung des organisatorisch am weitesten fortgeschrittenen Landesverbandes der britischen Zone zu sichern.[11] Nicht zuletzt mit der Zusicherung, den Namen der Hamburger „Partei Freier Demokraten" für die Zonenorganisation zu übernehmen und deren Sitz sowie deren künftiges Presseorgan in die Hansestadt zu legen – im Gegenzug sollte dem Rheinland die Besetzung des Generalsekretariats und die Abfassung eines Programms zufallen –, gelang es den rheinischen Unterhändlern, Wilhelm Hermes und Hermann Tiggeler, den Hamburger Parteivorstand für die vom Rheinland favorisierte Gründung eines von Berlin unabhängigen Zonenverbandes zu gewinnen; die konstituierende Versammlung wurde für den 7./8. Januar 1946 in Düsseldorf in Aussicht genommen, mußte jedoch später nach Opladen verlegt werden. Auf der Rückreise konnten sich Hermes und Tiggeler zudem noch der grundsätzlichen Billigung dieses Vorhabens durch einen führenden Vertreter der niedersächsischen Liberalen, nämlich Wilhelm Heile, versichern.[12] Die rheinische Taktik schien also aufzugehen.

Allerdings war Bender zunächst noch keineswegs gewillt, sich durch die Proteste des Rheinlandes – ob er zu diesem Zeitpunkt auch bereits über die Hamburger Vereinbarungen informiert war, wissen wir nicht – von seinen eigenen Plänen völlig abbringen zu lassen. Vielmehr benutzte er die Anwesenheit von Theodor Tantzen jr. aus Oldenburg und Bruno Schröder aus Hannover bei einer Parteiveranstaltung in Münster am 16. Dezember 1945, um gemeinsam mit diesen und dem Münsteraner Parteivorsitzenden Helmut Friedrich einen „Demokratischen Zentralausschuß" aus der Taufe zu heben, dem neben den vier genannten Politikern auch – soweit bekannt, ungefragt – Friedrich Middelhauve angehören sollte. Ferner wurde vereinbart, die offizielle Konstituierung des Zonenverbandes auf einer Konferenz bevollmächtigter Delegierter aus allen Landesverbänden vom 4. bis 6. Januar 1946 in Göttingen zu vollziehen.[13] Die nun drohende Gründung konkurrierender Zonenverbände und die darin liegende Gefahr einer Zersplitterung der ohnehin in weiten Teilen des britischen Besatzungsgebietes nur schwachen liberalen Kräfte führte zu hektischen Aktivitäten: Wilhelm Heile gelang es, die Teilnahme einer Mehrheit der norddeutschen Liberalen an der Opladener Tagung sicherzustellen.[14] Und in einer Besprechung zwischen Altenhain und Bender einerseits sowie Middelhauve und Hermes andererseits am 28. Dezember 1945 in Dortmund konnte durch das Einschwenken Altenhains auf die Linie des Rheinlandes durchgesetzt werden, daß auch die westfälischen

11 Protokoll über eine Delegiertenbesprechung demokratischer Kreisgruppen des Rheinlandes am 4. 12. 1945 in Düsseldorf (FNS Akte LV NRW 1945-48).

12 Protokoll über d. Besprechungen d. Kreisgruppen d. „Landesverbandes Nord-Rheinprovinz der Demokratischen Partei Deutschlands" vom 18. 12. 1945 in Düsseldorf (BA NL Heile Bd. 37) u. Neue Rheinische Zeitung Nr. 45 v. 29. 12. 1945.

13 Bericht über eine Kundgebung d. LDP Münster am 16. 12. 1945 in Münster (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 1 Bl. 65); Schr. v. Clemens Bender an d. brit. Militärregierung, undatiert (vor dem 27. 12. 1945) (ebd. Bl. 66); Schr. dess. an Wilhelm Külz v. 27. 12. 1945 (ebd. Bl. 73); Schr. v. Hermann Höpker-Aschoff an Heinrich Rönneburg v. 13. 1. 1946 (ebd. Bl. 96).

14 Schr. v. Wilhelm Heile an Wilhelm Hermes v. 26. 12. 1945 (BA NL Heile Bd. 37).

Liberalen in Opladen vertreten sein würden und daß das Göttinger Konkurrenzunternehmen abgesagt wurde.[15] Erst damit waren Benders Pläne endgültig gescheitert und die Repräsentativität der Opladener Zonenkonferenz gesichert.

Ein entscheidender Anteil an dieser Wendung kam der Politik der Besatzungsmacht zu. In Zusammenhang mit der beabsichtigten Schaffung des Zonenbeirats, über die die Regierungschefs der Länder und Provinzen am 10. oder 11. Dezember 1945 unterrichtet wurden[16], hatte die Militärregierung nämlich Vertreter der deutschen Parteien zu einer Reihe von Besprechungen eingeladen, die zwischen dem 8. und 12. Dezember in den Landes- und Provinzhauptstädten stattfanden – wobei bezeichnenderweise lediglich in Hamburg auch ein liberaler Politiker hinzugezogen worden war. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Aufforderung an „die drei Hauptparteien" – gemeint waren SPD, KPD und Christdemokraten –, zunächst „Zentralausschüsse" zu bilden und dann in den folgenden Monaten voll ausgeformte Zonenorganisationen aufzubauen. „Gleiche Rechte" sollten zwar auch „jeder andern politischen Partei gewährt werden, die in der ganzen britischen Zone Fuß" fassen könne; doch verfolgten die Briten damit neben der Absicht, legitimierte Parteivertreter für den Zonenbeirat zu gewinnen, offenkundig zugleich das Ziel, Zersplitterungstendenzen im Parteiensystem ihrer Zone wirksam zu begegnen und scharf zwischen wenigen „großen" Parteien und anderen, auf Dauer dann unbedeutenden nur lokal oder regional zugelassenen politischen Gruppierungen zu differenzieren.[17] Nun war auch für die in einigen norddeutschen Regionen bestehenden überkonfessionellen bürgerlichen Sammlungsparteien, die sich bisher noch nicht eindeutig der liberalen oder der christdemokratischen Richtung angeschlossen hatten, der Zeitpunkt der Entscheidung gekommen.

Alles dies mußte den Liberalen drastisch vor Augen führen, daß sie in der Gefahr standen, in ein zukunftsloses Splitterparteiendasein abzugleiten, wenn es ihnen nicht ebenfalls alsbald gelang, ihre überregionale politische Potenz unter Beweis zu stellen. Der unter ihnen schwelende Konflikt über die Haltung, die sie gegenüber der Berliner LDP-Führung einnehmen sollten, trat so in seiner Bedeutung erheblich zurück; der von der Besatzungsmacht proklamierte Übergang der Parteipolitik von der

15 Schr. v. Hermes an Heile v. 29. 12. 1945 (ebd.); vgl. auch Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 124. Altenhain scheint nach allem, was wir wissen, kein prinzipieller Gegner der Politik Benders gewesen zu sein; immerhin war er bei fast allen Tagungen, z. B. auch der sogenannten Zonenverbandsgründung am 20. 11. 1945 in Dortmund, selbst anwesend, und er wurde auch von Bender über dessen Kontakte mit Berlin auf dem Laufenden gehalten. Seine Haltung war wohl eher durch einen nüchternen Pragmatismus gekennzeichnet, der ihn folgerichtig zu einer Verständigung mit den rheinischen Liberalen führte, als sich dort Widerstand gegen Benders Kurs regte und sich Gefahren für die Zukunft der Liberalen in der britischen Zone abzeichneten. Nicht zuletzt war Altenhain aufgrund seiner langen politischen Erfahrung kompromißbereiter als der ungestüme und taktisch oft unkluge Bender.

16 Vgl. d. Protokoll über d. Konferenz d. Chefs d. Länder u. Provinzen d. brit. Zone am 11. 12. 1945 in Düsseldorf, in: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, Bd. 1, S. 199ff., sowie Foelz-Schroeter, Föderalistische Politik, S. 52, u. Girndt, Zentralismus, S. 35.

17 Neue Rheinische Zeitung Nr. 42 v. 15. 12. 1945; vgl. auch Wieck, Entstehung der CDU, S. 44.

Landes- auf die Zonenebene übte auf die Liberalen einen „heilsamen" Zwang zur Einigung aus.

Die Opladener Konferenz[18], bei der alle bis dahin gegründeten liberalen Landesverbände der britischen Zone durch führende Politiker vertreten waren und zu der aus Berlin Arthur Lieutenant angereist war, wurde denn auch von Friedrich Middelhauve, dem Tagungsleiter, am 7. Januar 1946 unter Hinweis auf die Haltung der Militärregierung[19] mit dem Appell eröffnet, „alle kleinen Bedenken beiseitezustellen und als Ziel den Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte zu sehen". Im Mittelpunkt der Konferenz stand dann die Namensdebatte, in der noch einmal die unterschiedlichen parteipolitischen Konzepte und Interessenlagen, die mit der Gründung eines Zonenverbandes wie auch mit der liberalen Parteientwicklung überhaupt verbunden wurden, wie in einem Brennspiegel gebündelt zu Tage traten.

Abgesehen von dem Bestreben der Landesverbände und mancher lokaler Organisationen, ihre jeweilige Bezeichnung durchzusetzen, konzentrierte sich die Diskussion auf drei Vorschläge. Nachdem bereits zu Beginn der Tagung Lieutenant die besondere Stellung der LDP-Führung in der alten Reichshauptstadt, nicht zuletzt ihre guten Kontakte zu allen vier Besatzungsmächten hervorgehoben und die Vordringlichkeit eines Zusammenschlusses der liberalen Kräfte in ganz Deutschland betont hatte, versuchte zunächst der Dortmunder Bender erneut die Übernahme der sowjetzonalen Bezeichnung zu erreichen – ohne jedoch auf nennenswerte Resonanz zu stoßen. Die Mehrheit der Delegierten mochte zwar nicht so weit gehen wie der Oldenburger Theodor Tantzen jr., der die politische Entwicklung in Berlin für „völlig uninteressant" erklärte und jede Zusammenarbeit mit der dortigen Parteiführung ablehnte, nichtsdestoweniger ließ sie aber keinen Zweifel daran, daß weder der Name selber – das Etikett „liberal" werde von der konfessionell gebundenen Bevölkerung mit antichristlichen und kirchenfeindlichen Tendenzen verknüpft und zudem in Kreisen der Arbeiter und Angestellten als Absage an soziale Verpflichtungen von Staat und Wirtschaft aufgefaßt – noch die dahinterstehende Anerkennung des Berliner Führungsanspruchs für sie in Frage komme.

Als Alternative schob sich dann, obwohl von rheinischen Vertretern auch entsprechend den mit dem Hamburger Landesverband getroffenen Absprachen „Freie Demokratische Partei" vorgeschlagen worden war, die Bezeichnung „Demokratische Partei" in den Vordergrund; vor allem

18 Über die Konferenz sind wir durch zwei unabhängig voneinander entstandene, relativ ausführliche Aufzeichnungen unterrichtet – eine in Bonn am 10. 1. 1946 angefertigte Aktennotiz über die Tagung der Demokraten in Opladen (WDS Handakten) und ein von Wilhelm Hermes am gleichen Tage niedergeschriebenes Protokoll über die Delegiertentagung in Opladen (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 4).

19 Middelhauve verlas ein Schreiben des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz, Robert Lehr, in dem dieser auf die Auffassung der Militärregierung hinwies, lediglich SPD, KPD und CDU „als Träger des politischen Lebens" zu akzeptieren und in ihrem Aufbau zu fördern; alle anderen Gruppierungen würden nur „geduldet und als Absplitterungen betrachtet".

unter dem Eindruck eines vehementen Plädoyers Wilhelm Heiles ergab sich zunächst eine Mehrheit für diesen Namen, was zugleich symptomatisch war für den parteipolitischen Erfahrungshorizont, der die meisten der in Opladen zusammengekommenen Delegierten verband und der immer noch den kleinsten gemeinsamen Nenner bildete.

Erst die Erklärung des Hamburger Vertreters Paul Heile, eines Bruders von Wilhelm Heile, er habe keine Vollmacht, den Namen seines Landesverbandes abzuändern, brachte die Wende. Die daraufhin von neuem aufgenommene und schließlich auf den nächsten Tag, auf die eigentliche, von etwa 200 Delegierten besuchte Haupttagung, verschobene Debatte konzentrierte sich sehr bald auf die Bezeichnung „FDP", die dann mit „erheblicher Mehrheit" angenommen wurde.

Die Entscheidung hier zunächst der Liberalen in der britischen Zone für diesen bis heute beibehaltenen Parteinamen ging also in erster Linie auf den Druck des Hamburger Landesverbandes zurück. Sein Erfolg beruhte zugleich auf seinem Kompromißcharakter, ja, auf seiner weitgehenden Verschwommenheit: Anders als die übrigen zur Diskussion stehenden Bezeichnungen vermied er jede klare Festlegung, jede einseitige Option, für die bloße Wiederaufnahme der linksliberalen Parteitradition ebenso wie für die Konzeption einer Vereinigung von Liberalismus und Demokratie, für das völlige Aufgehen liberalen Gedankenguts in einer bürgerlichen Sammlungsbewegung ebenso wie für den Berliner Führungsanspruch. Positiv gewendet bekundeten die Liberalen mit ihm vor allem den Willen zum politischen Neubeginn im Rahmen einer freiheitlichen Ordnung und zur Öffnung der Partei über die schon vor 1933 angesprochenen Wählergruppen hinaus, ohne jedoch die Anklänge an die linksliberale Tradition völlig beiseite zu schieben.

Außer in der Namensfrage gelang es den in Opladen versammelten Delegierten nur noch im personellen Bereich, den Zusammenschluß in einer Zonenorganisation auch durch konkrete Entscheidungen zu untermauern. Wilhelm Heile, der der Konferenz am Vormittag des 8. Januar in einer mehrstündigen Rede seine politische Konzeption, jene höchst eigenwillige Mischung von Liberalismus, Föderalismus und Bekenntnis zur europäischen Integration[20], vorgetragen hatte, wurde einstimmig zum ersten Vorsitzenden der Zonenpartei bestimmt. Ferner wurde ein siebenköpfiger Vorstand gewählt, dem außer Heile je ein Vertreter jedes Landesverbandes angehörte; lediglich das Rheinland konnte die Entsendung von zwei Repräsentanten, Blücher und Middelhauve, durchsetzen.

Daß die Wahl Heiles primär dem erfahrenen Politiker der Weimarer Zeit galt – als einziger der in Opladen anwesenden Liberalen konnte er eine längere Betätigung in der Reichspolitik vorweisen – und keine eindeutige Festlegung des Zonenverbandes auf seine politische Linie beinhaltete, zeigte sich in der Programmdebatte, die schon bald in Fragen des Procedere steckenblieb und schließlich ausgesetzt werden mußte. Auch im Organisatorischen gelangte man über Teilentscheidungen nicht

20 Dazu ausführlich oben S. 118ff.

hinaus; es wurde lediglich beschlossen, dem Zonenverband einen festen Anteil an den Mitgliedsbeiträgen zuzuweisen, die umfassende Kodifizierung der Parteistruktur in einer Satzung aber mußte verschoben werden.

Dennoch ist nicht zu übersehen, daß mit der Opladener Tagung die wesentlichen Vorentscheidungen über die künftige Entwicklung der Liberalen im britischen Besatzungsgebiet gefallen waren: Zunächst einmal wahrten sie mit dem erfolgreichen Schritt von der regionalen auf die zonale Ebene ihren Anspruch, von der Besatzungsmacht wie auch von der Parteienkonkurrenz als eine der politischen Hauptkräfte anerkannt zu werden; mit der Lizenzerteilung, die am 14. Februar 1946 erfolgte, verband die britische Militärregierung dann auch die Aufforderung an die FDP, einen Vertreter für den Zonenbeirat zu nominieren.[21] Zum zweiten war mit der FDP-Gründung der erste von der Berliner „Reichsparteileitung" unabhängige überregionale liberale Parteiverband geschaffen worden; entgegen den Einheitsbeschwörungen, mit denen die sowjetzonale LDP-Führung diesen Vorgang in ihrem Parteiorgan kommentierte, war damit die Kooperation der Liberalen auf der Reichsebene in ganz neue, den ursprünglichen Berliner Vorstellungen zuwiderlaufende Bahnen gelenkt.[22] Und zum dritten war in Opladen trotz der wenigen konkreten Beschlüsse ein durchgängiges Streben zur Parteieinheit in der britischen Zone festzustellen gewesen; ungeachtet mancher offenkundiger Divergenzen dachte letztlich kein Landesverband daran, den eigenen Souveränitätsbereich möglichst ungeschmälert zu erhalten oder der neuen Organisation unter Umständen gar fernzubleiben.

Das entscheidende Charakteristikum der Struktur des Zonenverbandes, wie sie der Vorstand in seiner ersten Sitzung am 5. Februar 1946 in Syke in der Satzung festgelegt hatte[23] und wie sie in einer weiterentwickelten Form drei Monate später auch vom ersten Parteitag in Bad Pyrmont gebilligt worden war[24], war daher auch eine weitgehend zentralistische Organisationsform. Der Zonenverband war, das hatte man ja bereits mit der Entscheidung für einen gemeinsamen verbindlichen Namen bekundet, nicht als bloße Dachorganisation über den Landesverbänden konzipiert, sondern als einheitliche Partei, die sich in Landesverbände, Bezirks-, Kreis- und Ortsgruppen gliederte. Dem entsprach, daß die Vorstandsmitglieder nicht von den Landesverbänden entsandt, sondern vom Parteitag gewählt wurden. Ebenso waren die weiteren zonalen Gremien, der Zentralausschuß als „ständiger Ausschuß der Partei zur Überwachung der Politik der FDP" und der Parteitag, allein nach den jeweiligen Mitgliederzahlen der Landesorganisationen und nicht nach dem Paritätsprinzip beschickt. Schließlich sollten häufige Sitzungen der Parteigremien – jährliche Parteitage, mindestens vierteljährliche Zentralaus-

21 Schr. d. britischen Militärregierung an Wilhelm Heile v. 14. 2. 1946 (BA NL Heile Bd. 90).
22 Vgl. zu diesen Wirkungen unten S. 279ff.
23 Satzung d. FDP d. britischen Zone v. 5. 2. 1946 (FNS Akte Brit. Zone/Programme). Vgl. auch d. Protokoll über d. Sitzung d. Zonenvorstands am 5. 2. 1946 in Syke (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 4).
24 Satzung d. FDP d. britischen Zone v. 20. 5. 1946, hekt. als Inf.rdschr. Nr. 133 v. 14. 6. 1946 (FNS NL Rapp Fs. 5).

schußtagungen sowie monatliche bis zum Teil vierzehntägliche Vorstandszusammenkünfte – und eine eigene Hauptgeschäftsstelle in Bad Pyrmont gewährleisten, daß die Zonenpartei organisatorisch wie politisch eine von den Landesverbänden unabhängige Existenz führen und sich – mindestens auf längere Sicht – den eindeutigen Primat sichern könne.

Tatsächlich hat es in der Folgezeit vielversprechende Ansätze in dieser Richtung gegeben. Bereits in der ersten Vorstandssitzung am 5. Februar 1946 in Syke waren auf der Grundlage eines Entwurfs von Wilhelm Heile „Programmatische Richtlinien"[25] verabschiedet worden, in denen zwar allgemeine Wendungen vorherrschten und in die teilweise auch divergierende Konzeptionen zugleich eingeflossen waren, mit denen aber insgesamt eine Gemeinsamkeit der politischen Inhalte demonstriert wurde, die weder in der amerikanischen noch in der französischen Zone erreicht wurde. Ohne jeden Konflikt gelang es dem Zonenverband ferner, die ausschließliche Kompetenz für die Vertretung der Partei nach außen, also insbesondere das Mandat für den Koordinierungsausschuß der liberalen Parteien aller vier Zonen, an sich zu ziehen.[26] Darüber hinaus beanspruchten die zonalen Gremien mit beachtlichem Erfolg in nahezu allen Fragen von überregionaler Bedeutung die letzte Entscheidung. Eine wichtige Schrittmacherfunktion hatte dabei die Auseinandersetzung um den ersten Zonenparteivorsitzenden Wilhelm Heile geleistet.[27] Immerhin war es dem Zonenvorstand hier gelungen, mit verbindlicher Wirkung für alle Landesverbände zum einen eine deutliche Grenze gegenüber allen föderalistischen Kräften zu ziehen und zum anderen die Bemühungen um die Bildung einer bürgerlichen Sammlungspartei zu dem gewünschten negativen Abschluß zu führen. Allerdings war dem Zonenverband in diesem Fall insbesondere zugute gekommen, daß Heile auch in seinem eigenen Landesverband keine wirkliche Basis für seine Politik besaß, daß also die Auseinandersetzung um ihn niemals zu einem Kompetenzstreit zwischen regionaler und zonaler Parteiführung zu werden drohte. Im Sinne der hier beanspruchten und durchgesetzten Entscheidungsgewalt hat der Zonenvorstand auch später noch mehrfach in die Landespolitik eingegriffen – etwa im Frühjahr 1948 mit der Aufforderung an die niedersächsische FDP und deren Landtagsfraktion, sich an keiner Landesregierung unter Einschluß von Sozialdemokraten zu beteiligen.[28]

Politische Bedeutung und innerparteiliches Gewicht des Zonenverbandes erhellen schließlich nicht zuletzt daraus, daß seine Ämter und Gremien von einzelnen Politikern als erfolgversprechende Karriereplattformen erkannt und genutzt wurden. In einer gewissen Parallelität zu Adenauer hatte vor allem der Nachfolger Heiles im Amt des Zonenparteivorsitzenden, Franz Blücher, seine Aktivitäten mehr und mehr auf die

25 Abgedruckt bei Juling, Programmatische Entwicklung, S. 70ff.; vgl. auch d. Protokoll d. Vorstandssitzung v. 5. 2. 1946 (a.a.O.).

26 De facto erfolgte auch die Benennung der FDP-Vertreter aus der britischen Zone für den bizonalen Wirtschaftsrat und den Parlamentarischen Rat durch den Zonenvorstand und nicht durch die Landtagsfraktionen; vgl. unten S. 321f. u. bes. 328.

27 Hierzu ausführlich oben S. 122f.

28 Vgl. Marten, Unterwanderte FDP, S. 220ff.

zonale Politik konzentriert und es verstanden, sich – auch durch seine Mandate im Zonenbeirat und im bizonalen Wirtschaftsrat – als der kompetente Sprecher der norddeutschen FDP zu profilieren. Ohne diese Position wäre der Aufstieg des in seinem politischen Auftreten eher farblosen Blücher zunächst zum Stellvertreter und dann sogar zum Nachfolger von Theodor Heuss als FDP-Bundesvorsitzendem kaum denkbar gewesen.

Jedenfalls war es der FDP der britischen Zone unter anderem durch das Wirken Blüchers sowie nicht zuletzt auch durch ihre beiden, jeweils mit erheblichem Aufwand veranstalteten Zonenparteitage im Mai 1946 in Bad Pyrmont[29] und im Juni 1947 in Bielefeld[30] gelungen, in der Öffentlichkeit als ein weitgehend einheitlicher politischer Faktor akzeptiert zu werden. Dennoch waren auch hier dem Gewicht des Zonenverbandes letztlich durch die Stellung der Landesorganisationen deutliche Grenzen gezogen. Dies zeigte sich zum einen in den vergeblichen Bemühungen, eine einheitliche verfassungspolitische Linie für die ganze Zone verbindlich festzuschreiben, und zum anderen – noch krasser – in dem Scheitern aller Versuche, der Zonenorganisation eine ausreichende und von der Obstruktion einiger Landesverbände unabhängige Finanzierungsgrundlage zu schaffen.

Die verfassungspolitische Debatte war nahezu gleichzeitig Mitte 1947 durch eine innerparteiliche Initiative und durch einen Anstoß von außen in Gang gekommen. Zum einen hatte der Bielefelder Zonenparteitag am 8. Juni den Verfassungsausschuß der Partei mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für verfassungspolitische Richtlinien beauftragt und ihm zugleich einige Leitsätze, die insbesondere das Eintreten für den dezentralisierten Einheitsstaat festlegten, für die Beratungen mitgegeben.[31] Zum anderen hatte der Zonenbeirat am 8./9. Juli beschlossen, verfassungspolitische Vorarbeiten für die Londoner Außenministerkonferenz der Siegermächte aufzunehmen, und die Fraktionen deshalb aufgefordert, bis zum 15. August ihre Vorstellungen darzulegen.[32] Die schließlich vom Verfassungsausschuß am 26. August 1947 fertiggestellten „Verfassungspolitischen Richtlinien"[33] wurden zwar auch dem Zonenbeirat eingereicht[34] und bildeten nicht zuletzt die Grundlage der Rede, mit der der Zonenvorsitzende Franz Blücher die FDP in der deutschland- und verfassungspolitischen Debatte des Zonenbeirats am Vorabend der Londoner

29 Vgl. d. Stenographische Protokoll d. 1. Parteikongresses d. FDP d. britischen Zone in Bad Pyrmont v. 18.–20. 5. 1946 (FNS Akte Brit. Zone/Pyrmont).

30 Ein Protokoll liegt von diesem Parteitag nicht vor; vgl. d. Berichte in: Westdeutsche Rundschau Nr. 46 v. 7. 6. 1947 u. Nr. 47 v. 11. 6. 1947, Hamburger Freie Presse Nr. 45 v. 7. 6. 1947 u. Nr. 46 v. 11. 6. 1947, Die Freie Stadt Nr. 6 v. 10. 6. 1947 u. Mitteilungsblatt d. Landesverbandes Bremen der FDP Nr. 21 v. 21. 6. 1947.

31 Schr. d. Ausschußvorsitzenden Johannes Siemann an d. Hamburger Ausschußmitglied Paul Lindemann v. 23. 6. 1947 (StA Hamburg NL Lindemann 622-1 Nr. 18). Vgl. auch Westdeutsche Rundschau Nr. 47 v. 11. 6. 1947 u. d. Protokoll d. Sitzung d. FDP-Zentralausschusses am 26./27. 7. 1947 in Bielefeld (FNS Akte Brit. Zone/Krekeler).

32 13. Sitzung d. Zonenbeirates d. britisch besetzten Zone in Hamburg am 8./9. 7. 1947, in: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, Bd. 3, S. 228–231.

33 Vgl. d. Schrr. v. Siemann an Blücher v. 9. 8. und 30. 8. 1947 (FNS Akte Brit. Zone/Staat).

34 Abgedruckt in: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, Bd. 3, S. 877–882.

Konferenz vertrat.[35] Die verfassungspolitischen Überlegungen und Beratungen in den Landesverbänden vermochten die zonalen Gremien jedoch nicht entscheidend zu beeinflussen. Die niedersächsische FDP-Fraktion reichte am 9. September 1947 dem Landtag den „Entwurf eines Landesgrundgesetzes für Niedersachsen" ein[36], von dem der Vorsitzende des zonalen Verfassungsausschusses, Johannes Siemann, erst aus der Presse erfuhr.[37] Und auch die nordrhein-westfälische FDP arbeitete ihre Stellungnahme zu den Landesverfassungsberatungen, mit der sie in Reaktion auf einen Entwurf des Innenministers am 23. Oktober 1947 an die Öffentlichkeit trat[38], ohne jede Fühlungnahme mit der Zonenpartei aus, wobei hier noch besonders ins Gewicht fiel, daß diese Vorlage mit ihrem Eintreten für eine vom Vertrauen des Parlaments unabhängige „Regierung auf Zeit" gravierend von den Richtlinien abwich, die dem Zonenbeirat eingereicht worden waren.

Die finanzielle Unabhängigkeit des Zonenverbandes war theoretisch durchaus gesichert: Von seiner Gründung an stand ihm – wie erwähnt – ein fester Anteil an den Mitgliedsbeiträgen zu, darüber hinaus sollte jeder Landesverband zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben in der Aufbauphase – so der seinerzeitige Beschluß des Zonenvorstandes[39] – einen „Gründungsbeitrag" in Höhe von 7 500 RM zahlen. In der Praxis waren diese Ansprüche gegenüber den regionalen Untergliederungen jedoch kaum durchzusetzen. Noch im November 1946 war nur der Landesverband Hamburg seinen Zahlungsverpflichtungen in voller Höhe nachgekommen, alle anderen Landesorganisationen dagegen lediglich mit mehr oder minder großen Teilbeträgen.[40]

Der Zonenverband konnte die erheblichen finanziellen Schwierigkeiten, die ihm hieraus entstanden[41], allein dadurch überbrücken, daß von der LDP Berlin insbesondere im Frühjahr 1947 während des Landtagswahlkampfes insgesamt 49 500 RM gezahlt wurden.[42] Alle Versuche von seiten des Zonenverbandes, die ihm zustehenden Gelder einzutreiben, blieben bis zur Währungsreform 1948 auf Teilerfolge begrenzt[43]; danach stellten die Landesverbände ihre Zahlungen nahezu vollständig

35 17. Sitzung d. Zonenbeirates d. britisch besetzten Zone in Hamburg am 24. 11. 1947, in: ebd., S. 877–887.
36 Landtag Niedersachsen 1. Wp. Landtagsdrucksache Nr. 315.
37 Vgl. sein Schr. an d. niedersächsischen FDP-Fraktionsvorsitzenden Hermann Föge v. 19. 9. 1947 (FNS Akte Brit. Zone/Staat).
38 HStA Düsseldorf NW 57/11 Bl. 91–105. Auch als Broschüre gedruckt in: Landtagsarchiv Düsseldorf A 0401.
39 Protokoll d. Vorstandssitzung am 5. 2. 1946 in Syke (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 4).
40 Schr. d. Zonenschatzmeisters Eduard Wilkening an d. Mitglieder d. Zonenvorstands u. d. Finanzausschusses d. FDP v. 19. 11. 1946 (FNS Akte Brit. Zone/Organisation).
41 Schr. v. Wilkening an d. Mitglieder d. Finanzausschusses v. 7. 5. 1947 (ebd.): „Ohne diese Unterstützung hätte der Geschäftsbetrieb in Bad Pyrmont im Februar eingestellt werden müssen."
42 Kassenberichte für Januar–Mai 1947 (ebd.), Bericht d. früheren Schatzmeisters Wilkening über d. Entwicklung d. Finanzlage d. Zone v. 3. 9. 1947 (StA Hamburg FDP I A 129) u. Protokoll d. Sitzung d. FDP-Finanzausschusses am 11. 10. 1947 in Bielefeld (FNS Akte Brit. Zone/Organisation).
43 Vgl. insb. d. Schr. d. Hauptgeschäftsstelle an d. neuen Zonenschatzmeister Arnold Richter v. 10. 9. 1947 (StA Hamburg FDP I A 129).

ein[44]. Den deshalb von der Zonenpartei seit September 1947 intensiv betriebenen Bemühungen, der Zonenkasse in Abführungen der FDP-Tageszeitungen eine eigene, vom Einfluß der Landesorganisationen unabhängige Finanzierungsquelle zu schaffen, war kein Erfolg beschieden.[45]

Beide Beispiele illustrieren anschaulich, daß sich auch in der britischen Zone trotz einer allgemein unitarischen Grundhaltung und trotz einer im Ansatz zentralistischen Organisationsform für die Zonenpartei charakteristische Kompetenzstreitigkeiten mit den Landesverbänden ergeben mußten, waren doch auch hier die Parteien allein auf der regionalen Ebene in verantwortlicher Weise in ein parlamentarisch-demokratisches System eingebunden. Allerdings befand sich der Zonenverband, als sich seit Anfang 1948 zunehmend die Gründung einer gemeinsamen liberalen Parteiorganisation für die drei Westzonen und damit sein baldiges Ende abzuzeichnen begann, ja durchaus noch in der Entwicklung. Seit dem Spätsommer 1947 war die Verabschiedung einer neuen Zonensatzung im Gespräch, deren Entwurf unter anderem mit der Stärkung der Aufsichtsrechte über die regionalen Untergliederungen und der Übertragung des Parteitagsstimmrechts auf Delegierte der Kreisorganisationen auf eine weitere Mediatisierung der Landesverbände zielte.[46] Ferner waren seit Oktober 1947 die Bemühungen um eine Koordination der politischen Arbeit der Landtagsfraktionen, für die ein gemeinsamer Fraktionsausschuß konstituiert werden sollte, in ein Stadium konkreter, wenn auch zunächst noch wenig erfolgreicher Schritte eingetreten.[47] Vor allem aber hatte der Zonenvorstand Anfang Januar 1948 bei einer mehrtägigen Klausurtagung auf Wangerooge ein überaus detailliertes Wirtschaftsprogramm beschlossen[48] und damit gerade für jenen politischen Themenbereich innerparteiliche Geschlossenheit demonstriert, dem angesichts der im Frankfurter Wirtschaftsrat bevorstehenden grundsätzlichen Auseinandersetzungen und Entscheidungen zentrale Bedeutung zukam. Im übrigen blieben die zonalen Gremien – abgesehen davon, daß im Sommer 1948 wegen der sich abzeichnenden Veränderungen auf einen kostspieligen Zonenparteitag verzichtet worden war – noch bis zur Bundesparteigründung im Dezember 1948 voll arbeitsfähig[49]; die formelle Auflösung der Zonenorganisation wurde wahrscheinlich im Juni 1949 am Rande des Bremer Bundesparteitages vollzogen[50].

---

44 Schr. v. Arnold Richter an d. FDP-Landesverband Niedersachsen v. 14. 8. 1948 (FNS Akte Brit. Zone/Organisation).

45 Dazu ausführlich oben S. 235f.

46 Der undatierte, im August 1947 angefertigte Satzungsentwurf in: FNS Akte Brit. Zone/Programme. Vgl. auch d. Protokoll d. Sitzung d. nordrhein-westfälischen FDP-Landesvorstands am 13. 1. 1948 in Düsseldorf (WDS Ia/5) u. d. Protokoll d. Sitzung d. FDP-Zentralausschusses am 27./28. 2. 1948 in Bielefeld (BA NL Blücher Bd. 230).

47 Schr. v. Middelhauve an Blücher v. 24. 10. 1947, Schrr. v. Gustav Altenhain an d. Mitglieder d. Fraktionsausschusses v. 30. 1. u. 20. 4. 1948, Aktennotiz v. Edgar Engelhard über d. Fraktionstagung am 30. 4. 1948 in Göttingen u. Schr. v. Altenhain an Blücher v. 10. 8. 1948 (alle in: FNS Akte Brit. Zone/Organisation).

48 Abgedruckt in: Juling, Programmatische Entwicklung, S. 81–86. Hierzu d. ausführliche Bericht in: Die Freie Stadt Nr. 1 v. 26. 1. 1948.

49 Vgl. d. Rdschr. Nr. 21/48 d. FDP-Landesverbandes NRW v. 14. 9. 1948 (WDS Ia/29).

50 Darauf zielte jedenfalls ein Beschluß des nordrhein-westfälischen FDP-Landesausschusses, Protokoll d. Sitzung v. 18. 12. 1948 in Düsseldorf, S. 5 (WDS Ia/11).

Ganz im Gegensatz zur parallelen Organisation im amerikanischen Besatzungsgebiet hatte sich also die FDP der britischen Zone schon bald über die konkrete Situation und die Konflikte bei ihrer Konstituierung hinaus entwickelt; sie war zu einer trotz mancher Abstriche funktionierenden Partei geworden, an die auch die zonenübergreifende Zusammenarbeit der Liberalen durchaus hätte anknüpfen können. Eine solche Kontinuität im eigentlichen Sinne zur liberalen Bundespartei hat es jedoch nicht gegeben – vor allem weil die namensgleiche Vorläuferin in der britischen Zone mit ihrer vom Ansatz her zentralistischen Organisationsform ein innerparteiliches Strukturmodell repräsentierte, das auf den energischen Widerstand der süddeutschen Liberalen mit der DVP Württemberg-Baden an der Spitze stieß.

2. Die „Demokratische Volkspartei in der amerikanisch besetzten Zone"

Im amerikanischen Besatzungsgebiet stand die überregionale politische Zusammenarbeit der Liberalen von vornherein unter ganz anders gearteten Ausgangsbedingungen als in Norddeutschland. Zunächst war ihr Beginn nicht in der dort gegebenen engen Weise mit der Bildung von Landesorganisationen verknüpft: Die LDP Hessen und die DVP Württemberg-Baden arbeiteten bereits seit der Jahreswende 1945/46 auf dieser Ebene, lediglich den bayerischen Liberalen war es noch nicht gelungen, sich als Landespartei zu konstituieren. Die liberale Parteientwicklung entsprach insofern weitgehend dem Konzept der amerikanischen Militärregierung, die erst am 28. Februar 1946 – mithin ein Vierteljahr nach dem Beginn der Erteilung von Landeslizenzen – auch die Gründung zonaler Zusammenschlüsse offiziell freigab.[1] Hinzu kam, daß diese Zonenverbände ein Jahr lang gewissermaßen im luftleeren Raum agierten; während ihnen in der britischen Zone bereits seit ihrer Konstituierung mit der Mitarbeit im Zonenbeirat ein eigenes, wenn auch begrenztes Betätigungsfeld zugewiesen wurde, fehlte in Süddeutschland bis zur Schaffung des „Parlamentarischen Rats beim Länderrat" am 21. März 1947 ein vergleichbares Gremium[2]: Die Parteien sahen sich zwar in den Landtagen ständig vor gleiche oder ähnliche Aufgaben gestellt, die politischen Entscheidungen auf der Zonenebene aber waren den Ministerpräsidenten und den Landesregierungen vorbehalten. Aufgrund der geringen Impulse, die von den politischen Strukturen des amerikanischen Besatzungsgebiets auf eine stärkere Zusammenfassung auch der parteipolitischen Kräfte ausgingen, kam schließlich zum dritten dem hier ebenfalls von der Berliner LDP-Führung ausgehenden Anstoß ein noch größeres Gewicht zu; die Folgen, eine Zentrierung der Auseinandersetzungen auf die Haltung der

1 Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 107f.
2 Vgl. insbesondere ebd., S. 120ff., u. Foelz-Schroeter, Föderalistische Politik, S. 34ff.

Landesparteien zum Berliner Führungsanspruch, konnten nicht ausbleiben.

Im „Auftrage der Reichsparteileitung"[3] hatte die hessische LDP für den 24. März 1946 die DVP Württemberg-Baden und die bayerischen Liberalen zu einer Tagung nach Frankfurt am Main eingeladen, zu der auch der Berliner LDP-Vorsitzende Wilhelm Külz und sein Stellvertreter Arthur Lieutenant angereist waren.[4] Beide waren offensichtlich mit weitreichenden Wünschen hinsichtlich der Parteientwicklung nicht nur in der amerikanischen Zone, sondern ebenso im Reich nach Frankfurt gekommen; ihr Entschließungsentwurf forderte die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der süddeutschen Liberalen, die „ihrerseits in Arbeitsgemeinschaft mit der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands" treten solle.[5]

Diese Pläne stießen jedoch auf den entschiedenen Widerstand des württemberg-badischen Vertreters, des DVP-Generalsekretärs Ernst Mayer, der von seinem Vorstand den Auftrag erhalten hatte, möglichst nur einer zonalen Zusammenarbeit zuzustimmen. Er formulierte: Die zu bildende Arbeitsgemeinschaft der amerikanischen Zone „steht ihrerseits in Arbeitsgemeinschaft mit den liberal-demokratischen und freien demokratischen Parteien Deutschlands". Mit diesem Wortlaut wollte Mayer zum Ausdruck bringen, „daß es sich hier um ein Abkommen gleichberechtigter Parteien handele", denn „die Anerkennung eines Führungsanspruchs der LDP in der russischen Zone", den die Külz'sche Fassung beinhalte, lehne er ab. Die Konferenz billigte zwar schließlich die von Külz vorgelegte Entschließung, allerdings wurde nur der Passus über die Zonenorganisation einstimmig angenommen, die Abstimmung über den zweiten Teil ergab Stimmenthaltung der bayerischen Vertreter und Mayers. Zudem wurde auf bayerischen Antrag hin Stuttgart als „Vorort" der neuen Arbeitsgemeinschaft bestimmt und Mayer „mit der Federführung" beauftragt. Dieses Ergebnis war oberflächlich ein Erfolg der Berliner Linie, in Wirklichkeit ermöglichte es der DVP Württemberg-Baden – wie die Entwicklung der folgenden Monate zeigen sollte –, die Fäden fest in der Hand zu behalten. Külz war dementsprechend – nach den Worten Mayers – „sichtlich mit

3 Aktennotiz v. Ernst Mayer über d. Interzonenkonferenz in Frankfurt, undatiert (Ende März 1946) (BA NL Heuss Bd. 407); auszugsweise abgedruckt bei Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 201ff., allerdings mit völlig falscher Datierung, die auch von Hoffmann, Versuch und Scheitern, S. 91ff., übernommen wurde und die ihn wie auch Wieck zu einer ganz in die Irre gehenden Interpretation der verschiedenen Standpunkte und Konzeptionen führt; vgl. zur Datierungsfrage auch Mauch, Bayerische FDP, S. 138 Anm. 119.

4 Einladung u. Tagesordnung z. Tagung v. 24. 3. 1946 (NL Fertsch Akte LDP-Korrespondenz Bl. 54). Vgl. zum Külz-Aufenthalt in Hessen auch das bei Hoffmann, Versuch und Scheitern, S. 248f., auszugsweise abgedruckte Sitzungsprotokoll d. Berliner LDP-Vorstands v. 2. 4. 1946, Der Morgen Nr. 74 v. 29. 3. 1946 u. Krippendorff, LDP, S. 140f. Ebenfalls unter Berufung auf die „Reichsparteileitung" hatte mit Schr. v. 15. 3. 1946 d. LDP Augsburg-Stadt und -Land „zu einer Interzonenkonferenz aller bisher zugelassenen freien demokratischen Parteien für den 30. und 31. März 1946 nach Augsburg" eingeladen (FNS NL Dehler Fs. 3) – ein durchaus charakteristisches Beispiel für die oft verworrenen Verhältnisse der frühen Nachkriegszeit, in der sich viele zu politischen Führungsaufgaben berufen fühlten.

5 Zur Einordnung dieses Vorschlags in die Konzeption des Berliner Parteivorstands vgl. unten S. 280.

seinem Erfolg recht wenig zufrieden"; Württemberg-Baden blieb „seine härteste Nuß".[6]

Dieser Gegensatz Berlin–Stuttgart, der in der Frankfurter Besprechung erstmals zur offenen Austragung kam, gründete sich keineswegs ausschließlich auf die Skepsis westlicher Liberaler, ob in der SBZ überhaupt eine freie politische Betätigung möglich sei[7]; vielmehr flossen in der Stuttgarter Haltung drei untrennbar miteinander verbundene Motivstränge zusammen.

Zweifellos spielte eine gewichtige Rolle das „Wissen, daß keine Reichsparteileitung, die unter russischer Besatzung wirke, reichsverbindliche Beschlüsse fassen und Anordnungen treffen könne", da es „in dieser Zone keinerlei Freiheit" gebe.[8] In den Augen der DVP war es „ein unerträglicher Zustand [..], unsere Arbeit beeinflussen zu lassen von Parolen, wie sie Külz ausgibt, vielleicht ausgeben muß".[9] Daß dieser Gesichtspunkt in Württemberg-Baden schon in der ersten Jahreshälfte 1946 in einem Maße betont wurde, das bei anderen westlichen Liberalen erst im Laufe des Jahres 1947 erreicht wurde, kann zum Teil auf den persönlichen Einfluß von Ernst Mayer zurückgeführt werden, der bis zu seiner Übersiedlung nach Stuttgart um die Jahreswende 1945/46 als Generalsekretär der LDP Sachsen tätig gewesen war, die politischen Verhältnisse in der SBZ also aus eigenem Erleben kannte.[10] Entscheidender war aber wohl, daß der 1945/46 in weiten Kreisen des Bürgertums mehr oder minder ausgeprägte Antisowjetismus[11], der durch Nachrichten aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet lediglich verstärkt wurde, in Württemberg-Baden nicht durch andere politische Interessen und Überlegungen überlagert und relativiert wurde.

Vielmehr wirkten gerade im Falle der DVP auch parteitaktische Gesichtspunkte in die Richtung einer scharfen Frontstellung gegen den Berliner Führungsanspruch. Sie begann ihre Kontakte zu den Schwester-

---

6 Aktennotiz v. Mayer über d. Interzonenkonferenz (a.a.O.). Das oben zitierte LDP-Vorstandsprotokoll v. 2. 4. 1946 läßt allerdings von einer solchen skeptischen Sicht des Konferenzergebnisses wenig erkennen.

7 Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 203: „Es ging in diesen Auseinandersetzungen [...] keineswegs um irgendeinen regional bestimmten Egoismus und auch nicht um persönliche Machtkämpfe, sondern die westdeutschen Gruppen wurden in ihrer Haltung durch die klare Erkenntnis bestimmt, daß die Parteien im sowjetischen Besatzungsgebiet nicht frei in ihren Entschließungen waren und es in Zukunft immer weniger sein würden." Ähnlich Lange, FDP, S. 294; differenzierter dagegen Krippendorff, LDP, S. 141: In der Haltung der DVP hätten sich „traditionell Berlin-feindliche und aktuell-politische Motive" vermischt.

8 Aktennotiz von Ernst Mayer über die Interzonenkonferenz (a.a.O.).

9 Schr. v. Theodor Heuss an Thomas Dehler v. 28. 6. 1946 (FNS NL Dehler Fs. 1), jetzt auch abgedruckt bei Henning (Hrsg.), Briefwechsel, S. 23f.

10 Auf einer späteren Konferenz bemerkte Mayer: „Persönlich ist meine Einstellung gegen den Osten bekannt und die Ablehnung der Berliner Bestrebungen. Sie erfolgte vielleicht schärfer, weil ich die Verhältnisse selbst kenne, unter denen die Freunde dort leben müssen." Protokoll über d. Zonenkonferenz d. Demokratischen Parteien in Stuttgart am 31. 8. 1946 (FNS Akte US-Zone/Zonenverband). Vgl. dazu auch oben S. 45.

11 Charakteristisch die Aufzeichnung Reinhold Maiers v. 7. 5. 1945, in: ders., Ende und Wende, S. 256: Er und sein Freund Konrad Wittwer seien sich darin einig gewesen, „daß es für die Zukunft entscheidend ist, ob die Amerikaner in Deutschland bleiben. Wenn nicht, so kommt mit Allgewalt die neue Diktatur der östlichen Welt. Deutschland ist übergefährdet."

parteien der anderen Länder in dem Bewußtsein, als einzige liberale Partei der westlichen Besatzungszonen eine organisatorische Stärke und einen politischen Einfluß vorweisen zu können, der dem der LDP in der SBZ vergleichbar, wenn nicht gar überlegen sei. Es gehörte zu den Standardwendungen Mayers, darauf zu verweisen, bisher hätten nur die Parteien der amerikanischen Zone und hier insbesondere die DVP „in Wahlen bewiesen, daß sie überhaupt existent sind und wie weit sie es verstehen, Wähler in nennenswerter Zahl hinter sich zu bringen". Die Württemberg-Badener beharrten deshalb „auf dem Standpunkt, daß es viel wichtiger ist, jetzt länderweise starke demokratische Parteien aufzuziehen und dann über ihre Zusammenfassung zu reden, als jetzt Fusionsbeschlüsse im luftleeren Raum zu fassen [...]. Ein sofortiger Zusammenschluß [...] würde für die Demokratische Volkspartei die Verpflichtung bedeuten, zu einem Zeitpunkt helfend und stützend in den Nachbarländern einzugreifen, wo sie mit ihrer eigenen Organisation noch nicht zu Ende ist."[12] Die Propagierung „eines organischen Wachstums von unten nach oben"[13] hatte mithin nicht zuletzt die Aufgabe, den eigenen organisatorischen Vorsprung zu sichern und einer führenden Rolle der DVP in einer zukünftigen deutschen liberalen Partei den Weg zu bereiten.

Zugleich verbanden sich beide Motive in und resultierten wiederum aus der allgemeinen Föderalismuskonzeption der Liberalen Württemberg-Badens. Denn die süddeutschen Antipathien gegen Berlin waren ja keineswegs allein das Produkt der spezifischen Nachkriegssituation; sie saßen tiefer und reichten gerade im württembergischen Linksliberalismus bis weit in das 19. Jahrhundert zurück. „Berlin", so formulierte es Reinhold Maier, „war immer ein ungeeignetes Pflaster für die Demokratie."[14] „Die Demokratie Berliner Prägung" – die „Asphaltdemokratie"[15] – „war für die bei uns beheimatete bodenständige Demokratie, einer Demokratie mit gesunden konservativen Elementen, einer Demokratie in einem lebenstüchtigen, aber besinnlichen Volk ein Schaden, eine Bedrohung, ein Hindernis."[16] Zwar wurde solche Kritik auch von Maier stets mit der Beteuerung verbunden, sie sei „kein Einstimmen in den Chor derer, welche der Reichshauptstadt in ihrem Unglück noch einen Fußtritt verabreichen"[17]; aber ebenso energisch beharrten er und der DVP-Vorstand darauf, daß eine neue deutsche Demokratie und eine neue liberale Partei nicht erneut von Berlin aus zentralistisch aufgebaut werden dürften: „Die Regeneration des deutschen Parteiwesens [..] darf nicht von Berlin aus erfolgen [...]. Hier liegt im Südwesten die überlegene

12 Schr. d. DVP Württemberg-Baden (Ernst Mayer) an d. LDP Hessen, d. FDP Bayern, d. FDP d. brit. Zone u. d. LDP d. SBZ v. 27. 5. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 5).
13 So Wolfgang Haußmann über Mayers Position, in: Niederschrift d. Sitzung d. Koordinierungsausschusses am 17. 3. 1947 in Rothenburg o.T. (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48), auch abgedruckt bei Grundmann/Hein, Verständigungsbereitschaft, S. 91.
14 Rede auf einer DVP-Kundgebung anläßlich d. Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung Württemberg-Baden am 27. 6. 1946, S. 15 (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 64).
15 Ebd.
16 Reinhold Maier: Land, Zone, Vaterland. Demokratie in der Verantwortung. Rede auf d. Zonentagung d. DVP in Stuttgart am 28. 9 1946, S. 13 (ebd. Bd. 199).
17 Rede auf einer DVP-Kundgebung am 27. 6. 1946, S. 15 (a.a.O.).

Begabung. Von unserem Lande muß die deutsche Demokratie und eine allumfassende Volkspartei neu geboren werden."[18] Hier ordnen sich also die parteitaktischen Überlegungen in ein allgemeines demokratisches Sendungsbewußtsein der Liberalen Württemberg-Badens ein; ihr Streben nach einem föderalistischen Aufbau zielte über die Partei hinaus auf den Staat.

Eine partielle Sonderposition nahm hier wie auch bereits bei der Parteigründung in Württemberg-Baden selbst Theodor Heuss ein. Zwar kommentierte auch er die neuerlichen Berliner Führungsansprüche stets kritisch distanziert, zunächst nüchtern ihre geringen Durchsetzungschancen konstatierend[19], dann mehr und mehr entschieden ablehnend[20]. Auch teilte er im Kern das föderalistische Sendungsbewußtsein seiner württembergischen Parteifreunde und sprach von der schwäbischen Politik als einem „Modell deutscher Möglichkeiten".[21] Doch klangen seine Bekenntnisse zu Berlin weniger wie Pflichtübungen, schwang in ihnen seine enge persönliche Verbundenheit mit der alten Reichshauptstadt mit.[22] Und Heuss erteilte von vornherein allen partikularistischen Tendenzen eine klare Absage, er pochte deutlicher als etwa ein Reinhold Maier auf die Reichsbezogenheit jeder föderalistischen Politik.[23] Alles dies wich von den Auffassungen der übrigen DVP-Führungsspitze sicher kaum im Grundsätzlichen ab, vieles war eher eine Frage der Formulierung und der persönlichen Akzentsetzung. Immerhin blieben Differenzen von unübersehbarer Bedeutung und tatsächlicher Auswirkung in der praktischen Politik der Nachkriegsjahre – Unterschiede allerdings, die sich dann im Zuge der sich verschärfenden Ost-West-Konfrontation und zunehmenden Dominanz des föderalistischen Weges mehr und mehr abschliffen.

Für die im März 1946 auch in der amerikanischen Zone begonnene Diskussion über Zusammenschlüsse der liberalen Landesparteien verfocht die DVP jedenfalls das Konzept, „die Partei nicht mehr als tragbar zu

18 Ebd., S. 15f.; ähnliche Äußerungen auch v. Ernst Mayer, u.a. in: Protokoll über d. Zonenkonferenz d. Demokratischen Parteien in Stuttgart am 31. 8. 1946 (FNS Akte US-Zone/Zonenverband).

19 Vgl. seinen Leitartikel „Berlin", in: Rhein-Neckar-Zeitung Nr. 7 v. 23. 1. 1946.

20 Vgl. etwa seine oben S.266 zitierte Äußerung in d. Schr. an Thomas Dehler v. 28. 6. 1946.

21 Rede auf einer DVP-Kundgebung am 3. 11. 1945, abgedruckt in: Wege zur Demokratie, S. 22.

22 Vgl. beispielsweise Um Deutschlands Zukunft (18. 3. 1946), in: Heuss, Aufzeichnungen, S. 205.

23 Rede am 7. 12. 1945 in Göppingen, S. 16 (BA NL Heuss Bd. 1): „Daran werden wir festhalten; aber nicht, um schwäbische Partikularisten zu werden, eine Gefahr, in der wir heute stehen, wie wir nach 1918 standen. Damals meinten viele Leute, auch Staatsmänner, wenn sie auf Preußen, auf Berlin schimpften, daß sie dann einen besseren Frieden bekämen. Herr Eisner hat es damals in Paris versucht. Er ist furchtbar reingefallen. Jeder würde heute reinfallen, wenn er jetzt partikularistisch oder separatistisch redete oder handelte. Es gibt Leute in Deutschland, die so tun, als ob man sich damit einen Schlüssel für eine Nebentür aus der Gesamtverantwortung für Kriegslasten schaffen könne. So bequem ist es nicht. Gerade indem wir dieses Stück württembergischen Staates als einen Besitz ansehen unseres Gemeinschwäbischen und nun das Badische mit umfassenden südwestdeutschen Grundgefühls, indem wir das pflegen und darum wissen, wissen wir auch, daß es die sonderliche Aufgabe des deutschen Südwestens sein wird, ein Kernstück des wieder entstehenden großen deutschen Vaterlandes zu bilden."

binden und auf der anderen Seite die Fühlung mit den befreundeten Parteien zu halten und sie nicht noch mehr dem Einfluß der russischen Zone preiszugeben". Das Ergebnis des Frankfurter Treffens wurde diesen Wünschen im wesentlichen gerecht, monatelang stand die dort vereinbarte Arbeitsgemeinschaft der Liberalen der US-Zone nur auf dem Papier; Ernst Mayer konnte sich rühmen, „die Angelegenheit dilatorisch behandelt und [...] alles auf die Arbeit im eigenen Land konzentriert" zu haben.[24] Erst nach dem Parteitag der FDP der britischen Zone in Bad Pyrmont (18.–20. Mai 1946), an dessen Rand die Bildung eines gesamtdeutschen Koordinierungsausschusses in Aussicht genommen worden war[25], drängten die Hessen und Bayern verstärkt auf eine Intensivierung der zonalen Zusammenarbeit.[26] Mayer sah sich gezwungen, für den 13./14. Juli 1946 eine Zonenkonferenz nach Augsburg einzuberufen.[27] Diese Tagung wurde zwar zunächst mit heftigen Vorwürfen von hessischer und bayerischer Seite eröffnet, die DVP habe sich „in egoistischer Weise nur mit [...] [sich] selbst beschäftigt und die andern im Stich gelassen"[28], zugleich waren aber inzwischen in diesen Landesverbänden Veränderungen eingetreten, die den Plänen Württemberg-Badens entgegenkamen.

Die Führung der hessischen LDP hatte seit der Gründung wesentlich in den Händen von Anhängern der Berliner LDP-Leitung gelegen. Vor allem der Vorsitzende Georg Ludwig Fertsch strebte „eine möglichst enge Verbindung" mit der Schwesterpartei in der SBZ an[29], was ja auch in der Einladung zur Frankfurter Zonenkonferenz und im seinerzeitigen Abstimmungsverhalten der hessischen Delegierten seinen Ausdruck fand. Auf dem Landesparteitag in Gießen am 1. Juni 1946 aber war es einer stärker rechtsgerichteten Gruppe um August Martin Euler gelungen, die Führung an sich zu ziehen.[30] Euler und der neue Parteivorstand nahmen eine äußerst kritische Haltung zu Berlin ein und waren bereit, eine unabhängige Entwicklung der Liberalen in der amerikanischen Zone mitzutragen.[31]

Die bayerische Position in diesen Diskussionen war gekennzeichnet durch das Fehlen einer Landesorganisation der Liberalen und damit einer

24 Aktennotiz v. Ernst Mayer v. 16. 7. 1946 über d. Zonenkonferenz in Augsburg am 13./14. 7. 1946 (FNS Akte US-Zone/Zonenverband), mit geringfügigen Kürzungen abgedruckt bei Krippendorff, LDP, S. 162ff.

25 Vgl. dazu unten S. 282f.

26 Aktennotiz v. Ernst Mayer v. 16. 7. 1946 (a.a.O.).

27 Ursprünglich hatte Mayer kurz nach d. Pyrmonter Kongreß für d. 6./7. 7. 1946 nach Augsburg eingeladen. Vgl. sein Schr. an d. LDP Hessen, d. FDP Bayern, d. FDP d. brit. Zone u. d. LDP d. SBZ v. 27. 5. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 5).

28 Aktennotiz v. Ernst Mayer v. 16. 7. 1946 (a.a.O.).

29 Bericht d. Generalsekretärs d. FDP d. brit. Zone, Wilhelm Hermes, über seine Reise in d. amerikanische u. französische Zone, Informationsrdschr. Nr. 122 d. FDP d. brit. Zone v. 19. 4. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 4); vgl. auch d. Schrr. v. Fertsch an Arthur Lieutenant v. 17. 6. 1946 u. an Wilhelm Külz v. 11. 1. 1948 (NL Fertsch Akte LDP-Korrespondenz Bl. 8 u. 38) sowie Krippendorff, LDP, S. 141.

30 Vgl. oben S. 61f.

31 Aktennotiz v. Ernst Mayer v. 3. 8. 1946 über eine Verhandlung mit d. Vors. d. LDP Hessen (BA NL Heuss Bd. 407) u. sein Schr. an Euler v. 13. 9. 1946 (FNS Akte US-Zone/Zonenverband).

autorisierten Instanz. Die Spannweite in der Einstellung der Bayern zu Berlin reichte von besonderer Sympathie der Münchener und Coburger Gruppe über die eher abwartende und vermittelnde Haltung Thomas Dehlers bis hin zu dem entschiedenen Mißtrauen des Nürnberger Verbandes um Fritz Linnert.[32] Bayerische Vertreter stimmten deshalb zum Teil mit der DVP – wie in Frankfurt am 24. März 1946 –, zum Teil fanden sie sich aber auch bereit, an der von Külz initiierten Gründung einer liberalen Reichspartei mitzuwirken – wie der Coburger Wolf am 10. Juli 1946 in Berlin.[33] Gerade dieses Verhalten – Wolf hatte ausgerechnet Linnert als Vertreter der amerikanischen Zone für den „Reichsvorstand" benannt – führte jedoch zusammen mit der inzwischen erfolgten Konsolidierung der liberalen Parteiorganisation in Bayern dazu, daß sich auch diese Landespartei in Augsburg am 13./14. Juli 1946 dem württemberg-badischen Standpunkt zuzuneigen begann.

Ernst Mayer fing auf dieser Tagung die anfängliche hessische und bayerische Kritik durch eine flexiblere Haltung in der Frage der Zonenpartei auf und stellte zugleich vor allem Bayern vor die Alternative: „Stuttgart oder Berlin?" Es wurde beschlossen, die Vorbereitung einer Zonenparteigründung in die Hände eines gemeinsamen Arbeitsausschusses zu legen, der baldigst nach Stuttgart einberufen werden solle; außerdem sagte Mayer der LDP und der FDP die organisatorische Unterstützung seiner Partei zu, wehrte aber alle Versuche Bayerns zur sofortigen Parteigründung unter Hinweis auf die nächsten Wahlen ab: Die Konstituierung des Zonenverbandes solle am 6. Januar 1947 in Stuttgart erfolgen. Bayern erklärte im Gegenzug, daß es sich an die unter Mitwirkung von Wolf in Berlin gefaßten Beschlüsse nicht gebunden fühle.[34]

Auf der Augsburger Konferenz kündigte sich mithin ein Wandel der DVP-Position von einer eher destruktiven Einstellung zur überregionalen Zusammenarbeit zu einem stärker offensiven Verständnis einer solchen Kooperation an. Mayer war klargeworden, daß „wir [..] durch unsere Zurückhaltung an der Entwicklung zweifellos in sehr starkem Maße schuldig geworden [sind]. Es besteht die Gefahr, daß wir von Berlin aus überrundet werden." Die bisherige Weigerung gegenüber einem Parteizusammenschluß habe nicht verhindern können, daß die DVP in der Öffentlichkeit auch für die Politik der übrigen liberalen Landesparteien verantwortlich gemacht werde, aber ihr von ihren Freunden den Vorwurf „des Separatismus und der Reichsfeindschaft oder mindestens Gleichgültigkeit" eingebracht.[35] Hinzu kam, daß die DVP seit Juli 1946 in allen Kreisen Württemberg-Badens vertreten war und insofern eine wichtige Phase ihres organisatorischen Aufbaus hatte abschließen können.[36] Mayer schlug deshalb seinem Vorstand vor, „den Ansprüchen Berlins [...]

32 Mauch, Bayerische FDP, S. 25.
33 Dazu unten S. 285f.
34 Aktennotiz v. Ernst Mayer v. 16. 7. 1946 über d. Zonenkonferenz in Augsburg am 13./14. 7. 1946 (a.a.O.).
35 Ebd.
36 Bericht Ernst Mayers an d. Geschäftsführenden Vorstand d. DVP Württemberg-Baden v. 30. 7. 1946 (BA NL Heuss Bd. 407).

dadurch zu begegnen, daß wir zur Gründung der Zonenpartei kommen. Die Führung unseres Landes wird dabei von allen als selbstverständlich anerkannt." Sogar die amerikanische Militärregierung unterstütze diese Pläne.[37]

Dieser Wandel bestätigte sich auf einer Sitzung des Landeshauptausschusses der bayerischen FDP am 3./4. August 1946 in Regensburg[38] sowie schließlich auf einer Zonenkonferenz in Stuttgart am 31. August 1946. Mayer schlug im Namen der DVP vor, die Zonenpartei nun sogar schon am 28./29. September 1946 in der württembergischen Landeshauptstadt zu konstituieren. Allerdings solle die neue Partei „lediglich eine Dachorganisation über den drei Landesparteien mit einem gemeinsamen Vorstand, einem Rahmenprogramm und einer knappen Satzung [sein], die den einzelnen Parteien alle Freiheiten läßt und sich im wesentlichen auf die gegenseitige Zusammenarbeit der 3 Länderparteien beschränkt." Dieses Konzept wurde von Euler für Hessen und Linnert für Bayern grundsätzlich gebilligt, eine längere Debatte entspann sich nur über die Namensfrage. Denn es bestand zwar Übereinstimmung über die Bezeichnung „Demokratische Volkspartei" für die Zonenorganisation und damit über den Führungsanspruch Württemberg-Badens, vor allem Hessen aber wehrte sich gegen einen Verzicht auf den eigenen Namen zum jetzigen Zeitpunkt; als Kompromiß wurde vereinbart, daß jede Landespartei ihren bisherigen Namen mit dem Zusatz „Landesverband der Demokratischen Volkspartei" weiterführen solle.[39]

Die Vereinigung der drei liberalen Parteien der amerikanischen Zone[40] wurde dann offiziell auf einem gemeinsamen Parteitag am 28./29. September 1946 in Stuttgart vollzogen. Der unter dem Leitmotiv „Land-Zone-Vaterland" stehende Kongreß wurde von der DVP mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen[41] ganz darauf ausgerichtet, die Partei als eine auch über das Land hinaus relevante politische Kraft zu präsentieren. Man nutzte nicht allein den Gründungsakt selber und die Anwesenheit prominenter Gäste, darunter des Präsidenten der FDP der britischen Zone, Wilhelm Heile, und des Berliner LDP-Vorsitzenden Wilhelm Külz, in diesem Sinne, sondern stellte zudem in den Mittelpunkt ein Referat von Ministerpräsident Reinhold Maier, in dem dieser in überaus

37 Aktennotiz v. Ernst Mayer v. 16. 7. 1946 (a.a.O.).

38 Niederschrift über d. Tagung d. Landeshauptausschusses d. FDP Bayern in Regensburg am 3./4. 8. 1946 (FNS NL Dehler Fs. 6). Mayer nannte bei dieser Gelegenheit erstmals den September-Termin und erreichte, daß der bayerische Landeshauptausschuß die Zonenparteipläne mit 17 gegen 7 Stimmen billigte.

39 Protokoll über d. Zonenkonferenz d. Demokratischen Parteien in Stuttgart am 31. 8. 1946 (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 199); vgl. auch Mitteilungen d. FDP in Bayern Nr. 5 v. 4. 9. 1946.

40 Nachdem mit Wirkung vom 1. 1. 1947 Bremen als viertes Land dem amerikanischen Besatzungsgebiet angegliedert worden war, wurde Ende Februar 1947 auch die dortige „Volkspartei" in den Zonenverband der Liberalen aufgenommen; vgl. d. Niederschrift d. Sitzung d. Gesamtvorstands d. DVP in d. US-Zone am 14. 3. 1947 in Rothenburg o.T. (FNS Akte US-Zone/Zonenverband) u. oben S. 82f.

41 Ausdrücklich bezeichnete Ernst Mayer die Gründungstagung und die sich anschließende Großkundgebung als „Auftakt für den beginnenden Wahlkampf"; Protokoll über d. Zonenkonferenz d. Demokratischen Parteien in Stuttgart am 31. 8. 1946 (a.a.O.).

markanten Formulierungen die föderalistische Grundkonzeption und das spezifisch württembergische demokratische Sendungsbewußtsein seiner Partei umriß.[42] Im übrigen sanktionierte der Parteitag lediglich die zuvor getroffenen Absprachen: Theodor Heuss wurde einstimmig zum Vorsitzenden des neuen Zonenverbandes gewählt, die Stellvertreterämter übernahmen August Martin Euler und Thomas Dehler; der engere Vorstand setzte sich aus je zwei Vertretern der drei Landesverbände sowie Ernst Mayer als geschäftsführendem Mitglied zusammen.[43] Immerhin hatten sich die Liberalen damit als erste und auch in der Folgezeit einzige Partei des amerikanischen Besatzungsgebiets auf zonaler Ebene zusammengeschlossen.[44] Das Nacheinander von Landesparteigründungen und überregionaler Kontaktaufnahme, die dezidiert föderalistische Haltung vor allem der führenden liberalen Landespartei – der DVP Württemberg-Baden – und die Instrumentalisierung der zonalen Zusammenarbeit in der Auseinandersetzung zwischen Stuttgart und Berlin hatten jedoch dazu geführt, daß sich die „Demokratische Volkspartei in den Ländern Bayern, Großhessen und Nordwürttemberg-Nordbaden" – so bezeichnenderweise der ursprüngliche offizielle Name des Zonenverbandes[45] – in ihrer ganzen Anlage und Struktur grundlegend von der Parallelorganisation im britischen Besatzungsgebiet unterschied.[46]

Der Zonenparteitag, dem Anspruch nach das höchste Organ der Partei, hatte – wie bereits angedeutet – de facto keinerlei eigene Entscheidungsbefugnis, sondern erfüllte im wesentlichen nur eine – besonders von den Württemberg-Badenern genutzte – Propagandafunktion. In deren Einzugsgebiet fand nämlich außer der Gründungstagung auch der einzige weitere Zonenkongreß statt – am 25./26. Oktober 1947 im badischen Schwetzingen.[47] Dies mochte ohne weiteres damit begründbar sein, daß lediglich die DVP in der Lage war, eine solche Großveranstaltung zu organisieren und vermutlich auch weitgehend allein zu finanzieren; es bot der DVP aber eben zugleich die Möglichkeit, in einer Region, in der sie bisher politisch weniger erfolgreich gearbeitet hatte, massiv für sich zu werben.

---

42 Vgl. oben S. 267f.

43 Vgl. d. Bericht in: Der Demokrat Nr. 9 v. 5. 10. 1946 u. Mitteilungen der Freien DP LV Bayern Nr. 7 v. 5. 10. 1946.

44 Bei der CDU scheiterten alle entsprechenden Bemühungen; vgl. Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 194f. Für die Sozialdemokraten und Kommunisten kam dagegen der Aufbau von Zonenverbänden nicht in Frage, da er sowohl ausgeprägten überkommenen Organisationsprinzipien wie auch aktuellen deutschlandpolitischen Zielsetzungen widersprochen hätte.

45 Spätestens um die Jahreswende 1946/47 wurde diese Bezeichnung jedoch in die in der Kapitelüberschrift zitierte Form abgeändert – anscheinend ohne formellen Beschluß; vgl. d. Niederschrift d. Zonenvorstandssitzung d. DVP in d. US-Zone am 5. 1. 1947 in Stuttgart (FNS Akte US-Zone/Zonenverband) u. d. offizielle Einladung z. Schwetzinger Zonenparteitag (ebd.).

46 Die Satzung des US-Zonenverbandes ist leider nicht überliefert, so daß sich die folgende Strukturanalyse ausschließlich auf die Vorstandsprotokolle und Presseberichte stützen muß.

47 Vgl. d. oben zitierte Einladung u. d. ausführlichen Berichte in: Das neue Vaterland Nr. 21, Mitteilungen d. FDP LV Bayern Nr. 22 u. Bremer Roland Nr. 14 u. 15 jeweils v. November 1947.

Die Vorstandsgremien wurden zwar vom Parteitag gewählt, waren jedoch auf Grund der paritätischen Besetzung reine Delegationsorgane. Auch die Seltenheit ihrer Sitzungen – soweit bekannt, trat der Zonenvorstand nach der Gründung lediglich fünfmal zusammen[48] – war ein deutliches Zeichen dafür, daß es ihnen nicht gelang, ein eigenes Aktionsfeld und Gewicht gegenüber den Landesparteien zu gewinnen – noch nicht einmal in den Bereichen, die an sich in erster Linie zu den Kompetenzen des Zonenverbandes hätten zählen müssen: die gemeinsame liberale Fraktionsarbeit im Wirtschaftsrat der Bizone und im Parlamentarischen Rat beim Länderrat sowie die gesamtdeutsche Zusammenarbeit der liberalen Parteien. Es gab denn auch in der amerikanischen Zone – im Gegensatz etwa zu Franz Blücher in der norddeutschen FDP – keinen liberalen Politiker, der die Parteipolitik auf der Zonenebene als sein vorrangiges Aufgabengebiet betrachtet hätte.

Das ohnehin erst Mitte 1947 eingerichtete Zonensekretariat blieb ein reines Anhängsel der Stuttgarter Landesgeschäftsstelle, ebenso war durch die Finanzierungsmethode – ein Umlageverfahren – die fortdauernde Hoheit der Landesverbände abgesichert. Und schließlich konnte die Zonenpartei auch im Bewußtsein der Öffentlichkeit keinen festen Platz erringen. Zwar wurden einige zaghafte Versuche unternommen, der Öffentlichkeit zu vermitteln, daß trotz aller Unterschiede in der konkreten Politik eine gemeinsame Grundhaltung und Zielsetzung die liberalen Landesparteien verbinde[49]; aber das wesentliche Hindernis, die Beibehaltung der bisherigen unterschiedlichen Parteibezeichnungen, wurde nicht energisch angegangen, ein bayerischer Vorstoß in dieser Richtung scheiterte am Widerstand der hessischen LDP[50].

Fortschritte in der überregionalen Zusammenarbeit waren so lediglich auf den Gebieten zu verzeichnen, wo jede der drei Landesparteien gleichermaßen davon profitieren zu können glaubte, ohne letztlich ihre Entscheidungsbefugnis antasten lassen zu müssen – und auch das nur in kleinen und kleinsten Schritten: im organisatorischen Bereich (gemeinsame Lehrgänge für Parteiredner und -geschäftsführer, Austausch von Rundschreiben, Zeitungen, Werbeplakaten etc.), im politischen Gedankenaustausch – es fanden z.B. zwei gemeinsame Sitzungen der Landtagsfraktionen statt[51] – sowie hinsichtlich der programmatischen Vereinheitlichung (Verabschiedung gemeinsamer agrarpolitischer Leitsätze)[52].

---

48 Vgl. d. Einladungen u. Protokolle in: FNS Akte US-Zone/Zonenverband.

49 Im „Demokrat" erschienen einige Artikel hessischer u. bayerischer Politiker zur dortigen Situation: M. W. Roellinghoff, Warum lehnt FDP bayerische Verfassung ab? in: Nr. 13 v. 30. 11. 1946; A.M. Euler, Warum Opposition in Hessen? in: Nr. 3 v. 1. 2. 1947; Th. Dehler, Warum Opposition in Bayern? in: Nr. 4 v. 15. 2. 1947.

50 Niederschrift d. Sitzung d. Zonenvorstandes d. DVP am 24. 10. 1947 in Schwetzingen (FNS Akte US-Zone/Zonenverband).

51 Am 15./16. 3. 1947 in Rothenburg o.T. und am 25./26. 10. 1947 in Schwetzingen; vgl. d. Schr. d. DVP Württemberg-Baden an Reinhold Maier v. 15. 2. 1947 (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 199), d. Einladung zum Demokratentag in Rothenburg o.T. (FNS Akte US-Zone/Zonenverband), d. Niederschrift über d. Arbeitstagung der Fraktionen am 25. 10. 1947 in Schwetzingen (ebd.) u. Bremer Roland Nr. 14 v. November 1947.

52 Ebd. Nr. 15 v. November 1947 u. Das neue Vaterland Nr. 21 v. November 1947.

Was waren die Ursachen, wer waren die retardierenden Kräfte, wie entwickelte sich überhaupt die Interessenlage der Landesparteien gegenüber dem Zonenverband? Am beständigsten und stärksten drängten die bayerischen Liberalen auf einen Ausbau der Zonenorganisation, da sie aufgrund ihrer schwachen parlamentarischen Position und ihres geringen Entwicklungsstandes primär an einer massiven Unterstützung aus den Nachbarländern interessiert waren.[53] Dagegen ging die Bereitschaft der hessischen LDP, sich für die überregionale Zusammenarbeit zu engagieren, nach der Zonenverbandsgründung deutlich zurück. Es liegt nahe, die Ursache im Rechtskurs der Partei unter Eulers Führung und dem damit gegebenen Gegensatz zur württemberg-badischen DVP zu sehen, der solange in den Hintergrund gedrängt war, wie der gemeinsame Kampf gegen den Berliner Führungsanspruch auch in der zonalen Zusammenarbeit dominierte, der aber bei deren weiterreichenden Intensivierung unweigerlich zu Konflikten hätte führen müssen.

Die Schlüsselrolle kam aber zweifellos den Liberalen Württemberg-Badens zu, deren Interessenlage sich nicht ohne weiteres auf einen Nenner bringen läßt. Obwohl die meisten der oben angeführten konkreten Fortschritte in der Entwicklung der Zonenorganisation auf ihre Initiative zurückgingen, unternahm die DVP keinen ernsthaften Schritt, der über die Struktur eines lockeren Dachverbandes hinausgeführt hätte. Dies entsprach sowohl der entschieden föderalistischen Grundhaltung im partei- und staatspolitischen Bereich wie auch der ursprünglichen Zielsetzung, die Zonenpartei zur Abwehr des Berliner Führungsanspruchs einzusetzen, also jeweils nur soviel an zonaler Kooperation zuzulassen, wie nötig war, um ein Einschwenken der anderen Landesverbände – insbesondere Bayerns – auf die Linie der sowjetzonalen LDP zu verhindern. Aber daneben hatte die DVP ja auch eine eigene Führungsrolle beansprucht und die Forderung erhoben, daß eine neue gesamtdeutsche liberale Partei vom Südwesten Deutschlands aus aufgebaut werden müsse. Dies war von Ernst Mayer noch Anfang April 1947 – nach Gründung der „Demokratischen Partei Deutschlands" am 17. März in Rothenburg o.T. – ausdrücklich bekräftigt worden: „Mag aus der Reichspartei werden was will, wir sind uns auf jeden Fall hier unten näher gekommen, und es geht dann doch den von mir schon verfolgten Weg, daß wir hier im Süden abseits von großen Deklamationen und anspruchsvollen Beschlüssen die neue Partei vorbereiten und prägen müssen [...]".[54] Ein solches Konzept aber hätte den zügigen Ausbau des amerikanischen Zonenverbandes zur Kernorganisation der künftigen liberalen Gesamtpartei erfordert. Damit wäre dann auch der Kampf gegen die Berliner LDP-Führung auf eine ganz andere, konstruktivere und für die anderen Landesverbände anziehendere Basis gestellt worden. Und schließlich hätte sich der DVP die Möglichkeit geboten, ein für sie besonders günstiges Entwicklungssta-

53 Vgl. d. Ausführungen Linnerts in der Schwetzinger Zonenvorstandssitzung am 24. 10. 1947 (a.a.O.).
54 Schr. an Thomas Dehler v. 3. 4. 1947 (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48).

dium, in dem sie nämlich bereits einen ersten Höhepunkt ihrer organisatorischen Entwicklung, ihrer Finanzkraft und ihrer politischen Bedeutung erreicht und einen beträchtlichen Vorsprung gegenüber den übrigen liberalen Parteien der Westzonen vorzuweisen hatte, auszunützen und Struktur und politische Konzeption der deutschen Liberalen maßgeblich zu gestalten.

Hierzu ist es nicht gekommen. Allzusehr blieben die Württemberg-Badener in einem engen föderalistischen Denken befangen, allzusehr waren sie auf die aktuelle Kontroverse mit Berlin fixiert. Für den Zonenverband bedeutete dies – so wichtig auch mancher Aspekt der konkreten Zusammenarbeit in ihm für die spätere Begründung der FDP-Bundesorganisation gewesen sein mag –, daß sich seine Funktion im wesentlichen darin erschöpfte, „Schutzwall gegen den Reichsausschuß zu sein", wie ein bayerischer Vertreter unter heftigem Widerspruch von Theodor Heuss und Ernst Mayer den Stuttgartern vorwarf.[55] Bezeichnenderweise ist der Zonenverband seit der Jahreswende 1947/48 – also nach dem Bruch mit den sowjetzonalen Liberalen – nicht mehr in Erscheinung getreten.

3. Die „Arbeitsgemeinschaft der Demokratischen Parteien in der französischen Zone"

Ende September 1946, als in den anderen Besatzungsgebieten mit dem Stuttgarter Gründungskongreß der Formierungsprozeß auf der zonalen Ebene zum Abschluß gekommen war und sich das Interesse verstärkt auf die gesamtdeutschen Parteibeziehungen richten konnte, hatten sich die Liberalen im französisch besetzten Südwesten Deutschlands noch nicht einmal als Landesorganisationen konsolidieren können: Die LP des südlichen Rheinlandes und die DVP Württemberg-Hohenzollern waren ohnehin erst seit kurzem lizenziert, der SV Pfalz bestand de facto nur aus einem regional eng begrenzten Gründerkreis, lediglich die badische DP hatte auf Grund einer frühzeitigeren Zulassung und ihres soliden Anhängerreservoirs schon einen mit der Lage in anderen Zonen annähernd vergleichbaren Entwicklungsstand erreicht. Soweit diese Parteien überhaupt überregionale Kontakte unterhielten, gingen sie über die Zonengrenzen hinweg in die Nachbarländer oder – wie bei der rheinischen LP, deren Gründung ja von Berlin aus angeregt worden war – zur „Reichsparteileitung".[1]

Erst am 4. Januar 1947 trafen in Freiburg auf Einladung der badischen DP Vertreter der liberalen Parteien der französischen Zone zu einer

55 Niederschrift d. Sitzung d. Gesamtvorstandes d. DVP in d. US-Zone am 14. 3. 1947 in Rothenburg o.T. (a.a.O.).

1 Vgl. oben S. 157ff. u. bes. S. 173f.

Tagung zusammen, auf der – „vorbehaltlich der Genehmigung der Militärregierung" – die Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft der Demokratischen Parteien in der französischen Zone" beschlossen wurde. Als Ziel der Zusammenarbeit formulierte die Übereinkunft den Austausch von „Erfahrungen auf dem Gebiet der Organisation und der politischen Willensbildung". Der begrenzten Aufgabenstellung entsprechend wurden zwar relativ häufige Zusammenkünfte – „in der Regel alle zwei Monate" – vereinbart, aber zugleich die volle „Wahrung der organisatorischen Selbständigkeit der einzelnen Landesverbände" und die „Beibehaltung der bisherigen Namen" festgestellt; auch sollten die beteiligten Parteien paritätisch und nicht entsprechend ihrer Wähler- oder Mitgliederzahlen in der Arbeitsgemeinschaft vertreten sein und deren Kosten tragen.[2]

Wie schon im Falle der britischen und der amerikanischen Zone müssen auch diese Kooperationsbestrebungen in engem Zusammenhang mit den Bemühungen der sowjetzonalen LDP um die Schaffung einer liberalen Reichspartei gesehen werden. Am 8./9. November 1946 hatte der „Koordinierungsausschuß der vier Zonen" in Coburg – allerdings ohne Mitwirkung u.a. der DVP Württemberg-Baden – die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der deutschen Liberalen beschlossen; aus der französischen Zone hatte dort der LP-Geschäftsführer Schreiber teilgenommen.[3] Die Coburger Beschlüsse wurden auf der Freiburger Tagung vom badischen Generalsekretär Hans Wolf heftig kritisiert: Der Coburger Kreis sei wegen des Fehlens einer Reihe von liberalen Landesparteien nicht zu solch weitreichenden Beschlüssen legitimiert gewesen; zudem könnten er und seine Partei der in Coburg vereinbarten zentralistischen Auffassung, das Deutsche Reich solle alleiniger Träger der Souveränität sein und den Ländern kein Staatscharakter zukommen, unter keinen Umständen zustimmen. Die in Freiburg versammelten Liberalen kamen auf Grund dieses Votums einstimmig überein, sich an weiteren Beratungen auf der gesamtdeutschen Ebene – zumindest vorläufig – nicht zu beteiligen.[4] Die Einstimmigkeit dieses Beschlusses kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der französischen Zone hinsichtlich der Reichspartei erhebliche Differenzen bestanden. Auf der nächsten Sitzung des Koordinierungsausschusses am 17. März 1947 in Rothenburg o.T. nannte nämlich der als „Beobachter" teilnehmende LP-Politiker Josef Ungeheuer zwei Hinderungsgründe für einen überzonalen Zusammenschluß der Liberalen: die Auffassung der französischen Besatzungsmacht und „die Haltung der südlichen Bruderparteien der Zone, insbesondere der Demokratischen Partei in Südbaden".[5]

2 Protokoll über d. Sitzung d. Arbeitsgemeinschaft d. Demokratischen Parteien in d. französischen Zone v. 4. 1. 1947 u. anliegendes Abkommen (FNS Akte Frz. Zone/Arbeitsgemeinschaft).
3 Dazu ausführlich unten S. 290
4 Protokoll d. Sitzung v. 4. 1. 1947 (a.a.O.) u. anliegendes Schr. d. DP Baden an d. LDP-Reichsgeschäftsstelle v. 8. 1. 1947.
5 Niederschrift d. Sitzung d. Koordinierungsausschusses am 17. 3. 1947 in Rothenburg o.T. (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48); auch abgedruckt bei Grundmann/Hein, Verständigungsbereitschaft, S. 89.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Initiative der badischen DP zur Kooperation der liberalen Parteien in der französischen Zone ebenso wie das entsprechende Vorgehen der DVP Württemberg-Baden im amerikanischen Besatzungsgebiet als der Versuch, Einwirkungen der Berliner LDP-Führung auf einzelne Landesverbände der französischen Zone abzublocken, eine Beteiligung des Südwestens an den Reichsparteigründungsbemühungen zu verhindern und damit die Liberalen ihrer Zone auf einen föderalistischen Kurs einzuschwören.

Doch auch der im Vergleich mit den anderen Zonen überaus bescheidene Ansatz zur überregionalen Zusammenarbeit fand nicht die Billigung der französischen Besatzungsmacht. Am 15. Februar 1947 teilte die Militärregierung für Baden dem DP-Vorsitzenden Waeldin mit, der Militärgouverneur vertrete die Ansicht, daß „die neue in Aussicht genommene Organisation eher den Charakter einer demokratischen Einheitspartei für die ganze französische Besatzungszone [...] als einer Verbindung der in Betracht kommenden Parteien" trage. Er lehne „im übrigen die eine oder andere dieser Lösungen ab", die Parteien seien ausdrücklich nur für die einzelnen Länder zugelassen.[6] Die Besatzungsmacht beharrte damit auf ihrer Linie, das Entstehen von zonalen und überzonalen Institutionen und Organisationen zu verhindern und Kontakte zumindest zu erschweren.[7]

Nach dem Scheitern der Freiburger Arbeitsgemeinschaft vergingen mehrere Monate, ehe die Liberalen erneut aktiv wurden. Am 11. Oktober 1947 befaßte sich der Geschäftsführende Landesvorstand der rheinland-pfälzischen DP in Bad Kreuznach mit einem Vorschlag des badischen Parteivorsitzenden Waeldin, die seinerzeitige Initiative noch einmal aufzugreifen – eine Anregung, die von den Rheinland-Pfälzern durchaus begrüßt wurde.[8] Und am Rande des ersten Parteitages der badischen Liberalen am 25./26. Oktober 1947 in Lahr, zu dem auch Vertreter aus den beiden anderen Ländern der französischen Zone angereist waren, bekräftigte man gemeinsam, daß die Badener aufs neue die Genehmigung für die zonale Arbeitsgemeinschaft beantragen sollten.[9] Ob dieser Schritt auch tatsächlich erfolgte oder ob der Plan nur an der wiederum negativen Antwort der Militärbehörden scheiterte, darüber schweigen sich die Quellen aus; jedenfalls ist es auch in der Folgezeit zu keiner institutionalisierten Kooperation der Liberalen der französischen Zone gekommen. Immerhin jedoch nahmen seit November 1947 Delegierte der DVP Württemberg-Hohenzollern und der DP Rheinland-Pfalz – bezeichnenderweise aber nicht der badischen Partei – an den Vorstandssit-

6 Schr. d. frz. Militärregierung f. Baden an d. Vors. d. DP Baden v. 15. 2. 1947 (StA Freiburg A2/20103).
7 Vgl. auch oben S. 157f.
8 Rheinisch-Pfälzische Rundschau Nr. 30 v. 13. 10. 1947.
9 Feststellungen d. Landesgeschäftsführers d. DP Rheinland-Pfalz, Martin Rahlenbeck, v. 29. 10. 1947 über seinen Besuch d. badischen Landesparteitags (FNS Akte Baden); vgl. auch d. Parteitagsprotokolle (Akten Stahl) u. d. ausführlichen Berichte in: Das Neue Baden Nr. 53 v. 28. 10. 1947.

zungen der Demokratischen Partei Deutschlands, also der gesamtdeutschen Arbeitsgemeinschaft der Liberalen, teil.[10]

Die französische Zone selbst jedoch blieb bis zur Gründung der freidemokratischen Bundespartei im Dezember 1948 hinsichtlich der Entwicklung einer gemeinsamen liberalen Organisation und Politik die rückständigste Region Deutschlands. Das Haupthindernis bildete zweifellos die französische Besatzungspolitik, sie wurde aber unterstützt durch den föderalistischen Kurs der badischen DP, der ein energisches Nachsetzen in dieser Frage und einen Erfolg, wie ihn die Sozialdemokraten schon im November 1946 erreicht hatten[11], unmöglich machte.

4. Die „Demokratische Partei Deutschlands" – der gescheiterte Versuch einer Reichsparteigründung

Ging man von dem Selbstverständnis aus, mit dem der Berliner LDP-Gründerkreis im Juni/Juli 1945 angetreten war, so brauchte eine liberale Reichspartei nicht erst konstituiert zu werden, sie bestand seit der Lizenzerteilung durch die sowjetische Besatzungsmacht am 10. Juli 1945.[1] Allerdings war sich die LDP-Führung der Schwierigkeiten durchaus bewußt, die einer politischen Realisierung dieses Anspruchs entgegenstanden: „Ich bin überzeugt", so notierte Wilhelm Külz anläßlich der Gründungssitzung[2], „daß einen größeren Widerhall in Deutschland diese Parteigründung nicht finden wird, weil sie ihn eben nicht finden kann. Erst, wenn wieder der Verkehr einigermaßen über ganz Deutschland hinweg und vor allem auch in Berlin in Ordnung kommt, läßt sich hier auf breiterer Grundlage arbeiten. Bis dahin sind solche Gründungen lediglich ein Signal, oder, wenn man will, eine Fahne, die man als Wahrzeichen kommender Möglichkeiten hißt." Dennoch sah die LDP in der im Spätsommer 1945 auch in den Westzonen einsetzenden und einer direkten Einflußnahme aus Berlin entzogenen Gründung lokaler und regionaler liberaler Organisationen zunächst keine Gefährdung ihrer Führungsrolle. Immerhin war ja auch die Bildung einer Reihe von Landesverbänden in der SBZ unabhängig von Berlin vollzogen worden, ohne daß sich dort eine ernst zu nehmende Opposition gegen den Koch/Külz-Kreis formiert hätte.[3] Zudem gab es natürlich auch keinerlei Informationen, aus denen

10 Vgl. d. Niederschriften d. Sitzungen d. vorläufigen Reichsvorstandes d. Demokratischen Partei Deutschlands am 3. 11. 1947 u. 18. 1. 1948 jeweils in Frankfurt am Main (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48); abgedruckt bei Grundmann/Hein, Verständigungsbereitschaft, S. 94ff. u. 103ff.

11 Seit diesem Zeitpunkt durfte sich z.B. in Baden die ursprünglich nur als „Sozialistische Partei" zugelassene SPD wieder „Sozialdemokratische Partei Deutschlands Bezirk Südbaden" nennen und in die Gesamtpartei der Westzonen eingliedern; vgl. Kaden, Einheit oder Freiheit, S. 271, u. Vogelsang, Geteiltes Deutschland, S. 53.

1 Hierzu Krippendorf, Gründung, S. 299ff., ders., LDP, S. 138ff., u. oben S. 28ff.
2 Aufzeichnung zur Gründungssitzung v. 16. 6. 1945, undatiert (BA NL Külz Bd. 74).
3 Vgl. Hoffmann, Versuch und Scheitern, S. 68.

bereits zu diesem Zeitpunkt auf eine negative oder reservierte Haltung der liberalen Parteigründer im Westen gegenüber Berlin hätte geschlossen werden können. Es entsprach ganz dem in dieser ersten Phase vertretenen Konzept des Führungsanspruchs, daß der „Reichsparteivorstand" seit Anfang Oktober 1945 konkrete Pläne entwickelte, seine organisatorische Tätigkeit auch auf die westlichen Besatzungsgebiete auszudehnen; Parteimitglieder, die ohnehin in die Westzonen übersiedelten, wurden beauftragt, dort die Bildung liberaler Ortsgruppen anzuregen, und in die gleiche Richtung zielte die beabsichtigte Entsendung prominenter LDP-Politiker wie Wilhelm Külz in ausgewählte Großstädte.[4] Daraus aber auf eine „aktive Tätigkeit der LDPD bei der Errichtung der Parteiorganisationen in Westdeutschland" schließen zu wollen und so einen beträchtlichen Einfluß der LDP-Führung in diesen Gebieten zu suggerieren[5], geht durch die Beschränkung auf die Berliner Perspektive – wie wir nachweisen konnten[6] – am tatsächlichen Ablauf der Gründung liberaler Landesparteien in den Westzonen weit vorbei.

Um die Jahreswende 1945/46 traten dann Ereignisse ein, die eine Modifizierung des ursprünglichen Konzepts erforderlich machten. Zum einen legte die zunehmende Kenntnis über die im Westen schon vorhandenen Initiativen es nahe, sich darauf zu beschränken, Kontakt zu diesen Kräften aufzunehmen und sich um eine intensive Zusammenarbeit mit ihnen zu bemühen. Zum anderen – und dies war wohl entscheidend – hatten sich im Zuge der Konstituierung eines liberalen Zonenverbandes im britischen Besatzungsgebiet erstmals massive und erfolgreiche Widerstände gegen den Berliner Zentralismus gezeigt. Der ursprüngliche Plan der LDP-Führung, durch die zonale Zusammenfassung unter der Berliner Parteibezeichnung die dortigen Gruppen der „Reichspartei" anzugliedern und unterzuordnen, war gescheitert.[7] Auch die verschleiernden Formulierungen, mit denen die Berliner diesen Vorgang in ihren Presseveröffentlichungen schilderten[8], konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß alle weiteren Überlegungen von der Existenz einer unabhängigen Zonenorganisation im britischen Besatzungsgebiet auszugehen hatten.[9]

4 Vgl. ebd., S. 68, u. Krippendorff, LDP, S. 140.

5 So Hoffmann, Versuch und Scheitern, S. 69, u. in leicht abgeschwächter Form auch Krippendorff, LDP, S. 140.

6 Vgl. insbesondere oben S. 209.

7 Dazu oben S. 253ff.

8 Im „Morgen", Nr. 9 v. 12. 1. 1946, war vom „Zusammenschluß der auf dem Boden der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands stehenden Parteien in der britischen Zone" die Rede; weiter hieß es: „Die Versammlung einigte sich auf die Bezeichnung ‚Freie Demokratische Partei' unter ausdrücklicher Betonung, daß sie sich als Glied der zusammengeschlossenen demokratischen Parteien in den anderen Zonen betrachte." Und anläßlich der Lizenzierung des britischen Zonenverbandes wurde nochmals betont – ebd. Nr. 56 v. 8. 3. 1946 –, dieser sei „der Liberal-Demokratischen Partei in der russischen Zone angegliedert, so daß die Einheit der auf liberalem Boden stehenden demokratischen Parteigruppen für das sowjetische und englische Besatzungsgebiet hergestellt ist".

9 Vgl. d. Dementi v. Otto-Heinrich Greve, Leiter d. Politischen Büros d. FDP-Zonenverbandes, in seinem Schr. an d. LDP Berlin v. 4. 4. 1946 (StA HH FDP I A 18): „Es ist nicht zutreffend, daß ‚die FDP der Liberal-Demokratischen Partei in der russischen Zone angegliedert ist'. Die FDP ist eine völlig selbständige Partei, ohne irgendwelche Bindungen zu anderen Parteien, gleichviel in welcher Zone diese bestehen mögen. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß wir zu Ihnen in einem sehr engen politischen Freundschafts-

Bestätigt hatte sich schließlich die reservierte Haltung der westdeutschen Liberalen anläßlich der ersten Delegiertentagung der sowjetzonalen LDP am 3./4. Februar 1946 in Weimar; denn die Erwartungen der LDP-Führung, daß dieser Kongreß die politische Aktivität der Partei in ganz Deutschland darstellen und so den Berliner Führungsanspruch wirkungsvoll unterstreichen werde, hatten sich nicht erfüllt, Gäste aus den Westzonen waren ausgeblieben.[10]

Die neue Linie, die der „Reichsparteivorstand" nun entwarf, tritt uns in voll ausgebildeter Form zuerst in dem Vorschlag entgegen, den Wilhelm Külz den Liberalen der amerikanischen Zone am 24. März 1946 in Frankfurt am Main vorlegte, nämlich daß sie analog zu der Entwicklung im sowjetischen und britischen Besatzungsgebiet ebenfalls eine zonale Arbeitsgemeinschaft konstituieren sollten, die dann „ihrerseits in Arbeitsgemeinschaft mit der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands" treten solle.[11] Mit anderen Worten: Die „Reichspartei" solle als eine Art Dachorganisation über den zonalen Arbeitsgemeinschaften stehen. Damit wurde – ohne den Berliner Führungsanspruch im Kern preiszugeben – sowohl der faktischen Unabhängigkeit der westdeutschen Liberalen, die sich aus der Gründungsentwicklung ergeben hatte, als auch der Tatsache Rechnung getragen, daß gerade die Zonenaufteilung – so schien es jedenfalls – im Nachkriegsdeutschland die grundlegende und unbestreitbare Realität war. Zusätzlich mag aber auch die Überlegung eine Rolle gespielt haben, daß die allein auf die Anwesenheit der Besatzungsmächte zurückgehende und insofern gewissermaßen künstliche Aufspaltung in Zonen letztlich eine geringere Gefahr für die Partei- und Reichseinheit in sich berge als das sich mächtig regende und auf gewachsenen Traditionen aufruhende Eigenleben der Landesparteien und Länder. Anders formuliert: Föderalismus und zonaler Zentralismus sollten gegeneinander ausgespielt, jener durch diesen mediatisiert werden.[12]

Allerdings – dies war die Schwäche auch des zweiten Konzepts – war wiederum völlig offengeblieben, wie denn die Beziehungen zwischen den Zonenverbänden und der Reichspartei konkret gestaltet, wie also Anspruch und Wirklichkeit zur Deckung gebracht werden sollten. Hier half dem Berliner LDP-Vorstand eine Politik der Treuebekenntnisse und Resolutionen ja nicht weiter, sondern nur eine Anerkennung des Füh-

---

verhältnis stehen, das wir auch weiterhin pflegen wollen, sofern die Verhältnisse das gestatten."

10 Vgl. Der Morgen Nr. 19 v. 24. 1., Nr. 29 v. 5. 2. u. Nr. 31 v. 7. 2. 1946 sowie Krippendorff, LDP, S. 140.

11 Hierzu oben S. 265.

12 Dieser Ansatz wurde – worauf Hoffmann, Versuch und Scheitern, S. 75, zu Recht hinweist – von der LDP-Führung auch auf die Deutschlandpolitik übertragen: Auf dem Erfurter Parteitag trug Wilhelm Külz am 6. 7. 1946 den Plan vor, Deutschland für die Dauer seiner Besetzung in vier „Reichsländer" zu gliedern, die vom territorialen Umfang her den Besatzungszonen entsprechen sollten. Die bisherigen Länder sollten als bloße „Gebietsverwaltungsträger" bestehen bleiben und wären damit als Hindernisse auf dem Weg zum erstrebten dezentralisierten Einheitsstaat ausgeschaltet worden. Vgl. Der Morgen Nr. 156 v. 7. 7. 1946 u. Krippendorff, LDP, S. 126.

rungsanspruchs in der alltäglichen politischen Praxis, sei es durch die Einbeziehung von Vertretern der Westzonen in den „Reichsparteivorstand", sei es durch die Schaffung eines neuen gemeinsamen Spitzengremiums.

Zur Erreichung dieses Zieles konnten im Prinzip zwei Wege beschritten werden: Der eine war ein Kurs der kalkulierten Konfrontation – getragen von der Überlegung und Hoffnung, durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Berlin-freundlichen Kräften bei gleichzeitiger Isolierung der erklärten Gegner am Ende auch diese zur Mitarbeit zwingen zu können. Doch waren angesichts der restriktiven Kontrollratspolitik, auf die sich die Opposition gegen Berlin berufen konnte[13], angesichts der schon recht deutlich gewordenen breiten Resonanz der Vorbehalte gegen den Berliner Führungsanspruch sowie angesichts der auch von LDP-Politikern wie Wilhelm Külz erkannten zunehmenden Tendenz zum Abbau von Gemeinsamkeiten zwischen den Zonen[14] die Erfolgsaussichten auf diesem Weg skeptisch zu beurteilen. Als Alternative bot sich eine Politik der kleinen Schritte an, des behutsamen Überzeugens und intensiven Werbens auch und gerade in den eher reserviert bis ablehnend eingestellten Landesparteien, jedenfalls aber die Vermeidung jedes Affronts, der die Ablehnungsfront festigen und ausbauen konnte; gegen diesen zweiten Weg sprachen die Wahrscheinlichkeit, erhebliche Abstriche am eigenen Führungsanspruch hinnehmen zu müssen, und der zeitliche Druck, unter dem die Berliner standen, da sich in der Partei- wie in der allgemeinen Politik die Chancen, die Einheit wiederherstellen zu können, von Monat zu Monat verschlechterten.

Die erste Gelegenheit, zu konkreten Fortschritten in der zonenübergreifenden Zusammenarbeit der Liberalen zu gelangen, bot sich dann anläßlich des Parteitages der FDP der britischen Zone vom 18.–20. Mai 1946 in Bad Pyrmont, zu dem prominente liberale Politiker aus allen Teilen Deutschlands erwartet wurden. Welche Bedeutung die Berliner LDP-Führung diesem Kongreß beimaß, wurde sowohl aus der Zusammensetzung der sowjetzonalen Delegation – neben Külz und Lieutenant gehörten zu ihr Vertreter aller Landesverbände – wie auch aus der Sorgfalt der Vorbereitungen deutlich – zur Abstimmung ihres Vorgehens trafen die LDP-Delegierten vor dem Grenzübertritt noch einmal in Weimar zusammen.[15] Külz warnte allerdings selbst vor zu hoch gesteckten Erwartungen: Für den Zusammenschluß in einer Reichspartei sei die Zeit wohl noch nicht reif; eine Abstimmung der politischen Zielsetzungen und eine Vertiefung der persönlichen Kontakte müsse schon als wesentlicher Fortschritt betrachtet werden.[16]

13 Anfang Mai 1946 war eine amerikanische Initiative für eine Parteiendirektive des Kontrollrats vorläufig gescheitert – letztlich doch eindeutig an den Einsprüchen der französischen Seite. Dazu jetzt im einzelnen Staritz, Parteien, bes. S. 246–256, der allerdings die sowjetische Taktik in dieser konkreten Frage und Situation zu sehr ins Grundsätzliche wendet.

14 Vgl. etwa seinen Leitartikel „Zonenentfremdung", in: Der Morgen Nr. 116 v. 19. 5. 1946.

15 Krippendorff, LDP, S. 143, u. Hoffmann, Versuch und Scheitern, S. 76f.

16 Vgl. d. ebd., S. 76f., zitierte Protokoll d. LDP-Vorstandssitzung v. 15. 5. 1946.

Aber auch von seiten der FDP in der britischen Zone waren Vorbereitungen in dieser zentralen Frage künftiger liberaler Parteientwicklung getroffen worden: Ihr Generalsekretär Wilhelm Hermes hatte Mitte April 1946 auf einer Reise nach Süddeutschland die Bereitschaft der dortigen Landesverbände zu einer engeren Kooperation sondiert. Am weitesten waren ihm die bayerischen Liberalen entgegengekommen, die aus ihrer noch wenig gefestigten Position jede Form der überregionalen Zusammenarbeit begrüßt und als ersten Schritt sogar die sofortige Verschmelzung mit dem britischen Zonenverband vollzogen und dessen Namen übernommen hatten.[17] Einen ähnlich ausgeprägten Kooperationswillen hatte sonst nur die noch von Georg Ludwig Fertsch geführte LDP Hessen gezeigt, die jedoch zugleich deutlich gemacht hatte, daß ihr insbesondere an einer engen Verbindung zu den Liberalen der SBZ gelegen war.

Dagegen war in den Gesprächen, die Hermes mit dem Vorstand der DVP in Stuttgart geführt hatte, ein ganz neuer Aspekt in den Vordergrund gerückt: Die Württemberg-Badener hatten sich nämlich für eine Zusammenarbeit sowie einen späteren Zusammenschluß der liberalen Parteien der drei westlichen Besatzungsgebiete ausgesprochen und waren mit Hermes übereingekommen, hierzu einen paritätisch besetzten Koordinierungsausschuß und eine Programmkommission ins Leben zu rufen. Diese Vereinbarung war wenige Tage später auch von der badischen DP gebilligt worden.[18] Aus den Quellen geht nicht hervor, ob Hermes bereits mit einem solchen Konzept nach Süddeutschland gereist war oder ob der Plan einer westzonalen „Parteigründung", die massivste denkbare Form des Widerstandes gegen den Berliner Führungsanspruch, erst von den Stuttgartern aufgebracht worden war – aus dem Gesamtzusammenhang spricht wohl alles für die zweite Möglichkeit –, jedenfalls legte ihn Hermes seinem Zonenvorstand vor und erreichte dessen grundsätzliches Einverständnis.[19]

Unter diesen Umständen mußte das Ergebnis, das anläßlich des Pyrmonter Parteitages am 19. Mai 1946 in einer Besprechung von Vertretern der Zonenverbände des britischen und sowjetischen Besatzungsgebiets sowie der bayerischen FDP und der hessischen LDP erzielt wurde, aus Berliner Sicht ambivalent beurteilt werden. Die getroffene Vereinbarung sprach zwar lediglich von dem gemeinsamen „Willen, sich zu einer demokratischen Partei für ganz Deutschland zusammenzuschließen"[20] – insofern ging die Schlagzeile des *Morgen:* „Zusammenschluß aller Demokraten", wieder einmal weit an der Realität vorbei[21] –, doch war

17 Vgl. hierzu auch oben S. 71.
18 Bericht über d. Reise d. Zentralvorstandsmitgliedes d. FDP, Wilhelm Hermes, in d. amerikanische und französische Zone, in: Informationsschr. Nr. 122 d. Generalsekretariats d. FDP in d. brit. Zone v. 19. 4. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 4).
19 Protokoll über d. Ergebnisse d. Sitzung d. Zentralvorstands d. FDP d. britischen Zone am 23. 4. 1946 in Syke (ebd.). Vgl. auch d. Bericht in: Hamburger Freie Presse Nr. 11 v. 8. 5. 1946.
20 Der Wortlaut der Resolutionen in: Stenographisches Protokoll d. 1. Parteikongresses d. FDP d. britischen Zone in Bad Pyrmont v. 18.–20. 5. 1946, S. 134a (FNS Akte Brit. Zone/Pyrmont).
21 Nr. 117 v. 21. 5. 1946.

man zugleich, noch ohne nähere Einzelheiten festzulegen, übereingekommen, einen Koordinierungsausschuß unter Einbeziehung der SBZ zu bilden.[22]

Mit dessen Einsetzung war die Berliner Parteiführung einerseits einen weiteren, entscheidenden Schritt zurückgewichen, indem sie erstmals den Anspruch, der ihrem bisherigen Vorgehen zugrunde gelegen hatte, daß die Reichspartei bereits bestehe und in Verhandlungen allein darüber gesprochen werden könne, in welcher Form sich die Eingliederung der westdeutschen Liberalen in sie vollziehen solle, aufgegeben hatte; die neue, in Pyrmont festgelegte Formel lautete: Es wird die Aufgabe des von unabhängigen zonalen Verbänden beschickten Koordinierungsausschusses sein, eine gesamtdeutsche Organisation der Liberalen aufzubauen. Andererseits war es Külz und der LDP-Delegation gelungen, den Plan einer isolierten westdeutschen Zusammenarbeit zu Fall zu bringen und die FDP der britischen Zone wenigstens ein Stück weit auf die Berliner Seite hinüberzuziehen.

Entsprechend verärgert reagierten die Württemberg-Badener: In scharfen Worten bestritt Ernst Mayer den in Bad Pyrmont versammelten Liberalen das „Recht, [...] solche Fusionsbeschlüsse zu fassen", und erteilte jeder Hoffnung auf eine Mitarbeit seines Landesverbandes eine klare Absage.[23] „Die Zeit für eine Reichspartei" sei „noch nicht gekommen", schrieb er im Stuttgarter Parteiorgan[24]; es könne „keiner demokratischen Partei in einer anderen Zone zugemutet werden, auch nur stillzuschweigen, von einer Billigung gar nicht zu reden, zu dem Weg, den die Liberal-Demokratische Partei der Ostzone ebenso wie die Christlich-Demokratische Union dort gehen müssen."

Gleichzeitig setzten aber in Stuttgart auch Überlegungen über eine Revision der bisher eingenommenen Position ein.[25] Das Fehlen einer DVP-Delegation in Bad Pyrmont, das offiziell mit Wahlkampfverpflichtungen begründet worden war[26], jedoch mehr auf den Willen zur Obstruktion der überregionalen Zusammenarbeit zurückging, wurde nachträglich auch von Mayer als „verhängnisvoll" eingeschätzt.[27] Der deutlich gewordenen Gefahr, „von Berlin aus überrundet" zu werden, wollten die Württemberg-Badener nun dadurch begegnen, daß sie sich selber im Rahmen ihrer Zone aktiv in die Kooperationsbemühungen einschalteten und dem Berliner Führungsanspruch in einem Zonenverband ein unüberwindliches Hindernis entgegenzusetzen suchten.[28]

---

22 Vgl. Krippendorff, LDP, S. 143ff., u. Hoffmann, Versuch und Scheitern, S. 77ff.

23 Schr. d. DVP Württemberg-Baden an d. LDP-Hessen, d. FDP Bayern, d. FDP d. brit. Zone u. d. LDP d. SBZ v. 27. 5. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 5).

24 Demokratische Reichspartei?, in: Das andere Deutschland Nr. 3 v. 7. 6. 1946.

25 Das ist gegen Krippendorff, LDP, S. 141, der eine geradlinige Politik der DVP seit der Frankfurter Konferenz vom 24. 3. 1946 annimmt, zu betonen.

26 Schr. d. DVP Württemberg-Baden v. 27. 5. 1946 (a.a.O.).

27 Aktennotiz v. Ernst Mayer v. 16. 7. 1946 über d. Zonenkonferenz in Augsburg am 13./14. 7. 1946 (FNS Akte US-Zone/Zonenverband, mit geringfügigen Kürzungen abgedruckt bei Krippendorff, LDP, S. 162ff.).

28 Ebd.; vgl. dazu ausführlich oben S. 270ff.

Doch zunächst verlief die Entwicklung auf der gesamtdeutschen Ebene entlang der in Bad Pyrmont vorgezeichneten und stärker den Berliner Vorstellungen entsprechenden Linien. Bereits Ende Mai 1946 unterbreitete Wilhelm Hermes den liberalen Landes- und Zonenverbänden einen konkreten Vorschlag für den geplanten Koordinierungsausschuß[29]: Jeder der – z.T. ja noch zu gründenden – Zonenverbände sollte vier Vertreter in ihn entsenden; der Vorsitz sollte turnusmäßig wechseln, die Unkosten zu gleichen Teilen umgelegt werden; als vorläufiger Sitz des Gremiums wurde Bad Pyrmont, also der Sitz der Geschäftsstelle des britischen Zonenverbandes ins Auge gefaßt. Hermes' Vorlage ging von dem Grundsatz der strikten Parität aus und tastete die Unabhängigkeit der Landes- und Zonenverbände nicht an; ihr Ziel war lediglich die Institutionalisierung der überregionalen Kooperation als eines allerersten Schrittes zu einer späteren Reichsparteibildung.

Am 16. Juni 1946 war dieses Konzept in Mönchengladbach Gegenstand einer Besprechung zwischen Hermes und dem FDP-Präsidenten Heile einerseits sowie dem stellvertretenden LDP-Vorsitzenden Lieutenant andererseits. Lieutenant drängte auf eine weit stärkere Formalisierung im Sinne einer zonenübergreifenden Parteigründung und konnte auch eine entsprechende Modifizierung der ursprünglichen Vorlage durchsetzen. Die erzielte Vereinbarung[30] wahrte zwar durchgängig das Paritätsprinzip, doch sprach sie nicht mehr allein von der Bildung eines Koordinierungsausschusses, sondern – unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Kontrollrats – von der Konstituierung einer „Reichspartei" mit einem „Vorstand" und vier gleichberechtigten „Vorsitzenden". In zwei zentralen Fragen konnte allerdings keine endgültige Einigung erzielt werden, wenngleich sich ein Abgehen der LDP von ihren bisherigen Forderungen und damit auch hier eine Kompromißmöglichkeit abzuzeichnen schien: Denn die vier in der Vereinbarung vorgeschlagenen Parteinamen – „Vereinigte Liberale Partei", „Vereinigte Demokratische Partei", „Liberale Partei", „Sozialliberale Partei" – vermieden jede Anknüpfung an die Bezeichnungen der Zonenverbände. Und für den Vorort der Partei war neben dem Sitz des Kontrollrats als Alternative „bis zu einer endgültigen Konsolidierung der politischen Verhältnisse" ein Ort in der britischen oder amerikanischen Zone in Aussicht genommen. Hinsichtlich des weiteren Ablaufs kamen Heile, Hermes und Lieutenant überein, daß bereits am Rande des für Anfang Juli 1946 angesetzten ersten Parteitages der sowjetzonalen LDP in Erfurt die noch strittigen Probleme geklärt und die neue „Reichspartei" offiziell gegründet werden sollte.

Als Heile zwei Tage später dem FDP-Zentralvorstand diese Vereinbarung zur Bestätigung vorlegte, kam es zu einer kontroversen Diskussion: Mehrere Vorstandsmitglieder äußerten „im Hinblick auf die Entwicklung

29 Rdschr. d. Generalsekretariats d. FDP d. britischen Zone v. 29. 5. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 5).

30 Aktennotiz v. Wilhelm Heile, Wilhelm Hermes u. Arthur Lieutenant über eine Besprechung am 16. 6. 1946 in Mönchengladbach (BA NL Heile Bd. 62).

der Politik im allgemeinen wie auch der Politik in der russischen Besatzungszone im besonderen ernste Bedenken über ein allzu enges Zusammengehen mit der L.D.P.", wogegen die Befürworter der Kooperation argumentierten, gerade diese werde „dem Reichseinheitsgedanken gewaltigen Auftrieb" geben. Auf einen konkreten Beschluß konnte sich der Vorstand allerdings nicht verständigen.[31] Immerhin hatte sich die FDP der britischen Zone, wenngleich auch in ihren Reihen kritische Stimmen nicht ausblieben, nicht nur zum politisch gewichtigsten, sondern auch zu einem der kooperationswilligsten Gesprächspartner der Berliner Parteiführung in den Westzonen entwickelt. Das entscheidende, beide Seiten verbindende Element war in diesem Prozeß das uneingeschränkte gemeinsame Bekenntnis zur Reichseinheit und zum dezentralisierten Einheitsstaat. Die Übereinstimmung in diesem zentralen politischen Ziel war geeignet, die auch in Norddeutschland durchaus vorhandenen Bedenken über die Verhältnisse in der SBZ zunächst in den Hintergrund zu drängen und der dortigen LDP einen gewissen politischen Kredit zu verschaffen. In einem Punkt waren jedoch die Liberalen des britischen Besatzungsgebiets – dies hatte sich bereits im Zuge ihrer Zonenverbandsgründung gezeigt und war durch die nun erzielte Vereinbarung erneut bestätigt worden – ebensowenig wie die Süddeutschen zu Zugeständnissen bereit: Eine gesamtdeutsche Zusammenarbeit war auch für sie nicht im Zeichen eines Berliner Führungsanspruchs, sondern nur auf der Basis der Gleichberechtigung der Zonenparteien akzeptabel.

Der Erfurter Parteitag war von der LDP von vornherein nicht zuletzt als eine Manifestation der liberalen Einheit in ganz Deutschland geplant worden[32], als dessen krönender Abschluß die Gründung der „Reichspartei" erfolgen sollte. Deshalb hatte sie sich besonders um die Anwesenheit prominenter westdeutscher Gäste bemüht – allerdings nur mit partiellem Erfolg: Während aus der britischen Zone eine „hochkarätige" Delegation angereist war – neben Heile, Blücher und Hermes gehörten zu ihr das Zonenvorstandsmitglied Otto Heinrich Greve sowie möglicherweise auch Friedrich Middelhauve[33] –, war das amerikanische Besatzungsgebiet lediglich durch den Frankfurter Ernst Landgrebe, einen Vertrauten des zurückgetretenen hessischen Landesvorsitzenden Georg Ludwig Fertsch, und den Coburger Hans Wolf, einen der engagiertesten bayerischen Anhänger der Berliner Politik, vertreten.[34] Aus der französi-

31 Protokoll über d. Sitzung d. Vorstands d. FDP d. britischen Zone am 18. 6. 1946 in Bad Pyrmont (BA NL Blücher Bd. 230).

32 Der Morgen Nr. 56 v. 8. 3. 1946: „Auf dem geplanten Parteitag der LDP soll die Liberal-Demokratische Partei als Organisation der sowjetischen, britischen und amerikanischen Zone bereits in Erscheinung treten."

33 Middelhauves Anwesenheit wurde jedenfalls vom „Morgen" (Nr. 154 v. 5. 7. 1946) gemeldet, doch ist zumindest in anderen Fällen nachweisbar, daß diese Angaben nicht zutrafen. Vgl. im übrigen d. Protokoll über d. Sitzung d. Vorstandes u. d. Zentralausschusses d. FDP d. brit. Zone am 23. 7. 1946 in Bad Pyrmont, S. 2 (BA NL Blücher Bd. 230).

34 Fertsch selber, der – übrigens ebenso wie der auf keinen Fall anwesende Euler – als Gast im „Morgen" (Nr. 154 v. 5. 7. u. Nr. 156 v. 7. 7. 1946) genannt wurde, hatte bereits am 17. 6. wegen der schwierigen Verhältnisse in seinem Landesverband abgesagt; vgl. sein Schr. an Arthur Lieutenant (NL Fertsch Akte LDP-Korrespondenz). In Bayern hatte Fritz Linnert auf eine Intervention von Ernst Mayer hin dafür gesorgt, daß eine Reihe von

schen Zone hatte sich nur eine Gruppe der von Berlin aus initiierten Trierer Liberalen Partei unter Führung von Josef Dohr eingefunden.[35]

Unmittelbar nach Abschluß des Parteikongresses wurden die westdeutschen Gäste mit Ausnahme Heiles[36] nach Berlin gebracht, wo – angeblich noch in der Nacht zum 10. Juli[37] – eine als Sitzung des Koordinierungsausschusses deklarierte Besprechung stattfand. In ihrem Mittelpunkt stand der „Beschluß, daß sich alle demokratischen Parteigruppen zu einer gesamtdeutschen Partei unter dem Namen Liberal-Demokratische Partei Deutschlands zusammenschließen". An der Spitze der „Reichspartei" sollten vier gleichberechtigte Vorsitzende – Wilhelm Külz, Franz Blücher, Wilhelm Rautenstrauch und Fritz Linnert – stehen; zum Geschäftsführenden Vorsitzenden wurde Arthur Lieutenant gewählt.[38]

In der Forschung ist der Berliner Gründungsakt in Anlehnung an das Urteil, das der DVP-Generalsekretär Mayer über ihn fällte, als ein politischer „Theatercoup", den Külz „aus Enttäuschung" über die geringe Beteiligung führender westdeutscher Liberaler am Erfurter Parteitag inszeniert habe, als sinnloses „Possenspiel" gewertet worden.[39] Unzweifelhaft neigten Külz und Lieutenant dazu, die Widerstände in den Westzonen gegen eine von Berlin geführte liberale Gesamtorganisation zu unterschätzen und den Einfluß ihnen nahestehender Politiker zu überschätzen, unzweifelhaft ist auch, daß die Berliner Vorgänge der Verwirklichung der von der LDP verfochtenen Ziele letztlich mehr geschadet als genützt haben.

Dennoch lag der versuchten „Reichsparteigründung" ein wohl durchdachtes Konzept zugrunde: Der Form nach baute sie ganz auf den Pyrmonter Vereinbarungen auf. Und auch im Inhaltlichen schien sie sich auf den ersten Blick im Rahmen der Absprachen zu bewegen, die mit der FDP der britischen Zone getroffen worden waren. Gewissermaßen durch die Hintertür aber, nämlich durch die Namensgebung und durch die Einsetzung von Lieutenant als alleinigen Geschäftsführers, war in den Berliner Beschlüssen das Paritätsprinzip zugunsten einer herausgehobenen

---

ursprünglich angemeldeten Landesvorstandsmitgliedern auf die Reise verzichtete; vgl. Mayers Aktennotiz v. 16. 7. 1946 (a.a.O.).

35 Der Morgen Nr. 154 v. 5. 7. 1946 u. Aktennotiz v. 10. 7. 1946 über d. Rede v. Wilhelm Heile in Erfurt am 8. 7. 1946 u. d. Stellungnahme dazu v. Vertretern d. SMAD (BA NL Heile Bd. 78).

36 Heile hatte mit seiner Rede auf einer öffentlichen Kundgebung aus Anlaß des Parteitages Anstoß bei den sowjetischen Besatzungsbehörden erregt, die sein Eintreten für die Wiedererrichtung des „Heiligen römischen Reiches deutscher Nation" (vgl. dazu oben S. 118ff.) als Plädoyer für eine imperialistische Politik auffaßten und erklärten, er sei für eine leitende Stellung in einer politischen Partei „nicht tragbar" (Aktennotiz v. 10. 7. 1946 (a.a.O.)). Ob Heile deshalb nicht mit nach Berlin genommen wurde oder ob er aus anderen Gründen von Erfurt aus die Rückreise antrat, ist nicht bekannt.

37 So Ernst Mayer in seiner Aktennotiz v. 16. 7. 1946 (a.a.O.).

38 LDP jetzt in allen Zonen, in: Der Morgen Nr. 159 v. 11. 7. 1946, auch abgedruckt in: Grundmann/Hein, Verständigungsbereitschaft, S. 88. Vgl. auch d. Bericht in: Hamburger Freie Presse Nr. 30 v. 30. 7. 1946.

39 Krippendorff, LDP, S. 144f.

Stellung der LDP ausgehöhlt worden. Sie waren mithin ein letzter Versuch, unter den seit Pyrmont eingetretenen Bedingungen den ausschließlichen Führungsanspruch wenigstens in abgeschwächter Form aufrechterhalten zu können.

Daß dieses Konzept auch keineswegs von vornherein unrealistisch war, wird deutlich, wenn man den Stand der Beziehungen zwischen den liberalen Landes- und Zonenverbänden sowie der Diskussionen um die Reichspartei so betrachtet, wie er sich aus der Sicht des LDP-Vorstandes darstellen mußte. Mit dem britischen Zonenverband waren die Berliner Beschlüsse in den geschilderten Verhandlungen weitgehend abgestimmt worden; zudem hatten an ihnen mit Greve und Hermes die vom FDP-Zonenvorstand offiziell für den Koordinierungsausschuß benannten Mitglieder mitgewirkt. Allerdings blieb wegen der Abweichungen von den zuvor getroffenen Absprachen ein gewisses Risiko bestehen.[40]

Hinsichtlich der amerikanischen Zone glaubten Külz und Lieutenant mit der unbedingten Unterstützung der hessischen LDP rechnen zu können – der Kurswechsel, den deren neuer Vorsitzender Euler gerade in der Frage des Verhältnisses zur Schwesterpartei in der SBZ vornehmen sollte, war ja noch nicht bekannt. Auch in Bayern neigte ein großer Teil der Liberalen der Berliner Position zu, wenngleich nach den bisherigen Erfahrungen die Reaktion der dortigen Landesverbandsgremien weitgehend unkalkulierbar war. So blieben allein die Württemberg-Badener als hartnäckige Gegner jeder „Reichsparteigründung" zum jetzigen Zeitpunkt und unter von Berlin bestimmten Auspizien übrig. Denn die französische Zone war wegen ihres Rückstandes in der Parteientwicklung noch eine vernachlässigenswerte Größe, zumal der LDP-Vorstand die Trierer auf seiner Seite wußte.

Eine nicht unerhebliche Rolle spielte bei dieser Einschätzung die Tatsache, daß mit Ausnahme der Württemberg-Badener, die ein solches Angebot zurückgewiesen hatten, alle Landesverbände der amerikanischen Zone und der britische Zonenverband mit mehr oder minder großen Geldsummen aus Berlin unterstützt wurden[41]: Hessen wurde schon seit Anfang 1946 weitgehend mit Geldern aus der SBZ finanziert[42], Bayern waren mindestens einmal, Mitte Juni 1946, 20 000 RM gezahlt worden[43], und auch die FDP der britischen Zone hatte zu diesem Zeitpunkt bereits Zuschüsse erhalten, allerdings erst 5 000 RM[44].

---

40 Külz reiste deshalb auch persönlich zur nächsten Vorstands- und Zentralausschußsitzung des britischen Zonenverbandes an, ohne allerdings eine ausdrückliche und definitive Billigung der Berliner Beschlüsse erreichen zu können, vgl. d. Protokoll d. Sitzung am 23. 7. 1946 in Bad Pyrmont, S. 2 (BA NL Blücher Bd. 230).

41 Aktennotiz v. Ernst Mayer v. 16. 7. 1946 (a.a.O.). Vgl. hierzu auch Krippendorff, LDP, S. 141f., u. Hoffmann, Versuch und Scheitern, S. 69f. u. 210.

42 Nach d. Finanzbericht d. LDP Hessen f. d. Zeit v. 1. 1.–31. 5. 1946 (NL Fertsch Akte LDP-Korrespondenz) wurden in diesen Monaten 16 000 RM gezahlt – mehr als der Landesverband aus allen anderen Quellen einnehmen konnte.

43 Schr. v. Arthur Lieutenant an Thomas Dehler v. 12. 6. 1946 (FNS NL Dehler Akte DPD 1946 - 48), auch abgedruckt bei Grundmann/Hein, Verständigungsbereitschaft, S. 87.

44 Bericht d. früheren Schatzmeisters Eduard Wilkening über d. Entw. d. Finanzlage d. Zone v. 3. 9. 1947 (StA HH FDP I A 129). Den größten Teil der Berliner Unterstützung erhielt die FDP kurz vor und nach den Landtagswahlen vom 20. 4. 1947, nämlich ca. 38 500 RM; vgl.

Die Berliner Taktik bestand nun darin, alle noch schwankenden oder zögernden westdeutschen Liberalen vor vollendete Tatsachen zu stellen – in der, wie sich auch erweisen sollte, nicht unberechtigten Annahme, daß es in Anbetracht der negativen Wirkungen für das Image der Liberalen kaum jemand wagen werde, in aller Öffentlichkeit auf Konfrontationskurs zu gehen – und die Württemberg-Badener mit der ihnen nun drohenden Isolierung zur Aufgabe ihrer Opposition zu bewegen. Daß ein Erfolg dieser Strategie im Bereich des Möglichen lag, ja, daß er gerade von den Stuttgarter Widersachern ernsthaft befürchtet wurde, wird schließlich auch aus den hektischen Aktivitäten deutlich, die diese entfalteten, damit den Berliner Beschlüssen die allgemeine Anerkennung versagt bliebe.

Der DVP bot sich schon am 13./14. Juli auf einer Zonenkonferenz in Augsburg eine erste Gelegenheit, die Reaktion der hessischen und bayerischen Liberalen auf die Berliner Vorgänge zu erkunden und in ihrem Sinne zu beeinflussen. Ernst Mayer stellte insbesondere die untereinander in der Haltung zu Berlin stark differierenden Bayern kompromißlos vor die Alternative: „Stuttgart oder Berlin?" Sein entscheidendes Lockmittel war dabei die nun erstmals offiziell erklärte Bereitschaft der DVP zur Intensivierung der zonalen Zusammenarbeit und die Zusage eines festen Termins für die Zonenverbandsgründung. Es gelang Mayer auch, Hessen wie Bayern zu der Erklärung zu veranlassen, daß sie sich an die Berliner Beschlüsse nicht gebunden fühlten.[45] Beide Landesverbände waren allerdings nicht bereit, dem württemberg-badischen Beispiel zu folgen[46] und sich in aller Öffentlichkeit von der „Reichsparteigründung" zu distanzieren; im Gegensatz zur DVP war ihnen die gesamtdeutsche Kooperation so wichtig, daß sie auch jetzt noch nach Mitteln und Wegen suchten, zu einer für alle Seiten akzeptablen Übereinkunft zu gelangen. Der bayerische Parteivorsitzende Thomas Dehler schrieb an Mayer: „Die Nachrichten über die Erfurter und Berliner Vorgänge haben den von Anfang an vorhandenen bitteren Geschmack noch verstärkt. Daß wir die dort gezimmerte Brücke nicht betreten, erscheint mir fraglos. Ich habe nur das eine Bedenken, daß unser mühsam begonnenes Werk vollends zerschlagen wird, wenn der Zwiespalt an die Öffentlichkeit getragen wird."[47]

---

d. Kassenberichte f. Januar–Mai 1947 u. d. Protokoll d. Sitzung d. FDP-Finanzausschusses am 11. 10. 1947 in Bielefeld (FNS Akte Brit. Zone/Organisation). Ein ständiger Zuschuß von monatl. rd. 10 000 RM, wie Krippendorff, LDP, S. 142, angibt, läßt sich aber nicht belegen.

45 Aktennotiz Ernst Mayers v. 16. 7. 1946 (a.a.O.). Für die Billigung der Augsburger Beschlüsse durch d. hessischen Landesvorstand vgl. Mayers Aktennotiz v. 3. 8. 1946 über seine Verhandlungen mit August Martin Euler (BA NL Heuss Bd. 407).

46 Ernst Mayer: Reichspartei?, in: Das neue Vaterland Nr. 6 v. 20. 7. 1946.

47 Schr. v. 23. 7. 1946 (FNS NL Dehler Fs. 291). Und der Geschäftsführer der LDP Kurhessen, Hans Strübing, ein Vertrauter Eulers, schrieb am 18. 7. 1946 an Dehler (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48): „Ich bitte Sie [...], sich persönlich um die Einigung so zu bemühen, daß Sie mit dem Gewicht Ihrer Person der Sache dienen, denn es ist notwendig, die nun einmal gefaßten Berliner Beschlüsse irgendwie mit unserer Meinung übereins zu bringen, damit nach außen hin den ewigen Kläffern kein Material gegen uns zuteil wird."

In eine ähnliche Richtung ging die Reaktion der FDP der britischen Zone: Auf eine entsprechende Anfrage Mayers antwortete ihr Hauptgeschäftsführer zwar: „Wir sind nicht und bezeichnen uns auch nicht als Zonenverband der Liberal-Demokratischen Partei", aber an eine öffentliche Austragung dieser Kontroverse dachte man auch hier nicht, sondern man bemühte sich, die Berliner Beschlüsse wieder im Sinne der ursprünglich zwischen FDP und LDP getroffenen Vereinbarung zu modifizieren.[48]

Als die ersten Nachrichten über die kritische Aufnahme der „Reichsparteigründung" in den westlichen Besatzungsgebieten in Berlin eintrafen, sah deshalb der LDP-Vorstand zunächst noch keinen Anlaß, den Rückzug anzutreten; er intensivierte vielmehr seine Werbekampagne für die Berliner Beschlüsse: Mitte August 1946 reiste Lieutenant gemeinsam mit dem FDP-Vorstandsmitglied Greve durch Süddeutschland[49], und für den 5. September arrangierte man eine Interzonenbesprechung in Coburg, an der auch der LDP-Vorsitzende Külz teilnahm.[50] Dabei gelang es den Berlinern zwar, die Auseinandersetzungen zwischen den Stuttgartern und Teilen der bayerischen FDP neu zu entfachen[51] – auch die Hessen sollen zeitweise wieder schwankend geworden sein[52], ein Verhalten, das Mayer mit den bissigen Worten kommentierte: „Wenn die Phrase von der Reichseinheit ertönt, ist alles besoffen und fällt dem Phrasendrescher um den Hals"[53] –, sie vermochten jedoch nicht, die eingeleitete Bildung einer unter Führung der DVP stehenden Organisation für die US-Zone zu Fall zu bringen.[54]

Mit der Konstituierung des Zonenverbandes am 28./29. September 1946 aber war die dem Berliner Gründungsakt zugrundeliegende Strategie endgültig gescheitert, da sich die innerparteiliche Isolierung der DVP nicht hatte verwirklichen lassen. Die zwischen Külz, dem DVP-Vorstand und Vertretern der britischen Zone bei dieser Gelegenheit erzielte Vereinbarung schrieb folglich den status quo ante fest: Sie bestätigte lediglich den in Bad Pyrmont eingesetzten Koordinierungsausschuß, der den Zusammenschluß in einer gesamtdeutschen Parteiorganisation vorzubereiten habe.[55] Immerhin hatten sich die Stuttgarter damit erstmals zu diesem Instrument der zonenübergreifenden Kooperation bekannt;

48 Schr. d. DVP Württemberg-Baden an d. FDP d. brit. Zone v. 19. 7. 1946 u. deren Antwort v. 10. 8. 1946 (StA Hamburg FDP I A 180); vgl. auch d. Schr. d. Hamburger Freien Presse an d. LDP Berlin v. 10. 8. 1946 (BA NL Heile Bd. 90) u. d. Schr. Otto Heinrich Greves an Gustav Altenhain v. 24. 8. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 5).

49 Ebd. u. Schr. d. LDP (Arthur Lieutenant) an d. FDP Nürnberg v. 25. 7. 1946 (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48).

50 Schr. v. Otto Heinrich Greve an d. Vorstandsmitglieder d. FDP d. britischen Zone v. 10. 9. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 5) u. Schr. Ernst Mayers an August Martin Euler v. 13. 9. 1946 (FNS Akte US-Zone/Zonenverband).

51 Vgl. Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 204.

52 Vgl. d. Schr. Greves an Gustav Altenhain v. 24. 8. 1946 (a.a.O.).

53 Schr. an Euler v. 13. 9. 1946 (a.a.O.).

54 Zum weiteren Ablauf dieses Prozesses s. oben S. 271f.

55 Vgl. d. Wortlaut in: Mitteilungen d. FDP Bayern Nr. 7 v. 5. 10. 1946; vgl. auch d. Bericht in: Der Demokrat Nr. 9 v. 5. 10. 1946 u. Middelhauves Bericht an d. Mitglieder d. FDP-Zentralvorstandes, o. D. (Anfang Oktober 1946) (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 5).

dieses Zugeständnis der DVP trug der Tatsache Rechnung – insofern gingen auch die Berliner nicht ganz mit leeren Händen nach Hause –, daß trotz aller Kritik am Berliner Führungsanspruch, an den Konzessionen der LDP-Spitze gegenüber der sowjetischen Besatzungspolitik und an den politischen Umgangsformen, mit denen Külz bei der „Reichsparteigründung" gearbeitet hatte, kein Landesverband bereit gewesen war, den Württemberg-Badenern in ihrer destruktiven Einstellung in der Kooperationsfrage zu folgen. Das Bild der Eintracht, der „vollkommenen Übereinstimmung" und des „gegenseitigen Vertrauens", das nach der Stuttgarter Tagung auch von den Württemberg-Badenern verbreitet wurde[56], trog allerdings weitgehend. Denn die weitere Terminplanung und damit letztlich auch das ganze Kooperationskonzept waren umstritten geblieben: Die sowjetzonalen Liberalen und die FDP der britischen Zone drängten auf eine Intensivierung der Verhandlungen und wollten die nächste Zusammenkunft noch für Ende Oktober oder Anfang November 1946 einberufen[57]; dagegen ging die DVP davon aus, man sei sich in Stuttgart in „der augenblicklichen Unmöglichkeit einer Reichspartei" und ebenso darin einig gewesen, daß vor den Landtagswahlen in der amerikanischen Zone keine Besprechungen mehr stattfinden sollten.[58]

Unter diesen Umständen konnte es nicht ausbleiben, daß die Sitzung des Koordinierungsausschusses am 8./9. November 1946 in Coburg erneut eine spürbare Verstimmung auslöste, zumal bei dieser Tagung neben der Konstituierung einer strikt paritätisch aufgebauten und insofern durchaus allgemein akzeptablen gesamtdeutschen „Arbeitsgemeinschaft" ein Bekenntnis nicht allein zur Reichseinheit, sondern auch zum dezentralisierten Einheitsstaat beschlossen worden war – eine programmatische Festlegung, die gerade die stärker föderalistisch orientierten südwestdeutschen Liberalen vollends vor den Kopf stoßen mußte.[59] In der Tat trug dieser Beschluß wesentlich dazu bei, daß sich die Landesverbände der französischen Zone völlig aus dem Koordinierungsausschuß zurückzogen.[60] Und die Württemberg-Badener, die schon der Coburger Zusammenkunft demonstrativ ferngeblieben waren, beharrten nun erst recht darauf, daß angesichts des am 29. Oktober 1946 erneuerten französischen Vetos gegen Reichsparteien die Zeit nicht dränge.[61] Mehrere Monate lang scheiterten alle Bemühungen der beiden in Coburg gewählten Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft, Arthur Lieutenant und Otto-Heinrich Greve, endlich eine Tagung mit allgemein aner-

56 Rdschr. d. DVP d. amerik. Zone v. 1. 10. 1946 (FNS Akte US-Zone/Zonenverband).
57 Bericht Middelhauves an d. Mitglieder d. FDP-Zentralvorstandes (a.a.O.).
58 Rdschr. d. DVP v. 1. 10. 1946 (a.a.O.) u. Ernst Mayer, in: Niederschrift über d. Zonenvorstandssitzung d. DVP in d. US-Zone am 5. 1. 1946 in Stuttgart (FNS Akte US-Zone/Zonenverband).
59 Protokoll d. Sitzung d. Koordinierungsausschusses am 8./9. 11. 1946 in Coburg (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48).
60 Vgl. dazu oben S. 276f.
61 Schr. v. Theodor Heuss an Otto-Heinrich Greve v. 3. 12. 1946 (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48).

kannter Entscheidungskompetenz zustande zu bringen[62], an der Weigerung der DVP.

Erst am 17. März 1947 – am Rande des „Demokratentages" des amerikanischen Zonenverbandes in Rothenburg ob der Tauber – kehrten die Stuttgarter an den Verhandlungstisch zurück. Erstmals waren in einer Koordinierungsausschußsitzung, mit Ausnahme des französischen Besatzungsgebiets, das nur einen „Beobachter" entsandt hatte, alle liberalen Landes- und Zonenorganisationen ordnungsgemäß repräsentiert. Auf fast allen Seiten wurde daher von dieser Besprechung ein deutlicher Fortschritt in der gesamtdeutschen Zusammenarbeit erhofft.

Diesem Erwartungsdruck vermochten sich auch die Württemberg-Badener nicht mehr länger zu entziehen – wie sich bereits drei Tage zuvor gezeigt hatte, als der DVP-Zonenvorstand über das bevorstehende „Reichstreffen" beraten hatte.[63] Ernst Mayer hatte hier zunächst die Absicht durchscheinen lassen, die Dinge wie schon so oft eher dilatorisch zu behandeln; doch Dehler war dem sogleich mit der Forderung entgegengetreten, eine repräsentative Spitze der deutschen Liberalen zu schaffen. Diesem bayerischen Wunsch hatte sich auch Euler für die Hessen angeschlossen – allerdings mit der bezeichnenden Einschränkung, daß allein ein Politiker aus den westlichen Besatzungszonen diese Aufgabe übernehmen dürfe. Schließlich hatte sich der Zonenvorstand darauf verständigt, Theodor Heuss als Vorsitzenden der gesamtdeutschen Arbeitsgemeinschaft vorzuschlagen – eine Forderung, von der jeder nüchterne Beobachter wissen mußte, daß damit allenfalls eine Verhandlungsposition markiert sein konnte.

In der Sitzung des Koordinierungsausschusses selber, die mit heftigen Vorwürfen Greves gegen die „partikularistische Gesinnung" der DVP und insbesondere gegen Mayer wegen seines angeblichen Wirkens „als Motor gegen eine Reichseinheit" eröffnet worden war, hielt sich die Diskussion – dies mußte angesichts der Vorgeschichte überraschen – gar nicht erst lange bei der Frage des Parteizusammenschlusses an sich auf, sondern konzentrierte sich alsbald auf die Gestaltung des Parteivorsitzes; dabei standen sich allein noch die Forderung der sowjetzonalen LDP, Külz zum Vorsitzenden zu wählen, und der zuerst von Euler aufgebrachte und von Mayer unterstützte Vorschlag einer „Doppelspitze", also eines gemeinsamen Vorsitzes von Külz und Heuss, gegenüber. Neben der nach längeren Beratungen einstimmig vorgenommenen Wahl dieser beiden Politiker entschied sich der Koordinierungsausschuß für den gemeinsamen Namen „Demokratische Partei Deutschlands"; die Erklärung über den Zusammenschluß selber und die hierfür gewählte Organisationsform war dagegen – wohl nicht zuletzt wegen der restriktiven Kontrollratspolitik, aber natürlich auch wegen der Differenzen in den eigenen Reihen – bewußt vage formuliert: Im Kommuniqué hieß es lediglich, die liberalen

62 Vgl. ihre Einladungen v. 24. 11. 1946 f. d. 14./15. 12. 1946 nach Coburg u. v. 27. 1. 1947 f. d. 22./23. 2. 1947 nach Bad Pyrmont (beide in: ebd.).

63 Niederschrift d. Sitzung d. Gesamtvorstandes d. DVP in d. US-Zone am 14. 3. 1947 in Rothenburg o. T. (FNS Akte US-Zone/Zonenverband).

Parteien „bestätigen ihre Einheit in der Demokratischen Partei Deutschlands". Als einziges Organ der neuen „Reichspartei" sollte bis auf weiteres der Koordinierungsausschuß weiteramtieren, der allerdings von nun an als „vorläufiger Vorstand" der DPD bezeichnet wurde.[64]

Das Ergebnis der Rothenburger Tagung kann und muß unter zwei verschiedenen Aspekten gewertet werden. Vor dem Hintergrund der langen vorangegangenen Bemühungen um einen gesamtdeutschen Parteizusammenschluß betrachtet steht es im Kern in der Nachfolge des zuerst in Bad Pyrmont beschlossenen und dann in Stuttgart bestätigten Prinzips der gleichberechtigten Kooperation unabhängiger Zonenverbände. Von ihm wurde allein mit der Wahl von nur zwei Vorsitzenden abgewichen. Doch auch mit dieser „Doppelspitze" wurde lediglich die Konsequenz daraus gezogen, daß in den bisherigen Auseinandersetzungen zwei Führungsansprüche – der der Berliner und der der Stuttgarter – besonders vehement vorgetragen worden waren und sich als Ausdruck realer Kräfteverhältnisse erwiesen hatten. Insofern war die Modifizierung des Paritätsgrundsatzes eine ganz pragmatische Lösung der bestehenden Konflikte; sie schien der weiteren Zusammenarbeit und dem schrittweisen Ausbau der neuen Partei durchaus günstige Aussichten zu bieten, zumal die Liberalen hier weiter vorangeschritten waren als alle anderen Parteien.[65]

Zugleich aber wurde mit den Rothenburger Beschlüssen auch eine völlig andere Perspektive eröffnet. Heuss und Külz waren nämlich ausdrücklich als Repräsentanten der westlichen Zonen einerseits und des sowjetischen Besatzungsgebiets andererseits gewählt worden.[66] Neu war daran nicht so sehr, daß für jeden sichtbar die Fiktion einer im Grunde einheitlichen und nur zeitweise aufgegliederten liberalen Bewegung aufgegeben und die Unüberbrückbarkeit der vorhandenen Ansprüche und Gegensätze offengelegt wurde; auch das Paritätsprinzip hatte ja schon darauf beruht anzuerkennen, daß die Liberalen wegen der differierenden Rahmenbedingungen in den vier Zonen eine unterschiedliche Politik verfolgen müßten. Neu war vielmehr vor allem, daß in Rothenburg erstmals der Ost-West-Gegensatz als die entscheidende Trennlinie festgeschrieben wurde; Ernst Mayer drückte dies bezeichnenderweise so aus: „Kein Mann

64 Niederschrift d. Sitzung d. Koordinierungsausschusses am 17. 3. 1947 in Rothenburg o. T. (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48), auch abgedruckt bei Grundmann/Hein, Verständigungsbereitschaft, S. 89ff. Vgl. auch d. Berichte in: Das neue Vaterland Nr. 6 v. 22. 3. 1947 u. Mitteilungen d. FDP in Bayern Nr. 7 v. April 1947.

65 Während sich das Problem der gesamtdeutschen Parteieinheit für Sozialdemokraten und Kommunisten nach der Zwangsvereinigung der beiden Parteien in der SBZ nicht in vergleichbarer Form stellte, wies die am 5./6. 2. 1947 konstituierte, strikt paritätisch aufgebaute „Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU" keine repräsentative Spitze wie die liberale Reichsorganisation auf. Vgl. jetzt zusammenfassend zur zonenübergreifenden Parteikooperation Koch u.a., Versuch und Scheitern, passim, sowie speziell zur CDU auch Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 194ff., Conze, Jakob Kaiser, S. 123ff., u. Heidenheimer, Adenauer, S. 97ff.

66 Vgl. d. Niederschrift d. Sitzung d. Koordinierungsausschusses am 17. 3. 1947, S. 4 (a.a.O.): Middelhauve machte „im allgemeinen Auftrag" den Vorschlag: „Die Mitglieder des Koordinierungsausschusses bilden den vorläufigen Vorstand. Aus ihm werden zwei gleichberechtigte Männer, und zwar Heuss für den Westen, Külz für den Osten, bestimmt."

in der Westzone [sic!] könne verbindliche Erklärungen für die Ostzone abgeben und umgekehrt."[67] Dadurch mußte jedoch jede künftige deutschlandpolitische Kontroverse nicht nur heftige Diskussionen im DPD-Vorstand auslösen, sondern sogleich die Gefahr der Parteispaltung heraufbeschwören, indem sie nämlich unmittelbar die Führungsfrage und die Substanz des Zusammenschlusses tangieren würde.

Die Demokratische Partei Deutschlands trug also schon im Augenblick ihrer Konstituierung ein doppeltes Gesicht: Sie war ebenso sehr eine Manifestation der Einheit wie der sich ankündigenden Spaltung Deutschlands. Die Rothenburger Tagung markiert insofern den Wendepunkt in der gesamtdeutschen Zusammenarbeit der Liberalen; sie fand nicht zufällig zur Zeit der Moskauer Außenministerkonferenz statt, mit der auch auf der Ebene der Siegermächte die Vorentscheidung für die Teilung Deutschlands fiel.[68]

Als Neben- und Gegeneinander von Einheitsbemühungen und Spaltungstendenzen verlief dann auch die Entwicklung der DPD in den folgenden zehn Monaten. Obwohl der Antrag an den Alliierten Kontrollrat, den Parteizusammenschluß zu genehmigen, ohne Antwort geblieben war[69], stand zunächst noch die Intensivierung der Kooperation im Vordergrund. Die nächste Sitzung des DPD-Vorstands, die aus Anlaß des auch von Heuss, Blücher, Euler und anderen westdeutschen Liberalen besuchten Eisenacher LDP-Parteitages am 9. Juli 1947 in Berlin stattfand[70], beschäftigte sich vornehmlich mit der Beratung gemeinsamer programmatischer „Grundsätze". Als Vorlagen dienten ein von Ernst Mayer verfaßter und mit Theodor Heuss durchgesprochener Entwurf[71] sowie Abänderungsvorschläge von Wilhelm Külz.[72] Die vom DPD-Vorstand verabschiedete Fassung entsprach – wenngleich sie im Sinne eines Kompromisses zwischen unitarischen und föderalistischen Auffassungen modifiziert war und aus ihr auch einige allzu scharfe Spitzen gegen jede Form von Verstaatlichung gestrichen worden waren – im wesentlichen der Stuttgarter Vorlage.[73] Ferner wurde in Berlin die Einsetzung eines Ver-

67 Ebd., S. 2. In diese Richtung jetzt auch Koch u.a., Versuch und Scheitern, S. 107.

68 Vgl. Hillgruber, Europa in der Weltpolitik, S. 44.

69 Schr. v. Wilhelm Külz an d. Alliierten Kontrollrat v. 21. 3. 1947 (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48), auch abgedruckt bei Grundmann/Hein, Verständigungsbereitschaft, S. 93. Der Kontrollrat hatte sich auf französische Initiative hin am 20. und 31. 3. sowie am 10. 5. 1947 mit den verschiedenen gesamtdeutschen Vorstößen der Parteien auseinandergesetzt; Großbritannien, die USA und die Sowjetunion hatten dabei erneut ihre grundsätzliche Billigung nationaler Parteizusammenschlüsse unterstrichen, jedenfalls aber das von Frankreich geforderte Einschreiten gegen diese abgelehnt. Für diese Hinweise bin ich meiner Frankfurter Kollegin Elisabeth Kraus sehr zu Dank verpflichtet. Vgl. im übrigen jetzt Staritz, Parteien, hier S. 262f.

70 Protokoll über d. Sitzung d. vorläufigen Vorstands d. DPD in Berlin am 9. 7. 1947 (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48).

71 Zur Frage der Autorenschaft vgl. d. Schr. Ernst Mayers an Thomas Dehler v. 3. 4. 1947 (ebd.), d. Schr. v. Theodor Heuss an Wilhelm Külz v. 16. 7. 1947 (BA NL Heuss Bd. 58) u. d. Schr. v. Wilhelm Falk, d. Geschäftsführers d. FDP d. britischen Zone, an Franz Blücher v. 25. 8. 1947 (StA Hamburg FDP I A 129).

72 Vgl. d. Entwürfe in: BA NL Heuss Bd. 407.

73 Insofern geht Krippendorffs Bemerkung (LDP, S. 147), daß ihre „linksliberalen Tendenzen deutlich die Autorschaft der LDP verrieten", an der Entstehungsgeschichte der „Grundsätze" völlig vorbei. Sie sind vielmehr ein Beleg dafür, daß sich die Württemberg-Badener

fassungsausschusses beschlossen. Und bei der folgenden Sitzung am 3. November 1947 in Frankfurt am Main konnten erstmals auch Vertreter aus dem französischen Besatzungsgebiet begrüßt werden, nur die südbadischen Liberalen standen jetzt noch abseits.[74]

Dennoch blieben die Fortschritte in der gesamtdeutschen Kooperation letztlich denkbar gering und vor allem ohne jede Ausstrahlung auf die Parteiarbeit in den Landes- und Zonenverbänden. Der Verfassungsausschuß trat nie zusammen; um die Verbindlichkeit der in Berlin verabschiedeten Grundsätze wurde bis zuletzt gerungen[75]; insbesondere aber hatte sich auch mit der Rothenburger Einigung im Grundsatz nichts an der reservierten Einstellung der Württemberg-Badener gegenüber Berlin, der dortigen Parteiführung und der Zusammenarbeit mit ihr geändert[76].

Dieser für die Entwicklung der vorangegangenen eineinhalb Jahre so bedeutsame Konflikt wurde allerdings nun zunehmend durch aktuelle deutschlandpolitische Kontroversen überlagert. Durch sie wurden die bisherigen innerparteilichen Gruppenbildungen und Fronten zwar nicht völlig umgestaltet und verschoben, doch immerhin unübersehbar modifiziert.

Bereits auf der Vorstandssitzung in Berlin am 9. Juli 1947 deutete sich die desintegrierende Wirkung an, die von der Deutschlandpolitik auf die Zusammenarbeit der ost- und westdeutschen Liberalen ausging: Neben der Programmdiskussion kam es zu einer heftigen Debatte über das Scheitern der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz als einer gesamtdeutschen Tagung, in deren Verlauf die in den Wochen zuvor auch zwischen den Liberalen öffentlich ausgetragene Kontroverse über die Schuldzuweisung für dieses Scheitern[77] lediglich – vor allem durch die flexible Haltung

---

und die Berliner in vielen konkreten programmatischen Fragen – mit Ausnahme der Föderalismusproblematik – durchaus sehr nahestanden.

74 Niederschrift d. Sitzung d. vorläufigen Reichsvorstandes d. DPD in Frankfurt am Main am 3. 11. 1947 (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48), auch abgedruckt bei Grundmann/Hein, Verständigungsbereitschaft, S. 94ff. Vgl. im übrigen auch oben S. 277f.

75 Die Grundsätze waren wenige Tage nach der Vorstandssitzung im „Morgen" (Nr. 162 v. 15. 7. 1947), aber ebenfalls in einigen liberalen Parteiblättern der Westzonen (Der Demokrat Nr. 15 v. Juli 1947, Hamburger Freie Presse Nr. 56 v. 16. 7. 1947, Das Neue Baden Nr. 25 v. 22. 7. 1947 u. Rheinisch-Pfälzische Rundschau Nr. 11 v. 7. 8. 1947) veröffentlicht worden, obwohl der DPD-Vorstand beschlossen hatte, sie zunächst den Zonenvorständen zur endgültigen Annahme vorzulegen, da die FDP der britischen Zone lediglich durch ihren Geschäftsführer Wilhelm Falk vertreten gewesen war. Auf einen entsprechenden Protest der FDP hin – vgl. Falks Schr. an Franz Blücher v. 25. 8. 1947 (StA HH FDP I A 129) – wurde daher die Programmdebatte von neuem aufgenommen – vgl. d. Niederschrift d. Sitzung d. vorläufigen Reichsvorstands d. DPD in Frankfurt am Main am 3. 11. 1947 (a.a.O.); sie konnte bis zum Rückzug der sowjetzonalen Liberalen aus der DPD am 18. 1. 1948 nicht mehr zum Abschluß gebracht werden.

76 Am 3. 4. 1947 schrieb Ernst Mayer über seine „Eindrücke von Rothenburg" an Thomas Dehler (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48): „Sie sind geteilt. – Vor allem ärgere ich mich, dem Drängen der britischen Zone und dem Drängen unserer lieben bayerischen Freunde doch nachgegeben zu haben. [...] Es wäre mir wohler, ich gälte auch jetzt noch als der Feind der Einheit, statt den Katzenjammer der Einheitsfanatiker heilen zu müssen. [...] Mag aus der Reichspartei werden was will, wir sind uns auf jeden Fall hier unten näher gekommen [...]." Vgl. zu Mayers Haltung auch Krippendorff, LDP, S. 147.

77 Der LDP-Vorsitzende Külz hatte sich in seiner Stellungnahme (Der Morgen Nr. 132 v. 10. 6. 1947, auch abgedruckt bei Grundmann/Hein, Verständigungsbereitschaft, S. 83f.) weitgehend auf die Seite der sowjetzonalen Delegation gestellt und den westdeutschen Ministerpräsidenten vorgeworfen, sie seien dem „berechtigten" Antrag, die Frage der

von Külz und Heuss – entschärft, aber keineswegs ganz beigelegt werden konnte.[78]

Vier Monate später, auf der nächsten Sitzung in Frankfurt am Main, hatte sich dann bereits so viel Konfliktstoff angehäuft, daß sich der DPD-Vorstand gezwungen sah, die vorgesehene Beratung wichtiger organisatorischer Fragen zugunsten einer umfassenden deutschlandpolitischen Aussprache zurückzustellen. Zu ihrem Verständnis müssen zuvor aber die Positionen und Konzeptionen näher umrissen werden, die die wichtigsten liberalen Parteigliederungen und Politiker in den vorangegangenen Jahren und Monaten in der deutschen Frage vertreten hatten.

Die sowjetzonale LDP[79], deren Stellungnahmen gerade in Fragen der Deutschland- und Außenpolitik ganz von der Auffassung ihres Vorsitzenden Wilhelm Külz geprägt waren[80], war schon bald nach ihrer Gründung mit dezidierten Bekenntnissen zur Reichseinheit hervorgetreten. Deren Akzent lag, solange das Reich primär durch partikularistische und föderalistische Kräfte bedroht schien, vor allem auf der Forderung nach einem dezentralisierten Einheitsstaat, mit der die LDP sowohl in der Tradition der Verfassungspläne eines Hugo Preuß stand als auch der eigenen Interessenlage, nämlich ihrem innerparteilichen Führungsanspruch, ge-

---

deutschen Einheit als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, „mit kalter Ablehnung begegnet" und hätten „die elementare Gewalt des im deutschen Volk lebendigen Einheitsgedankens vollkommen verkannt", eine Auffassung, die nicht zuletzt in den Reihen der LDP selbst – vor allem in Berlin und Thüringen – auf entschiedenen Widerspruch stieß (vgl. Krippendorff, LDP, S. 132f., Agsten/Bogisch, LDPD , S. 119, u. Grünewald, Münchener Ministerpräsidentenkonferenz, S. 420ff.). In ähnlicher Einseitigkeit, doch mit entgegengesetzter Tendenz hatte der hessische LDP-Vorsitzende August Martin Euler vor dem Landtag (14. Sitzung v. 17. 6. 1947, S. 315) die Abreise der SBZ-Ministerpräsidenten als einen „schlecht durchdachten Propagandastreich" bezeichnet. Ebenso hatte der DVP-Generalsekretär Ernst Mayer zunächst von einem planmäßigen Theatercoup der ostdeutschen Delegation gesprochen und die Münchener Vorgänge als SED-Demonstration bewertet (Der Demokrat Nr. 12 v. Juni 1947). Wohl auf Veranlassung von Ministerpräsident Reinhold Maier, der in München eine vermittelnde Position eingenommen und vor seinem Landesparlament auch in sehr abgewogener Form berichtet hatte (Verhandlungen d. württemberg-badischen Landtags 1. Wp. 25. Sitzung v. 11. 6. 1947, S. 577–580), hatte Mayer jedoch seine erste Äußerung bald partiell differenziert und nun auch einzelnen westdeutschen Konferenzteilnehmern taktisches Ungeschick vorgehalten (Das neue Vaterland Nr. 12 v. Juni 1947). Dies hinderte ihn allerdings nicht daran, weiter heftig gegen die Külz'sche Erklärung, in der er eine schwere Belastung des gegenseitigen Vertrauensverhältnisses und damit auch der Zusammenarbeit in der DPD sah, zu polemisieren (Der Demokrat Nr. 13 v. Juni 1947). Zum Ablauf der Münchener Konferenz selbst und insbesondere zu der entscheidenden Sitzung in der Nacht vom 5. zum 6. 6. 1947 vgl. aus der Fülle der Literatur v.a. d. zusammenfassenden u. zugleich d. Diskussion zumindest vorläufig abschließenden Aufsatz v. Steininger, Geschichte, S. 375–453.

78 Külz legte nun den Akzent besonders auf die ungeschickte Konferenzleitung in München, Heuss betonte, er sehe in den differierenden Äußerungen an sich keinen Schaden; Protokoll über d. Sitzung d. vorläufigen Vorstands d. DPD in Berlin am 9. 7. 1947 (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48). In einem persönlichen Brief an Külz v. 16. 7. 1947 (BA NL Heuss Bd. 58) fand Heuss allerdings deutlichere Worte: „Sie haben verkannt, wie ungeschickt Ihre Äußerung in ihrer stilistischen Schroffheit im Westen und Süden wirken mußte. Denn sie galt [...] als Sukkurs für die SED. [...] mein Rat und meine Bitte an Sie geht dahin, bei allen entsprechenden Äußerungen nicht bloß an Ihre Position in der Ostzone, sondern auch an das seelische Echo der Worte bei uns zu denken."

79 Vgl. zum folgenden insb. Krippendorff, LDP, S. 51ff. u. 123ff., Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, passim, u. Fijalkowski, Berlin, S. 53ff.; einzelne wichtige Hinweise auch bei Behrendt, Külz, S. 222ff., u. Agsten/Bogisch, LDPD, S. 104ff. u. 186ff.

80 Krippendorff, LDP, S. 45.

recht wurde. In dem Maße aber, in dem sich die Spannungen zwischen den Siegermächten verschärften und in dem sich – besonders seit der Jahreswende 1946/47 – die Ost-West-Konfrontation als die eigentliche Bedrohung der Einheit Deutschlands erwies, verschoben sich die Akzente: Die Frage der künftigen inneren Struktur des Reiches trat, wenngleich sie in der Präferenz bei der Wahl des einzuschlagenden Weges nach wie vor zum Ausdruck kam, eher in den Hintergrund. Ins Zentrum der politischen Bemühungen rückte nun die Erhaltung bzw. Wiedergewinnung der nationalen Einheit an sich, wobei die Liberaldemokraten ihre Anstrengungen darauf konzentrierten, eine Vertretung des deutschen politischen Willens gegenüber den Besatzungsmächten oder – nach dem von Jakob Kaiser geprägten Begriff – eine „Nationale Repräsentation" zu konstituieren. Hierauf zielten nicht nur ihre eigenen politischen Initiativen, die LDP unterstützte auch nahezu bedingungslos jeden Vorstoß, der von anderer Seite in dieser Richtung unternommen wurde – sei es nun mit dem Ziel einer Vertretung der deutschen Parteien, sei es einer Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten.

Über das Fortwirken der nationalstaatlichen Tradition hinaus beruhte dieses Engagement nicht zuletzt auf der Einsicht in die aktuelle politische Situation der LDP. Nur solange zumindest noch berechtigte Aussicht auf einen Kompromiß zwischen den Besatzungsmächten und damit auf die Erhaltung der deutschen Einheit bestand, konnte die LDP hoffen, daß auch im sowjetischen Einflußbereich wenigstens Grundelemente einer demokratischen Ordnung gewahrt blieben. Für Külz und seine Partei hatte daher das Eintreten für die nationale Einheit Vorrang vor jeder anderen politischen Erwägung: Durch Einheit zur Freiheit lautete die aus geradezu existentiellen Gründen formulierte politische Leitlinie der LDP.

Aber eben in der Einseitigkeit, mit der hier das Ziel der nationalen Einheit in den Mittelpunkt aller Überlegungen gestellt wurde, lag auch eine wesentliche Schwäche der Külz'schen Konzeption. Sie beruhte ganz entscheidend darauf, die Zeit bis zur Verwirklichung der Einheit als bloße Übergangsperiode zu betrachten, in der es vor allem wichtig sei, sich in allen anderen, gewissermaßen „zweitrangigen" Fragen nicht endgültig festzulegen.[81] Damit aber lieferte sich die LDP gerade demjenigen weitgehend hilflos aus, der sich – wie die Sowjetunion und die SED – ebenfalls die Parole der Einheit zu eigen machte. Denn trotz allen unbezweifelbaren Engagements der LDP beim politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau in der SBZ im Sinne einer liberalen Konzeption gab es letztlich keine Zielsetzungen, die von ihrem Gewicht her mit dem Nationalstaatsideal wirklich hätten konkurrieren und damit auch die Grenze markieren können, an der die Kompromißbereitschaft der Liberaldemokraten zu enden habe.

Mit dem eben Gesagten hängt eng zusammen, daß dem Eintreten für den deutschen Nationalstaat jedenfalls in der Sicht von Külz sowohl eine

81 Krippendorff, LDP, S. 51, zitiert Külz mit den Worten: „Das einzige, was wir tun können, ist, keine Stellung zu beziehen. Wie wir auch entscheiden, wird es uns übel genommen, und in einem halben Jahr spricht keiner mehr davon."

gesellschafts- wie eine außenpolitische Dimension fehlte. Anders in der Konzeption Jakob Kaisers: Aus seiner Sicht konnte Deutschland seine Einheit in einer bipolaren Welt nur erhalten, wenn seine Blockfreiheit durch die Funktion, Brücke zwischen Ost und West zu sein, gestützt und gesichert werde – und zwar nicht nur im Sinne einer Mittlerrolle in der internationalen Politik, sondern ebenso durch sein politisch-soziales System, durch einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus.[82] Dagegen war bei Külz die Forderung nach einer Neutralisierung Deutschlands kaum auf die Entwicklungstendenzen der internationalen Politik abgestimmt; Neutralität bedeutete hier nichts anderes als den Versuch, alle die Verwirklichung der deutschen Einheit störenden internationalen Einflüsse fernzuhalten.[83] Einem so – zugespitzt formuliert – sterilen Verständnis von nationaler Einheit und außenpolitischer Neutralität aber mußte nicht nur jede Attraktivität gegenüber den weltpolitischen Interessen der Siegermächte abgehen. Auch in Deutschland selbst mußte seine Anziehungskraft – zumindest außerhalb der sowjetischen Besatzungszone – in dem Maße schwinden, in dem sich für die unmittelbar auf den Nägeln brennenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Wiederaufbaus eine Lösung außerhalb, ja, in letzter Konsequenz im Gegensatz zur nationalstaatlichen Ordnung abzeichnete und in dem der Nationalstaatsgedanke von dieser Seite her sein entscheidendes materielles Fundament zunehmend verlor.

Genau dieser Prozeß läßt sich besonders in den deutschlandpolitischen Äußerungen führender Liberaler der britischen Zone beobachten. Wie schon bei den Bemühungen um eine zonenübergreifende parteipolitische Kooperation waren sie auch in dieser Hinsicht zunächst die engagiertesten Fürsprecher der Berliner Auffassungen in Westdeutschland, wobei das verbindende Element zwischen der Politik beider Zonenorganisationen nicht zuletzt in der unitarischen Ausrichtung und dem Bekenntnis zum dezentralisierten Einheitsstaat lag.[84] Doch traf man sich ebenso in der Auffassung, daß sich im Interesse der nationalen Einheit angesichts der besonderen Lage Deutschlands jede einseitige Blockbindung verbiete: „So schwer auch heute die Schaffung nachbarschaftlicher Beziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Mächten erscheinen mag", mahnte der FDP-Vorsitzende Franz Blücher, „wir müssen sie suchen, wir müssen unsere politische Aufgabe als Land der Mitte, als Land des Herzens von Europa selbst in den schwärzesten Lagen sehen." Jede Option für eine rein westeuropäisch orientierte Politik werde dagegen „nur die

82 Hierzu Conze, Jakob Kaiser, bes. S. 67ff., u. Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 301ff.

83 In diesem Sinne spricht auch Schwarz, ebd., S. 685, davon, daß das Külz'sche Blockfreiheitskonzept ausschließlich in seinen nationalen Überzeugungen wurzelte.

84 Vgl. bes. d. Programmatischen Richtlinien d. FDP d. britischen Zone v. 5. 2. 1946, abgedruckt in: Juling, Programmatische Entwicklung, S. 70ff., u. Friedrich Middelhauve, Reichseinheit und Länderreform. Referat auf d. Delegiertentagung d. FDP-Landesverbandes Nordrhein am 3. 8. 1946 in Düsseldorf, Rdschr. d. FDP-Landesverbandes v. 3. 9. 1946 (FNS Akte Brit. Zone/Staat).

Nordsüd-Grenze, die sich heute mitten durch Deutschland zieht, verewigen".[85]

Diese Übereinstimmung bewährte sich auch noch 1947, als mit der sich verstärkenden Auseinanderentwicklung der politischen und gesellschaftlichen Systeme der Zonen und den sich intensivierenden Schritten der angelsächsischen Besatzungsmächte zum Ausbau der Bizone das Ringen um den Nationalstaat in seine entscheidende Phase trat. Gegenüber allen Überlegungen, deutsche Politiker sollten sich aktiv für einen politischen und wirtschaftlichen Ausbau der Westzonen, ja, für einen Sonderfrieden einsetzen, betonte Franz Blücher: „Wenn wir das nicht nur dulden, sondern mit herbeiführen würden, daß Deutschland endgültig zerrissen wird, dann hätten wir uns für unabsehbare Zeit die Möglichkeit des Kampfes um ein einiges Deutschland genommen. Dann hätten wir diese Gebiete selbst aufgegeben. Wir wissen, wir sind wehrlos. Aber darum werden wir diese Abtrennung und diesen Verzicht nur gezwungen dulden. Für uns ist Deutschland, sind die vier Zonen und die deutschen angrenzenden Gebiete eine politische und wirtschaftliche Einheit. Wir werden unsere Erstgeburt nicht für das Linsengemüse eines noch dazu fraglichen, sicherlich aber kurzfristigen materiellen Vorteils verkaufen!"[86]

Doch klang in dieser Stellungnahme bereits recht deutlich jene Zweigleisigkeit an, die spätestens seit Ende 1947 die Deutschlandpolitik der norddeutschen Liberalen bestimmen sollte, nämlich einerseits entschieden an der Zielsetzung eines wiedervereinigten, blockfreien Deutschland festzuhalten[87], andererseits in der konkreten Politik sich mehr und mehr auf die „Duldung" der alliierten Entscheidung zur Teilung Deutschlands einzustellen. Über die Zwischenstadien einer argumentativen Differenzierung zwischen wirtschaftlichen Maßnahmen und politischen Entscheidungen, mit der vor allem das Eintreten für den Marshall-Plan gerechtfertigt wurde[88], und der zeitweise vehementen Propagierung der Provi-

85 Schr. v. Franz Blücher an Gustav Altenhain v. 3. 11. 1946 (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 3). Im Sinne dieses Blockfreiheitskonzepts forderte auch der FDP-Zonenparteitag im Juni 1947 „eine selbständige deutsche europäische Mitte [..] ohne Abhängigkeit von Ost- und Westblöcken"; Westdeutsche Rundschau Nr. 46 v. 7. 6. 1946.

86 Rede auf d. Landesparteitag d. nordrhein-westfälischen FDP am 17. 8. 1947 auf d. Hohensyburg, hrsg. v. Landesverband NRW d. FDP, Opladen 1947, S. 23.

87 Vgl. bes. Blüchers Artikel „Deutsche Freiheit, ein Mittel zur europäischen Beruhigung", in: Westdeutsche Rundschau Nr. 37 v. 27. 3. 1948, den er auch führenden Vertretern der britischen Militärregierung übersandte und ausdrücklich als Diskussionsanregung ans Herz legte; vgl. sein Schr. v. 27. 3. 1948 (FNS NL Blücher Fs. 15).

88 Hierzu führte Blücher in d. 17. Sitzung d. Zonenbeirats am 24. 11. 1947 aus: „Wenn es hier im Westen Menschen gibt, die glauben, im Zuge des Industrieplanes und des Marshall-Planes arbeiten zu müssen, wenn sie glauben, daß es ihre Pflicht ist, an jeder Stelle, wo das möglich ist, Deutschland wieder wirtschaftlich aufzubauen, dann ist das ein Handeln, das letzten Endes Gesamtdeutschland zugute kommt! Sie [der KPD-Abgeordnete Reimann, D.H.] sollten die mögliche gefühlsmäßige Qual unserer Brüder in der Ostzone nicht noch dadurch erhöhen, daß Sie sagen, wir im Westen fielen von ihnen ab! So erhält unsere pflichtgemäße wirtschaftliche Arbeit eine ihr nicht zukommende politische Bedeutung. Wenn wir von den möglichen Segnungen des Marshall-Planes sprechen, wenn wir bei seiner Durchführung mitmachen wollen, ist das eine wirtschaftliche Überlegung, aber es ist in keiner Weise eine politische Entscheidung." Abgedruckt in: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, Bd. 3, S. 878f.

soriums-These[89] führte diese Zweigleisigkeit Ende 1948 schließlich auch in der britischen Zone zur mehrheitlichen Übernahme des Kernstaatskonzepts als einer Art Generalabsolution, nach dem letztlich jeder Schritt zum wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und politischen Ausbau eines westdeutschen Staates wegen dessen gesteigerter Anziehungskraft ein Schritt zur Wiedervereinigung sein sollte.[90] So sehr diese Argumentationsfiguren davon zeugen, wie schwer Blücher und mit ihm der Mehrzahl der führenden liberalen Politiker in der britischen Zone der Verzicht auf die nationale Einheit fiel, so sehr mußten sie jedoch auf der anderen Seite das bis zum Spätherbst 1947 durch ein hohes Maß an Übereinstimmung gekennzeichnete Verhältnis zu den Liberaldemokraten der SBZ trüben; wurden sie doch hier zunehmend als eine unaufrichtige Haltung empfunden, bei der das Bekenntnis zum Nationalstaat nur noch die Fassade bilde, hinter der man um so ungestörter an der Teilung Deutschlands mitarbeite.

Von einer ähnlich zögernden Entscheidung zwischen den konkurrierenden politischen Zielsetzungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und einer freiheitlich-demokratischen Ordnung einerseits und der nationalen Einheit andererseits kann bei der hessischen Landespartei keine Rede sein. Was Blücher und andere Liberale sorgsam vermieden wissen wollten, daß nämlich deutsche Politiker durch eigene aktive Schritte in Richtung auf einen westdeutschen Staat eine Mitverantwortung für die Teilung Deutschlands übernähmen, wurde vom LDP-Vorsitzenden August Martin Euler offen propagiert. Bereits während der Moskauer Außenministerkonferenz trat Euler als einer der ersten deutschen Politiker mit entsprechenden Forderungen an die Öffentlichkeit: Unter Hinweis auf die „ständige Verschlechterung der Ernährungslage" appellierte er am 19. April 1947[91] an die angelsächsischen Besatzungsmächte, „in den Westzonen den Weg für eine Entwicklung frei" zu geben, „die allein geeignet ist, die ausländische Ernährungshilfe auf ein Mindestmaß herabzusetzen". Weder die landwirtschaftlichen und industriellen Produktions- noch die Distributionsprobleme seien zu lösen, „solange eine wirksame Zentralverwaltung in den Westzonen nicht besteht". Die Erfahrung habe jedoch gezeigt, „daß die wirtschaftliche Vereinheitlichung der Westzonen ohne die politische Vereinheitlichung nicht erfolgreich durchgeführt werden kann". Euler scheute auch keineswegs davor zurück, in aller Deutlichkeit auszusprechen, daß er unter politischer Vereinheitlichung „eine wirklich handlungsfähige Zentralregierung auf demokratischer Grundlage" verstehe – mithin eine politische Struktur, die die zentralen Attribute von Staatlichkeit aufweisen sollte. Die von einer solchen Entwicklung ausgehenden Konsequenzen für die Einheit Deutschlands wurden von Euler nur insoweit angesprochen, als er betonte, die

89 Franz Blücher: Nicht „Weststaat" sondern Westverwaltung, in: Westdeutsche Rundschau Nr. 75 v. 3. 7. 1948.

90 Zum Hintergrund vgl. Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, bes. S. 400ff., 551f. u. 614ff., u. Abelshauser, Magnet-Theorie, S. 661ff.

91 August Martin Euler: Das Gebot der Stunde, in: LDP-Kurier Nr. 26/27 v. 19. 4. 1947.

Vereinheitlichung der Westzonen solle „nur der Beginn der Vereinheitlichung aller Zonen sein", eine vorübergehende Maßnahme für die Dauer des gegenwärtigen „Schwebezustands".

Die politische Gesamtkonzeption, die diesem Vorstoß Eulers zugrunde lag, war vor allem durch die Priorität wirtschaftspolitischer Zielsetzungen gekennzeichnet – nicht nur, wie in den eben zitierten Äußerungen angesprochen, im Sinne der Erfordernisse des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, sondern besonders im Sinne der Systemfrage, des Eintretens für eine marktwirtschaftliche Ordnung, die in Eulers Augen zu den konstitutiven Bestandteilen einer freiheitlichen und demokratischen Staats- und Gesellschaftsverfassung zählte. Innenpolitisch resultierten aus dieser Grundhaltung seine Bemühungen um die Formierung einer breiten antisozialistischen Sammlungsbewegung; in der Deutschland- und Außenpolitik führte sie ihn schon früh an die Seite der USA und mittelbar auch Großbritanniens[92], war doch neben allem anderen von einer engen Bindung an die Vereinigten Staaten eine Vorentscheidung im Ringen um die innere Struktur eines neuen deutschen Staates zu erwarten. Dagegen war die nationale Einheit für Euler nur zusammen mit einer entsprechenden freiheitlichen Verfassung erstrebenswert. Sie war deshalb zwar kein zweitrangiges, wohl aber ein erst in einem zweiten Schritt zu erreichendes Ziel: Nur im Bunde mit dem Westen und durch Zurückdrängen der Sowjetunion, nicht jedoch auf dem Wege der Verständigung mit ihr war die Wiedervereinigung Deutschlands in der von Euler gewünschten Form zu verwirklichen. Mit anderen Worten: Während Külz, Blücher und viele andere liberale Politiker noch hofften, die deutsche Frage aus dem sich verschärfenden Ost-West-Konflikt heraushalten zu können, ging Eulers Kalkül vom Kalten Krieg als einer unumstößlichen Tatsache aus. Insofern sprach natürlich auch der Gang der Dinge zunehmend deutlicher für seine Position. Vor allem nach dem ergebnislosen Abbruch der Londoner Vier-Mächte-Konferenz sah der LDP-Vorsitzende, der sich wegen der heftigen Reaktionen auf seinen Vorschlag vom April 1947[93] zeitweise, ohne in der Sache zurückzustecken, im Ton moderater geäußert hatte[94], keine Notwendigkeit mehr für eine solche Zurückhaltung.

92 Die Rolle Frankreichs beurteilte Euler hingegen mit Blick auf dessen Saarpolitik, die Unterstützung separatistischer Bestrebungen und den dezidiert föderalistischen Kurs überaus negativ. Eine Lösung sah er deshalb nur im Rahmen des Ost-West-Konflikts, indem sich Frankreich dann unter Verzicht auf seine Sonderstellung in die gemeinsame Phalanx einzuordnen habe. Vgl. v.a. Eulers Artikel „Die Lage in der französischen Zone", in: LDP-Kurier Nr. 74 v. 10. 11. 1947.

93 Der hessische KPD-Vorsitzende Walter Fisch (Landtag Hessen 1. Wp. 11. Sitzung v. 25. 4. 1947, S. 242), aber auch der stellvertretende Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Werner Hilpert (vgl. Das Westzonenproblem, in: LDP-Kurier Nr. 32/33 v. 12. 5. 1947) hatten Euler – wenngleich in unterschiedlicher Schärfe – vorgeworfen, die Spaltung Deutschlands zu befürworten und zu betreiben. Nicht zuletzt hatte sich auch die sowjetzonale LDP veranlaßt gesehen, in ihrer Parteizeitung „Der Morgen" (Nr. 119 v. 24. 5. 1947) auf diese Auseinandersetzung einzugehen und im Sinne von Eulers ergänzenden Erklärungen den situationsgebundenen, vorläufigen Charakter einer Zusammenfassung der Westzonen hervorzuheben.

94 Vgl. neben Deutsche Einheit und Westzonen, in: LDP-Kurier Nr. 30/31 v. 5. 5. 1947, u. Das Westzonenproblem, in: ebd. Nr. 32/33 v. 12. 5. 1947, v.a. Eulers Rede vor dem Landtag (14. Sitzung v. 17. 6. 1947, S. 313ff.), in der er das Bekenntnis zur Einheit Deutschlands

Euler bekannte sich nun offen zum Kernstaatskonzept[95] und begann zugleich, in vorsichtiger Form den Lohn einzufordern, der den Westdeutschen für ihren Beitrag zum „Abwehrkampf gegen den Kommunismus" zukomme.[96] Unausgesprochen stand dahinter die Erwartung, daß der Übergang von der Anti-Hitler-Koalition zum Kalten Krieg Deutschland nicht nur schrittweise die Souveränität zurückbringen werde, sondern daß er zugleich das Ende all jener wirtschaftlichen und politischen Strafmaßnahmen signalisiere, mit denen die Besatzungsmächte 1945 angetreten waren.[97]

Euler und die hessische Parteiführung standen mit ihrem Kurs der entschiedenen Westintegration unter den westdeutschen Liberalen keineswegs allein. Der stellvertretende nordrhein-westfälische FDP-Vorsitzende von Rechenberg zählte ebenso zu seinen Verfechtern wie etwa die badische Demokratische Partei.[98] Nicht zuletzt aber waren aus Württemberg-Baden Äußerungen zu vernehmen gewesen, die in die gleiche Richtung zielten. Der Euler in seiner scharf antikommunistischen Einstellung so ähnliche DVP-Generalsekretär Ernst Mayer war nur wenige Tage nach dessen provozierendem Artikel ebenfalls öffentlich dafür eingetreten, daß angesichts der Uneinigkeit der Siegermächte nun „ein engerer Zusammenschluß der Westgebiete und ihr Anschluß an die Weltwirtschaft beschleunigt" werden müsse. Deutlicher noch als Euler hatte Mayer schon damals den engen Zusammenhang mit der nationalen Frage herausgestellt und anklingen lassen, daß in seinen Augen die Entscheidung über die Spaltung Deutschlands im Grunde bereits gefallen sei: „So groß die Gefahren für eine spätere Gesamtheit auch seien, dürfe man die Westgebiete nicht in der Vereinzelung verkommen lassen aus lauter Angst, im Westen etwas zu präjudizieren, was vom Osten her bewußt herbeigeführt werde."[99] Der Auffassung der württemberg-badischen Parteiführung entsprachen diese Forderungen Mayers allerdings nicht – auch wenn es wegen der strikt föderalistischen Grundhaltung der

---

und den Willen, lediglich „eine provisorische Notlösung auf dem Wege zur gesamtdeutschen Einheit zu treffen", noch einmal besonders unterstrich.

95 August Martin Euler: Nach dem Scheitern der Londoner Konferenz, in: LDP-Kurier Nr. 1 v. Januar 1948: Das Ziel müsse jetzt sein, „die westlichen Zonen zu dem Magneten zu machen, der früher oder später auch die Ostzone zu einem rechtsstaatlichen demokratischen Gesamtdeutschland heranzieht".

96 Ebd.: „Wir können aber den Abwehrkampf gegen den Kommunismus und seine Gewaltdiktatur, den Kampf für Recht, Gerechtigkeit und persönliche Freiheit nicht erfolgreich führen, wenn uns nicht jetzt die Hand dazu geboten wird, in freier und freiwilliger Zusammenarbeit mit den Westmächten unsere eigenen deutschen Probleme zu meistern."

97 Recht offen in diesem Sinne der LDP-Abgeordnete und stellv. Landesvorsitzende Karl-Theodor Bleek, Landtag Hessen 1. Wp. 31. Sitzung v. 15. 1. 1948, S. 992ff.

98 Vgl. v.a. den großen Leitartikel „Die Entscheidung hat sich nach dem Westen verlagert", in: Das Neue Baden Nr. 68 v. 19. 12. 1947, in dem die Auseinandersetzungen zwischen den Siegermächten als ein „Kampf um die europäische Lebensform" zwischen Ost und West interpretiert wurden, angesichts dessen man für Deutschland nüchtern konstatieren müsse: „Die Trennung des Westens von dem Osten kann kein historischer Dauerzustand sein – sie wird aber zu einer geschichtlichen Periode über einen längeren Zeitraum werden." Deshalb bleibe auch nur „die klare Erkenntnis, daß wir uns für die nächste Zeit auf einem verkleinerten deutschen Lebensraum einrichten müssen, um leben zu können".

99 Demokratischer Informationsdienst Nr. 1 v. 29. 4. 1947.

DVP und ihres energischen Widerstandes gegen den Führungsanspruch der Berliner LDP auf den ersten Blick naheliegen mag, dies anzunehmen.

Denn von Anfang an war das demokratisch-föderalistische Sendungsbewußtsein der DVP-Führung immer auf das Reich hin ausgerichtet gewesen. Bei allen Angriffen auf die einseitig machtorientierte preußische Staatsidee und den demokratiefeindlichen Berliner Zentralismus hatte – etwa in den Reden von Ministerpräsident Reinhold Maier – doch nie das keineswegs allein als Pflichtübung verstandene Bekenntnis zur Einheit der Nation, zum Reich gefehlt.[100] Unverkennbar wirkte hier die Tradition der bürgerlich-liberalen Bewegung des 19. Jahrhunderts nach, sich nicht zuletzt als Vorkämpferin der nationalen Einheit zu verstehen.[101]

In den entscheidenden Entwicklungen des Jahres 1947 standen die südwestdeutschen Liberalen jedoch gerade von dieser Grundlage aus vor erheblichen Schwierigkeiten. So wenig sich Heuss oder Maier von den Verfechtern der Westintegration in der Überzeugung unterschieden, daß Deutschlands Platz hinsichtlich der Gestaltung seines gesellschaftlichen und politischen Systems an der Seite der westlichen Demokratien zu sein habe, so dezidiert war außenpolitisch auf Grund des hohen Stellenwerts, der dem Ziel der nationalen Einheit in ihrem Denken zukam, ihr Eintreten für eine Politik der Blockfreiheit: „Wir dürfen uns nicht in eine Option drängen lassen zwischen Ost und West. Wir sind nun eben zwischen Rußland und Frankreich und der westlichen Welt geographisch gesiedelt", mahnte Theodor Heuss im Namen seiner Fraktion vor dem württemberg-badischen Landtag.[102] Mit welchem realistischen Konzept allerdings eine unabhängige Stellung Deutschlands zwischen Ost und West begründet und gesichert werden könne, darüber gingen die Ansichten in der DVP-Führung auseinander: Der Landesvorsitzende Wolfgang Haußmann dachte eher an eine „international garantierte Neutralität Deutschlands" nach dem Vorbild der Schweiz; die Neutralität sei zwar „keine Zauberformel", zeige aber den „einzig gangbaren Weg an, die Reibungsflächen zwischen den Weltmächten an ihren empfindlichsten Berührungspunkten zu verringern", jedenfalls habe sie größere Rea-

100 So auch Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, bes. S. 647. Vgl. Pikart, Heuss und Adenauer, S. 49f., der stärker die mangelnde Fähigkeit zu nüchterner Anerkennung der deutschlandpolitischen Realitäten hervorhebt.

101 In seiner Eröffnungsrede vor der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden (1. Sitzung v. 16. 1. 1946, S. 8f.) führte Maier hierzu aus: „Die einzige Staatsidee, welche neben der preußischen eigene Kraft und Gestalt über ihre Heimat hinaus einnahm, war die demokratische süddeutsche Staatsidee. Niemand in Deutschland hat so intensiv, so zäh um das Reich, um das ganze Vaterland gekämpft und gerungen als die badischen und württembergischen Demokraten in der Mitte des letzten Jahrhunderts. Das Deutsche Reich hätte nie werden können, wenn diese Bewegung den Reichsgedanken nicht mit dieser unerbittlichen Leidenschaft in den Vordergrund ihrer Politik gestellt hätte. Bismarck hat schließlich über Preußen das Reich geschaffen; die Männer von 1848 und ihre Nachfahren, sie waren scharfe Gegner dieses Staatsmannes, sie waren mit seinem Werk nicht einverstanden. Heute sehen wir es klar: Bismarck und die Demokraten haben einander bekämpft, aber in der Sache sind sie miteinander beim Werden des Reichs die Hauptkräfte gewesen."

102 1. Wp. 7. Sitzung v. 25. 2. 1947, S. 130f.; nahezu wortgleich äußerte sich Heuss auch noch am 6. 7. 1947 auf einer öffentlichen Kundgebung anläßlich des Eisenacher LDP-Parteitages, vgl. Der Morgen Nr. 156 v. 8. 7. 1947 Beiblatt.

lisierungschancen als die „Idee der Vereinigten Staaten von Europa".[103] Dagegen bekundete Heuss, der „Gedanke der ewigen Neutralität Deutschlands" sei zwar „des Durchdenkens wert", warnte allerdings vor vorschnellen historischen Vergleichen: Im Falle Deutschlands stelle sich das Neutralitätsproblem in völlig anderer Dimension als etwa bei der Schweiz; denn hier gehe es nicht allein darum, Sicherheit für das neutralisierte Land, sondern den Nachbarn auch Sicherheit vor ihm zu gewährleisten. Seine Überlegungen richteten sich deshalb stärker auf eine „europäische Rechts- und Staatsordnung", wobei Heuss jedoch bewußt die in seinen Augen mißverständliche Formel von den „Vereinigten Staaten von Europa" vermied.[104]

Gemeinsam war beiden Vorschlägen allerdings, daß sie ganz auf die Entscheidung der Siegermächte und deren „Einsicht" setzten, für deutsche Initiativen jedoch kaum Raum ließen. Schon ein von der DVP-Fraktion im Vorfeld der Moskauer Außenministerkonferenz dem Landtag vorgelegter Antrag – einer ihrer wenigen deutschlandpolitischen Vorstöße überhaupt – hatte sich bezeichnenderweise auf den Appell an die vier Mächte beschränkt, „ausreichend bevollmächtigte Vertreter des deutschen Volkes anzuhören".[105] Dies war natürlich in erster Linie Ausdruck der weltpolitischen und europäischen Machtrealitäten nach 1945 und ihrer nüchternen Einschätzung. Eine gewichtige Rolle spielte ferner die Skepsis und Sorge, mit der die südwestdeutschen Liberalen aus ihrer föderalistischen Grundhaltung heraus die Bemühungen um eine aus Vertretern der Parteien gebildete nationale Repräsentation beobachteten. Nicht zuletzt aber stand dahinter die ja nur zu berechtigte Befürchtung, in jedem nicht durch Wahlen legitimierten und dadurch zugleich entscheidungsfähigen Gremium deutscher Vertreter würden sich lediglich ähnliche Spannungen zeigen, wie sie aus den Auseinandersetzungen der Siegermächte bekannt seien – eine Zerstrittenheit zudem, die die Erhaltung der nationalen Einheit zusätzlich gefährden könne.

Je mehr sich nach dem Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz der Ost-West-Konflikt zuspitzte, je offener nun auch von einzelnen deutschen Politikern für die eine oder andere Seite Partei ergriffen wurde, desto zurückhaltender und passiver verhielten sich die führenden DVP-Vertreter. Alle Hoffnungen – schon nahezu wider besseres Wissen – auf eine Wende in den Beziehungen zwischen den Siegermächten zu setzen[106] und nur ja nicht in irgendeiner Weise von deutscher Seite mitverantwortlich zu werden bei der Zerstörung des Nationalstaates, das

103 Wolfgang Haußmann: Deutschland als neutraler Staat, in: Der Morgen Nr. 119 v. 24. 5. 1947.

104 Landtag Württemberg-Baden 1. Wp. 7. Sitzung v. 25. 2. 1947, S. 131.

105 Landtag Württemberg-Baden 1. Wp. Beilage Nr. 49 v. 25. 2. 1947.

106 Vgl. in diesem Zusammenhang eine Äußerung des von einer ganz ähnlichen Konzeption ausgehenden bayerischen FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler: Vor London, in: Mitteilungen d. FDP LV Bayern Nr. 23 v. November 1947: „Unseren entsetzten Augen offenbart sich der Blick in die Kluft, die sich zwischen dem Osten und dem Westen aufgetan hat und in die Deutschland zu versinken droht [...]. Wir klammern uns an die Hoffnung, daß die Türe zwischen Osten und Westen noch nicht zugeschlagen ist, daß London die Wende zum Guten bringt."

waren die sie beherrschenden Gedanken. Diese Haltung aber machte die südwestdeutschen Liberalen in den entscheidenden Monaten des Jahres 1947 sowohl unfähig, vorrangig und bis zuletzt für die Erhaltung der Reichseinheit zu kämpfen, wie auch, sich in nüchterner Anerkennung der in eine andere Richtung verlaufenden internationalen Entwicklung zu einer Politik der Westintegration zu bekennen. Noch am 12. Januar 1948, nachdem Ernst Mayer im DVP-Parteiorgan auf den Abbruch der Londoner Außenministerkonferenz längst mit der erneuten Aufforderung reagiert hatte, endlich in den westlichen Besatzungszonen den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Konstituierung eines demokratischen Staates voranzutreiben[107], rügte Theodor Heuss Eulers „ziemlich positive Erklärung" zu der von den Westmächten angekündigten Reorganisation der Bizone mit den Worten: Er habe die in Frankfurt bekanntgegebenen Entscheidungen zwar „noch nicht zu Gesicht bekommen", sei „aber dessen ziemlich gewiß, daß ich mich jetzt völlig zurückgehalten hätte".[108] Doch parallel hierzu klang auch in den Reden von führenden DVP-Politikern in ersten vorsichtigen Wendungen an, daß die nationale Einheit nun zurücktreten müsse hinter anderen vordringlicheren Aufgaben und erst in einem zweiten Schritt wieder errungen werden könne.[109]

Die deutschlandpolitische Aussprache, die die Sitzung des DPD-Vorstands am 3. November 1947 in Frankfurt am Main[110] beherrschte, war deshalb nicht nur durch die seit Monaten kontinuierlich zunehmende Irritation belastet, mit der alle westdeutschen Liberalen in prinzipiell ähnlicher Weise die politische Entwicklung im sowjetischen Einflußbereich und das Verhalten der LDP beobachteten und die sich in zum Teil harter Kritik entlud. Auch die Spannweite, ja, Gegensätzlichkeit der Standpunkte in der Deutschlandpolitik hatte inzwischen so zugenommen, daß jede Seite die Position der anderen als direkt abträglich für die eigene Politik betrachtete und man sich auch nicht mehr mit der Feststellung begnügen mochte, die Zonenaufteilung erfordere nun einmal trotz aller grundsätzlicher Identität der Ziele eine Verschiedenheit in der Taktik – zumal sich alle Beteiligten der Entscheidungssituation, in der sie standen, deutlich bewußt waren. Der die Debatte auslösende Antrag von Külz, „eine Entschließung zur Londoner Konferenz zu fassen, die sich zur Einheit Deutschlands bekennt", und zur Frage einer nationalen Repräsenta-

107 Ernst Mayer: ... allen, die guten Willens sind, in: Das neue Vaterland Nr. 24 v. Dezember 1947.

108 Schr. an Euler v. 12. 1. 1948 (BA NL Heuss Bd. 56); vgl. auch Eulers Schr. v. 19. 12. 1947 (ebd.).

109 Reinhold Maier: Wir suchen Deutschland 1948. Rede auf dem Dreikönigs-Parteitag d. DVP Württemberg-Baden am 6. 1. 1948, Stuttgart 1948, S. 16: „Der Zwist um die deutsche Einheit hat Ausmaße und Formen angenommen, daß uns das schöne Wort von der deutschen Einheit nicht mehr so recht über die Lippen will. Dieser Begriff, an welchem unser Herz hängt, ist in parteipolitische Scheidemünze umgeprägt, zu einem Parteischlagwort erniedrigt worden. Wir wollen dieses Wort für einige Zeit in die Ecke stellen. Es ist uns zu gut und bedeutet uns zu viel. Einigkeit unter den Deutschen, Einigung aller Deutschen sei das Leitwort, ihre Wiedervereinigung und ihre schließliche Befreiung."

110 Niederschrift d. Sitzung d. vorläufigen Reichsvorstands d. DPD in Frankfurt am Main am 3. 11. 1947 (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48), auch abgedruckt bei Grundmann/Hein, Verständigungsbereitschaft, S. 94ff.

tion Stellung zu nehmen, konnte jedenfalls nicht mehr konsensfähig sein, wie negative Äußerungen von Euler und Mayer, aber auch Heuss schnell offenbarten. Die Resolution, die schließlich einstimmig angenommen wurde, formulierte denn auch mit ihrer Forderung nach demokratischen Wahlen in ganz Deutschland und nach Bildung einer gesamtdeutschen Regierung[111] – so sehr sie am ehesten der Position der Württemberg-Badener entsprechen mochte – nur den kleinsten gemeinsamen Nenner; sie signalisierte keineswegs, wie Euler und andere schon bald suggerieren wollten, eine Annäherung der sowjetzonalen Liberalen an *den* westlichen Standpunkt oder gar deren Verzicht auf die bisher so engagiert propagierte Bildung einer nationalen Repräsentation durch die Parteiführungen.[112]

Gerade weil man über einen Formelkompromiß nicht hinausgelangt war, angesichts der Differenzen auch nicht hinausgelangen konnte, brach der Konflikt zwischen ost- und westdeutschen Liberalen wenige Wochen später in um so schärferer Form von neuem auf. Am 26. November 1947 hatte der SED-Vorstand einen „Aufruf zu einem deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden" beschlossen und bereits für den 6./7. Dezember Vertreter aller antifaschistisch-demokratischen Parteien, aber auch der Gewerkschaften und anderer Massenorganisationen nach Berlin eingeladen.[113] Formal betrachtet war diese Initiative ein weiterer Versuch in der nun schon recht langen Reihe von Bemühungen, eine nationale Repräsentation zu schaffen[114], aber in Anbetracht der von vornherein sicheren Ablehnung von SPD und CDU – die neue Initiative war ja ausdrücklich mit dem Versagen der Parteiführer in entscheidender Stunde begründet – stand hinter dem Aufruf primär das Interesse, dem deutschlandpolitischen Kurs der SED eine möglichst breite Massenbasis zu verschaffen.[115]

Nach kurzem Zögern[116] entschieden sich Külz und der LDP-Vorstand für die Teilnahme am Volkskongreß. In ihrer Stellungnahme sprach die LDP von einem „letzten Versuch" zur Bildung einer nationalen Repräsentation, der zwar von einer zu schmalen politischen Basis unternommen

111 Niederschrift d. Sitzung v. 3. 11. 1947, S. 5 (a.a.O.): „Der in Frankfurt/Main versammelte Vorstand der DPD lenkt die Aufmerksamkeit der Alliierten erneut auf die Notwendigkeit der unverzüglichen Wiederherstellung der deutschen Gesamtstaatlichkeit. Er erwartet die baldige Ausschreibung von allgemeinen, unbeeinflußten demokratischen Wahlen, unter Zulassung und Entfaltung aller demokratischen Parteien in allen Besatzungszonen und die Bildung einer deutschen Gesamtregierung nach dem Willen des deutschen Volkes."

112 Vgl. LDP-Kurier Nr. 74 v. 10. 11. 1947. Einen Hinweis in diese Richtung enthalten auch weder die Tagebuchaufzeichnung von Wilhelm Külz über die Sitzung v. 4. 11. 1947 (BA NL Külz Bd. 146 Bl. 215/217, auch abgedruckt bei Hoffmann, Versuch und Scheitern, S. 250f.) noch der Bericht, den Heuss in einem Schr. an Blücher v. 15. 11. 1947 (BA NL Heuss Bd. 54) gab. Eine ganz andere Frage war, daß der Volkskongreß in seiner einseitigen Propagandafunktion für die SED vielen westdeutschen Liberalen als ein besonderer Widerspruch zu dem Ideal freier Wahlen erscheinen mußte.

113 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes, Berlin 1948, Bd. 1, S. 260f.

114 Hierzu ausführlich Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 331ff.

115 Ebd., S. 341.

116 Vgl. Krippendorff, LDP, S. 135.

worden sei, den es aber nun gelte, „zu einer wirklichen überparteilichen Volksbewegung zu gestalten". Sie knüpfte allerdings ihre Mitwirkung an die Voraussetzung, daß „jede einseitige parteipolitische Ausrichtung der Aktion vermieden" und daß der LDP eine ihrer Bedeutung entsprechende Stellung eingeräumt werde.[117]

Es wäre sicher falsch, in der Haltung, die die LDP in der Volkskongreßfrage einnahm, in erster Linie ein Zurückweichen vor der Übermacht der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht sehen zu wollen.[118] Eher war sie eine unbeirrte Fortsetzung des deutschlandpolitischen Kurses der Liberaldemokraten und ihres nun schon fast verzweifelten Bemühens, der sich immer deutlicher ankündigenden Umgestaltung des politischen und gesellschaftlichen Systems der SBZ im kommunistischen Sinne Widerstand entgegenzusetzen und sie durch die Erhaltung der deutschen Einheit gar zu verhindern. Das Hauptproblem lag denn auch nicht so sehr darin, daß Külz im Interesse übergeordneter Ziele in seiner Kompromißbereitschaft zu weit gegangen war, sondern daß er nicht den Gleichschritt der beiden nicht-kommunistischen Parteien der SBZ gewahrt hatte. Angesichts der sich klar abzeichnenden ablehnenden Haltung, die Kaiser und der CDU-Vorstand gegenüber der SED-Initiative einnehmen würden, hätte also die LDP-Führung zumindest zunächst den gleichen Standpunkt beziehen müssen. So aber zerstörte man letztlich nicht nur jede Basis für eine erfolgversprechende Opposition gegen das sowjetische Vorgehen – was zwar vorläufig nur die CDU betraf, aber langfristig ja auch die eigene Existenz als demokratische Partei vernichtete –, es war auch geradezu zwangsläufig, daß nun die westdeutschen Liberalen unter Hinweis auf die Haltung Kaisers massive Vorwürfe gegen Külz und die LDP-Führung erhoben.

Die schärfste Reaktion kam, was nicht überraschen konnte, von der hessischen LDP: Für den *LDP-Kurier,* in dem bereits vor der Stellungnahme der Berliner Parteiführung zum Volkskongreß eine „saubere Trennung" von Wilhelm Külz gefordert worden war[119], war das „Maß" nun „übervoll". Die Berliner Haltung wurde ausschließlich als Kapitulation vor der totalitären Politik der SED dargestellt, sie stehe – so hieß es ferner – in direktem Widerspruch zu dem deutschlandpolitischen Beschluß des DPD-Vorstandes vom 3. November. Die ganze Schärfe der Kritik entlud sich vor allem über dem LDP-Vorsitzenden Külz, der als „Steigbügelhalter der SED", ja, als „Schädling am demokratischen Gedanken und an der Einheit Deutschlands" gebrandmarkt wurde. Als wichtigste Konsequenz wurde deshalb auch das Ausscheiden von Külz aus dem DPD-Vorstand gefordert.[120]

---

117 Der Morgen Nr. 281 v. 2. 12. 1947, auch abgedruckt bei Grundmann/Hein, Verständigungsbereitschaft, S. 99f.

118 Gegen eine so einseitige Akzentuierung argumentiert auch schon Krippendorff, LDP, S. 135f.

119 Nr. 77 v. 1. 12. 1947; der Auslöser für diesen Artikel waren Vorgänge in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gewesen.

120 Nr. 78 v. 8. 12. 1947. Vgl. auch d. LDP-Kurier Nr. 79 v. 15. 12. 1947, in dem der „Volkskongreß als Sprachrohr der Sowjetmacht" und seine Delegierten „als Verräter an den Lebens-

Größte Zurückhaltung wahrte dagegen zunächst die FDP der britischen Zone. Zwar wurden auch hier die Stimmen sowohl von rechts wie von links immer vernehmlicher, die sich für eine entschiedene Distanzierung von der Külz'schen Politik aussprachen[121]. Und auch den FDP-Vorsitzenden Blücher selber bewegte seit längerem die Sorge, „daß unsere Parteien in den Westzonen in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn wir als eine Einheitspartei angesehen werden"[122]. Dennoch wartete Blücher zunächst eine persönliche Unterrichtung über die Berliner Haltung durch Külz' Stellvertreter Lieutenant ab, die allerdings aus seiner Sicht unbefriedigend blieb.[123] Ja, auch danach verwahrte sich Blücher entschieden „gegen so lautes Gepolter [..], wie es die Herren Euler und Mayer in der amerikanischen Zone belieben". Schon „allein das Lebensalter und die Vergangenheit von Herrn Dr. Külz" gestatteten es ihm nicht, „in solcher Form und ohne intimste Kenntnis seiner Gedanken den Stab zu brechen" – ein Standpunkt, der nach seinen Angaben auch von Altenhain und Middelhauve geteilt wurde.[124] Entsprechend abgewogen war schließlich die Stellungnahme formuliert, die der Zonenvorstand Anfang Januar 1948 auf seiner Wangerooger Klausurtagung beschloß: Sie betonte einerseits die „enge Verbundenheit" mit den in der SBZ „lebenden Gesinnungsfreunden" und „deren liberale Überzeugungstreue", mißbilligte andererseits die Teilnahme am Volkskongreß, da damit dem „Herrschaftsstreben" der SED „ein Schein von Rechtmäßigkeit verliehen" werde. Als Konsequenz verlangte die FDP lediglich den Verzicht der Liberaldemokraten auf die weitere Mitarbeit im sowjetzonalen Parteienblock.[125] Zugleich aber startete der Zonenvorstand eine neue deutschlandpolitische Initiative, die auf „eine unabhängige Gesamtvertretung der Parteien" aller Zonen, auf die „Bildung einer Art von Vorparlament" – wie in bewußter Erinnerung an das Jahr 1848 erläuternd hinzugefügt wurde – zielte.[126] Dieser Ver-

---

interessen des deutschen Volkes, als bewußte Vernichter jeder Voraussetzung eines wahrhaft demokratischen Neuaufbaues in Deutschland, als Verneiner einer echten Völkerverständigung und als gefährliche Bedroher einer dauerhaften friedlichen Entwicklung Europas und der Welt" bezeichnet wurden. In einer ähnlichen Schärfe äußerte sich sonst nur die badische DP, vgl. Das Neue Baden Nr. 53 v. 28. 10. 1947 u. Nr. 64 v. 5. 12. 1947.

121 Schr. v. Max Dominicus an Friedrich Middelhauve v. 18. 12. 1947 (FNS NL Blücher Fs. 6): „Ich bin der Meinung, daß es hohe Zeit ist, daß wir von Herrn Dr. Külz abrücken, und zwar sehr sichtbar und hörbar [...]. Setzen wir den Külz'schen Stuhl nicht vor die Türe, so würde ich mir als Propagandaleiter der CDU bei der nächsten Wahl keine Sorgen machen, wenn es sich um das Propagandamotiv gegen die FDP handeln würde." Neben Dominicus von der Parteirechten zählte auch der stellvertretende Hamburger Landesvorsitzende Hermann Schäfer zu den dezitierten Kritikern der „Irrwege[n] des alten Külz". Sogar eine Einladung Blüchers zu einer Aussprache mit der LDP-Spitze lehnte Schäfer ausdrücklich ab: „Für mich kann es nur ein ganz eindeutiges Abrücken von dieser ‚Politik' geben", schrieb er am 16. 12. 1947 an Hans Albert Kluthe (BA NL Kluthe Bd. 40 Bl. 249).

122 Schr. an Theodor Heuss v. 1. 11. 1947 (BA NL Heuss Bd. 54).

123 Schr. v. Blücher an Hermann Höpker-Aschoff v. 2. 1. 1948 (FNS NL Blücher Fs. 10). Vgl. auch die Tagebuchaufzeichnungen von Külz v. 16. 12. 1947 (BA NL Külz Bd. 146 Bl. 249).

124 Ebd. Noch weiter ging der Hamburger Landesvorsitzende Willy Max Rademacher, der in einem Leitartikel für die Hamburger Freie Presse („Nationaler Notstand", Nr. 1 v. 3. 1. 1948) vorsichtig andeutete, gerade eine Teilnahme westdeutscher Repräsentanten am Volkskongreß hätte jene Einseitigkeit, die man ihm nun vorwerfe, verhindern können.

125 Abgedruckt in: Die Freie Stadt Nr. 1 v. 26. 1. 1948.

126 Ebd. Hierzu auch d. Protokollentwurf über d. Wangerooger Tagung, S. 3 (BA NL Blücher Bd. 230), u. Blüchers Schr. an Thomas Dehler v. 13. 1. 1948 (FNS NL Dehler Fs. 26).

such, das Konzept der nationalen Repräsentation trotz seiner Diskreditierung durch den SED-gesteuerten Volkskongreß zu retten, deckte sich im Grundsatz mit der Linie der sowjetzonalen Liberalen und widersprach mithin auch all jenen, die eine Unvereinbarkeit des DPD-Beschlusses vom 3. November und der LDP-Politik konstruieren wollten.

In dieser Situation mußte es nicht zuletzt auf die Haltung der gemäßigteren Kräfte in der amerikanischen Zone mit Thomas Dehler und Theodor Heuss an der Spitze ankommen. In einer ersten gemeinsamen Reaktion hatte der DVP-Zonenvorstand zwar ähnlich wie die hessische LDP Külz' Beteiligung am Volkskongreß mißbilligt und ihm das Vertrauen als Mitvorsitzender der gesamtdeutschen Partei entzogen, sich im Ton aber jeder Schärfe und jedes persönlichen Angriffs enthalten.[127] Dehler geriet daraufhin in Bayern unter starken innerparteilichen Druck[128]; die Resolution, die der Landeshauptausschuß seiner Partei am 10. Januar 1948 verabschiedete, mochte in ihrem Verzicht auf jede unnötige Polemik wie auch in ihrem sachlichen Kern, der Rücktrittsforderung an Külz als DPD-Vorsitzender, Dehlers Intentionen[129] durchaus entsprechen, ohne Zweifel schränkte sie jedoch zugleich seinen Verhandlungsspielraum in schwerwiegendem Maße ein.

Als entscheidend aber wurde – besonders von den sowjetzonalen Liberalen – die Stimme von Theodor Heuss angesehen, keineswegs nur aus dem eher formalen Grund seiner führenden Stellung in der gesamtdeutschen Partei, sondern ebenso, weil er in den vorangegangenen Monaten trotz der gerade bei ihm immer wieder spürbaren Zurückhaltung gegenüber den Auffassungen der Berliner LDP und bei aller Markierung der sachlichen Differenzen stets einen verbindlichen, zuweilen auch freundschaftlichen Ton gewahrt hatte. Heuss wählte für seinen Bruch mit Külz die Form eines persönlichen Briefes[130], von dem er sogleich bekannte, daß er ihn „nur ungern" geschrieben habe. Seine Kritik hielt sich nicht lange bei den Schwierigkeiten auf, die die LDP-Politik der Position der westdeutschen Liberalen bereitet habe, sondern zielte vor allem darauf, daß „das sachliche Vertrauensverhältnis einen starken Stoß erlitten" habe. Wie Dehler und Euler interpretierte auch Heuss den DPD-Beschluß

127 „Külz ohne Vertrauen", in: Der Demokrat Nr. 25 v. Dezember 1947.

128 Schr. v. Fritz Linnert an Dehler v. 3. 1. 1948 (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48): Er mache darauf aufmerksam, „daß ich jetzt schon aus verschiedenen Kreisen gehört habe, daß uns das Verhalten des Herrn Dr. K. sehr geschadet hat. Wir müssen klar und eindeutig Dr. K. abschütteln und in einer öffentlichen Erklärung, die aber nicht so farblos abgefaßt sein darf wie diese des Zonen-Vorstandes, unsere Stellungnahme bekanntgeben."

129 Protokoll d. Landeshauptausschußsitzung d. FDP Bayern am 10./11. 1. 1948 in Schwabach, S. 1 (FNS NL Dehler Fs. 21): „Dr. Dehler halte es für richtig, in einer freimütigen Aussprache mit Külz die Dinge zu klären und habe sich für das [...] Zusammentreffen vorbereitet, jedoch ist man entschlossen, Külz die Möglichkeit einer Tätigkeit für uns zu nehmen, wobei selbstverständlich die Verbindung mit dem Osten aufrechterhalten bleiben soll. Die Spitze der Partei müsse aber in der Westzone sitzen, das Mandat würde sicher auf Dr. Heuss fallen."

130 Schr. an Külz v. 19. 12. 1947 (BA NL Heuss Bd. 58), leicht gekürzt abgedruckt bei Grundmann/Hein, Verständigungsbereitschaft, S. 101ff.

vom 3. November als eindeutige Ablehnung jeder parteipolitischen „Cooperation vor London". „Daß die liberaldemokratische Partei der Ostzone den Weg, der dann zu dem sogenannten Volkskongreß führte, gegangen ist, wird hier als ein absoluter Bruch der Abrede von Frankfurt betrachtet." Heuss stand bei diesem Urteil augenscheinlich stark unter dem Eindruck des Volkskongresses, dessen negative Bewertung in seinem Brief breiten Raum einnahm: Was er vom Volkskongreß vernommen habe, habe ihn in seinem „historisch-politischen Gefühl geradezu beelendet". „Vielleicht war es ganz schön", fuhr Heuss deutlich auf Külz selber zielend fort, „Menschen vor sich zu haben, die glaubten, Geschichte zu machen. Einem halbwegs nüchternen Urteil mußte doch von Anbeginn klar sein, daß derlei nicht der Start ist, um zu einer Delegation von Rang zu kommen." Als Konsequenz empfahl Heuss dem LDP-Vorsitzenden, zu der vorgesehenen Aussprache im DPD-Vorstand nicht mehr selber zu erscheinen. Heuss wollte damit einen in Anbetracht der aufgeladenen Atmosphäre sonst nahezu zwangsläufigen „schroffen Bruch" vermeiden und betonte auch, er „denke nicht daran, den Osten abzuschreiben". Doch lag es nahe, daß gerade die Verweigerung eines persönlichen Gesprächs in Berlin als kaum noch zu überwindende Belastung für die gesamtdeutsche Zusammenarbeit der Liberalen aufgefaßt wurde – ein Eindruck, zu dem schließlich auch der mit äußerster Schärfe formulierte Schlußsatz des Heuss'schen Briefes beitrug: Er „habe die Empfindung, daß Jakob Kaiser, den ich in meinem Leben noch nie gesehen habe, in der Niederlage eine deutsche Figur geworden ist, während Sie, so hart es ist, das auszusprechen, eine gewesen sind. Das schmerzt mich sehr, aber die Dinge müssen auch hart gesagt werden können."[131]

Parallel zu diesen Auseinandersetzungen in der Volkskongreßfrage und mit ihr in wechselseitiger Beeinflussung auf das engste verbunden trat der schon mehrere Monate schwelende Konflikt zwischen dem Berliner LDP-Landesverband unter der Führung von Carl-Hubert Schwennicke und der liberaldemokratischen Zonenorganisation in seine entscheidende Phase.[132] Die Spannungen waren einer breiteren Öffentlich-

131 Külz antwortete Heuss am 31. 12. 1947 (BA NL Heuss Bd. 58): „Das Jahr 1947 hat mir in meiner politischen Betätigung und auch sonst manche schwere Enttäuschung gebracht, aber die schwerste von allen ist doch die, die mich am letzten Tage des Jahres mit Ihrem Brief [...] trifft [...]. Wie ich [...] aus Ihrem Brief wieder sehe, legen die Parteifreunde in der britischen und amerikanischen Zone auf eine [..] Aussprache keinen Wert. Das ist die erste schwere Erkenntnis, die ich aus Ihrem Briefe gewinne [...]. Ihr Brief zeigt mir aber auch weiter, daß wir uns in den einzelnen Zonen so stark bereits auseinandergelebt haben, daß wir nicht nur verschiedene Sprachen sprechen, sondern daß auch die Grundlagen eines gegenseitigen Sichverstehen-Wollens erschüttert sind [...]. Die allgemeine Lage in Deutschland ist so ungeheuer schwer, daß gerade jetzt alle die politischen Kräfte, die in ihren Grundauffassungen und Zielsetzungen zusammengehören, die unbedingte Verpflichtung empfinden müßten, in verschworener Gemeinschaft zusammenzustehen. Die tatsächliche Lage bietet das gegenteilige Bild. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß sich das ändern wird; was an mir liegt, soll nicht unversucht bleiben. Ob ich in meiner Arbeit dabei eine deutsche Figur bleiben oder nicht bleiben werde, spielt für mich dabei keine Rolle."

132 Zum folgenden ausführlich Krippendorff, LDP, S. 149ff., u. Fijalkowski, Berlin, S. 67ff. u. 79ff.

keit erstmals durch den Antrag bekannt geworden, mit dem die Berliner auf dem LDP-Parteitag in Eisenach am 5. Juli 1947 die Wiederwahl von Wilhelm Külz als Parteivorsitzender abgelehnt hatten. Allerdings hatte sich – in offener Abstimmung – eine deutliche Mehrheit der Delegierten für Külz ausgesprochen, woraufhin der Berliner Landesverband seine Vertreter aus Vorstand und Hauptausschuß der Partei zurückgezogen hatte.[133]

Die Berliner Haltung war von vornherein nicht nur das Resultat taktischer Differenzen zwischen Landes- und Zonenorganisation und ging über einen loyalen Oppositionskurs, über das Bemühen, sich zum Sprachrohr einer auch in den anderen Landesverbänden der sowjetzonalen Partei weit verbreiteten Kritik an der Führung zu machen[134], hinaus. Mit ihrem Schritt in die Öffentlichkeit hatten sich die Berliner auch entschieden, einer Politik den Vorrang einzuräumen, die sich an den spezifischen Bedingungen und Erfordernissen der Vier-Sektoren-Stadt ausrichtete, und nur noch bedingt Rücksicht zu nehmen auf die anders gearteten Zustände in der SBZ, die die Zonenführung immer wieder veranlaßten, vor einer Konfrontation mit der SMAD zurückzuschrecken.[135] Letztlich waren die Berliner damit auch einen ersten Schritt zu einem negativen Urteil über die politischen Entwicklungsmöglichkeiten im sowjetischen Einflußbereich gegangen und hatten insofern eine wesentliche Vorentscheidung für die völlige Trennung vom Zonenverband gefällt.

Die Bedeutung dieses Konflikts für die Beziehungen zwischen ost- und westdeutschen Liberalen muß vor allem darin gesehen werden, daß die sowjetzonale LDP seit dem Eisenacher Parteitag ihre Geschlossenheit verloren hatte und nun erst im eigentlichen Sinne für die westdeutschen Schwesterparteien kritisierbar geworden war, zumal Schwennicke seit dem Sommer 1947 keine Gelegenheit ausließ, Dehler, Euler, Heuss und andere westdeutsche Liberale ausführlich über die Vorgänge in Berlin zu informieren und von seiner negativen Beurteilung der Külz'schen Politik in Kenntnis zu setzen – dabei immer wieder betonend, daß er zugleich für die nicht zu Wort kommende Parteimehrheit in der SBZ spreche.[136] Hinzu kam aber noch, daß die um die Jahreswende 1947/48 fast von Woche zu Woche wechselnden Aussichten für die weitere Entwicklung

133 Zweiter Parteitag der Liberal-Demokratischen Partei, S. 75–78.

134 Vgl. in diesem Sinne bes. d. Rede d. stellv. Berliner Landesvorsitzenden Anton Schoepke auf einem Empfang der SMAD für den DPD-Vorstand in Berlin am 8. 7. 1947, Der Morgen Nr. 159 v. 11. 7. 1947, u. d. Erklärung d. LDP-Führung über eine Unterredung zwischen Külz und Schwennicke am 14. 7. 1947, Der Morgen Nr. 162 v. 15. 7. 1947.

135 Carl-Hubert Schwennicke, Frühlingsgewitter, in: Der Abend Nr. 158 v. 10. 7. 1947: „Eine Partei kann keine Politik im luftleeren Raum treiben; die Grundlage ihres Erfolges beruht in dem sinnvollen Zusammenwirken von politischer Ideologie und nüchterner Realpolitik. Damit soll anerkannt werden, daß die Realpolitik in der Zone taktisch von anderen Gesichtspunkten auszugehen hat als in Berlin [...]. Man wird volles Verständnis für taktische Unterschiede in der Parteiführung in Berlin und der Zone haben müssen [...]. Tatsächlich handelt es sich aber gar nicht um diese Abweichungen in der Taktik, sondern um ein Preisgeben politischer und ideologischer Grundsätze in der Zone".

136 Vgl. u.a. seine Schrr. an Heuss u. Euler v. 18. 8. 1947 (Akten Schwennicke) u. an Heuss v. 15. 12. 1947 (BA NL Heuss Bd. 60) sowie d. Abschrift eines Schr. d. LDP-Ortsgruppe Radebeul an Schwennicke v. 12. 12. 1947, die dieser als „eines von vielen Beispielen" an Dehler und andere übermittelte (FNS NL Dehler Fs. 10).

des Konflikts zwischen dem Berliner Landesverband und der Zonenleitung erheblich mit über die Antworten bestimmten, die in den Westzonen auf die Frage gegeben wurden, ob und – wenn ja – in welcher Form man die Kooperation mit der LDP der SBZ fortführen solle.

Denn während zunächst alle Anzeichen auf eine zwar allmähliche, aber unaufhaltsame Trennung zwischen Landes- und Zonenverband hindeuteten[137], schien sich mit der LDP-Hauptausschußtagung am 5.–7. Januar 1948 in Weimar noch einmal eine Wende anzubahnen: Die Berliner Delegierten vermochten sowohl eine Respektierung der Sonderrolle ihres Landesverbandes wie auch eine Beschränkung des politischen Handlungsspielraumes der Parteiführung – vor grundsätzlichen Entscheidungen sollten in Zukunft die Landesverbandsvorsitzenden gehört werden – durchzusetzen.[138] Doch bereits am 12. Januar spitzte sich die Auseinandersetzung erneut zu, als eine Berliner Delegiertenversammlung Külz und Lieutenant wegen ihrer Presseerklärung zur Umgestaltung der bizonalen Organe das Mißtrauen aussprach.[139] Welche Überlegungen hinter diesem Schritt standen und mit welcher Zielsetzung dann die westdeutschen Liberalen wenige Tage später in die Sitzung des DPD-Vorstandes gingen, ist nicht mehr mit völliger Klarheit zu ermitteln; manches spricht dafür, daß Schwennicke und die mehr oder minder mit ihm kooperierenden süddeutschen Liberalen von Dehler über Heuss bis zu Euler in einer Art konzertierten Aktion die starke Opposition, die sich in Weimar gegen die sowjetzonale Parteiführung manifestiert hatte, nutzen wollten, um Külz und Lieutenant nicht nur aus dem gesamtdeutschen Vorstand, sondern ebenso aus ihren zonalen Parteiämtern zu drängen.[140] Auf jeden Fall aber war der Verhandlungsspielraum durch die Fülle der öffentlichen Erklärungen in der Volkskongreßfrage schon überaus eingeschränkt, bevor man überhaupt zusammenkam; daß die dabei erhobenen Forderungen jeweils eingebettet gewesen seien in ein umfassenderes Konzept für die künftige gesamtdeutsche Kooperation der Liberalen, wird man allerdings schwerlich behaupten können.

---

137 Unter anderem erschien seit 22. 12. 1947 eine eigene Parteizeitung des Berliner Landesverbandes, das „(Berliner) Montags Echo", und am 1. 1. 1948 verlegte dieser seine Geschäftsstelle in die Westsektoren. Am 3. 1. 1948 schrieb Schwennicke schließlich an Heuss (BA NL Heuss Bd. 60), er sei überzeugt, „daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Ostzone keine Rede- und Meinungsfreiheit und damit keine Entwicklung zu einer freien Demokratie gibt".

138 Bericht über d. Verlauf d. LDP-Hauptausschußtagung in Weimar v. 5.–7. 1. 1948 (FNS Akte LDP/FDP Berlin), auch abgedruckt in: Berlin. Quellen und Dokumente, Bd. 1, S. 969–975.

139 Schr. v. Schwennicke an Külz v. 13. 1. 1948, abgedruckt in: ebd., S. 975f. Külz hatte im Morgen Nr. 7 v. 9. 1. 1948 erklärt, die Maßnahmen der angelsächsischen Besatzungsmächte liefen auf die Schaffung eines separaten Weststaates hinaus.

140 Immerhin hatte Schwennicke schon vor der Weimarer Sitzung am 23. 12. 1947 an Heuss telegraphiert, daß er beabsichtige, die Ablösung von Külz und die Einsetzung eines Direktoriums als neue Parteispitze vorzuschlagen, und um seine Stellungnahme gebeten. Heuss hatte ihm am 25. 12. 1947, zunächst telegraphisch, dann auch in einem längeren Brief, seine Sympathie für diesen Vorschlag signalisiert, zugleich jedoch betont, daß die Entscheidung nur in Berlin gefällt werden könne (alle Unterlagen in: Akten Schwennicke). In diese Richtung zielt auch eine allerdings eher vage Bemerkung von Krippendorff, LDP, S. 151.

Am 18. Januar 1948 fand dann in Frankfurt am Main die entscheidende Sitzung des gesamtdeutschen Parteivorstandes statt, deren einziger Tagesordnungspunkt lautete: „Besprechung der Parteisituation nach Absage der Westzonen an Dr. Külz".[141] Mit Ausnahme der badischen DP waren alle liberalen Landes- und Zonenverbände vertreten. Külz war dem Drängen von Heuss nachgekommen und nicht persönlich erschienen; neben seinem Stellvertreter Lieutenant waren aus der SBZ führende Persönlichkeiten aus allen Landesverbänden angereist, offensichtlich um den breiten Rückhalt zu demonstrieren, auf den Külz sich bei der Auseinandersetzung mit den westdeutschen Liberalen in seinem Zonenverband stützen könne.

Die vierstündige Vormittagssitzung wurde ausgefüllt von einer umfassenden deutschlandpolitischen Aussprache, deren Tenor überwiegend von wechselseitigen Vorwürfen bestimmt wurde.[142] Im Zentrum der westdeutschen Argumentation stand natürlich die Kritik an der LDP-Position in der Volkskongreßfrage, die nach den Worten von Heuss „eine Option für die russische Auffassung von der Einheit Deutschlands" bedeutete, während dem die Sprecher aus der SBZ die Zustimmung der westdeutschen Liberalen zur Schaffung der Bizone und zum Marshallplan entgegenhielten. Abgewogenere und vermittelnde Stellungnahmen – Wildermuths Erinnerung an das gemeinsame Ziel eines einheitlichen liberalen und demokratischen Deutschlands, die Mahnung von Alfons Gärtner aus Thüringen, Verständnis für die unterschiedlichen politischen Bedingungen in den einzelnen Zonen zu wahren, Rademachers positive Würdigung der Überlegungen, die Külz ursprünglich für die Volkskongreßinitiative eingenommen hatten, oder die vorsichtige Kritik, die der thüringische Landesvorsitzende, Leonhard Moog, an seiner eigenen Zonenführung übte – gingen in dieser gespannten Atmosphäre weitgehend unter, die zudem immer wieder durch die Beiträge Eulers zusätzlich belastet wurde.

Als sich am Nachmittag die Diskussion auf die für die parteipolitische Kooperation zu ziehenden Konsequenzen konzentrierte, standen sich im wesentlichen vier Positionen gegenüber: Euler forderte den Ausschluß von Külz und Lieutenant aus dem DPD-Vorstand und drohte andernfalls mit der Trennung der hessischen LDP von der Reichspartei. Seinen Vorstellungen am nächsten kam ein von Heuss vorgelegter Kommuniquéentwurf, dessen entscheidende Sätze[143] die Rücktrittsforderung lediglich

141 Einladungsschr. v. Ernst Mayer v. 25. 12. 1947 (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48).

142 Über die Sitzung liegen zwei unabhängig voneinander entstandene Mitschriften vor, eine westdeutsche, möglicherweise von Ernst Mayer verfaßte Niederschrift d. Sitzung d. vorläufigen Reichsvorstandes d. DPD in Frankfurt am Main am 18. 1. 1948 (ebd., auch bei Grundmann/Hein, Verständigungsbereitschaft, S. 103ff.) u. Notizen d. Delegation d. Ostzone, niedergeschrieben v. Dieckmann (Dresden), betr. Sitzung d. Koordinierungsausschusses d. DPD in Frankfurt am Main am 18. 1. 1948, abgedruckt in: Dieckmann, Aus seinem Leben, S. 184–198. In den „Notizen" finden sich zwar einige ausführlichere Wiedergaben vor allem der Ausführungen von ostdeutscher Seite, doch ist manches nur stark gekürzt, ja, teilweise auch entstellt protokolliert.

143 „Der Koordinierungsausschuß bestätigt seinen Beschluß vom 3. November, der als deutsche Vertretung gegenüber der Welt ein aus allgemeiner ungehinderter Volkswahl hervorgegangenes Parlament fordert. Von den Vertretern der Westzonen wurde bei aller

umschrieben. Dagegen versuchte Middelhauve mit seinem Antrag, neben dem DPD-Vorstand eine neue, von jeder Zone mit zwei Vertretern beschickte Arbeitsgemeinschaft zu bilden, eine direkte Konfrontation zu vermeiden und der LDP eine Möglichkeit zu geben, auf Külz und Lieutenant zu verzichten, ohne in der Öffentlichkeit das Gesicht zu verlieren. Für die ostdeutschen Liberalen lehnte deren intransigentester Vertreter, das sächsische Vorstandsmitglied Johannes Dieckmann, allerdings zunächst alle drei Anträge gleichermaßen ab; durch sie werde die „Grundlage für die Mitarbeit der Ostzone [...] hinfällig". In letzter Minute bemühte sich jedoch Leonhard Moog, auf der Basis des Middelhauveschen Vorschlags noch zu einer Verständigung zu gelangen, indem er verbindlich zusagte, daß die SBZ künftig durch Dieckmann und Gärtner vertreten werde. Die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Liberalen aber wollte und konnte wohl auch angesichts der vorher lautstark erhobenen Forderungen auf eine öffentliche Mißbilligung der LDP-Politik nicht verzichten. Mit 13 gegen 6 Stimmen bei zwei Enthaltungen wurde das von Heuss vorgelegte Kommuniqué in unveränderter Form angenommen. Nach achtstündigen, nahezu ununterbrochenen Beratungen verließen daraufhin die Vertreter der sowjetischen Besatzungszone die Sitzung – zwar noch mit der Bemerkung, nun müsse ihr Vorstand über die neue Lage beschließen, doch war jedem der Anwesenden nur zu deutlich bewußt, daß es ein Abschied für längere Zeit sein würde.

Reinhold Maiers Mahnung nach dem Scheitern der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz: „Wenn es aber darum geht, ob und wie der Osten und Westen in Deutschland wieder zusammenkommen, dürfen niemals Deutsche gegen Deutsche stehen, ja, sie dürfen nicht einmal den Eindruck erwecken, als ob sie gegeneinanderstehen könnten"[144], war nun auch von den Liberalen in ihrem engeren Verantwortungsbereich nicht beachtet worden. Theodor Heuss sprach sogar gegenüber den wartenden Journalisten ausdrücklich von einem „zweiten München".[145]

Nachdenkliche Stimmen waren allerdings in den Pressereaktionen beider Seiten auf den Konferenzverlauf kaum zu vernehmen. Lediglich im Parteiorgan der niedersächsischen FDP wurde den in Frankfurt zusammengekommenen liberalen Politikern aus Ost und West vorgeworfen, von der für Deutschland angesichts des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts einzig möglichen politischen Linie, der Politik der Nicht-Bindung und der Blockfreiheit abgewichen zu sein.[146] Um eine verständnisvolle Würdigung des Standpunkts der ostdeutschen Liberalen vor dem Hinter-

---

Beachtung ihrer besonderen Situation den Sprechern der Ostzone nahegelegt, nach der personellen und sachlichen Seite daraus die Folgerungen zu ziehen."

144 Landtag Württemberg-Baden 1. Wp. 25. Sitzung v. 11. 6. 1947, S. 579.

145 Die unfreien Demokraten. Lieutenant und ein paar Mann, in: Der Spiegel Nr. 4 v. 24. 1. 1948, S. 5; vgl. auch Das Neue Baden Nr. 6 v. 23. 1. 1948.

146 H.B.: Frankfurter Trennung, in: Der Freie Demokrat (Hannover) Nr. 1/2 v. 29. 1. 1948; der Artikel löste einen scharfen Protest des Zonenvorsitzenden Blücher aus, der nicht zuletzt deshalb besonders verärgert reagierte, weil sich ja gerade einige Vertreter aus der britischen Zone um eine vermittelnde Position bemüht hatten; vgl. dessen Schr. an d. Mitglieder d. Zonenvorstands v. 5. 2. 1948 (FNS Akte Brit. Zone/Presse).

grund der politischen Verhältnisse in deren Zone bemühte sich ferner bei aller entschiedenen Verteidigung der westlichen Politik Josef Ungeheuer von der mit Berlin einst so eng verbundenen rheinland-pfälzischen Landespartei.[147] Im übrigen aber dominierten die eindeutigen Schuldzuweisungen, bei denen teilweise weiter jener Ton angeschlagen wurde, der den Konflikt mit zu seinem schließlichen Höhepunkt getrieben hatte.[148]

Die Wirkungen der am 18. Januar vollzogenen Trennung zeigten sich zunächst in Berlin. Bereits am 20. Januar erschien im *Morgen* ein „Aufruf zum Zusammenschluß gegen Parteizersplitterung"[149], mit dem der Zonenverband die Bildung eines neuen LDP-Landesverbandes für Berlin in die Wege leiten wollte. Dieser Versuch stieß jedoch auf den nahezu einhelligen Widerstand der „alten" Landesorganisation[150], was die Zonenpartei allerdings nicht hinderte, am 10. Februar 1948 in Halle den endgültigen Bruch zu vollziehen: Der Berliner Landesverband werde nicht mehr als Bestandteil der Zonenpartei angesehen, er habe sich „selbst ausgeschaltet", lautete der Beschluß des Zentralvorstandes.[151] Damit war in Berlin de facto, obwohl sich die volle Ausbildung von zwei selbständigen Parteiorganisationen im West- und im Ostteil der Stadt noch bis Ende September 1948 hinzog[152], bereits Monate vor der Blokkade und der Teilung der städtischen Administration die Spaltung der liberalen Partei vollzogen. Der West-Berliner LDP-Landesverband aber, dessen Vorsitzender Schwennicke schon seit längerem immer wieder betont hatte, daß die Berliner LDP „in engstem geistigen Konnex mit der FDP und LDP im Westen" stehe[153], wurde nun als gleichberechtigtes Glied der sich schrittweise zusammenschließenden westdeutschen Liberalen betrachtet.[154]

Zwischen den ost- und westdeutschen Liberalen sind die Gespräche – jedenfalls auf offizieller Ebene – nach jener Frankfurter Sitzung für mehr als acht Jahre nicht wieder aufgenommen worden. Alle Bemühungen einzelner liberaler Politiker aus den Westzonen, etwa des Hamburger FDP-

147 Josef Ungeheuer: Londons Schatten über den Parteien, in: Rheinisch-Pfälzische Rundschau Nr. 6 v. 22. 1. 1948.

148 Bes. bei Ernst Mayer: Menschen unter Druck, in: Der Demokrat Nr. 2 v. Januar 1948, u. Bruch mit der LDP der Ostzone, in: LDP-Kurier Nr. 4 v. 26. 1. 1948. Der in seinem Fanatismus nahezu grenzenlose Euler verfolgte Külz mit seinem Haß sogar über dessen Tod hinaus, vgl. d. Nachruf in: LDP-Kurier Nr. 18 v. 29. 4. 1948; dagegen Theodor Heuss, in: Das neue Vaterland Nr. 8 v. April 1948.

149 Der Morgen Nr. 16 v. 20. 1. 1948, auch abgedruckt in: Berlin. Quellen und Dokumente, Bd. 1, S. 978f.

150 Vgl. Krippendorff, LDP, S. 150f., u. Fijalkowski, Berlin, S. 84f.

151 Schr. d. LDP-Parteileitung an Carl-Hubert Schwennicke v. 12. 2. 1948, abgedruckt in: Berlin. Quellen und Dokumente, Bd. 1, S. 990f.; Berliner Vertreter waren zu dieser Sitzung nicht mehr angereist, nicht zuletzt da Külz sie zuvor vertraulich gewarnt hatte, er könne für ihre persönliche Sicherheit nicht mehr garantieren; vgl. d. Aktennotiz v. 7. 2. 1948 über ein Telefongespräch mit Külz (FNS Akte LDP/FDP Berlin).

152 Vgl. d. Dokumente in: Berlin. Quellen und Dokumente, Bd. 1, S. 991ff.

153 Schr. an Theodor Heuss v. 15. 12. 1947 (BA NL Heuss Bd. 60).

154 Bereits am 20. 1. 1948 hatte Schwennicke in einem Schr. an Heuss darum gebeten, in Zukunft auch Vertreter des LDP-Landesverbandes Berlin zu den Sitzungen des Koordinierungsausschusses der Westzonen hinzuziehen; Heuss hatte darauf – die Zustimmung der „anderen Repräsentanten der Westzonen" vorwegnehmend – am 26. 1. 1948 positiv geantwortet (beide Schrr. in: Akten Schwennicke). Vgl. im übrigen ausführlich unten S. 316ff. u. Fijalkowski, Berlin, S. 89ff.

Vorsitzenden Willy Max Rademacher, die Verbindung nicht vollends abreißen zu lassen und wenigstens an dem für Ende August 1948 geplanten LDP-Parteitag in Eisenach teilzunehmen, trafen sofort auf den energischen Einspruch der West-Berliner [155] wie auch der jeweiligen Mehrheit in den westdeutschen Parteivorständen[156], die ebenso entschieden die Gesprächsangebote von seiten der sowjetzonalen LDP abwiesen.[157] Erst 1956 – nach dem Ausscheiden der FDP aus der Regierung Adenauer und im Zuge der Bemühungen des FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler, Bewegung in die erstarrten deutschlandpolitischen Fronten zu bringen – trafen wieder Delegationen der liberalen Parteien aus Ost und West zu Besprechungen zusammen, zunächst Ende Juli in Garmisch-Partenkirchen, dann erneut Anfang Oktober in Weimar; die Gespräche blieben allerdings – auch wegen der sich kurz darauf verschärfenden internationalen Lage – Episode.[158]

Die Zusammenarbeit der liberalen Landes- und Zonenparteien auf der nationalen Ebene zeigt deutlich zwei verschiedene Entwicklungsphasen, deren Schnittpunkt bezeichnenderweise auf jene Tagung am 17. März 1947 in Rothenburg fällt, bei der die Demokratische Partei Deutschlands als gesamtdeutsche Dachorganisation der Liberalen konstituiert wurde. Die vorangegangenen anderthalb Jahre waren überwiegend durch die Auseinandersetzungen um den innerparteilichen Führungsanspruch der Berliner „Reichsparteileitung" unter Wilhelm Külz geprägt gewesen. Seine schon in dieser Zeit bemerkenswerte Schärfe hatte der Konflikt primär daraus bezogen, daß die Berliner in den westlichen Besatzungszonen nicht nur auf Widerstand getroffen waren, sondern daß ihnen die DVP Württemberg-Baden mit einem konkurrierenden Führungsanspruch entgegengetreten war. Das Ringen zwischen Berlin und Stuttgart aber verzögerte die Parteieinheit so lange und hemmte sie in solchem Maße, daß die Liberalen ohne wirkliche organisatorische Klammer oder Abstimmung der politischen Konzeptionen in die zweite Phase eintraten, während der der Ost-West-Konflikt und die von ihm bestimmte deutschlandpolitische Auseinandersetzung zunehmend die Basis für eine gesamtdeutsche parteipolitische Kooperation aushöhlte. Allerdings wird man auch festhalten müssen, daß unter den Liberalen bis weit in das Jahr 1947 hinein niemand in letzter Konsequenz die Bereitschaft zeigte, zur Durch-

155 Schr. v. Schwennicke an Heuss v. 12. 8. 1948 (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48).

156 Schrr. an Schwennicke v. Heuss v. 21. 8. 1948 u. v. Euler v. 27. 8. 1948 (Akten Schwennicke) sowie d. Protokoll über d. Vorstandssitzung d. FDP d. britischen Zone am 6./7. 8. 1948 in Bielefeld, S. 3 (BA NL Blücher Bd. 230).

157 Vgl. d. Niederschrift d. Sitzung d. FDP-Bundesvorstandes am 2./3. 4. 1949 in Bonn, Bl. 6 (FNS Akte Bundesvorstand), nach der die FDP-Führung es ablehnte, mit dem in Bonn weilenden sächsischen Justizminister Johannes Dieckmann zusammenzutreffen. Auch in den vom Bremer Bundesparteitag verabschiedeten Entschließungen über das Verhältnis zur „Ostzone", abgedruckt bei Juling, Programmatische Entwicklung, S. 88, wurden Gespräche mit der sowjetzonalen LDP-Spitze ausdrücklich abgelehnt.

158 Das Kommuniqué v. 6. 10. 1956 ist abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Rh.III, Bd. 2: 1. Januar bis 31. Dezember 1956, bearb. v. Ernst Deuerlein u. Hansjürgen Schierbaum, Frankfurt am Main/Berlin 1963, S. 780f.; vgl. auch Gutscher, FDP, S. 184f., u. Glatzeder, Deutschlandpolitik, S. 77–81.

setzung eigener Interessen oder einzelner gewichtiger Zielsetzungen auf die nationale Parteieinheit zu verzichten. Insofern wird man Hans-Peter Schwarz zustimmen müssen: „Alle anderen Faktoren, die mit dazu beigetragen haben, auch zwischen den politischen Kräften keine organisatorische Einheit entstehen zu lassen – Ehrgeiz der einzelnen Parteiführer, föderalistische Tendenzen, ideologische Unterschiede – traten vor den letztlich unüberbrückbaren Differenzen in der außenpolitischen Lagebeurteilung und Zielsetzung zurück."[159] Alle hochgespannten Hoffnungen und Erwartungen aber, daß gerade die Parteien berufen und in der Lage seien, durch die demonstrative Aufrechterhaltung ihrer Kontakte über Länder- und Zonengrenzen hinweg und durch die Bildung einer gemeinsamen Front die Uneinigkeit der Siegermächte zu kompensieren und den Willen des deutschen Volkes zur nationalen Einheit zu manifestieren, hatten sich auch für die Liberalen als illusionär erwiesen.

5. Die „Freie Demokratische Partei" – die Liberalen auf dem Weg in die Bundesrepublik Deutschland

Als sich am 18. Januar 1948 in Frankfurt am Main die Tür des Konferenzraumes hinter den abreisenden Vertretern aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet geschlossen hatte, war bei den zurückbleibenden westdeutschen Liberalen von einem Gefühl der Betroffenheit, von dem Bewußtsein, soeben eine historische Entscheidung von noch kaum zu übersehender Tragweite mit gefällt zu haben, nur wenig zu bemerken. Es überwog vielmehr die Auffassung, mit der Trennung seien lediglich die gewiß bedauernswerten, aber unausweichlichen Konsequenzen aus den offenkundig gewordenen tiefgreifenden Differenzen zwischen ost- und westdeutschen Liberalen gezogen worden. Ja, allenthalben war Erleichterung darüber zu spüren, daß die eigene Politik nun nicht mehr durch abweichende Stellungnahmen der sowjetzonalen LDP „belastet" sein werde.

In der Tat mochte es mit Blick auf die sich mehr und mehr öffnende westdeutsche Perspektive für einen Augenblick so scheinen, als ob mit der gesamtdeutschen Kooperation der entscheidende Hemmschuh für einen engeren Zusammenschluß der liberalen Landesparteien in den drei Westzonen beiseite geschoben worden sei.[1] Zwar sollte sich nur zu bald erweisen, daß sich erst jenseits des für kurze Zeit alle anderen Divergenzen überwölbenden Ost-West-Gegensatzes die eigentlichen Bruchlinien im Lager der Liberalen manifestieren würden. Der Situation und Stimmung am 18. Januar entsprach jedoch mehr das entschiedene Plädoyer, mit dem sich Franz Blücher unmittelbar nach dem Auszug der

159 Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 625.

1 Dieser Tenor dominiert auch noch in der Darstellung von Lange, FDP, S. 296f.

SBZ-Delegierten für energische Schritte auf dem Wege zu einer einheitlichen Parteiorganisation der westdeutschen Liberalen einsetzte: „Der Ausgang der Verhandlungen war vorauszusehen. Man müsse jetzt die Stoßkraft der Westparteien verstärken durch 1.) einheitliche Namensgebung; 2.) Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten eines tatsächlichen Zusammenschlusses; 3.) Bildung eines vorläufigen Vorstands; 4.) Versuch, alle Westparteien zusammenzubringen zu einheitlicher Stellungnahme zu grundsätzlichen Fragen des deutschen Volkes."[2] Blücher versuchte mit seiner Initiative nicht allein, die Gunst der Stunde für Fortschritte in der parteipolitischen Kooperation zu nutzen, er konnte zugleich auf Überlegungen und Ansätze zurückgreifen, die sich bis in die Anfangsphase überregionaler Kontakte zwischen den Liberalen zurückverfolgen lassen.

Der Plan einer westzonalen Parteigründung war erstmals im April 1946 in einer Vereinbarung aufgetaucht, die der damalige Generalsekretär des britischen Zonenverbandes, Wilhelm Hermes, mit der württemberg-badischen DVP geschlossen hatte und die auch vom FDP-Zentralvorstand gebilligt worden war.[3] Allerdings war diese isolierte Kooperation in den Westzonen von vornherein nur als vorläufige gedacht, als Instrument im Kampf vor allem der südwestdeutschen Liberalen gegen den innerparteilichen Führungsanspruch der Berliner „Reichsparteileitung"; die Perspektive blieb in einem sehr direkten Sinne auf Deutschland und die liberale Partei als Ganzes ausgerichtet.

Solche Überlegungen erhielten jedoch in dem Moment eine erheblich stärkere Aktualität und nicht zuletzt eine völlig andere Qualität, in dem die britische und die amerikanische Militärregierung Anfang August 1946 Pläne für eine wirtschaftliche Verschmelzung ihrer beiden Zonen bekanntgaben[4] und in dem der amerikanische Außenminister Byrnes mit seiner Stuttgarter Rede vom 6. September 1946 der deutschen Öffentlichkeit das Bild einer konstruktiven Besatzungspolitik seines Landes zu vermitteln suchte und weitreichende Erwartungen auf eine baldige wirtschaftliche Gesundung weckte.[5] Bereits Anfang Oktober 1946 schlug Friedrich Middelhauve, der Vorsitzende des FDP-Landesverbandes Nordrhein, vor, aus der neuen Entwicklung auch im parteipolitischen Bereich die Konsequenzen zu ziehen und zu einer engeren Zusammenfassung der Zonenverbände des amerikanischen und britischen Besatzungsgebiets zu schreiten.[6] Sicherlich konnte dieser Vorstoß ganz pragmatisch gerechtfertigt werden, und Middelhauve ging auch geradezu selbstverständlich

2 Niederschrift d. Sitzung d. vorläufigen Reichsvorstandes d. Demokratischen Partei Deutschlands in Frankfurt am Main am 18. 1. 1948, S. 8 (FNS NL Dehler Akte DPD 1946—48); auch abgedruckt bei Grundmann/Hein, Verständigungsbereitschaft, S. 109.

3 Vgl. oben S. 282.

4 Vgl. aus der Fülle der Literatur bes. Pünder, Interregnum, S. 51ff., Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 163ff., u. Foelz-Schroeter, Föderalistische Politik, S. 61ff.

5 Hierzu v.a. Gimbel, Byrnes' Stuttgarter Rede, S. 39–62, u. Kreikamp, Deutschlandpolitik, S. 269–285.

6 Kurzer Bericht v. Friedrich Middelhauve über d. Zonenparteitag d. Demokratischen Volkspartei in d. amerikanisch besetzten Zone in Stuttgart am 28./29. 9. 1946, undatiert (Anfang Oktober 1946) (HStA Düsseldorf NL Altenhain Fs. 5).

davon aus, daß die Liberalen daneben ihre Kooperation auf der gesamtdeutschen Ebene fortführen müßten. Aber andererseits ist nicht zu übersehen, daß hier eine wichtige Schwelle überschritten wurde. Ähnlich wie in der allgemeinen Deutschlandpolitik begannen nun auch in der Parteipolitik das grundsätzliche Bekenntnis zur nationalen Einheit und die praktische politische Arbeit auseinanderzufallen. Zumindest der Tendenz nach war bei Middelhauve erstmals der Gedanke aufgegeben, daß wenigstens die Parteien durch eine demonstrative Aufrechterhaltung ihrer gesamtdeutschen Verbindungen und durch deren Intensivierung einer Entwicklung entgegenwirken müßten, bei der die divergierenden wirtschaftlichen Interessen und politischen Zielsetzungen die Kluft zwischen den Zonen, und insbesondere zwischen Ost und West, zunehmend zu vertiefen drohten. Middelhauves Anregung wurde in der Folgezeit noch mehrfach – auch von Liberalen der amerikanischen Zone[7] – aufgegriffen; zu ihrer Realisierung ist es allerdings nicht gekommen, da sich die für die Bizone geschaffenen gemeinsamen Institutionen ganz auf den administrativen Bereich beschränkten und da die Briten und Amerikaner auch sonst jeden Anschein einer politischen Verschmelzung ihrer Zonen zu vermeiden trachteten.

Dies änderte sich, als die Bizone, oder – wie es nun hieß – das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, mit der am 29. Mai 1947 zwischen den angelsächsischen Besatzungsmächten vereinbarten Neuordnung in die zweite Phase eintrat.[8] Mit dem Wirtschaftsrat wurde nämlich erstmals oberhalb der Zonenebene ein parlamentsähnliches Organ geschaffen, das zugleich an die Parteien durch deren direkte Beteiligung neue Anforderungen hinsichtlich der Zusammenarbeit ihrer bisher selbständigen Landes- und Zonenverbände stellte. Wieder war es Middelhauve, der noch vor der konstituierenden Sitzung des Wirtschaftsrates am 25. Juni 1947 zu erwägen gab, „ob nicht vorweg" – nämlich vor der Bildung einer Reichspartei – „ein engerer Zusammenschluß der demokratischen Parteien in der amerikanisch und britisch besetzten Zone möglich oder im Hinblick auf die politische Entwicklung sogar erforderlich wäre".[9] Die Reaktionen

7 Bei dem hessischen LDP-Vorsitzenden August Martin Euler, der sich zu dieser Thematik im DVP-Zonenvorstand äußerte (Niederschrift über d. Sitzung am 5. 1. 1947 in Stuttgart (FNS Akte US-Zone/Zonenverband)), trat noch deutlicher als bei Middelhauve hervor, daß die angestrebte westdeutsche Kooperation in der Gefahr stand, die gesamtdeutschen Kontakte in den Hintergrund zu drängen und letztlich völlig versacken zu lassen. Euler anerkannte zwar noch, daß „mitunter Interzonenbesprechungen mit dem Osten stattfinden" müßten, fügte jedoch sogleich hinzu: „Die Arbeit müsse aber auf die westlichen Zonen ausgerichtet bleiben. Vereinigung der Zonen bedinge Vereinigung der Parteien." Und der Stuttgarter Generalsekretär Ernst Mayer berichtete auf der Rothenburger Tagung des Koordinierungsausschusses (Niederschrift über d. Sitzung am 17. 3. 1947 (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48)) sogar, daß er bei der Militärregierung den bizonalen Parteizusammenschluß beantragt habe, dieser allerdings abgelehnt worden sei.

8 Die Proklamation ist abgedruckt in: Wörtliche Berichte des Wirtschaftsrates, Bd. 1, S. 10ff.; vgl. Pünder, Interregnum, S. 95f., Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 172ff., u. – mit Schwerpunkt auf der Sicht und Rolle der Unionsparteien – Ambrosius, Soziale Marktwirtschaft, S. 82ff.

9 Schr. v. Middelhauve an d. FDP-Landesverband Bayern v. 19. 6. 1947 (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48). Ähnlich d. niedersächsische FDP-Politiker Johannes Siemann in einem Schr. an Thomas Dehler v. 1. 8. 1947 (FNS NL Dehler Fs. 11).

aus den süddeutschen Landesparteien waren zwar prinzipiell positiv, doch schwang in ihnen zugleich große Zurückhaltung mit. Denn so sehr man hier auch, wie etwa der bayerische FDP-Vorsitzende Dehler erklärte[10], mit der Auffassung übereinstimmte, daß die sich abzeichnende politische Zukunft geradezu zwangsläufig zu einem Zusammenschluß der westzonalen Parteien führen werde, so sehr scheute man davor zurück, bereits jetzt allzu offenkundig in diese Richtung voranzuschreiten. Dehler regte deshalb an, zunächst lediglich „eine gemeinsame Verwaltungsstelle" am Sitz des Wirtschaftsrates einzurichten. Zur Verwirklichung seines Vorschlags waren bis Mitte Januar 1948 zwar erste Vorbereitungen getroffen worden, seine Arbeit hatte das Verbindungsbüro aber noch keineswegs aufgenommen.[11]

Überhaupt trat in den Bemühungen um eine westdeutsche Parteigründung während der letzten vier Monate des Jahres 1947 eine unübersehbare Pause ein. Zum einen waren nämlich – wie wir noch näher sehen werden – die Impulse, die von den umgestalteten und erweiterten bizonalen Organen auf die Kooperation der Liberalen ausgingen, weit hinter allen vorschnell geäußerten Erwartungen zurückgeblieben. Zum anderen wollte man auch in der britischen Zone vor weiteren Schritten zunächst den Verlauf der Londoner Außenministerkonferenz abwarten.[12] Mit desto größerem Nachdruck drängte allerdings insbesondere die nordrhein-westfälische FDP Anfang Januar 1948 nach dem Scheitern der alliierten Deutschlandgespräche und zusätzlich beflügelt durch den offenen Konflikt mit den ostdeutschen Liberalen: Ihr Landesvorstand beauftragte Middelhauve, in der auf den 18. Januar nach Frankfurt am Main einberufenen Reichsvorstandssitzung die Bildung einer bizonalen Parteiorganisation als ersten Schritt zu einer späteren gesamtdeutschen liberalen Partei zu beantragen.[13] Wenige Tage zuvor – anläßlich des traditionellen Dreikönigstreffens der württemberg-badischen Liberalen – war Middelhauve und seinem Stellvertreter von Rechenberg auch die Zustimmung der Stuttgarter DVP-Führung zu einem solchen Vorstoß signalisiert worden.[14]

Als um so überraschender und enttäuschender mußten daher die Delegierten der britischen Zone in der Frankfurter Sitzung die Art und Weise empfinden, in der die Vertreter der beiden anderen Zonen Blüchers Initia-

10 Schrr. v. Thomas Dehler v. 7. 8. 1947 an Johannes Siemann u. an Everhard Bungartz (ebd.).

11 Vgl. d. Niederschrift über d. DVP-Zonenvorstandssitzung am 24. 10. 1947 in Schwetzingen, S. 4f. (FNS Akte US-Zone/Zonenverband), u. DPD-Rdschr. Nr. 1 v. 10. 3. 1948, S. 10 (FNS Akte DPD 1946-48).

12 Schr. v. Franz Blücher an Theodor Heuss v. 1. 11. 1947 (BA NL Heuss Bd. 54): „Ich nehme Ihre Zustimmung zu meiner Ansicht an, daß nach außen hin ein Zusammenschluß ausgerechnet vor der Londoner Konferenz vielleicht nicht zweckmäßig ist, würde aber entgegenstehend geäußerte Ansichten mit allem Ernst und allem guten Willen prüfen."

13 Protokoll über d. Sitzung d. nordrhein-westfälischen FDP-Landesvorstands am 13. 1. 1948 in Düsseldorf, S. 3 (WDS Ia/5); vgl. auch Westdeutsche Rundschau Nr. 6 v. 15. 1. 1948.

14 Protokoll d. Landesvorstandssitzung am 13. 1. 1948, S. 3 (a.a.O.): „Die Wege zum Zusammenschluß der demokratischen Parteien in der amerikanischen und britischen Zone seien geebnet und am 17. und 18. Januar solle in Frankfurt dieser Zusammenschluß unter einem einheitlichen Namen, einem einheitlichen Vorstand und mit einheitlichen Richtlinien beschlossen werden."

tive behandelten. Vor allem an der abweisenden Haltung der Württemberg-Badener scheiterten nun alle Bemühungen, zu konkreten Beschlüssen über die westdeutsche Zusammenarbeit, zu genauen Terminabsprachen wie auch zu festen organisatorischen Bindungen, zu gelangen. Übereinstimmung konnte lediglich dahingehend erzielt werden, daß in der Demokratischen Partei Deutschlands bereits „die gemeinsame Partei bestehe und daß nur das Organisatorisch-Technische nicht durchgeführt sei"; deshalb solle auch der bisherige Koordinierungsausschuß, wenngleich nun beschränkt auf seine westdeutschen Mitglieder, weiter amtieren und bei entsprechenden politischen Anlässen zusammentreten.[15]

Über die Motive, die die Württemberg-Badener zu ihrer so nicht unbedingt zu erwartenden Zurückhaltung veranlaßten, liegen keine zuverlässigen Quellenaussagen vor. Möglicherweise ließ sie primär der Zeitpunkt zögern – die Schwierigkeit, so unmittelbar nach dem Auszug der sowjetzonalen Liberalen vor der Öffentlichkeit eine Vereinbarung über eine engere westdeutsche Kooperation zu vertreten. Sicher haben auch allgemeinere deutschlandpolitische Überlegungen eine Rolle gespielt, warnte doch gerade Theodor Heuss auch in den folgenden Monaten immer wieder vor jedem Drängen auf einen westdeutschen Staat: er wollte seine Konstituierung nur in klarer Auftragserteilung durch die Besatzungsmächte vollzogen sehen.[16] Hinzu kam aber nicht zuletzt, daß die formelle Neugründung einer westdeutschen Partei sofort auch die Führungsfrage von neuem auf den Verhandlungstisch gebracht hätte. Schon im November 1947 hatte Franz Blücher hier seine Ansprüche auf eine gleichberechtigte Mitwirkung neben Heuss angemeldet.[17] Ihnen aus dem Wege zu gehen, war am einfachsten möglich durch das Fortbestehen der Rumpfpartei DPD mit Heuss als einzigem verbleibenden Vorsitzenden.

In der politischen Realität aber hatte die Demokratische Partei Deutschlands ihre Existenz als gemeinsame, von allen liberalen Parteigliederungen anerkannte Dachorganisation mit der Frankfurter Sitzung beendet. Ihr Name wurde zwar noch mehrmals von den Stuttgartern eben um der Aufrechterhaltung der gewünschten Fiktion willen benutzt[18], doch ihr zentrales Gremium, der Koordinierungsausschuß, trat in der Folgezeit

15 Niederschrift d. Sitzung d. vorläufigen Reichsvorstandes d. DPD in Frankfurt am Main am 18. 1. 1948, S. 9f. (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48).

16 Vgl. bes. DPD-Rdschr. Nr. 2 v. 2. 4. 1948, S. 2f. (FNS Akte DPD 1946-48); zum Gesamtzusammenhang auch ausführlich oben S. 302ff., zur davon abweichenden „zweigleisigen" Politik der FDP der britischen Zone oben S. 297ff.

17 Schr. v. Franz Blücher an Theodor Heuss v. 1. 11. 1947 (BA NL Heuss Bd. 54): „Sollten vorbereitende Überlegungen angestellt werden, um für den etwaigen Zusammenschluß der drei Westzonen unsere Vorbereitungen zu treffen, so würde ich Wert darauf legen, daß Sie selbst die drei süddeutschen Länder vertreten, ich würde mich für die norddeutschen Länder bereit halten und auf Grund bereits angebahnter Besprechungen auch von Ihnen gern den Auftrag entgegennehmen, Besprechungen mit Minister Neumeyer [sic!] wegen der französischen Zone zu führen." Von „gewisse[n] Gegensätze[n] zwischen Heuss und Blücher" schrieb auch Hermann Schäfer am 16. 12. 1947 an Hans Albert Kluthe (BA NL Kluthe Bd. 40 Bl. 249).

18 Vgl. v.a. die unter dieser Bezeichnung seit 10. 3. 1948 von Ernst Mayer u. Theodor Heuss verschickten Rundschreiben (FNS Akte DPD 1946—48).

nicht mehr zusammen.[19] Stattdessen setzten nun – in den folgenden Monaten zunächst nur in kleinen und kleinsten Schritten, dann in der zweiten Jahreshälfte mit wachsender Intensität – neue Bemühungen um eine westdeutsche Parteigründung ein, die wesentlich an anderen politischen Institutionen anknüpften. Dabei traten zunehmend deutlicher zwei konkurrierende Wege für die Bildung der Bundespartei zu Tage, als deren Protagonisten anfänglich die beiden großen Zonenverbände des britischen und des amerikanischen Besatzungsgebietes erschienen; doch lösten sie sich im Zuge dieses Ringens mehr und mehr auf und gruppierten sich zu innerparteilichen Flügeln der neuen Bundespartei um.

Die Freien Demokraten der britischen Zone hielten auch nach dem für sie enttäuschenden Verlauf der Januar-Sitzung an ihrer Zielsetzung, der unverzüglichen Konstituierung einer westdeutschen Parteiorganisation, fest. Ende Februar 1948 beschloß ihr Zentralausschuß, in diesem Sinne einen erneuten Vorstoß zu unternehmen – diesmal über die liberale Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat.[20] Für den Weg gerade über das bizonale Gremium mochten aus der Sicht der FDP-Führung nicht zuletzt ganz pragmatische Gründe, eben die hier gegebenen Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten sprechen. Doch war diese Wahl zugleich charakteristisch für die Rolle, die der Wirtschaftsratsfraktion im Prozeß der Bundesparteigründung zukommen sollte. Dabei ließ deren Zusammensetzung auf den ersten Blick gar nicht vermuten, daß zwischen den von ihr vertretenen Positionen und den im britischen Zonenverband dominierenden Auffassungen ein besonderes Maß an Übereinstimmung bestehen werde, standen doch – bedingt durch das indirekte Wahlverfahren – nur einem Abgeordneten aus dieser Zone drei Vertreter aus dem amerikanischen Besatzungsgebiet gegenüber; in dieser regionalen Verteilung der Mandate trat auch bei der Umbildung des Wirtschaftsrates im Februar 1948 keine Veränderung ein, da die Zahl der Abgeordnetensitze lediglich verdoppelt wurde.[21]

Allerdings zeigte sich bereits in der Auswahl der Mandatsträger, die in den einzelnen Ländern getroffen wurde, die unterschiedliche Einschätzung der neuen bizonalen Institution: Aus Nordrhein-Westfalen war mit Franz Blücher der FDP-Zonenvorsitzende entsandt worden, dem es unter Berufung auf diese führende Position[22] auch gelang, sich in Frankfurt zum Vorsitzenden der liberalen Fraktion wählen zu lassen. Nur die hessi-

19 Die beiden einzigen Zusammenkünfte in größerem Kreis – am 28. 6. 1948 in Frankfurt am Main und am 31. 8. 1948 in Bonn – firmierten ausdrücklich als „informelle Aussprachen", die von Sitzungen des Koordinierungsausschusses zu unterscheiden seien; vgl. d. Schr. v. Thomas Dehler an Fritz Linnert v. 30. 6. 1948 (FNS NL Dehler Fs. 23), d. DPD-Rdschr. Nr. 4 v. 5. 7. 1948 (a.a.O.) u. d. Schr. v. Franz Blücher an Theodor Heuss u.a. v. 9. 8. 1948 (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48).

20 Protokoll über d. Sitzung d. FDP-Zentralausschusses am 27./28. 2. 1948, S. 2ff. (BA NL Blücher Bd. 230).

21 Pünder, Interregnum, S. 98f. u. 133f., u. Ambrosius, Soziale Marktwirtschaft, S. 82ff. u. 148ff., sowie neuerdings Müller, Grundlegung, S. 58f., 76ff. u. 81.

22 In diese Richtung ging jedenfalls eine Bemerkung des schleswig-holsteinischen FDP-Vorsitzenden Fritz Oellers in der Zentralausschußsitzung am 27./28. 2. 1948, Protokoll, S. 4 (BA NL Blücher Bd. 230).

schen Liberaldemokraten hatten mit ihrem Vorsitzenden August Martin Euler einen ähnlich hochkarätigen Politiker nominiert. Dagegen kamen aus Württemberg-Baden mit dem Wirtschaftsprüfer Alfred Krämer und aus Bayern mit dem Fabrikanten Everhard Bungartz – er war zugleich Schatzmeister der dortigen FDP – Abgeordnete, die zwar im weiteren Sinne zur Führung ihrer Landesverbände zählten, die jedoch in erster Linie als Fachleute für die in Frankfurt zu behandelnden wirtschaftspolitischen Fragen benannt worden waren.[23] Seit die Militärregierungen zudem im August 1947 auch noch die Inkompatibilität von Wirtschaftsrats- und Landtagsmandat bzw. Regierungsamt festgeschrieben hatten[24], sprach aus Eulers und vor allem Blüchers Entscheidung für die Frankfurter Aufgabe unübersehbar die Überzeugung, daß der Wirtschaftsrat weit mehr als nur eine Vertretungskörperschaft für die Gesetzgebung in dieser oder jener wirtschaftspolitischen Detailfrage sein werde, daß hier vielmehr Grundsatzentscheidungen von kaum zu überschätzender Bedeutung fallen würden, ja, daß sich in den bizonalen Institutionen der neue Kern künftiger deutscher Staatlichkeit auszubilden beginne.

Auf die parteipolitische Entwicklung strahlte die Arbeit der Wirtschaftsratsfraktion allerdings sowohl 1947 als auch noch 1948 kaum in Form konkret faßbarer Impulse aus – erst recht nicht im Sinne einer dezidierten Begünstigung der Position der norddeutschen Freien Demokraten. Daß die Fraktion, nachdem sie im ersten Wirtschaftsrat noch ohne einheitliche Bezeichnung mitgearbeitet hatte, mit ihrem Beschluß vom Februar 1948, künftig unter dem Namen „Freie Demokratische Partei" aufzutreten[25], eine Entscheidung fällte, die immerhin letztlich – obwohl die Beteiligten solche Absichten entschieden bestritten[26] – die spätere Bezeichnung der liberalen Bundespartei wesentlich präjudizierte, blieb eine Ausnahme. Von einer wirklichen Abstimmung der politischen oder auch nur wirtschaftspolitischen Inhalte, über die konkrete Kooperation

23 Über die Kräfteverhältnisse in der Fraktion berichtete Bungartz dem bayerischen FDP-Landesvorstand, Protokoll d. Sitzung am 28. 8. 1947 in München, S. 1 (FNS NL Dehler Fs. 11), „daß die Dinge für unsere Partei nicht so den Verlauf nehmen, wie wir in Bayern es uns vorgestellt haben, sondern zunächst geht es so, wie Blücher und Euler es wollen [...]. Krämer, Württemberg, wird von Blücher einfach auf die Seite geschubst [...]. ‚Es ist jetzt so, daß man aufpassen muß, was aus Frankfurt wird, denn es wird dort reine Parteipolitik getrieben, damit man ev[entuell] rechtzeitig aussteigen kann. Durch uns ließe sich schon etwas retten, aber dann müßten Krämer oder ich Fraktionsvorsitzender werden.'" Vgl. im übrigen zur Fraktionszusammensetzung Pünder, Interregnum, S. 336f. u. 340ff. Im Februar 1948 traten als weitere Abgeordnete hinzu: aus Bayern das MAN-Vorstandsmitglied Hans Wellhausen, aus Hessen der Futtermittelhändler Heinrich Faßbender, aus Württemberg-Baden der Oberbürgermeister a.D. Emil Schwamberger und für Nordrhein-Westfalen der Rechtsanwalt Fritz Oellers, der zugleich der führende Vertriebenensprecher in der FDP der britischen Zone war; die Auswahl war also noch deutlicher durch das Bemühen um ausgewiesene Kenner der zu entscheidenden Materien geprägt, doch war bezeichnenderweise mit dem schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden Oellers aus der britischen Zone wiederum ein Politiker der ersten Garnitur entsandt worden.

24 Proklamation Nr. 6 der amerikanischen Militärregierung v. 7. 8. 1947, abgedruckt in: Wörtliche Berichte des Wirtschaftsrates, Bd. 1, S. 16. Vgl. auch Pünder, Interregnum, S. 100.

25 Vgl. d. Protokoll d. Wirtschaftsratssitzung am 24. 2. 1948, Wörtliche Berichte des Wirtschaftsrates, Bd. 2, S. 311.

26 DPD-Rdschr. Nr. 2 v. 2. 4. 1948, S. 1 (a.a.O.).

der Frankfurter Abgeordneten untereinander hinaus, als einer entscheidenden Vorbedingung eines künftigen Parteizusammenschlusses konnte dagegen keine Rede sein: Es war durchaus symptomatisch, daß die FDP der britischen Zone die wirtschaftspolitischen Leitlinien, die ihr Vorstand mit Blick auf die in Frankfurt anstehenden Entscheidungen im Januar 1948 in einer Klausurtagung auf Wangerooge erarbeitete[27], als zonales und nicht als bizonales Programm in Absprache mit den Liberalen des amerikanischen Besatzungsgebiets verabschiedete. Überhaupt zeigte der britische Zonenverband wenig organisatorische Initiative und praktisches Geschick bei der tatsächlichen Umsetzung seiner Forderung nach einer unverzüglichen Parteikonstituierung[28]; insofern war diese natürlich auch leichter abzuweisen.

Die eigentliche Bedeutung der Frankfurter FDP-Fraktion muß daher jenseits aller konkreten Kooperationsanregungen vor allem in ihrer Einwirkung auf die Auseinandersetzung um Charakter und Kurs der zu schaffenden Bundespartei gesehen werden. Zunächst einmal ist hervorzuheben, daß sie ja lange Zeit allein für jenen Weg westdeutscher Teilstaatlichkeit stand, der erst eine entsprechende Parteigründung als möglich und notwendig erscheinen ließ. Darüber hinaus aber führte die fast ausschließlich wirtschaftspolitische Aufgabenstellung der bizonalen Organe die Liberalen hier schon sehr früh in eine koalitionsähnliche Zusammenarbeit mit den Unionsparteien und der Deutschen Partei, die sich im Laufe des Jahres 1948, im Zuge der nun immer deutlicher hervortretenden Systementscheidung mehr und mehr verdichtete.[29] Gerade für die FDP-Fraktion als der am geschlossensten und kompromißlosesten für eine marktwirtschaftliche Ordnung eintretenden Gruppierung folgte aus dieser Konstellation zwangsläufig eine sich ständig vertiefende, ja, teilweise bewußt im Zeichen eines vehementen Antisozialismus akzentuierte Kluft zu den Sozialdemokraten[30], der allerdings auf deren Seite

27 Vgl. d. Bericht in: Die Freie Stadt Nr. 1 v. 26. 1. 1948. Das Programm ist abgedruckt bei: Juling, Programmatische Entwicklung, S. 81–86.

28 So endete ein Versuch des stellvertretenden nordrhein-westfälischen FDP-Fraktionsvorsitzenden Gustav Altenhain, Vertreter der liberalen Landtagsfraktionen aus beiden Zonen zu einer gemeinsamen Arbeitstagung in Göttingen zu versammeln, Ende April 1948 in einem völligen Fiasko; vgl. d. Einladungsschr. Altenhains v. 20. 4. 1948 u. d. Aktennotiz v. Edgar Engelhard v. 3. 5. 1948 über d. Fraktionstagung (beide in: FNS Akte Brit. Zone/Organisation).

29 Zur ersten Frankfurter Direktorenwahl im Juli/August 1947 und ihren „koalitionspolitischen" Auswirkungen vgl. Pünder, Interregnum, S. 108ff., u. bes. Ambrosius, Soziale Marktwirtschaft, S. 86ff. Neben der Wahl Ludwig Erhards zum Direktor für Wirtschaft – auf Vorschlag der FDP – Anfang März 1948 ist in diesem Zusammenhang vor allem die Verabschiedung des sogenannten Leitsätzegesetzes am 17./18. 6. 1948 hervorzuheben – zu beiden Vorgängen ausführlich ebd., S. 154ff. u. 171ff.

30 Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang eine Grundsatzdebatte im Zentralausschuß der FDP der britischen Zone am 28. 2. 1948, Protokoll, S. 12ff. (BA NL Blücher Bd. 230), über die Zusammenarbeit mit anderen Parteien und die Beteiligung an der Regierungsverantwortung in Frankfurt und in den Ländern: Während der Hamburger Landesvorsitzende Rademacher und sein Stellvertreter Schäfer darauf beharrten, daß eine Kooperation mit der SPD nicht grundsätzlich abgelehnt werden dürfe, ja, zur Durchsetzung bestimmter Positionen der FDP etwa in der Föderalismusdiskussion sogar unverzichtbar sei, betonte Blücher mit Unterstützung der Ausschußmehrheit, ganz ausgehend von der wirtschaftspolitischen Perspektive: „Es hat den Anschein, daß die Politik der SPD künftig jede gemeinsame Linie ausschließt. Es geht um Leben und Sterben, eine vorbehaltlose Gegnerschaft gegen jede Form von Zwangswirtschaft ist unvermeidlich."

eine ebenso entschiedene Abgrenzungspolitik entsprach.[31] Es lag daher nahe, die Frankfurter Koalition unter Hinweis auf den fortbestehenden Grunddissens in der Wirtschaftspolitik auch zu einem Modell für den künftigen Kurs auf der Bundesebene zu erklären und mehr noch die neue liberale Bundespartei nach dem Vorbild der in Frankfurt übernommenen Rolle ganz von den wirtschaftspolitischen Kernforderungen her zu definieren. Die FDP nicht als die Vertretung eines regional differenzierten und abgetönten Liberalismus, sondern als die Partei der freien Marktwirtschaft – hierauf zielte die vom britischen Zonenverband angestrebte schnelle Parteikonstituierung. In diesem Sinne hatte sein Vorsitzender Blücher bereits im Dezember 1947 den Konflikt mit den süddeutschen Liberalen umschrieben: Im Süden bestehe „die Neigung, vor allem in Württemberg, uns nicht in scharfen Gegensatz zur CDU als die nichtsozialistischen Träger der Einheit des deutschen Gesamtstaates zu stellen, obwohl wir gerade dadurch unser Recht auf eigenen Bestand beweisen. Dort unten geht es vielmehr um Krähwinkel und um'sch Ländle."[32]

Gewiß waren manche der hier skizzierten Zusammenhänge und Tendenzen – jedenfalls in der ersten Jahreshälfte 1948 – erst in Umrissen zu erkennen – doch immerhin deutlich genug, daß sich insbesondere aus der württemberg-badischen Landesorganisation schon bald unüberhörbar Widerspruch regte. Am 10. März 1948 wurde aus Stuttgart, unterzeichnet von Theodor Heuss und Ernst Mayer, das erste jener bereits erwähnten Rundschreiben der „Demokratischen Partei Deutschlands" versandt. Mit ihm ergriff die Demokratische Volkspartei nach einer Phase der vorübergehenden Zurückhaltung, ja, Obstruktion in der Frage des Parteizusammenschlusses nun ihrerseits die Initiative: Mit einer politisch-programmatischen wie inhaltlichen Bestandsaufnahme wurde der Versuch unternommen, den Kooperationsprozeß endlich auf eine gemeinsame Informationsbasis zu stellen und ihn in der Form eines allmählichen, in kleinen Schritten jeweils sorgfältig abgestimmten Aufbaus der Bundespartei neu in Gang zu setzen. Daneben aber sprach aus den zum Teil überaus dezidierten, eindeutig von Mayer formulierten Ausführungen das Bemühen, den von der Mehrheit des britischen Zonenverbandes getragenen und in der Frankfurter Fraktion weitgehend durchgesetzten Bestrebungen frühzeitig eine Absage zu erteilen, die Grenze württemberg-badischer Kompromißbereitschaft scharf zu markieren und insofern seinerseits den Kurs der künftigen Bundespartei vorab festzulegen.[33] Den

31 Im Juli 1948 schrieb Kurt Schumacher (Jahrbuch der SPD 1947, S. 8): „Das Parteiensystem rechts von der Sozialdemokratie hat durch seine Besitzbürgerpolitik im Wirtschaftsrat die Deutschen der Westzonen staatspolitisch funktionsunfähig gemacht." Vgl. auch Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 134ff.

32 Schr. v. Franz Blücher an Willy Max Rademacher v. 11. 12. 1947 (FNS Akte Brit. Zone/ Rundschreiben).

33 DPD-Rdschr. Nr. 1 v. 10. 3. 1948, S. 2f. (a.a.O.): „In der Frage der Wirtschaftsgestaltung sind sich die Parteien einig in der Ablehnung jeglichen Sozialismus, wobei die einen geneigt scheinen, kein neues Dogma ihm entgegenzusetzen, um der Partei die Manövrierfähigkeit in Richtung möglichst weitgehender Wirtschaftsfreiheit zu erhalten [...]. Die dialektischen Verschiedenheiten, die vor allem zwischen Nord und Süd dann und wann sichtbar werden, sind zum Teil besatzungsatmosphärisch, teils historisch-traditionell bedingt, lassen sich weithin angleichen und abschleifen. So ist beispielsweise schwarz-

Stuttgartern kam bei ihren Bemühungen zunächst vor allem zugute, daß auf ihrer Seite die organisatorische Tatkraft eines Ernst Mayer in die Waagschale fiel. Binnen weniger Monate gelang es ihm, mit erheblichen Reiseaktivitäten und in einer Fülle von Einzelgesprächen[34] den württemberg-badischen Primat wenigstens in diesem Bereich so weit zu festigen, daß er sich seine Vorbereitungen der Bundesparteigründung bei der ersten Besprechung in größerem Kreis seit der Januar-Sitzung, am 28. Juni 1948 in Frankfurt am Main[35], auch als offizielles Mandat bestätigen lassen konnte. Auf Mayers Vorschlag wurde für den Herbst „an Stelle eines heute doch nicht zu finanzierenden Gesamtparteitages" ein Vertretertag aller Landesparteien mit begrenzter Delegiertenzahl ins Auge gefaßt, der nicht nur die Bundespartei konstituieren, deren Vorstand wählen und in der Namensfrage entscheiden, sondern ebenso bereits Programm und Parteisatzung verabschieden sollte.[36]

In der Sache allerdings, in der Abstimmung politischer Grundpositionen – gerade auch hinsichtlich der aktuell zur Entscheidung anstehenden Problemkreise – wurden keine wirklichen Fortschritte erzielt. Im Gegenteil: In der innerparteilichen Diskussion über die deutschlandpolitischen Beschlüsse der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz und die Frankfurter Dokumente sahen sich die Stuttgarter, die auf die alliierten Absprachen gemäßigt positiv reagiert hatten, einer breiten Ablehnungsfront gegenüber, die zwar ihren Schwerpunkt in der britischen Zone hatte, aber weit darüber hinaus in andere Parteiorganisationen ausstrahlte. Dabei entzündete sich die negative Beurteilung, vor allem in dem am unmittelbarsten betroffenen Nordrhein-Westfalen, primär an der in London beschlossenen internationalen Ruhrkontrolle und den geplanten Korrekturen der deutsch-niederländischen Grenze. Ihre wesentliche gemeinsame Basis im liberalen Lager aber war die Ablehnung einer Begünstigung extrem föderalistischer Kräfte, als die die alliierte Vorgabe einer bundesstaatlichen Ordnung und nicht zuletzt die vorgesehene starke Einschaltung der Länder in den Prozeß der Verfassungsgebung eingeschätzt wurde. Hinzu trat schließlich noch, besonders bei dem für

---

rot-gold für die süddeutschen Demokraten nicht nur verpflichtendes Traditionsgut, nicht nur alte Reichsfarbe, sondern auch Symbol jeglicher volksverbundenen deutschen Demokratie. Für sie ist diese Farbe zur Prestigefrage geworden. Aus der Atmosphäre der Besatzungszone heraus hat sich in der britischen Zone eine Protesthaltung gegenüber den Besatzungsmächten entwickelt, die im Süden mit Besorgnis um deswillen aufgenommen wird, weil sich aus der vielfach parteitaktisch bedingten Haltung gegenüber dem deklamatorischen Nationalismus des Herrn Schumacher in der Folge sehr leicht wieder verhärteter Nationalismus entwickeln kann, der zunächst das Gesicht unserer Partei verunstalten, sie dann sprengen und schließlich die Entwicklung einer neuen Ära der Habsburger [sic!] Front einleiten müßte."

34 Vgl. DPD-Rdschr. Nr. 3 v. 20. 6. 1948, S. 1 (a.a.O.).

35 Eine von Mayer ursprünglich für den 28./29. 5. 1948 in Bremen geplante Zusammenkunft hatte wegen „der unsicheren Währungslage" ausfallen müssen; vgl. ebd., S. 1, u. d. Schr. v. Thomas Dehler an Fritz Linnert v. 20. 4. 1948 (FNS NL Dehler Fs. 292). Die Frankfurter Aussprache war eigentlich nur als „Vierer-Besprechung" zwischen Heuss, Mayer, Dehler und Euler einberufen worden, hatte jedoch durch die Anwesenheit von Blücher, Middelhauve und Schäfer sowie weiterer hessischer Vertreter an Gewicht gewonnen; hierzu DPD-Rdschr. Nr. 4 v. 5. 7. 1948, S. 1 (a.a.O.), u. d. Schr. v. Dehler an Linnert v. 30. 6. 1948 (FNS NL Dehler Fs. 23).

36 DPD-Rdschr. Nr. 4 v. 5. 7. 1948, S. 2f. (a.a.O.).

die öffentlich vertretene Position der FDP der britischen Zone ausschlaggebenden Franz Blücher[37], eine Art letztes Aufbäumen gegen die nun nicht nur endgültig drohende, sondern auch selber zu vollziehende Teilung Deutschlands, das sich etwa in dessen Vorschlag, auch Abgeordnete aus der sowjetischen Besatzungszone zu den Verfassungsberatungen einzuladen, oder in dem alternativ hierzu stark herausgestellten Provisoriumsgedanken niederschlug. Zusammen ergab sich daraus eine Mischung pathetisch vorgetragener nationaler Parolen, die für ihre Wortführer – wie auch in der britischen Zone von einzelnen kritischen Beobachtern mit Sorge registriert wurde[38] – zunehmend die Gefahr beinhalteten, die politische Realität völlig aus den Augen zu verlieren. Doch entsprachen diese Stellungnahmen weit eher der Stimmungslage sowohl der Mehrheit der westdeutschen Liberalen wie auch der gesamten Öffentlichkeit[39] als die nüchternen und von einer gehörigen Portion Optimismus getragenen Formulierungen, mit denen die Stuttgarter Parteiführung sogar die das Ruhrgebiet betreffenden Passagen, erst recht aber die verfassungspolitischen Kernsätze der Londoner Empfehlungen kommentierte.[40] Allerdings mußte den Württemberg-Badenern eine positive Reaktion aus ihrer föderalistischen Grundhaltung heraus zweifellos erheblich leichter fallen als jener überwiegenden Mehrheit der norddeutschen Liberalen, zu deren Hauptzielen auch beim politischen Neubeginn

37 Vgl. Blüchers Rdschr. „Zum Abschluß der Deutschland-Konferenz in London" v. 4. 6. 1948 (FNS Akte Brit. Zone/Archivmitteilungen I), sein zweites Rdschr. „Ergebnisse der Londoner Konferenz" v. 10. 6. 1948 (FNS Akte Brit. Zone/Staat) u. seine Rede vor dem niedersächsischen FDP-Landesparteitag am 13. 6. 1948 in Oldenburg (BA NL Blücher Bd. 156).

38 Vgl. v.a. d. Schr. v. Hermann Schäfer an Franz Blücher v. 24. 6. 1948 (FNS Akte Brit. Zone/Staat): „Allmählich macht mir die deutsche Reaktion auf die Londoner Empfehlungen einige Besorgnis. Zunächst galt es, das Negative hervorzuheben und negativ zu behandeln. Beeinträchtigt wurde dieser Eindruck allerdings durch ein überreiches Maß an Gefühlstönen [...]. Wir kommen ja nicht darum herum, die in London ausgehandelten Formen als Ausgangsbasis unserer Mühen um ein neues politisches Eigenleben unseres Volkes zu nehmen [...]. Da ist es unklug, sich auf eine vorbehaltlose Verneinung von Modalitäten und Formen festzulegen, deren man sich zunächst bedienen muß, um überhaupt einen Ausweg zu finden [...]. Nur wer in Deutschland gebannt auf die Nöte und Notwendigkeiten des eigenen Volkes starrte, ohne die verwickelte weltpolitische Wirklichkeit des Nachkrieges zu beachten, konnte von den Londoner Empfehlungen wirklich überrascht sein."

39 Vgl. als weitere Äußerungen von liberaler Seite d. Schr. d. schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden Fritz Oellers an Blücher v. 24. 6. 1948 (ebd.), d. Schr. d. bayerischen Landesfrauenausschußvorsitzenden Erika Müller-Hitzler an Blücher v. gleichen Tage – mit wichtigen Ausführungen über Dehlers Haltung – (ebd.) u. d. Artikel „Schwere Enttäuschung des deutschen Volkes über Londoner Kommuniqué", in: LDP-Kurier Nr. 24 v. 14. 6. 1948; zum allgemeinen Hintergrund bes. Johannes Volker Wagner, Einleitung, in: Der Parlamentarische Rat. Akten, Bd. 1, S. XVIIIff., u. Rothstein, Alternative, S. 5ff.

40 Vgl. neben d. DPD-Rdschr. Nr. 3 v. 20. 6. 1948 (a.a.O.), in dem Ernst Mayer in Absprache mit Heuss detailliert die Haltung zu den Londoner Beschlüssen und die verfassungspolitischen Positionen der DVP darlegte, v.a. d. Artikel „Das Ergebnis von London. Ein unteilbares Programm – Grundlage für ein neues Beginnen", in: Das neue Vaterland Nr. 11 v. Juni 1948: „Für uns Deutsche bedeutet das Londoner Ergebnis kein Anlaß zu Frohlocken; wir haben das auch nicht erwartet. Es gibt uns aber irgendwie wieder Boden unter die Füße und die Möglichkeit, aus der absoluten Unselbständigkeit in eine begrenzte Freiheit hinüberzuwechseln [...]. Wir selbst haben zuviel Vertrauen in den Einheitswillen aller Länder und sind selbst viel zu sehr Anhänger einer bundesstaatlichen Gliederung des künftigen Deutschland, als daß wir diese Einschränkung der Souveränität des Gesamtvolkes tragisch nehmen könnten [...]. London ist eine Erleichterung. London ist ein Schritt auf dem Weg zum Frieden und zu unserer Freiheit [...]."

nach 1945 wieder der dezentralisierte Einheitsstaat zählte. Unter diesen Umständen konnten die bei der Frankfurter Besprechung formulierten Leitsätze, die sich ohnehin schon unter Ausklammerung grundsätzlicherer Aspekte auf den konkreten Vorgang der Verfassungsgebung beschränkten, kaum mehr sein als bloße Formelkompromisse, die die gegensätzlichen Auffassungen nur umschrieben, aber keine wirkliche Vermittlung der Standpunkte leisteten.[41]

Überhaupt wurde die gerade erst mit dem organisatorischen Mandat für Ernst Mayer scheinbar erneut bestätigte Führungsposition der DVP Württemberg-Baden unter den westdeutschen Liberalen nun mehr und mehr erschüttert. Daß die Stuttgarter entgegen ihren Erwartungen auf Grund der einschneidenden Veränderungen ihrer Parteifinanzen im Gefolge der Währungsreform nicht mehr wie bislang in der Lage waren, die Kosten der überregionalen Zusammenarbeit allein aufzubringen, sondern die anderen Landesorganisationen um Beiträge angehen mußten, die ihnen zudem noch überwiegend verweigert wurden[42], war dabei nur ein Teilaspekt umfassenderer Gewichtsverschiebungen im liberalen Lager. Vor allem erwies es sich zunehmend als verhängnisvoll, daß das Bild der Liberalen in der Öffentlichkeit – jedenfalls auf der überregionalen Ebene – sehr stark geprägt wurde durch die Politik der FDP-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat. Nachdem Heuss im Gegensatz zu führenden Politikern aus CDU/CSU und SPD auch noch bewußt darauf verzichtet hatte, die Koblenzer Ministerpräsidentenkonferenz zu parteipolitischer Einflußnahme und Profilierung zu nutzen[43], verfügten die DVP und die ihrer Linie zuneigenden Landesparteien bis in den Spätsommer 1948 über keine wirkungsvolle Möglichkeit, die von ihnen vertretene, zu der liberalen Politik im Wirtschaftsrat kaum im wirtschaftspolitischen Detail, wohl aber von der Gesamtkonzeption her in Konkurrenz stehende Auffassung einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln.

Eine nachhaltige, in ihrer Bedeutung für die weitere Entwicklung der liberalen Partei kaum zu überschätzende Änderung ergab sich hier erst mit dem Zusammentreten des Parlamentarischen Rates am 1. September

41 DPD-Rdschr. Nr. 4 v. 5. 7. 1948, S. 1f. (a.a.O.). Dieser Charakter ist bis in einzelne Formulierungen hinein spürbar – etwa in den Sätzen: „Es soll vermieden bleiben, mit Rücksicht auf die politisch-psychologische Wirkung auf den Osten, dem geplanten Werk den Charakter einer deutschen Verfassung zuzulegen [...]. Soll der ‚Verfassung' der Charakter gegeben werden, daß sie gegenüber dem Osten keine Ausschließlichkeit besitzt oder beansprucht, so muß ihre innere Festigkeit bei aller Betonung des Provisorischen genügend stark sein, um einer kommenden deutschen Regierung auch für die Auseinandersetzung mit den Westmächten ein genügendes Maß von demokratisch fundamentierter und rechtlich gebundener Autorität zu verleihen."

42 Hierzu ausführlich oben S. 244ff.

43 Konrad Adenauer, Josef Müller und – für den erkrankten Schumacher – Erich Ollenhauer hatten zwar nicht an der Konferenz selbst teilgenommen, sich aber am Rande der Verhandlungen mit den ihrer Partei angehörenden Ministerpräsidenten zu „Fraktionssitzungen" getroffen – eine Verhaltensweise, die von liberaler Seite in scharfen Worten kritisiert wurde; vgl. Ernst Mayer: „Demokratie oder Parteiführerherrschaft?" u. „Dr. Heuss zu Koblenz", in: Das neue Vaterland Nr. 13 v. Juli 1948, d. Schr. v. Hermann Schäfer an Willy Max Rademacher v. 13. 7. 1948 (FNS Akte Brit. Zone/Staat) u. Maier, Erinnerungen, S. 59. Zu dem Vorgang selber v.a. Johannes Volker Wagner, Einleitung, in: Der Parlamentarische Rat. Akten, Bd. 1, S. XXXIIIff., sowie Vogelsang, Koblenz, S. 164f., u. Morsey, Entscheidung, S. 12ff.

1948. Die fünf bzw. – mit dem nicht voll stimmberechtigten Berliner Vertreter – sechs liberalen Abgeordneten hatten sich am Tag zuvor im Kreis der allerdings nur zum Teil persönlich erschienenen Landesverbandsvorsitzenden als FDP-Fraktion konstituiert und zentrale Aspekte der bevorstehenden Verfassungsgebung diskutiert, wobei jedoch ihre verbindliche Festlegung auf einzelne Forderungen der Partei bewußt abgelehnt worden war.[44] Um so entscheidender waren mithin die politischen Kräfteverhältnisse in der Fraktion selbst. Daß nun dem führenden Kopf der Frankfurter Fraktion, Franz Blücher, in Bonn als Fraktionsvorsitzender Theodor Heuss gegenübertrat, entsprach durchaus dem signifikanten Kontrast, der in dieser Hinsicht zwischen beiden Gremien bestand: Auf Grund des indirekten Wahlverfahrens und mancher Einzelentscheidungen, die auf ganz unterschiedliche Motive zurückgingen, hatte sich in Bonn eine deutliche personelle Begünstigung der württemberg-badischen Position ergeben. Denn neben Heuss und dem prononciert linksliberalen bayerischen Landesvorsitzenden Dehler waren auch in einigen Ländern, deren liberale Organisationen zum Kern des sich mehr und mehr formierenden rechten Parteiflügels gerechnet werden mußten, prominente frühere DDP-Politiker gewählt worden. Aus Berlin etwa kam an Stelle des dortigen Vorsitzenden Schwennicke mit Hans Reif[45] ein gemäßigter und zudem mit Heuss persönlich gut bekannter Vertreter. Doch auch aus der britischen Zone waren mit dem ehemaligen preußischen Finanzminister Hermann Höpker-Aschoff[46] und dem stellvertretenden Zonenvorsitzenden Hermann Schäfer[47] zwei Politiker entsandt worden, die zwar in manchen zentralen Fragen der Verfassungsgebung – etwa in der Föderalismusdiskussion – durchaus den „norddeutschen" Standpunkt vertraten, die aber in ihrer ganzen Grundhaltung dem Kurs der Mehrheit ihres Zonenverbandes eher distanziert gegenüberstanden. Als einziger Abgeordneter stammte der hessische Vertreter Max Becker aus der Deutschen Volkspartei, doch selbst er ließ sich, bei aller sachlichen Übereinstimmung mit den Verfassungsvorstellungen seines Landesvorsitzenden Euler und der Mehrheit der hessischen LDP, in solchem Maße in die Fraktionszusammenarbeit und -loyalität einbinden, daß er sich in seinem eigenen Landesverband erheblicher Kritik ausgesetzt sah.[48]

44 FDP-Rdschr. Nr. 5 v. 6. 9. 1948 (a.a.O.) u. Informationsrdschr. Nr. 17 d. DP Rheinland-Pfalz v. 14. 9. 1947 (FNS Akte DP Rhld.-Pf. 1948). Zur nordrhein-westfälischen Kritik daran vgl. d. Schrr. v. Friedrich Middelhauve an Franz Blücher v. 25. 8. u. 15. 10. 1948 (BA NL Blücher Bd. 121); positiv dagegen Blücher in seinem Schr. an Middelhauve v. 28. 8. 1948 (ebd.).

45 Zu seiner Biographie jetzt Reif, Erinnerungen.

46 Vgl. d. Schr. v. Franz Blücher an Theodor Heuss u. a. v. 9. 8. 1948 (FNS NL Dehler Akte DPD 1946-48). Auf Höpker-Aschoff war die Wahl nach zeitweilig in eine andere Richtung gehenden Überlegungen nicht zuletzt wegen seiner überragenden Kenntnisse auf dem Gebiet der Finanzverfassung gefallen; zu seiner Person: Henning, Höpker-Aschoff, S. 23ff., u. Lange, Höpker-Aschoff, S. 210ff.

47 Schäfer, der ja eigentlich zur Führung der Hamburger Freien Demokraten zählte, war auf ausdrücklichen Wunsch des Zonenvorstands von der niedersächsischen FDP-Landtagsfraktion benannt worden; vgl. d. Protokoll über d. Sitzung d. FDP-Zonenvorstands am 6./7. 8. 1948 in Bielefeld, S. 2f. (BA NL Blücher Bd. 230), u. Schäfers Schr. an Hans Albert Kluthe v. 27. 8. 1948 (BA NL Kluthe Bd. 40 Bl. 239).

48 Becker war von seiner Landtagsfraktion ohnehin erst nominiert worden, nachdem Euler, der ursprünglich selbst das Bonner Mandat hatte wahrnehmen wollen, wegen der Folgen

Günstig war aus württemberg-badischer Sicht darüber hinaus auch die politische Gesamtkonstellation bei den Grundgesetzberatungen. Denn obwohl die Sitzverteilung im Parlamentarischen Rat nur unwesentlich von der im Wirtschaftsrat abwich und die gleich starke Vertretung von CDU/CSU und SPD den Liberalen hier wie dort eine Schlüsselrolle bei der Mehrheitsbildung zuwies, verbot doch der besondere Charakter der Bonner Aufgabe, die Notwendigkeit, das Grundgesetz mit breitester Zustimmung zu verabschieden, von vornherein ein mit den Frankfurter Entscheidungsprozessen vergleichbares Wechselspiel von Koalition und Opposition. Zudem mußte sich auf Grund ihrer historischen Tradition gerade eine liberale Partei bei Verfassungsberatungen jenseits aller Auseinandersetzungen um einzelne Artikel und Problemkomplexe zu besonderer Verantwortung für das Zustandekommen des Gesamtwerks verpflichtet fühlen.

Von diesem weit über den linksliberalen Flügel im engeren Sinne hinaus konsensfähigen Grundsatz ging denn auch die Konzeption und Taktik aus, die die FDP-Fraktion ihrem Engagement im Parlamentarischen Rat zugrundelegte, die sie aber auch von Anfang an in den Mittelpunkt ihrer parteiinternen wie allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit stellte: Sie habe „dazu beizutragen", hieß es etwa bereits in ihrem ersten Mitteilungsrundschreiben[49], „daß zwischen den gegensätzlichen Auffassungen der beiden großen Flügelparteien immer wieder ein Ausgleich oder eine Überbrückung gefunden wird, ohne dabei die eigenen Grundsätze preiszugeben. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man feststellt, daß der FDP-Fraktion eine Verpflichtung von geradezu geschichtlicher Tragweite zugefallen ist." Für ihre Stellungnahme zu den zentralen Streitfragen der Verfassungsgebung folgte aus diesem Rollenverständnis, das unübersehbar weitgehend identisch war mit der vor allem von den Württemberg-Badenern verfochtenen Parteikonzeption, geradezu zwangsläufig, daß es darauf ankam, der liberalen Position in möglichst vielen Teilaspekten eine Interpretation und Formulierung zu geben, die sich bei aller Grundsatztreue zugleich als Kompromißgrundlage für die beiden großen Parteien oder zumindest als ein die Kompromißbildung anregender Katalysator eignete. Vor allem dieser Tenor prägte – noch über den von Theodor Heuss ohnehin bekannten moderaten Ton hinaus – die Rede des liberalen Fraktionsführers zu Beginn der Beratungen des Parlamentarischen Rates – sein vorsichtiges Plädoyer gegen eine zu starke Betonung des Provisoriumsgedankens ebenso wie sein Bekenntnis zur bundesstaatlichen Ordnung bei gleichzeitiger Anerkennung einer eher zentralistischen Kompetenzregelung oder auch seinen Vorschlag zur

eines Autounfalls hatte verzichten müssen; vgl. d. Schr. v. Euler an Franz Blücher v. 11. 8. 1948 (BA NL Blücher Bd. 93) u. LDP-Kurier Nr. 33 v. 16. 8. 1948.

49 Mitteilung Nr. 1 d. FDP-Fraktion d. Parlamentarischen Rates v. 1. 10. 1948, S. 1 (FNS Akte FDP-Fraktion im Parl. Rat I). Vgl. aus d. Fülle ähnlicher Äußerungen ferner bes. Thomas Dehler, Politische Aufgaben in Bonn, u.a. in: Rheinisch-Pfälzische Rundschau Nr. 89 v. 2. 10. 1948, Informationsdienst Nr. 4 d. FDP-Fraktion des Parlamentarischen Rates v. 22. 11. 1948, S. 2f. (a.a.O.), sowie nicht zuletzt Theodor Heuss, Vom Ich zum Wir. (Rede auf dem Dreikönigstag d. DVP Württemberg-Baden am 6. 1. 1949), in: Der Demokrat Nr. 2 v. Januar 1949.

Gestaltung der Zweiten Kammer nach dem Vorbild des Staatenhauses der Paulskirchenverfassung von 1849, also als Mischung von Bundesrats- und Senatsprinzip.[50] Daß Heuss hier nur sehr bedingt den liberalen Standpunkt in den Kernfragen der Verfassungsgebung umrissen hatte, daß sein vermittelnder Kurs vielmehr – abgesehen von dem Widerspruch, den einzelne seiner Positionsbestimmungen auslösen mußten – in dem innerparteilichen Ringen unter den Liberalen eine weitgehende Option für eine der beiden Richtungen bedeutete, ließen die Reaktionen vor allem aus Nordrhein-Westfalen schon bald erkennen.

In seiner Sitzung am 30. Oktober 1948, in deren Mittelpunkt das unbefriedigende Abschneiden der Partei in den Kommunalwahlen stand, billigte der FDP-Landesausschuß nämlich eine vom Landesvorsitzenden Middelhauve vorgelegte Entschließung, die sich in überaus scharfen Worten von der Politik der Bonner Fraktion distanzierte: Diese habe „in entscheidenden Verfassungsfragen eine Stellung eingenommen und eine Entwicklung zugelassen [..], die von weiten Kreisen der Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen weder verstanden noch gebilligt wird. Wenn die FDP in entscheidenden Fragen bei der Gegensätzlichkeit zwischen anderen großen Parteien eine ausgleichende und vermittelnde Stellung wahrnimmt und dabei sachlich fruchtbar Arbeit leistet, so darf dabei aber unter keinen Umständen die klare politische Linie der Partei verlassen werden."[51] Ganz offenkundig stand hinter dieser Kritik die Zielsetzung, die Grundgesetzberatungen – weitgehend ohne Rücksicht auf die

50 Parlamentarischer Rat. Stenographischer Bericht über d. 3. Sitzung am 9. 9. 1948, S. 40ff. Zur liberalen Verfassungspolitik vgl. meine ungedruckte Magisterarbeit Die Verfassungskonzeption der Liberalen und ihr Einfluß auf die innere Neuordnung Westdeutschlands 1945–1949 (unter besonderer Berücksichtigung des Parlamentarischen Rates), Berlin 1976; zu ähnlichen Ergebnissen gelangt auch Lange, Politischer Liberalismus, S. 48ff. Allgemein zu den Grundgesetzberatungen vgl. v.a. Niclauss, Demokratiegründung, Otto, Staatsverständnis, u. Sörgel, Konsensus; immer noch wichtig Golay, Federal Republic.

51 Protokoll über d. Sitzung d. FDP-Landesausschusses am 30. 10. 1948 in Hagen, S. 3 u. Anl. 2 (WDS Ia/11). Zum verfassungspolitischen Programm der nordrhein-westfälischen Liberalen vgl. auch N.: Zur Verfassungsfrage, in: Mitteilungen der FDP Nr. 10/1948, zum landespolitischen Hintergrund ausführlich oben S.155ff. Middelhauve übermittelte die Resolution mit Schr. v. 3. 11. 1948 an Theodor Heuss (BA NL Heuss Bd. 88), wobei er noch einmal besonders die Drohung einer möglichen Ablehnung des Grundgesetzes durch seinen Landesverband unterstrich. Heuss antwortete ihm am 9. 11. 1948 mit einem Brief (ebd.), der neben kurzen, bewußt herablassend formulierten Erläuterungen seiner Position in den angeschnittenen Einzelfragen auch deutliche persönliche Invektiven gegen Middelhauve enthielt; Heuss schloß dann: „Es ist für uns natürlich immer wichtig und interessant, die Beurteilung der politischen Situation aus den Kreisen der organisierten Partei zu erfahren, aber Sie müssen mir schon verzeihen, daß ich noch nie auf die Idee gekommen bin, meine politische Entscheidung von mehr oder weniger ultimativ tönenden Resolutionen abhängig zu machen. Ich bin auch unsicher, ob der Begriff des ‚stärksten Landesverbandes' in diesem Zusammenhang richtig angewandt ist, um Eindruck zu machen, es müßte wohl heißen, ‚des Verbandes in dem volksreichsten Lande'. Damit genug, Sie werden spüren, daß ich schon etwas erstaunt bin, daß Sie die Frage so stellen, als ob von unserer Energie oder Schlappheit abhänge, welche Parole der Landesverband Nordrhein-Westfalen einmal über das sogenannte Grundgesetz wird ausgeben können." Schon vier Tage zuvor hatte sich Heuss in einem Schr. an d. Zonenvorsitzenden Blücher (BA NL Heuss Bd. 54) unmißverständlich über „die reichlich törichte Entschließung" beschwert und sich zugleich „erschrocken" darüber gezeigt, daß es den Kreisen um Middelhauve „viel mehr um die Manifestation als um den Sachgehalt der Dinge" gehe. Im übrigen versuchte auch der Präsident des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer, einen Monat später, die Spannungen in der FDP in seinem Sinne zu nutzen;

Folgen, die sich daraus für die Entscheidungsprozesse im Parlamentarischen Rat und die von ihm zu verabschiedende Verfassung ergeben würden – primär dazu zu benutzen, die Eigenständigkeit der FDP zu unterstreichen und ihr politisches Profil in einem betont nationalen Sinne zu akzentuieren. Konkret hieß das etwa, gegen jeweils überwältigende Mehrheiten und ohne jede Aussicht auf die politische Durchsetzbarkeit dieser Forderungen, nach wie vor an der Staatsbezeichnung „Deutsches Reich" festzuhalten, jede Konzession an die föderalistischen Kräfte unter den deutschen Parteien wie auch unter den Besatzungsmächten strikt abzulehnen oder die Volkswahl des „Staatspräsidenten" zu propagieren.

Im Zentrum dieser Strategie aber stand der Kampf gegen den sogenannten „absoluten Parlamentarismus", an dessen Stelle ein Regierungssystem der konstanten, vom Vertrauen des Parlaments während der Legislaturperiode unabhängigen Exekutive nach dem Vorbild der Schweiz oder auch eine Präsidialdemokratie nach amerikanischem Muster treten sollten – die Alternativvorstellungen waren hier von Landesverband zu Landesverband verschieden abgetönt. Für diese Gestaltung des Verhältnisses von Parlament und Regierung trat keineswegs nur der rechte Parteiflügel im engeren Sinne ein[52], sondern vieles spricht dafür, daß zu ihren Anhängern eine Mehrheit der westdeutschen Liberalen zählte[53]. Auch in der Bonner Fraktion gab es mit den Abgeordneten Becker und Dehler zwei Befürworter, die ihre Vorstellungen auch sogleich in die Beratungen des Organisationsausschusses eingebracht hatten, ohne daß dies allerdings in größerem Maße an die Öffentlichkeit gedrungen war.[54] Hier hatte vielmehr Heuss in seiner Rede vor dem Plenum – wenn auch mit dem Zusatz, in diesem Punkt nur seine persönliche Auffassung vorzutragen – sich ausdrücklich zu einem uneingeschränkten parlamentarischen Regierungssystem bekannt und damit zugleich die nordrhein-westfälische und hessische Strategie – zunächst jedenfalls – weitgehend durchkreuzt.[55]

---

am 18. 12. 1948 schrieb er an Blücher (Abschrift in: BA NL Heuss Bd. 54): „Mit großer Besorgnis beobachte ich, wie in letzter Zeit die Fraktion der Freien Demokratischen Partei im Parlamentarischen Rat sich bei der Behandlung der Verfassungsprobleme immer mehr der Sozialdemokratischen Partei nähert. Auf Einzelheiten möchte ich nicht eingehen. Ich möchte jedoch Ihre Aufmerksamkeit hierauf lenken." Heuss wiederum fand diese „Beschwerde" „fast amüsant", wie er in einem Brief an Thomas Dehler v. 31. 12. 1948 bemerkte, abgedruckt in: Henning (Hrsg.), Briefwechsel, S. 28f.

52 Vgl. aus d. Fülle d. in diese Richtung zielenden Äußerungen aus Hessen und Nordrhein-Westfalen bes. d. Vorschläge d. LDP für ein Verfassungs- und Besatzungsstatut für Westdeutschland v. Anfang August 1948 (BA NL Heuss Bd. 407), August Martin Euler: Für die Präsidial-Demokratie, in: LDP-Kurier Nr. 37 v. 13. 9. 1948, d. Landesverfassungsentwurf d. FDP Nordrhein-Westfalen v. Oktober 1947 (HStA Düsseldorf NW 57/11 Bl. 91–105) u. N.: Zur Verfassungsfrage, in: Mitteilungen der FDP Nr. 10/1948.

53 So soll sich nach Angaben der rheinland-pfälzischen Vertreter, Fritz Neumayer und Josef Ungeheuer, bei der Konstituierung der Bonner FDP-Fraktion am 31. 8. 1948 die Mehrheit der Anwesenden „für ein Präsidialsystem und gegen das parlamentarische System" ausgesprochen haben; Kurze Niederschrift über d. Sitzung d. Landesvorstands d. DP Rheinland-Pfalz am 4. 9. 1948 in Bad Kreuznach, S. 1 (FNS Akte DP Rhld.-Pf. 1948).

54 Parlamentarischer Rat. Kombinierter Ausschuß für die Organisation des Bundes und für Verfassungsgerichtshof und Rechtspflege. Stenographischer Bericht über d. 2. Sitzung am 16. 9. 1948, S. 4, 5. Sitzung am 23. 9. 1948, S. 40, 45f. u. 56ff., u. 7. Sitzung v. 29. 9. 1948, S. 32 u. 51 (Archiv des Deutschen Bundestages, Bonn).

55 Parlamentarischer Rat. Stenographischer Bericht über d. 3. Sitzung am 9. 9. 1948, S. 42.

Alles in allem hatten sich also die politischen Gegensätze unter den westdeutschen Liberalen im Laufe des Jahres 1948 keineswegs durch die intensivere Kommunikation und Kooperation vermindert oder gar abgeschliffen, sondern eher noch verstärkt. Gerade in der Entscheidungssituation gegen Jahresende, mit Blick auch auf den Heppenheimer Gründungskongreß neigten beide innerparteilichen Richtungen weniger dazu, nach tragfähigen Kompromissen zu suchen, als vielmehr ihren jeweils eigenen Standpunkt scharf zu umreißen. So wie auf der einen Seite der nordrhein-westfälische Landesausschuß die Linie der Bonner Fraktion entschieden kritisierte und wesentlich für die unzureichende Wählerresonanz der eigenen Politik verantwortlich machte, so griff nun auf der anderen Seite plötzlich der Hamburger FDP-Vorsitzende Willy Max Rademacher die von Euler bereits Ende März 1948 in die politische Diskussion eingebrachte Formel von der „Rechtspartei"[56] auf, um ihr ein energisches Plädoyer für den Standort in der Mitte des parteipolitischen Spektrums entgegenzusetzen[57] – ein Vorstoß, dem dann drei Wochen später – schon nach der Heppenheimer Tagung – auch noch der württemberg-badische Landesvorsitzende Haußmann mit einem in die gleiche Richtung zielenden Artikel beitrat[58]. Und schließlich verschickte DVP-Generalsekretär Ernst Mayer am 27. November noch einen „Rundbrief"[59], der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ: Neben einer Bilanz der organisatorischen Unzulänglichkeiten, die auf dem Wege zu einem Zusammenschluß der westdeutschen Liberalen in erschreckendem Maße zu Tage getreten seien, stand in seinem Mittelpunkt eine erneute kritische Auseinandersetzung mit den in einigen Landesverbänden zu beobachtenden nationalistischen Strömungen. Es dürfe nicht sein, so Mayer, „daß in einer liberalen Partei nicht nur einzelne Politiker, sondern ganze Gruppen sind, die aus dem Ansprechen der gefährlichen nationalistischen Instinkte unseres Volkes ein politisches Gewerbe machen. Das geschieht aber heute vielfach, teils von Leuten, die ihrer ganzen politischen Auffassung nach gar nicht zu uns gehören, teils von solchen, für die der Gebrauch des Harzburger Vokabulariums nur den ehrlichen, aber hoffnungslosen Versuch bedeutet, das Aufkommen einer neuen Rechtspartei zu verhindern." Vor allem „aus der Korrespondenz einer ganzen Anzahl jüngerer Menschen in unserer Partei muß man fortwährend mit Erschrecken feststellen, daß die Jahre der maßlosen Bestialität, des unerhörten Leidens und Leides, daß die selbstzerstörerische Grausamkeit des Dritten Reiches an ihrem Denken offenbar spurlos vorübergegangen sind". Aus „nationalen Gründen der nationalistischen Jahrmarktphrase den Kampf an[zu]sagen, statt sich ihrer zu bedienen", darin sähen die süddeutschen Liberalen, aber auch ein großer Teil der anderen Landesor-

56 LDP-Kurier Nr. 13 v. 29. 3. 1948; hierzu ausführlich oben S. 63ff.
57 Sind wir eine Rechtspartei?, in: Die Freie Stadt Nr. 11 v. 25. 11. 1948; vgl. oben S. 95f.
58 Rechtspartei oder Partei der Mitte?, in: Der Demokrat Nr. 26 v. Dezember 1948; dazu auch oben S. 55.
59 Rundbrief an die Mitglieder des Koordinierungsausschusses v. 27. 11. 1948 (BA NL Heuss Bd. 407).

ganisationen die vordringliche Aufgabe. Das Ergebnis des Gründungsaktes von Heppenheim müsse eine Partei sein, so beendete Mayer seine Ausführungen, „die außenpolitisch an Stresemann und Brüning anknüpft, nicht an Hugenberg, und innenpolitisch eine liberale, aber nicht manchesterliche oder katheder-liberalistische, soziale, entschieden demokratische (im Sinne der Dezentralisierung und Teilung der Gewalten) Linie verfolgt und sich dabei absolute Handlungsfreiheit bewahrt, ihre vermittelnde Aufgabe einmal mit der Rechten und einmal mit der Linken zu lösen".[60]

In dieser Atmosphäre zugespitzter innerparteilicher Konfrontation die neue Bundesorganisation nicht nur in einem oberflächlich-formalen Sinne zu konstituieren, sondern zu einem einheitlich politischen Wollen zu finden und sich auf eine für die überwältigende Mehrheit verbindliche Grundkonzeption zu verständigen, war für die 89 Delegierten der elf westdeutschen Landesverbände und West-Berlins, die sich am 11. Dezember 1948 in Heppenheim versammelten, eine kaum lösbare Aufgabe.

An sich war die nun in das kleine Städtchen an der hessischen Bergstraße einberufene Tagung – natürlich stand hinter der allem Anschein nach von den Stuttgartern initiierten Ortswahl neben allen praktischen Erwägungen auch das Bestreben, die süddeutsche liberale Traditionslinie zu unterstreichen, in der die neue Partei stehe – schon seit der Jahresmitte im Gespräch und in der Planung gewesen, doch hatte sie immer wieder, zuletzt wegen der Kommunalwahlen in der britischen und französischen Zone, hinausgeschoben werden müssen.[61] Zudem war zu sondieren gewesen, wie sich die drei westlichen Besatzungsmächte zu dem Parteizusammenschluß und der dann für viele Landesverbände notwendigen Namensänderung verhalten würden.[62] Im übrigen aber waren die Vorbereitungen auch im Dezember 1948 noch nicht über einzelne Besprechungen in kleinerem Kreise hinaus bis zur Vereinbarung konkreter mehrheitsfähiger Entscheidungsvorlagen gediehen.

Das Tagungsprogramm am 11. Dezember[63] wurde beherrscht durch die beiden großen Referate von Hermann Höpker-Aschoff über „Werk und

60 In moderaterem Ton, mit jeweils leicht abgewandelten Formulierungen veröffentlichte Mayer seine Stellungnahme unter dem Titel „Einheit und Freiheit" auch in: Schwabenecho Nr. 114 v. 9. 12. 1948 u. Das Neue Baden Nr. 115 v. 11. 12. 1948, sowie nicht zuletzt – was ihm besonders übel genommen wurde – in: Der Tagesspiegel Nr. 286 v. 8. 12. 1948. Vgl. ferner noch seinen Artikel „Sinnbild deutscher Tragik. Von Heppenheim bis Heppenheim", in: Das neue Vaterland Nr. 28 v. Dezember 1948, in dem Mayer – über die hier zitierten Gedankengänge hinaus – die von seinem Landesverband angestrebte Form der Bundespartei wörtlich als politische Zusammenfassung unterschiedlicher wirtschaftlicher und sozialer Milieus charakterisierte; hierzu ausführlicher unten S. 341.

61 Vgl. v.a. FDP-DPD-Rdschr. Nr. 6 v. 8. 10. 1948, S. 3f. (a.a.O.).

62 Hierzu d. Schrr. v. Carl-Hubert Schwennicke, der die Verhandlungen mit den Militärregierungen in Berlin führte, an Ernst Mayer v. 1., 6. u. 22. 11. 1948 (FNS Akte LDP/FDP Berlin).

63 DPD-FDP-Rdschr. Nr. 9 v. 20. 11. 1948 (a.a.O.); vgl. auch d. gedruckte Einladung in: FNS Akte Heppenheim. Über den Heppenheimer Vertretertag liegt kein vollständiges Protokoll vor; lediglich über den ersten Tag ist eine ausführliche, z.T. wörtliche, das Referat Blüchers allerdings nicht enthaltende, Niederschrift überliefert (FNS Akte Heppenheim), daneben stehen eine informative Aktennotiz von Carl-Hubert Schwennicke, o.D. (ebd.),

Wirken in Bonn"[64] und von Franz Blücher über die Arbeit der Wirtschaftsratsfraktion. In der sich anschließenden Aussprache kam es jedoch zu keiner wirklichen Austragung der verfassungs- und wirtschaftspolitischen Gegensätze und erst recht zu keiner Entscheidung über die von der Partei zu beziehende Position; lediglich die unterschiedlichen Standpunkte zur Gestaltung des Regierungssystems wurden von Euler und Haußmann, die Differenzen in der Frage der Staatsbezeichnung von einem niedersächsischen Jungdemokraten und Heuss kurz angesprochen.[65]

Am zweiten Tag standen dann schon die Beschlußfassung über den Namen der Bundespartei und die Vorstandswahl so sehr im Mittelpunkt, daß eine Fortsetzung der Debatte vom Vortag nicht mehr möglich war. Vor allem die Namensentscheidung löste vehemente Auseinandersetzungen aus und absorbierte viel Zeit und Energien der Delegierten, obwohl gerade in dieser Frage die wesentlichen Vorentscheidungen bereits lange gefallen waren. Denn seit der Benennung der liberalen Mandatsträger im Frankfurter Wirtschaftsrat als Fraktion der „Freien Demokratischen Partei" und erst recht seit der Übernahme dieser Bezeichnung durch die liberale Fraktion im Parlamentarischen Rat konnte kaum noch ein Zweifel darüber bestehen, daß auch die Bundespartei diesen Namen tragen werde. Die DVP Württemberg-Baden[66] hatte hier bewußt auf den Aufbau einer weiteren Konfliktfront verzichtet und sich frühzeitig in die Übernahme jener Bezeichnung gefügt, die der britische Zonenverband, aber auch die bayerische Landesorganisation seit ihrer Gründung benutzten, zumal der Name FDP bei aller Farblosigkeit, die etwa Theodor Heuss besonders beklagte[67], gerade jede einseitige Festlegung in dem innerparteilichen Ringen vermied.[68] Widerspruch war außer von der Bremer Demokratischen Volkspartei, die in ihrem Land mit einer unter dem Signum FDP auftretenden liberalen Konkurrenzorgani-

---

u. die Berichte in der liberalen Parteipresse als Quellen zur Verfügung. Als detailreiche, durchaus sachkundige, aber vom Ansatz her zu eng gefaßte Darstellung vgl. Exler Zusammenschluß.

64 Ursprünglich sollte Thomas Dehler diesen Tätigkeitsbericht vortragen; er war jedoch kurzfristig durch Sitzungen des Allgemeinen Redaktionsausschusses des Parlamentarischen Rates verhindert.

65 Niederschrift über d. Vertretertag d. liberalen und demokratischen Partei am 11./12. 12. 1948 in Heppenheim, S. 26f. u. 29ff.; die meisten Debattenbeiträge hatten sich zudem mit der Rede des aus dem Londoner Exil angereisten früheren Vorsitzenden der Deutschen Staatspartei, August Weber, auseinandergesetzt, die sowohl durch ihre Form wie auch durch die vor allem in der Sicht des rechten Parteiflügels provokanten Thesen über Deutschlands Stellung in Europa Mißfallen erregt hatte; Weber erreichte dann auch bei der Wahl am nächsten Tag nicht die für einen Sitz im Vorstand notwendige Stimmenzahl.

66 Ihr Generalsekretär Mayer hatte allerdings Anfang Oktober 1948 zeitweise sondiert, ob nicht der Name „Liberale Volkspartei" eine geeignete Kompromißgrundlage bilden könne; vgl. FDP-DPD-Rdschr. Nr. 6 v. 8. 10. 1948, S. 2 (a.a.O.), Berliner Montags-Echo Nr. 48 v. 22. 11. 1948 u. Rdschr. Nr. 29/48 d. DP Rheinland-Pfalz v. 17. 12. 1948, S. 2 (FNS Akte Heppenheim). Er war mit diesen Überlegungen aber auch in seinem eigenen Landesvorstand – vor allem Heuss erhob Einspruch – nicht auf ausreichende Unterstützung gestoßen; Niederschrift d. Sitzung d. Geschäftsführenden DVP-Landesvorstands am 18. 10. 1948 in Stuttgart, S. 3f. (BA NL Heuss Bd. 407).

67 Ebd., S. 4.

68 Vgl. auch oben S. 258.

sation zu kämpfen hatte[69], vor allem von den hessischen Liberaldemokraten vorgetragen worden, die um keinen Preis auf den Namenspartikel „liberal" verzichten wollten.[70]

Auch in der Besprechung des vorläufigen Gesamtausschusses vor Beginn des Vertretertages waren die Hessen mit ihrem neuen Vorschlag „Liberale Volkspartei" zunächst nur von einer Minderheit, neben Bremen die LDP Berlin, die teilweise von Berlin aus initiierte rheinland-pfälzische Landespartei, Schleswig-Holstein sowie schließlich – nach einigem Zögern – auch Baden, unterstützt worden; dies hätte bei einer Abstimmung des Vertretertages einem Verhältnis von 35 zu 54 Stimmen entsprochen.[71] Es war jedoch für die mehr und mehr fortschreitende Formierung innerparteilicher Flügel und die gespannte Stimmung in Heppenheim höchst symptomatisch, daß sich am Abend noch einmal eine Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse anbahnte, als Franz Blücher den Kompromißvorschlag „Liberale Partei Deutschlands" in die Debatte warf: Nordrhein-Westfalen war nun bereit, mit seinen 17 ausschlaggebenden Stimmen hierfür und damit gegen seinen eigenen Parteinamen zu votieren, wobei das Motiv offenkundig in der gemeinsam mit Hessen verfochtenen betont antisozialistischen und nationalen Linie lag.[72] Erst die ultimative Erklärung des designierten Parteivorsitzenden Theodor Heuss, „daß er nicht in der Lage wäre, dem Vorstand einer Partei anzugehören, die sich LPD nenne", sicherte der Bezeichnung „Freie Demokratische Partei" eine Mehrheit. Zwar gelang es auch jetzt noch nicht, sich auf einen gemeinsamen Vorschlag zu verständigen – als Alternative wurde am nächsten Tag „Liberal-Demokratische Partei" zur Abstimmung gestellt –, aber eine vor aller Öffentlichkeit ausgetragene Kontroverse über den neuen Parteinamen FDP, der schließlich mit 64 gegen 25

69 Schr. d. BDVP an alle Landesverbände u. Vorstandsmitglieder v. 17. 9. 1948; hierzu auch d. Schr. v. Willy Max Rademacher an d. BDVP v. 21. 9. 1948 (beide in: FNS Akte HH/SWH). Zu der besonderen Situation in der Hansestadt ausführlich oben S. 81ff.

70 Schrr. v. August Martin Euler an Franz Blücher v. 21. 9. 1948 (BA NL Blücher Bd. 93), an d. BDVP v. 23. 9. 1948 (FNS NL Dehler Fs. 24) u. an Thomas Dehler v. 24. 9. 1948 (ebd.); vgl. auch FDP-DPD-Rdschr. Nr. 6 v. 8. 10. 1948, S. 1ff. (a.a.O.).

71 Dies wie das Folgende nach der bereits erwähnten Aktennotiz von Carl-Hubert Schwennicke (a.a.O.).

72 Der nordrhein-westfälische FDP-Vorsitzende Middelhauve hatte nämlich am 30. 10. 1948 vor dem Landesausschuß seiner Partei in Hagen ausgeführt: „Eine Einheitlichkeit in der Namensfrage sei bisher noch nicht zu erreichen gewesen. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen habe immer betont, daß er die Frage der Namensgebung nicht für so wesentlich hält, daß daran der Zusammenschluß zur Gesamtpartei scheitert. Da wir eine liberale Partei seien und andererseits betont die deutschen Belange zu vertreten hätten, könnte sich der Landesverband auch mit dem vom Landesverband Hessen vorgeschlagenen Namen ‚Deutsche Liberale Partei' einverstanden erklären." Protokoll, S. 8 (WDS Ia/11). Schwennicke bemerkt zu dieser Frage in seiner Aktennotiz, S. 2 (a.a.O.): „Gegen das Wort ‚liberal' sprechen sich fast ausnahmslos die anwesenden früheren Mitglieder der Staatspartei (DDP) aus. Die Debatte läßt deutlich erkennen, daß hinter der Erörterung der Namensfrage der Streit um die politische Führung innerhalb der neuen Partei steht. Die Gruppe der früheren Staatsparteiler sieht in dem Wort ‚liberal' eine zu enge Verbindung an die frühere ‚national-liberale' (Partei) bezw. ‚DVP'. Sie befürchten, daß mit dem Wort ‚liberal' zugleich ein zu stark betonter nationaler Kurs der Partei verbunden sein könnte. Es zeigt sich deutlich, daß die gleichen Gegensätze, die im November '18 vorhanden waren und zur Gründung der DDP und der DVP geführt haben, in ähnlicher Form auch jetzt wieder im Hintergrund der Erörterung stehen."

Stimmen angenommen wurde, konnte in letzter Minute vermieden werden.

Die Hessen hatten sich allerdings zuvor als Gegenleistung für ihr partielles Einlenken der nordrhein-westfälischen und niedersächsischen Unterstützung bei der Vorstandswahl versichert: In der Parteiführung, so die Absprache der den rechten Flügel bildenden Landesverbände, dürfe es „kein Übergewicht der ehemaligen Staatsparteiler" geben.[73] Tatsächlich traten dann am 12. Dezember bei den Personalentscheidungen die Bruchlinien, die quer durch die neue liberale Partei verliefen, offen zutage. Schon bei der Wahl von Heuss zum ersten Bundesvorsitzenden fiel die hohe Zahl von 15 Enthaltungen bei nur 72 Ja-Stimmen auf – jedenfalls im Vergleich zu den 81 Stimmen, die sein Stellvertreter Blücher auf sich vereinigen konnte, oder gar zu den 89 Stimmen, mit denen der Berliner Landesvorsitzende Schwennicke und der führende Kopf des Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern, Wildermuth, in den geschäftsführenden Vorstand gewählt wurden.[74] Zum Eklat aber kam es, als der engste Mitarbeiter von Heuss, Ernst Mayer, mit lediglich 31 Stimmen keinen Vorstandssitz zu erringen vermochte; auch ein Antrag Haußmanns, Mayer, der nach den getroffenen Absprachen als der maßgebliche Organisator der Bundespartei vorgesehen war, wenigstens als geschäftsführendes Vorstandsmitglied nachzuwählen, verfiel mit nur 40 Ja-Stimmen der Ablehnung.[75] Die Gründe für die massiven Widerstände gegen Mayer, die sich in diesen beiden Abstimmungen manifestierten, liegen sicherlich zum einen in der ihm eigenen Neigung zur pointierten Aussage, in der unverhüllten Schärfe, mit der er – teilweise auch vor aller Öffentlichkeit – den nationalen Sammlungskurs Hessens, Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens kritisiert hatte.[76] Zum anderen aber sollte offenkundig mit ihm angesichts seines bekannten engen Vertrauensverhältnisses zu Heuss[77] der eben erst gewählte Parteivorsitzende getroffen werden; da eine direkte Konfrontation im Augenblick des Parteizusam-

73 Aktennotiz v. Schwennicke, S. 3 (a.a.O.).

74 Ebd., S. 4; vgl. auch Mitteilungsblatt Nr. 90 d. DP Baden v. 14. 12. 1948 (Akten Stahl) u. Rdschr. Nr. 29/48 d. DP Rheinland-Pfalz v. 17. 12. 1948 (FNS Akte Heppenheim). Schwennicke war wohl nicht zuletzt ein „Blockade-Bonus" zugutegekommen, und für Wildermuth, der ja eigentlich zu dem Kreis um Heuss zu zählen war, soll die Parole „Ritterkreuzträger" ausgegeben worden sein, wie Mayer später bissig bemerkte, Schr. an d. Geschäftsführenden Vorstand d. Landesverbandes Württemberg-Baden v. 15. 12. 1948 (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 196).

75 Aktennotiz v. Schwennicke, S. 4f. (a.a.O.).

76 Vgl. neben entsprechenden Bemerkungen Schwennickes, ebd., S. 6, d. Schr. d. stellvertretenden hessischen Landesvorsitzenden Karl Theodor Bleek an Theodor Heuss v. 25. 12. 1948 (BA NL Heuss Bd. 54) u. v.a. d. Ausführungen von Friedrich Middelhauve vor dem nordrhein-westfälischen FDP-Landesausschuß am 18. 12. 1948 in Düsseldorf, Protokoll, S. 2f. (WDS Ia/11): „Dr. Middelhauve erkannte die organisatorischen Fähigkeiten und auch die politischen Erfahrungen, die Mayer im Laufe von 30 Jahren gesammelt hat, an, wies jedoch nachdrücklich darauf hin, daß Mayer sehr stark an die staatsparteiliche Richtung vor 1933 anknüpft und damit eine Ansicht vertritt, die der politischen Linie Nordrhein-Westfalens, die auf einem neuen, fortschrittlichen Liberalismus aufbaut, wesentlich entgegensteht. Besonders die Rundschreiben, die Mayer in letzter Zeit herausgegeben hat, waren zum Teil inhaltlich unzumutbar und von einer Intoleranz der Auffassung, daß sie durch den LV Nordrhein-Westfalen nicht gutgeheißen werden konnte."

77 Hierüber interessante Bemerkungen in d. Schr. v. Heuss an Bleek v. 14. 12. 1948 (BA NL Heuss Bd. 54).

menschlusses nicht in Frage kam, sollte so wenigstens von vornherein die Position von Heuss und der ihn tragenden Kräfte in der FDP-Führung geschwächt werden.[78]

Nicht zuletzt in diesen beiden Wahlergebnissen hatte sich damit bereits bei der Konstituierung der liberalen Bundesorganisation eine Gewichtsverteilung zwischen den in ihr zusammengeschlossenen Richtungen offenbart, die noch wenige Monate zuvor von jedem unvoreingenommenen Beobachter als bloßes Wunschdenken abqualifiziert worden wäre.[79] Über mehrere Jahre hatte die DVP Württemberg-Baden nahezu unangefochten die Führungsstellung unter den westdeutschen Liberalen beanspruchen können; nun aber, im Augenblick des formellen Zusammenschlusses der liberalen Kräfte, präsentierte sich zur Überraschung vieler eine Partei, deren Vorsitzender Heuss nur mehr ein Aushängeschild zu sein schien, hinter dem Führungsgremien und Mitgliederbasis längst einen ganz anderen Charakter angenommen hatten und in eine ganz andere Richtung weisende Ziele verfolgten.

Entsprechend differenziert fielen die nachträglichen Beurteilungen des Heppenheimer Gründungskongresses aus. Entgegen allen beschönigenden Einheitsbekundungen in der liberalen Parteipresse[80] dominierte dabei in der internen Rückschau eine durchaus kritische Sicht, die sich sehr eingehend auch mit den zu Tage getretenen Konflikten und Fronten auseinandersetzte und nach den Zukunftsperspektiven der neuen Partei fragte. Auf der Rechten überwog bei aller Sorge, ein wieder erstarkter linksliberaler Flügel könne mit seiner „mimosenhafte[n] Empfindlichkeit gegenüber der Betonung eines gesunden Nationalgefühls" die „bisherige Aufwärtsentwicklung" der FDP entscheidend hemmen, ja, sie „wie die ehemalige Staatspartei zu einer bedeutungslosen Splitterpartei bestehend aus einem Kreis intellektueller Persönlichkeiten" zusammenschrumpfen lassen[81], eine positive Einschätzung: „Die Mehrheit scheint die Abkehr vom Liberalismus alter Prägung vollzogen zu haben. Sie hat erkannt, daß wir in einer Revolution aller Werte stehen und es nicht angeht, dort wieder anzuknüpfen, wo die demokratischen Parteien 1933 aufgehört haben", formulierte etwa Friedrich Middelhauve zwei Tage

78 Vgl. zu dieser Einschätzung neben dem eben genannten Brief d. Schr. v. Ernst Mayer an d. Geschäftsführenden württemberg-badischen Landesvorstand v. 15. 12. 1948 (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 196). Wie weit die Bereitschaft, selbst gegen Heuss direkt vorzugehen, auf dem rechten Parteiflügel bereits gediehen war, verdeutlicht die Bemerkung des Remscheider Industriellen Max Dominicus in einem Brief an Franz Blücher v. 20. 12. 1948 (FNS NL Blücher Fs. 6), „daß Herr Heuss eine Verlegenheitslösung sei, die recht bald durch eine endgültige ersetzt werden müsse".

79 Hierzu auch d. ausführliche Darstellung d. Mitglieder- und Wählerentwicklung und der sich aus ihr ergebenden Konsequenzen für die Delegiertenverteilung auf die einzelnen Landesverbände oben S. 216ff.

80 August Martin Euler: Einigkeit macht stark, in: LDP-Kurier Nr. 51 v. 18. 12. 1948; Die Freie Demokratische Partei, in: Bremer Roland Nr. 22 v. Dezember 1948; Eduard Wilkening: Zusammenschluß der Freien Demokraten. Einheit und Freiheit, in: Die Freie Stadt Nr. 12 v. 22. 12. 1948; Zusammenschluß der liberalen demokratischen Parteien, in: Das Neue Baden Nr. 116 v. 14. 12. 1948. Distanzierter lediglich d. Bericht „Freie Demokratische Partei" gegründet!, in: Der Demokrat Nr. 25 v. Dezember 1948, u. e.: Heppenheim, in: Berliner Montags-Echo Nr. 52 v. 20. 12. 1948.

81 Aktennotiz v. Schwennicke, S. 6 (a.a.O.).

nach dem Vertretertag[82], ausdrücklich als „befriedigend" faßte Carl-Hubert Schwennicke sein Urteil zusammen.[83]

Dagegen zog sich auf der Linken durch alle Stellungnahmen ein überaus pessimistischer Grundton. Nicht nur der persönlich unmittelbar betroffene Ernst Mayer, der sich durch die Vorgänge in Heppenheim in seinen Diagnosen und Prophezeiungen vollauf bestätigt sah und in den von ihm schon bekannten Wendungen von dem „Übergewicht der Stahlhelmrichtung" sprach, welche sich auf dem „Weitermarsch nach Harzburg" befinde[84], auch ein in seinen Äußerungen stets weit zurückhaltenderer Politiker wie Theodor Heuss bekannte nun gegenüber Franz Blücher ganz offen seine „wesentliche Sorge [...], daß wir von einem billigen Nationalismus der Phrase überschwemmt werden können. Denn mit diesem saugen wir eine Krise in die Partei hinein."[85] Und der bayerische Landesvorsitzende Thomas Dehler schrieb wenige Wochen später, nach der ersten Zusammenkunft des neuen Bundesvorstands, an Mayer, die Sitzung sei „eine bittere Angelegenheit" gewesen. „Es zeigte sich klar die Frontenbildung Blücher-Schwennicke-Öllers-Euler [...]. Heuß bewertet man als den guten great old man, den man in die Vitrine stellt."[86]

Die Heppenheimer Tagung war aber nicht nur durch den offen zu Tage getretenen innerparteilichen Grunddissens alles andere als die angestrebte Manifestation der Einheit geworden, auch ihr sachlicher Ertrag war auf Grund der unzureichenden Vorbereitung und der politischen Spannungen weit hinter den Erwartungen und Notwendigkeiten zurückgeblieben. Weder eine Parteisatzung noch eine programmatische Plattform[87] hatten verabschiedet werden können; ebenso war in wichtigen Streitfragen von höchster politischer Aktualität wie etwa hinsichtlich der Grundgesetzberatungen wegen der offenkundigen Unvereinbarkeit der Standpunkte bewußt auf eine Entscheidungsfindung verzichtet worden.[88] Der neugewählte Bundesvorstand sah sich also mit dem Auftrag, für diese Probleme bis zu einem in drei Monaten einzuberufenden Parteitag konsensfähige Vorlagen zu formulieren[89], sogleich vor ein gewaltiges Arbeitspensum von erheblicher innerparteilicher Sprengkraft gestellt.

---

82 In einem nicht namentlich gezeichneten, an einen programmatischen Entwurf angehängten Text v. 14. 12. 1948, der nach Überlieferungszusammenhang und Stil nur von Middelhauve selbst stammen kann (HStA Düsseldorf NL Middelhauve Fs. 427).

83 Aktennotiz, S. 7 (a.a.O.).

84 „Widersetzt sich Heuss", so fuhr Mayer fort, „– und das wird er tun –, dann wurde am Sonntag in Heppenheim nicht die Vereinigung, sondern die Spaltung beschlossen." Schr. an d. Geschäftsführenden württemberg-badische Landesvorstand v. 15. 12. 1948 (HStA Stuttgart NL Maier Bd. 196).

85 Schr. v. 23. 12. 1948 (BA NL Heuss Bd. 54).

86 Schr. v. 14. 1. 1949 (FNS NL Dehler Fs. 41).

87 Der neue Bundesvorstand veröffentlichte lediglich eine als „Heppenheimer Proklamation" bezeichnete, sieben Punkte umfassende „Erklärung zu dringlichen Tagesfragen der deutschen Politik", abgedruckt in: Juling, Programmatische Entwicklung, S. 86f.

88 Middelhauve führte hierzu vor dem Landesausschuß seiner Partei am 18. 12. 1948 in Düsseldorf aus, Protokoll, S. 3 (WDS Ia/11): „Verschiedene Fragen sind aber nicht angeschnitten worden, weil durch die zu erwartenden Auseinandersetzungen die eben erst erfolgte Vereinigung in ein ungünstiges Licht gerückt worden wäre."

89 Aktennotiz v. Schwennicke, S. 6 (a.a.O.).

Sicherlich am wenigsten ist die Aufgabenbewältigung im Programmatischen gelungen, trafen doch hier die innerparteilichen Differenzen zusammen mit der quer durch die Führungsgremien verbreiteten Auffassung, daß sich eine Partei primär durch ihre konkrete politische Arbeit definiere.[90] Allerdings war zweifellos mit der württemberg-badischen Konzeption einer auf noch relativ fest umrissenen politisch-sozialen Milieus aufbauenden liberalen Mittelpartei der weitgehende Verzicht auf programmatische Festlegungen der eigenen Position eher zu vereinbaren als mit dem Modell einer Partei, für die geradezu konstitutiv war, daß sie eine politisch und sozial heterogene Anhängerschaft durch die Propagierung weniger Leitgedanken zu gewinnen und zu binden suchte. Beiden parteipolitischen Konzepten konnte jedenfalls der von dem Berliner Vorstandsmitglied Hans Reif vorgelegte Entwurf[91] am wenigsten entsprechen, mußte doch sein entschiedener linksliberaler Grundton nach Weimarer Muster die eine Seite des Vorstands zu energischem Widerspruch herausfordern, ohne daß auf der anderen Seite große Neigung bestanden hätte, eine weitere innerparteiliche Konfrontation heraufzubeschwören für relativ abstrakte Programmsätze, von deren Nützlichkeit man – bei zudem einzelnen sachlichen Bedenken – ohnehin nicht überzeugt war.[92]

Die schließlich auch für den Bundesparteitag vorbereitete Lösung bestand vielmehr darin, unter fortdauernder Ausklammerung der innerparteilichen Divergenzen in den Grundanschauungen eine Reihe von Entschließungen zu einzelnen, aktuell umstrittenen Problemen der deutschen Politik durch Fachausschüsse entwerfen und durch den Parteitag verabschieden zu lassen. Die bei diesem Verfahren gegebene Flexibilität bei der Themenwahl und die Konkretheit der Formulierung erleichterten die Kompromißfindung und machten es zugleich möglich, den Erfordernissen des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes gerecht zu werden. Zum Beispiel kam der Beschluß Nr. 10 der sogenannten Bremer Plattform[93] zu den Enteignungs- und Sozialisierungsbestimmungen des Grundgesetzes wenigstens partiell dem Bestreben des rechten Flügels entgegen, die FDP als die antisozialistische Kraft im westdeutschen Parteiensystem herauszustellen, während er umgekehrt dem linken Flügel durch die Beschränkung auf jene primär verfassungsrechtliche Argumentation, mit der auch die FDP-Fraktion in Bonn die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes abgelehnt hatte, jede politische Handlungsfreiheit beließ. Lediglich bei dem Memorandum zur Flaggenfrage[94] konnte dieses Prinzip nicht funktionieren, weil hier in einem Detailaspekt von allerdings unübersehbarem Symbolwert die gegensätzlichen Grundpositionen mit großer Vehemenz aufeinandertrafen. Schon allein in der Tat-

90 Protokoll d. FDP-Bundesvorstandssitzung am 12./13. 2. 1949 in Bonn, S. 18 (FNS Akte Bundesvorstand): „Dr. Heuss erklärt, daß die Politik der Partei nicht durch ein Programm gemacht wird, sondern durch die Arbeit, die in Bonn und Frankfurt geleistet wird."

91 Undatierter Entwurf eines Parteiprogramms von Hans Reif, (Anfang Februar 1949) (FNS Akte Bundesvorstand).

92 Protokoll über d. FDP-Bundesvorstandssitzung am 12./13. 2. 1949 in Bonn, S. 17f. (ebd.).

93 Abgedruckt bei Juling, Programmatische Entwicklung, S. 93f.

94 Abgedruckt ebd., S. 92.

sache, daß überhaupt eine Debatte und Stellungnahme in dieser Frage gefordert wurde, lag ein direkter Angriff auf die Haltung der FDP-Abgeordneten im Parlamentarischen Rat, die sich einmütig für die traditionellen Farben der deutschen Demokratie ausgesprochen hatten.[95] Der dann unter großen Schwierigkeiten formulierte Beschluß trug denn auch in seinem Bemühen, eine einseitige Option für schwarz-rot-gold oder schwarz-weiß-rot ebenso zu vermeiden wie eine völlige Desavouierung der in Bonn eingenommenen Position, den innerparteilichen Streit lediglich an die Öffentlichkeit, ohne letztlich eine auch nur vorübergehende Vermittlung der divergierenden Standpunkte zu erreichen.[96] Das Defizit der FDP auf dem Gebiet der Grundsatzprogrammatik aber blieb lange über den Bremer Bundesparteitag und das Jahr 1949 hinaus ein entscheidendes Kennzeichen für die innere Zerrissenheit der Partei.

Ein vergleichbares Aufschieben von Entscheidungen und Ausklammern umstrittener Fragen von zentraler Bedeutung war dagegen bei der Ausarbeitung der Parteisatzung und dem Aufbau einer neuen organisatorischen Spitze auf der Bundesebene von vornherein nur sehr bedingt möglich. Dabei hatten auch hier schon lange vor dem Heppenheimer Gründungskongreß die sich in den innerparteilichen Richtungskämpfen gegenüberstehenden Konzeptionen differierende Modellvorstellungen über die Parteistruktur nach sich gezogen und die Formulierung einvernehmlicher Lösungen erschwert.[97] Für die Satzung legte der stellvertretende Hamburger Landesvorsitzende Hermann Schäfer dem Bundesvorstand Anfang Februar 1949 einen Entwurf vor, der das in der britischen Zone ja seit langem favorisierte Konzept des dezentralisierten Einheitsstaates auf die Parteiorganisation übertrug[98]: Schäfers Vorlage ging nämlich von dem Prinzip einer einheitlichen, auf dem einzelnen Mitglied aufbauenden Bundespartei aus. Die Landesverbände waren dementsprechend ihrer exklusiven Stellung als Vermittlungsinstanz zwischen Mitgliedschaft und Parteispitze entkleidet und bildeten nur noch eine von mehreren Formen der Untergliederung (daneben Orts-, Kreis- und Wahlkreisverbände). Zugleich sah der Entwurf weitgehende Aufsichts- und Eingriffsrechte der zentralen Instanzen vor – etwa die Kompetenz des Bundesvorstands, eine Umbildung von Führungsgremien auf der Landesebene zu verlangen, oder sein Recht, bei schwerwiegenden Differenzen

95 Niederschrift d. Vorbesprechung d. FDP-Bundesvorstandes am 9. 6. 1946 in Bremen, S. 5f. (FNS Akte Bundesvorstand).

96 Bereits auf dem Parteitag selbst war gegen Ende der Tagung, nachdem Heuss als Vorsitzender zunächst mit der glatten Weigerung, dem stellvertretenden nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden von Rechenberg das Wort zur Flaggenfrage zu erteilen, versucht hatte, eine öffentliche Debatte zu unterbinden, der Streit in persönlichen Erklärungen von Rechenbergs und Blüchers noch einmal angeklungen; Niederschrift d. Verhandlungen d. FDP-Bundesparteitags am 12. 6. 1949 in Bremen, S. 9 (FNS A1/3-4). Doch auch danach wurde die Auseinandersetzung in vielfältiger Weise fortgeführt; vgl. etwa d. Schr. d. Hamburger Landesvorsitzenden Willy Max Rademacher an d. Bundesvorstand u. d. Landesverbände d. FDP v. 18. 6. 1949 (ebd.) u. Franz Blücher: Flaggenstreit?, u.a. in: Freie Deutsche Presse Nr. 27 v. 9. 7. 1949.

97 Vgl. zu den parallelen Auseinandersetzungen um die Parteifinanzierung ausführlich oben S. 245ff.

98 Undatierter Entwurf zu einer Satzung der Freien Demokratischen Partei (FNS Akte Bundesvorstand).

mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit sogar die Auflösung eines Landesverbandes verfügen zu können. Nicht zuletzt aber zog sich durch Schäfers Paragraphen die Tendenz, den politischen Einfluß der Landesparteiführungen wesentlich zurückzudrängen; das Parteitagsstimmrecht sollte auf Vertreter der Kreisverbände übertragen werden und die Nominierung der Kandidaten für Landes- wie Bundeswahlen durch die Wahlkreisorganisationen erfolgen. Den Landesvorsitzenden verblieb lediglich ihr Mandat im Gesamtvorstand der Partei, dessen politische Gewicht allerdings gleichzeitig durch eine erhebliche Vergrößerung zugunsten des geschäftsführenden Bundesvorstands vermindert worden war.

Obwohl in Schäfers Konstruktion durchaus auch die Chance gesehen werden konnte, durch das Aufbrechen des starren Gegeneinanders ganzer Landesverbände die innerparteiliche Konfrontation zumindest abzubauen, wenn nicht gar ganz zu überwinden, überwog doch vor allem bei den süddeutschen Liberalen die Sorge, hier werde einer Gleichschaltung der FDP im Sinne einer der miteinander ringenden Richtungen der juristische Boden bereitet. „Jeder Führungsgesichtspunkt ist unnötig und gefährlich", faßte Hans Reif in der Satzungsdebatte des Bundesvorstands am 12. Februar 1949 diese auch von Heuss und Dehler sogleich vorgebrachte Kritik unmißverständlich zusammen.[99] Ebenso richteten sich die Bedenken jedoch gegen die Gesamtkonzeption des Schäferschen Entwurfs: „Die Reichspartei besteht nicht aus Einzelmitgliedern, sondern aus Landesverbänden", betonte der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende Linnert[100]; und Dehler sekundierte ihm: „Der entscheidende Akzent muß auf den Landesverbänden, als den eigentlichen Trägern des Parteilebens, liegen."[101] Das mit diesen Worten zugleich umrissene Alternativmodell der süddeutschen Vertreter für die Struktur der Bundespartei resultierte nur zum Teil aus ihrer föderalistischen Grundhaltung; es war vielmehr auch eine zwingende Konsequenz der von ihnen vertretenen Konzeption einer liberalen Milieupartei. „Wir Liberalen und Demokraten [...]", so hatte DVP-Generalsekretär Ernst Mayer schon vor der Heppenheimer Tagung geschrieben[102], „erkennen an, daß in einem verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Milieu, in einem anderen geistigen Klima und aus verschiedenen landsmannschaftlichen Temperamenten heraus der Klang des Wortes Freiheit und die Ausdeutung des Begriffes Einheit verschieden sind." „‚Einheit in Freiheit'" müsse daher „auch im Parteipolitischen" das Ziel lauten, und das Ergebnis des Gründungsprozesses müsse eine Partei „der Vielfalt und des respektierten Eigenlebens" sein, keine „gesinnungs-uniforme Einheit als Machtinstrument einer machtlüsternen Parteiführung".

99 Protokoll d. FDP-Bundesvorstandssitzung am 12./13. 2. 1949 in Bonn, S. 3 (ebd.).
100 Ebd., S. 3.
101 Ebd., S. 5.
102 Sinnbild deutscher Tragik. Von Heppenheim bis Heppenheim, in: Das neue Vaterland Nr. 28 v. Dezember 1948.
103 Vgl. entsprechende Forderungen Blüchers und Eulers, Protokoll v. 12./13. 2. 1949, S. 6 (a.a.O.).

Demgegenüber verteidigten die Sprecher des rechten Parteiflügels, von Blücher über Euler, Oellers und von Rechenberg bis hin zu Schwennicke, nahezu vorbehaltlos den Satzungsentwurf Schäfers. Wenn sie von dessen Formulierungen abwichen, dann nur im Sinne noch schärferer Eingriffsrechte der Bundesorgane in die Landesverbandspolitik.[103] Ihr leitender Gesichtspunkt, daß nämlich – nach den Worten Blüchers – „bei den einzelnen Landesverbänden kein Abweichen von den grundsätzlichen politischen Linien geduldet werden" könne[104], spiegelte sehr genau die politischen und parteistrukturellen Erfordernisse eines nationalen Sammlungskurses wider. Allerdings deutete sich in der Neigung auch mancher Landesvorsitzenden des rechten Flügels, den in den vorangegangenen Jahren weitgehender Selbständigkeit gewachsenen Besitzstand nicht ohne weiteres völlig zugunsten der neuen Bundespartei preiszugeben[105], bereits ein Weg des Kompromisses in der Satzungsfrage an.

Tatsächlich gelang es dem Bundesvorstand auf seiner Sitzung am 2. April 1949, für die ein Unterausschuß eine schon weitgehend revidierte Fassung erarbeitet hatte, relativ problemlos, sich auf einen Satzungsentwurf zu verständigen[106], der dann auch in den Bremer Vorstandsbesprechungen Anfang Juni nur noch unwesentlich geändert wurde.[107] Zwar war auf den ersten Blick eine Reihe von zentralistischen Elementen – der Aufbau der Partei vom Einzelmitglied her, der Vorrang der Bundessatzung vor Bestimmungen der Landesverbände sowie, in abgeschwächter Form, auch einige Aufsichts- und Eingriffsrechte des Bundesvorstands erhalten geblieben. Doch als eigentliches Kennzeichen der neuen Satzung mußte gelten, daß die Landesorganisationen wieder eindeutig die Schlüsselstellung im Parteiaufbau einnahmen: Sie allein waren als Untergliederungen in der Satzung verankert, nur über sie und ihre Organe konnte die Bundesparteiführung noch ihren Willen gegenüber den unteren Instanzen durchsetzen, und schließlich war auch ihr Vertretungsmonopol für den Bundesparteitag sowie die einflußreiche Position der Landesvorsitzenden im Gesamtvorstand nach dem Muster der für und seit Heppenheim geltenden vorläufigen Regelungen wiederhergestellt. Die Verständigungsgrundlage aber, auf der man in den Auseinandersetzungen um die Struktur der Bundespartei zu einer für eine breite Mehrheit akzeptablen Lösung gelangt war, hatte sich wiederum ganz aus der konkreten Streitfrage und den hier bestehenden politischen Differenzen und Interessenunterschieden ergeben; auch sie eignete sich also keineswegs als Anknüpfungsmöglichkeit für eine darüber hinausreichende, dauerhaftere Vermittlung des tiefgreifenderen, die Partei belastenden Gegensatzes.

104 Ebd., S. 4.
105 In diese Richtung gingen Bemerkungen von Schwennicke, ebd., S. 6, u. d. niedersächsischen FDP-Vorsitzenden Arthur Stegner, Protokoll d. FDP-Bundesvorstandssitzung am 2./3. 4. 1949 in Bonn, S. 1 (FNS Akte Bundesvorstand).
106 Ebd., S. 1ff.
107 Niederschrift d. Vorbesprechung d. FDP-Bundesvorstands am 9. 6. 1949 in Bremen, S. 4f. (ebd.). Die in Bremen beschlossene Satzung ist abgedruckt in: Flechtheim (Hrsg.), Dokumente, Bd. 1, S. 303ff.

Hinsichtlich des dritten zentralen Themas, mit dem sich der FDP-Bundesvorstand nach dem Heppenheimer Gründungskongreß in fast jeder Sitzung beschäftigen mußte, den Bonner Verfassungsberatungen, war gegenüber der zugespitzten innerparteilichen Situation von Anfang November 1948 zum Jahresbeginn 1949 zunächst eine gewisse Entspannung eingetreten. Am 7. Januar hatten nämlich die FDP-Abgeordneten Becker und Dehler im Parlamentarischen Rat einen Antrag auf Schaffung eines präsidialen Regierungssystems eingebracht und waren damit wenigstens in dieser umstrittenen Frage den Forderungen des rechten Parteiflügels entgegengekommen[108], wenngleich die fehlende Geschlossenheit in der Fraktion[109] der politisch-propagandistischen Verwertung dieses Vorstoßes von vornherein Grenzen setzte und insofern auch die innerparteilichen Kritiker nur sehr bedingt besänftigt werden konnten[110]. Zudem schob sich nun mehr und mehr die Föderalismus-Problematik in den Mittelpunkt des verfassungspolitischen Ringens in der Partei wie im Parlamentarischen Rat. Während hier etwa Theodor Heuss und Thomas Dehler kaum einen Zweifel daran ließen, daß die sich abzeichnende Gestaltung der bundesstaatlichen Ordnung in ihren Augen nicht nur als ein unumgänglicher Kompromiß akzeptabel sei, sondern daß sie – bei aller Kritik, die im einzelnen anzubringen sei – in den Grundzügen auch ihren eigenen Vorstellungen noch entspreche[111], stand sie nach Ansicht vieler norddeutscher Vorstandsmitglieder mit Middelhauve und Oellers an der Spitze in so diametralem Gegensatz zu den verfassungspolitischen Zielsetzungen der Partei, daß schon deshalb eine Zustimmung zu dem Gesamtwerk kaum in Frage kommen könne.[112] Wenn im Februar 1949 dennoch ein offener Bruch zwischen dieser Opposition und der Bonner Fraktion vermieden werden konnte und sich im Vorstand auch keine geschlossene Mehrheit aus den Kritikern um Middelhauve und den gemäßigt zentralistischen Kräften bildete, dann war das in erster Linie auf die von Hermann Höpker-Aschoff in zähem Ringen im Parlamentarischen Rat durchgesetzte Bundesfinanzverwaltung zurückzuführen[113]: Sie wurde in den innerparteilichen Debatten von den Vertretern der im übrigen differierenden Auffassungen einhellig als der entscheidende

108 Vgl. aus d. Fülle d. internen u. öffentlichen Darstellungen dieses Antrags bes. d. Informationsdienst Nr. 7 d. FDP-Fraktion d. Parlamentarischen Rates v. 11. 1. 1949 (FNS Akte FDP-Fraktion im Parl. Rat I), e. (wohl Euler): Präsidial-Demokratie in Bonn beantragt, in: LDP-Kurier Nr. 2 v. 15. 1. 1949, sowie d. Artikel v. Thomas Dehler: Um eine starke Demokratie, in: Freie Deutsche Presse Nr. 3 v. 22. 1. 1949, u. FDP fordert Präsidial-Demokratie, in: Die Plattform Nr. 2 v. 5. 2. 1949.

109 Zur ablehnenden Haltung der vier anderen FDP-Abgeordneten vgl. insb. d. Protokoll d. FDP-Bundesvorstandssitzung am 12./13. 2. 1949, Nachmittagssitzung am 13. 2., S. 3f. u. 8 (FNS Akte Bundesvorstand), u. d. oben S. 331 zitierte Äußerung von Theodor Heuss.

110 Vgl. etwa d. kritischen Artikel gegen die selbstgewählte Vermittlerrolle der Bonner FDP-Fraktion v. Erich Mende: Von der „Mittelpartei" zur Dritten Kraft, in: Die Plattform Nr. 2 v. 5. 2. 1949.

111 Dehler bemerkte u.a. in d. FDP-Bundesvorstandssitzung am 12./13. 2. 1949, Protokoll, Nachmittagssitzung am 13. 2., S. 10 (FNS Akte Bundesvorstand): „Der föderative Charakter, wie er in der Verfassung zum Ausdruck gekommen sei, könne schon vertragen werden."

112 Ebd., S. 6f. u. 8f.

113 Hierzu v.a. Fischer, Finanzverfassung.

Faktor angesehen, der im Grundgesetzentwurf des Parlamentarischen Rates die Tendenz zu einem übersteigerten Föderalismus in mehr oder minder akzeptablen Grenzen halte oder zumindest ein wesentliches Gegengewicht bilde.[114]

Gegenüber der vor allem in Nordrhein-Westfalen nach wie vor besonders ausgeprägten Neigung, in der Kritik an der Arbeit der eigenen Fraktion bis zum Äußersten zu gehen und das Grundgesetz ganz abzulehnen[115], kündigte sich aber auch bereits in ersten Äußerungen eine pragmatischere, sich von den Fronten der bisherigen innerparteilichen Diskussion bewußt absetzende Haltung an: Das vorrangige Interesse müsse sein, so lautete diese Auffassung, so schnell als irgend möglich zu einer handlungsfähigen Regierung für die drei Westzonen zu gelangen; hinter diesem zentralen Gesichtspunkt hätten alle anderen umstrittenen Fragen der Verfassungsgebung letztlich zurückzutreten.[116] In der entscheidenden Abschlußphase der Grundgesetzberatungen nach dem alliierten Memorandum vom 2. März 1949, die vor allem durch die Schwierigkeiten bestimmt waren, den Abänderungswünschen der drei Militärgouverneure in ausreichendem Maße entgegenzukommen und zugleich die breite Mehrheit zu erhalten, die sich bislang im Parlamentarischen Rat für den Grundgesetzentwurf ausgesprochen hatte[117], wurden deshalb in den Debatten der liberalen Führungsgremien nun drei verschiedene Positionen vertreten.

Die Bonner Fraktion stand auch unter den veränderten Bedingungen trotz mancher Abtönungen, die hier zwischen den einzelnen Abgeordneten zu registrieren waren[118], im wesentlichen geschlossen zu dem im Parlamentarischen Rat erzielten Kompromiß; ihr Standpunkt wurde allerdings in der Partei nur von einer, wenngleich zahlenmäßig bedeutenden, Minderheit, nämlich den vier süddeutschen Landesverbänden uneingeschränkt unterstützt.[119] Dagegen war nach Ansicht Middelhauves und der nordrhein-westfälischen Parteiführung mit der von den Besatzungsmächten abgelehnten Bundesfinanzverwaltung gerade jenes Element aus dem Grundgesetzentwurf gestrichen worden, das allenfalls das nega-

114 Vgl. entsprechende Äußerungen von Dehler und Höpker-Aschoff, aber auch Middelhauve, Protokoll d. Bundesvorstandssitzung v. 12./13. 2. 1949, Nachmittagssitzung am 13. 2., S. 3, 6. u. 8.

115 Vgl. d. Protokoll über d. Sitzung d. nordrhein-westfälischen FDP-Landesausschusses am 26. 2. 1949 in Düsseldorf (WDS Ia/11) u. v.a. d. Artikel Schwerwiegende Bedenken gegen Bonner Entwurf, in: Die Plattform Nr. 4 v. 10. 3. 1949, in dem Middelhauve mit den Worten zitiert wird: „Der Bonner Verfassungsentwurf sei ein Sieg für den föderalistischen Gedanken, eine Niederlage für Deutschland, und er könne ihm deshalb für seine Person keine Zustimmung geben."

116 In diesem Sinne in d. Bundesvorstandssitzung am 12./13. 2. 1949, Protokoll, Nachmittagssitzung am 13. 2., S. 8 u. 10 (a.a.O.), zunächst nur Höpker-Aschoff und Rademacher sowie in einem Brief an Middelhauve v. 18. 2. 1949 (HStA Düsseldorf NL Middelhauve Fs. 647) d. württemberg-hohenzollernsche Bundesvorstandsmitglied Eberhard Wildermuth.

117 Hierzu ausführlich Grabbe, Kontroverse, S. 393ff.

118 Vgl. u.a. d. Schrr. v. Max Becker an Thomas Dehler u. Theodor Heuss v. 6. 4. 1949, v. Dehler an Heuss v. 14. 4. 1949 u. v. Höpker-Aschoff an Heuss v. 15. 4. 1949 (alle in: BA NL Heuss Bd. 418).

119 Vgl. d. Berichte über d. entsprechenden Beschlüsse d. badischen u. d. württemberg-badischen Landesvorstands in: Das Neue Baden Nr. 47 v. 26. 4. 1949 u. Der Demokrat Nr. 6 v. 27. 4. 1949.

tive Urteil über ihn noch hätte mildern können – auch dies jedoch in der Gesamtpartei eine deutlich in der Minderheit bleibende Position: In der Bundesvorstandssitzung am 2./3. April 1949 sekundierten Middelhauve nur mehr die Landesvorsitzenden von Niedersachsen und Schleswig-Holstein, Stegner und Oellers.[120] Die überwiegende Mehrheit aber der FDP-Spitze von Wildermuth und Schäfer über Höpker-Aschoff bis zu Blücher und sogar Euler sah den einzigen Ausweg aus der schwierigen allgemeinen wie parteiinternen verfassungspolitischen Auseinandersetzung darin, sich unter Hintanstellung aller sachlichen Bedenken ganz auf das Ziel eines schnellen Abschlusses der Grundgesetzberatungen zu konzentrieren; conditio sine qua non dafür sei jedoch das Festhalten der Freien Demokraten an dem von ihrer Fraktion bisher vertretenen Ja.[121]

Unter diesen Umständen sahen auch Middelhauve und sein Landesverband es nicht länger als politisch sinnvoll an, ihr striktes Nein aufrechtzuerhalten; unter vielfacher Betonung ihrer fortbestehenden Vorbehalte schwenkten sie Ende April 1949 auf die Linie der Parteimehrheit ein.[122] Allerdings war es ihnen zuvor noch gelungen, als Gegenleistung für das nun zu erwartende einheitlich positive Votum der FDP-Landtagsfraktionen zum Grundgesetz die Partei darauf zu verpflichten, sich um eine Gesamtrevision der Verfassung nach Ablauf der ersten Legislaturperiode zu bemühen.[123] Dieser partielle Erfolg des nordrhein-westfälischen Oppositionskurses ließ noch einmal deutlich hervortreten, daß der Kreis derjenigen, die eine Reihe von Kernelementen der neuen Verfassung ablehnten und dem Gesamtwerk nur aus übergeordneten Erwägungen ihre Zustimmung gaben, weit über den rechten Parteiflügel im engeren Sinne hinausreichte, daß mit anderen Worten in der FDP 1949 eine Mehrheit für ein uneingeschränktes Ja zum Grundgesetz nicht zu gewinnen war. Dennoch muß das Ergebnis der verfassungspolitischen Auseinandersetzungen in der FDP – mit Blick gerade auch auf seine längerfristigen Wirkungen – eher als ein Erfolg jener Kräfte gewertet werden, die mit den Württemberg-Badenern an der Spitze für die Konzeption der liberalen Milieupartei eintraten: sicher zum einen, weil auf lange Sicht nur das Ja der FDP zur Verfassung der Bundesrepublik wirklich Bestand hatte und die Schwierigkeiten, diese Zustimmung in der Partei durchzusetzen, bald in Vergessenheit gerieten, zum anderen aber vor allem, weil es der FDP-Fraktion im Parlamentarischen Rat durch ihre Arbeit und ihren politischen Kurs gelungen war, der sonst drohenden eindimensionalen Darstellung der liberalen Partei als antisozialistischer und natio-

120 Protokoll über d. Sitzung d. nordrhein-westfälischen FDP-Landesvorstands am 9. 4. 1949, S. 3 (WDS Ia/5).

121 Niederschrift d. FDP-Bundesvorstandssitzung am 2./3. 4. 1949 in Bonn, S. 3f. (FNS Akte Bundesvorstand).

122 Protokoll über d. außerordentlichen Parteitag d. FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen am 30. 4. 1949 in Düsseldorf, S. 1–5 u. anl. Resolution (WDS Ia/10). Vgl. auch Friedrich Middelhauve: Bonner Verfassung – Ja oder Nein?, in: Die Plattform Nr. 9 v. 10. 5. 1949.

123 Protokoll d. FDP-Bundesvorstandssitzung am 26. 4. 1949 in Bonn, S. 2f. (FNS Akte Bundesvorstand). Zur publizistischen Vertretung dieses Revisionskurses vgl. auch Theodor Heuss: Abschluß-Arbeit, in: Rhein-Neckar-Zeitung Nr. 77 v. 3. 5. 1949.

naler Sammlungsbewegung wirkungsvoll entgegenzutreten und den praktischen Beweis für die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit beiden großen Parteien zu erbringen.

Nach mehrfachen Terminverschiebungen, die sich allerdings vorwiegend daraus ergeben hatten, daß der Parteitag nach der Verabschiedung des Grundgesetzes und vor der Bundestagswahl abgehalten werden sollte[124], trafen am 11. Juni 1949 174 Delegierte und 22 Vorstandsmitglieder im Bremer Rathaus zum ersten Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei zusammen. Nennenswerte Verschiebungen in der Delegiertenverteilung und damit in den innerparteilichen Kräfteverhältnissen hatten sich gegenüber dem Heppenheimer Gründungskongreß nicht ergeben.[125] Dennoch stand die Bremer Tagung von vornherein unter günstigeren Vorzeichen. Durch zahlreiche Bundesvorstandssitzungen in den vorangegangenen Monaten sowie dann noch einmal durch dreitägige intensive Vorbesprechungen der Parteispitze in Bremen selbst war sie unvergleichlich besser vorbereitet. In einer Vielzahl von umstrittenen Fragen war es – sei es auch nur durch das Ausklammern grundsätzlicher Auffassungsunterschiede, sei es mit Beschlüssen, die letztlich auf allen Seiten ein tiefes Unbehagen zurückließen – gelungen, Kompromisse zu erarbeiten, die von einer breiten Mehrheit der Partei getragen wurden. Vor allem aber ging von der bevorstehenden Bundestagswahl ein kaum zu überschätzender Druck aus, Konflikte – zumindest der Öffentlichkeit gegenüber – weitgehend zu vermeiden und sich als geschlossene, handlungsfähige politische Kraft zu präsentieren.

Stärker als in Heppenheim war daher auch die Außenwirkung der Bremer Tagung durch drei grundlegende Referate von Hermann Höpker-Aschoff über Verfassungs- und Außenpolitik, von Franz Blücher über Wirtschafts- und Sozialpolitik und von Theodor Heuss zur Kulturpolitik betont, die eben nicht mehr vornehmlich Arbeitsberichte waren, sondern die jenseits aller internen Kontroversen auch mit Blick auf den Wahlkampf den Standpunkt der FDP markieren sollten.[126] Ebenso wurden in den in Heppenheim noch offengebliebenen Fragen, Verabschiedung einer Satzung und einer programmatischen Plattform, mit Ausnahme des bereits angesprochenen Memorandums zur Flaggenfrage und einer Entschließung zur Entnazifizierungsproblematik die notwendigen Entscheidungen jeweils diskussionslos und einmütig gefällt.[127] Die Tragfähigkeit der demonstrativen Geschlossenheit konnte unter diesen Umständen am ehesten noch bei den Vorstandswahlen unter Druck geraten. Doch auch hier ließen bereits die beiden ersten Abstimmungen – Heuss und Blücher wurden mit 172 bzw. 168 von 177 abgegebenen Stimmen in ihren Ämtern

124 Vgl. d. Niederschrift über d. Sitzung d. Geschäftsführenden FDP-Bundesvorstands am 8. 1. 1949 in Bonn, S. 2 (FNS Akte Geschäftsf. Bundesvorstand), u. Das Neue Baden Nr. 21 v. 19. 2. 1949, Nr. 42 v. 9. 4. 1949 u. Nr. 49 v. 30. 4. 1949.

125 Allerdings waren die neun Vertreter des badischen Landesverbandes aus unbekannten Gründen nicht erschienen; vgl. d. Niederschrift d. Verhandlungen d. FDP-Bundesparteitags am 12. 6. 1949 in Bremen, S. 1 (FNS A1/3-4).

126 Verhandlungen am 11. 6. 1949, S. 1f. (ebd.).

127 Verhandlungen am 12. 6. 1949, passim (ebd.).

bestätigt – die allgemeine Tendenz erkennen. In dieser Atmosphäre gelang es nun auch Ernst Mayer, nachdem sich zuvor schon der Bundesvorstand nicht zuletzt mangels einer personellen Alternative, in der sich in ähnlicher Weise wie bei Mayer politisches Gespür und organisatorisches Geschick miteinander verbanden, darauf verständigt hatte, ihm die Geschäftsführung der Bundespartei zu übertragen[128], in den Geschäftsführenden Bundesvorstand einzuziehen. Ja, es zeigte sich in den Wahlergebnissen sogar ein leichter Linksruck: Denn während neben Mayer mit dem stellvertretenden hessischen Landesvorsitzenden Bleek ein Mann des Ausgleichs neu in den Vorstand einrückte, wurde Euler nur mit der niedrigsten Stimmenzahl wiedergewählt, und Middelhauve und Oellers verfehlten mit nur 83 bzw. 77 Stimmen gar den angestrebten Vorstandssitz, wenngleich sie als Landesvorsitzende qua Amt weiter dem Gesamtvorstand angehörten.[129] Als der Parteitag am späten Nachmittag des 12. Juni mit einer öffentlichen Kundgebung, auf der neben Heuss und Blücher auch der Berliner Landesvorsitzende Schwennicke sprach, ausklang, konnte der Versuch, den nun im formalen Sinne zu seinem Abschluß gelangten Gründungsprozeß der Freien Demokratischen Partei mit einem Kongreß der Geschlossenheit und des politischen Konsenses zu beenden, als weitgehend gelungen gelten.

Allerdings wird man die im Vergleich zur Heppenheimer Tagung so unübersehbare Einigkeit, die die liberale Partei in Bremen demonstrierte, auch nicht überbewerten dürfen. Wenn Franz Blücher rückblickend davon sprach, daß „die Partei seit Heppenheim bedeutend weiter gekommen" sei und daß in ihren Reihen „keine Gegensätze in der Sache, sondern nur gradueller Art vorhanden" seien[130], war das letztlich doch mehr ein Appell als eine Zustandsbeschreibung. Kritische Beobachter wie der Hamburger Landesvorsitzende Willy Max Rademacher hoben auch nach Bremen als zentralen Aspekt des Einigungsvorgangs das Ringen zweier diametral entgegengesetzter innerparteilicher Richtungen hervor.[131] Dieser Grundkonflikt war durch die nicht zuletzt ganz situationsbedingte Bereitschaft zum Kompromiß, die in der Vorbereitung und im Ablauf des Bremer Parteitags überwogen hatte, weder völlig ausgeräumt noch auch nur partiell ausgeglichen worden.

Nach wie vor standen den bei der Gründung zunächst dominierenden, an die jeweilige regionale liberale Parteitradition anknüpfenden Kräften, die sich für eine Partei der Mitte und für einen Kurs des politischen und sozialen Ausgleichs engagierten, die entschiedenen Protagonisten einer

128 Niederschrift d. Vorbesprechung d. FDP-Bundesvorstands am 9. 6. 1949 in Bremen, S. 2f. (FNS Akte Bundesvorstand). Am 12. Februar hatte der Vorschlag Rademachers, die organisatorische Spitze der Partei vorläufig nach Stuttgart zu Ernst Mayer zu verlegen, noch heftigen Widerspruch Eulers und des rechten Parteiflügels ausgelöst; vgl. d. Protokoll d. FDP-Bundesvorstandssitzung am 12./13. 2. 1949 in Bonn, S. 10f. (ebd.).

129 Niederschrift d. Verhandlungen d. FDP-Bundesparteitags am 12. 6. 1949 in Bremen, S. 2f. (FNS A 1/3-4).

130 Niederschrift d. Sitzung d. FDP-Hauptausschusses am 2. 7. 1949 in Frankfurt am Main, S. 3 (FNS A 12/1).

131 Schr. an d. Bundesvorstand u. alle Landesverbände v. 18. 6. 1949 (FNS A 1/3-4).

antisozialistischen und nationalen Sammlungsbewegung gegenüber. Immer noch war die FDP in erster Linie ein Kartell weitgehend unabhängiger Landesorganisationen, deren Profil und konkrete Politik zwischen den beiden eben skizzierten Polen sich vornehmlich nach den je verschiedenen regionalen Bedingungen und parteipolitischen Konstellationen richtete. Und in noch unvermindert zunehmendem Maße verschärfte sich jene krisenhafte Entwicklung des Lizenzparteiensystems, auf der der Aufschwung des rechten Parteiflügels beruhte und durch die die gemäßigten Kräfte gerade im Zuge der Konstituierung der Bundespartei in die Defensive und in eine Minderheitsrolle gedrängt worden waren.

Die unverminderte Virulenz dieser Kernprobleme wurde, trotz des erheblichen Konsensdrucks, der in dieser Situation bestand, nicht zuletzt im Wahlkampf zum ersten Deutschen Bundestag von neuem deutlich. So sehr in der Partei von ganz rechts bis ganz links Übereinstimmung darin bestand, daß es in der Wirtschaftspolitik keine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie geben könne, so vielfältig und weit gespannt war dennoch das Bild, das die FDP der Wählerschaft in den einzelnen Ländern bot: Während Blücher und Middelhauve sich in Nordrhein-Westfalen bemühten, die bürgerlichen Parteien zu einem antikollektivistischen Block gegen die SPD zusammenzuführen[132], kämpfte ein Thomas Dehler in Bayern entschieden gegen den föderalistischen Kurs der CSU[133]. Den Wahlabsprachen zwischen CDU und FDP in Hamburg[134] stand die klare Frontstellung der südwestdeutschen Liberalen gegen die christlich-demokratische Kultur- und Schulpolitik gegenüber[135]. Vor allem aber wurde das offene Bündnis, das der hessische Landesverband unter Führung Eulers mit rechtsradikalen Kräften eingegangen war[136], vom Parteivorsitzenden Heuss, wenn auch nicht in der Öffentlichkeit, so doch parteiintern, auf das Schärfste mißbilligt.[137] Insofern traf bereits jetzt weitgehend jene Charakterisierung zu, die der Schweizer Publizist Fritz René Allemann dreieinhalb Jahre später, auf dem Höhepunkt der innerparteilichen Auseinandersetzungen über die FDP formulierte: „Von den Ideen eines Rathenau oder eines Friedrich Naumann bis zu jener ‚Harzburger Front', die Hugenberg und Hitler verklammerte, ist ein weiter Weg; man kann ihn zurücklegen, ohne den Bereich der FDP zu verlassen."[138]

---

132 Vgl. bes. Blüchers Äußerungen am 1. 7. 1949 vor dem FDP-Hauptausschuß in Frankfurt am Main, Niederschrift, S. 3 (FNS A 12/1).
133 Vgl. seine Rede vor dem außerordentlichen FDP-Landesparteitag am 16./17. 7. 1949 in Würzburg, Protokoll, S. 1f. (FNS NL Dehler Fs. 33).
134 Dazu ausführlich oben S. 96f.
135 Vgl. Adam, Politischer Liberalismus, S. 227ff.
136 Dazu im einzelnen oben S. 65f.
137 Vgl. seine Schrr. an Karl-Theodor Bleek v. 27. 7. 1949 (BA NL Heuss Bd. 54) u. an Franz Blücher v. 12. 8. 1949, abgedruckt bei Henning (Hrsg.), Briefwechsel Heuss/Dehler, S. 33ff.
138 Allemann, Parteiensystem, S. 379.

Schlußbetrachtung

Von einer kraftvollen Renaissance des Liberalismus, von einem erneuten Siegeszug seiner Ideen und Konzeptionen war in Deutschland unmittelbar nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes, in der Zeit eines allmählich wiederentstehenden demokratischen Lebens wenig zu spüren. Ohne Zweifel hatte das Erlebnis einer zutiefst inhumanen Diktatur entscheidend dazu beigetragen, zentrale, ursprünglich von der liberalen Bewegung formulierte Grundsätze wie jene der individuellen Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit mehr denn je zum Allgemeingut aller bestimmenden politischen Kräfte werden zu lassen. Für das liberale Ideengebäude in seiner Gesamtheit, etwa die vielfach zu seinen Fundamenten gerechneten wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen, galt dies jedoch in den ersten Nachkriegsjahren keineswegs. „Man ist [..] heute etwas unsicher", meinte selbst Theodor Heuss Anfang 1946[1], „ob man das Wort Liberalismus überhaupt in den Mund nehmen soll. [...] Das Wort Sozialismus hat die Zeit viel besser, man könnte fast sagen, merkwürdig gut überstanden, wenn freilich es durch vielfachen Gebrauch von mannigfacher Seite auch ziemlich ramponiert wurde."

Es war vielmehr ein starkes Element der Beharrung, der gerade auch personellen Kontinuität einer politisch-sozialen Bewegung von so gewichtiger Tradition, das den politischen Neubeginn bürgerlich-liberaler Kreise zunächst prägte und wesentlich trug. Mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung traten dann jene Kräfte hinzu, die aus einer überwiegend defensiv bestimmten Position heraus im Lager der Liberalen blieben oder auch neu zu ihm fanden. Schauplatz dieser Vorgänge war im Sommer und Herbst 1945, bedingt durch die schwierige Kommunikationssituation, die spezifischen sozialen Verhältnisse bei Kriegsende und die Politik der Besatzungsmächte, zumeist die lokale Ebene; erst bis gegen Jahresende folgte der Schritt auf die Landesebene, die dann während der ganzen Nachkriegszeit der entscheidende Bezugspunkt der Parteien blieb. Trotz aller von Stadt zu Stadt, vor allem aber zwischen den verschiedenen Regionen bestehenden Unterschiede und Abtönungen schälten sich dabei zwei Grundmuster von Parteigründungen heraus, deren Differenzierung sich in nahezu allen bedeutenden Konflikten der folgenden Jahre fortsetzen sollte.

Besonders in den südwestdeutschen Ländern und in den Hansestädten, in den traditionell stärker linksliberal ausgerichteten Hochburgen, zeigte sich eine im Vergleich zur ausgehenden Weimarer Republik erstaunliche Reorganisationsfähigkeit der liberalen Partei. Personell wie auch konzep-

1 Bindung und Freiheit. Rede auf dem demokratischen Dreikönigstag am 6. 1. 1946 in Stuttgart, abgedruckt in: ders., Aufzeichnungen, S. 176.

tionell deutlich anknüpfend an die jeweilige DDP-Landesorganisation schritt man hier meist auf sehr direktem Wege zur Gründung einer dezidiert liberalen Partei der Mitte, des politischen und sozialen Ausgleichs. Dies bedeutete zunächst eine entschiedene Absage an die 1945/46 vielfach diskutierten Sammlungsbemühungen und besonders an jede Form eines antisozialistisch akzentuierten Bürgerblockdenkens, sei es nun die Zusammenarbeit mit dem Zentrum und die Überwindung der gerade das bürgerliche Lager teilenden Konfessionsgrenze, sei es die Bildung einer liberal-konservativen Bürgerblockpartei im engeren Sinne unter Einschluß von Kräften aus der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei. Stützen konnte sich der recht selbstbewußt vertretene Anspruch auf parteipolitische Eigenständigkeit auf eine in diesen Ländern vielerorts im Kern noch erhaltene bürgerliche Lebenswelt, auf ein spezifisch bürgerlich-liberales, sich von dem konservativ-konfessionellen und dem sozialdemokratischen Einzugsbereich deutlich abhebendes sozialkulturelles Milieu.

Zugleich stand diese Milieuorientierung und -bindung liberaler Politik in engem Zusammenhang mit den besonderen Lebensbedingungen und politisch-sozialen Verhältnissen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die allgemein schwierige Kommunikationssituation, die weitgehende lokale Begrenzung des politischen Neuanfangs, die Überlastung weitester Kreise der Bevölkerung mit den Problemen der alltäglichen Not, die extreme Mobilisierung eines großen Teils der deutschen Gesellschaft – all dies und manche ähnliche Faktoren begünstigten bei den Parteigründungen jene Kräfte, die sich in ihrer angestammten Heimat und in ihrem gewachsenen Beziehungsgeflecht aufhielten und sich auch von ihren persönlichen Lebensverhältnissen her eine politische Betätigung „leisten" konnten, im bürgerlich-liberalen Bereich also den klassischen Typus des Honoratiorenpolitikers. Entgegen dem langfristigen und ja vor 1933 bereits weit fortgeschrittenen Auflösungsprozeß trat damit nach 1945 zunächst eine neuerliche Befestigung und Stärkung der überkommenen sozialkulturellen Milieus und der auf sie ausgerichteten Formen von Parteipolitik ein. Sie verschaffte im liberalen Lager eben den überwiegend aus dem Linksliberalismus sich speisenden neuen Landesparteien der Hansestädte und des Südwestens einen deutlichen Entwicklungsvorsprung, wobei allerdings auch die in die gleiche Richtung wirkenden politischen Einflüsse nicht übersehen werden sollten, vor allem die im Zeichen von Entnazifizierung und alliierter Lizenzierungspolitik weitgehende politische Zurückhaltung, wenn nicht gar Abstinenz von Vertretern der früheren Rechtsparteien.

Unter ungleich ungünstigeren Vorzeichen stand der liberale Neuanfang in den anderen Ländern der westlichen Besatzungszonen oder doch zumindest in weiten Teilen von ihnen. Die aus der DDP stammenden Kräfte waren in aller Regel zu schwach, die stärker auf dem rechten Flügel stehenden Liberalen nicht oder noch nicht aktiv genug, schließlich auch die vielfältig zu verzeichnenden Neuansätze zu heterogen, als daß hier ein parteipolitischer Neubeginn möglich gewesen wäre, der sich in

Intensität und Zielgerichtetheit mit jenem in den linksliberalen Hochburgen vergleichen ließe. Doch führte gerade der Eindruck der höchst prekären parteipolitischen Situation des Liberalismus und der starken politischen und sozialen Fragmentierung des Bürgertums hier schon frühzeitig zu Überlegungen, von der Wiederbegründung einer liberalen Partei im herkömmlichen Sinne abzusehen zugunsten einer neuartigen Sammlungsbewegung. In der Bindung der nicht milieugebundenen, nicht durch den politischen Katholizismus und die Parteien der Arbeiterbewegung vertretenen Bevölkerungskreise an die neue Partei, mit Hilfe einer scharf antisozialistischen Akzentsetzung und nicht zuletzt der nationalen Parole, liege – so die vor allem in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen formulierte und propagierte Konzeption – der einzig zukunftsträchtige Weg für die Liberalen.

Ihre eigentliche politische Dynamik und ihre beachtliche Durchschlagskraft gerade auch in den innerparteilichen Auseinandersetzungen vermochte die Konzeption allerdings erst zu entfalten, als sich seit etwa 1947 die spezifische Konstellation, die bei der Konstituierung der Parteien noch bestimmend gewesen war, allmählich aufzulösen begann. Denn erst mit der zunehmenden politischen Betätigung all jener politischen und sozialen Gruppen, die seinerzeit noch durch Maßnahmen der Besatzungsmächte oder auch nur durch die Zeitumstände an einer Mitwirkung bei den Parteigründungen gehindert worden waren, stand das Mitglieder- und Wählerpotential zur Verfügung, auf das die Sammlungsüberlegungen zielten. Ja, die steigenden Aktivitäten von seiten der Flüchtlinge und Vertriebenen, von Politikern der früheren Rechtsparteien und von Vertretern der jüngeren, in ihrem politischen Weltbild so sehr durch das Erlebnis des Nationalsozialismus und des Krieges geprägten Generation offenbarten nachhaltige Integrationsprobleme der zunächst zugelassenen Parteien und führten zu einer tiefgreifenden Krise des Lizenzparteiensystems. Auch bei den Liberalen war der Umbruch bald unübersehbar: Gegenüber den immer vehementer in den Vordergrund drängenden Sammlungsprotagonisten, denen nun in einer ganzen Reihe von Landesverbänden die Führung zufiel, gerieten die zunächst dominierenden gemäßigten, auf die Mitte hin orientierten Kräfte mehr und mehr in die Defensive und in eine Minderheitsrolle.

In der überregionalen Zusammenarbeit der liberalen Landesparteien rückte dieser Konflikt zwischen Milieuorientierung und Sammlungsanspruch jedoch eben erst in einer späteren Phase in den Mittelpunkt. Die Anfänge der Kooperation wurden noch entscheidend durch die teils direkt, teils indirekt von der Berliner LDP-Führung ausgehenden Initiativen und die Auseinandersetzungen um den von ihr vertretenen, auf ganz Deutschland bezogenen Führungsanspruch bestimmt. Dabei schlug sich der Widerstand einer deutlichen Mehrheit der westdeutschen Liberalen gegen jede Unterordnung unter die Berliner „Reichsparteileitung" nicht nur in der Bildung unabhängiger Zonenverbände für das britische und amerikanische Besatzungsgebiet nieder, er verhinderte auch über mehr als anderthalb Jahre die Schaffung einer allseits akzeptierten orga-

nisatorischen Klammer auf der gesamtdeutschen Ebene. Als hartnäkkigster Widersacher der Berliner erwies sich die DVP Württemberg-Baden, stand doch hinter ihrer Obstruktion neben Bedenken gegen den politischen Kurs der sowjetzonalen Parteispitze zugleich ein konkurrierender Führungsanspruch. Als endlich im März 1947 ein Zurückstecken beider Seiten den Kompromiß und eine Einigung möglich machte, kündigte sich in der gefundenen Konstruktion, in dem Nebeneinander von Theodor Heuss und Wilhelm Külz, eines aus den Westzonen und eines aus der SBZ nominierten Parteivorsitzenden, bereits jener Konflikt an, der dann binnen eines dreiviertel Jahres den so mühsam erreichten Zusammenschluß wieder zerbrechen lassen sollte. Weder das persönliche Engagement einzelner führender liberaler Politiker noch auch die traditionell enge Bindung der liberalen Bewegung an den Nationalstaatsgedanken vermochten einer Entwicklung nennenswert entgegenzuwirken, bei der das weltweite Ringen zwischen Ost und West und die sich nicht zuletzt unter diesem Einfluß in großen Schritten auseinanderentwickelnden Interessen und Konzeptionen der deutschen politischen Kräfte auch keinen Raum mehr ließen für eine gesamtdeutsche parteipolitische Zusammenarbeit.

Mit Beginn des Jahres 1948, nach dem Abbruch der Beziehungen zur liberalen Schwesterpartei im sowjetischen Einflußbereich konzentrierte sich die länderübergreifende Kooperation dann ganz auf einen Parteizusammenschluß der westdeutschen Liberalen. Dabei zeichneten sich schon bald zwei konkurrierende Wege zu einer liberalen Bundespartei ab, die in enger Verbindung mit den beiden geschilderten parteipolitischen Gesamtkonzeptionen standen. Der sich nun formierende rechte Parteiflügel drängte auf eine schnelle Parteikonstituierung und knüpfte politisch wie organisatorisch vor allem an der Arbeit der FDP-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat an: Primär als Vorkämpferin der freien Marktwirtschaft, als Sammlungsbewegung der antisozialistischen Kräfte sollte sich die neue liberale Partei verstehen. Dem hatten die linksliberal ausgerichteten Landesverbände mit der DVP Württemberg-Baden an der Spitze außer einer zeitweiligen Behinderung der Kooperationsanstrengungen und dem Beharren auf einem schrittweisen, sorgfältig abgestimmten Vorgehen zunächst wenig entgegenzusetzen. Erst mit dem Zusammentreten des Parlamentarischen Rates Anfang September 1948 änderte sich dieses Bild: Daß eine liberale Partei in Verfassungsberatungen zu besonderer Verantwortung aufgerufen sei und ihr die entscheidende Vermittlungsaufgabe zwischen den beiden großen Flügelparteien zufalle, war nicht nur die Leitlinie, die die Bonner FDP-Fraktion ihrem Wirken zugrunde legte; es umriß auch weitgehend die Zielsetzungen, die die gemäßigten Kräfte der Partei überhaupt zugedacht hatten.

Die grundlegenden politischen Differenzen zwischen den westdeutschen Liberalen haben sich allerdings dadurch im Zuge der intensiveren Zusammenarbeit keineswegs abgeschliffen, sondern eher noch verstärkt. An dieser zugespitzten innerparteilichen Konfrontation ist dann der Hep-

penheimer Gründungskongreß am 11./12. Dezember 1948 weitgehend gescheitert. Zum einen gelangten die Liberalen über den Konstituierungsakt selber, über die Formierung der Freien Demokratischen Partei auf der Bundesebene de facto nicht hinaus. Zum anderen endeten die Vorstandswahlen, in denen sich zudem die inzwischen entgegen allen Erwartungen zur Mehrheit angewachsene Stärke des rechten Parteiflügels niederschlug, in offenem Dissens.

Die schwierige Aufgabe, auf dem Felde der Programmatik und der Parteiorganisation sowie in den aktuellen verfassungspolitischen Streitfragen die in Heppenheim versäumten Entscheidungen nachzuholen oder doch zumindest konsensfähige Vorlagen für den ersten Bundesparteitag zu formulieren, hat dann der neue Bundesvorstand im wesentlichen zu bewältigen vermocht – allerdings stets nur in einer ganz auf die jeweilige Situation und das konkrete Problem bezogenen Weise und unter Ausklammerung aller grundsätzlichen Auffassungsunterschiede. Auch der Bremer Parteitag Mitte Juni 1949 war daher, obwohl er sich in der hier nach außen demonstrierten Geschlossenheit so offenkundig von der Heppenheimer Tagung unterschied und obwohl nun im formalen Sinne der Konstituierungsprozeß der Freien Demokratischen Partei zum Abschluß gekommen war, lediglich eine weitere Zwischenstation in dem Ringen der beiden die Partei prägenden Richtungen.

Daß sie überhaupt in einer gemeinsamen Partei zusammengefunden hatten und daß damit nach 1945 eine Neuauflage der parteipolitischen Zerrissenheit des deutschen Liberalismus vermieden worden war, beruhte sicherlich auch auf gemeinsamen Grundüberzeugungen, die bei aller Betonung des innerparteilichen Konflikts nicht übersehen werden dürfen – angefangen von der zentralen politischen Maxime der individuellen Freiheit über die gerade 1948/49 so wichtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen bis hin zur Kultur- und Schulpolitik. Mehr noch aber erklärte es sich aus den konkreten Entstehungszusammenhängen und der Entwicklung der Partei in den ersten Nachkriegsjahren: Denn ohne die zunächst ganz eindeutig die linksliberalen Kräfte begünstigenden Ausgangsbedingungen und ohne das relativ lange selbständige Wirken der liberalen Landesparteien war die neu gewonnene Einheit nicht denkbar. Zu der Kooperation unter dem Dach einer gemeinsamen Partei gab es letztlich bei nüchterner Betrachtung keine Alternative mehr, mußte doch jeder Versuch einer Entscheidung zwischen den beiden Richtungen angesichts ihrer extrem ungleichmäßigen regionalen Kräfteverteilung unmittelbar an die Substanz der Partei rühren. Die darin liegende ungeheure Gefahr für die Freie Demokratische Partei bildete so zugleich die wichtigste Klammer für ihren Zusammenhalt. Dennoch war die Möglichkeit, daß es zu dem Versuch eines Entscheidungskampfes und dem dann wahrscheinlichen Auseinanderbrechen der FDP kommen würde, nach wie vor gegeben – jedenfalls solange die politisch-soziale Entwicklung, die der Krise des Lizenzparteiensystems zugrunde lag, die innerparteiliche Gewichtsverteilung zugunsten des rechten Parteiflügels zu verschieben und seine politische Konzeption zu bestätigen schien.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Ungedruckte Quellen

Friedrich-Naumann-Stiftung, Archiv des deutschen Liberalismus, Gummersbach (FNS)

Bestand Amerikanische Besatzungszone

- Bremen 1945–1949
- Hessen 1945–1949
- Nordwürttemberg-Nordbaden 1945–1949
- Zonenverband 1946–1948

Bestand Britische Besatzungszone

- Rundschreiben/Informationen
- Organisation/Finanzen
- Staat und Verfassung/Außenpolitik
- Pressearbeit/Nannen/Abendpost
- Wirtschaftspolitischer Ausschuß 1947–1949
- Programme/Satzungen
- Archivmitteilungen, I/II
- Krekeler FDP-Presse 1947–1948
- Protokoll d. 1. Parteikongresses Bad Pyrmont 1946

- Hamburg/Schleswig-Holstein 1945–1949
- Niedersachsen 1945–1948
- Nordrhein-Westfalen 1945–1948
- Lokale Parteigründungen Nordrhein
- Lokale Parteigründungen Westfalen
- Nordrhein-Westfalen Frühgeschichte
- Landesverband Westfalen, I/II
- Landesverband Nordrhein, I/II
- Nordrhein-Westfalen 1947
- Nordrhein-Westfalen Programme

Bestand Französische Besatzungszone

- LP Rheinhessen 1946/47
- SV Pfalz 1946–1948, I/II
- DP Rheinland-Pfalz 1947–1948, I/II
- Süd- und Mittelbaden 1946–1951
- Südwürttemberg-Hohenzollern 1948
- Arbeitsgemeinschaft der Demokratischen Parteien

Bestand Berlin/Sowjetische Besatzungszone

- LDP/FDP Berlin (West) Korrespondenz 1947–1948
- LDP der SBZ 1945–1950, I/II

Länder- und zonenübergreifende Provenienzen

- Landesverbände vor 1949
- FDP-Fraktion im Wirtschaftsrat
- FDP-Fraktion im Parlamentarischen Rat, I–III
- DPD Koordinierungsausschuß 1946–1948
- Gründung der Bundespartei Heppenheim 1948

A 1/3-4 – 1. ordentlicher Bundesparteitag Bremen 1949
A 12/1 – Bundeshauptausschuß 1949

- Geschäftsführender Bundesvorstand 1949–1951
- Bundesvorstand (Gesamtvorstand) 1949
- Wirtschafts- und sozialpolitische Vereinigung

A 3 Teilnachlaß Franz Blücher

Fs. 1-43 – Allgemeine Korrespondenz 1947–1948

N 1 Nachlaß Thomas Dehler

Fs. 1-54 – Landesverband Bayern 1945–1949
Fs. 367-374 – Bayerische Verfassung

- Handakten DPD 1946–1948

Fs. 291-293 – Korrespondenz mit Fritz Linnert
Fs. 429-432 – Bamberg Citizen Commitee 1945–1946
Fs. 301-305 – Wirtschafts- und sozialpolitische Vereinigung

Nachlaß Willibald Martenstein

Nachlaß Hans-Joachim Rapp, I–V

Bundesarchiv Koblenz (BA)

NL 4 Nachlaß Hermann Dietrich
NL 42 Nachlaß Wilhelm Külz
NL 80 Teilnachlaß Franz Blücher
NL 129 Nachlaß Hermann Höpker-Aschoff
NL 132 Nachlaß Wilhelm Heile
NL 162 Nachlaß Hans Albert Kluthe
NL 201 Nachlaß Carl Wirths
NL 221 Nachlaß Theodor Heuss
NL 251 Nachlaß Eberhard Wildermuth
Kl. Erw. 479 Material der Liberal-Demokratischen Partei in der SBZ
Kl. Erw. 583 Briefe von Theodor Heuss an Karl Brammer

Staatsarchiv Freiburg

A 1	Bestand Badischer Landtag 1946–1952
6-8	– Wahl der Beratenden Landesversammlung
29-33	– Fraktionen und Parteien
34-36	– Abgeordnete des Landtags
A 2	Bestand Badische Staatskanzlei 1945–1952
20103	– Demokratische Partei 1947–1950
	Nachlaß Friedrich Vortisch

Staatsarchiv Bremen

B 10a	Bestand Senatsregistratur: Bremen nach der Besetzung
3.-V. 2	– Bildung von politischen Parteien
16, 1/2	Bestand Office of Military Government for Bremen
A	– Annual Histories
B	– Bi-Monthly and Quarterly Histories

Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg

Tagebuch Theodor Spitta

Staatsarchiv Hamburg

	Bestand Staatliche Pressestelle V
I/II C V	– Freie Demokratische Partei, 1945–1949
614-2/10 I	Bestand Freie Demokratische Partei I
A 1-4	– Vorgeschichte, Gründung und Satzung
A 7/8,10/11	– Vorstand und Geschäftsstelle
A 37-41	– Parteimitglieder
A 64/65,67	– Presse und Rundfunk
A 123-133	– Außerhamburgische Teile der FDP
A 179/180,182	– Andere Parteien
A 191/192,195	– Wahlen, Wahlbündnisse, Koalitionen
B 49/50	– Wahlabkommen, Politische Lage 1949
	Bestand Familie Rademacher
622-1	Bestand Familie Lindemann
	Bestand Familie de Chapeaurouge

Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

Abt. 1126 Nachlaß Karl Geiler

F.D.P.-Landesgeschäftsstelle, Hannover

Nr. 1-10 Handakten des FDP-Landesverbandes Niedersachsen

Archiv der Wolfgang-Döring-Stiftung, Düsseldorf (WDS)

Ia/1 Allgemeines 1949–1955
Ia/5 Landesvorstand 1947–1951
Ia/10 Landesparteitage 1947–1951, I/II
Ia/11 Landesausschuß 1947–1950
Ia/29 Rundschreiben des Landesverbandes Nordrhein und Nordrhein-Westfalen 1946–1949, I/II
110 Rundschreiben des Landesverbandes Westfalen 1945–1947
110 Presse, Zulassung u.ä.
110 Tätigkeitsberichte der Kreisverbände, I–VI
Handakten des Verwaltungsreferats

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

RWN 172 Nachlaß Friedrich Middelhauve

RWN 185 Nachlaß Theodor Tantzen

RWN 203 Nachlaß Gustav Altenhain

F.D.P.-Landesgeschäftsstelle, Kiel

Unterlagen zur Gründungsgeschichte

F.D.P.-Landesgeschäftsstelle, Stuttgart

Unterlagen Landesverband Württemberg-Hohenzollern 1948

Hauptstaatsarchiv Stuttgart

EA 1/21 Bestand Staatsministerium, Ablieferungen 1966/1970

0600 – Politische Parteien 1949–1958
0613 – Demokratische Volkspartei 1949

Q 1/8 Nachlaß Reinhold Maier

Staatsarchiv Sigmaringen

Wü 2	Bestand Staatskanzlei Württemberg-Hohenzollern
1-9	– Besprechungen und Korrespondenzen mit der Militärregierung
466/467	– Bildung politischer Parteien 1946–1951
551	– Landtagswahlen Württemberg-Hohenzollern 1947
858	– Statistik politischer Art, 1947–1948

Materialien in Privatbesitz

Irma Becker, Bad Hersfeld: Nachlaß Max Becker

Dieter Fertsch-Röver, Frankfurt am Main: Nachlaß Georg-Ludwig Fertsch

Carl-Hubert Schwennicke, Berlin: Akten über den Landesverband Berlin der Liberal-Demokratischen Partei

Wilhelm Stahl, Titisee: Akten der Demokratischen Partei Baden

2. Zeitungen und Zeitschriften

Abendpost, Hannover, 1.–3. Jg., 1947–1949.

Bremer Roland (Der Roland), Bremen, 1.–3. Jg., 1947–1949.

Die Brücke, Frankfurt am Main, 1.–3. Jg., 1946–1948.

Der Demokrat, Stuttgart, 1.–4. Jg., 1946–1949.

Demokratischer Informationsdienst, Stuttgart, 1.–2. Jg., 1947–1948.

Echo, Nürnberg (Mimberg über Feucht), 1.–4. Jg., 1946–1949.

FDP-Nachrichten, Opladen (Bonn), 1.–2. Jg., 1946–1947.

Frankfurter Presse, Frankfurt am Main, 1. Jg., 1945.

Frankfurter Rundschau, Frankfurt am Main, 1.–2. Jg., 1945–1946.

Der Freie Demokrat, Ahrensburg (Kiel), 3. Jg., 1949.

Der Freie Demokrat, Hannover, 1.–3. Jg., 1946–1948.

Freie Deutsche Presse, Coburg, 1.–2. Jg., 1948–1949.

Die Freie Stadt, Hamburg, 1.–3. Jg., 1947–1949.

Hamburger Freie Presse, Hamburg, 1.–4. Jg., 1946–1949.

Hamburger Nachrichten-Blatt der Alliierten Militärregierung, Hamburg, 1.–2. Jg., 1945–1946.

Informationsdienst der Freien Demokratischen Partei Landesverband Bayern, Nürnberg/München, 1.–4. Jg., 1946–1949.

Informationsdienst des Landesverbandes Westfalen (Nordrhein-Westfalen) der Freien Demokratischen Partei, Gevelsberg, 1. Jg., 1947.

Keesing's Archiv der Gegenwart, Essen, 15.–19. Jg., 1945–1949.

Korrespondenz-Blatt, Wiesbaden, 1.–3. Jg., 1947–1949.

Kurze Nachrichten, Essen, 1.–2. Jg., 1948–1949.

LDP-Kurier (Deutscher Kurier), Frankfurt am Main, 1.–4. Jg., 1946–1949.

LDP-Mitteilungen, Frankfurt am Main, 1. Jg., 1946.

Mitteilungen der FDP-Fraktion im Parlamentarischen Rat, Bonn, 1.–2. Jg., 1948–1949.

Mitteilungen der Freien Demokratischen Partei, Opladen, 1. Jg., 1948.

Mitteilungen der Freien Demokratischen Partei in Bayern, Nürnberg, 1.–3. Jg., 1946–1948.

Mitteilungsblatt des Landesverbandes Bremen der Freien Demokratischen Partei, Bremen, 1. Jg., 1947.

Montags-Echo (Berliner Montags-Echo), Berlin, 1.–3. Jg., 1947–1949.

Der Morgen, Berlin, 1.–4. Jg., 1945–1948.

Das Neue Baden, Lahr, 1.–3. Jg., 1947–1949.

Neue Rheinische Zeitung, Düsseldorf, 1.–2. Jg., 1945–1946.

Das neue Vaterland (Das andere Deutschland), Stuttgart, 1.–4. Jg., 1946–1949.

Neuer Mainzer Anzeiger (Allgemeine Zeitung), Mainz, 1.–3. Jg., 1945–1947.

Die Plattform, Opladen (Düsseldorf), 1. Jg., 1949.

Das Rathaus, Düsseldorf, 1.–3. Jg., 1947–1949.

Rheinisch-Pfälzische Rundschau, Bad Kreuznach, 1.–3. Jg., 1947–1949.

Rhein-Neckar-Zeitung, Heidelberg, 1.–5. Jg., 1945–1949.

Schwabenecho, Oberndorf (Balingen), 1.–3. Jg., 1947–1949.

Der Spiegel, Hannover, 1.–3. Jg., 1947–1949.

Der Staatsbürger, Frankfurt am Main, 1. Jg., 1946.

Was sagt die FDP dazu?, Hamburg, 1.–2. Jg., 1947–1948.

Westdeutsche Rundschau, Wuppertal, 1.–4. Jg., 1946–1949.

Westdeutsches Tageblatt, Dortmund, 1.–4. Jg., 1946–1949.

3. Parlamentsprotokolle und -handbücher

Die Abgeordneten der Verfassungberatenden Landesversammlung des Landes Hessen und des Hessischen Landtags 1946–1976, hrsg. v. d. Kanzlei d. Landtags, bearb. v. Helma Böckelmann u. Karl Becker, Wiesbaden 1976.

Die Abgeordneten des Westfalenparlaments 1826–1978, zus.gest. v. Josef Häming, eing. u. hrsg. v. Alfred Bruns, Westfälische Quellen und Archivverzeichnisse Bd. 2, Münster 1978.

Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1946–1949, 7 Bde., Hamburg o.J. (1946–1949).

Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–1949, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte u. d. Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, bearb. v. Christoph Weisz u. Hans Woller, 6 Bde., Texte und Materialien veröffentlicht v. Institut für Zeitgeschichte I, München/Wien 1977.

Drucksachen der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen. Abteilung III: Stenographische Berichte über die Plenarsitzungen. 1.–6. Sitzung v. 15. 7.–29. 10. 1946, Wiesbaden 1946.

Drucksachen des Hessischen Landtags. 1. Wahlperiode. Abteilung III: Stenographische Berichte über die Plenarsitzungen. 1.–91. Sitzung v. 19. 12. 1946–8. 11. 1950, 4 Bde., Wiesbaden 1947–1950.

Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages. 2. Wahlperiode 1953, hrsg. v. Deutschen Bundestag, Darmstadt 1954.

Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, hrsg. v. Landtagsamt, München 1948.

Amtliches Handbuch des Landtages Rheinland-Pfalz. 3. Wahlperiode, o.O. (Mainz) 1955.

Handbuch der Bremischen Bürgerschaft, hrsg. v. Vorstand d. Bremischen Bürgerschaft, Bremen 1950.

Handbuch des Deutschen Bundestages, hrsg. v. Fritz Sänger, 2. Aufl., Stuttgart 1954.

Handbuch des Deutschen Bundestages, hrsg. v. Fritz Sänger, Stuttgart 1957.

Handbuch für den Badischen Landtag. IV. Landtagsperiode 1929–1933, im Auftrag d. Landtags zus.gest. u. bearb. v. Karl Groß, Karlsruhe o.J. (1929).

Handbuch des Niedersächsischen Landtages nach dem Stande vom 1. April 1948, bearb. auf Grund amtlicher Unterlagen v. Wilhelm Kleeberg, Hannover 1948.

Handbuch des Landtages Nordrhein-Westfalen. Ausgabe für d. 1. Wahlperiode (von 1947 an), hrsg. v. Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1949.

Handbuch für den Preußischen Landtag, Ausgabe für d. 3. Wahlperiode (von 1928 an), hrsg. v. Büro d. Preußischen Landtags, Berlin 1928.

Handbuch für den Württemberg-Badischen Landtag, Stuttgart 1947.

Handbuch des Landtags von Württemberg-Hohenzollern, Schramberg 1950.

Niedersächsischer Landtag Hannover. Ernennungsperiode. Stenographische Berichte. 1.–13. Sitzung v. 9. 12. 1946–28. 3. 1947, Hannover o.J. (1947).

Niedersächsischer Landtag. 1. Wahlperiode. Stenographische Berichte über d. 1.–130. Sitzung v. 13. 5. 1947–13. 4. 1951, 5 Bde., Hannover o.J. (1947–1951).

Landtag Nordrhein-Westfalen. Ernennungsperiode. Stenographischer Bericht über d. 1.–5. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen vom 2. 10. 1946–6. 3. 1947, Düsseldorf o.J. (1946–1947).

Landtag Nordrhein-Westfalen. 1. Wahlperiode. Stenographischer Bericht über die Sitzungen des Landtages Nordrhein-Westfalen 1947–1950, Düsseldorf 1947–1950.

Landtag Rheinland-Pfalz. 1. Wahlperiode. Drucksachen. Abteilung I: Stenographische Berichte über d. 1.–96. Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz v. 4. 6. 1947–30. 3. 1951, 3 Bde., Koblenz 1947–1951.

1. Schleswig-Holsteinischer Landtag (1. ernannter Landtag). Wortprotokoll d. 1.–9. Sitzung v. 26. 2.–13. 9. 1946, Kiel 1948.

2. Schleswig-Holsteinischer Landtag (2. ernannter Landtag). Wortprotokoll d. 1.–7. Sitzung v. 2. 12. 1946–10. 4. 1947, Kiel 1947–1948.

3. Schleswig-Holsteinischer Landtag (1. gewählter Landtag). Wortprotokoll d. 1.–35. Tagung v. 8. 5. 1947–30. 5. 1950, 6 Bde., Kiel 1947–1950.

Rapp, Alfred: Die badischen Landtags-Abgeordneten 1905/1929 mit Bibliographie und Statistiken zur Geschichte des badischen Landtags, Karlsruhe 1929.

Parlamentarischer Rat. Stenographischer Bericht. 1.–12. Sitzung des Plenums, Bonn 1948–1949.

Parlamentarischer Rat. Verhandlungen des Hauptausschusses, Bonn 1948–1949.

Ruppel, Hans Georg/Groß, Birgit (Bearb.): Hessische Abgeordnete 1820–1933. Biographische Nachweise für die Landstände des Großherzogtums Hessen (2. Kammer) und den Landtag des Volksstaates Hessen, Darmstädter Archivschriften Bd. 5, Darmstadt 1980.

Schwarz, Max: MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965.

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1946 bis 1949, Bremen 1946–1949.

Verhandlungen der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung. Stenographische Berichte Nr. 1–10 v. 15. 7.–30. 11. 1946, München 1946.

Verhandlungen der Beratenden Landesversammlung für Württemberg-Hohenzollern. 1.–12. Sitzung v. 22. 11. 1946–9. 5. 1947, Tuttlingen 1946–1947.

Verhandlungen der Verfassunggebenden Landesversammlung für Württemberg-Baden. 1.–17. Sitzung v. 15. 7.–14. 11. 1946, Stuttgart 1946.

Verhandlungen des Badischen Landtags. 1. Wahlperiode. 1.–3. Sitzungsperiode v. 29. 5. 1947–6. 9. 1950, 3 Bde., Freiburg/Villingen/Waldkirch 1947–1950.

Verhandlungen des Bayerischen Landtags. 1. Wahlperiode. I.–IV. Tagung. Stenographische Berichte Nr. 1–192 v. 16. 12. 1946–20. 11. 1950, 6 Bde., München 1946–1950.

Verhandlungen des Württ.(emberg)-Bad.(ischen) Landtags. Wahlperiode 1946–1950. 1.–191. Sitzung v. 10. 12. 1946–15. 11. 1950, 8 Bde., Stuttgart 1946–1950.

Verhandlungen des Landtags für Württemberg-Hohenzollern. Protokoll-Band 1–5. 1.–119. Sitzung v. 3. 6. 1947–30. 5. 1952, 5 Bde., Tuttlingen 1947–1952.

Verhandlungen der Beratenden Versammlung des Landes Baden. 1.–17. Sitzung v. 22. 11. 1946–29. 5. 1947, Villingen 1946–1947.

Verhandlungen der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden. 1.–10. Sitzung v. 16. 1.–19. 6. 1946, Stuttgart 1946.

Die Beratende Versammlung des Landes Baden 1946–1947. L' Assemblée consultative du pays de Bade 1946–1947, hrsg. v. Sekretariat d. Beratenden Landesversammlung, Freiburg o.J. (1947).

Die Volksvertretung. Handbuch des Deutschen Bundestags, hrsg. v. Fritz Sänger, Stuttgart 1949.

Weik, Josef (Bearb.): MdL. Die Abgeordneten der Landtage in Baden-Württemberg 1946 bis 1978. Biographisches Gesamtverzeichnis der Abgeordneten der Länder Baden, Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern 1946–1952, Baden-Württemberg 1952–1978, hrsg. v. Landtag v. Baden-Württemberg anläßlich der 25-Jahr-Feier der Landesverfassung, Stuttgart 1978.

4. Amtliche Druckschriften und Statistiken

Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für Niedersachsen 1952, Hannover 1953.

110 Jahre Bürgerschaftswahlen im Lande Bremen 1854 bis 1963, in: Statistische Monatshefte Land Freie Hansestadt Bremen 18, 1966, H.5/6, S. 129–154.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. 9. 1950, Statistik der Bundesrepublik Deutschland Bd. 35, Stuttgart/Köln 1952.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972, Stuttgart/Mainz 1972.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Die Bundestagswahl am 14. August 1949, Statistik der Bundesrepublik Deutschland Bd. 10, Stuttgart/Köln 1952.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. 9. 1950, Statistik der Bundesrepublik Deutschland Bd. 36, Stuttgart/Köln 1953.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, Stuttgart/Köln 1952.

Dees: Die Gemeinderatswahlen in Württemberg-Baden vom 7. Dezember 1947; Die Kreistagswahlen in Württemberg-Baden vom 7. Dezember 1947, in: Statistische Monatshefte Württemberg-Baden 2, 1948, S. 87–94 u. 231–234.

Griesmeier, Josef: Die Reichswahlen im Wahlkreis Württemberg von 1919–1930, in: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1930/31, S. 77–158.

Kreiswahlen in Baden am 14. November 1948; Gemeindewahlen in Baden am 14. November 1948, in: Statistische Mitteilungen Jahresheft 1948, S. 59–62.

Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Analyse des Wählerwillens. Ergebnisse der bayerischen Landtags- und Bundestagswahlen in den kreisfreien Städten und Landkreisen, München 1960.

Statistisches Landesamt (Hrsg.): Ergebnisse der Volks- und Berufszählung in der Hansestadt Hamburg am 29. Oktober 1946, Statistik des Hamburgischen Staates H.35, Hamburg 1950.

Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 1953/54. Freie und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1954.

Statistisches Landesamt (Hrsg.): Die Wahlen zum Landtag und Bundestag in Rheinland-Pfalz 1947–1955. Ergebnisse in den Gemeinden, Bad Ems 1956.

Statistisches Landesamt Baden (Hrsg.): Die Wahlen 1946/47 in Baden, Freiburg 1947.

Statistisches Landesamt der Freien und Hansestadt Hamburg (Hrsg.): Die Berufszählung in Hamburg am 13. September 1950, Statistik des Hamburgischen Staates H.37, Hamburg o. J. (1952).

Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 17. Mai 1939 für Nordrhein-Westfalen. Gebietsstand 13. September 1950, Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen H.28, Düsseldorf 1953.

Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Landes- und Kreisergebnisse aus der Volks- und Berufszählung 1946, Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen H.3, Düsseldorf 1950.

Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): 50 Jahre Wahlen in Nordrhein-Westfalen 1919–1968, Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen H.244, Düsseldorf 1969.

Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Die Wohnbevölkerung und die Erwerbstätigkeit in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Berufszählung vom 13. September 1950, Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen Sonderh. Volkszählung 1950 H.5a/b, Düsseldorf 1952.

Parteien und Wähler in Württemberg und Hohenzollern (franz. Besatzungszone). Ein Vergleich der Wahlergebnisse von 1928, 1932 und 1946, in: Württemberg in Zahlen. Zeitschrift für Statistik und Landeskunde 1, 1946, H.5/6, S. 1–66.

Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. 46. Jg., Berlin 1927.

90 Jahre Reichstags- und Bundestagswahlen in Bremen 1871 bis 1961, in: Statistische Monatshefte Land Freie Hansestadt Bremen 17, 1965, H.3/4, S. 23–54.

Schachtner, Richard: Die deutschen Nachkriegswahlen. Wahlergebnisse in der Bundesrepublik Deutschland, in den deutschen Bundesländern, in West-Berlin, im Saarland und in der Sowjetzone (DDR) 1946 bis 1956, München 1956.

Die Wahlen des Jahres 1946 in Württemberg-Baden. Darstellung der amtlichen Ergebnisse der Wahlen zu den Gemeinde-, Kreis- und Landesvertretungen und der Volksabstimmung über die Verfassung, bearb. v. d. Statistischen Landesämtern in Stuttgart u. Karlsruhe, Karlsruhe 1947.

Die Wahlergebnisse von 1928 (1932) und 1946 in den Gemeinden Württembergs und Hohenzollerns (franz. Besatzungszone), in: Württemberg in Zahlen. Zeitschrift für Statistik und Landeskunde 1, 1946, H.6a, S. 1–92.

5. Dokumentensammlungen

Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, 1946–1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, hrsg. v. d. Konrad-Adenauer-Stiftung, eing. u. bearb. v. Helmuth Pütz, Bonn 1975.

Agsten, Rudolf/Bogisch, Manfred: Dokumente zur Gründung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands 1945, in: ZfG 19, 1971, S. 1274–1288.

Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. v. Bundesarchiv u. Institut für Zeitgeschichte, München/Wien, Bd. 1: September 1945–Dezember 1946, bearb. v. Walter Vogel u. Christoph Weisz, 1976, Bd. 2: Januar–Juni 1947, bearb.v. Wolfram Werner, 1979, Bd. 3: Juni–Dezember 1947, bearb. v. Günter Plum, 1982, Bd. 4: Januar–Dezember 1948, bearb. v. Christoph Weisz, Hans-Dieter Kreikamp u. Bernd Steger, 1983, Bd. 5: Januar–September 1949, bearb. v. Hans-Dieter Kreikamp, 1981.

Benz, Wolfgang (Hrsg.): „Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen". Zur Geschichte des Grundgesetzes. Entwürfe und Diskussion 1941–1949, München 1979.

Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951, hrsg. i.A. d. Senats von Berlin, bearb. v. Hans J. Reichardt u.a., 2 Halbbde., Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte Bd.4, Berlin 1964.

Borsdorf, Ulrich/Niethammer, Lutz (Hrsg.): Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Wuppertal 1976.

Documents on Germany under Occupation 1945–1954, hrsg. v. Beate Ruhm von Oppen, London 1955.

Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961, hrsg. v. Heinrich von Siegler, 3 Bde., 2., erg. u. erw. Aufl., Bonn/Wien/Zürich 1970.

Einigkeit und Recht und Freiheit. Westdeutsche Innenpolitik 1945–1955, hrsg. v. Theo Stammen, München 1965.

Die Entstehung der Verfassung für Rheinland-Pfalz. Eine Dokumentation, bearb. v. Helmut Klaas, Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz Bd. 1, Boppard 1978.

Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, 9 Bde., Berlin 1962–1971.

Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1973.

Um den Frieden mit Deutschland. Dokumente zum Problem der deutschen Friedensordnung 1941–1948 mit einem Bericht über die Londoner Außenministerkonferenz vom 25. November bis 15. Dezember 1947, hrsg. v. Wilhelm Cornides u. Hermann Volle, Dokumente und Berichte des Europa-Archivs Bd. 6, Oberursel 1948.

Germany 1947–1949. The Story in Documents, hrsg. v. Department of State, Washington 1950.

Germany under Occupation. Illustrative Materials and Documents, hrsg. v. James K. Pollock u. James H. Meisel, Ann Arbor 1947.

Grundmann, Karl-Heinz/Hein, Dieter: Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1949. Eine Dokumentation zur Sonderausstellung der F.D.P.-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude, Bonn 1978.

Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, hrsg. v. Elisabeth Noelle u. Erich Peter Neumann, Allensbach 1956.

Juling, Peter: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente, Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland Bd. 19, Meisenheim am Glan 1977.

Kraschewski, Hans-Joachim/Rothe, Lorenz/Seier, Fried Eckart: Ausgewählte Quellen zur Situation in Marburg nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes 1945/46, in: Marburger Geschichte. Rückblick auf die Stadtgeschichte in Einzelbeiträgen, hrsg. v. Erhart Dettmering u. Rudolf Grenz, Marburg 1980, S. 677–711.

Kropat, Wolf-Arno: Hessen in der Stunde Null, 1945/1947: Politik, Wirtschaft und Bildungswesen in Dokumenten, Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau Bd. 26, Wiesbaden 1979.

Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933, bearb. v. Konstanze Wegner in Verb. m. Lothar Albertin, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Rh. 3. Bd. 5, Düsseldorf 1980.

Merritt, Anna J./Merritt, Richard J. (Hrsg.): Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945–1949, Urbana/Chicago/London 1970.

Merritt, Anna J./Merritt, Richard J. (Hrsg.): Public Opinion in Semisovereign Germany: The HICOG Surveys, 1949–1955, Urbana/Chicago/London 1980.

Mommsen, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme, 2. Aufl., Deutsches Handbuch der Politik Bd. 1, München 1960.

Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, hrsg. v. Kurt Georg Wernicke u. Hans Booms, Boppard, Bd. 1: Vorgeschichte, bearb. v. Johannes Volker Wagner, 1975, Bd. 2: Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee, bearb. v. Peter Bucher, 1981.

Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945, 2 Bde., Department of State Publication 7015/7163, Washington 1960.

Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers 1945, Bd. III, Department of State Publication 8364, Washington 1968.

Foreign Relations of the United States 1946, Bd. V, Department of State Publication 8453, Washington 1969.

Ruhl, Klaus-Jörg (Hrsg.), Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, München 1982.

Schadt, Jörg (Hrsg.), Alles für das Volk. Alles durch das Volk. Dokumente zur demokratischen Bewegung in Mannheim 1848–1948, Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim Nr. 1, Stuttgart/Aalen 1977.

Smith, Jean E. (Hrsg.), The Papers of General Lucius D. Clay, Germany 1945–1949, 2 Bde., Bloomington 1974.

Der deutsche Südwesten zur Stunde Null. Zusammenbruch und Neubeginn im Jahr 1945 in Dokumenten und Bildern, hrsg. v. Generallandesarchiv Karlsruhe in Verb. m. d. Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein, bearb. v. Hannsmartin Schwarzmaier u. a., Karlsruhe 1975.

Treue, Wolfgang (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme seit 1861, 4. Aufl., Göttingen/Berlin/Frankfurt am Main 1968.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, hrsg. u. bearb. v. Herbert Michaelis u. Ernst Schraepler u. Mitw. v. Günther Scheel, Bd. 24–26, Berlin o.J. (1977–1978).

Zeugnisse liberaler Politik. 25 Jahre F.D.P. (1948–1973), hrsg. v. Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei, Bonn 1973.

6. Zeitgenössisches Schrifttum

Greve, Otto-Heinrich (Hrsg.): Unsere Aufgabe heute. Gedanken zum Aufbau in Politik – Wirtschaft – Kultur. Vier Vorträge gehalten auf dem 1. Parteitag der FDP, Hannover 1946.

Handbuch des öffentlichen Lebens. Fünfte und sechste Ausgabe des Politischen Almanachs, hrsg. v. Maximilian Müller-Jabusch, 2 Bde., Leipzig 1929–1931.

Heile, Wilhelm: Abschied von der FDP, Syke bei Bremen 1947.

Heuss, Theodor: Die deutsche Nationalidee im Wandel der Geschichte, Stuttgart 1946.

Heuss, Theodor: 1848, Werk und Erbe, Stuttgart 1948.

Heuss, Theodor: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, 2. Aufl., Tübingen/Stuttgart 1949.

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, hrsg. v. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1946–1954/55.

Die deutsche Ministerpräsidentenkonferenz in München vom 6. bis 8. Juni 1947, 2. Aufl., Augsburg o.J. (1965).

Occupation of Germany. Policy and Progress 1945–46, Department of State Publication 2783, Washington 1947.

Zweiter Parteitag der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands vom 4. bis 7. Juli 1947 in Eisenach, hrsg. v. d. Parteileitung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, Leipzig 1947.

Zehn Jahre Deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik, hrsg. v. Anton Erkelenz, Berlin 1928.

Schicksal und Aufgaben. Reden von Reinhold Maier u. Theodor Heuss, hrsg. v. Kurt Haslsteiner, Stuttgart o.J. (1945).

Stegner, Arthur: Die Überwindung des Kollektivismus, Göttingen 1953.

Was will die FDP? Reden von Thomas Dehler u. Fritzheinrich Curschmann auf dem Landesparteitag 1948 in Nürnberg, o.O.u.J. (München 1948).

Wege zur Demokratie. Vier Reden von Wolfgang Haußmann, Karl Lautenschlager, Henry Bernhard u. Theodor Heuss, hrsg. v. Kurt Haslsteiner, Stuttgart o.J. (1945).

7. Tagebücher, Veröffentlichungen aus Nachlässen, Erinnerungen und Biographien

Abgeordnete des Deutschen Bundestages: Aufzeichnungen und Erinnerungen, hrsg. v. Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Abt. Wissenschaftliche Dokumentation. Bd. 1: Josef Felder, Hans Dichgans, Johann Cramer, Emilie Kiep-Altenloh, Boppard 1982.

Adenauer, Konrad: Briefe 1945–1947, bearb. v. Hans Peter Mensing, Rhöndorfer Ausgabe Bd. 1, Berlin 1983.

Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965.

Behr, Hermann: Vom Chaos zum Staat. Männer, die für uns begannen. 1945–1949, Frankfurt am Main 1961.

Behrendt, Armin: Wilhelm Külz. Aus dem Leben eines Suchenden, Berlin 1968.

Bremische Biographie 1912–1962, hrsg. v. d. Historischen Gesellschaft zu Bremen u. d. Staatsarchiv Bremen, in Verb. m. Fritz Peters u. Karl H. Schwebel bearb. v. Wilhelm Lührs, Bremen 1969.

Neue Deutsche Biographie, hrsg. v. d. Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 13 Bde., Berlin 1953–1982.

Börger, Heinrich: Theodor Tantzen (1877–1947), in: Niedersächsische Lebensbilder 9, 1976, S. 187–200.

Bott, Hans: Theodor Heuss in seiner Zeit, Persönlichkeit und Geschichte Bd. 42, Göttingen 1966.

Bracher, Karl-Dietrich: Theodor Heuss und die Wiederbegründung der Demokratie in Deutschland, Tübingen 1965.

Brandt, Willy/Löwenthal, Richard: Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, München 1957.

Bußmann, Walter: Theodor Heuss als politischer Erzieher, in: Zeitschrift für Politik NF. 14, 1967, S. 478–487.

Clay, Lucius D.: Entscheidung in Deutschland, Frankfurt am Main o.J. (1950).

Dieckmann, Johannes: Aus seinem Leben und Wirken, hrsg. v. Zentralvorstand d. Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, Berlin (Ost) 1968.

Dorn, Walter L.: Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß übers. u. hrsg. v. Lutz Niethammer, Schriftenreihe d. VfZG Bd. 26, Stuttgart 1973.

Dorn, Wolfram/Henning, Friedrich (Hrsg.): Thomas Dehler. Begegnungen – Gedanken – Entscheidungen, Bonn o.J. (1977).

Dreckmann, Hans: Hamburg nach der Kapitulation. Erinnerungen an 1945–1946. Geschichte der „ernannten" Bürgerschaft, Hamburg 1970.

Eksteins, Modris: Theodor Heuss und die Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Liberalismus, Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik Bd. 3, Stuttgart 1969.

Eschenburg, Theodor: Erinnerungen an die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947, in: VfZG 20, 1972, S. 411–417.

Friedensburg, Ferdinand: Es ging um Deutschlands Einheit. Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945, Berlin 1971.

Gerok, Eduard: Johannes Hieber. Theologe, Kultusminister und Staatspräsident 1862–1951, in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken 13, 1977, S. 375–407.

Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte u. v. d. Research Foundation for Jewish Immigration New York unter d. Gesamtleitung v. Werner Röder u. Herbert A. Strauss. Bd. 1: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, bearb. v. dens. u. Mitw. v. Dieter Marc Schneider u. Louise Forsyth, München/New York/London/Paris 1980.

Henning, Friedrich: Thomas Dehler (1897–1967), in: Fränkische Lebensbilder 10, 1982, S. 239–257.

Henning, Friedrich (Hrsg.): Theodor Heuss: Lieber Dehler! Briefwechsel mit Thomas Dehler, Der politische Liberalismus in Bayern Bd. 2, München/Wien 1983.

Henning, Friedrich: Friedrich Middelhauve, in: Zwischen Ruhrkampf und Wiederaufbau, hrsg. v. Walter Först, Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens Bd. 5, Köln/Berlin 1972, S. 166–172.

Henning, Friedrich: Das liberale Porträt. Hermann Höpker-Aschoff, in: liberal 5, 1963, S. 23–27.

Heß, Jürgen C.: Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland, Kieler Historische Studien Bd. 20, Stuttgart 1973.

Theodor Heuss. Der Mann, das Werk, die Zeit. Eine Ausstellung, v. Eberhard Pikart u. Mitarb. v. Dirk Mende, Stuttgart/Marbach 1967.

Heuss, Theodor: Aufzeichnungen 1945–1947. Aus d. Nachlaß hrsg. u. mit e. Einl. vers. v. Eberhard Pikart, Tübingen 1966.

Heuss, Theodor: Erinnerungen 1905–1933, 2. Aufl., Tübingen 1963.

Heuss, Theodor: Fragment von Erinnerungen aus der NS-Zeit, hrsg. v. Eberhard Pikart, in: VfZG 15, 1967, S. 1–17.

Heuss, Theodor: Tagebuchbriefe 1955–1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hrsg. u. eing. v. Eberhard Pikart, Tübingen/Stuttgart 1970.

Heuss, Theodor: Würdigungen. Reden, Aufsätze und Briefe aus den Jahren 1949–1955, hrsg. v. Hans Bott, Tübingen 1955.

Hüwel, Detlev: Karl Arnold. Eine politische Biographie, Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens Bd. 1, Wuppertal 1980.

Kohlhaas, Wilhelm: Eberhard Wildermuth. Ein aufrechter Bürger. Ein Lebensbild, Bonn 1960.

Lange, Erhard H. M.: Hermann Höpker-Aschoff, in: Land und Bund, hrsg. v. Walter Först, Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens Bd. 9, Köln/Stuttgart/Berlin/Mainz 1981, S. 210–226.

Lemmer, Ernst: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt am Main 1968.

Luckemeyer, Ludwig: Ludwig Haas als Reichstagsabgeordneter der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Zum 100. Geburtstag des bedeutenden Staatsmannes der Weimarer Republik, in: Kritische Solidarität. Betrachtungen zum deutsch-jüdischen Selbstverständnis. Für Max Plaut zum 70. Geburtstag, Bremen 1971, S. 119–174.

Luckemeyer, Ludwig: Wilhelm Heile 1881–1981. Föderativer liberaler Rebell in DDP und FDP und erster liberaler Vorkämpfer Europas in Deutschland. Politisch-zeitgeschichtliche Festschrift aus Anlaß des 100. Geburtstages des engsten Mitarbeiters Friedrich Naumanns und Präsidenten der FDP am 18. Dezember 1981, Frankfurt am Main 1981.

Luckemeyer, Ludwig: Wolfgang Mischnick und die FDP in Hessen 1945–1971, Frankfurt am Main 1971.

Lüders, Marie-Elisabeth: Fürchte dich nicht. Persönliches und Politisches aus mehr als 80 Jahren. 1878–1962, Köln/Opladen 1963.

Lüth, Erich: Viel Steine lagen am Weg. Ein Querkopf berichtet, Hamburg 1966.

Lüth, Erich/Loose, Hans-Dieter: Bürgermeister Carl Petersen 1868–1933, Vorträge und Aufsätze hrsg. v. Verein für Hamburgische Geschichte Bd. 18, Hamburg 1971.

Maier, Reinhold: Ende und Wende. Das schwäbische Schicksal 1944–1946. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, Stuttgart/Tübingen 1948.

Maier, Reinhold: Erinnerungen 1948–1953, Tübingen 1966.

Maier, Reinhold: Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945–1947, Tübingen 1964.

Peters, Fritz: Über die Herkunft der Bremischen Senatoren von der Verkündung der ersten demokratischen Verfassung bis zur Gegenwart (1849–1955), in: Jahrbuch der bremischen Wissenschaft 1, 1955, S. 189–240.

Petersen, Rudolf: Bürgermeister in schwerster Zeit, in: Neues Hamburg. Zeugnisse vom Wiederaufbau der Hansestadt, hrsg. v. Erich Lüth, Bd. 1, Hamburg 1947, S. 16–19.

Pikart, Eberhard: Theodor Heuss und Konrad Adenauer. Die Rolle des Bundespräsidenten in der Kanzlerdemokratie, Zürich 1976.

Reif, Hans: Erinnerungen und Zeugnisse zu seinem 80. Geburtstag am 19. Januar 1979, Bonn 1979.

Saldern, Adelheid von: Hermann Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik, Schriften des Bundesarchivs Bd. 13, Boppard 1966.

Schmid, Carlo: Erinnerungen, Bern/München/Wien 1979.

Treffz-Eichhöfer, Friedrich: Reinhold Maier. Sein Weg und sein Wollen, Berlin 1953.

Welchert, Hans-Heinrich: Theodor Heuss. Ein Lebensbild, Frankfurt am Main/Bonn 1968.

Wer ist wer? Das Deutsche Who's who. XI. Ausgabe von Degeners Wer ist's?, hrsg. v. Walter Habel, Berlin 1951.

Wiedner, Wolfgang: Theodor Heuss. Das Demokratie- und Staatsverständnis im Zeitablauf. Betrachtung der Jahre 1902–1963, Schriften zur Geschichte und politischen Bildung Bd. 13, Ratingen 1973.

Wiemann, Harm: Jann Berghaus, in: Niedersächsische Lebensbilder 3, 1957, S. 20–35.

Biographisches Wörterbuch zur Deutschen Geschichte, begr. v. Hellmuth Rössler u. Günther Franz, 2., völlig neubearb. u. stark erw. Aufl., bearb. v. Karl Bosl, Günther Franz u. Hanns Hubert Hofmann, 3 Bde., München 1973–1975.

Wucher, Albert (Hrsg.): Wie kam es zur Bundesrepublik? Politische Gespräche mit Männern der ersten Stunde, Freiburg 1968.

8. Darstellungen und Untersuchungen

Abelshauser, Werner: Zur Entstehung der „Magnet-Theorie" in der Deutschlandpolitik. Ein Bericht von Hans Schlange-Schöningen über einen Staatsbesuch in Thüringen im Mai 1946, in: VfZG 27, 1979, S. 661–679.

Abelshauser, Werner: Wirtschaft in Westdeutschland, 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Schriftenreihe d. VfZG Bd. 30, Stuttgart 1975.

Abelshauser, Werner: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1945–1980), Frankfurt am Main 1983.

Adam, Uwe Dietrich: Die CDU in Württemberg-Hohenzollern, in: Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hrsg. v. Paul-Ludwig Weinacht, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 2, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978, S. 163–191.

Adam, Uwe Dietrich: Politischer Liberalismus im deutschen Südwesten von 1945–1978, in: Die F.D.P/DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hrsg. v. Paul Rothmund u. Erhard R. Wiehn, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 4, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1979, S. 220–253.

Adam, Uwe Dietrich: Parteien und Wahlen, in: Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen, hrsg. v. Max Gögler u. Gregor Richter, Sigmaringen 1982, S. 125–156.

Adamietz, Horst: Die fünfziger Jahre. Bremer Parlamentarier 1951–1959, Bremen 1978.

Adamietz, Horst: Das erste Kapitel, Bremen 1975.

Adamsen, Heiner R.: Faktoren und Daten der wirtschaftlichen Entwicklung in der Frühphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1954, in: Archiv für Sozialgeschichte 18, 1978, S. 217–244.

Agsten, Rudolf/Bogisch, Manfred: Bürgertum am Wendepunkt. Die Herausbildung der antifaschistisch-demokratischen und antiimperialistischen Grundhaltung bei den Mitgliedern der LDPD 1945/46, Berlin (Ost) o. J. (1970).

Agsten, Rudolf/Bogisch, Manfred: LDPD auf dem Weg in die DDR. Zur Geschichte der LDPD in den Jahren 1946–1949, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1977.

Albertin, Lothar: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 45, Düsseldorf 1972.

Albertin, Lothar (Hrsg.): Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, Göttingen 1980.

Albertin, Lothar: Politischer Liberalismus zwischen Tradition und Reform. Eine Problemskizze, in: ebd., S. 7–31.

Albertin, Lothar: Der unzeitige Parlamentarismus der Liberalen – Versäumnisse seiner parteiendemokratischen Fundierung, in: Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Entwicklungslinien bis zur Gegenwart, hrsg. v. dems. u. Werner Link, Düsseldorf 1981, S. 31–62.

Albertini, Rudolf von: Die französische Deutschlandpolitik 1945–1955, in: Schweizer Monatshefte 35, 1955/56, S. 364–376.

Allemann, Fritz René: Das deutsche Parteiensystem, in: Der Monat 5, 1952/53, H. 52, S. 365–388.

Allerbeck, Klaus: Die alte und die neue FDP. Historische Vergleichsdaten zur Entwicklung der Wählerschaft in Baden-Württemberg, in: Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, hrsg. v. Lothar Albertin, Göttingen 1980, S. 151–168.

Allgeier, Rudi: Grenzland in der Krise. Die badische Wirtschaft 1928–1933, in: Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933, hrsg. v. Thomas Schnabel, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 6, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1982, S. 150–183.

Almond, Gabriel A. (Hrsg.): The Struggle for Democracy in Germany, Chapel Hill 1949.

Ambrosius, Gerold: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949, Studien zur Zeitgeschichte Bd. 10, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland nach 1945 Bd. 1, Stuttgart 1977.

Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, hrsg. v. Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf u. Peter Brandt, Wuppertal 1976.

Badstübner, Rolf/Thomas, Siegfried: Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955, Köln 1975.

Badstübner, Rolf: Restauration in Westdeutschland 1945–1949, Berlin (Ost) 1965.

Badstübner, Rolf/Thomas, Siegfried: Die Spaltung Deutschlands 1945–1949, Berlin (Ost) 1966.

Balfour, Michael: Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945–1946, Düsseldorf 1959.

Bauer, Franz J.: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950, Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte Bd. 3, Stuttgart 1982.

Baumgart, Winfried: Voraussetzungen und Wesen der rheinland-pfälzischen Verfassung, in: Die Entstehung der Verfassung für Rheinland-Pfalz. Eine Dokumentation, bearb. v. Helmut Klaas, Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz Bd. 1, Boppard 1978, S. 1–32.

Becker, Josef (Hrsg.): Dreißig Jahre Bundesrepublik: Tradition und Wandel, Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg Bd. 17, München 1979.

Becker, Josef/Stammen, Theo/Waldmann, Peter (Hrsg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München 1979.

Behr, Wolfgang: Sozialdemokratie und Konservativismus. Ein empirischer und theoretischer Beitrag zur regionalen Parteianalyse am Beispiel der Geschichte und Nachkriegsentwicklung Bayerns, Hannover 1969.

Benser, Günter: Antifa-Ausschüsse – Staatsorgane – Parteiorganisation. Überlegungen zu Ausmaß, Rolle und Grenzen der antifaschistischen Bewegung am Ende des Zweiten Weltkrieges, in: ZfG 26, 1978, S. 785–802.

Benz, Wolfgang: Eine liberale Widerstandsgruppe und ihre Ziele. Hans Robinsohns Denkschrift aus dem Jahre 1939, in: VfZG 29, 1981, S. 437–471.

Berberich, Walter: Die historische Entwicklung der Christlich-Sozialen Union in Bayern bis zum Eintritt in die Bundespolitik, Diss. Würzburg 1965.

Berger, Dietrich: Das Erbe der Väter. Für Demokratie und freie Wirtschaftsordnung, in: Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hrsg. v. Paul Rothmund u. Erhard R. Wiehn, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 4, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1979, S. 181–200.

Bergsträsser, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 12. Aufl., völlig überarb. u. neu hrsg. v. Wilhelm Mommsen, Deutsches Handbuch der Politik Bd. 2, München/Wien 1970.

Berlin. Behauptung von Freiheit und Selbstverwaltung 1946–1948, hrsg. i.A. d. Senats von Berlin, Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte Bd. 2, Berlin 1959.

Bertsch, Herbert: CDU/CSU demaskiert, Berlin (Ost) 1961.

Bertsch, Herbert: Die FDP und der deutsche Liberalismus 1789–1963, Berlin (Ost) 1965.

Besson, Waldemar: Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1959.

Beyersdorf, Peter: Militärregierung und Selbstverwaltung. Eine Studie zur amerikanischen Besatzungspolitik auf der Stufe einer Gemeinde in den Jahren 1945–1948, dargestellt am Beispiel aus dem Stadt- und Landkreis Coburg, Diss. Erlangen 1966.

Billerbeck, Rudolf: Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946–1951) und der Nationalsozialismus, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 41, Düsseldorf 1971.

Billstein, Reinhold: Die Kölner Arbeiterparteien und der Wiederaufbau der städtischen Verwaltung 1945/46, in: Das andere Köln. Demokratische Traditionen seit der Französischen Revolution, hrsg. v. dems., Köln 1979, S. 362–384.

Bösch, Hermann: Politische Parteien und Gruppen in Offenbach am Main 1860–1960, Offenbacher Geschichtsblätter Nr. 23, Offenbach 1973.

Bohmbach, Jürgen: Die Endphase der Weimarer Republik in Niedersachsen, in: Niedersächsisches Jahrbuch 54, 1982, S. 65–94.

Booms, Hans: Die Deutsche Volkspartei, in: Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, hrsg. v. Erich Matthias u. Rudolf Morsey, 2. Aufl., Düsseldorf 1979, S. 521–539.

Bracher, Karl-Dietrich: Das deutsche Dilemma, München 1971.

Bracher, Karl-Dietrich: Die Krise Europas 1917–1975, Propyläen Geschichte Europas Bd. 6, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1976.

Bracher, Karl-Dietrich: Das deutsche Parteiensystem, in: Deutschland nach 25 Jahren. Eine Deutschlandbilanz, hrsg. v. dems., München 1970, S. 254–276.

Brandt, Peter: Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau – Ausprägung – Politik in Bremen 1945/46, Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte Bd. 11, Hamburg 1976.

Braunthal, Gerard: The Free Democratic Party in West German Politics, in: Western Political Quarterly 13, 1960, S. 332–348.

Breitling, Rupert: Das Geld in der deutschen Parteipolitik, in: Politische Vierteljahresschrift 2, 1961, S. 348–363.

Buchstab, Günter/Gotto, Klaus (Hrsg.): Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten, München/Wien 1981.

Büttner, Ursula: Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–1931, Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte Bd. 16, Hamburg 1982.

Büttner, Ursula: Vereinigte Liberale und Deutsche Demokraten in Hamburg 1906–1930, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 63, 1977, S. 1–34.

Bußmann, Walter: Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: HZ 186, 1958, S. 527–557.

Buttlar, Walrab von: Ziele und Zielkonflikte der sowjetischen Deutschlandpolitik, 1945–1947, Stuttgart 1980.

Christier, Holger: Sozialdemokratie und Kommunismus. Die Politik der SPD und der KPD in Hamburg 1945–1949, Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte Bd. 10, Hamburg 1975.

Chronik der Stadt München 1945–1948, bearb. v. Wolfram Selig u. Mitw. v. Ludwig Morenz u. Helmut Stahleder, München 1980.

Conze, Werner: Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1969.

Conze, Werner/Lepsius, M. Rainer (Hrsg.): Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Industrielle Welt Bd. 34, Stuttgart 1983.

Cornides, Wilhelm: Die Weltmächte und Deutschland. Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945–1955, Tübingen/Stuttgart 1957.

Cromwell, Richard Sidney: The Free Democratic Party in German Politics 1945–1956. A Historical Study of a Contemporary Liberal Party, Diss. Stanford 1961.

Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965.

Dann, Otto (Hrsg.): Köln nach dem Nationalsozialismus. Der Beginn des gesellschaftlichen und politischen Lebens in den Jahren 1945/46, Wuppertal 1981.

Demlöff, Erika: Zur Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder in München, Juni 1947, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 10, 1968, S. 881–897.

Deppert, Fritz: Wiederaufbau und neue Ziele. Neubeginn unter Besatzungsherrschaft (1945–1948), in: Eckhart G. Franz (Red.), Darmstadts Geschichte, Darmstadt 1980, S. 483–508.

Deuerlein, Ernst: CDU/CSU 1945–1947. Beiträge zur Zeitgeschichte, Köln 1957.

Deuerlein, Ernst: Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg 1945–1955, in: Handbuch der Deutschen Geschichte, neu hrsg. v. Leo Just, Bd. IV, T. 3, Konstanz 1965.

Deuerlein, Ernst: Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Historische Gegenwartskunde. Handbuch für den politischen Unterricht, hrsg. v. Joachim Rohlfes u. Hermann Körner, Göttingen 1970, S. 581–703.

Deuerlein, Ernst/Gruner, Wolf D.: Die politische Entwicklung Bayerns 1945 bis 1972, in: Handbuch der bayerischen Geschichte. Bd. 4: Das neue Bayern 1800–1970, hrsg. v. Max Spindler, T.1, München 1974, S. 538–644.

Deuerlein, Ernst: Das erste gesamtdeutsche Gespräch. Zur Beurteilung der Ministerpräsidenten-Konferenz in München 6./7. Juni 1947, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 17, 1967, B 23, S. 3–22.

Deuerlein, Ernst: Frankreichs Obstruktion deutscher Zentralverwaltungen 1945, in: Deutschland-Archiv 4, 1971, S. 466–491.

Diestelkamp, Bernhard: Rechts- und verfassungsgeschichtliche Probleme zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Juristische Schulung 20, 1980, S. 401–405 u. 481–485 u. 790–796.

Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rolf (Hrsg.): Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin Bd. 24, Opladen 1973.

Döhn, Lothar: Liberalismus als kategorialer Rahmen für die FDP, in: Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, hrsg. v. Lothar Albertin, Göttingen 1980, S. 267–287.

Döhn, Lothar: Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft Bd. 16, Meisenheim am Glan 1970.

Doering-Manteuffel, Anselm: Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949–1963, Darmstadt 1983.

Dörr, Manfred: Restauration oder Demokratisierung? Zur Verfassungspolitik in Hessen 1945/46, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2, 1971, S. 99–122.

Dohse, Rainer: Der dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945–1955, Hamburg 1974.

Dorn, Wolfram/Hofmann, Harald (Hrsg.): Geschichte des deutschen Liberalismus, 2., erw. Aufl, Bonn o.J. (1976).

Dübber, Ulrich: Parteifinanzierung in Deutschland. Eine Untersuchung über das Problem der Rechenschaftslegung in einem künftigen Parteiengesetz, Staat und Politik Bd. 1, Köln/Opladen 1962.

Düwell, Kurt: Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland (1945–1961). Eine dokumentierte Einführung, Köln/Wien 1981.

Ebsworth, Raymond: Restoring Democracy in Germany. The British Contribution, London 1960.

Ehni, Hans Peter: Der Wiederaufbau der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, hrsg. v. Jürgen Reulecke, Wuppertal 1974, S. 415–439.

Eisfeld, Gerhard: Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland, 1858–1870. Studie zu den Organisationen und Programmen der Liberalen und Demokraten, Hannover 1969.

Erdmann, Karl Dietrich: Die Zeit der Weltkriege, in: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, 9., neu bearb. Aufl., hrsg. v. Herbert Grundmann, Bd. 4, Stuttgart 1976.

Eschenburg, Theodor: Probleme der modernen Parteifinanzierung, Tübinger Universitätsreden H. 13, Tübingen 1961.

Eschenburg, Theodor: Regierung, Bürokratie und Parteien 1945–1949. Ihre Bedeutung für die politische Entwicklung der Bundesrepublik, in: VfZG 24, 1976, S. 58–74.

Eschenburg, Theodor: Der bürokratische Rückhalt, in: Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, hrsg. v. Richard Löwenthal u. Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1974, S. 64–94.

Exler, Margarete: Der Zusammenschluß zur FDP am 11./12. Dezember 1948 in Heppenheim, in: Geschichtsblätter für den Kreis Bergstraße 12, 1979, S. 233–264.

Faber, Karl-Georg: Strukturprobleme des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Der Staat 14, 1975, S. 201–227.

Falter, Jürgen W.: Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn, in: Politische Vierteljahresschrift 22, 1981, S. 236–263.

Fenske, Hans: Der liberale Südwesten. Freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg, 1790–1933, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 5, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1981.

Fenske, Hans: Wahlrecht und Parteiensystem. Ein Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, Frankfurt am Main 1971.

Fesefeldt, Wiebke: Der Wiederbeginn des kommunalen Lebens in Göttingen. Die Stadt in den Jahren 1945 bis 1949, Studien zur Geschichte der Stadt Göttingen Bd. 3, Göttingen 1962.

Fijalkowski, Jürgen/Hauck, Peter/Holst, Axel/Kemper, Gerd-Heinrich/Mintzel, Alf: Berlin – Hauptstadtanspruch und Westintegration, Schriften des Instituts für politische Wissenschaft Bd. 20, Köln/Opladen 1967.

Fink, Hubert: Der Ulmer Gemeinderat im Spannungsfeld zwischen Repräsentation und Verwaltung, in: Tradition und Wagnis. Ulm 1945–1972, hrsg. v. Hans Eugen Specker, Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm Bd. 12, Ulm 1974, S. 137–163.

Fischenberg, Günther: Der deutsche Liberalismus und die Entstehung der Weimarer Republik. Die Krise einer politischen Bewegung, Diss. Münster 1958.

Fischer, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945, Studien zur Publizistik Bd. 15, Bremen 1971.

Fischer, Heinz-Dietrich: The Publications of the „Freie Demokratische Partei" in the Federal Republic of Germany, in: Gazette 6, 1960, S. 349–356.

Fischer, Heinz-Dietrich: Reeducations- und Pressepolitik unter britischem Besatzungsstatut. Die Zonenzeitung „Die Welt" 1946–1950. Konzeption, Artikulation und Rezeption, Düsseldorf 1978.

Fischer, Heinz-Joachim: Parlamentarischer Rat und Finanzverfassung, Diss. Kiel 1971.

Fischer, Wolfram: Das deutsche Handwerk im Strukturwandel des 20. Jahrhunderts, in: ders., Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze – Studien – Vorträge, Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 1, Göttingen 1972, S. 349–357 u. 524.

Flechtheim, Ossip K.: Der dritte Weg in der deutschen Parteipolitik nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 23, 1973, B 25, S. 3–14.

Focke, Franz: Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU, Wuppertal 1978.

Foelz-Schroeter, Marie Elise: Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945–1947. Westdeutsche Länderregierungen, zonale Bürokratien und politische Parteien im Widerstreit, Studien zur Zeitgeschichte Bd. 7, Stuttgart 1974.

Först, Walter: Die Ära Arnold, in: Politik und Landschaft, hrsg. v. dems., Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens Bd. 3, Köln/Berlin 1969, S. 217–257.

Först, Walter: Geschichte Nordrhein-Westfalens. Bd. 1: 1945–1949, Köln/Berlin 1970.

Franz, Günther: Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867 bis 1949. 3., erg. Aufl. m. e. Anhang: Die Wahlen 1951 bis 1956, Veröffentlichungen des niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik Rh. A Bd. 33, Bremen 1957.

Fratzscher, Arnold: Die CDU in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde, o.O. (Hannover) 1971.

Frei, Norbert: Die Presse, in: Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in drei Bänden, hrsg. v. Wolfgang Benz, Frankfurt am Main 1983, Bd. 3, S. 275–318.

Frenz, Wilhelm: Die politische Entwicklung in Kassel von 1945–1969. Eine wahlsoziologische Untersuchung, Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft Bd. 24, Meisenheim am Glan 1974.

Fricke, Wolfgang: Zur Geschichte und Tradition der Marburger F.D.P., in: 25 Jahre liberale Politik. Festschrift für Gertrud Röhr, Schriftenreihe des Liberalen Bildungswerkes e.V. H.1, Bonn 1975, S. 15–23.

Fritsch-Bournazel, Renate: Die Sowjetunion und die deutsche Teilung. Die sowjetische Deutschlandpolitik von 1945–1979, Opladen 1979.

Fürstenau, Justus: Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Politica Bd. 40, Neuwied/Berlin 1969.

Gabbe, Jörg: Parteien und Nation. Zur Rolle des Nationalbewußtseins für die politischen Grundorientierungen der Parteien in der Anfangsphase der Bundesrepublik, Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland Bd. 15, Meisenheim am Glan 1976.

Gall, Lothar (Hrsg.): Liberalismus, NWB Bd. 85, Köln 1976.

Gall, Lothar: Liberalismus und „Bürgerliche Gesellschaft". Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: ebd., S. 162–186.

Gall, Lothar: Liberalismus und Nationalstaat. Der deutsche Liberalismus und die Reichsgründung, in: Vom Staat des Ancien Régime zum modernen Parteienstaat. Festschrift für Theodor Schieder zu seinem 70. Geburtstag, hrsg. v. Helmut Berding, Kurt Düwell, Lothar Gall, Wolfgang J. Mommsen u. Hans-Ulrich Wehler, München/Wien 1978, S. 287–300.

Gall, Lothar: Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung, Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz Bd. 47, Wiesbaden 1968.

Gall, Lothar: Der deutsche Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung, in: HZ 228, 1979, S. 98–108.

Gall, Lothar: Das Problem der parlamentarischen Opposition im deutschen Frühliberalismus, in: Deutsche Parteien vor 1918, hrsg. v. Gerhard Albert Ritter, NWB Bd. 61, Köln 1973, S. 192–207.

Gall, Lothar: „Sündenfall" des liberalen Denkens oder Krise der bürgerlich-liberalen Bewegung? Zum Verhältnis von Liberalismus und Imperialismus in Deutschland, in: Liberalismus und imperialistischer Staat. Der Imperialismus als Problem liberaler Parteien in Deutschland 1890–1914, hrsg. v. Karl Holl u. Günther List, Göttingen 1975, S. 148–158.

Gall, Lothar: Die Wirklichkeit des Liberalismus in der deutschen Geschichte, in: liberal 13, 1971, S. 884–894.

Gerhardt, Wolfgang: Die bildungspolitische Diskussion in der FDP von 1945–1951, Diss. Marburg 1971.

Gimbel, John: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949, Frankfurt am Main 1971.

Gimbel, John: Byrnes und die Bizone. Eine amerikanische Entscheidung zur Teilung Deutschlands?, in: Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis, hrsg. v. Wolfgang Benz u. Hermann Graml, Stuttgart 1976, S. 165–192.

Gimbel, John: American Denazification and German Local Politics 1945–1949. A Case Study in Marburg, in: American Political Science Review 54, 1960, S. 83–105.

Gimbel, John: Die Konferenzen der deutschen Ministerpräsidenten 1945–1949, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 21, 1971, B 31, S. 3–28.

Gimbel, John: Marburg nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes, in: Marburger Geschichte. Rückblick auf die Stadtgeschichte in Einzelbeiträgen, hrsg. v. Erhart Dettmering u. Rudolf Grenz, Marburg 1980, S. 655–676.

Gimbel, John: Byrnes' Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland, in: VfZG 20, 1972, S. 39–62.

Gimbel, John: Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung. Marburg, 1945–1952, Köln/Berlin 1964.

Girndt, Ilse: Zentralismus in der Britischen Zone. Entwicklungen und Bestrebungen beim Wiederaufbau der staatlichen Verwaltungsorganisation auf der Ebene oberhalb der Länder 1945–1948, Diss. Bonn 1970.

Glatzeder, Sebastian J.: Die Deutschlandpolitik der FDP in der Ära Adenauer. Konzeptionen in Entstehung und Praxis, Baden-Baden 1980.

Glet, Axel: Die Wiedergründung der SPD in Schleswig-Holstein 1945/46, in: ZSHG 105, 1980, S. 229–291.

Gögler, Max/Richter, Gregor (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen, Sigmaringen 1982.

Golay, John F.: The Founding of the Federal Republic of Germany, Chicago 1958.

Golde, Günter: Voting Patterns, Social Context, and Religious Affiliation in Southwest Germany, in: Comparative Studies in Society and History 24, 1982, S. 25–56.

Grabbe, Hans-Jürgen: Die deutsch-alliierte Kontroverse um den Grundgesetzentwurf im Frühjahr 1949, in: VfZG 26, 1978, S. 393–418.

Grabbe, Hans-Jürgen: Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945–1966, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 71, Düsseldorf 1983.

Graf, Hans: Die Entwicklung der Wahlen und politischen Parteien in Groß-Dortmund, Schriftenreihe des Instituts für Wissenschaftliche Politik in Marburg Bd. 5, Hannover/Frankfurt am Main 1958.

Graml, Hermann: Zur Frage der Demokratiebereitschaft des deutschen Bürgertums nach dem Ende der NS-Herrschaft. Hermann Maus Bericht über eine Reise nach München im März 1946, in: Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag, hrsg. v. Wolfgang Benz, Stuttgart 1980, S. 149–168.

Grebing, Helga/Pozorski, Peter/Schulze, Rainer: Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945–1949, 2 Bde., Stuttgart 1980.

Grieser, Helmut: Schleswig-Holstein und die Reichseinheit (1945–1949), in: ZSHG 106, 1981, S. 201–288.

Griesmeier, Josef: Die Entwicklung der Wirtschaft und Bevölkerung von Baden und Württemberg im 19. und 20. Jahrhundert, in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg 1, 1954, S. 121–242.

Grosser, Alfred: Geschichte Deutschlands seit 1945. Eine Bilanz, München 1974.

Grünewald, Wilhard: Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947. Anlaß und Scheitern eines gesamtdeutschen Unternehmens, Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft Bd. 21, Meisenheim am Glan 1971.

Gruner, Wolf D.: Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947. Letzte gesamtdeutsche Chance die Spaltung zu verhindern?, in: ZBLG 38, 1975, S. 760–776.

Gruner, Wolf D.: Die Londoner Sechsmächtekonferenz von 1948 und die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, in: Großbritannien und Deutschland. Europäische Aspekte der politisch-kulturellen Beziehungen beider Länder in Geschichte und Gegenwart. Festschrift für John W.P. Bourke, hrsg. v. Ortwin Kuhn, München 1974, S. 139–165.

Günther, Wolfgang: Parteien und Wahlen in Niedersachsen während der Weimarer Republik, in: Niedersächsisches Jahrbuch 54, 1982, S. 19–43.

Gugel, Michael: Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft. Sozioökonomische Interessen und politische Ziele des liberalen Bürgertums in Preußen zur Zeit des Verfassungskonflikts 1857–1867, Köln 1975.

Gurland, Arcadius R.L.: Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953, hrsg. v. Dieter Emig, Frankfurt am Main 1980.

Gutscher, Jörg Michael: Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961, Meisenheim am Glan 1967.

Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, 5. Aufl., Neuwied 1971.

Hartenstein, Wolfgang: Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 22, Düsseldorf 1962.

Haseloff, Walter: Die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1968.

Haseloff, Wolfgang: Die politischen Parteien und die Wahlen in Waldeck 1867–1953, Diss. Marburg 1955.

Hasenkamp, Holger G.: Die Freie Hansestadt Bremen und das Reich 1928–1933. Eine verfassungsgeschichtliche Untersuchung, Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen Bd. 47, Bremen 1981.

Haußmann, Wolfgang: Liberale Erneuerung nach 1945, in: 100 Jahre Volkspartei 1864–1964. Festschrift zum Dreikönigstreffen 1964, hrsg. v. d. FDP/DVP Baden-Württemberg, Schriftenreihe der FDP H.25, Stuttgart o.J. (1964), S. 37–42.

Heberle, Rudolf: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932, Schriftenreihe der VfZG Bd. 6, Stuttgart 1963.

Heidenheimer, Arnold J.: Adenauer and the CDU. The Rise of the Leader and Integration of the Party, The Hague 1960.

Heidenheimer, Arnold J.: German Party Finance: The CDU, in: American Political Science Review 51, 1957, S. 369–386.

Henke, Klaus-Dietmar: Aspekte französischer Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag, hrsg. v. Wolfgang Benz, Stuttgart 1980, S. 169–191.

Henke, Klaus-Dietmar: Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: VfZG 30, 1982, S. 500–537.

Henke, Klaus-Dietmar: Politische Säuberung unter französischer Besatzung. Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern, Schriftenreihe der VfZG Bd. 42, Stuttgart 1981.

Henning, Friedrich: 25 Jahre FDP in Nordrhein-Westfalen, in: Das Rathaus 24, 1971, S. 113–119.

Henning, Friedrich: Die deutschen Liberalen und ihre Parteien, in: Politische Studien 16, 1965, S. 7–16.

Hepp, Gerd: Die CDU im Landesbezirk Nordbaden, in: Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hrsg. v. Paul-Ludwig Weinacht, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 2, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978, S. 113–135.

Herrmann, Walther: Der Wiederaufbau der Selbstverwaltung der deutschen Wirtschaft nach 1945, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 23, 1978, S. 81–97.

Heß, Jürgen C.: „Das ganze Deutschland soll es sein". Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Kieler Historische Studien Bd. 24, Stuttgart 1978.

Heß, Jürgen C.: Europagedanke und nationaler Revisionismus. Überlegungen zu ihrer Verknüpfung in der Weimarer Republik am Beispiel Wilhelm Heiles, in: HZ 225, 1977, S. 572–622.

Heß, Jürgen C.: Gab es eine Alternative? Zum Scheitern des Linksliberalismus in der Weimarer Republik, in: HZ 223, 1976, S. 638–654.

Heß, Jürgen C.: Überlegungen zum Demokratie- und Staatsverständnis des Weimarer Linksliberalismus, in: Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Karl-Dietrich Erdmann, hrsg. v. Hartmut Boockmann u.a., Neumünster 1980, S. 289–311.

Heß, Jürgen C.: Wandlungen im Staatsverständnis des Linksliberalismus der Weimarer Republik 1930 bis 1933, in: Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation, hrsg. v. Karl Holl, Göttingen 1978, S. 46–88.

Heydte, Friedrich August Frhr. v.d./Sacherl, Karl: Soziologie der deutschen Parteien, München 1955.

Hilger, Dietrich: Die mobilisierte Gesellschaft, in: Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, hrsg. v. Richard Löwenthal u. Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1974, S. 95–122.

Hillgruber, Andreas: Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit, 1945–1963, Oldenbourg Grundriß der Geschichte Bd. 18, München/Wien 1979.

Hillgruber, Andreas: Deutsche Geschichte 1945–1972. Die „deutsche Frage" in der Weltpolitik, Deutsche Geschichte Bd. 9, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1974.

Hockerts, Hans Günter: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945–1957, Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte Bd. 1, Stuttgart 1980.

Hoeft, Klaus-Dieter: Die Finanzierung der CDU und FDP in Westdeutschland, Diss. Berlin (Ost) 1965.

Hoffmann, Wolfgang: Versuch und Scheitern einer gesamtdeutschen liberalen Partei 1945–1948, Humanistische und revolutionär-demokratische Traditionen des Bürgertums Bd. 14, Berlin (Ost) 1965.

Holl, Karl: Europapolitik im Vorfeld der deutschen Regierungspolitik. Zur Tätigkeit proeuropäischer Organisationen in der Weimarer Republik, in: HZ 219, 1974, S. 33–94.

Holl, Karl (Hrsg.): Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation, Göttingen 1978.

Hollenberg, Günter: Bürgertum und Revolution in Frankfurt a.M. 1918/19, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 115, 1979, S. 69–120.

Hollenberg, Günter: Bürgerliche Sammlung oder sozialliberale Koalition? Sozialstruktur, Interessenlage und politisches Verhalten der bürgerlichen Schichten 1918/19 am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main, in: VfZG 27, 1979, S. 392–430.

Homburg, Heidrun/Schissler, Jakob: Zum Kontinuitätsproblem von Interessenorganisationen und Funktionseliten der westdeutschen Industrie im Umbruch 1945/49, in: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium 6, 1977, S. 117–121.

Hudemann, Rainer: Sozialstruktur und Sozialpolitik in der französischen Besatzungszone 1945–1949. Materialien und Forschungsergebnisse, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 5, 1979, S. 373–408.

Hüls, Hans: Wähler und Wahlverhalten im Land Lippe während der Weimarer Republik, Sonderveröffentlichung des naturwissenschaftlichen und historischen Vereins für das Land Lippe Bd. 22, Detmold 1974.

Hüttenberger, Peter: Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie, Siegburg 1973.

Hunt, James Clark: The People's Party in Württemberg and Southern Germany, 1890–1914. The Possibilities of Democratic Politics, Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik Bd. 9, Stuttgart 1975.

Hurwitz, Harold: Antikommunismus und amerikanische Demokratisierungsvorhaben im Nachkriegsdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 28, 1978, B 29, S. 29–46.

Hurwitz, Harold: Die politische Kultur der Bevölkerung und der Neubeginn konservativer Politik, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945 Bd. 1, Köln 1983.

Hurwitz, Harold: Die Pressepolitik der Alliierten, in: Deutsche Presse seit 1945, hrsg. v. Harry Pross, Bern/München/Wien 1965, S. 27–55.

Hurwitz, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945–1949, Köln 1972.

Huster, Ernst-Ulrich/Kraiker, Gerhard/Scherer, Burkhard/Schlotmann, Friedrich-Karl/Welteke, Marianne: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1973.

Irek, Joachim: Mannheim in den Jahren 1945–1949. Geschichte einer Stadt zwischen Diktatur und Republik, 2 Bde., Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim Bd. 9/10, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1983.

Itzerott, Brigitte: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), in: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und

Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, hrsg. v. Hermann Weber, Köln 1982, S. 179–213.

Jenke, Manfred: Die nationale Rechte. Parteien, Politiker, Publizisten, Berlin 1967.

Johe, Werner: Bürgermeister Rudolf Petersen. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Neuordnung in Hamburg 1945–1946, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv 3, 1974, S. 379–415.

Jones, Larry Eugene: The Dissolution of the Bourgeois Party System in the Weimar Republic, in: Social Change and Political Development in Weimar Germany, hrsg. v. Richard Bessel u. Edgar J. Feuchtwanger, London 1981, S. 268–288.

Jones, Larry Eugene: Inflation, Revaluation, and the Crisis of Middle-Class-Politics. A Study in the Dissolution of the German Party System, 1923–1928, in: Central European History 12, 1979, S. 143–168.

Jones, Larry Eugene: „The Dying Middle": Weimar Germany and the Fragmentation of Bourgeois Politics, in: ebd. 5, 1972, S. 23–54.

Jones, Larry Eugene: Sammlung oder Zersplitterung? Die Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei in der Endphase der Weimarer Republik 1930–1933, in: VfZG 25, 1977, S. 265–304.

Jones, Larry Eugene: Adam Stegerwald und die Krise des deutschen Parteiensystems. Ein Beitrag zur Deutung des „Essener Programms" vom November 1920, in: VfZG 27, 1979, S. 1–29.

Jones, Larry Eugene: Gustav Stresemann and the Crisis of German Liberalism, in: European Studies Review 4, 1974, S. 141–163.

Jostock, Paul: Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur in Südwestdeutschland. Vergleich der vier Landesteile Nord- und Süd-Württemberg und Nord- und Süd-Baden, in: Statistische Monatshefte Württemberg-Baden 2, 1948, S. 195–206.

Jürgensen, Kurt: Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Aufbau der demokratischen Ordnung in Schleswig-Holstein unter dem ersten Ministerpräsidenten Theodor Steltzer 1945–1947, Geschichte Schleswig-Holsteins Bd. 8 Beih., Neumünster 1969.

Jürgensen, Kurt: Schleswig-Holstein – das „Modell-Land" der britischen Besatzungspolitik, in: Gedenkschrift Martin Göhring. Studien zur europäischen Geschichte, hrsg. v. Ernst Schulin, Wiesbaden 1968, S. 396–412.

Jung, Horst-Wilhelm: Rheinland-Pfalz zwischen Antifaschismus und Antikommunismus. Zur Geschichte des Landesparlaments, 1946–1948, Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft Bd. 32, Meisenheim am Glan 1976.

Junger, Gerhard: Schicksal 1945. Das Ende des 2. Weltkrieges im Kreise Reutlingen, 2., erw. Aufl., Reutlingen o.J. (1977).

Kaack, Heino: Die F.D.P. Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik, 3., erw. Aufl., Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland Bd. 18, Meisenheim am Glan 1979.

Kaack, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971.

Kaack, Heino: Die Liberalen. Die FDP im Parteiensystem der Bundesrepublik, in: Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, hrsg. v. Richard Löwenthal u. Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1974, S. 408–432.

Kaack, Heino: Das Volksparteiensystem in der Bundesrepublik Deutschland und die Situation der FDP, in: Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, hrsg. v. Lothar Albertin, Göttingen 1980, S. 32–47.

Kaden, Albrecht: Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, 2. Aufl., Internationale Bibliothek Bd. 121, Berlin/Bonn 1980.

Kästner, Friedrich: Die neue Bürgerschaft, in: Neues Hamburg. Zeugnisse vom Wiederaufbau der Hansestadt, hrsg. v. Erich Lüth, Bd. 2, Hamburg 1948, S. 30–35.

Kastendiek, Hermann: Der Liberalismus in Bremen, Diss. Kiel 1951.

Kiersch, Gerhard: Die französische Deutschlandpolitik 1945–1949, in: Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten, hrsg. v. Claus Scharf u. Hans-Jürgen Schröder, Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz Abt. Universalgeschichte Beih. 4, Wiesbaden 1977, S. 61–76.

Klaas, Helmut: Die Verfassung für Rheinland-Pfalz. Entstehungsstufen und Beratungen, in: Die Entstehung der Verfassung für Rheinland-Pfalz. Eine Dokumentation, bearb. v. dems., Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz Bd. 1, Boppard 1978, S. 33–70.

Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1982.

Klotzbach, Kurt: Parteien und Gesellschaft. Zu Tendenzen und Problemen der Parteienforschung nach 1945, in: Archiv für Sozialgeschichte 13, 1973, S. 1–21.

Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin/Bonn 1982.

Kluge, Ulrich: Südwestdeutschland in der Nachkriegszeit 1945–1949. Quellen zu den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Neubegründung demokratischer Strukturen im späteren Land Baden-Württemberg, in: Landesgeschichte und Zeitgeschichte: Kriegsende 1945 und demokratischer Neubeginn am Oberrhein, hrsg. v. Hannsmartin Schwarzmaier, Oberrheinische Studien Bd. 5, Karlsruhe 1980, S. 225–248.

Knauß, Erwin: Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten 60 Jahre, Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins NF. Bd. 45, Gießen 1961.

Koch, Manfred/Müller, Werner/Staritz, Dieter/Suckut, Siegfried: Versuch und Scheitern gesamtdeutscher Parteibildungen 1945–1948, in: Die beiden deutschen Staaten im Ost-West-Verhältnis. 15. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 1.–4. Juni 1982, Köln 1982, S. 90–107.

Koch, Rainer: „Industriesystem" oder „bürgerliche Gesellschaft". Der frühe deutsche Liberalismus und das Laisser-faire-Prinzip, in: GWU 29, 1978, S. 605–628.

Koch, Rainer: Politischer und sozialer Wandel in Deutschland im 19. Jahrhundert und die Entstehung moderner sozialer Bewegungen, in: liberal 22, 1980, S. 492–513.

Kocka, Jürgen: 1945: Neubeginn oder Restauration?, in: Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945, hrsg. v. Carola Stern u. Heinrich August Winkler, Frankfurt am Main 1979, S. 141–168.

Körper, Kurt J.: FDP. Bilanz der Jahre 1960 bis 1966. Braucht Deutschland eine liberale Partei?, Kölner Schriften zur sozialwissenschaftlichen Forschung Bd. 1, Köln 1968.

Kohl, Helmut: Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiedererstehen der Parteien nach 1945, Diss. Heidelberg 1958.

Kohlhaas, Wilhelm: Chronik der Stadt Stuttgart 1918–1933, Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart Bd. 17, Stuttgart o.J. (1964).

Konstanzer, Eberhard: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1969.

Koszyk, Kurt: „Parteipresse" im Nachkriegsdeutschland, in: Publizistik aus Profession. Festschrift für Johannes Binkowski aus Anlaß der Vollendung seines 70. Lebensjahres, hrsg. v. Gertraude Stein, Düsseldorf 1978, S. 135–145.

Krautkrämer, Elmar: Die Bundesrepublik Deutschland. Ihre Entstehung und Entwicklung, Frankfurt am Main/Berlin/München 1981.

Krautkrämer, Elmar: Der innerdeutsche Konflikt um die Ministerpräsidentenkonferenz in München 1947, in: VfZG 20, 1972, S. 154–174 u. 418–421.

Kreikamp, Hans-Dieter: Die amerikanische Deutschlandpolitik im Herbst 1946 und die Byrnes-Rede in Stuttgart, in: VfZG 29, 1981, S. 269–285.

Krieger, Leonard: The Interregnum in Germany: March-August 1945, in: Political Science Quarterly 64, 1949, S. 507–532, jetzt auch dt. in: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung, Entwicklung, Struktur, hrsg. v. Wolf-Dieter Narr u. Dietrich Thränhardt, NWB Bd. 102, Königstein 1979, S. 26–46.

Krippendorff, Ekkehart: Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone 1945, in: VfZG 8, 1960, S. 290–309.

Krippendorff, Ekkehart: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48 – Entstehung, Struktur, Politik, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 21, Düsseldorf o.J. (1961).

Kromberg, Hermann Emil: Politische Strömungen und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen von der Novemberrevolution 1918 bis zur Reichstagswahl vom Dezember 1924, Diss. Bonn 1968.

Kropat, Wolf-Arno: Hessen zwischen Kapitulation und Währungsreform (1945–1948), in: Nassauische Annalen 90, 1979, S. 156–167.

Kuckuck, Horst-Albert: Etappen im Ringen um eine Wirtschaftskonzeption der CDU 1945–1949, in: Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Entwicklungslinien bis zur Gegenwart, hrsg. v. Lothar Albertin u. Werner Link, Düsseldorf 1981, S. 239–260.

Kühr, Herbert (Hrsg.): Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich, Sozialwissenschaftliche Studien zur Stadt- und Regionalpolitik Bd. 4, Königstein 1979.

Kühr, Herbert: Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik. Unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Sozialstruktur und politischen Wahlen, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 49, Düsseldorf 1973.

Kunz, Rainer: Parteien- und Parlamentarismusentwicklung in den deutschen Ländern 1945 bis zur Gründung der Bundesrepublik, in: Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, hrsg. v. Josef Becker, Theo Stammen u. Peter Waldmann, München 1979, S. 357–379.

Lange, Erhard H.M.: Politischer Liberalismus und verfassungspolitische Grundentscheidungen nach dem Kriege, in: Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, hrsg. v. Lothar Albertin, Göttingen 1980, S. 48–91.

Lange, Erhard H.M.: Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nach-

kriegsdeutschland 1945–1956, Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft Bd. 26, Meisenheim am Glan 1975.

Lange, Erhard H. M.: Vom Wahlrechtsstreit zur Regierungskrise: Die Wahlrechtsentwicklung Nordrhein-Westfalens bis 1956, Beiträge zur Neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens Bd. 8, Köln/Stuttgart/Berlin/Mainz 1980.

Lange, Max Gustav: Die FDP – Versuch einer Erneuerung des Liberalismus, in: Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 6, Stuttgart/Düsseldorf 1955, S. 273–403.

Langewiesche, Dieter: Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution 1848/49, in: GG 4, 1978, S. 324–361.

Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 52, Düsseldorf 1974.

Latour, Conrad F./Vogelsang, Thilo: Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947, Studien zur Zeitgeschichte Bd. 6, Stuttgart 1973.

Laufer, Rudolf: Industrie und Energiewirtschaft im Land Baden 1945–1952. Südbaden unter französischer Besatzung, Forschungen zur oberrheinischen Landesgeschichte Bd. 28, Freiburg/München 1979.

Lein, Albrecht: Antifaschistische Aktion 1945. Die „Stunde Null" in Braunschweig, Göttinger Politikwissenschaftliche Forschungen Bd. 2, Göttingen 1978.

Leipner, Kurt: Chronik der Stadt Stuttgart 1949–1953, Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart Bd. 27, Stuttgart 1977.

Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Deutsche Parteien vor 1918, hrsg. v. Gerhard Albert Ritter, NWB Bd. 61, Köln 1973, S. 56–80.

Lepsius, M. Rainer: Sozialstruktur und soziale Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, hrsg. v. Richard Löwenthal u. Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1974, S. 263–288.

Lindemann, Helmut: Liberalismus und F.D.P., in: liberal 12, 1970, S. 418–451.

Lipgens, Walter: Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950. 1. Teil: 1945–1947, Stuttgart 1977.

Löhr, Hermann-Joseph: Die kulturpolitische Diskussion in der beratenden Landesversammlung von Rheinland-Pfalz, Dezember 1946–Mai 1947, Neuwied o.J. (1974).

Löwenthal, Richard: Bonn und Weimar: Zwei deutsche Demokratien, in: Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, hrsg. v. Heinrich August Winkler, GG Sonderh. 5, Göttingen 1979, S. 9–25.

Löwenthal, Richard/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974.

Loth, Wilfried: Die Teilung der Welt: Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1980.

Luckemeyer, Ludwig: Liberale in Hessen 1848–1980. Festschrift anläßlich des 60. Geburtstages von Heinz Herbert Karry, o.O. 1980.

Luckemeyer, Ludwig: Kasseler Liberale in zwei Jahrhunderten, Kassel 1979.

Lüth, Erich: Die Hamburger Bürgerschaft 1946–1971. Wiederaufbau und Neubau, Hamburg 1971.

Lüth, Erich: Hamburgs Schicksal lag in ihrer Hand. Geschichte der Bürgerschaft, Hamburg 1966.

McCauley, Martin: Liberal Democrats in the Soviet Zone of Germany, 1945–1947, in: Journal of Contemporary History 12, 1977, S. 779–789.

Maier, Herbert: Die Entwicklung der kommunalen Politik und Organisation in den drei westlichen Besatzungszonen, in: Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, hrsg. v. Josef Becker, Theo Stammen u. Peter Waldmann, München 1979, S. 341–355.

Manz, Mathias: Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone von 1945 bis 1948, Diss. Mannheim 1968.

Marten, Heinz-Georg: Die FDP in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde, Hannover 1972.

Marten, Heinz-Georg: Die unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen, Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei 1945–1955. Eine politiksoziologische Untersuchung der krisenreichen Neubelebung des politischen Liberalismus unter besonderer Berücksichtigung der innerparteilichen, programmatischen und sozialstrukturellen Konstitutionsbedingungen des niedersächsischen FDP-Landesverbandes, Göttinger Politikwissenschaftliche Forschungen Bd. 1, Göttingen/Frankfurt am Main/Zürich 1978.

Mattedi, Norbert: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, Bonn/Berlin 1966.

Matthias, Erich/Morsey, Rudolf: Die Deutsche Staatspartei, in: Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, hrsg. v. dens., 2. Aufl., Düsseldorf 1979, S. 29–97.

Matz, Elisabeth: Die Zeitungen der US-Armee für die deutsche Bevölkerung (1944–1946), Studien zur Publizistik. Bremer Reihe Bd. 12, Münster 1969.

Mauch, Bertold: Die bayerische FDP. Portrait einer Landespartei 1945–1949, Diss. Erlangen 1965, jetzt auch: Der politische Liberalismus in Bayern Bd. 1, München 1981.

Meissner, Boris: Die sowjetische Deutschlandpolitik 1945–1949, in: Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Außenpolitik I (1917–1955), hrsg. v. Dietrich Geyer, Köln/Wien 1972, S. 448–473.

Mende, Erich: Die FDP. Daten, Fakten, Hintergründe, Stuttgart 1972.

Meyn, Hermann: Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 29, Düsseldorf 1965.

Mick, Günter: Politische Wahlen und Volksentscheide in der Stadt Trier zur Zeit der Weimarer Republik, Diss. Bonn 1968.

Milatz, Alfred: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 66, Bonn 1965.

Mintzel, Alf: Besatzungspolitik und Entwicklung der bürgerlichen Parteien in den Westzonen (1945–1949), in: Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte – Entstehung – Entwicklung. Eine Einführung, hrsg. v. Dietrich Staritz, Opladen 1976, S. 73–89.

Mintzel, Alf: Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei, Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin Bd. 26, Opladen 1975.

Mintzel, Alf: Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977.

Möckl, Karl: Die Struktur der Christlich-Sozialen Union in Bayern in den ersten Jahren ihrer Gründung, in: ZBLG 36, 1973, S. 719–753.

Molt, Peter: Der politische Liberalismus in Deutschland, in: Politische Bewegungen in Deutschland. Entwicklungen, Aufbau, Ziele, hrsg. v. d. Politischen Akademie Eichholz d. Konrad-Adenauer-Stiftung, 2., überarb. Aufl., Handbücher der Politischen Akademie Eichholz Bd. 1, Eichholz 1967.

Mommsen, Wolfgang J.: Die liberale Idee in einer sich wandelnden Gesellschaft. Der deutsche Liberalismus von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 29, 1979, B 23, S. 3–14.

Mommsen, Wolfgang J.: Der deutsche Liberalismus zwischen „klassenloser Bürgergesellschaft" und „Organisiertem Kapitalismus". Zu einigen neueren Liberalismusinterpretationen, in: GG 4, 1978, S. 77–90.

Mommsen, Wolfgang J.: Liberalismus und liberale Idee in Geschichte und Gegenwart, in: Möglichkeiten und Grenzen liberaler Politik, hrsg. v. Kurt Sontheimer, Düsseldorf 1975, S. 11–45.

Monz, Heinz: Die politischen Wahlen in der Stadt Trier während der Weimarer Zeit, in: Kurtrierisches Jahrbuch 4, 1964, S. 84–119.

Morsey, Rudolf: Entscheidung für den Westen. Die Rolle der Ministerpräsidenten in den drei Westzonen im Vorfeld der Bundesrepublik Deutschland 1947–1949, in: Westfälische Forschungen 26, 1974, S. 1–24.

Morsey, Rudolf: Zwischen Verwaltung und Parteipolitik. Hermann Pünder und die Gründung der CDU in Münster 1945, in: Weltpolitik – Europagedanke – Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag am 30. Januar 1982, hrsg. v. Heinz Dollinger, Horst Gründer u. Alwin Hanschmidt, Münster 1982, S. 529–546.

Moskowitz, Moses: The Political Reeducation of the Germans. The Emergence of Parties in Wuerttemberg-Baden (May 1945–June 1946), in: Political Science Quarterly 61, 1946, S. 535–561.

Mühlhausen, Walter: Parteien im Wiederaufbau – Strukturen und Tendenzen in Hessen 1945/1946, in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde NF. 41, 1983, S. 281–334.

Müller, Georg: Die Grundlegung der westdeutschen Wirtschaftsordnung im Frankfurter Wirtschaftsrat 1947–1949, Frankfurt am Main 1982.

Müller, Karl-Friedrich: Antifa-Ausschüsse in Südbaden (April–Dezember 1945), in: Vom Hotzenwald bis Wyhl. Demokratische Traditionen in Baden, hrsg. v. Heiko Haumann, Köln 1977, S. 155–175.

Müller, Michael: Konfessionell oder simultan? Der Streit um die Volksschule in Rheinland-Pfalz 1945–1953, in: RhVjbll. 45, 1981, S. 317–346.

Müller-Werth, Herbert: Geschichte und Kommunalpolitik der Stadt Wiesbaden unter besonderer Berücksichtigung der letzten 150 Jahre, Wiesbaden 1963.

Narr, Wolf-Dieter/Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung, Entwicklung, Struktur, NWB Bd. 102, Königstein 1979.

Narr, Wolf-Dieter: CDU – SPD. Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart 1966.

Narr, Wolf-Dieter (Hrsg.): Auf dem Weg zum Einparteienstaat, Opladen 1977.

Naßmacher, Karl-Heinz: Kontinuität und Wandel eines regionalen Parteiensystems. Zur politischen Entwicklung Oldenburgs im 20. Jahrhundert, in: Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg. Studien zur Regionalgeschichte vom 17. bis 20. Jahrhundert, hrsg. v. Wolfgang Günther, Oldenburg 1981, S. 241–252.

Naßmacher, Karl-Heinz: Regionale Tradition als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems. Neue Perspektiven in der politischen Ökologie, in: ebd., S. 153–188.

Naßmacher, Karl-Heinz: Zerfall einer liberalen Subkultur. Kontinuität und Wandel des Parteiensystems in der Region Oldenburg, in: Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich, hrsg. v. Herbert Kühr, Sozialwissenschaftliche Studien zur Stadt- und Regionalpolitik Bd. 4, Königstein 1979, S. 29–134.

Neumann, Franz: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950–1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei, Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft Bd. 5, Meisenheim am Glan 1968.

Neumann, Sigmund: Die Parteien der Weimarer Republik, 3. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973.

Neusüß-Hunkel, Ermenhild: Parteien und Wahlen in Marburg nach 1945, Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft Bd. 9, Meisenheim am Glan 1973.

Niclauß, Karlheinz: Demokratiegründung in Westdeutschland. Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, München 1974.

Niethammer, Lutz: Aktivität und Grenzen der Antifa-Ausschüsse 1945. Das Beispiel Stuttgart, in: VfZG 23, 1975, S. 297–331.

Niethammer, Lutz: Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945, in: VfZG 15, 1967, S. 153–210.

Niethammer, Lutz: Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt am Main 1972.

Niethammer, Lutz: Rekonstruktion und Desintegration: Zum Verständnis der deutschen Arbeiterbewegung zwischen Krieg und Kaltem Krieg, in: Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, hrsg. v. Heinrich August Winkler, GG Sonderh. 5, Göttingen 1979, S. 26–43.

Niethammer, Lutz: Die deutsche Stadt im Umbruch 1945 als Forschungsproblem, in: Die Alte Stadt 5, 1978, S. 138–154.

Niethammer, Lutz: Zur Verhältnis von Reform und Rekonstruktion in der US-Zone am Beispiel der Neuordnung des öffentlichen Dienstes, in: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung, Entwicklung, Struktur, hrsg. v. Wolf-Dieter Narr u. Dietrich Thränhardt, NWB Bd. 102, Königstein 1979, S. 47–59.

Nipperdey, Thomas: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 18, Düsseldorf 1961.

Office of the U.S. High Commissioner for Germany (Hrsg.): Elections and Political Parties in Germany 1945–1952, Bad Godesberg/Mehlem 1952.

Ohler, Norbert: Speyer in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, zur Zeit des Zweiten Weltkrieges und am Beginn des demokratischen Aufbaues (1933–1949), in: Geschichte der Stadt Speyer, hrsg. v. d. Stadt Speyer, Redaktion Wolfgang Eger, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1982, Bd. 2, S. 355–463.

Otto, Volker: Das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 42, Düsseldorf 1971.

Overesch, Manfred: Deutschland 1945–1949. Vorgeschichte und Gründung der Bundesrepublik. Ein Leitfaden in Darstellung und Dokumenten, Königstein/Düsseldorf 1979.

Overesch, Manfred: Gegen Deutschlands Teilung. Nationale Initiativen deutscher Ministerpräsidenten 1945/46, in: Deutschland-Archiv 14, 1981, S. 148–161.

Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, 2 Bde., Leipzig 1968–1970.

Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 6, Stuttgart/Düsseldorf 1955.

Peters, Fritz: Zwölf Jahre Bremen, 1945–1956. Eine Chronik, Bremen 1976.

Pietsch, Hartmut: Militärregierung, Bürokratie und Sozialisierung. Zur Entwicklung des politischen Systems in den Städten des Ruhrgebietes 1945–1948, Duisburger Forschungen Bd. 26, Duisburg 1978.

Pietsch, Hartmut: Parteien und Wahlen in Essen seit 1848, in: Das Münster am Hellweg 25, 1972, S. 13–74.

Pikart, Eberhard: Auf dem Weg zum Grundgesetz, in: Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, hrsg. v. Richard Löwenthal u. Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1974, S. 149–176.

Pirker, Theo: Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945–1964, 2. Aufl., Berlin 1977.

Pirker, Theo: Die verordnete Demokratie. Grundlagen und Erscheinungen der „Restauration", Berlin 1977.

Plumpe, Werner: Gesellschaftliche Neuordnung oder ökonomische Entwicklungslogik? Spielräume und Handlungsmöglichkeiten der Unternehmerverbände im britischen Besatzungsgebiet 1945/46, in: WSI-Mitteilungen 34, 1981, S. 405–414.

Pollmann, Birgit: Reformansätze in Niedersachsen 1945–1949, Schriftenreihe der Landeszentrale für Politische Bildung in Niedersachsen Bd. 10, Hannover 1977.

Portner, Ernst: Der Ansatz zur demokratischen Massenpartei im deutschen Linksliberalismus, in: VfZG 13, 1965, S. 150–161.

Portner, Ernst: Die Verfassungspolitik der Liberalen 1919. Ein Beitrag zur Deutung der Weimarer Reichsverfassung, Bonner historische Forschungen Bd. 39, Bonn 1973.

Pünder, Tilman: Das bizonale Interregnum. Die Geschichte des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1946–1949, Waiblingen 1966.

Reimann, Joachim: Der politische Liberalismus in der Krise der Revolution, in: Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, hrsg. v. Karl Bosl, München/Wien 1969, S. 165–194.

Ritter, Gerhard Albert: Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918–1920, in: Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, hrsg. v. Eberhard Kolb, NWB Bd. 49, Köln 1972, S. 244–275.

Ritter, Gerhard Albert (Hrsg.): Deutsche Parteien vor 1918, NWB Bd. 61, Köln 1973.

Rode, Norbert: Britische Besatzungspolitik in Niedersachsen 1945–1947, in: Ergebnisse 1979, H. 7, S. 5–86.

Rode, Norbert: Zur Entstehungsgeschichte der Niedersächsischen Landespartei/Deutsche Partei (NLP/DP), in: Niedersächsisches Jahrbuch 53, 1981, S. 289–300.

Röpcke, Andreas: Dienstberichte der Besatzungsmacht. Die zentralen Berichtsserien der amerikanischen Militärregierung in Bremen (1945–1949) als historische Quelle, in: Bremisches Jahrbuch 56, 1978, S. 289–316.

Rößler, Karl Joseph: Der badische Landtag, Freiburg 1949.

Rohe, Karl: Konfession, Klasse und lokale Gesellschaft als Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens. Überlegungen und Problematisierungen am Beispiel des historischen Ruhrgebiets, in: Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Entwicklungslinien bis zur Gegenwart, hrsg. v. Lothar Albertin u. Werner Link, Düsseldorf 1981, S. 109–126.

Rohe, Karl: Politischer Liberalismus – ein Überhangphänomen in der modernen Gesellschaft? Eine theoretische Skizze, in: Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, hrsg. v. Lothar Albertin, Göttingen 1980, S. 288–298.

Rohe, Karl: Vom alten Revier zum heutigen Ruhrgebiet. Die Entwicklung einer regionalen politischen Gesellschaft im Spiegel der Wahlen, in: Politik und Gesellschaft im Ruhrgebiet. Beiträge zur regionalen Politikforschung, hrsg. v. dems. u. Herbert Kühr, Sozialwissenschaftliche Studien zur Stadt- und Regionalpolitik Bd. 16, Königstein 1979, S. 21–73.

Rohe, Karl: Wahlanalyse im historischen Kontext. Zu Kontinuität und Wandel von Wahlverhalten, in: HZ 234, 1982, S. 337–357.

Roloff, Ernst-August: Braunschweig und der Staat von Weimar. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1918–1933, Braunschweiger Werkstücke Bd. 31, Braunschweig 1964.

Roloff, Ernst-August: Bürgertum und Nationalsozialismus 1930–1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich, Hannover 1961.

Romeyk, Horst: Die Deutsche Volkspartei in Rheinland und Westfalen 1918–1933, in: RhVjbll. 39, 1975, S. 189–236.

Rommel, Hans-Otto: Die Deutschen Jungdemokraten nach 1945, in: liberal 22, 1980, S. 563–574.

Rothenberger, Karl-Heinz: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Ernährungs- und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz 1945–1950, Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz Bd. 3, Boppard 1980.

Rothmund, Paul/Wiehn, Erhard R. (Hrsg.): Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Liberalismus als politische Gestaltungskraft im deutschen Südwesten, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 4, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1979.

Rothmund, Paul: Liberalismus am Ende? Weimarer Zwischenspiel, in: ebd., S. 165–180.

Rothstein, Siegmar: Gab es eine Alternative? Zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 19, 1969, B 20, S. 3–62.

Rowold, Manfred: Im Schatten der Macht. Zur Oppositionsrolle nicht-etablierter Parteien in der Bundesrepublik, Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte Bd. 9, Düsseldorf 1974.

Rudzio, Wolfgang: Export englischer Demokratie? Zur Konzeption der britischen Besatzungspolitik in Deutschland, in: VfZG 17, 1969, S. 219–236.

Rudzio, Wolfgang: Die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone. Zur Demokratisierung und Dezentralisierung der politischen Struktur: eine britische Reform und ihr Ausgang, Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 17, Stuttgart 1968.

Rudzio, Wolfgang: Wahlverhalten und kommunalpolitisches Personal in ausgewählten Oldenburger Gemeinden. Aspekte politisch-sozialer Milieustrukturen, in: Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg. Studien zur Regionalgeschichte vom 17. bis 20. Jahrhundert, hrsg. v. Wolfgang Günther, Oldenburg 1981, S. 253–297.

Rüschenschmidt, Heinrich: Gründung und Anfänge der CDU in Hessen, Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte Bd. 42, Darmstadt/Marburg 1981.

Ruge-Schatz, Angelika: Umerziehung und Schulpolitik in der französischen Besatzungszone 1945–1949, Sozialwissenschaftliche Studien Bd. 1, Frankfurt am Main/Bern/Las Vegas 1977.

Sahner, Heinz: Politische Tradition, Sozialstruktur und Parteiensystem in Schleswig-Holstein. Ein Beitrag zur Replikation von Rudolf Heberles: Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Politik und Wähler Bd. 9, Meisenheim am Glan 1972.

Saldern, Adelheid von: Zur Entwicklung der Parteien in Göttingen während der Weimarer Zeit, in: Göttinger Jahrbuch 19, 1971, S.171–181.

Sander, Hartmut: Die politischen Wahlen im Regierungsbezirk Koblenz 1918 bis 1924, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 6, 1980, S. 319–342.

Sassin, Horst R.: Widerstand, Verfolgung und Emigration Liberaler 1933–1945, Bonn 1983.

Sauer, Paul: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Württemberg-Baden 1945–1952, Ulm 1978.

Schaap, Klaus: Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928–1933, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 61, Düsseldorf 1978.

Schadt, Jörg/Schmierer, Wolfgang (Hrsg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 3, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1979.

Schanbacher, Eberhard: Das Wählervotum und die „Machtergreifung" im deutschen Südwesten, in: Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933, hrsg. v. Thomas Schnabel, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 6, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1982, S. 295–317.

Scharf, Claus/Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949, Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz Abt. Universalgeschichte Beih. 14, Wiesbaden 1983.

Scharf, Claus/Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945–1949, Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz Abt. Universalgeschichte Beih. 6, Wiesbaden 1979.

Scharf, Claus/Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.): Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten, Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz Abt. Universalgeschichte Beih. 4, Wiesbaden 1977.

Schelm-Spangenberg, Ursula: Die Deutsche Volkspartei im Lande Braunschweig – Gründung, Entwicklung, soziologische Struktur, politische Arbeit, Braunschweiger Werkstücke Bd. 30, Braunschweig 1964.

Scheper, Burchard: Die jüngere Geschichte der Stadt Bremerhaven, Bremerhaven 1977.

Schieder, Theodor (Hrsg.): Europa im Zeitalter der Weltmächte, Handbuch der Europäischen Geschichte Bd. 7, Stuttgart 1979.

Schieder, Theodor: Die geschichtlichen Grundlagen und Epochen des deutschen Parteiwesens, in: ders., Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, 2. Aufl., München 1970, S. 133–171.

Schieder, Theodor: Die Krise des bürgerlichen Liberalismus. Ein Beitrag zum Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung, in: Liberalismus, hrsg. v. Lothar Gall, NWB Bd. 85, Köln 1976, S. 187–207.

Schieder, Theodor: Der Liberalismus und die Strukturwandlungen der modernen Gesellschaft vom 19. zum 20. Jahrhundert, in: Relazioni del X. Congresso Internazionale di Scienze Storiche, Florenz 1955, Bd. 5, S. 145–172.

Schieder, Theodor: Die Theorie der Partei im älteren deutschen Liberalismus, in: ders., Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, 2. Aufl., München 1970, S. 110–132.

Schieder, Wolfgang (Hrsg.): Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz, GG Sonderh. 9, Göttingen 1983.

Schiller, Theo: Wird die F.D.P. eine Partei?, in: Auf dem Weg zum Einparteienstaat, hrsg. v. Wolf-Dieter Narr, Opladen 1977, S. 122–148.

Schlangen, Walter (Hrsg.): Die deutschen Parteien im Überblick. Von den Anfängen bis heute, Königstein/Düsseldorf 1979.

Schleth, Uwe: Parteifinanzen. Eine Studie über Kosten und Finanzierung der Parteientätigkeit, zu deren politischer Problematik und zu den Möglichkeiten einer Reform, Politik und Wähler Bd. 11, Meisenheim am Glan 1973.

Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, 6. Aufl., Frankfurt am Main/Köln 1975.

Schmidt, Gustav: Politischer Liberalismus, „Landed Interests" und Organisierte Arbeiterschaft, 1850–1880. Ein deutsch-englischer Vergleich, in: Liberalismus, hrsg. v. Lothar Gall, NWB Bd. 85, Köln 1976, S. 232–253.

Schmidt, Gustav: Die Nationalliberalen – eine regierungsfähige Partei? Zur Problematik der inneren Reichsgründung 1870–1878, in: Deutsche Parteien vor 1918, hrsg. v. Gerhard Albert Ritter, NWB Bd. 61, Köln 1973, S. 208–223.

Schmitt, Karl: Die CDU im Landesbezirk Nordwürttemberg, in: Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hrsg. v. Paul-Ludwig Weinacht, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 2, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978, S. 137–162.

Schmollinger, Horst W./Stöss, Richard (Bearb.): Die Parteien und die Presse der Parteien und Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1974. Materialien zur Parteien- und Gewerkschaftsforschung, Berichte und Materialien des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin Bd. 2, München 1975.

Schnabel, Thomas: Kommunalpolitik in einer zerstörten Stadt. Parteien und Wahlen in Heilbronn a.N. von 1945–1948, masch. Staatsexamensarbeit Freiburg 1975.

Schnabel, Thomas (Hrsg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 6, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1982.

Schnabel, Thomas: „Warum geht es in Schwaben besser?" Württemberg in der Weltwirtschaftskrise 1928–1933, in: ebd., S. 184–218.

Schneider, Ullrich: Britische Besatzungspolitik 1945. Besatzungsmacht, deutsche Exekutive und die Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit, dargestellt am Beispiel des späteren Landes Niedersachsen von April bis Oktober 1945, Diss. Hannover 1980.

Schneider, Ullrich: Zur Deutschland- und Besatzungspolitik Großbritanniens im Rahmen der Vier-Mächte-Kontrolle Deutschlands von Kriegsende bis Herbst 1945, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 31, 1982, S. 77–112.

Schneider, Ullrich: Niedersachsen unter britischer Besatzung 1945. Besatzungsmacht, deutsche Verwaltung und die Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit, in: Niedersächsisches Jahrbuch 54, 1982, S. 251–319.

Schneider, Werner: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik, 1924–1930, München 1978.

Schölzel, Stephan: Die Pressepolitik in der französischen Besatzungszone 1945 bis 1949, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 8, 1982, S. 227–249.

Schön, Eberhart: Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Mannheimer sozialwissenschaftliche Studien Bd. 7, Meisenheim am Glan 1972.

Schuckmann, Gunnar von: Die politische Willensbildung in der Großstadt Köln seit der Reichsgründung 1871. Eine Längsschnittstudie politischer Gemeindesoziologie, Diss. Köln 1965.

Schütz, Klaus: Die Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland, in: Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 6, Stuttgart/Düsseldorf 1955, S. 155–271.

Schulze, Rainer: Zur Rolle der Industrie- und Handelskammern als erste Vertretungen der Unternehmerinteressen in Westdeutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, dargestellt am Beispiel der Handelskammer Bremen, masch. Staatsexamensarbeit Göttingen 1980.

Schumacher, Martin: Staatsgründung im Wirtschaftsaufschwung. Anfänge und Entwicklungstendenzen der westdeutschen Nachkriegsdemokratie (1949–1953), in: Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Entwicklungslinien bis zur Gegenwart, hrsg. v. Lothar Albertin u. Werner Link, Düsseldorf 1981, S. 261–275.

Schumacher, Martin: Stabilität und Instabilität. Wahlentwicklung und Parlament in Baden und Braunschweig 1918–1933, in: Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, hrsg. v. Gerhard Albert Ritter, Düsseldorf 1974, S. 389–417.

Schunck, Egon: Die Verfassung von Rheinland-Pfalz vom 18. Mai 1947, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart NF. 5, 1956, S. 159–201.

Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 2, Stuttgart/Wiesbaden 1981.

Schwarz, Hans-Peter: Die außenpolitischen Grundlagen des westdeutschen Staates, in: Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, hrsg. v. Richard Löwenthal u. Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1974, S. 27–63.

Schwarz, Hans-Peter: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, 2., erw. Aufl., Stuttgart 1982.

Schwarzwälder, Herbert: Die Machtergreifung der NSDAP in Bremen 1933, Bremer Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte H.1, Bremen 1966.

Schwering, Leo: Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union, Recklinghausen 1963.

Schwering, Leo: Vorgeschichte und Entstehung der CDU, 2. Aufl., Köln 1952.

Seier, Helmut: Marburg in der Weimarer Republik 1918–1933, in: Marburger Geschichte. Rückblick auf die Stadtgeschichte in Einzelbeiträgen, hrsg. v. Erhart Dettmering u. Rudolf Grenz, Marburg 1980, S. 559–591.

Sell, Friedrich: Die Tragödie des deutschen Liberalismus, 2. Aufl., Baden-Baden 1981.

Sellin, Volker: Art. Liberalismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft 4, 1971, Sp. 51–77.

Sheehan, James J.: Deutscher Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770–1914, München 1983.

Sheehan, James J.: Deutscher Liberalismus im postliberalen Zeitalter 1890–1914, in: GG 4, 1978, S. 29–48.

Sheehan, James J.: Liberalismus und Gesellschaft in Deutschland 1815–1848, in: Liberalismus, hrsg. v. Lothar Gall, NWB Bd. 85, Köln 1976, S. 208–231.

Simon, Klaus: Die württembergischen Demokraten. Ihre Stellung und Arbeit im Parteien- und Verfassungssystem in Württemberg und im Deutschen Reich 1890–1920, Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg Rh. B Bd. 52, Stuttgart 1969.

Sörgel, Werner: Konsensus und Interessen. Eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurter Studien zur Wissenschaft von der Politik Bd. 5, Stuttgart 1969.

Spitznagel, Peter: Wähler und Wahlen in Unterfranken 1919–1969: Versuch einer Analyse der Wählerstruktur eines Regierungsbezirkes auf statistischer Grundlage nach den Erhebungen der Volkszählungen 1925, 1950, 1961 und 1970, Quellen und Forschungen zur Geschichte des Bistums und Hochstifts Würzburg Bd. 32, Würzburg 1979.

Springorum, Ulrich: Entstehung und Aufbau der Verwaltung in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1947), Schriftenreihe der Hochschule Speyer Bd. 88, Berlin 1982.

Staritz, Dietrich: Parteien für ganz Deutschland? Zu den Kontroversen über ein Parteiengesetz im Alliierten Kontrollrat 1946/47, in: VfZG 32, 1984, S. 240–268.

Staritz, Dietrich (Hrsg.): Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte – Entstehung – Entwicklung, Opladen 1976.

Stefanowsky, Peter: Bremische Bürgerschaft 1946–1971, Bremen 1971.

Steinbach, Peter: Politisierung und Nationalisierung der Region im 19. Jahrhundert. Regionalspezifische Politikrezeption im Spiegel historischer Wahlforschung, in: Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß, hrsg. v. dems., Geschichte und Theorie der Politik Unterrh. A Bd. 5, Stuttgart 1982, S. 321–349.

Steininger, Rolf: Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente, 2 Bde., Frankfurt am Main 1983.

Steininger, Rolf: Zur Geschichte der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz 1947, in: VfZG 23, 1975, S. 375–453.

Stephan, Werner: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.

Stoltenberg, Gerhard: Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 24, Düsseldorf 1962.

Storch, Günter: Vom Sozialen Volksbund zur FDP Pfalz. Ein Bericht über die Gründungsgeschichte der Freien Demokratischen Partei, in: Pfälzische Heimatblätter 14, 1966, Nr. 2, S. 14f.

Strauß, Walter: Die gesamtdeutsche Aufgabe der Ministerpräsidenten während des Interregnums 1945 bis 1949, in: Festschrift zum 70. Geburtstag von Dr. Hans Ehard, hrsg. v. Hanns Seidel, München 1957, S. 85–96.

Striebich, Heinz: Konfession und Partei. Ein Beitrag zur Entwicklung der politischen Willensbildung im alten Lande Baden, Diss. Heidelberg 1955.

Sußmann, Eduard: Liberale in der Verantwortung. Vorgeschichte und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei, Hamburg 1964.

Sywottek, Arnold: Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Studien zur modernen Geschichte Bd. 1, Düsseldorf 1971.

Tauber, Kurt P.: Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945, 2 Bde., Middletown 1967.

Thadden, Rudolf von (Hrsg.): Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen, Göttingen 1978.

Thränhardt, Dietrich: Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848–1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 51, Düsseldorf 1973.

Tilton, Timothy Alan: Nazism, Neo-Nazism, and the Peasantry, Indiana University Social Science Series Bd. 31, Bloomington/London 1975.

Tormin, Walter: Geschichte der deutschen Parteien seit 1848, 3. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1968.

Tornow, Ingo: Die deutschen Unternehmerverbände 1945–1950. Kontinuität oder Diskontinuität?, in: Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, hrsg. v. Josef Becker, Theo Stammen u. Peter Waldmann, München 1979, S. 235–260.

Treue, Wolfgang: Die deutschen Parteien, Deutsche Geschichte Bd. 15, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975.

Trittel, Günter J.: Die Bodenreform – ein Beitrag der Besatzungsmächte zur gesellschaftlichen Strukturreform Nachkriegsdeutschlands 1945–1949, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 30, 1982, S. 28–47.

Trittel, Günter J.: Die Bodenreform in der Britischen Zone, 1945–1949, Schriftenreihe der VfZG Bd. 31, Stuttgart 1975.

Trittel, Günter J.: Von der „Verwaltung des Mangels" zur „Verhinderung der Neuordnung". Ein Überblick über die Hauptprobleme der Wirtschaftspolitik in der Britischen Zone, in: Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die Britische Zone 1945–1949, hrsg. v. Claus Scharf u. Hans-Jürgen Schröder, Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz Abt. Universalgeschichte Beih. 6, Wiesbaden 1979, S. 129–149.

Troll, Hildebrand: Aktionen zur Kriegsbeendigung im Frühjahr 1945, in: Bayern in der NS-Zeit. Bd. 4: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, hrsg. v. Martin Broszat, Elke Fröhlich u. Anton Grossmann, München 1981, S. 645–690.

Uertz, Rudolf: Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949, Schriftenreihe der VfZG Bd. 43, Stuttgart 1981.

Unger, Ilse: Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957, Studien zur Zeitgeschichte Bd. 16, Stuttgart 1979.

Varain, Heinz Josef: Das Geld der Parteien, in: GWU 12, 1961, S. 489–511.

Varain, Heinz Josef: Kandidaten und Abgeordnete in Schleswig-Holstein 1947–1958. Ein Bericht, in: Politische Vierteljahresschrift 2, 1961, S. 363–411.

Varain, Heinz Josef: Parteien und Verbände in der Bundesrepublik, in: GWU 10, 1959, S. 743–762.

Varain, Heinz Josef: Parteien und Verbände. Eine Studie über ihren Aufbau, ihre Verflechtung und ihr Wirken in Schleswig-Holstein 1945–1958, Staat und Politik Bd. 7, Köln/Opladen 1964.

Vierhaus, Rudolf: Art. Liberalismus, in: Geschichtliche Grundbegriffe 3, 1982, S. 741–785.

Vietzen, Hermann: Chronik der Stadt Stuttgart 1945–1948, hrsg. v. Kurt Leipner, Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart Bd. 25, Stuttgart 1972.

Völker, Peter: Wahlen und politische Parteien im Raum Celle von 1867 bis 1972, Diss. Hannover 1977.

Vogel, Walter: Westdeutschland 1945–1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, 3 Tle., Schriften des Bundesarchivs Bd. 2, 12 u. 32, Boppard 1956–1983.

Vogelsang, Thilo: Die Bemühungen um eine deutsche Zentralverwaltung 1945/46, in: VfZG 18, 1970, S. 510–528.

Vogelsang, Thilo: Das geteilte Deutschland, 5. Aufl., dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts Bd. 11, München 1973.

Vogelsang, Thilo: Koblenz, Berlin und Rüdesheim. Die Option für den westdeutschen Staat im Juli 1948, in: Festschrift für Hermann Heimpel zum 70. Geburtstag am 19. September 1971, hrsg. v. d. Mitarbeitern des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte Bd. 36, Göttingen 1971, Bd. 1, S. 161-179.

Vogelsang, Thilo: Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen, Hannover 1963.

100 Jahre Volkspartei 1864–1964. Festschrift zum Dreikönigstreffen 1964, hrsg. v. d. FDP/DVP Baden-Württemberg, Schriftenreihe der FDP H. 25, Stuttgart o.J. (1964).

Wagner, Dietrich: FDP und Wiederbewaffnung. Die wehrpolitische Orientierung der Liberalen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1955, Militärgeschichte seit 1945 Bd. 1, Boppard 1978.

Wahrhaftig, S. L.: In jenen Tagen. Marginalien zur Frühgeschichte eines Bundeslandes (Hessen), in: Frankfurter Hefte 25, 1970, S. 785–792 u. 863–870, 26, 1971, S. 93–104.

Walther, Rudolf: Exkurs: Wirtschaftlicher Liberalismus, in: Geschichtliche Grundbegriffe 3, 1982, S. 787–815.

Weber, Hermann (Hrsg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, Köln 1982.

Weber, Jürgen (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Analyse und Dokumentation in Text, Bild und Ton, 3 Bde., Paderborn/München/Wien/Zürich 1979–1982.

Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945–1949. Beiträge von Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte, München 1976.

Wegner, Konstanze: Linksliberalismus im wilhelminischen Deutschland und in der Weimarer Republik, in: GG 4, 1978, S. 120–137.

Weinacht, Paul-Ludwig: BCSV und CDU in Baden, in: Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hrsg. v. dems., Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 2, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978, S. 83–112.

Weitzel, Kurt: Von der CSVP zur CDU. Die Gründung der CDU in Rheinhessen 1945–1947, Frankfurt am Main 1982.

Wellner, Walter: Parteienfinanzierung. Einnahmen und Ausgaben sowie Grundlegung einer rationalen Finanzordnung, 2., überarb. Aufl., München 1973.

Wichard, Rudolf: Wahlen in Hildesheim 1867 bis 1972. Eine historisch-politische Analyse der Ergebnisse politischer Wahlen in der Stadt und im Landkreis Hildesheim von der Zeit des Kaiserreiches bis zur Gegenwart, Historische Texte und Studien Bd. 2, Hildesheim/New York 1975.

Wieck, Hans Georg: Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 10, Düsseldorf 1958.

Wieck, Hans Georg: Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 2, Düsseldorf 1953.

Wildenmann, Rudolf: Partei und Fraktion. Beitrag zur Analyse der politischen Willensbildung und des Parteiensystems in der Bundesrepublik, Meisenheim am Glan 1954.

Willertz, John R.: Marburg unter dem Nationalsozialismus (1933–1945), in: Marburger Geschichte. Rückblick auf die Stadtgeschichte in Einzelbeiträgen, hrsg. v. Erhart Dettmering u. Rudolf Grenz, Marburg 1980, S. 593–653.

Willis, F. Roy: The French in Germany 1945–1949, Stanford 1962.

Winge, Sören: Die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1953. Entwicklung und Politik einer „undoktrinären" politischen Partei in der Bundesrepublik in der ersten Nachkriegszeit, Acta Universitatis Upsaliensis. Studia Historica Upsaliensia Bd. 78, Uppsala 1976.

Winkel, Harald: Die Wirtschaft im geteilten Deutschland 1945–1970, Wissenschaftliche Paperbacks Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Bd. 4, Wiesbaden 1974.

Winkler, Heinrich August: Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat. Studien zur Geschichte der Deutschen Fortschrittspartei 1861–1866, Tübinger Studien zur Geschichte und Politik Bd. 17, Tübingen 1964.

Winkler, Heinrich August: Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972.

Winkler, Heinrich August: Vom linken zum rechten Nationalismus. Der deutsche Liberalismus in der Krise von 1878/79, in: GG 4, 1978, S. 5–28.

Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, GG Sonderh. 5, Göttingen 1979.

Wokittel, Astrid: Wahlverhalten in Oldenburg und Ostfriesland 1947–1970. Eine EDV-gestützte Analyse von Daten der amtlichen Statistik, in: Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg. Studien zur Regionalgeschichte vom 17. bis 20. Jahrhundert, hrsg. v. Wolfgang Günther, Oldenburg 1981, S. 189–219.

Wolf, Konstanze: CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948–1960, Köln 1982.

Woller, Hans: Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1955, Studien zur Zeitgeschichte Bd. 19, Stuttgart 1982.

Zenz, Emil: Die kommunale Reorganisation Triers nach der Besetzung der Stadt durch die Amerikaner. Die Ära Breitbach, in: Kurtrierisches Jahrbuch 18, 1978, S. 137–166.

Zenz, Emil: Die Stadt Trier im 20. Jahrhundert. 1. Hälfte 1900–1950, Trier 1981.

Zimmermann, Hansjörg: Wählerverhalten und Sozialstruktur im Kreis Herzogtum Lauenburg 1918–1933. Ein Kreis zwischen Obrigkeitsstaat und Demokratie, Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins Bd. 72, Neumünster 1978.

Zink, Harold: American Military Government in Germany, New York 1947.

Zink, Harold: The United States in Germany 1945–1955, Princeton 1957.

Zöllner, Christian W.: Aspekte kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse dargestellt an der Entwicklung in der Stadt Braunschweig nach 1945, Diss. Braunschweig 1971.

Zöllner, Christian W.: 100 Jahre Wahlen in der Stadt Braunschweig 1871 bis 1972, in: Braunschweigisches Jahrbuch 57, 1976, S. 107–151.

Zülch, Rüdiger: Von der FDP zur F.D.P. Die dritte Kraft im deutschen Parteiensystem, Sozialwissenschaftliche Studien zur Politik Bd. 1, Bonn 1972.

Zundel, Rolf: Die Erben des Liberalismus, Freudenstadt 1971.

Verzeichnis der Tabellen

1. Die Mitgliederzahlen der liberalen Landesparteien 1946–1951 . 220
2. Die relative Mitgliederstärke der liberalen Landesparteien 1946/47 und 1949 221
3. Die Mitgliederentwicklung der FDP Hamburg 1946–1949 222
4. Die Mitgliederentwicklung der FDP Nordrhein-Westfalen 1946–1948 223
5. Die Mitgliederentwicklung der FDP Niedersachsen 1946–1952 . 223
6. Die Entwicklung der Stimmenanteile der liberalen Landesparteien 1946–1951 (i. v. H. der gültigen Stimmen) 225

Personenregister[1]

Ablaß, Friedrich 87ff.
Adenauer, Konrad 93, *118,* 121f., *189,* 249, 315, *327, 330f.*
Albers, Johann 130
Altenhain, Gustav *106, 135,* 136, *137,* 139f., *141,* 151, 154f., 191, *198,* 255, *256, 263, 289, 298,* 307, *323*
Amelunxen, Rudolf 151
Andre, Josef 53f.
Apelt, Hermann 76ff.
Arnold, Karl 151, 212, 250
Asmussen, Peter Christel 98, *99,* 100, *102*

Bacher, Karl 53, *233, 239*
Bahnson, Minna *78*
Barber, Karl 50f., *52*
Barteld, Adam 138, *141*
Bauer, Hermann 58f.
Bauer, Walter 53
Baum, Marie *101*
Becher, Ewald 136
Becker, Max 59f., 63, 328, 331, 343, *344*
Beckmann, Emmy 90
Beermann, Georg *88*
Behlen, Johann *109*
Bender, Clemens 137, 139ff., 147, 209, 253–257
Berghaus, Jann 115
Bernhard, Henry 41ff.
Berning, Wilhelm *118, 120*
Beutinger, Emil 48
Beutler, Hans Wilhelm 142, 149
Beyrich, Franz 89
Bismarck, Otto von 119, *302*
Bleek, Karl-Theodor 58f., 62, 246, *301, 336,* 347, *348*
Blücher, Franz 17, 82, *93, 122f.,* 124f., *126, 132,* 142, 147, 149, 151, 153, *154,* 155, *216f., 235f., 238, 243,* 246, 248f., 254, 258, 260f., *263,* 273, 285f., 293, *294,* 297–300, *305,* 307, *308, 313,* 316f., 319–322, *323,* 324, *325,* 326, 328, *329ff., 333,* 334ff., *337,* 338, *340f.,* 342, 345–348
Böhme, Hans 91
Böhmert, Wilhelm 77f.
Bölken, Andree 76
Bolling, Josef 143f.
Bossong, Joseph 79
Brammer, Karl 49
Brandt, Hermann *72*
Bretthauer, Rudolf *135*
Bruckmann, Peter 48
Brüning, Heinrich 135, 333
Büll, Johannes *88f.,* 90, *207*
Büsselberg, Willi *135*
Bungartz, Everhard 231, *233, 237f.,* 322
Burchard-Motz, Wilhelm *87,* 91
Burgdorff, Carl *81*
Byrnes, James F. 317

Cadogan, Alexander *36, 84*
Caffery, Jefferson *35, 85*
Catta, Fritz 60, 63
Chapeaurouge, Paul de 87, 91ff., *94,* 96
Claus, Franz *174*
Clay, Lucius D. 35ff.
Curschmann, Fritzheinrich *241ff.*

[1] Kursiv gesetzte Seitenzahlen beziehen sich auf die Fußnoten. Autorennamen sind nicht in das Register aufgenommen worden. Dies gilt auch für Personennamen, die lediglich Bestandteil bibliographischer Angaben sind oder zur Bezeichnung archivalischer Fundorte dienen.

Dehler, Thomas 17, 68, 70–74, 131, 211, *237f., 241ff., 246, 248, 266, 268,* 270, 272, *273f., 287,* 288, 291, *293f., 303,* 308, 310f., 315, *318,* 319, *321, 325f.,* 328, *329,* 331, *335,* 338, 341, 343, *344,* 348
Dieckmann, Johannes *30, 312,* 313, *315*
Diehl, Lorenz 179
Dietrich, Hermann 41, *48, 52f.,* 109, *160,* 161f., 198
Dingeldey, Eduard *21,* 135
Döring, Wolfgang 212
Dörnhaus, Wilhelm 154, *217, 231*
Dörr, Walter 174, 182
Dohr, Josef *173,* 174, *175, 180,* 183, 286
Dominicus, Max 152, *153f., 307, 337*
Dronke, Kurt 78
Dürr, Willy *43,* 48f., *55*
Dula, Otto 58
Dunn, James C. *36, 84*
Durlak, Stefan *149*

Eddelbüttel, W. *88*
Ehmcke, Max 99
Ehrich, Werner 78
Eisenhower, Dwight D. 36
Eisner, Kurt *268*
Engelhard, Edgar *263, 323*
Entholt, Fritz *79*
Erhard, Ludwig 249, *323*
Euler, August Martin 60–66, 74, 95, 102, *133,* 165, 171, 211, *217,* 269, 271f., *273, 285, 288f.,* 291, 293, *295,* 299ff., 304f., 307f., 310ff., *314f., 318,* 322, *325,* 328, *329, 331,* 332, 334, *335, 337,* 338, *341,* 342, *343,* 345, 347f.
Ewers, Hans *91f.*

Falk, Wilhelm 289, *293f.*
Faßbender, Heinrich 63, *322*
Fertsch, Georg Ludwig 56f., *58,* 61f., *63,* 209, 211, 269, 282, 285
Fisch, Walter *300*
Fischer, Konrad 160
Föge, Hermann 115, *130, 262*
Fratzscher, Alfred 143, 149
Frey, Wilfried *181*
Friedrich II., König von Preußen 119
Friedrich Wilhelm, Kurfürst und Markgraf von Brandenburg 119
Friedrich, Helmut 137, 139, 255
Funcke, Oskar 136, *153*

Gärtner, Alfons 312f.
Geiler, Karl *60f.*
Glockner, Karl 160
Goldschagg, Bertold 160
Grabau, Gustav *81*
Grathwohl, Karl 52f.
Greßler, Julius 141
Greve, Otto-Heinrich 125, 131f., *279,* 285, 287, 289ff.
Gröber, Adolf 49
Guntermann, Friedrich *149*

Haas, Ludwig *52*
Hampel, Max *101*
Hanfstängl, Edgar *69*
Harmssen, Gustav Wilhelm 77
Hasemann, Walther 117
Haußmann, Conrad *41*
Haußmann, Julius *41*
Haußmann, Wolfgang 40–44, *45f.,* 47f., 50, 52ff., *55,* 59, 186f., 194, 199, *238, 267,* 302, *303,* 332, 334, 336
Haux, Friedrich 170, *171*
Heile, Paul 258
Heile, Wilhelm *63, 81,* 82, 93, *94,* 100, 115, 118–126, 143, 148, 150, *153,* 198f., *207,* 255, *256,* 258, *259,* 260, 271, 284ff.
Heineken, Agnes *78*
Heinsch, Franz-Josef 147
Hellwege, Heinrich 122, 124, *125*
Henkel, Franz 113f., 125, *131,* 132f., 190, *229*
Hepp, Karl 63
Hermes, Andreas 29, 53f., 199
Hermes, Wilhelm 71, *93,* 142f., 147–150, 197, 218, *220, 229,* 255, *256f., 269,* 282, 284f., 287, 317
Heuss, Theodor 20, *23,* 41ff., *45,* 47–54, *55,* 59, *81f.,* 119, *123,* 157, *170,* 171, 185, 198, 203, 246, *248,* 261, *266,* 268, 272, 275, *290,* 291ff., 295, 302–305, *307,* 308–313, *314f., 319,* 320, *321,* 324, *325f.,* 327–331, 334–338, *339f.,* 341, 343, *344f.,* 346–349, 352
Hieber, Johannes 41
Hilpert, Werner *300*

Hitler, Adolf 186, 301, 348
Hoegner, Wilhelm 73
Höllerer, Julius 69
Höpker-Aschoff, Hermann *106,* 136, 156f., 187, 198, *255, 307,* 328, 333, 343, *344,* 345f.
Höpner, Friedrich 138
Hofheinz, Oskar 50, 52
Hohnholz, Heino *78*
Hollmann, Heinrich 81
Hueck, Adolf *140*
Hügle, Karl 160, 163
Hugenberg, Alfred 96, 333, 348
Hugo, Otto *135*
Huisgen, Horst 133

Jacob, Ernst 132, *231, 238*
Jäger, Wilhelm *146*
Jahn, Philipp 79
Jünemann, Theodor 144

Kahlen, Adolf *117*
Kaisen, Wilhelm *77*
Kaiser, Jakob 29, 296f., 306, 309
Karkmeyer, Carsten *78*
Kaum, Johannes 80
Keßler, Albert 52
Keßler, Hermann 52f.
Ketels, Max *92ff.*
Kiep-Altenloh, Emilie *89,* 90, *101*
Klett, Arnulf 42
Klingspor, Hermann *140*
Kluthe, Hans Albert *65, 219, 239, 307, 320, 328*
Kniest, Wilhelm 60
Knoppe, W. *173f.*
Knubel, Franz *120*
Koch, Christian 89f., *91f.,* 97, 100
Koch, Waldemar 28ff., 33f., 253, 278
Kohnen, Anton *109*
Kohrs, William *92*
Kopf, Hinrich Wilhelm 130
Korff, Max 56, *57*
Kraaz, Hans-Joachim 102
Krämer, Alfred 45ff., 322
Krekeler, Heinz 139, *141,* 154, *155, 236*
Kropp, Hermann *230, 233, 237f.*
Kübler, Karl *170*
Kühn, August *133*
Külz, Wilhelm 20f., 28ff., 33, *58, 82, 173, 207, 255,* 265f., *269,* 271, 278–281, 283, 286f., 289–293, *294,* 295ff., 300, 304–313, *314,* 315, 352

Lahr, Karl 179
Landahl, Heinrich *90*
Landgrebe, Ernst *57, 61,* 285
Lange, Adolf 141
Lautenschlager, Karl 41, 43
Lehnhoff, Hermann 133
Lehr, Robert *207, 257*
Leibbrandt, Friedrich 164
Lemmer, Ernst 29, 161, 198
Leng, Richard 178
Leuchtgens, Heinrich *64,* 65f.
Leuze, Eduard 168, 171
Lieutenant, Arthur *31, 58,* 257, 265, *269,* 281, 284, 286f., 289f., 307, 311ff.
Lindemann, Paul *261*
Linnert, Fritz 67, *243, 248,* 270f., *274, 285,* 286, *308, 321, 325,* 341
Luchtenberg, Paul 143
Lueken, Emil 78
Lürssen, Elisabeth *78*
Lüth, Erich *90*
Luge, Ernst 61
Luther, Martin 119

Maaß, Bruno 142, *149,* 150
Maier, Reinhold 41f., *43,* 45f., 48, 50, *52,* 53, 171, 187, *266,* 267f., *273, 295,* 302, *304,* 313
Marshall, George C. 298, 312
Matthaei, Walter *87, 90*
Matthews, Harrison Freeman *35f.*
Mayer, Ernst 45, 52ff., *55, 219f.,* 230ff., *233f.,* 239, 241, *243,* 244ff., *248,* 265ff., *268,* 269–272, 274f., 283, *285,* 286, *287,* 288f., *290,* 291ff., *294f.,* 301, 304f., 307, *312, 314, 318, 320,* 324f., *326,* 327, 332f., *334,* 336, *337,* 338, 341, 347
Meißner, Karl 69
Mende, Erich *343*
Menge, Arthur *118, 120f., 126*
Meyer, Otto 104
Meyle, Paul 53
Middelhauve, Friedrich 143–152, *153,* 154–157, 165, 171, 196f., 204, 211, *217, 236,* 243, *248,* 254f., 257f., *263,* 285, *289f., 292, 297,* 307, 313, 317ff., *325, 328,* 330, *335f.,* 337, *338,* 343ff., 347f.

Montgomery, Bernhard Law 207
Moog, Leonhard 312f.
Morris, Brewster *35*
Müller, Adolf 177
Müller, Josef *327*
Müller-Hitzler, Erika *326*
Mütze, Ludwig 58
Murphy, Robert 35ff.

Nannen, Henri *132*
Naumann, Friedrich 19, 48, 86, 115, 129, 348
Naumann, Werner 133, 157
Neubronner, Carl 178, 180, *181ff.*
Neumann, Walter 79
Neumayer, Fritz 183, *320, 331*
Niemeyer, Viktor 142
Nobiling, Georg 90
Noltenius, Bernhard *78*
Nolting-Hauff, Wilhelm 77
Nowack, Wilhelm 174

Oellers, Fritz *102,* 211, *218, 220,* 246, *248, 321f., 326,* 338, 342f., 345, 347
Ollenhauer, Erich *327*
Onnen, Alfred 132f.
Orgeldinger, Eugen 41, 53
Ostau, Joachim von *91*

Peters, Hans *88*
Petersen, Albert 115
Petersen, Carl 86, *87f.*
Petersen, Dietmar *100*
Petersen, Rudolf 88f., 92f., 123
Pflaum, Richard *68f.*
Plat, Martin 90
Preuß, Hugo *120,* 295
Pürschel, Richard 79

Rademacher, Willy Max *88–92, 94,* 95f., *97, 236,* 246, *307,* 312, 315, *323f., 327,* 332, *335, 340, 344,* 347
Raders, Egon *138*
Rahlenbeck, Martin *277*
Rathenau, Walther 129, 348
Rautenstrauch, Wilhelm 173f., 182, 194, 286
Rechenberg, Hans Albrecht Freiherr von *132,* 151–154, 157, 301, 319, *340,* 342
Recker, Clemens 104
Reif, Hans 328, 339, 341
Reiffenstein, Fritz *62, 63, 233*
Reimann, Max *298*
Rex, Emil 80
Richter, Arnold 235, *236, 241, 243, 262f.*
Ritterspacher, Ludwig 175f.
Robinsohn, Hans 88
Rocholl, Erich 60
Roellinghoff, M. W. *273*
Römer, Jakob 58
Rönneburg, Heinrich 104ff., 198, *255*
Röper, Erich 91
Rosemann, Alfred 136
Rübberdt, Rudolf *79f.*

Schäfer, Fritz 168f.
Schäfer, Hermann *65, 94f.,* 246, *307, 320, 323, 325ff.,* 328, 340ff., 345
Schäffer, Fritz 73, *224*
Scharnberg, Hugo *96*
Scheel, Walter 212
Scheller, Richard 179–182, 194
Schenk, Otto 52
Schiffer, Eugen 28
Schlange-Schöningen, Hans 99f.
Schlüter, Leonhard 133
Schmauser, Herbert J. *68f.*
Schmid, Carlo 169
Schmidt, Hermann *104*
Schönfeldt, Carl *104*
Schönwandt, Friedrich *62*
Schoepke, Anton *310*
Schreiber 276
Schreiber, Walther 29, 198
Schröder, Bruno 114, 255
Schröder, Rudolph Edgar *236*
Schröter, Carl 99f.
Schücking, Walter 60
Schütz, Friedrich *180*
Schukow, Georgij K. *32*
Schulze-Delitzsch, Hermann 19
Schumacher, Kurt *324f., 327*
Schumacher-Hellmold, Otto 143f., *149*
Schwamberger, Emil *322*
Schwarz, Karl 41
Schwarz, Paul 29
Schwarzhaupt, Wilhelm 56
Schwennicke, Carl-Hubert *220, 227,*

248, 309ff., 314, *315*, 328, *333, 335*, 336, *337*, 338, 342, 347
Schwering, Leo 144
Seiz, Erwin 168
Siemann, Johannes 125, *235, 261*, 262, *318*
Sieveking, Kurt 87
Spitta, Theodor 76ff.
Staercke, Max 138f.
Stahl, Willy 159–164
Stahlknecht, Carl Detmar 78
Stegerwald, Adam *23*
Stegner, Arthur 132f., 171, 211, *248, 342*, 345
Steltzer, Theodor 99, *118ff.*, 198
Stolper, Gustav *90*
Stresemann, Gustav 22, 41, 60, 129, 333
Strickrodt, Georg *104, 106*
Strübing, Hans *288*
Stubmann, Peter *86, 90*

Tantzen, Theodor 98, 109f., *118, 121*, 187
Tantzen jr., Theodor 77, 110, 255, 257
Teutsch, Hildegard 164, *165*
Thalenhorst, Carl 78
Thiessen, Hans 100
Tiggeler, Hermann 142f., 148, 255
Traeger, Max 90
Treut, Robert 58
Trucksaess, Karl 29
Tschaschell, Heinrich de 80

Ungeheuer, Josef 276, 314, *331*
Unshelm, Erich 136

Vering, Hermann Carl 91
Vielhauer, Otto 160, 163
Vögler, Albert *135*
Völcker, Leonhard 178
Vortisch, Friedrich 164, *165*

Waeldin, Paul 159–165, 277
Waldeck, Florian 51
Weber, Alfred *22, 101*
Weber, August *334*
Weber, Max 60
Weidner, Ernst 59, *63*
Weinhausen, Georg *63*
Weisser, Johann *162*
Wellhausen, Hans *322*
Wenhold, Hermann 76ff., *79*
Weyer, Wilhelm 136
Weyer, Willy 212
Wildermuth, Eberhard 170f., 312, 336, *344*, 345
Wilkening, Eduard 87, *88f.*, *94*, 97, *223, 229, 238, 262, 287*
Wilkens, Martin Heinrich *80*
Winschuh, Josef *175*
Wirthle, Wilhelm 168f., *170*
Wirths, Carl 141, *149*, 154
Wittwer, Konrad *266*
Wohleb, Leo 163
Wolf, Hans 162, 164f., 276
Wolf, Hans 270, 285
Wolf, Peter 173
Wolff, Theodor *22*
Wolfhard, Johann 52
Wulle, Reinhold *91*

Zapf, Albert *175*
Zapf, Franz 175f., *177, 180*, 182f.
Zink, Harold *35*
Zircher, Hubert 160
Zirwes, Adolf 136